

Hans H. Lembke

BANKIER FÄLSCHER HISTORIKER

Der Weg des Isaac Lewin
durch die Geschichte seiner Zeit



Centaurus Verlag & Media UG

Hans H. Lembke

Bankier, Fälscher, Historiker

Reihe Geschichtswissenschaft

Band 60

Hans H. Lembke

Bankier, Fälscher, Historiker

Der Weg des Isaac Lewin durch die Geschichte seiner Zeit



Centaurus Verlag & Media UG

Zum Autor:

Hans H. Lembke ist Wirtschaftsprofessor und schreibt über die Geschichte von Unternehmen in ihren sozial-ökonomischen und politischen Zusammenhängen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

ISBN 978-3-86226-176-5 ISBN 978-3-86226-980-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-86226-980-8

ISSN 0177-2767

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlag & Media KG, Freiburg 2012
www.centaurus-verlag.de

Umschlaggestaltung: Jasmin Morgenthaler
Satz: Vorlage des Autors

Inhalt

Цель книги – Sinn des Buches – Idea of the book	7
Nationalökonomie in St. Petersburg, Leipzig und Freiburg Petersburger Polytechnikum und Universität Leipzig – Abschluss, Banker- fahung und Dissertation in Freiburg – Wissenschaftler im vorrevolutionä- ren Russland	9
Revolution und Emigration Lewins Gedanken über Lenins ökonomisches Denken – Nationalisierungs- dekret, Helfferich-Artikel und roter Terror – Von Finnland in die Stiefmut- ter der russischen Städte	27
Chancen in der deutschen Wissenschaft? Osteuropa-Lehre in Breslau und eine russische Universität in Berlin – Me- dien, Verlage und Autoren im Russischen Berlin	53
Chancen in Berliner Banken? Investment-Banking für russische Emigranten: mit Ruf und Netz – Als jüdi- scher Direktor in nordischen Banken – Zentralbank AG: ein Berliner Haus für Provinzbankiers?	69
Vom Bankdirektor zum Bankier Die Bank G. Löwenberg & Co. – Optionen und Konkurrenten im deut- schen Ostgeschäft – Monopole und Russenwechsel in Russlands Westge- schäft – Krisensignale, Wirtschaftskriminalität und der Rul'-Artikel	95
Affären und Skandale am Schauplatz Berlin Fälscher im deutsch-russischen Spannungsfeld – Von Sklarek über Raiffei- sen zu Stinnes – Der bedrängte deutsche Mittelstand	117
Der Löwenberg-Fall und die Flucht Erklärungen, Aufklärungen, Weiterungen – Paris als Etappe: am Ausgang der Années Folles – Theorie, Praxis und Literatur des Fälschens	137
Von Süd- nach Nordamerika Zweiter Name und Dritte Welt – Trotz Steckbrief: von Brasilien über Cuba zum Einstieg in Harvard – Enttarnung im Januar 1933 – Die Referenzen des J. F. Normano	159

Auslieferungsverfahren und Außenpolitik	199
Hitlers Machtergreifung als <i>Norman's Chance</i> – <i>Non Habeas Corpus</i> Meum: erste Wende im Prozess – SELMA's Fürsprache und Freislers Amtshilfe – Freilassung, Rückzugsgefechte und ein Nachspiel	
Harvard Revisited?	227
Harvard's Jewish Question – Das Hanfstaengl-Dilemma – Der Wettstreit der Nachwuchsökonominnen	
Ein US-brasilianischer Wissenschaftler	241
Kampf um Südamerika: nach dem ersten Weltkrieg – Brasilien: vom Ban- deirante zum Paulista – Versuch einer Bibliographie und das Comeback	
Pre-war Planning	255
Kampf um Südamerika: vor dem zweiten Weltkrieg – Aufrufe zur wirt- schaftlichen Verteidigung – Der Beitrag des Latin American Economic In- stitute – Positionswandel der USA: from neutrality to non-belligerency	
Post-war Planning	289
Japanese in South America: die Blickwendung nach Asien – Das Russian Economic Institute im Hause der Frankfurt School – Asia the Economic Battlefield: Planung der Nachkriegswelt	
Post-mortem: wer zitiert Lewin, wer Normano?	309
Arbeiten über Russland: in und nach dem Kalten Krieg – Arbeiten über La- teinamerika: Grundsteine der Dependenztheorie?	
Nach-Lese	327
The Struggle for South America: Economy and Ideology – Brazil: A Study of Economic Types – The Spirit of American Economics – The Spirit of Russian Economics	
Ausgewählte Literatur	359
Abkürzungen	364
Register	365
Bildnachweis	371

Цель книги – Sinn des Buches – Idea of the book

Der Weg des Isaac Lewin durch die Geschichte seiner Zeit: dieses Buch ist nicht nur, nicht einmal primär eine Biographie. Betrachtet wird die Person in ihrer Vita von 1905 bis 1945; sie führt den Leser durch Perioden der Zeitgeschichte, vom revolutionären Russland zur Roosevelt-Ära, von der deutschen Inflation zur Bankenkrise, von der professionellen Falschmünzerei in Grauzonen der Wirtschaft zum Verfälschen politischer Dokumente in Geheimdienstmilieus. Dies ist spannend und unterhaltsam; streckenweise ist die Erzählung ein Krimi, in anderen Kapiteln eine Fluchtstory. Aber das Buch bietet mehr: als Leser durchstreift man inhaltreiche Abschnitte der neueren und neuesten Geschichte, mit dem besonderen Reiz, dass deren Auswahl einzigartig, weil biographisch bestimmt ist.

Der Sinn, dieses Buch zu lesen, liegt somit nicht darin, die innere Entwicklung und das Schicksal eines Isaac Lewin unter den Bedingungen seiner Zeit zu erleben; vielmehr geht es darum, ihn als einen Führer durch Zeitgeschichte zu sehen und zu nehmen. Sein Leben und Werk zu betrachten ist deshalb faszinierend, weil dies der Wanderung durch eine Jahrhunderthälfte gleichkommt, die sich mit ihrer Ereignisdichte von allen früheren abhebt. In dem Buch geht es vor allem um diese Zeitreise, und erst an zweiter Stelle um die Erforschung von Persönlichkeit und Werk des Reiseführers. Beispiele können dies erläutern. Wenn die Emigration des Wirtschaftshistorikers Lewin beleuchtet wird, so versteht der Leser dies vor dem Hintergrund der Auswanderungswelle aus russischen Universitäten um 1920. Wenn beschrieben wird, wie die Polizei den Bankier Lewin als Wechselfälscher entlarvt, so wird gleichzeitig ein Einblick in Instabilität und Kriminalität im Berliner Bankwesen am Ende der zwanziger Jahre geboten. Auch der Kampf des J. F. Normano (alias Lewin) gegen die Auslieferung an Deutschland – ab Januar 1933 – wird nicht als Einzelfall betrachtet, sondern vor den Hintergrund der ersten Protestbewegungen amerikanisch-jüdischer Communities gegen den Antisemitismus der Hitler-Regierung gestellt. Und schließlich: die Chance des ‚brasilianischen‘ Wissenschaftlers, einen Harvard-Lehrstuhl zu erhalten, wird abgewogen mit Blick auf den Wettbewerb, der in den dreißiger Jahren um die Professuren an dieser Universität entbrannte – wo ein Schumpeter relativ schnell zum Zuge kam, ein Leontief aber mehr als ein Jahrzehnt warten musste.

Die vom Autor gewählte Methodik: er beschreibt Personen, Objekte, Abläufe und versucht diese einzuordnen, meist durch Typenbildung. Das Material erlaubt es, auf dieser Stufe wissenschaftlicher Arbeit zu recht sicheren Ergebnissen zu kommen. Für die nächste Stufe, die des Verstehens und Erklärens, gilt dies nur mit Einschränkung. Die Frage nach dem „warum“ ist eine weit größere Herausforderung als die nach dem „was“ und „wie“ – wenn die Hauptperson nicht mehr befragt

werden kann, auch Zeitzeugen nichts beitragen können und persönliche Materialien, wie Aufzeichnungen und Korrespondenz, nicht erhalten sind.

Schließlich die Form des Buches: sie ist zum einen sequentiell; denn die Handlung folgt dem Lebenslauf, Sprünge auf der Zeitachse – weit voraus, weit zurück – gibt es nur selten. Wem dies eher traditionell erscheint, der mag sich am zweiten Bestandteil der Form freuen, dem Vermittlungsmodus. Wo immer möglich, hat der Autor sich fürs Narrative entschieden, eine erzählende Form gewählt.

Nach-Lese: so ist das Schlusskapitel überschrieben, warum? Das Buch richtet sich an zeitgeschichtlich interessierte Leser. Alle, die zudem ein wirtschaftswissenschaftliches Interesse einbringen, mag auch dieses Kapitel ansprechen. Es bietet eine eingehendere Darstellung und Bewertung derjenigen Bücher von Lewin/Normano, die nicht oder nur teilweise mit dem Zeitgeschehen zwischen 1905 und 1945 verknüpft sind. Die Empfehlung des Verfassers: bei speziellem Interesse nachlesen, ansonsten überlesen. Dasselbe gilt für die Endnoten; sie nennen vor allem Quellen und bieten Hintergrundwissen. Der Weg durch die Geschichte ist auch ohne sie zu verstehen.

Nationalökonomie in St. Petersburg, Leipzig und Freiburg

Der russische Herbst des Jahres 1905 ist unruhig. Nach dem „blutigen Sonntag“ im Januar hat man die Universitäten geschlossen, sie gelten als Herde des Aufruhrs. Mitte September sollen sie ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen, aber den Studenten ist die Kritik an Hochschul- und Staatsautoritäten wichtiger als die Rhetorik in Vorlesungen und Seminaren. Radikalere Protestierer fordern die „Reinigung“ der Universitäten von „reaktionären“ Professoren und die Umwidmung der Hörsäle in Werkstätten zur Planung der Revolution. Und auch für die Mehrheit der Studenten steht außer Frage, dass es Zeit ist für einen grundlegenden Wandel in Hochschule, Staat und Gesellschaft. Konträre Meinungen gibt es nur zum *wie*: sollen die Vorstellungen der Marxisten oder die der sozialrevolutionären *Narodniki* die Richtung bestimmen?¹ Das Polytechnikum St. Petersburg ist Teil der Bewegung, nicht etwa eine ruhige Insel politisch desinteressierter Fachstudenten.² Isaac Lewin erinnert sich sechs Jahre später: „[...] begann ich im Herbst desselben Jahres meine Studien an der Staatswissenschaftlichen Abteilung des Petersburger Polytechnikums. Bald nachher wurden jedoch die höheren Schulen Rußlands wegen der stattgefundenen Unruhen geschlossen.“³

Petersburger Polytechnikum und Universität Leipzig

Isaac Iljitsch (Eljewitsch) Lewin wurde im Juli 1887 in Kiew geboren.⁴ Das Elternhaus stand in der Wasilkiwska Str. 99, im Zentrum der Stadt.⁵ Sein Vater Elias Lewin war ein wohlhabender Kaufmann, nach allem Anschein auch bankgeschäftlich tätig und mit der ukrainischen Zuckerwirtschaft verbunden. Das II. Klassische Gymnasium in seiner Heimatstadt schloss Isaac im Juni 1905 mit Auszeichnung ab, „unter Zuerkennung einer goldenen Medaille“.⁶ In seiner Matura-Akte ist vermerkt, dass er die Schule regelmäßig besuchte; auch sei er „fleißig und wissbegierig in allen Fächern“ gewesen. Mit diesen Urkunden und Empfehlungen stellte der Abiturient noch im selben Monat den Antrag, zum Studium an der Staatswissenschaftlichen Abteilung des Petersburger Polytechnikums zugelassen zu werden.⁷

Das Staatliche Polytechnische Institut Sankt Petersburg „Peter der Große“ hatte erst drei Jahre zuvor den Lehrbetrieb aufgenommen. Gegründet wurde es im Jahre 1899, als Produkt des „Systems Witte“, das die Wirtschafts- und Finanzpolitik um die Jahrhundertwende prägte.⁸ Sergej Witte, vom Generaldirektor einer Eisenbahngesellschaft zum Finanzminister aufgestiegen (1892–1903), war in diesen Jahren die dominierende Figur auf Regierungsebene; er zog auch die politischen Fäden bei der Modernisierung und Industrialisierung der russischen Wirtschaft.⁹ Seine Politik setzte auf eine ungleichzeitige Entwicklung in dem ökonomisch zurückgebliebenen

Land: Teilbereiche der Volkswirtschaft näherten sich westeuropäischem Niveau, während andere sozial-ökonomisch wie technologisch zurück blieben. Zu ersteren gehörten die Industrie und Bankenbranche, zu letzteren große Teile der Landwirtschaft und das höhere Bildungswesen. Als Folge dieser Ungleichzeitigkeit konnten die Universitäten schon bald den Fachkräftebedarf des modernen Sektors nicht mehr decken. Wittes Antwort war die Gründung eines Netzwerks von Höheren Handelsschulen und Polytechnika; unter letzteren nahm die Petersburger Hochschule den Spitzenrang ein.¹⁰ Industrielle und Kaufleute förderten diese Neuausrichtung mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung.¹¹

Grundprinzipien der dort entwickelten Lehre waren ihr Anwendungsbezug und ein gebotenes Maß an Interdisziplinarität. Eingerichtet wurden ein technischer und ein wirtschaftlicher Fachbereich; hier lehrten neben den Ökonomen auch Statistiker und Mathematiker, Staatswissenschaftler und Historiker. Ihr wissenschaftliches Niveau war dem ihrer Universitätskollegen vergleichbar, wenn nicht höher.¹² Eigenständige Fakultäten für Wirtschaftswissenschaft hatte es zuvor in Russland nicht gegeben, Ökonomik wurde in den juristischen Fakultäten gelehrt. Ungewöhnlich war auch die Eigenständigkeit in der Berufung der Lehrkräfte; dies galt nicht nur für deren fachliche Ausrichtung sondern auch – in Grenzen – für ihre politische Gesinnung.

Die Zahl der Studienplätze stieg in den ersten fünf Jahren von knapp 300 auf 1300; die Bewerber waren zahlreich und die Anforderungen hoch.¹³ Zu den Auswahlkriterien gehörte allerdings nicht die Religion; den glaubensbezogenen Numerus Clausus hatten die Gründer des Polytechnikums bewusst nicht übernommen. Der Zugang zu den Universitäten war dagegen vielen Juden verwehrt, nachdem das Erziehungsministerium 1887 unter Alexander III. erneut eine Quotenregelung eingeführt hatte.¹⁴ Sie war gestaffelt, und in Moskau wie St. Petersburg hingen die Trauben der akademischen Bildung am höchsten: nur 3% aller Studierenden durften jüdischen Glaubens sein.

Die Zugangshürden des Polytechnikums überwand Isaac Lewin im ersten Anlauf und entwickelte im Folgenden eine Hochschätzung der Institution, die noch in seinem letzten Buch zum Ausdruck kam: „a brilliant school“. In seiner Würdigung wies er auch auf den prägenden Einfluss der deutschen Wirtschaftswissenschaften hin: „German hegemony manifested itself clearly in the organization of the first department of economics in Russia – at the Imperial St. Petersburg Polytechnical Institute (1903). A large part of the instructors were German trained, most of them belonged to the historical school and combined their historicism with some Marxism and Populism. Of course it was to Germany they sent their disciples. [...] despite all attempts to imitate the habits and traditions of an English college, it remained in substance a Russian university under German influence.“¹⁵

Dass die Tore des Polytechnikums für einige Wochen geschlossen blieben, traf Isaac nicht unvorbereitet. Bei seinem Einzug ins Studentenheim hatte er der Hoch-

schulverwaltung erklärt, dass er das nächste Sommersemester im Ausland verbringen wolle. Wohlweislich hatte er dies mit dem Antrag verbunden, sich frei in allen Städten des Russischen Reiches zu bewegen und auch ins Ausland gehen zu dürfen. Es wurde ihm gewährt.¹⁶ Selbstverständlich war dies nicht; zwar war sein Vater als Kaufmann der 1. Gilde hinsichtlich der Aufenthaltsbestimmungen privilegiert, aber nicht ohne Einschränkungen. Juden durften im Zarenreich nur innerhalb der „Ansiedlungsrayons“ leben und arbeiten.¹⁷ Diese reichten vom Schwarzen Meer bis etwa zur Höhe von Kaunas; die Westgrenze war die des Reichs, von wo sich das Gebiet ca. 700 Meilen nach Osten erstreckte. Kiew lag innerhalb, St. Petersburg und Moskau außerhalb der Rayons. Für alle drei Städte galt, dass Juden sich dort nur mit einer speziellen Erlaubnis aufhalten durften. Ländliche Gebiete blieben den Juden grundsätzlich verschlossen.

Lewin hatte seinen Antrag nicht nur deshalb gestellt, weil er eine Unterbrechung seiner Studien umgehen wollte. Für Studenten jüdischer Herkunft war das Leben in diesen Wochen nicht ungefährlich, insbesondere während des Generalstreiks vom 12. bis 17. Oktober. Im Lande entfachten sich konterrevolutionäre Übergriffe bis hin zu Pogromen – gerichtet gegen Elemente, die sich nicht in die traditionelle zaristische Ordnung einfügen, sie vielmehr zerstören wollten. Zu ihnen zählten – aus Sicht der Akteure – nicht nur kritische Intellektuelle und aufrührerische Studenten, sondern auch Juden. Selbst nach dem Manifest vom 17. Oktober, mit dem Nikolaus II. auf Rat von Witte erste konstitutionelle Zugeständnisse machte, hielten die pogromartigen Feindseligkeiten an. Getragen wurden sie vor allem vom städtischen Kleinbürgertum, das in seiner Grundhaltung autoritär und konservativ war und sich von einer Revolution keine Verbesserung des sozialen Status und der wirtschaftlichen Lage versprach – anders als die streikenden Arbeiter.¹⁸

Noch im Winter schrieb Isaac Lewin sich als Gasthörer an der Universität Leipzig ein, und im Sommersemester war er dort immatrikuliert. Er ging nicht allein; im Revolutionsjahr nahmen viele russische Studenten diesen Weg. Nach Schließung der Hochschulen im Zarenreich stieg die Zahl russischer Studierender in Leipzig steil an: auf 149 im Sommersemester und 1991 im Wintersemester.¹⁹ Deutlich angewachsen war auch der Anteil der jüdischen Kommilitonen unter ihnen: auf fast 40%. Leipzig stand damit keineswegs allein; um 1910 wurde dieser Anteil deutschlandweit auf 70% geschätzt. „Der Zarismus war mit allen Kräften bemüht, die Zahl jüdischer Studenten an den Hochschulen zu begrenzen, die fest mit dem Stigma des oppositionell-revolutionären Unruhestifters behaftet waren.“²⁰

Gegen den Zustrom aus dem Osten häuften sich antislawische und auch antisemitische Proteste an den Hochschulen. Dabei ging es nicht nur um knapper werdende Laborplätze und vollbesetzte Hörsäle, sondern auch um Bedenken, wie sie etwa das Leipziger Tageblatt mit diesen Worten ausdrückte: „[...] vergebliche Durchsetzung unserer Hörschaft mit revolutionär gesinnten, moralisch zweifel-

haften, der deutschen Sprache kaum mächtigen slawischen Studenten.“²¹ Dies machte den Einstieg in die Hörschaft für ein unerfahrenes Erstsemester nicht einfacher, zumal auch eine Bezugsgruppe wie die russisch-akademische Vereinigung in Leipzig erst im Aufbau war.

Natürlich befassten sich auch die Hochschulleitungen mit den Anforderungen und Folgen eines verstärkten Zustroms ausländischer Studenten. An der Leipziger Universität trat ihr Rektor, der Nationalökonom Karl Bücher, schon 1903 mit einer Unterscheidung der Auslandsstudenten nach „wünschenswerten“ von den „nicht wünschenswerten“ Nationalitäten hervor. Dabei bezog er sich weniger auf akademische Kriterien sondern auf seine Einschätzung von Einstellungen in weiten Kreisen des deutschen Bildungsbürgertums. Demnach zählten zur ersten Kategorie alle Völker, die mit den Deutschen „verwandt“ waren, zudem Italiener und Franzosen. Für nicht erwünscht hielt er dagegen die Studierenden aus slawischen Ländern. Den Nordamerikanern gab er eine Sonderrolle, zumal sie überwiegend erst zur Promotion nach Leipzig kamen. Als mögliches Steuerungsinstrument nannte er eine Sondersteuer für Ausländer.²²

Eine Folge war, dass Isaac Lewin im Wintersemester 1905/06 für den Hörschein 10 Mark zahlen musste, während den deutschen Studenten nur 4 Mark abverlangt wurden. Finanziell hat ihn dies vermutlich nicht hart getroffen. Vielleicht hat er es fälschlich als Diskriminierung verstanden, sicherlich aber Bücher nicht nachhaltig zur Last gelegt. In einem kurzen Zeitschriftenbeitrag aus dem Jahre 1931 – einem der ersten mit dem neuen Namen und in englischer Sprache – würdigte er Bücher als „isolated economist“, der nicht gefällig Mehrheitsmeinungen bediente. Schüler „from all corners of the world“ habe er gehabt, und seine „Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminare“ könne man getrost als Rat des Völkerbundes auf der Mikroebene einstufen. Seine Besonderheit sei die Vielfalt der Forschungsgebiete gewesen – wie Philologie, Kunst, Ethnologie – in denen er jeweils die wirtschaftswissenschaftlichen Fragen identifiziert und bahnbrechend bearbeitet habe. Und sein „Gesetz der Massenproduktion“ habe er seinen Studenten schon Jahre vor der Veröffentlichung vermittelt.

Zählte Lewin selbst zu diesen Ersteingeweihten? Bücher schrieb seinen Aufsatz zu diesem „Gesetz“, das seitdem zum Grundwissen der Mikroökonomie und der Produktionsökonomik gehört, 1910 in der erstrangigen *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, die er herausgab. Vier Jahre früher hatte Lewin zu seinen Schülern gehört, und in der Liste der ihm „als gehört bescheinigten Vorlesungen“ stand auch die Theoretische Nationalökonomie von Bücher, als eine von sieben Veranstaltungen. Von den praktischeren Fächern belegte Lewin die Grundlagen Statistik sowie Geld, Kredit, Bank und Börse. Fürs „Studium Generale“ wählte er die Geschichte von Absolutismus bis Aufklärung. Eine allgemeine wie auch eine völkerrechtliche Einführung vermittelten den Zugang zu den Rechtswissenschaften, und eine Einleitung in die Sozialwissenschaft rundete sein Semesterprogramm ab. Dar-

in hörte er bekannte und weniger bekannte Professoren; zu ersteren zählten neben Karl Bücher noch der Statistiker Ernst Hasse und der Strafrechtler Karl Binding.²³

- 1 Vgl. Howard D. Mehlinger: John M. Thompson, Count Witte and the Tsarist Government in the 1905 Revolution, Bloomington, London 1972, S. 25.
- 2 Eine 1909/10 durchgeführte Befragung der am Polytechnikum in diesem Wintersemester eingeschriebenen Studierenden ergab: 74% bevorzugten ‚linke‘ und 9% ‚rechte‘ Parteien; die übrigen zeigten sich unentschieden. Vgl. Gregory Guroff: The Legacy of Pre-Revolutionary Economic Education: the St. Petersburg Polytechnic Institute, in: Russian Review 31 (1972) 3, S. 272–281, hier S. 275 – mit Hinweis auf die 1911 in Petersburg veröffentlichte Studie.
- 3 Isaak I. Lewin: Der heutige Zustand der Aktienhandelsbanken in Rußland (1900–1910), Universität Freiburg 1912 (Dissertation), S. 5 (Lebenslauf)
- 4 Diese Daten finden sich im Immatrikulationsverzeichnis der Universität Leipzig (Auskunft im Sept. 2008) und im Lebenslauf in seiner Dissertation.
- 5 Das Haus ist im Adressbuch der Stadt Kiew von 1925 verzeichnet.
- 6 Im vorgenannten Lebenslauf.
- 7 Vgl. Olga Erochina: Der Wirtschaftswissenschaftler I. I. Lewin: Sein Leben und Werk in Russland bis 1918, in: Terra Economicus, Zeitschrift der Universität Rostow, 7 (2009) 3, S. 128–132, hier: S. 128 (russisch).
- 8 Vgl. Theodore H. Von Laue: Sergei Witte and the Industrialization of Russia, New York, London 1963, S. 71 f. („The Witte System“).
- 9 Vgl. H. Mehlinger, J. Thompson, S. 18 f.
- 10 Vgl. G. Guroff, S. 273 f.
- 11 Samuel D. Kassow: Students, Professors, and the State in Tsarist Russia, Berkeley 1989, S. 21.
- 12 Vgl. Richard Pipes: Struve: Liberal on the Right, 1905–1944, Cambridge 1980, S. 121
- 13 Ebd., S. 276.
- 14 Vgl. Heinz-Dietrich Löwe: Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat in Gesellschaft 1890–1917, Hamburg 1978, S. 36 f. und ders.: The Tsars and the Jews. Reform, Reaction and Anti-Semitism in Imperial Russia 1772–1917, Chur 1993, S. 114.
- 15 J. F. Normano: The Spirit of Russian Economics, London 1944, S. 61.
- 16 Vgl. O. Erochina: Der Wirtschaftswissenschaftler I. I. Lewin, S. 128.
- 17 Vgl. Salo W. Baron: The Russian Jew under Tsars and Soviets, New York 1987, S. 32 f.
- 18 Vgl. S. D. Kassow, S. 271 f. und H.-D. Löwe: Antisemitismus ..., S. 87 f.
- 19 1910/11 hatte die Zahl noch bei 91 gelegen, davon waren 27 jüdischer Herkunft. Die Trends sollten sich fortsetzen: 1912/13 kamen in Leipzig von den insgesamt 748 ausländischen Studenten 52% aus dem Zarenreich, unter diesen lag der Anteil mit jüdischer Herkunft bei 70%. Vgl. Siegfried Hoyer: Studenten aus dem zaristischen Russland an der Universität Leipzig 1870/1914, aus: Heiner Lück, Bernd Schildt (Hg.): Recht – Idee – Geschichte. Beiträge zur Rechts- und Ideengeschichte, Köln 2000, S. 431–452, hier: S. 437 und 446.
- 20 Anatolij E. Iwanow: Die russländische Studentenschaft an den deutschen Hochschulen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, aus: Hartmut Rüdiger Peter (Hg.): Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer? Studenten aus dem Russischen Reich an deutschen Hochschulen vor dem 1. Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2001, S. 33–50, hier S. 43.
- 21 Leipziger Tageblatt 1907 Nr. 50 (19.02.), zit. n. S. Hoyer, S. 443.
- 22 S. Hoyer, S. 444.
- 23 Auskunft des Universitätsarchivs Leipzig mit Auszug aus der Liste der Studierenden.

Abschluss, Bankerfahrung und Dissertation in Freiburg

Aus der Liste der Studierenden wurde Lewin am Ende des Wintersemesters 1906/07 gestrichen, „wegen unterlassener Annahme von Vorlesungen“. Tatsächlich war er zum Herbst 1906 nach St. Petersburg zurückgekehrt. Die Hochschule war wieder geöffnet und weitere Lehrer waren hinzugekommen. Für die Zusammensetzung des Kollegiums hatte Witte der Hochschulleitung sehr weitreichende Freiheiten gegeben. Als sie sich dafür aussprach, den Petersburger Marxisten Michail I. Tugan-Baranowski als Professor aufzunehmen – die Universität hatte ihm seine Stelle als Privatdozent auf Anweisung des Erziehungsministers nehmen müssen – stimmte Witte zu.¹ Und auch gegen die Berufung des Liberalen – und früheren Marxisten – P. B. Struwe sperrte er sich nicht.

Struwe gilt als einer der Lehrer Lewins: von welchem Zuschnitt war er? Pjotr Bergardowitsch Struwe (1870–1944), Ökonom, Philosoph und Herausgeber, hatte an der Universität von St. Petersburg studiert, sich dort zum marxistischen Theoretiker entwickelt und sein erstes Buch über die Bedeutung marxistischer Einsichten für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands verfasst. Er schrieb 1898 das Manifest der neugegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und galt als Führer ihres moderaten, revisionistischen Flügels. In der Auseinandersetzung mit dem linken Lager wurde er ins Exil gedrängt, engagierte sich in Deutschland und Frankreich als Mitbegründer einer liberalen Vereinigung und Herausgeber liberaler Blätter, die er illegal auch in Russland vertrieb. Nach seiner Rückkehr war er ab 1905 treibende Kraft beim Aufbau der liberalen Partei der Konstitutionellen Demokraten („Kadetten“) und vertrat diese in der Duma. Mit Beginn des Jahres 1907 wurde er Mitherausgeber der führenden liberalen Zeitung *Russkaja Mysl* (Russischer Gedanke), und zwei Jahre später war er einer der einflussreichsten Autoren der *Wechi* (Wegzeichen), die zu einer radikalen Auseinandersetzung mit der kritischen Intelligenz herausforderten. Er war ein abwägender Befürworter der Judenemanzipation.²

Seine erste akademische Berufung erhielt Struwe an das Polytechnikum in St. Petersburg. Er lehrte dort von 1907–1917 als Ökonom im Fachbereich Handel und Industrie und arbeitete gleichzeitig an seiner Masterarbeit (vergleichbar der Dissertation), die er 1913 an der Moskauer Universität verteidigte. Sie erregte Aufsehen – als eine kritische Auseinandersetzung mit der vorherrschenden marxistischen Wirtschaftstheorie. Seine Habilitationsschrift legte er am Tag der Februarrevolution 1917 in Kiew vor, und im selben Jahre wurde er in die Akademie der Wissenschaften gewählt.³ Die Abfolge dieser Stationen in Struwes akademischer Karriere ist nicht nur aus biographischem und wissenschaftshistorischem Grunde erwähnenswert. Auffällig ist, dass Isaac Lewin einen ganz ähnlichen und fast zeitsynchronen Weg gegangen ist. Kurz nachdem er an das Polytechnikum zurückgekehrt war, erhielt Struwe seinen Ruf dorthin. Er war damals in seinen Enddreißigern, Lewin Anfang zwanzig. Struwe trat im Herbst 1907 in die Hochschule ein und lehrte bis

1917; er vertrat die Fächer Industrieökonomik, Russische Handelspolitik, Historische Einführung zur Politischen Ökonomie und Theorie des Außenhandels.⁴ Lewin dürfte die meisten seiner Vorlesungen gehört und die entsprechenden Seminare besucht haben.

Im Frühjahr 1910 schloss er sein Studium ab, mit dem Titel „Kandidat der Staatswissenschaften“ (*Doctor oeconomiae publicae*).⁵ Das Thema seiner Examensarbeit war die russische Zuckerindustrie, mit der sein Vater geschäftlich verbunden war und über die er bereits 1908 einen Beitrag verfasst hatte.⁶ Russland war vor dem 1. Weltkrieg zweitgrößter Zuckererzeuger in Europa. Mehr als vier Fünftel seiner Produktion kam aus der Ukraine, und nahezu ein Drittel der 240 Zuckerfabriken des Zarenreichs standen im Großraum Kiew.⁷

Das Studium allein füllte Isaac Lewin nicht aus. In seinen Lebenslauf für die Dissertation schrieb er: „Während meiner Studienzeit war ich eine Zeit lang im Bankwesen tätig; so arbeitete ich in der Kiewer Abteilung der St. Petersburger Diskontobank, im Jahre 1908 in der Zentrale der St. Petersburger Bank für Handel und Industrie.“⁸ Diese zählten zu den führenden Großbanken; die traditionsreiche Diskontobank war 1869, die Handels- und Industriebank 1890 gegründet worden. Ihr Aktienkapital lag 1910 bei 15 bzw. 20 Millionen Rubel.⁹

Auch hielt er erste Vorträge in akademischer Runde, so 1909 über die Kartelle in der russischen Zuckerindustrie, anlässlich einer Sitzung der Gesellschaft der Nationalökonominnen zu St. Petersburg.¹⁰ Zudem veröffentlichte er eine Reihe von Aufsätzen und Rezensionen.¹¹ So schrieb er erstmals 1908 für die Petersburger *Retsch*, die zwei Jahre zuvor als Zeitung der Konstitutionell-Demokratischen Partei („Kadetten“) gegründet worden war. Es folgten zahlreiche Beiträge für die Tageszeitung *Russkie Wedomosti*, das „Organ der kadettischen Professoren in Moskau“. ¹² Sie brachte in den Jahren 1908 bis 1910 nicht weniger als 14 Artikel von Lewin, darin eine Serie über die Zuckerwirtschaft, drei Jahresrückblicke über das politische Geschehen im Ausland sowie drei Beiträge zu Unternehmensvereinigungen und Syndikaten.

Im Mai 1910 druckte sie einen längeren Artikel über kommerzielle Aktienbanken, das Thema der zukünftigen Dissertation. Lewin beschrieb darin – mit Zahlen von 1908 – die überragende Bedeutung der Aktienbanken im Vergleich zu den staatlichen und kommunalen Einrichtungen und ging auch auf die größeren deutschen Finanzinstitute ein.¹³ Die zunehmende Konzentration und oligopolistischen Absprachen kritisierte er als schädlich für die Volkswirtschaft, da sie die Kredite für die kleinen und mittleren Unternehmen verteuere. Ein zweiter, ebenfalls mehrspaltiger Beitrag behandelte den industriellen Kredit, zog wiederum Parallelen zum deutschen Bankwesen, und griff u. a. auf neue Arbeiten der deutschen Ökonomen Diehl und Riesser zurück.¹⁴ Es folgte ein zweiter Beitrag in *Retsch*, mit Jahresrückblick auf Banken und Börse in 1910. Die Verbindung zu diesen Zeitungen dürfte Struwe vermittelt haben, der selbst in beiden publizierte.

Er wird Lewin auch angeregt haben, zur Zeitschrift *Russkaja Mysl* beizutragen, einem der ältesten und bekanntesten Monatsblätter für philosophische, literarische und politische Fragen.¹⁵ Struwe wurde 1910 dessen einziger Herausgeber und führte eine neue Rubrik „In Russland und jenseits der Grenzen“ ein, in der er auch ökonomischen und wirtschaftspolitischen Fragen einen größeren Raum gab. Anders als *Retsch* war *Russkaja Mysl* nicht antikapitalistisch ausgerichtet. Struwe hatte enge Verbindungen zur neuen Generation von Unternehmern und Managern: einer echten „Bourgeoisie“ im Marxschen Sinne, wirtschaftlich dynamisch und politisch ambitioniert, die nicht bereit war, sich von einer anachronistischen und bürokratischen Regierung einschränken zu lassen.¹⁶ Lewins erste Beiträge zu der Zeitschrift waren Rezensionen. Dafür wählte er deutschsprachige Veröffentlichungen zu einem Themenfeld, das er selbst gezielt vertiefte: Konzentrationstendenzen im Bankwesen.¹⁷

Im Herbst 1910 ging Lewin ein zweites Mal nach Deutschland; nach seinen Worten folgte er dem Rat seiner Lehrer, sich dort „im Gebiete der Staatswissenschaften weiter auszubilden. Während des Wintersemester 1910/11 war ich in Leipzig immatrikuliert, wo ich unter Anleitung der Herren Professoren Karl Bücher und Wilhelm Stieda arbeitete; im Sommersemester 1911 war ich in Freiburg i. Br. immatrikuliert; daselbst arbeitete ich im Seminar des Herrn Geh. Hofrats Professor Dr. von Schulze-Gävernitz.“¹⁸

Die archivalischen Unterlagen der Universität Leipzig weisen aus, dass Lewin in Leipzig für Kameralwissenschaften eingeschrieben war. „Als gehört bescheinigt“ wurden ihm eine Vorlesung von Bücher über Finanzwissenschaft sowie die Teilnahme an dessen Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminaren, dem „Rat des Völkerbundes auf Mikroebene“. Stieda war Inhaber des Lehrstuhls für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, den bis 1891 Brentano innegehabt und Bücher nicht erhalten hatte. Er war vor allem Wirtschaftshistoriker; Lewin hörte bei ihm Handelsgeschichte und besuchte sein Volkswirtschaftliches Seminar.

Den Rat seiner Lehrer, sich in Deutschland weiter auszubilden, hatte vermutlich Struwe erteilt, und dabei insbesondere den Professor Schulze-Gävernitz empfohlen. Struwe hatte sich während seines Exils vor 1905 zeitweise in Deutschland aufgehalten, er schätzte Brentano wie dessen Schüler Schulze-Gävernitz. Zu dieser Zeit hatte er sich schon so weit vom Marxismus entfernt, dass er deren These teilte: der moderne Kapitalismus müsse in seinem eigenen Interesse die Herausbildung einer kaufkräftigen Arbeiterschaft unterstützen, um eine zentrale Funktionsbedingung des Systems zu sichern. Nicht Umsturz nach marxistischer Dialektik sondern soziale und politische Reformen seien das zukunftsweisende Gebot.¹⁹

Gerhart v. Schulze-Gävernitz (1864–1943) war seit 1896 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre in Freiburg. Vorher war er in Leipzig gewesen und hatte sich dort

als Schüler von Brentano habilitiert. Dieser hatte ihn 1889 zu einer Studienreise nach England bewogen; deren Ergebnis war ein zweibändiges Werk mit dem bezeichnenden Titel „Zum sozialen Frieden. Eine Darstellung der sozialpolitischen Erziehung des englischen Volkes im 19. Jahrhundert“. Eine zweite längere Auslandsreise führte ihn 1892/93 an die Universität Moskau und ins Zarenreich. In seinen Worten: „Studienreisen in den verschiedenen Gegenden des Reiches und zu verschiedenen Jahreszeiten, insbesondere zwei Sommeraufenthalte in den landwirtschaftlichen Teilen des Reiches, erweiterten die in Moskau gesammelten Erfahrungen. Durch das Studium einer ausgedehnten russischen Literatur versuchte ich die persönlich gewonnenen Eindrücke zu vertiefen.“ Die Studienergebnisse und Reiseerlebnisse hat er später in einem Buch zusammengefasst, das einen „Reisebericht aus der Ukraine“ einschließt.²⁰

Für den russischen Doktoranden Lewin war Schulze-Gaevernitz also weit mehr als ein Professor der Nationalökonomie. Sein Profil und sein Hintergrund boten ihm zahlreiche Anknüpfungspunkte von besonderem eigenem Interesse: die Erfahrungen im akademischen Milieu Moskaus, der Einblick in Landwirtschaft und Agroidustrie des Reiches, die Kenntnisse der Handels-, Finanz- und Währungspolitik und nicht zuletzt die Reiseerfahrungen aus der Ukraine, Lewins Herkunftsland. Zudem: Schulze-Gaevernitz kam aus einer Familie, die akademische und wirtschaftliche Tradition verband. Sein Vater und dessen Vater waren Professoren, während der Vater seiner Mutter sich als Textilindustrieller, Führer der schlesischen Liberalen, Präsident der Preußischen Nationalversammlung und Preußischer Handelsminister einen Namen gemacht hatte. Verheiratet war Schulze-Gaevernitz mit einer Tochter des Mannheimer Getreidehändlers und Börsenvorstands Jacob Hirsch. Im politischen Spektrum zählte er zu den Liberalen und Sozialpolitikern; 1910 gehörte er der Fortschrittlichen Volkspartei an, für die er 1912 in den Reichstag einzog. Und er war, nicht zuletzt, auch dem Bankwesen verbunden.²¹

Lewin besuchte im Sommersemester 1911 seine Vorlesung über Kredit und Bankwesen sowie sein Staatswissenschaftliches Seminar; zudem belegte er die „Geschichte der Nationalökonomie des Sozialismus“ bei Karl Diehl. Bemerkenswert ist, dass er sich in dieser Zeit auch für das jüdische Leben in Deutschland interessierte. Dies belegt ein kurzer Artikel in der russisch-jüdischen Wochenzeitung *Nowyj Woschod* (*Neuer Sonnenaufgang*), die von 1910 bis 1915 in St. Petersburg erschien. Issac Lewin schrieb darin „Zur Frage der jüdischen Bevölkerung in Deutschland.“²²

Für seine Doktorarbeit wählte er ein Themenfeld, das ihm auch praktisch vertraut war: die neuere Entwicklung der Aktienhandelsbanken in Russland. Es war die erste Monographie zu diesem Thema, wie er in seiner Arbeit mehrfach betont. Es gab, mit anderen Worten, keine aktuelle Bestandsaufnahme des russischen Bankwesens – insbesondere des Aktienbankensegments, es fehlte eine Darstellung seiner neueren Entwicklungsgeschichte ebenso wie eine Vorschau auf das nächste

Jahrzehnt, mit Handlungsempfehlungen für Staat und Unternehmen.²³ Diese Lücke zu schließen, dürfte das Hauptmotiv des Verfassers gewesen sein, und seine Kontakte zum Finanzministerium, zu einzelnen Großbanken und zur Zuckerindustrie könnten dies befördert haben. So liest sich die Arbeit streckenweise wie ein detailliert-sachkundiger Bericht für das Finanzministerium, mit Analyse und vorsichtigen Empfehlungen, nicht aber wie eine genuin wissenschaftliche Arbeit.

Die Dissertation behandelt das Thema vornehmlich auf den Ebenen der Beschreibung und Analyse, kaum der Theorie; dorthin konnte oder wollte Lewin nicht aufsteigen. Dies mag erklären, wieso der Arbeit das höchste akademische Lob versagt blieb; bewertet wurde sie mit „magna cum laude“.²⁴ Dieses immerhin noch „große“ Lob wirkt angemessen, insbesondere mit Blick auf die empirische Leistung des Doktoranden. Sekundärliteratur gab es wenig, also musste er sich den Stoff mit Primärforschung erschließen. Nur: das Rohmaterial lag keineswegs schon zur Aufarbeitung bereit. Lewin musste sich den Datenzugang mit aller Findigkeit und Hartnäckigkeit verschaffen; die Hürden waren vor allem auf Seiten der Banken hoch gesteckt.

So ist die Arbeit eine detailreiche Darstellung der Aktienhandelsbanken, ihrer Geschäftsbedingungen und –praxis, mit einer Vertiefung zum Warenkredit und zur Kapitalbeschaffung der Banken. Die Rolle des Auslandskapitals und die Konzentration im russischen Bankwesen sind weitere Schwerpunkte. In diesem letzten Drittel liest sich die Arbeit auch theoretisch anregend; der Autor äußert Methodenkritik und bezweifelt die Eignung einzelner betriebswissenschaftlicher Begriffe. Er stellt bankpraktische Regeln in Frage, spricht von Kunstlehre, und mischt sich in eine Debatte zur Entwicklung von Industriekartellen und –konzernen ein: sind es die Banken, die solche Konzentrationsprozesse aus eigenem Interesse fördern, oder sind es – umgekehrt – die Zusammenschlüsse in der Industrie, die entsprechende Dienstleistungen des Finanzkapitals verlangen?²⁵

Den Aufstieg zu einem eigenen theoretischen Ansatz unternimmt Lewin erst in den „Schlussergebnissen“. Sie gehen über eine Zusammenfassung hinaus, indem unterschiedliche Formen des Bankwesens in den USA, Frankreich, Deutschland und England mit jeweils spezifischen Entwicklungsbedingungen erklärt werden. Auf dieser Grundlage lassen sich dann die Besonderheiten des russischen Bankwesens heraus arbeiten, nicht ohne Hinweis auf dessen zunehmende „Europäisierung“, die solche charakteristischen Merkmale allmählich in den Hintergrund treten lässt.²⁶

Welche sind die dominierenden Entwicklungsbedingungen in den vier Ländern? Für die USA nennt er „den Prozess der allmählichen Kolonisation“, der zu der Besonderheit eines Systems dezentralisierter Notenbanken führte. Frankreich sieht er als „kapitalreiches, wenig aktives Land“ in dem die Risikobereitschaft der Großbanken durch das Interesse der vielen Rentiers an konservativ-sicherer Geldanlage begrenzt wird. Als Besonderheit Englands hebt er hervor, dass sich dort die Indust-

rie unter natürlichem Schutz vor ausländischer Konkurrenz entwickeln und schnell Kapital akkumulieren konnte, so dass sie vergleichsweise unabhängig vom Bankensektor blieb. Deutschland ist für ihn ein aktives Land, mit einer dynamisch sich entfaltenden Industrie. Die Kapitalanhäufung sei noch relativ gering, aber es herrsche ein lebendiger Unternehmertegeist vor, der Finanz- und Industriekapital zusammenführe und im Auslandsgeschäft wirksam vom Auswärtigen Amt unterstützt werde.

Welche sind, vor diesem Hintergrund, die Besonderheiten der russischen Banken? Lewin sieht deren vier. An erster Stelle nennt er die – traditionell begründete – Gestaltungsmacht des Staates, basierend auf einer Bankengesetzgebung, die ihm eine weitreichende Intervention im Bankwesen erlaubt. Zweitens wurden die russischen Banken vornehmlich für Großunternehmer gegründet, mit dem vorherrschenden Finanzierungsinstrument des „Großwechsels“ mit langer Laufzeit. In Russland begann der Konzentrationsprozess in der Industrie – staatlich gefördert – schon relativ früh, und: „Rußland bleibt auch jetzt das Land des industriellen Großkapitals.“²⁷ Als dritten Faktor hebt Lewin die vergleichsweise hohe Abhängigkeit vom Auslandskapital hervor, bedingt durch die „noch unbedeutende Kapitalansammlung im Lande“. Und viertens habe der Warenkredit eine besondere Bedeutung, weil er in dem riesigen Land mit unzureichenden Verkehrswegen helfe, das in der Landwirtschaft akkumulierte Kapital zu mobilisieren.

Lewins Arbeit ist also weit davon entfernt, allgemeingültige Gesetze für die historische Herausbildung des Bankwesens zu diskutieren. Er beschränkt sich – und dies erst im Schlusskapitel – darauf, unterschiedliche Formen zu beschreiben, die sich jeweils mit besonderen Entwicklungsbedingungen erklären lassen. Welcher Lehrmeinung, welcher Schule entspricht diese Sichtweise, erweist Lewin sich hier als getreuer Schüler seiner Lehrer? Ja und nein; denn er verbindet Versatzstücke der unterschiedlichen Lehrmeinungen zu einer eigenen Interpretation. Sein „Promotor“ Karl Diehl war der herausragende Vertreter der sozialrechtlichen Schule, er schreibt: „Die Gestaltung des Eigentumsrechts ist für eine Wirtschaftsverfassung in allererster Linie von Bedeutung. Diese Auffassung steht in diametralem Gegensatz zu der marxistischen Geschichtsauffassung, wonach die Wirtschaft der Unterbau und das Recht der Überbau ist. [...] Genau das Gegenteil ist der Fall: Die rechtliche Ordnung gibt erst der Wirtschaft die Normen an, innerhalb deren sie sich vollzieht.“²⁸ Dieser Lehre folgt Lewin nur mit einem Satz, in dem er die Bedeutung der russischen Bankgesetzgebung für die Rolle des Staates im Bankwesen anspricht. Seine Aussagen zu England und Deutschland lassen sich dagegen eher der jüngeren historischen Schule zuordnen, die Karl Bücher vertrat, zum Teil auch der theoretischen Einordnung der Kapitalakkumulation, die ein Kernbestandteil der marxistischen Wirtschaftslehre ist.

Ein Zentralthema späterer Arbeiten Lewins ist die Entwicklung des ökonomischen Denkens, die Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen. In seiner Dis-

sertation ist dieses Thema alles andere als zentral – warum? Die einfachste Erklärung ist, dass er eine solche wissenschaftshistorische Perspektive noch nicht eingenommen hatte und in seinem Denken auf betriebswirtschaftliche Fragen und Entwicklungstendenzen des Bankwesens fixiert war. Vorstellbar ist aber auch, dass er dezidiert seine eigene wissenschaftstheoretische Position gefunden hatte und daraus ableitete, dass es vor allem auf das Erklären der individuellen Erscheinungen und der Ableitung von Regeln des zweckmäßigen Handels ankam. Stand demnach die theoretische Forschung für ihn nur an zweiter Stelle? Und zog er dort die realistisch-empirische Methode vor, in der Überzeugung, dass nur wirkliche Erscheinungen mit ihren faktischen Regelmäßigkeiten und Zusammenhängen erkennbar seien? Lehnte er damit die Anwendung einer abstrahierenden exakten Forschung, die uneingeschränkte theoretische Wahrheiten anstrebt, für den Bereich der Wirtschaft ab?²⁹

Plausibler erscheint eine andere Deutung. Demnach bewegte ihn weniger der Methodenstreit in der Nationalökonomie als vielmehr die Frage, ob er sich im Streit der ökonomischen Lehrmeinungen verorten sollte. War es in seiner Lage klug, sich in dem Spektrum zwischen historischer Schule, sozialrechtlicher Richtung, Lehre vom organisierten Kapitalismus sowie „legalem“ Marxismus erkennbar zu positionieren, also sich einem seiner Lehrer – Bücher, Diehl, Schulze-Gaevernitz oder Tugan-Baranowski – eng anzulehnen?

Vielleicht war Isaac Lewin schon als Fünfundzwanzigjähriger ein vielseitiger Stratege, der vor wegweisenden Entscheidungen sich seine Optionen erschloss und daraus weitsichtig seine Wahl traf. Dann wäre es plausibel anzunehmen, dass er sich im Zarenreich des Jahres 1912 nicht an theoretischen, ja ideologischen Debatten beteiligen und lieber auf eine sichere Bank setzen wollte: seine Profilierung als Kenner der russischen Bankwesens, mit praktischem wie wissenschaftlichem Ausweis. Nicht zuletzt wird das Finanzministerium, das ihm als erstem Wirtschaftswissenschaftler sein bankfachliches Archiv geöffnet hatte,³⁰ ein solch „praktisches“ Ergebnis erwartet haben. Struwe, der Ewig-Suchende, wird in dieser Phase kaum sein Vorbild gewesen sein.

1 Vgl. Th. Von Laue, S. 207.

2 Vgl. H.-D. Löwe: Antisemitismus ..., S. 157 u. 228.

3 Vgl. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 12 ff.

4 Ebd., S. 121.

5 Sergej K. Lebedew: Das Leben und Werk des I. I. Lewin, aus: Andrej A. Belych (Hg.): I. I. Lewin, Aktienhandelsbanken in Russland, Moskau 2010 (russ.), S. 19–39, hier S. 20.

6 Sammelband „Banken und Börse“, St. Petersburg 1908 (russ.).

7 Vgl. Ewsey S. Rabinowitsch: Die russisch-ukrainische Zuckerindustrie seit dem Weltkriege, Berlin, Königsberg 1930, S. 6 f.

8 I. Lewin: Der heutige Zustand ..., S. 6.

9 Ebd., S. 24 f.

10 Ebd., S. 133.

11 Ebd., S. 6.

- 12 So betitelt in: Alfons Paquet: Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau, Jena 1919, S. 171. Radikaler als Russkie Wedomosti war Retsch, erfuhr daher auch eine deutlich schärfere Zensur. Vgl. Jacob Walkin: Government Controls over the Press in Russia, in: Russian Review 13 (1954) 3, S. 203–209, hier S. 206.
- 13 Vgl. Russkie Wedomosti Nr. 103 und Nr. 108.
- 14 Vgl. Russkie Wedomosti Nr. 212 f.
- 15 Lewin weist in seiner Dissertation auf Beiträge in 1910 und 1911 hin. Die Bibliographie Hans Rothe (Hg.): Russkaja Mysl 1905–1918, Giessen 1977, führt allerdings Beiträge von ihm nur ab dem Jahre 1912 auf.
- 16 „Politically, the journal developed into an organ of the liberal-conservative intelligentsia and the „progressive“ elements of the business class. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 174.
- 17 Besprechung von Riesser (1910) zur Entwicklung in Deutschland, in Russkaja Mysl 31 (1910) 12, S. 407 f.; Besprechung von Plucer-Sarna (1911) zur Entwicklung in der Schweiz, in Russkaja Mysl 32 (1911) 11, S. 458 f. Insgesamt schrieb Lewin in dieser Zeitschrift bis 1913 zehn Rezensionen, überwiegend deutschsprachiger Arbeiten.
- 18 I. Lewin: Der heutige Zustand ..., S. 5.
- 19 Vgl. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 77
- 20 Gerhart von Schulze-Gaevernitz: Volkswirtschaftliche Studien aus Russland, Leipzig 1899.
- 21 Er schrieb u. a. den Beitrag über die deutsche Kreditbank (Teil des Bankwesens: 1915) im mehrbändigen „Grundriß der Sozialökonomik“.
- 22 Nowyj Woschod 1911, Nr. 35, 01.09.1911, S. 18–21. Lewin zieht Arbeiten von Sombart, Mombert und auch Felix Theilhabers demographische Studie „Der Untergang der deutschen Juden“ (1911) heran und kommt zu dem Schluss, dass diese neuesten Forschungen sozialökonomisch wie demographisch ein „trauriges Bild des deutschen Judentums“ zeichnen.
- 23 In Deutschland war 1908 eine Arbeit über die russischen Banken herausgekommen; sie behandelt die Aktienhandelsbanken auf weniger als 10 Seiten. Vgl. Rudolf Claus: Das russische Bankwesen, Leipzig 1908, S. 106–113.
- 24 „Promotor“ war der Dekan Karl Diehl, Beisitzer war der Prorektor Ernst Fabricius. (Auskunft des Universitätsarchivs Freiburg vom Sept. 2008.)
- 25 Ebd., S. 108, 103, 133.
- 26 Ebd., S. 156 f.
- 27 Ebd., S. 160.
- 28 Karl Diehl: Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941, S. 17.
- 29 Vgl. Gerhard Stavenhagen: Geschichte der Wirtschaftstheorie, Göttingen 1969, S. 203 f.
- 30 Vgl. A. Belych (Hg.), S. 35. Der Herausgeber A. Belych weist in seinem Vorwort auch daraufhin (S. 12), dass die Archivbestände der Banken die Revolutionszeit nur lückenhaft überdauert haben. Der heutige Wert der Dissertation liege auch darin, dass sie einen Teil der verschütteten Daten wieder bereitstelle.

Wissenschaftler im vorrevolutionären Russland

Nach Russland kehrte Lewin noch 1912 zurück.¹ Für ein Postgraduiertenstudium in Politischer Ökonomie und Statistik ging er an die Universität Moskau; im Folgejahr schloss er es ab. Noch 1912 verdichtete er die Ergebnisse seiner Dissertation zu einem Beitrag für die Zeitschrift der Gesellschaft für Finanzreform. Ab dem Wintersemester 1913 lehrte er an den Handelshochschulen in St. Petersburg und Kiew, wirkte an einer Banken-Enzyklopädie mit und sprach sich im Blatt der russischen Außenhandelskammer dafür aus, dass die russischen Banken die Kaufmannschaft zu aktiverer Exporttätigkeit anregen und sie auch mit Außenhandelsinformation unterstützen sollten.

Diese Verbindung von Lehre, Forschung, Wirtschafts- und Politikberatung pflegte er auch im Folgejahr. So veröffentlichte er ein Lehr-Programm zur Politischen Ökonomie, als Grundlage eines Master-Kurses für Nationalökonomie.² Er verfasste einen Bericht über die Verdrängung der Provinzbanken durch die großen Häuser in St. Petersburg und Moskau und zeigte auf, dass – anders als in westeuropäischen Ländern – der lokale Privatbankier in der neueren russischen Bankengeschichte kaum eine Bedeutung hatte. Zwei kürzere Zeitschriftenartikel, abgedruckt in *Russkaja Mysl*, behandelten die Entwicklung der Petersburger Börse seit der Jahrhundertwende und die Entstehung eines modernen Unternehmertums. In einer Schriftenreihe des Finanzministeriums erschien sein Buch über deutsches Kapital in Russland, das von Schulze-Gaevernitz lobend erwähnt wurde,³ in Russland aber erst in seiner zweiten Ausgabe (1918) größere Beachtung fand. Von unmittelbarer politischer Bedeutung waren dagegen seine im Februar 1914 aufgeschriebenen Überlegungen zur finanziellen Kriegsführung, mit Blick auf die finanzielle Kriegsbereitschaft des Zarenreichs.⁴ Mit dieser Bestandsaufnahme verfolgte er ein ähnliches Ziel wie vor ihm schon der deutsche Ökonom Jakob Riesser, mit Blick auf das Kaiserreich.⁵

Riesser, ehemaliger Vorstandsleiter der Bank für Handel und Industrie, später Honorarprofessor an der Berliner Universität, hatte sein erstes Buch zu dem Thema schon 1909 geschrieben. Als Zeichen der Zeit legte er 1913 eine zweite Auflage vor, mit doppeltem Umfang. Seine Begründung: „Seit dem Erscheinen der ersten Auflage ist auf dem hier behandelten Gebiete, das immer größere Kreise interessiert, eine Reihe wissenschaftlicher Erörterungen veröffentlicht worden.“ Dabei bezog er sich unter anderem auf „Die finanzielle Mobilmachung“, eine Reihe von Vorträgen, die der Geh. Hofrat und Professor Magnus Biermer gehalten hatte, und die den Stand der Debatte spiegelten.⁶ Biermer betonte darin, dass es auf dem genannten Gebiete zwei Felder für finanzwissenschaftliche Untersuchungen gebe: die ausreichende Liquidität für die finanzielle Mobilmachung einerseits und die Kostendeckung der eigentlichen Kriegsführung mittels Steuern und Staatsanleihen andererseits.⁷

Riesser erweiterte das Blickfeld beträchtlich, vor allem mittels empirischer Forschung. So versuchte er die Größenordnung des Geld- und Kreditbedarfs vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzungen abzuschätzen, die in den letzten zehn Jahren stattgefunden und den Krieg immer deutlicher als „natürliche“ Fortsetzung politischer Konflikte ins Bewusstsein gebracht hatten. Was hatte der russisch-japanische Krieg „gekostet“, und wie hoch waren die französischen Ausgaben für Marokko, einschließlich des kürzlich unternommenen Feldzuges? Welche finanziellen Aufwendungen hatten die Italiener und Türken erbringen müssen, für die kriegerische Auseinandersetzung um Tripolis, und welche Erfahrungen bot der noch laufende (erste) Balkankrieg? Letztendlich: welche Schlüsse ließen sich aus diesen Daten für die Kosten eines künftigen Kriegs auf deutscher Seite ziehen? War die „finanzielle Infrastruktur“ durch Mobilmachung und Kriegsführung ähnlich belastbar wie bei anderen Großmächten? Wie groß war der Spielraum für Staatsverschuldung und Steuererhöhungen, wie leistungsfähig war der Banken- und Börsenapparat, wie tragfähig war die rechtliche Grundlage?

Dieselben Fragen stellten sich um 1913 auch für Russland, und eine weitere kam hinzu. Das Zarenreich war in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase in deutlich höherem Maße auf Kapitalimporte angewiesen als die anderen europäischen Großmächte. Dies war eine strategisch offene Flanke. Denn im Kriegsfall würden ausländische Kapitalquellen versiegen und das in den Vorjahren transferierte Kapital zu erheblichem Teil wieder zurück fließen. Dass die russischen Datenquellen keinen wirklichen Aufschluss über das Ausmaß dieser Abhängigkeit gaben, insbesondere nicht die Bedeutung des mobilen, schnell abziehbaren Kapitals auswiesen, dürfte auf der politischen Ebene erhebliche Bedenken ausgelöst haben.

Angebote für eine feste Anstellung im Hochschulbereich hatte Lewin bis dato nicht erhalten, erst 1915 taten sich ihm Chancen auf. Er nutzte sie mit zwei überzeugenden Probevorlesungen und trat zum Wintersemester in die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Petersburg – jetzt Petrograd – ein. Als „Senior-Privatdozent“ in der Abteilung für Politische Ökonomie und Statistik debütierte er mit einer Vorlesung über ein vertrautes Thema: die Geschichte der Börse, ihre Organisation und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Seinen Lehrauftrag an der Petrograder Handelshochschule behielt er bei; deren Direktor hatte die Universitätsleitung ausdrücklich um ihre Zustimmung gebeten. Und er übernahm eine neue Aufgabe in der Politikberatung, indem er ab 1916 in einem Komitee des Finanzministeriums mitwirkte, das Vorschläge zur indirekten Besteuerung vorlegen sollte.⁸

Auch war er Mitarbeiter, anfangs zudem Herausgeber eines der beiden führenden Finanzblätter, der *Finansowaja Gaseta*.⁹ Dort schrieb er einige Beiträge,¹⁰ insgesamt aber war seine Publikationsliste der Jahre 1915/16 kurz. Erwähnenswert ist ein kurzer Zeitschriftenartikel über Krisentendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft. Die These: die Epizentren der konjunkturellen Beben verlagern sich zuneh-

mend von den reifen in die jungen Kapitalnationen, also in Wirtschaftssysteme, in denen die Kapitalsättigung noch fern und das Unternehmertum ungebrochen risikofreudig ist. Als solche dynamischen, krisenexponierten Länder sah Lewin die Vereinigten Staaten, Deutschland und eben Russland.¹¹

Möglicherweise verlor sich die Schreibfreude auch wegen verschärfter Zensur. Unverkennbar ist jedenfalls, dass Lewin spätestens ab 1915 verstärkt in Unternehmen aktiv wurde.¹² Ein Handbuch „Petersburg 1913–1917“ verzeichnet seine Tätigkeit in zwei Zuckerfabriken, bei einem Papierhersteller und bei zwei weiteren Firmen: dem deutschen Farbenproduzenten Berger & Wirt sowie der Mineralölfirma Oleonaphth. Noch aufschlussreicher ist eine zweite Quelle. Der Exilverband russischer Kaufleute und Industrieller legte ihm 1921 in Berlin einen Fragebogen vor; mit dieser Erhebung sollte der Bestand russischer Unternehmen im Exil erfasst werden. Lewin gab an, vor dem Oktober 1917 in sechs Unternehmen engagiert gewesen zu sein. Demnach nahm er in einem Moskauer Walzwerk, in der genannten Papierfabrik, in einer Großhandels-AG und in der Wolga-Bugulma-Eisenbahngesellschaft die Rolle eines Aktionärs und Aufsichtsratsmitglieds ein. Auch gehörte er zum Aufsichtsrat der Union Bank, 1916 von Provinzbanken gegründet, die am Finanzplatz Petrograd besser vertreten sein wollten.¹³ Und nicht zuletzt war er selbst Bankier: als Mitinhaber der Hauses Gebr. Lewin & Co. in Kiew.

Als Autor trat Lewin vor der Oktoberrevolution nur noch einmal auf. Sein Buch über die Aktienhandelsbanken in Russland erschien 1917 und ist sicherlich sein meistzitiertes Werk in russischer Sprache. Lewin beschreibt und analysiert darin die Geschichte der russischen Banken von den 1860er Jahren bis zum Russisch-Japanischen Krieg. Zeitlich sollte sich daran eine Neuauflage der Dissertation anschließen – ein Band 2, der nicht mehr erscheinen konnte. Auch das vorgelegte Buch war unter ungewöhnlichem Zeitdruck entstanden; es erschien im Juli, drei Monate vor der Oktoberrevolution und ein halbes Jahr vor dem Dekret über die Nationalisierung der Banken.

-
- 1 Für die folgende Darstellung zu Lewins Tätigkeit in Lehre, Forschung, Beratung und Unternehmensführung vgl. die genannten Arbeiten von O. Erochina und S. K. Lebedew.
 - 2 Ein Exemplar, mit handschriftlicher Widmung Lewins zur Erinnerung an seinen Besuch, ist im Kieler Institut für Weltwirtschaft erhalten. Es ist denkbar, dass Lewin dort an der Eröffnungsfeier im Februar 1914 teilnahm. Mit dem Gründer Bernhard Harms verband Lewin eine langjährige Bekanntschaft.
 - 3 „So sagt ein ausgezeichnete russischer Volkswirt: ‚Nach Rußland bringen die Deutschen nicht nur Kapitalien, sondern Unternehmmergeist, Energie, Initiative, Erfahrung.‘“ Gerhart v. Schulze-Gaevernitz: Die deutsche Kreditbank, aus: Grundriß der Sozialökonomik, 3. Buch, 2. Teil, Bankwesen, I, S. 1–189, hier: 164.
 - 4 In einem Beitrag zur Zeitschrift der Gesellschaft für Finanzreform (russ., vgl. Literaturverzeichnis) und einem Artikel in Russkie Wedomosti (1914, Nr. 254).
 - 5 Vgl. S. K. Lebedew 2010, S. 22.
 - 6 Jakob Riesser: Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung (2. Auflage), Jena 1913, S. IV.

-
- 7 Robert Liefmann (Hg.): Die finanzielle Mobilmachung. Vorträge gehalten von Prof. Dr. Birmer, Gießen 1913, S. 9.
 - 8 Vgl. Nachruf „John Normano, 57, Economist, Writer“, in: The New York Times 26.04.1945, S. 23.
 - 9 Laut diesem Nachruf war er Herausgeber von 1915–1916. Eine Durchsicht der Zeitschrift ab Mai 1916 ergab Hinweise auf Beiträge; als Herausgeber fungierte er zu dieser Zeit offenbar schon nicht mehr.
 - 10 So im zweiten Kriegsjahr zu den Goldreserven der Staatsbank und dem Zugang zu Devisenkrediten.
 - 11 Vgl. Literaturverzeichnis und O. Frochina: Der Wirtschaftswissenschaftler I. I. Lewin, S. 131.
 - 12 Vgl. S. K. Lebedew 2010, S. 25 f.
 - 13 Union Bank: Sojusnyj Bank. Vermutlich hatte Lewin sich als Autor der erwähnten Studie für ein solches Amt empfohlen. Diesen Schachzug – Unterstützung einer Zentralbankgründung für Provinzbanken in der Hauptstadt – sollte er wenige Jahre später in Berlin wiederholen.

Revolution und Emigration

Welchen Weg nahm Isaac Lewin – Privatdozent, Kapitalist und Sympathisant der Kadettenpartei – in den Monaten nach Oktober 1917? Er musste damit rechnen, dass er aus Wissenschaft und Wirtschaft verdrängt und wegen seiner liberalen Einstellungen befeindet wurde. Die Konstitutionellen Demokraten, Mehrheitspartei in der ersten und noch drittstärkste Partei in der vierten Duma, waren 1917 zur führenden Kraft in der kurzlebigen Provisorischen Regierung geworden, hatten aber bei der Wahl zur Konstituierenden Versammlung – im November – nur noch 17 Sitze erhalten. Zwei Wochen nach der Oktoberrevolution wurde die parteinahe Zeitung *Retsch*, bald darauf auch die Partei selbst verboten.

Für die Wirtschaft hatte Lenin mit seinen „Aprilthesen“, kurz nach seiner Rückkehr, die ersten Wegmarken gesetzt. Das Programm gab vor, den adligen Grundbesitz zu enteignen und die gesamten Agrarflächen zu nationalisieren, indem lokale Räte die Kontrolle erhielten. Auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen ergriffen Arbeiterräte die Macht über Produktion und Verteilung, betrieben aber nicht die unmittelbare Enteignung. Eine radikale Umwälzung war vorerst nur für den Finanzsektor vorgesehen, mit sofortiger landesweiter Verschmelzung aller Banken zu einer Nationalbank.

An den Universitäten, von den Bolschewisten als vorwiegend bourgeoise Einrichtungen betrachtet, zeichneten sich inhaltliche, personelle und organisatorische Veränderungen ab. Mit dem Erlass vom 6. August 1918 erreichten sie einen ersten Höhepunkt: fortan hatten alle erwachsenen Bürger, unabhängig von Grad ihrer Bildung, Zugang zu den Hochschulen. Und auch bei der Besetzung von Professorenstellen galten herkömmliche Qualifikationskriterien nicht mehr als zwingend.

Lewins Gedanken über Lenins ökonomisches Denken

Lewin versuchte in diesen Monaten sich beide Wege offen zu halten: Emigration und Integration. Anfang Februar hatte er die Universitätsleitung um Genehmigung für eine Forschungsreise gebeten; er wollte in den neutralen nordischen Ländern Material für eine Arbeit über die dortigen Kriegswirkungen sammeln. Während dieses Projekt noch in der Schwebe war, versuchte er auszuloten, welche Möglichkeit sich in dem neuen, noch keineswegs gefestigten System für einen „bürgerlichen“ Wissenschaftler herausbilden könnte. Seine erst kürzlich erworbene Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften hatten seine Chancen verbessert.¹ Er legte eine zweite Ausgabe seines Buches über deutsches Kapital in Russland vor und schrieb in kurzer Folge vier Artikel für *Nasch Wek*, die Tageszeitung der Kadetten.² Allen Veröffentlichungen war gemein, dass sie sich auf die aktuellen Ver-

änderungen bezogen und Lewin sich für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem mit starker Ordnungs- und Lenkungsfunktion des Staates aussprach.

In dem genannten Buch – der Wiederauflage – ist insbesondere das Vorwort bemerkenswert. Während der Autor im Vorspann zur Erstausgabe vor allem die unzureichende Quellenlage herausstellt, leitet er die neue Fassung mit Betrachtungen zur aktuellen Machtkonstellation zwischen Russland und Deutschland ein. Deutschland habe den Krieg verloren, und sein finanzieller wie wirtschaftlicher Einfluss sei auch in Russland deutlich geschrumpft, zugunsten Frankreichs und Englands. In der „brestischen Welt“, nach Unterzeichnung des Friedensvertrags im März 1918, aber kehrten sich die Verhältnisse um; Deutschland erobere seine frühere Machtposition zurück. Dies gelinge gerade auch deshalb, weil Staat und deutsches Finanzkapital Hand in Hand gingen.

Diese Deutung Lewins war nicht weit von der Imperialismustheorie Lenins entfernt. Die Schlussfolgerungen allerdings liefen diametral auseinander. Lewin sprach sich offen und entschieden für den Kapitalimport aus: wenn Russland seine wirtschaftliche Rückständigkeit überwinden und eine moderne Industrie aufbauen will, so kann es auch unter sozialistischen Vorzeichen nicht auf Auslandskapital verzichten. Entscheidend ist dabei, dass keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen. Das deutsche Kapital darf nicht erneut in den wirtschaftlichen Organismus Russlands eindringen und ihn beherrschen. Als neue Strategie muss gelten: Kapitalimport von allen Seiten, von Freunden, Feinden und Neutralen. Dabei ist die Politik gefordert, ein Kräftegleichgewicht zu sichern. Sie muss eine austarierte Auswahl aus mehreren, miteinander konkurrierenden Kapitalgebern treffen und damit die Gefahr der Erdrosselung durch eine einzige übermächtige Kapitalnation abwenden.³

Kurz nach der Oktoberrevolution hatte die Nationalisierung der Privatbanken begonnen. Der Eingriff galt aus Bankensicht noch als umkehrbar, zumal er selbst unter den Bolschewisten umstritten war. Lenin sprach sich dafür aus, die kapitalistischen Unternehmen nicht zu zerschlagen, sondern funktionsfähig zu erhalten.⁴ Die Produktionsmittel, die „bürgerlichen Spezialisten“, selbst die Geschäftsleitungen sollten in den Betrieben verbleiben, allerdings unter der Kontrolle von Arbeiterräten. Aber auch diese sollten staatlich lenkbar sein; die Dezentralisierung der Macht zugunsten lokaler Räte sah Lenin als reale Gefahr für Staat und Partei. Mit dieser Vorstellung vom „Staatskapitalismus“ stand Lenin in erbittertem Gegensatz zu der Parteilinken, die auf schnelle Sozialisierung drängte: die Arbeiter sollten nicht nur die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel ergreifen, auch das Eigentum an den Betrieben musste umgehend der Gesellschaft übertragen werden.⁵

Diese Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln waren mit den Oktoberereignissen keineswegs beendet. Die Frage nach der Zukunft der Banken hatte dabei eine besondere Brisanz. Lenin sah in ihnen die Zentren der kapitalistischen Wirtschaft – auch im ehemaligen Zarenreich. Sie beherrschten die Industrie, waren

also ein Instrument, das die Revolutionäre nutzen und daher funktionsfähig erhalten mussten. Eine sofortige Enteignung, auch eine radikale Auflösung der Vorstände und Aufsichtsräte, erschien unter diesem Aspekt nicht opportun, zumal auch ein Großteil des Aktienkapitals von ausländischen Eignern gehalten wurde. Auch formierte sich seitens der Bankiers und der Angestelltengewerkschaft noch im Oktober 1917 ein entschlossener Widerstand gegen Eingriffe von Regierung und Arbeiterräten. Der Konflikt kulminierte in der Dezembermitte, als revolutionäre Soldaten und Milizen die Petrograder und Moskauer Banken gewaltsam besetzten und unmittelbar darauf das Dekret über die Nationalisierung der Privatbanken erlassen wurde.

Die faktische Macht der Banken war damit nicht gebrochen. Die Aktion war innerhalb der bolschewistischen Partei umstritten; manche hatten darauf gesetzt, dass die vorab geführten Verhandlungen zwischen Bankenverband und Staatsbank zu einem Kompromiss führen und damit eine ausreichende Kontrolle der Banken im Sinne der genannten Instrumentalfunktion sicherstellen würden. In den folgenden sechs bis acht Wochen behielten Vertreter einer raschen Nationalisierung die Oberhand und setzten durch, dass die Regierung das gesamte Aktienkapital der Privatbanken konfiszierte. Auch wurden alle in- und ausländischen Staatsanleihen für null und nichtig erklärt. Doch schon ab Februar 1918 wurde deutlich, dass die Banken der beiden Zentren weitgehend paralysiert waren, dass das Wirtschaftsleben stockte und die Erwartungen an eine Beherrschung der Industrie mittels des Bankenapparats verflogen.

Im März wurde ein neuer Finanzkommissar ernannt, der mit einer deutlich pragmatischeren Politik eine Linie verfolgte, die bald als Denationalisierung der Aktienbanken verstanden wurde. Schon Anfang April lud er (ehemals) führende Vertreter des Bankgeschäfts dazu ein, einen neuen Politikentwurf für den Finanzsektor zu erarbeiten, auf dessen Grundlage die Banken ihre Tätigkeit wiederaufnehmen und für eine unbestimmte Übergangszeit ihre Handlungsfreiheit zurück erhalten sollten. Es folgte eine Konferenz in der Monatsmitte, auf der die Vertreter der nationalisierten Banken eine Reihe von Sofortmaßnahmen vorschlugen und diese mit weitreichenden Forderungen verbanden. Zu ihrem Erstaunen fanden sie offene Ohren.

Vier Tage danach griff Lewin mit seinem Artikel in *Nasch Wek* in die Debatte ein. Er sprach sich für eine Vereinigung der privaten Banken aus, mit deren Hilfe sie sich gegenüber dem Finanzministerium und der im Aufbau befindlichen Nationalbank („Volksbank“) emanzipieren sollten.⁶ Sein Vorschlag war, eine gemeinsame Haftung dieser Bankenvereinigung für Verbindlichkeiten ihrer Mitglieder zu schaffen. Diese Grundlage sollten dann die Banken nutzen, um eigene Banknoten herauszugeben, somit wieder Liquidität in die russische Wirtschaft zu bringen und eventuell auch die Brücke zu einer Währungsreform zu bauen.

Lewins zweispaltiger Artikel dürfte zu diesem Zeitpunkt beträchtliche Aufmerksamkeit gefunden haben. Dies auch deshalb, weil ein vorübergehendes Tauwetter im Verhältnis zwischen „rechten“ Bolschewisten und Bourgeoisie eingetreten war, das eine vorsichtige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wissenschaftlern, zudem eine Lockerung des politischen Drucks auf die Kadetten begünstigte. Deren Mitglieder und Sympathisanten konnten sich wieder öffentlich äußern, auch in den Blättern *Nasch Wek* und *Russkie Wedomosti*, die in diesen Wochen nahezu täglich erschienen.⁷

Auch Lewin nutzte den „neuen Kurs“. Fünf Tage nach dem Artikel zur Bankenpolitik folgte in *Nasch Wek* ein Beitrag über die Vereinigung Russischer Ökonomen, die sich Anfang März 1918 gebildet hatte.⁸ Deren zentrale Botschaft war, dass die Kriegsfolgen und die drohende Wirtschaftsnot nicht durch eine breitere Streuung des Eigentums an den Produktionsmitteln zu überwinden waren, sondern nur durch eine Effizienzsteigerung in den Betrieben. Die russische Wissenschaft war aufgerufen, alle ihre Kräfte für eine wirtschaftliche Erneuerung des Landes einzusetzen. Der Aufruf erschien am 28. April 1918 in der Zeitung *Swoboda Rossii*, Nachfolgerin der im vorangegangenen Oktober verbotenen *Russkie Wedomosti*. Einer der sechs unterzeichnenden „kadettischen“ Professoren war Peter Struwe.⁹

Lewins Gedanken über Lenins ökonomisches Denken, seine ökonomischen Sichtweisen, brachte die Zeitung *Nasch Wek* zehn Wochen später.¹⁰ Eröffnet wird der zehnsplattige Beitrag mit einem Blick auf die Entwicklungswege Deutschlands und Russlands – aus Sicht des Autors die interessantesten Länder für einen wirtschaftsstrategischen Vergleich. Sie gehen unterschiedliche Wege. Deutschland (noch im Kriege) will die Verwirklichung seiner imperialistischen Ziele mittels Stärkung und Expansion des nationalen Kapitalismus. Russland dagegen rechnet langfristig auf den Untergang des internationalen Imperialismus und beginnt mit dem Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande. Nur: so unterschiedlich die strategischen Ziele auch sind, so haben doch beide Länder dieselbe übergreifende Idee zur Verwirklichung ihrer Erwartungen. Das Wirtschaftsleben muss von unbedingter Rationalität durchwirkt sein. Die Volkswirtschaft muss ein geschlossenes Ganzes bilden, die privatwirtschaftliche Anarchie gehört ausgemerzt.¹¹

Lewins Bild von Deutschland ist unverkennbar durch die Kriegswirtschaft geprägt; es sollte bald nicht mehr das reale Wirtschaftsleben spiegeln und erst 15 Jahre später wieder an Wirklichkeitsnähe gewinnen. Ohne dies vorhersehen zu können, räumt er ein, dass diese unbedingte Rationalität, das Unterordnen aller Wirtschaftssubjekte unter den Imperativ der Volksgemeinschaft oder – treffender – ihrer bewaffneten Beherrscher, nur für eine Zwischenphase in der sozial-ökonomischen Entwicklung gelte. In Deutschland sei sie kriegsbedingt, das Joch bliebe nicht mehr lange zu tragen. Und das russische Volk werde diese Bürde abwerfen, sobald die Zeit für den Eintritt ins (kommunistische) Paradies auf Erden gekommen sei.¹²

Bei jeder Absage an diese Ideologie, bei aller Ablehnung des Bolschewismus in Theorie und Praxis, müsse man – so Lewin – doch einräumen, dass die zugrunde liegende ökonomische Doktrin ein systematisch entwickeltes und in sich stimmiges Gedankengebäude sei. Mit dieser These kommt der Autor dann zum Zweck seiner Ausführungen: er will Lenins ökonomisches Denken, das diese Doktrin in reinsten und klarster Form widerspiegelt, an Beispielen darstellen und einordnen. Dafür hat er zwei neuere Schriften ausgewählt: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Mitte 1917 erschienen) sowie „Staat und Revolution“ (1918).

Die Kernaussagen der Arbeiten sind bekannt (oder schon wieder vergessen). Der alte Kapitalismus wird mit Beginn des 20. Jahrhunderts endgültig durch einen neuen abgelöst: den Imperialismus. Isaak Iljitsch Lewin zitiert zur Definition Wladimir Iljitsch Lenin: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“¹³ Aber auch dieser „neue“ Kapitalismus degeneriert. „[...] die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand. Das Monopol der Beherrschung besonders ausgedehnter, reicher oder günstig gelegener Kolonien wirkt in dieselbe Richtung.“¹⁴

Lewin fügt ein Zitat ans andere, und seine Skizze des Leninschen Denkens kulminiert mit der Wiedergabe einer dreistufigen Passage, in der neben Lenin auch zwei von Lewin verehrte Theoretiker zur Sprache kommen. Denn Lenin überlässt die letzten Worte in seiner Broschüre einem Lehrer Lewins, um die (vorgebliche) Imperialismus-Kritik „bürgerlichen“ Zuschnitts zu persiflieren. „Schulze-Gaevernitz, ein begeisterter Anhänger des deutschen Imperialismus, ruft aus:¹⁵ [...] „Denken wir uns die aufgewiesenen Entwicklungstendenzen bis zum letzten erreicht: das Geldkapital der Nation in den Banken vereinigt, diese selbst kartellmäßig verbunden, das Anlagekapital der Nation in Effektenform gegossen. Dann verwirklicht sich das geniale Wort Saint-Simons: „Die heutige Anarchie in der Produktion, die der Tatsache entspringt, daß sich die ökonomischen Beziehungen ohne einheitliche Regelung abwickeln, muß einer Organisation der Produktion weichen. Es werden nicht mehr isolierte Unternehmer sein, die unabhängig voneinander, ohne Kenntnis der ökonomischen Bedürfnisse des Menschen, die Produktionsgestaltung bewirken, sondern diese wird einer sozialen Institution zufallen. Eine zentrale Verwaltungsbehörde, die von erhöhtem Standpunkt aus das weite Feld der sozialen Ökonomie zu überblicken vermag, wird diese in einer der Gesamtheit dienlichen Weise regulieren und die Produktionsmittel den geeigneten Händen überweisen, namentlich wird sie für eine ständige Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion sorgen.

Es gibt Institutionen, die eine gewisse Organisation der wirtschaftlichen Arbeit in ihren Aufgabenkreis einbezogen haben: die Banken.“

Soweit Saint-Simon, jetzt wieder Schulze-Gaevernitz, zitiert von Lenin: „,Noch sind wir von der Verwirklichung dieses Wortes entfernt, aber wir befinden uns auf dem Weg zu seiner Verwirklichung – Marxismus ist anders, und doch nur in der Form anders, als Marx sich ihn dachte.“ Man muss schon sagen [sagt dazu Lenin, d. V.]: Eine schöne ‚Widerlegung‘ von Marx, die einen Schritt rückwärts macht von der exakten wissenschaftlichen Analyse Marx‘ zur Vorahnung Saint-Simons, die zwar genial, aber doch nur eine Vorahnung war.“¹⁶

Lewin geht nun zur zweiten Schrift Lenins über: Staat und Revolution. Die ausschnittsweise Wiedergabe leitet er mit einem knappen Kommentar ein: „So ist die Charakteristik des gegenwärtigen Systems [des Kapitalismus, d. V.] und so ist die Diagnose, die Lenin stellt. Der Kapitalismus stirbt – und an seine Stelle tritt ein neues System. Das Programm dieser neuen Ordnung, die wie in eine göttliche Welt geboren wird [sic], finden wir in Lenins zweiter oben genannter Arbeit. Auf deren politische Doktrin gehe ich nicht ein, dies würde zu weit führen. Ich beschränke mich auf den ökonomischen Inhalt.“¹⁷

Lewin zitiert sodann Lenins Thesen: das Proletariat erobert – notwendigerweise gewaltsam – die staatliche Macht. Es vergesellschaftet die Produktionsmittel und organisiert die gesellschaftliche Produktion, wobei es die Staatsbeamten und die Techniker zu „einfachen Vollstreckern“ seiner Aufgaben macht; „damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution beginnen.“¹⁸ Von diesem Beginn der proletarischen Revolution (Kapitel III) springt Lewin nun direkt in die „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“ (Kapitel V) und greift sich dort die nächste Textstelle: die Enteignung der Kapitalisten, wird – so Lenin – „unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben.“¹⁹ Unmittelbar darauf folgt, mit Verweis auf dieselbe Seite, der bekannte Satz „Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.“ Tatsächlich ist diese Vision Lenins einige Seiten weiter, am Kapitelende zu finden.²⁰

Lewin kommentiert knapp, dass in einer solchen Revolution offenbar nichts unmöglich sei, Lenin keine organisatorischen Schwierigkeiten sehe. Dann hat wieder Lenin das Wort: „Unter solchen ökonomischen Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der Kontrolle über Produktion und Verteilung, bei der Registrierung der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen.“²¹

Nun geht Lewin auf Lenins Ausführungen zur sich wandelnden Form des Staates über, dargelegt im Kapitel III von „Staat und Revolution“. Marx und Engels, so Lenin, haben die Vorstellung von der proletarischen Form des Staates – als Alternative zum Unterdrückungsstaat der Bourgeoisie – nicht historisch untermauert.²²

Lenin selbst sieht die Pariser Kommune als Vorbild: „Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat [...] in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist.“²³ Dann aber macht er eine wesentliche Einschränkung: „Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und eine der Ursachen ihrer Niederlage bestand darin, daß sie das nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie bisher immer [...] die Minderheit der Bevölkerung.“²⁴

Lewin greift dann die oben angesprochene Frage noch einmal auf: ist – in Lenins Verständnis – der Übergang vom Kapitalismus zu höheren Formen der Gesellschaft ein längerer, zeitlich kaum abschätzbarer Prozess? Oder vielmehr ein revolutionärer Bruch, der nahezu von heute auf morgen erzeugt werden kann? Lewin zitiert eine Reihe von Textstellen, die aus seiner Sicht einen Aufschluss zur Position des Theoretikers Lenin geben. Dieser schreibt, mit Blick auf die Erfahrungen der Pariser Kommune: die im Rahmen der proletarischen Demokratie ergriffenen Maßnahmen, „bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt.“²⁵ Dieser Übergang, so interpretiert Lewin, ist auch in Lenins Sicht nicht umgehend zu vollziehen: [daß] „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“²⁶ Bei genauerem Hinsehen ist dies allerdings nicht ein Zitat von Lenin sondern von Marx. Und die anschließend zitierte Aussage Lenins, „daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß“, ist eine Hinleitung auf ein dann folgendes Marx-Zitat gleichen Inhalts.²⁷

Mit Bezug auf die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft folgt eine weitere Textpassage: „will man nicht in Utopien verfallen, so darf man nicht annehmen, daß die Menschen sofort nach dem Sturz des Kapitalismus lernen werden, ohne alle Rechtsnormen für die Allgemeinheit zu arbeiten, sind doch die ökonomischen Voraussetzungen für eine solche Änderung durch die Abschaffung des Kapitalismus nicht sofort gegeben.“²⁸ Andererseits betont Lenin das Recht der Sozialisten auf Voraussicht einer idealen gesellschaftlichen Ordnung und wendet sich gegen den Spott derjenigen „bürgerlichen“ Wissenschaftler, die eine solche Voraussicht als reine Utopie abtäten, damit aber nur ihre eigene Ignoranz und ihre eigennützige Verteidigung des alten Systems verrieten.²⁹

Nach dieser etwas sprunghaften, nicht ganz fehlerfreien Darstellung der zweiten Schrift Lenins kommt Lewin zur abschließenden Interpretation und Bewertung. Er betont noch einmal, dass er nur die Grundzüge des Leninschen Denkens vermitteln wollte und dabei bewusst auf eine weitgehend wörtliche Wiedergabe gesetzt habe. Lenins Doktrin habe er nur charakterisieren, nicht in Frage stellen oder gar wider-

legen wollen. Ein vorsichtiger Beginn, auf den eine überraschend deutliche „Charakterisierung“ folgt.³⁰

Die erste Schrift, zum Imperialismus, verdient aus Lewins Sicht keine höhere Anerkennung. Vollständig entwickelt, wohlerrwogen und wohlbegründet sei dieses Gedankengebäude nicht. Nur einen Plan, nur eine Skizze habe Lenin vorgelegt und dabei kaum Originelles geboten. Seine ganze Kritik, seine Entlarvung des Imperialismus gründe sich ausschließlich auf Forschung und Datensammlung anderer, bürgerlicher Wissenschaftler – wie Schulze-Gaevernitz, Riesser und Jaffé. Er zitiere diese Autoren in aller Ausführlichkeit, und sein eigener Beitrag bestehe im wesentlichen darin, eigene Schlussfolgerungen zu ziehen und sich mit der Formel: „selbst der bürgerliche Ökonom sollte erkennen ...“ von den Urhebern zu distanzieren. In seiner Analyse des verfaulenden Imperialismus – Zentrum der gesamten Arbeit – verunstatte Lenin nur das Bild vom Ende des Kapitalismus, das der große Meister-Ökonom Schulze-Gaevernitz gezeichnet habe.³¹

In Lenins Imperialismustheorie kann Lewin also kaum etwas Innovatives erkennen. Dagegen beginnt er seine Bewertung der zweiten Schrift mit dem Satz: „Origineller ist Lewin als Denker einer neuen Wirtschaftsordnung.“³² Allerdings wollte er dies wohl kaum wörtlich verstanden wissen, denn aus dem folgenden Satz spricht deutliche Ironie: Lenin bemühe sich, mit den Autoritäten Marx und Engels übereinzustimmen, was ihm nur mit Mühe gelinge.

Dieses kaum verdeckte Infragestellen ist der Auftakt zur offenen Kritik, die Lewin in der zehnten und letzten Spalte des Zeitungsartikels aufmacht. Damit zielt er auf den Widerspruch zwischen dem Theoretiker und dem Politiker: als Theoretiker hält Lenin den marxistischen Ansatz nicht durch; denn sein revolutionäres Temperament zieht sein Denken fort, weit jenseits der Grenzen der strengen marxistischen Logik. So gerät er in Widerspruch zu Marx und zu sich selbst. An Marx' Verständnis vom unausweichlichen Ende des Kapitalismus, an dessen Zusammenbruchstheorie, knüpft Lenin die Feststellung, dass der Kommunismus aus dem Kapitalismus hervorgeht, sich historisch daraus entwickelt, er „das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus erzeugt hat.“³³ Soweit der Theoretiker Lenin; den Politiker Lenin aber zwingt sein revolutionäres Temperament zu der Behauptung: es ist „durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen“ zum Kommunismus überzugehen. Der Denker verliert, der Revolutionär gewinnt.

Unverkennbar wird Lewin hier, mit Blick auf Lenins revolutionäres Temperament, vom eigenen kritischen Temperament verführt; denn er verkürzt ein Zitat und verallgemeinert dessen Aussage außerhalb des eigentlichen Zusammenhangs. Denn Lenin hatte in seinem oben nachzulesenden Gedanken nur postuliert, dass unter bestimmten Bedingungen die Kontrollbefugnisse in der Produktion unverzüglich auf die Arbeiter übergehen können. Mit einem unmittelbaren Übergang vom

Kapitalismus zum Kommunismus ist dies nicht gleichzusetzen. Ein anderes Aussagenpaar wäre beweiskräftiger gewesen.³⁴

Auch der zweite Versuch, Lenin einen Widerspruch nachzuweisen, gelingt nicht ganz, ist aber von intellektueller Finesse. Den Theoretiker Lenin zitiert Lewin mit den Worten: „In Russland wäre [...] es falsch, den Imperialismus als einheitliches Ganzes darzustellen (der Imperialismus ist überhaupt kein einheitliches Ganzes), weil es in Russland noch sehr viele Gebiete und Arbeitszweige gibt, die von der Natural- und Halbnaturalwirtschaft erst zum Kapitalismus übergehen. Das ist etwas Rückständiges, das ist etwas Schwaches, aber es ist dennoch da und kann unter bestimmten Bedingungen zu einem Element der Verzögerung des kapitalistischen Zusammenbruchs werden.“³⁵ Und der Politiker Lenin? Lewin sieht auch ihn: „[...] dies alles vergessend, führt [er] Russland unter Volldampf gleich in die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Das ist auch verständlich, denn es ist – so Lenin – angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution durchzumachen, als über sie zu schreiben. Aber diese Erfahrungen werden an einem lebenden Organismus gewonnen, an lebenden Menschen ...“³⁶

- 1 Vgl. Nachruf in: The New York Times 26.04.1945. Demnach wurde er 1918 Mitglied der Sektion IX.
- 2 Die Zeitung Retsch hatte sich nach Verbot im Oktober 1917 mehrfach umbenannt und war ab Dezember als Nasch Wek (Unser Zeitalter) erschienen.
- 3 Isaak I. Lewin: Deutsches Kapital in Russland, Petersburg 1918, S. IV. Vgl. eine Betrachtung aus heutiger Sicht: Olga Frochina: Das deutsche Kapital in der russischen Wirtschaft am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Newsletter der Universität Tscheljabinsk, 2009, Nr. 12, Geschichte Bd. 31, S. 5–7 (russ., Kurzfassung der Dissertation).
- 4 Vgl. W. Levermann, S. 79 f.
- 5 Ebd., S. 184 f.
- 6 Vgl. Nasch Wek Nr. 78, 20.04. (07.04.) 1918, Titel: Neubeginn der russischen Banken. In Russland galt ab Februar 1918 der gregorianische Kalender (der 07.04. war das Datum nach dem julianischen Kalender).
- 7 Vgl. W. Levermann, S. 196 f.
- 8 Vgl. Nasch Wek 25.04.1918, Nr. 82.
- 9 Vgl. Leonid Jurovski: Impressionen. Artikel der Jahre 1916–1918, Moskau 2010 (russ.), S. 124. Auch Jurovski (geboren 1884, hingerichtet 1938) war ein Schüler von Struwe am Petersburger Polytechnikum.
- 10 Der Artikel ist wiedergegeben in: I. Lewin: Aktienhandelsbanken ..., 2010, S. 347–358. Die folgende Darstellung bezieht sich darauf, nicht auf die Originalquelle. Lewins Zitate aus beiden Schriften Lenins werden hier verkürzt wiedergegeben, überwiegend in sinngemäßer Darstellung, in einigen Fällen im Wortlaut. Ebenso wird mit Lewins Überleitungen zwischen den Zitaten und mit seinen Kommentaren verfahren.
- 11 Lewin bezieht sich hier nicht ausdrücklich auf einen Text von Lenin, obwohl dies nahe gelegen hätte. Im Frühjahr 1918 hatte dieser geschrieben: „Und die Geschichte [...] nahm einen so eigenartigen Verlauf, daß sie im Jahr 1918 zwei getrennte Hälften des Sozialismus gebär, eine neben der anderen [...]. Deutschland und Rußland verkörpern 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen und andererseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus.“ W.I. Lenin: Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ders., Werke, Bd. 27, Berlin 1974, S. 332–333.
- 12 Ebd., S. 347.

-
- 13 Zitat in der deutschen Fassung aus: W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin (Ost) 1966, S. 95.
- 14 Ebd., S. 106
- 15 Quellenangabe von Lenin: „Grundriß der Sozialökonomik, 146“. Gemeint ist der Band 5 dieses Sammelwerks, mit dem Themenfeld „Bankwesen“, erstmals 1915 veröffentlicht. Schulze-Gaevernitz war Mitautor dieses Bandes (s.o.).
- 16 W. I. Lenin: Der Imperialismus ..., S. 137.
- 17 I. Lewin: Aktienhandelsbanken ..., 2010, S. 352.
- 18 W. I. Lenin: Staat und Revolution, Peking 1971, S. 61.
- 19 Ebd., S. 119
- 20 Ebd., S. 127. Hier ist Lewin ein Fehler unterlaufen. Er hat dieses und das vorherige Zitat aneinander gefügt, mit derselben Seitenangabe (95 bzw. 94 f. in der Originalquelle); tatsächlich liegen zwischen beiden mehrere Seiten.
- 21 Ebd., S. 126.
- 22 „Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß. [...] Marx unternahm es aber nicht, die politischen Formen dieser Zukunft zu entdecken.“ Ebd., S. 69.
- 23 Ebd., S. 51 f.
- 24 Ebd., S. 52.
- 25 Ebd., S. 54.
- 26 Ebd., S. 44.
- 27 Ebd., S. 106.
- 28 Ebd., S. 118.
- 29 Ebd., S. 120 f.
- 30 Vgl. I. Lewin: Lenins ..., S. 357 f. Diese Charakterisierung wird im Folgenden verkürzt wiedergegeben – sinngemäß, mit ausgewählten Zitaten.
- 31 Ebd., S. 357.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd., S. 104.
- 34 Auf die zitierte Aussage Marx⁴, dass „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen [...] kann“ lässt Lenin auf der nächsten Seite folgen: „daß die landläufige, vulgäre ‚Auffassung‘ des von uns zitierten berühmten Ausspruchs von Marx darin besteht, daß Marx hier angeblich die Idee der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Ergreifung der Macht unterstreiche und dergleichen mehr. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine‘ zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf die Besitzergreifung beschränken darf.“ Ebd., S. 44.
- 35 W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin 1974, S. 466.
- 36 I. Lewin: Lenins ..., S. 358. Das Zitat „angenehmer und nützlicher ...“ ist aus dem Nachwort zur ersten Auflage von Staat und Revolution entnommen. Lenin schreibt darin, dass er das letzte Kapitel dieser Schrift, überschrieben mit „Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ nicht wie geplant habe schreiben können, weil seine Aufgabe in der Oktoberrevolution dies verhindert habe. „Über eine solche ‚Verhinderung‘ kann man sich nur freuen.“

Nationalisierungsdekret, Helfferich-Artikel und roter Terror

Der Artikel über Lenins Denken erschien am 11. Juli 1918. Von dem „Tauwetter“ der Frühjahrsmonate war in diesen Wochen nichts mehr zu spüren, der politische Wind hatte sich erneut gedreht. Am 28. Juni hatte die Sowjetregierung per Dekret die Großindustrie und die Eisenbahnen nationalisiert. Dies kam durchaus überraschend; denn knapp vier Wochen vorher hatten auf dem I. Volkswirtschaftsrätekongress die Delegierten diese Schlüsselfrage ausführlich beraten und sich mehrheitlich für eine schrittweise Veränderung ausgesprochen, mit gründlichen technischen Vorbereitungen und langem Atem. Mit ihrem Dekret setzte sich die Regierung über diese Vorschläge hinweg und entschied sich für den abrupten Systemwechsel. Ihr Entscheidungsspielraum hatte sich in den Wochen zuvor dramatisch verengt, durch innere wie äußere Entwicklungen.

Die Machtfrage in Sowjetrußland hatte sich zugespitzt. Der Bürgerkrieg war im Mai offen ausgebrochen. Zudem wurde der Moskauer Anspruch auf zentrale Wirtschaftslenkung an der Basis missachtet, indem Arbeiter – unterstützt auch durch örtliche Parteigruppen – weiterhin Betriebe besetzten und enteigneten. Ein vorläufiger Höhepunkt war die Nationalisierung der Erdölindustrie, die der Bakuer Rat der Volkskommissare eigenmächtig am 11. Juni verfügte. Lenins Konzept des Staatskapitalismus wurde zunehmend ausgehöhlt, und die Aktionen radikalierter Arbeiter richteten sich immer öfter auch gegen Bolschewisten. Dies stellte deren Ordnungsfunktion in Frage, auf die viele Unternehmer – im eigenen Interesse – noch im März und April gesetzt hatten. Die Annäherung zwischen Bourgeoisie und rechten Bolschewiki kehrte sich um, verstärkt auch durch den Machtwechsel in der Ukraine. Lenin forderte schon Mitte Mai „den schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie, die Verhängung des Ausnahmezustandes, das Verbot von Zeitungen, die Inhaftierung der Rädelsführer“.¹ Der Volkskongress rief Anfang Juli zum Massenterror gegen das bürgerliche Lager auf.

Auch der äußere Druck verschärfte sich dramatisch, und letztendlich gab dieser den Ausschlag für die hektische Dekretierung der Nationalisierung. Im Juni begannen die deutsch-russischen Verhandlungen über die Wirtschaftsfragen, welche die Vertragspartner in Brest ausgeklammert hatten. Ein zentraler Streitpunkt war, wie die deutsche Seite für Nationalisierungen von Unternehmen entschädigt werden sollte, an denen deutsches Kapital beteiligt war. Brisanz lag vor allem in der Regelung zukünftiger Enteignungen; als Stichtag galt der 1. Juli 1918. Die deutsche Seite forderte für solche Fälle eine vollständige Entschädigung vorab und in bar. Dies stellte die russische Regierung nicht nur vor ein Liquiditätsproblem. Zu Recht fürchtete sie eine ungleich größere Gefahr: die weitreichende Durchdringung der russischen Wirtschaft mit privatem deutschem Kapital, verbunden auch mit dem deutschen Zugriff auf russische Bodenschätze. Die Bildung eines Russland-Syndikats deutscher Unternehmen stärkte solche Befürchtungen ebenso wie der

zunehmende Ausverkauf russischer Unternehmen, deren Eigner vor dem Bürgerkrieg ins Ausland flüchteten. Die Sowjetregierung entschied sich für die sofortige Nationalisierung, noch vor dem genannten Stichtag.²

Zwei Wochen später kam Lewins Artikel über Lenins ökonomisches Denken heraus. *Nasch Wek* durfte weiterhin erscheinen, und die Hoffnung auf einen Sturz der Regierung war ungebrochen; stand diese doch mit dem Rücken zur Wand. Insbesondere rechneten Regierungsgegner darauf, dass maßgebende Kreise in Deutschland endgültig von den Bolschewisten abrücken würden. Neben dem Nationalisierungsdekret gab es einen zweiten, noch aktuelleren Anlass: der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Mirbach, war am 6. Juli von linken Sozialrevolutionären ermordet worden. Die Reaktion auf deutscher Seite war gemischt. Das Auswärtige Amt wollte den Weg der vertraglichen Vereinbarungen keinesfalls verlassen und setzte die Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetregierung fort. Andererseits entsandte es als Nachfolger Mirbachs einen ausgesprochenen Kritiker der sowjetischen Wirtschaftspolitik: Karl Helfferich. Dieser angesehene Wirtschaftswissenschaftler, ehemals Direktor der Deutschen Bank, Leiter der Kriegsfinanzpolitik und Vizekanzler bis November 1917, hatte seitdem das Spezialbüro zur Vorbereitung von Friedensfragen gelenkt, war also auch mit den deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen befasst. Er kritisierte die Nationalisierungen scharf und sprach sich gegen jegliche Zusammenarbeit mit dem bolschewistischen Regime aus; es würde ohnehin demnächst fallen. Damit fand er auch das Ohr des Kaisers.³

„Helfferich off for Moscow“ meldete die *New York Times* am 28. Juli, mit dem Zusatz: „On the same train went a battalion of German soldiers.“ Die Lage in Moskau drohte chaotisch zu werden, Sozialrevolutionäre hatten kurz nach dem Mirbach-Attentat einen Aufstand angezettelt.⁴ Für Helfferich war dies ein schwerer Start; er blieb in seiner Residenz und zog es vor, sein Beglaubigungsschreiben dort und nicht im Kreml zu übergeben. Tschitscherin, seit Mai der Volkskommissar für Äußeres, kam persönlich zu ihm und führte erste Gespräche. Auf diplomatische Höflichkeit konnte Helfferich also rechnen, nicht aber auf Akzeptanz seiner Positionen seitens der Sowjetregierung. Einen deutlich anderen Ton schlug *Nasch Wek* an, das letzte noch verbliebene Blatt des russischen Bürgertums. Es brachte am 3. August einen vierspaltigen Artikel, überschrieben mit „Helfferich“.⁵ Dieser wird davon erfahren und ihn als Lichtblick verstanden haben, als eine der wenigen nicht nur formalen Willkommensgesten, die er als neuer Amtsträger erfuhr.

Der Autor des Artikels, Isaac Lewin, war voll des Lobes über die Personalentscheidung der deutschen Regierung. Die Persönlichkeit Helfferichs und seine Eignung würdigte er durchweg positiv, der Artikel enthält kaum ein kritisches Wort. Lewin hob insbesondere die geschäftspraktischen und die wirtschaftspolitischen Erfahrungen des neuen Botschafters hervor. Er verstehe es gleichermaßen in wirtschaftlichen wie auch politischen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. „Welch ein Erfahrungsreichtum des neuen deutschen Botschafters. Ökonom, Ban-

kier, Finanzminister, Spezialist in kolonialen Fragen (Orient). Welch ein riesiges Arbeitsfeld eröffnet sich ihm in Russland! [...] Einen geeigneteren Repräsentanten hätte die deutsche Regierung nicht finden können.“⁶

Selbstverständlich wusste Lewin, dass die russische Regierung eine solche Darstellung mehrheitlich missbilligen und als Botschaft an maßgebliche Kreise in Deutschland verstehen würde, die für den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen eintraten. Zustimmung wird Lewin im pro-deutschen liberalen Bürgertum gefunden haben; nur war dieses zu schwach, um noch politisch Einfluss nehmen zu können. Ein Terraingewinn für Helfferich war ohnehin nicht zu erhoffen, da sein Drängen, die Beziehungen zu den Bolschewisten abzubrechen, kaum noch einflussreiche Befürworter fand. Diese Wende auf deutscher Seite hatte nicht zuletzt der Admiral von Hintze angestoßen, der im Juni das Amt des Außenministers angetreten hatte.

Helfferich wurde schon nach wenigen Tagen wieder von seinem Posten abberufen, wegen eines drohenden Attentats, vielleicht aber auch wegen eines Sinneswandels des Kaisers. „Helfferich called back“ schrieb die *New York Times* am 9. August. Drei Tage zuvor hatte er Moskau verlassen; Lenin war er während seines achttägigen Aufenthalts nicht ein einziges Mal begegnet. Unmittelbar darauf wurde der Sitz der deutschen Gesandtschaft nach Petrograd, später nach Pleskau verlegt. Dies war ein außenpolitisches Signal an den Kreml, zudem ein Versuch, den Geistesverlust Helfferichs in Grenzen zu halten.

Helfferich sollte in Berlin Bericht erstatten; die Lage in Moskau war undurchschaubar geworden. Auch die *Vossische Zeitung* zeichnete ein verworrenes Bild, wenngleich mit strategischem Fazit: „Moskau ist also in den Händen deutschfeindlicher Elemente. Man nimmt an, dass es sich um Anhänger der linken Sozialrevolutionäre handelt. Daraus würde sich ergeben, daß die Herrschaft der Bolschewiki in Moskau zu Ende sei, aber nicht nur in Moskau, sondern in dem größten Teil Rußlands, wenn nicht gar im ganzen Reich. Denn ohne Not würde sich die deutsche Gesandtschaft nicht in ein Gebiet zurückgezogen haben, das von deutschen Truppen beherrscht ist. [...] Es ist aber keineswegs damit gesagt, ob nicht auch bolschewistische Elemente an dieser deutschfeindlichen Bewegung teilnehmen. [...] Es wäre denkbar, daß die Bolschewiki in dem Augenblick, wo die inneren Parteigegensätze ihre Stellung aufs äußerste gefährden, durch eine Schwenkung in der Außenpolitik ihre Macht wieder herzustellen versuchen. [...] Noch jetzt kann Deutschland Rußlands Freund werden, wenn es mit einer entschlossenen und völligen Wendung seiner Politik dem östlichen Nachbarn diese Gelegenheit bietet.“

Was hatte Lewin mit seiner Laudatio auf Helfferich erreichen wollen? Plausibel erscheint nur eine Antwort: er hatte sich entschlossen ins Exil zu gehen und wollte ein letztes Zeichen zu setzen. Nur mit Ablösung der Sowjetregierung war aus seiner Sicht zu verhindern, dass Russland weiter dem politischen Irrweg folgte, im Bürgerkrieg versank und zu einem Staat ohne Zivilgesellschaft degenerierte. Dies

zu verhindern konnte nur mit ausländischer Unterstützung gelingen, über wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland und anderen westlichen Partnern.

Dies war seine Botschaft, aber was war sein Motiv? Wollte Lewin noch einmal die Fahne des Liberalismus hoch halten, als Ausdruck tiefer politischer und wissenschaftlicher Überzeugung? Oder überwog das persönliche Interesse, sein eigenes Prestige zu stärken und sich für künftige Aufgaben im Exil zu empfehlen? Es war nicht abwegig zu erwarten, dass sein Artikel solche Personen in Politik und Wirtschaft beeindruckten würde, die gedanklich oder tatsächlich schon im Exil waren. Vielleicht bewegte ihn auch die Frage, welche Referenzen er bei einer möglichen Einreise nach Deutschland würde vorweisen können. Mit dem Vorwurf, er habe im Alleingang die Existenz der Zeitung gefährdet, brauchte er nicht zu rechnen. Vielmehr war anzunehmen, dass auch Redaktion und Herausgeber, die täglich mit dem Verbot des Blattes rechneten, noch einmal ihre Stimme erheben wollten. *Nasch Wek* – „Unser Zeitalter“ – stellte mit dieser Ausgabe vom dritten August ihr Erscheinen ein.

Wann genau Lewin das Land verlassen hat, ist nicht bekannt. Alfons Pacquet schrieb als Zeitzeuge der Septembertage: „Die Städte Moskau und Petersburg zittern. Nicht ein Mensch mehr in diesen Städten, der seines Lebens sicher wäre. Schuldige und Unschuldige, ein jeder kann, so geschieht es täglich, auf Grund eines bloßen Verdachtes, auf Grund von Listen, die beliebig zusammengestellt werden, von der *Außerordentlichen Kommission* gegriffen, in die überfüllten, von Schmutz und Ungeziefer wimmelnden Gefängnisse geworfen und ein paar Stunden später erschossen werden.“⁷ Er zitiert aus dem Leitartikel, den Karl Radek in der *Iswestija* vom 6. September geschrieben hatte: „Die Arbeitermassen haben lange gezögert, bis sie sich entschlossen, Zwangsmaßnahmen gegen das Bürgertum zu ergreifen. Im Anfang wollte die Arbeiterrevolution Großmut üben. Aber ihre Feinde erhoben zum Dank dafür, daß sie sie laufen ließ, gegen die Arbeiter ihre Waffen. Als Antwort auf den weißen Terror steht jetzt der rote Terror auf der Tagesordnung. Die Seele aller Verschwörungen auf russischem Boden ist die Bourgeoisie. Sie verfügt über ein Netz von Verbindungen im Lande. In ihren Händen befinden sich noch Milliarden. Noch hofft sie auf den Sieg mit Hilfe des fremden Kapitals und des Großbauerntums. Daher müssen ihr nicht nur ihre Waffen abgenommen, sondern auch alle Reichtümer müssen ihr entrissen, ihre Verbindungen zerstört werden. Wir müssen nicht nur die Produktionsmittel in unsere Hände bekommen, sondern auch alles persönliche Eigentum der Bourgeoisie, denn dieses dient ihr nur als Kampfmittel gegen das Proletariat.“⁸

Diesen Kampf erfuhr Lewin am eigenen Leibe; er wurde auf offener Straße beraubt. Der Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, liberaler Wirtschaftswissenschaftler und Anhänger der Kadetten-Partei, der sich noch im letzten bürgerlichen Blatt Russlands für das erfolgreiche Wirken eines antisowjetischen deutschen Gesandten ausgesprochen hatte, stand gleich mehrfach in den Schusslinien der Tsche-

ka. Hinzu kam, dass er ukrainischer Herkunft war. In Kiew hatte ab März 1917 ein Zentralrat den neuen Kurs bestimmt. Er rief nach der Oktoberrevolution die Autonomie aus, erklärte das Land zur selbständigen Ukrainischen Volksrepublik und schloss mit den Mittelmächten einen Friedensvertrag. Kurz darauf setzte allerdings die deutsche Regierung im Vertrag von Brest-Litowsk durch, dass nicht nur die baltischen Gebiete sondern auch die Ukraine an das Deutsche Reich zu übergeben waren. Als Lewin seinen Artikel schrieb, wurde die von Russland „abtrünnige“ Ukraine von einem General regiert, den die Deutschen eingesetzt hatten.

Am 16. Januar 1919 berichtete der Dekan der Juristischen Fakultät dem Rektor der Petrograder Universität, dass mehrere Wissenschaftler von ihren Auslandsreisen nicht zurückgekehrt seien. Unter ihnen war der Privat-Dozent Isaac Lewin.⁹ Sein Archiv und seine Bibliothek hatte er in Petrograd zurückgelassen.¹⁰

1 W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, S. 357; zit. n. W. Levermann, S. 263.

2 Zur Nationalisierung und ihren Anstößen vgl. W. Levermann, S. 261 f.

3 Ebd., S. 169 f.

4 Vgl. A. Paquet, S. 24 f.

5 Vgl. Nasch Wek Nr. 134, 03.08.1918.

6 Ebd.

7 A. Paquet, S. 113.

8 Ebd., S. 115.

9 Vgl. O. Erochina: Der Wirtschaftswissenschaftler I. I. Lewin, S. 133.

10 Vgl. A. Belych (Hg.), S. 14.

Von Finnland in die Stiefmutter der russischen Städte

Der Beitrag zu Helfferich war Lewins letzte Publikation auf russischem Boden – und auch seine letzte in russischer Sprache. Er verließ das Land vermutlich im Herbst 1918, wie auch sein früherer Lehrer Struwe. Ihre Wege hatten sich nach Lewins Promotion noch mehrfach gekreuzt. In den Jahren 1912 und 1913 dürften sie sich an der Moskauer Universität gesehen haben, wo Struwe den Magistergrad erwarb und Lewin postdoktoral studierte. Auch an Struwes nächster Station Kiew war Lewin präsent; er lehrte dort zur selben Zeit an der Handelshochschule. In die Akademie der Wissenschaften wurde Struwe 1917, Lewin 1918 aufgenommen.¹

Im Krieg hatte Struwe eine national-liberale, regierungsnahе Position eingenommen, und unmittelbar nach der Oktoberrevolution war er in den Rat der „Freiwilligenarmee“ eingetreten, die sich im Süden des Reiches gebildet hatte. Einige Monate später war er wieder in Moskau, wohnte unter falschem Namen, und gab die letzte Ausgabe von *Russkaja Mysl* heraus, bevor sie im Juli 1918 verboten wurde. Er engagierte sich im Rechten Zentrum, einer überparteilichen, anti-bolschewistischen Gruppierung, und floh im August vor dem „roten Terror“. Bis November lebte er versteckt auf dem Lande und ging dann über Petrograd nach Finnland. Die direkte Route nach Helsinki war stark kontrolliert. Struwe nahm daher den Weg am westlichen Ufer des Ladoga-Sees – beschwerlicher, aber weniger riskant. Sein zwanzigjähriger Sohn Gleb folgte ihm einige Tage später auf derselben Route, zusammen mit weiteren Emigranten.²

Auch Lewin entschied sich für Finnland, das im Herbst 1918 seine Grenze für russische Flüchtlinge erneut geöffnet hatte.³ In Russland hatte er in Wissenschaft und Wirtschaft gearbeitet; in Finnland boten sich Einstiegschancen als Bankier. In beiden Großstädten – Helsinki und Wyborg – gab es russische Banken, die ihre Dienste vor allem wohlhabenden Auslandsrussen anboten. Von diesen hatten sich etliche schon vor Jahrzehnten im Geschäftsleben etabliert und waren zu finnischen Staatsbürgern geworden.⁴ Hinzu kamen seit 1917 Exilanten, die in größerem Umfang ihre Wertsachen und Devisen mitbrachten. Beide Gruppen brauchten Banken: die Geschäftsleute vor allem zur Handelsfinanzierung, die Revolutionsflüchtlinge dagegen zur Sicherung ihrer Werte und für kurzfristige Geldanlagen. Die große Mehrzahl zog naturgemäß solche Bankiers vor, die zwischen Russland, Nord- und Westeuropa finanzielle Brücken schlagen konnten. Für diese Nischen war Isaac Lewin ohne Frage qualifiziert: er kannte das Finanzwesen aus praktischer Bank- und Börsenerfahrung; zudem beherrschte er die ukrainische, die russische und die deutsche Sprache.

Die Zahl der russischen Emigranten in Finnland stieg bis 1922 auf etwa 15 000.⁵ Diese Zuwanderungsstatistik erfasste nur diejenigen, die vorschriftsgemäß einen Visumsantrag gestellt und zwei Referenzpersonen in Finnland genannt hatten. Hinzu kamen die Exilanten, die illegal eingereist waren. Eine erste Unterkunft boten

die Hotels von Wyborg und Helsinki oder auch die Stadtvillen und Landsitze etablierter Russen. Viele Zuwanderer organisierten sich in Gruppen und Einrichtungen, wobei das Spektrum der Ziele von der gemeinschaftlichen Bewältigung der Alltagsprobleme bis zur Wiedereroberung und Neuordnung St. Petersburgs reichte. Als politisch bedeutendste Organisation galt das anti-bolschewistische Sonderkomitee für russische Angelegenheiten in Finnland, gegründet im Oktober 1918. Sein Sitz war anfänglich Wyborg, später Helsinki. Die Gründer waren überwiegend Aristokraten, aber schon bald wurde die Runde um Vertreter des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums erweitert.⁶ Das Komitee koordinierte in der Folgezeit Aktionen in nationaler wie internationaler Flüchtlingshilfe, und es diente als Konsulat. In dieser Funktion stellte es auch den sogenannten Nansen-Pass aus, als Reisedokument für russische Emigranten, die staatenlos geworden waren.⁷

Sein Anspruch ging aber über die Emigrantenhilfe hinaus, es plante anti-bolschewistische Aktionen in Russland und die Bildung einer Exil-Regierung. Dem Ziel der Verschwörungen und des Umsturzes in Sowjetrußland hatte sich auch das Nationale Zentrum verschrieben. Im Juni 1918 von Kadetten gegründet, zielte es auf die Wiederherstellung eines umfassenden und zentralisierten Staates, dem zunächst ein Militärdiktator vorstehen sollte. Die Organisation wurde im Inland von der Tscheka ausgelöscht⁸ und blieb nur im Exil aktiv. Peter Struwe wirkte in allen drei anti-bolschewistischen Gruppierungen mit: im Rechten Zentrum, im Nationalen Zentrum und im Sonderkomitee.

Zwischen November 1918 und Januar 1919 schwoll der Zuwanderstrom stark an, und zahlreiche exponierte Gegner der Bolschewisten nahmen in diesen Wochen den Weg nach Wyborg und Helsinki. Unter ihnen waren einflussreiche Kadetten, wie Struwe, der Theologe und Ex-Minister Kartaschew und der Publizist Gessen (Hessen), sowie eine Reihe führender Militärs. Gutschkow, Militärminister in der ersten Provisorischen Regierung, propagierte einen Militärschlag auf Petrograd und Moskau und forderte dafür den Aufbau einer weiteren Front, im Nordwesten Russlands.⁹ Die führende Rolle in dieser Operation sollte Nikolai Judenitsch zufallen, einem der erfolgreichsten Generäle im Krieg 1914–1917 und Kommandeur der Kaukasus-Front unter der Provisorischen Regierung. Er kam Anfang Januar 1919 nach Helsinki und traf kurz darauf mit Struwe zusammen, der ihm seitens des Sonderkomitees und der führenden Kadetten einen weitreichenden Vorschlag machte. Demnach würde das Sonderkomitee mit seinem offiziellen Apparat die Flüchtlingshilfe fortsetzen. Parallel dazu sei, vor der finnischen Öffentlichkeit verdeckt, eine zweite Organisation zu schaffen. Sie sollte als vertrauliches Organ bei Judenitsch angesiedelt werden und ihn bei der Einnahme von Petrograd politisch wie administrativ beraten. Der General, in Erwartung diktatorischer Vollmachten, stimmte zu. Das Militär-Politische Zentrum wurde gebildet und Struwe, Judenitsch wie auch Kartaschew gelangten in Schlüsselpositionen, indem sie die Mitgliedschaft in beiden Organisationen erhielten.¹⁰

Um dieser Konstruktion ein ausreichendes politisches Fundament zu geben und die Bildung von Parallelorganisationen zu verhindern, organisierten Struwe und Kartaschew daraufhin eine Zusammenkunft der wichtigsten Emigranten aus Industrie, Handel und Finanzen. Schon am 14. Januar 1919 fand dieser Kongress unter beider Leitung in Wyborg statt, mit über 200 Teilnehmern, unter ihnen vermutlich Isaac Lewin. Sie beschlossen, ihrerseits eine Interessenvertretung zu schaffen und entsprachen damit dem Vorschlag des Präsidiums, das zudem eine Liste geeigneter Vertreter vorbereitet hatte. In unmittelbarem Zusammenhang folgte zwei Tage später die Reorganisation und Namensänderung des bestehenden Sonderkomitees. Der bisherige Vorsitzende Trepow, als deutschfreundlich bekannt, wurde durch Kartaschew ersetzt, und die Organisation nannte sich fortan Russisches Komitee, unter Einschluss der Wirtschaftsvertreter. Das neue Leitungsgremium bestätigte die Wahl der Doppelstrategie: „apolitische“ Flüchtlingshilfe mit konsularischen Funktionen einerseits und Vorbereitung des Angriffs auf St. Petersburg andererseits.¹¹ Dabei setzte es auf die Bildung der Nordwest-Armee in Zusammenarbeit mit finnischen und baltischen Kräften. Diese erhofften sich von einem Militärzug gegen die Bolschewisten ihre nationale Unabhängigkeit; im Falle Finnlands ging es auch um eine Grenzkorrektur in Karelien. Die Haupterwartungen richteten sich dabei auf Finnlands Regenten Mannerheim; er war ein ehemals hochrangiger Offizier der zaristischen Armee und seit Dezember 1918 im Amt.

Struwe hat an dieser Ausgestaltung der politischen Strukturen im finnischen Exil nicht mehr mitgewirkt; er verließ Helsinki noch vor Ende Januar. Als Vertreter des Komitees sollte er bei den Ententemächten England und Frankreich um Unterstützung für die Vorhaben im Nordwesten werben, und er sollte auch die Russische Politische Versammlung in Paris überzeugen. Die französische Hauptstadt war das politische Zentrum der weißrussischen Bewegung. Die Führungsorgane im Osten, Süden und Norden des Reiches, bemüht um internationale Handlungsfähigkeit, hatten schon 1918 den ehemaligen Außenminister Sasonow zu ihrem außenpolitischen Sprecher bestimmt. Sasonow lebte im Exilort Paris, wo führende zaristische Diplomaten einen Rat der Botschafter gebildet hatten. Unter Einschluss weiterer weißrussischer Gruppen formierte sich daraus die Russische Politische Versammlung – nicht zuletzt mit Blick auf die anstehenden Friedensverhandlungen.¹²

Kartaschew wurde zur führenden nicht-militärischen Figur in dem Russischen Komitee und wohl auch zum einflussreichsten Kadetten auf finnischem Boden. Unverkennbar war sein Bestreben, die Arbeit des Komitees durch eine breite Machtbasis abzusichern. Insbesondere die Vertreter der Wirtschaft waren zu gewinnen, zumal sich auf dem Kongress im Januar doch Widerspruch gegen eine Dominanz des damaligen Sonderkomitees geregt hatte.¹³ Dem neu ernannten Russischen Komitee war eine Finanz- und Wirtschaftskommission angeschlossen, gebildet von ehemals führenden Persönlichkeiten des Petrograder Wirtschaftslebens. Zu ihnen gehörten: E. K. Grube (Mineralölkonzern Gebr. Nobel), F. F. Uteman (Aufsichtsrat

in Bank- und Industrieunternehmen, Stadtratsmitglied), L. F. Dawidow (Vorstand Russisch-Chinesische Bank), W. P. Schuberski (Russisch-Französische Geschäftsbank), F. A. Dobrynin (Erste Russische Versicherungsgesellschaft), S. G. Lianosow (Industrieunternehmer) und weitere.¹⁴ Zu diesen zählte I. I. Lewin.¹⁵

Einige Mitglieder der Kommission wurden auch in die Leitung des Russischen Komitees gewählt. Dessen Zusammensetzung spiegelte, wie zu erwarten, die unterschiedlichen politischen Strömungen wider. Ein zentraler Streitpunkt war die Zukunft der finnisch-russischen Beziehungen. Judenitsch vertrat den Standpunkt, dass die finnische Autonomie nur dann anzuerkennen sei, wenn die finnische Regierung sich verpflichtete, die Bildung einer starken weißrussischen Militärmacht auf finnischem Boden zu unterstützen.¹⁶ Dagegen wandte sich einer der beiden Stellvertreter Kartaschews, zusammen mit Gleichgesinnten: „Die Gruppe des Fürsten W. M. Wolkonski (Subbotin, F. A. Dobrynin, Lewin u.a.) trat für die Anerkennung der finnischen Unabhängigkeit ein, unverzüglich und ohne Bedingungen. Sie meinten, dass nur die volle und bedingungslose Anerkennung der staatlichen Hoheit Finnlands geeignet sei, die finnische Unterstützung für den Angriff auf Petrograd zu sichern.“¹⁷ Wolkonski war stellvertretender Duma-Präsident und von 1915–1916 stellvertretender Innenminister gewesen. Isaac Lewin galt, wie Dobrynin, als Mann der Wirtschaft.

Diese tiefgreifenden Meinungsunterschiede unter den Emigranten waren vor der finnischen Regierung nicht zu verbergen. Sie trat nun gegenüber Judenitsch unverhohlen kritisch auf und brachte ihre Forderungen auf nationale Selbständigkeit und Grenzkorrekturen mit wachsendem Nachdruck vor. Damit erhielt der Konflikt eine überregional außenpolitische Dimension und rückte auf die Tagesordnung der Russischen Politischen Versammlung in Paris. Struwe war Mitglied in diesem Forum. Im April 1919 kam er aus London in die französische Hauptstadt und drängte in der Versammlung darauf, das Verhältnis zu Finnland und den baltischen Ländern umgehend politisch zu klären. Die Reaktion war gemischt; denn natürlich wirkten auch in dieser Gruppierung sehr unterschiedliche Strömungen der weißrussischen Bewegung. Schnell einigte man sich auf die Errichtung einer militärischen Nordwest-Front. Umstritten aber blieb die Frage, wie auf die Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum, vor allem aber in Finnland zu reagieren sei. Eine Einigung gab es nicht, insbesondere der Außenminister Sasonow sprach sich gegen eine umgehende und bedingungslose Anerkennung aus.¹⁸

Judenitsch teilte dessen Meinung im Kern, sah sich jedoch aus militärpolitischen Gründen zu Kompromissen vor Ort gedrängt. Er wollte die Einnahme Petrograds noch vor dem Winter erreichen, verfügte allein aber über kein ausreichendes Truppenkontingent. Mannerheim befürwortete die finnische Beteiligung an dem Angriff, allerdings unter der Bedingung, dass er vorher eine offizielle weißrussische Anerkennung der finnischen Unabhängigkeit erhielt. Judenitsch, mit Rückenstärkung seitens der weißrussischen Regierung in Sibirien, befürwortete nun die Bil-

dung einer entsprechenden Regierung im Nordwesten, ausgestattet mit der Vollmacht für Unabhängigkeitsverhandlungen. Dagegen wandte sich wiederum Sasnow. Er konnte aber nicht verhindern, dass Kartaschew Ende Mai, in Abstimmung mit Judenitsch, eine „Politische Versammlung“ für den Nordwesten ins Leben rief, beizuordnen dem militärischen Führer der Nordwest-Front. Die Machtstrukturen verzweigten sich – und der eventuell desorientierte Leser zweigt ab in eine hilfreiche Anmerkung.¹⁹

Judenitsch, als Leiter des neuen Organs, berief fünf weitere Mitglieder: zwei Generäle, einen anerkannten Petersburger Juristen, den genannten Unternehmer Lianosow und nicht zuletzt auch Kartaschew. „Alle Personen, die die Versammlung bildeten, standen auf dem rechten Flügel. Ihre gemeinsamen Grundüberzeugungen waren: die Wiederherstellung eines einigen und unteilbaren Russlands sowie die Errichtung einer Diktatur für die Übergangszeit. [...] Die Zielrichtungen der Versammlungsmitglieder bestätigten die Aussprüche ihres Vorsitzenden. Judenitsch verstieg sich einmal zu der Forderung, dass Struwe als Revolutionär den Strang verdiene.“²⁰

Dieser Quasi-Regierung wurden nicht nur administrative Aufgaben bei Einnahme und Verwaltung Petrograds zugeteilt sondern auch eine außenpolitische Vertretungsmacht, insbesondere in der Anerkennungsfrage. Damit war die Politische Versammlung in Helsinki auf Konfliktkurs zur gleichnamigen Führungsgruppe in Paris getrimmt. Dies schränkte ihre Handlungsfähigkeit nicht unmittelbar ein; schwerer wog, dass ihr Machtanspruch deutlichen Widerspruch in der russischen Emigrantengesellschaft hervorrief. Ein Zeitzeuge berichtete darüber: Manuel S. Margulies, einflussreicher Kadett, der alle Schauplätze der weißrussischen Exilbewegung im Süden und Westen gesehen hatte, und von Ende 1918 bis Anfang 1920 darüber Tagebuch führte. Im Juli 1919 kam er nach Helsinki und notierte, dass in Opposition zur dortigen Politischen Versammlung vor allem diejenigen getreten waren, die in das Gremium keinen Einlass gefunden hatten (Petrograder Anwalt Kedrin, ehemaliger Senator Iwanow, I. W. Gessen). Ihnen hatten sich einige Mitglieder der Industrie- und Handelsgruppe angeschlossen (F. F. Uteman, E. K. Grube, I. I. Lewin, Fürst A. P. Meschtscherski u.a.)²¹ Dies ließ vermuten, dass das Petersburger Unternehmerlager zunehmend auf Distanz zu Judenitsch ging.

Unverkennbar zeigte dies ein Kongress am 15. Juli. Die Gruppe der Opponenten gegen die Politische Versammlung war entschlossen, ein Forum in der Art eines Vorparlaments zu schaffen, als Gegengewicht der Emigrantenöffentlichkeit gegenüber der Diktatur der Militärs.²² Zu diesem Zweck veranstaltete sie einen Kongress aller Mitglieder der Industrie- und Handelsgruppe. Auch Margulies war anwesend: „11 Uhr – im Kongress der Vertreter der Industrie- und Handelsgruppe. Es wird vorgeschlagen, zwei Komitees zu schaffen: für Industrie und Handel sowie für Finanzwesen. Vorsitzender Uteman, sein Stellvertreter E. K. Grube. Sprecher: S. W. Iwanow, M. I. Scheffel. Die Idee ist, ein Pendant der Opposition zu den Komitees

zu schaffen, die unter Lianosow in der Politischen Versammlung für die Wirtschafts- und Finanzfragen zuständig sind. Dem Vorschlag wird zugestimmt, und als Mitglieder der Komitees werden ausschließlich Opponenten von Judenitsch gewählt.“²³

In dieser kritischen Lage erhielt Judenitsch Unterstützung von außen. Anfang August verließ er Helsinki und verlagerte Stab und Truppe auf einen von Weißrussen kontrollierten Gebietsstreifen um Narwa, gegen den Widerspruch des dort machthabenden Generals. Damit drohte eine weitere Verschärfung der inner-russischen Streitigkeiten, sehr zum Ärger der Alliierten Militärmission, die rasch und eigenmächtig darauf reagierte. Sie forderte ultimativ, dass die streitenden Parteien in Tallinn und Helsinki sich in einer neuen Regierung für Nordwest-Russland zusammenfanden, die Unabhängigkeit Estlands anerkannten und Judenitsch die oberste, uneingeschränkte Befehlsgewalt im gesamten Nordwesten zusprachen. All dies geschah umgehend; die neue Regierung – mit Lianosow als Premier und Finanzminister – nahm ihren Sitz in Tallinn, gewährte den baltischen Ländern und Finnland ihre Unabhängigkeit und stärkte Judenitsch den Rücken gegenüber den Ansprüchen rivalisierender Generäle.²⁴

Der Aufbau einer politischen und militärischen Struktur für die weißrussische Bewegung im Nordwesten hatte damit den Scheitelpunkt erreicht. Es folgte der Abstieg und bald darauf der Zusammenbruch. Die Politische Versammlung in Paris weigerte sich, die Anerkennungserklärungen der Nordwest-Regierung zu bestätigen. Die Esten setzten auf direkte Verhandlungen mit den Moskauer Machthabern, und die Finnen verlangten eine zusätzliche Anerkennungserklärung seitens Lianosows. Trotzki spielte in der Prawda offen mit dem Gedanken eines Angriffs auf Helsinki. Margulies – jetzt außenpolitischer Vertreter der Nordwest-Regierung – suchte vergeblich nach Verhandlungslösungen mit Balten und Finnen.²⁵ Judenitsch unternahm den Militärschlag schließlich allein, ohne baltische und finnische Partner. Ende Oktober wurde er vor Petrograd vernichtend geschlagen. Die Nordwest-Regierung, von den Esten des Landes verwiesen, löste sich auf, ebenso die Nordwest-Armee.²⁶ Judenitsch ging nach kurzer Haft ins Pariser Exil und verzichtete auf jede weitere Rolle in der weißrussischen Bewegung.

Für die russischen Emigranten in Finnland verloren sich damit alle Erwartungen auf eine schnelle Rückkehr aus eigener Kraft. Was blieb, war eine inoffizielle, von Frankreich und England gelenkte Exilpolitik. Die Politische Versammlung in Frankreich ernannte den Petersburger Rechtsprofessor Grimm, Vertreter der Kadettenpartei, zum Inspektor für Finnland. Wie die meisten einflussreichen Weißrussen, so verließ auch Kartaschew das Land und ging nach Paris. Sein Nachfolger im Vorsitz der Sonderkomitees wurde unter die direkte Kontrolle von Grimm gestellt.²⁷

Zurück zu Isaac Lewin: er hatte in Helsinki Fuß gefasst und beim Aufbau politischer Exilstrukturen eine gewisse Rolle gespielt. Auf welche persönlichen Verbin-

dungen hatte er dabei setzen können? Sicherlich wird er den Kontakt zu Struwe gesucht haben, obwohl er dessen politische Vorstellungen zur Bekämpfung des Bolschewismus kaum teilte. Mehr Gemeinsamkeiten dürfte er im Wirtschaftslager gefunden haben, insbesondere bei liberal gesinnten Petersburger Unternehmern. Und noch einer weiteren Gruppe konnte er sich verbunden fühlen: der *Intelligenzija*. Zu dieser gehörten die Herausgeber russischer Zeitungen in Helsinki, unter denen Iosif Gessen herausragte. Er war auch Chefredakteur der Zeitung *Nasch Wok* gewesen, für deren letzte Ausgabe Lewin seinen Helfferich-Artikel geschrieben hatte.

Politische Interessenvertretung, dies war für Lewin keine Hauptaufgabe. Der Zusammenbruch der Nordwest-Regierung machte für ihn den Verbleib in Finnland nicht obsolet. Ihm blieb das Geschäftsleben, wenn auch mit schrumpfender Kundenschar. Denn für die große Mehrzahl der Revolutionsflüchtlinge – etwa 15 000 Russen waren ab 1917 gekommen – blieb Finnland eine Zwischenstation.²⁸ Einzelne, wie Peter und Gleb Struwe, verweilten nur wenige Wochen. Und für die Mehrheit begann die zweite Migrationsetappe schon bald nach der Auflösung der Nordwest-Armee.

Zum Geschäftsleben Lewins in Helsinki und Wyborg fanden sich keine Quellen.²⁹ Plausible Vermutungen erlauben aber spätere Daten, aus den Anfängen seiner Bankierkarriere in Berlin. Wie noch zu zeigen, engagierte er sich dort ab 1921 in zwei Banken, die auf die Tradition der Handels- und Finanzbeziehungen im östlichen Ostseeraum setzten. Zwei „nordische“ Bankiers, namens Rantakari und Lewin, kamen dabei als Aufsichtsratsmitglieder ins Spiel; es ist anzunehmen, dass Isaac Lewin sie schon vor 1920 kennengelernt hatte.

Dr. Kaarle Nestor Rantakari war im Finnland jener Jahre ein durchaus bekannter Mann. Sein Berufsleben hatte er als Zeitungsredakteur begonnen und war dann Sekretär der Finnischen Partei geworden (1905–1911). 1916 erhielt er die Leitung der bedeutenden Aktienbank Savo Karjalan Osake Pankki in Wyborg. Während dieser Jahre – er musste die gescheiterte Bank 1924 verlassen – war Rantakari zeitweilig auch Mitglied des Nationalparlaments. Der zweite „nordische“ Bankier hieß Moses Lewin, 1849 in Russland geboren und 1887 nach Stockholm gekommen. Er war Hauptaktionär der Nordiska Kredit Aktiebolaget mit Sitz in Stockholm.³⁰

Isaac Lewin kam 1921 nach Berlin, einer von vielen, in einem immer noch anschwellenden Strom von Zuwanderern. Ilja Ehrenburg, in Kiew vier Jahre später als Lewin geboren, zog im Spätherbst desselben Jahres in die Stadt und erinnert sich: „Ich weiß nicht, wieviel Russen es damals in Berlin gab. Wahrscheinlich sehr viele – auf Schritt und Tritt hörte man russisch sprechen. Dutzende von russischen Restaurants wurden eröffnet – mit Balalaika, mit Surna, mit Zigeunern, mit Bliny, mit Schaschlyk und selbstverständlich mit der obligaten Exaltation. Es gab ein Kabarett. Drei Tageszeitungen und fünf Wochenschriften wurden angeboten. Binnen

einem Jahr nahmen siebzehn russische Verlage ihre Arbeit auf. Sie druckten Fonwisin und Pilnjak, Kochbücher, die Schriften der Kirchenväter, technische Kompendien, Memoiren und Schmähschriften.“³¹

Ehrenburg sah Berlin 1921 als Dreißigjähriger, hatte schon Essays, Gedichte und seinen ersten Roman geschrieben. Lew Nussimbaum, zunächst emigriert nach Konstantinopel, kam im selben Jahr. Er war noch Gymnasiast, knapp siebzehn Jahre alt und ahnte nicht, dass er in Berlin zum gefeierten Schriftsteller Essad Bey werden sollte. Nach Berlin brachte ihn sein Vater: ein ehemaliger Ölmillionär aus Baku, der fast alles verloren hatte, seine Wohnung dennoch in „Charlottengrad“ nahm und seinen Sohn ins Russische Gymnasium gab. Dessen Biograph Tom Reiss schrieb: „Aber hier in Berlin, in einer Klasse voller russischer Emigranten, von denen viele zudem noch Juden waren, deren Eltern genauso wie er und sein Vater mit in den Hosensäumen eingenähten Wertsachen aus Russland hierher gelandet waren, hier fühlte Lev plötzlich wieder, dass ihn etwas wie eine unsichtbare Hand von anderen Menschen trennte.“³²

Andererseits – mit vielen seiner Mitschüler hatte er zumindest eines gemeinsam: ein ungewöhnliches Jugendleben hatte ihn in dieses Gymnasium geführt. „Elenas Familie war die berühmteste in Levs Kreisen, noch nicht wegen ihres Bruders, aber wegen des Vaters, Vladimir Nabokov sen. In der Welt der Emigranten war er ein wahrhafter Held, ein Mann, der das Beste verkörperte, was das liberale, vorrevolutionäre Russland zu bieten hatte. 1905 hatte er zu den Gründern der Konstitutionellen Demokratischen Partei gehört, die den Beinamen »Kadetten« erhielt und in der Zeit vor 1917 zur größten politischen Partei im zaristischen Russland aufstieg. Nach zehn Jahren als Parlamentarier, Kriminologe, Journalist und Armeeeoffizier, aber auch als Häftling in zaristischen Gefängnissen, war das Multitalent Nabokov 1917 Mitglied der kurzlebigen Regierung unter Kerenskij gewesen. Als Lenin die »Kadetten« zu einer »Partei von Volksfeinden« erklärte und die Tscheka freie Hand erhielt, ihre Mitglieder zu ermorden und festzunehmen, waren die Nabokovs über die Krim und Konstantinopel nach England geflohen. Nabokov sen. war mit seiner großen Familie im Herbst 1920 nach Berlin übersiedelt, um näher am Puls des »Russland jenseits der Grenzen« zu sein. [...] Nabokov begann, für die neue Emigrantenzeitung *Rul'* (das Steuerruder) zu schreiben. Bezeichnenderweise ging die erste Ausgabe der Zeitung ausgerechnet zu dem Zeitpunkt in Druck, als die Nachricht von Wrangels Niederlage Berlin erreichte.“³³

Wohin würde der Russe Isaac Lewin sich in Berlin orientieren, inwieweit sich integrieren? „Die russischen Emigranten in Berlin kann man in drei Gruppen einteilen“, schrieb 1923 der Schriftsteller Lew Lunz. „Die erste [...] bilden die Geschäftsleute und Börsenmänner. Die schätze ich am meisten. Sie haben längst aufgehört, sich für Russen zu halten. [...] Die zweite Gruppe bilden die Politemigranten, die Vertreter von n+1 politischen Parteien, die in Rußland längst vergessen sind. Denen ist der Weg nach Rußland versperrt, sie wollen zurück, aber sie dürfen

nicht. [...] Viel amüsanter ist die dritte, die interessanteste Art der Emigranten, die Intellektuellen, die klassischen russischen Intellektuellen. Sie verzehren sich in der Sehnsucht nach ihrer Heimat, sie hassen die Deutschen nicht nur, sie sind ihnen physisch zuwider, und zwar alles Deutsche, von der Sprache bis zur Küche.“³⁴

Die Geschichte der russischen Emigranten in Berlin ist seit den 1990ern geschrieben, mit herausragender Bedeutung der Bücher, die Karl Schlögel verfasst oder herausgegeben hat. Berlin war nach dem Ersten Weltkrieg das „Zentrum der russischen Diaspora“, verlor diese Bedeutung aber schon nach wenigen Jahren. Der Höhepunkt war 1923 erreicht, mit mehr als einer halben Million Emigranten. Dann sank deren Zahl stetig, auf weniger als ein Zehntel im Jahre 1933.³⁵ Dieses „Russische Berlin“ der frühen Zwanziger war eine Welt für sich, mit eigenen Milieus in Literatur, Wissenschaft, Publizistik und Wirtschaft, mit politischen Gruppen und Religionsgemeinschaften, mit gesellschaftlichen Klubs und Zirkeln. Es gab die offizielle russische Kolonie, es gab den Untergrund und es gab Zwischensphären.

Diese Grauzonen entwickelten sich in allen Milieus, als typische Phänomene einer Exilgesellschaft des frühen Entwicklungsstadiums – in dem es für die meisten darum geht, das bloße Überleben zu sichern. „Glücklich war schon, wer überhaupt Arbeit finden konnte, auch wenn sie oft weit unter der Qualifikation der Emigranten lag. Der russische Taxifahrer in Berlin wurde zu einem Topos.“ Ein zweites war das Fälschen, mit allen Schattierungen. In den helleren Grauzonen bewegten sich etwa Nachrichtenbüros, die – mangels echter Neuigkeiten – bisweilen Falschmeldungen herausgaben, oder auch Geschäftsleute, die gelegentlich Wechsel bis hin zu ganzen Bilanzen fälschten. Sie konnten auf dieser Stufe überleben oder völlig ins Kriminelle absinken, auf die Ebene der professionellen Geld- und Dokumentenfälscher. Zum Produktprogramm der letzteren gehörten auch Geheimdokumente, und nicht selten fanden sie ihre Kunden im politischen Untergrund, einer weiteren Sphäre der Emigrantenwelt: „Der Agent, als Tscheka- und GPU-Agent, als Komintern-Agent, als ‚Fünfte Kolonne‘ oder ‚Sowjetspion‘ gehört zum festen Inventar Berlins.“³⁶

Dem „Durchschnitts-Berliner“ waren die Russen in allen Sphären fremd und zumeist unwillkommen. Dies galt vor allem für die bürgerlich-westlichen Bezirke, in denen – sofern bezahlbar – die russischen Emigranten mit Vorliebe wohnten. *Der Berliner Westen*, mit Leserschaft in Grunewald, Charlottenburg und Wilmersdorf, schrieb am Gipfelpunkt des Zustroms bittere Worte über „Die russische Kolonie in Berlin“: „Berlin ist doch die russische Kolonie erster Ordnung. Nicht gerade zum Ergötzen der Berliner, die in diesem Element keinen erfreulichen Zuwachs sehen und die sich auch heute noch mit Recht ärgern, wenn an allen Ecken und Enden Unternehmungen sich auftun, die fast allein für den russischen Gebrauch bestimmt sind: Buchhandlungen, Kneipen, Kaffees usw. Aber trotz dieser Abneigung der Berliner gegen den östlichen Einwanderungsstrom haben die Russen es verstanden, sich durchzusetzen. Und der Berliner, der geduldig und in seinen vier

Wänden sogar bescheiden geworden ist [sic!], hat sich damit abgefunden.“ Letzteres wohl auch deshalb, weil ihm der Anblick einer verlorenen Elite bisweilen klammheimliche Freude bescherte, wie beim Besuch eines russischen Kaffeehauses. „Auch hier ist die Bedienung russisch, und sicher sind viele der Kellner ehemalige russische Offiziere und viele der Büffetdamen ehemalige russische Aristokratinnen, die froh sind, ihr Leben fristen zu können. [...] Diese russischen Konditoreien haben sich manchmal zu Kabaretts erweitert, und als auch hier das Geschäft blühte, haben betriebsame Russen aus dem Kabarett die Hauptsache gemacht. So gibt es auch von dieser russischen Spezialität mehr als man haben will.“³⁷

Im Gegenzug noch einmal Ilja Ehrenburg: „Ringsum dehnte sich Berlin mit seinen langen trostlosen Straßen, mit schlechter Kunst und ausgezeichneten Maschinen, mit der Hoffnung auf die Revolution und den ersten Schüssen der Faschisten. [...] Die ‚Stiefmutter der russischen Städte‘ – sie war nicht leicht zu verstehen. In ihren Schulen saßen artige Jungen, die zwanzig Jahre später auf die Mutter der russischen Städte einschlagen würden.“³⁸

- 1 Vgl. Nachruf „John Normano, 57, Economist, Writer“, in: The New York Times 26.04.1945, S. 23.
- 2 Vgl. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 254 f.
- 3 Vgl. Marja Leinonen: Helsinki: Die russische Emigration in Finnland, aus: Karl Schlögel: Der große Exodus, Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941, München 1994, S. 165–192, hier: S. 166.
- 4 Ebd., S. 165.
- 5 Ebd., S. 183.
- 6 Vgl. Irina Elenewskaya: Erinnerungen, Stockholm 1968 (russ.), S. 151 f.
- 7 Dieser Pass war ein Jahr gültig und erlaubte die Rückkehr in das Land, in dem er ausgestellt worden war. Die ersten Pässe wurden 1922 ausgegeben und wurden von 31 (später 53) Staaten anerkannt.
- 8 Vgl. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 332.
- 9 Vgl. Anatoli W. Smolin: Die Weiße Bewegung im Nordwesten Russlands 1918–1920, St. Petersburg 1999 (russ.), S. 66.
- 10 Ebd., S. 69.
- 11 Ebd., S. 70.
- 12 Ebd., S. 72. Vgl. R. Pipes: Struve: Liberal on the Right, S. 271 f.
- 13 Vgl. A. W. Smolin, S. 70.
- 14 Ebd., S. 71.
- 15 Vgl. S. K. Lebedew, S. 27.
- 16 Vgl. A. W. Smolin, S. 92.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., S. 106.
- 19 Zu den Einrichtungen und Personen: Das Sonderkomitee, Oktober 1918 unter Trepow gegründet, betrieb das offizielle Büro (Flüchtlingshilfe, Konsulat) und das (verdeckte) Militär-Politische Zentrum. Im Januar 1919 wurde es unter Beibehaltung der Doppelstruktur in das Russische Komitee umgebildet, den Vorsitz übernahm der Kadett Kartaschew, den Militärbereich kommandierte der General Judenitsch. Für Wirtschafts- und Finanzfragen war dem Russischen Komitee eine Finanz- und Wirtschaftskommission beigeordnet, gebildet von Exil-Managern und -Unternehmern (Dobrynin, Grube, Lianosow, Uteman, ..., Lewin). Das Russische Komitee verwandelte sich im Mai 1919 in eine Quasi-Exilregierung für den Nordwesten Russlands, mit Namen „Politische Versammlung für den Nordwesten“ (Jude-

nitsch, Kartaschew u.a.). Die Russische Politische Versammlung in Paris, mit außenpolitischem Sprecher Sasonow, sah dadurch ihren Alleinvertretungsanspruch verletzt. In Opposition gingen auch wichtige Exilanten in Helsinki, die aus der Quasi-Regierung ausgegrenzt waren. Dazu gehörten Personen der Wirtschaft, die im Juli 1919 (Lewin war involviert) zwei Oppositionsgremien gegen die bei der Quasi-Regierung eingerichtete Finanz- und Wirtschaftskommission bildeten. Kernstreitpunkt war die Anerkennung der finnischen Unabhängigkeit. Vor dem Angriff auf Petrograd wurde die Quasi-Regierung unter Einschluss von Exilkräften in Estland erweitert und nach Tallinn verlegt (Regierung für Nordwest-Russland, Vorsitzender Lianosow, außenpolitischer Sprecher Margulies). Der von Judenitsch betriebene und geführte Angriff scheiterte, die Quasi-Regierung löste sich auf und die Politische Versammlung in Paris übernahm die Zuständigkeit für (außen)politische Fragen der Exilrussen in Finnland.

- 20 Ebd., S. 226.
- 21 Vgl. Manuel S. Margulies: Das Jahr der Intervention, Bd. 2, Berlin 1923 (russ.), S. 108. Vgl. auch A. W. Smolin, S. 228 und S. K. Lebedew, S. 27.
- 22 M. S. Margulies, S. 108.
- 23 Ebd., S. 109.
- 24 Vgl. C. Jay Smith: Finland and the Russian Revolution 1917–1922, Athen 1958, S. 160 f.
- 25 Ebd., S. 165 f.
- 26 Ebd., S. 172 f.
- 27 Vgl. M. Leinonen, S. 176 und I. Elenewskaya, S. 154 f.
- 28 Vgl. M. Leinonen, S. 183.
- 29 Anfrage bei der Bibliothek der Russischen Kaufleute in Finnland; Suche im Katalog der Finnischen Nationalbibliothek.
- 30 Auskunft des Stockholms stadsarkiv.
- 31 Ilja Ehrenburg: Menschen, Jahre, Leben. Memoiren Bd. II, Berlin 1978, S. 16.
- 32 Tom Reiss: Der Orientalist. Auf den Spuren von Essad Bey, Berlin 2008, S. 209.
- 33 Ebd., S. 211 f.
- 34 Zit. n. Karl Schlögel: Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas, München 2007, S. 113 f.
- 35 Marc Raeff: Emigration – welche, wann, wo? Kontexte der russischen Emigration in Deutschland 1920–1941, aus: Karl Schlögel (Hg.): Russische Emigration in Deutschland 1918–1941: Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995, S. 17–31, hier S. 25.
- 36 K. Schlögel: Das Russische Berlin ..., S. 309.
- 37 Der Berliner Westen 20.07.1923, Nr. 167.
- 38 I. Ehrenburg, S. 22 f.

Chancen in der deutschen Wissenschaft?

Wie schon in Helsinki, so hatte Lewin zwischen zwei Berufsfeldern und den zugehörigen Milieus zu wählen: Wissenschaft einerseits, Bank und Börse andererseits. Für die erste Option sprachen sein Studium in Deutschland, seine 1912 in deutscher Sprache vorgelegte Dissertation und seine Kontakte zu Professoren, die ihm eventuell eine Brücke bauen würden. Zu denken ist an Schulze-Gaevernitz und Diehl, auch an Bücher und nicht zuletzt an Struwe.

Welche Hindernisse und Widerstände russische Wissenschaftler überwinden mussten, wenn sie in der Weimarer Republik berufliche und gesellschaftliche Wurzeln schlagen wollten, ist hinreichend erforscht. Unter diesen Wissenschaftlern waren etliche Ökonomen – potentielle Konkurrenten oder auch Förderer Lewins. Viele von ihnen hatten in Deutschland zumindest ein, zwei Jahre studiert, mit Präferenzen für Berlin (bei Schmoller, Sombart, Bortkiewicz), Heidelberg (Max und Alfred Weber) und Leipzig (Bücher). Die Professoren unter ihnen hofften auf eine Berufung, aber auch (habilitierte) Privat-Dozenten – zu ihnen gehörte Lewin – setzten sich dieses Ziel. Realistisch waren solche Erwartungen allerdings kaum; einer Berufung standen zunächst einmal die russische Staatsbürgerschaft und bei einigen auch der jüdische Glaube entgegen.¹ Andererseits war in gemeinschaftlicher Selbsthilfe ein weites Netz russischer Kontaktstellen und Hilfsorganisationen entstanden, das den Einstieg ins gesellschaftliche und berufliche Leben erleichtern sollte.² Dazu zählten auch der Russische Akademische Verein und der Verband russischer Studenten in Deutschland, letzterer in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen YMCA.³

Osteuropa-Lehre in Breslau und eine russische Universität in Berlin

Einen ersten Einstieg als Dozent fand Lewin nicht in Berlin sondern in Breslau. Dort war noch im letzten Kriegsjahr das Osteuropa-Institut (OEI) gegründet worden, in Anlehnung an die Friedrich-Wilhelms-Universität und die Technische Hochschule. Eine Denkschrift von 1920 begründet diese Einrichtung und nennt die Erwartungen. „Der Siegerwille und die Macht unserer Feinde, der Tiefstand unserer Valuta, der Verlust unserer Kolonien und unserer Handelsflotte verschließt uns für absehbare Zeit den Westen und die überseeischen Gebiete. Da lenkt sich unser Blick unwillkürlich nach dem Osten. Als im Weltkriege um die Jahrhundertwende 1917/18 der von unseren Feinden um Mitteleuropa gelegte Ring im Osten zerbrach, reifte die Erkenntnis, daß der Wiederaufnahme friedlicher wirtschaftlicher Bestrebungen nach Osten hin und der Völkerversöhnung ein in Breslau zu errichtendes Forschungsinstitut zum Studium der östlichen Gebiete Europas nützliche Dienste

leisten würde. [...] Die Aufgaben des Instituts bestehen in der Sammlung von Material, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Forschungstätigkeit, Hochschulunterricht und Auskunfterteilung.“⁴ Die drei Säulen der publizierten Forschung waren: die „Quellen und Studien“ (größere wissenschaftliche Arbeiten), die „Vorträge und Aufsätze“ (kleinere Schriften) und nicht zuletzt die – alsbald Standards setzende – „Osteuropäische Bibliographie“. Auskünfte erteilte u.a. die Beratungsstelle für Wirtschaft.

Seine „Hochschulkurse für Kunde von Osteuropa“ bot das Institut ab dem Wintersemester 1918/19 an, in einem noch sehr schmalen Programm. Zugelassen waren „alle Damen und Herren, welche das Recht zum Universitätsstudium haben oder für ihre Berufstätigkeit (z. B. Auswanderung nach den osteuropäischen Ländern) Interesse für die Vorlesungen haben. [...] An Gebühren sind für die Stunde Mk. 1.– zu zahlen.“ Einzelne Lehrveranstaltungen der Abteilung Wirtschaft gab es ab dem Sommersemester 1920, angeboten von Dr. Kaplun-Kogan, einem der wenigen Festangestellten. Für das Sommersemester 1921 kündigte das Vorlesungsverzeichnis eine Erweiterung an; die Veranstaltungen von Kaplun-Kogan zum neuesten Stand der bolschewistischen Wirtschaft und zur russischen Agrarfrage sollte ein externer Dozent mit seinem Beitrag ergänzen: „Die Russische Kreditbank, 2 Stunden, Privatdozent Dr. Lewin aus St. Petersburg, z. Z. Berlin, Fr 6-8, 17. Juni.“

Ein bescheidener Auftritt, begrenzt auf zwei Stunden. Aber auch der Kollege Kaplun-Kogan las nicht ein volles Semester lang, sondern beschränkte sich auf drei bzw. vier Stunden. Im Tätigkeitsbericht 1921/22 wurde er mit beiden „Vorlesungen“ genannt, Lewin dagegen blieb unerwähnt.⁵ Galt ein Programmanteil von zwei Stunden als nicht bemerkenswert? Oder hatte der Privatdozent aus St. Petersburg seine Lehrpflichten nicht erfüllt? Verzeichnet ist Lewin – indirekt – an einer anderen Stelle des Berichts, in der Liste der „Institutsangehörigen“. Diesen Begriff hatten die Gründer bewusst weit gefasst: es gab Ordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und eine dritte Gruppe. Erstere waren „auf Grund ihrer wissenschaftlichen (theoretischen oder praktischen) Leistungen“ gewählt worden. Zu ihnen gehörten – in der Abteilung für Wirtschaft – die Professoren Borkiewicz, Hoetzsch, Schulze-Gaevernitz, aber auch zwei Fachleute aus dem Bankenbereich.⁶ An Ordentlichen Mitgliedern hatte das Institut etwa hundert, an Ehrenmitgliedern nur zwei: Adolf Weber, Professor für VWL in München (vorher Breslau) sowie Fritz Milkau, Generaldirektor der Staatsbibliothek in Berlin.

In der dritten Gruppe waren die Geldgeber: „Solche, die durch Zahlung eines jährlichen Betrags das Recht erwerben, an den Einrichtungen des Instituts teilzunehmen. Die Höhe des Beitrages ist freiem Ermessen in der Weise anheimgestellt, daß der Mindestbeitrag Mk.100,– beträgt.“⁷ Mit etwa 350 Angehörigen war dies der größte Kreis, bestehend aus einer Vielzahl von Firmen, Organisationen und einer Reihe von Einzelpersonen. Zu letzteren gehörten Friedrich Alfred Krupp, seine Gattin Margarethe und auch der Fürst Hans Heinrich von Pleß; mit Spenden von

10000 Mark und mehr hatten sie den Status lebenslang Angehöriger erlangt. Die Firmen kamen überwiegend aus der schlesischen Groß- und Mittelindustrie, Banken waren in der Minderzahl. Zu ihnen zählten zwei Berliner Häuser, verschieden in Alter und Größe: die Berliner Handelsgesellschaft auf der einen und der Norddeutsche Bankverein auf der anderen Seite. In letzterem, einer Neugründung, hatte Isaac Lewin im Frühjahr 1922 ein Direktorenamt erhalten.

Das OEI war von Beginn in finanziellen Schwierigkeiten. Im Jahre 1920/21 zeigte der Etat „noch ein Defizit von über 100000 Mark, für dessen Ausgleich hoffentlich die führenden Männer der Ostdeutschen Wirtschaft als eine selbstverständliche Ehrenpflicht sorgen werden“ – so die *Vossische Zeitung* im Juni 1921.⁸ Diese Erwartungen erfüllten sich nicht; im folgenden Geschäftsjahr wurden die Ausgaben von einer Million zu weniger als einem Viertel durch die Einnahmen gedeckt. Die Institutsleitung gab sich dennoch optimistisch: „Der Fehlbetrag schreckt uns nicht. Er beruht in der Hauptsache auf den hohen Personalkosten und den ungeheuerlichen Preissteigerungen der Neuzeit. Er wird verschwinden, sobald die Institutsmitglieder und die am Institut interessierten weiteren wirtschaftlichen Kreise die Überzeugung gewonnen haben, daß das Osteuropa-Institut neben wissenschaftlicher Forschung auch nützlichste praktische wirtschaftliche Arbeit leistet.“⁹

Tatsächlich konnte das OEI nur dank staatlicher Unterstützung überleben, und den geplanten Tätigkeitsumfang hat es auch später nie erreicht.¹⁰ In der Abteilung für Wirtschaft wurde das Lehrangebot im Wintersemester 1921/22 nochmals leicht erhöht und schrumpfte dann auf ein gänzlich unbedeutendes Niveau. Lewins Mitwirkung blieb auf seinen zweistündigen Vortrag im Sommer 1921 beschränkt. Vielleicht hatte er sich mit Kollegen und Leitung zerstritten, oder sein Direktorenamt war mit Nebentätigkeiten nicht vereinbar. Plausibel ist noch eine weitere Annahme: das Lehrprogramm in Breslau erschien Lewin zu eng und kaum ausbaufähig, während sich gleichzeitig in Berlin eine neue, attraktivere Chance auftat – das Russische Wissenschaftliche Institut (RWI).

Ausgelöst wurde dessen Gründung, als im Herbst 1922 eine größere Gruppe russischer Intellektueller des Landes verwiesen wurde. Der „Philosophendampfer“ brachte sie von St. Petersburg nach Stettin; viele gingen weiter nach Berlin um Fuß zu fassen.¹¹ Ihnen kam die Idee, den ausgewiesenen Hochschullehrern dort einen Wirkungsbereich zu schaffen und gleichzeitig einer Vielzahl russischer Studenten einen neuen oder ergänzenden Studienplatz zu bieten.¹² Mitentwickelt und gefördert wurde dieses Projekt von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas; deren Leiter Otto Hoetzsch suchte auch das Einverständnis staatlicher Stellen, auf deutscher wie auf russischer Seite. Der Vertrag von Rapallo war ein halbes Jahr vorher geschlossen worden und setzte Zeichen auch für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch.¹³

Eröffnet wurde das RWI im Februar 1923. Immatrikuliert waren nahezu 600 Studenten, darunter drei Viertel russischer Herkunft und annähernd die Hälfte jüdischen Glaubens. Zum Direktor wurde Professor Jasinski von der Moskauer Technischen Hochschule berufen. Das „Professorenkollegium“ bildeten im ersten Semester 30 Lehrende, zudem gab es 7 Dozenten und 5 Privatdozenten.¹⁴ Die Leitung der volkswirtschaftlichen Abteilung übernahm Prokopowitsch, der parallel sein Forschungs- und Beratungsbüro für russische Fragen in Berlin betrieb. Die beiden weiteren Abteilungen – für Geistige Kultur und Rechtswissenschaften – leiteten die Philosophen N. A. Berdjajew bzw. I. A. Iljin. Der Kreis der Lehrenden war hochkarätig; „the list of full-time and visiting lecturers – from as far as Paris, Prague and Kharbin – read like a Who’s Who of the ousted Russian academic world.“¹⁵ Prorektor mit fester Anstellung war der Philosoph Semjon Frank – ein langjähriger Freund von Peter Struwe, der dem Senat angehörte und in der Gruppe der Gastdozenten mitwirkte. Struwe lebte zu dieser Zeit in Prag, hielt Kontakt nach Berlin und besuchte dort Frank, Berdjajew und weitere Mitautoren der oben erwähnten *Wechi* schon kurz nach deren Ankunft im November 1922. Bei der Institutsgründung nahm er eine Schlüsselrolle ein.

Lewin hatte Struwe zuletzt in Helsinki gesehen, im Januar 1919. Wie waren die folgenden vier Jahre in dessen rastlosem Leben verlaufen? In Paris hatte er ab März 1919 das Nationale Zentrum in der Russischen Politischen Beratung vertreten, doch schon im Herbst 1919 reiste er weiter, um in Rostow am Don die Leitung der führenden weißrussischen Zeitung zu übernehmen. In diesen Wochen rückte die weiße Freiwilligenarmee bis nahe Moskau vor, wurde aber im Zuge der roten Gegenoffensive vernichtend geschlagen und verlor sich in haltloser Flucht nach Süden. Struwe verließ die südrussische Stadt Noworossijsk, kurz bevor sie an die Rote Armee fiel. Er erreichte im März 1920 Konstantinopel, wohin auch der General Wrangel ausgewichen war; dieser hatte seine Position in der Freiwilligenarmee im Konflikt mit General Denikin verloren, dem Oberbefehlshaber und Chef der Gegen-Regierung.¹⁶

Wrangel und Struwe fanden schnell zueinander, und als der General im April Denikins Nachfolger wurde, berief er den politischen Gelehrten zum Außenminister seines Kabinetts – mit der zentralen Aufgabe, die diplomatische Anerkennung zu erreichen. Struwe gelang dies *vis à vis* der französischen Regierung, zur großen internationalen Überraschung. Schon drei Monate später, im November 1920, musste Wrangel die Krim räumen und brachte mit 126 Schiffen über 100 000 Russen nach Konstantinopel – in die zukünftige Hauptstadt der russischen Emigration. Mehr als die Hälfte von ihnen waren Zivilisten, die bald als staatenlose Bürger weiterwandern sollten, einige auch nach Berlin.¹⁷

Der Bürgerkrieg war zu Ende, und Struwe verließ im Januar das machtlos gewordene Kabinett. Er ging zunächst nach Sofia, wo er 1921 die Zeitschrift *Russkaja Mysl* wiederbelebte, zog dann nach Paris und trat 1922 in die neu geschaffene

Abteilung für Politische Ökonomie an der Universität Prag ein. Sie gehörte zur Russisch-Rechtswissenschaftlichen Fakultät, welche die tschechische Regierung in Erwartung eines baldigen Zusammenbruchs des Sowjetsystems eingerichtet hatte.¹⁸

Struwe in Berlin: eine ideale Gelegenheit für Lewin, die Unterstützung seines ehemaligen Lehrers zu suchen, um seine Dozententätigkeit wieder aufzunehmen? Ein Brückenbau, wie ihn sein Freiburger Lehrer Schulze-Gaevernitz womöglich in seiner Rolle am OEI versucht hatte? Eine Annahme, die auf den ersten Blick plausibel, bei näherem Hinsehen aber abwegig erscheint. Den Kern des Professorenkollegiums am RWI bildeten Passagiere des „Philosophendampfers“, also eines Teils der *Intelligenzija*, die sich unter der bolschewistischen Regierung noch annehmbare Arbeitsbedingungen erhofft hatte. Sie waren damit nicht unbedingt denjenigen Wissenschaftlern verbunden, die schon kurz nach der Oktoberrevolution ins Exil gegangen waren. Und sie standen durchaus in gewissem Gegensatz zu Struwe, der ihnen vorhielt, die weißrussische Bewegung falsch eingeschätzt zu haben.¹⁹ Struwe hätte also kaum ausreichend Einfluss gehabt, die Aufnahme Lewins in das RWI zu unterstützen, selbst wenn er es gewollt hätte. Aber auch dies ist zu bezweifeln, da Lewin offenbar auf Distanz zur weißrussischen Sache bedacht war. Nicht zuletzt: ein Blick in das erste Semesterprogramm des RWI zeigt, dass bankwirtschaftliche Themen dort kaum behandelt wurden. Lediglich in den „Episodischen Vorlesungszyklen“ – außerhalb der drei Abteilungsprogramme – gab es eine Lehrveranstaltung zur „Technik des Bankwesens“; diese wurde von dem Privat-Dozenten A. Kagan übernommen.

Somit ist zu vermuten, dass die engere Verbindung zwischen Lewin und Struwe auf die Zeit am Petersburger Polytechnikum beschränkt blieb, und sich ihre Gemeinsamkeiten in den Umbrüchen der Folgejahre verloren. Aufschlussreich ist, dass sich der Name Isaac Lewin auch in der bedeutendsten Biographie über Struwe nicht findet. Richard Pipes, Autor dieses zweibändigen, sehr detailreichen Werks, nennt darin eine Fülle von Namen; der Struwe-Schüler Isaac Lewin aber ist ihm unbekannt.²⁰ Vielleicht brach der Kontakt zwischen beiden schon in den Kriegsjahren ab, als Struwe sich zunehmend national-liberal und schließlich nationalistisch orientierte. Bemerkenswert ist, dass Lewin nach 1914 nicht mehr in *Russkaja Mysl*, der von Struwe herausgegebenen Zeitschrift veröffentlicht hat. Als sein letzter Beitrag ist ein Aufsatz über „Die modernen Unternehmer“ in der einschlägigen Bibliographie erfasst.²¹ *Russkaja Mysl*, der Russische Gedanke, wurde im Juli 1918 verboten.

Aufschlussreich für die Entfremdung zwischen Lewin und Struwe ist eine späte Einschätzung, die Lewin kurz vor seinem Tode gegeben hat. Sie sei hier vollständig zitiert, zumal sie auch Struwes Leben – beispielhaft für Teile der bürgerlichen russischen Intelligenz – Revue passieren lässt. Struwe war 1944 in Paris gestorben.

„Intellectual fluctuations and peregrinations often reaching the force of a crisis used to be a regular feature of the history of the restless Russian intelligentsia. I

think that the intellectual life of Peter von Struve could be presented as a typical case: from orthodox German Marxism to revisionism and idealism (*Landmarks*), to 'K.D.' (party of Constitutional Democrats), to extreme nationalism, imperialism, preaching of Great Russia and a hatred of Germans, to religious and mystic meditations and extreme reactionism during the emigration from Russia. In exile during Tsarism, in exile during Bolshevism; member of the Duma during the brief constitutional episode, head of the Foreign Economic Department during World War I, minister of the 'white' Wrangel government, close collaborator in Braun's *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, editor of the revolutionary *Liberation* in Stuttgart, collaborator in the Symposium *From Marxism to Idealism*, editor of *Russian Thought*, participant in the Slavophile symposium *Great Russia*, contributor to the *Moscow Weekly*, professor at the St. Petersburg Polytechnicum, member of the Russian Academy of Sciences, a great teacher and a great scholar – in all his searches he remained brilliant, erudite, sincere, passionate, militant, and unstable."²²

Zurück zum RWI: den Schwung der Gründungsphase verlor es schon bald. Mehrere namhafte Mitglieder verließen das Institut bereits nach dem ersten Semester, die volkswirtschaftliche Abteilung verlor ihren Leiter Prokopowitsch und den Genossenschaftsexperten Totomianz. Die Studentenzahl sank 1924 auf ein Zehntel; das Interesse der Studierenden schwand in dem Maße, wie deutlich wurde, dass dem Institut der erhoffte Universitätsrang und die staatliche Anerkennung seiner Abschlüsse versagt blieb. Ab 1925 wurde es schrittweise in ein Forschungsinstitut umgewandelt; Zuwendungen des YMCA und des Völkerbundes verhinderten ein frühes Ende. Nur wenige – so Brutzkus und Frank – blieben bis 1933, letzterer übernahm in der Schlussphase die Leitung. Dies tat er nicht aus Überzeugung sondern – in finanzieller Notlage – mangels Alternativen. Frank hatte sich schon 1925 über die ideologische Spaltung im RWI beklagt, wie er überhaupt die Erwartungen an Geschlossenheit und zielgerichteter Bewegung der Emigrantengesellschaft verloren hatte. Ende 1924 schrieb er, dass deren moralische Korruption schnell um sich gegriffen und auch solche Kreise erreicht habe, die sie bis vor kurzem noch verurteilt hätten.²³

Lewin hat auch später nicht an der Institutsarbeit mitgewirkt. Hätte er es versucht, so wäre er schnell an Schranken gestoßen. Die politisch-atmosphärischen Differenzen gegenüber Struve und den Gründern von 1922/23 wurden schon angesprochen. Zudem hatte Lewins wissenschaftliche Spezialisierung mit dem Umbruch im russischen Finanzwesen ihren Bezug verloren. Die privaten russischen Banken waren verstaatlicht; die ausländischen Banken waren geschlossen oder konnten sich nur noch in engem Spielraum bewegen. Auch Analysen zur Grundleitung eines neuen Engagements deutscher Banken, die das RWI als Forschungsinstitut hätte erstellen können, waren erst zur Dekadenmitte wieder gefragt.²⁴ Und nicht zuletzt: Isaac Lewin war noch vergleichsweise jung. Das Durchschnittsalter

im Professorenkollegium lag 1923 bei knapp 50 Jahren. Lewin hatte mit seinen 36 Jahren die Seniorität für den Privatdozenten-, kaum aber für den Professorenkreis des RWI.²⁵

- 1 So war etwa ein Siebtel der 1922 ausgewiesenen Intellektuellen (s.u.) jüdischen Glaubens. Vgl. Lesley Chamberlain: *Jews on the Philosophy Steamer*, in: *Jewish Quarterly* 2006, Nr. 201.
- 2 Eine Zusammenstellung findet sich in: K. Schlögel: *Das Russische Berlin ...*, S. 109 f.
- 3 Vgl. Aleksandr Uschakow: *Die russischen Hilfsorganisationen in Deutschland zu Beginn der 20er Jahre*, aus: K. Schlögel (Hg.): *Russische Emigration ...*, S. 130–137.
- 4 Denkschrift betreffend das Osteuropa-Institut bei der Universität und der Technischen Hochschule zu Breslau, Breslau 1920, S. 1.
- 5 Das Osteuropa-Institut zu Breslau, Kurzer Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1921/22, Breslau 1922, S. 7.
- 6 Kurt Eichhorn, Mitinhaber der gleichnamigen Breslauer Bank sowie Otto Christian Fischer aus dem Vorstand der Commerz- und Privatbank, der 1934 zum Leiter der Reichsgruppe Banken wurde. Zwei Drittel der knapp 30 Mitglieder in der Wirtschaftsabteilung waren Professoren.
- 7 Institutssatzung von 1920, § 5.
- 8 Vgl. Ausgabe 22.06.1921, Nr. 288.
- 9 OEI, Kurzer Tätigkeitsbericht..., S. 12 (18.04.1922).
- 10 Vgl. Hans-Jürgen Bömelburg: *Das Osteuropa-Institut in Breslau 1930–1940*, aus: Michael Garleff (Hg.): *Zwischen Konzentration und Kompromiss*, München 1995, S. 47–72, hier S. 48.
- 11 Es waren zwei Schiffe, die die Ausgewiesenen im September bzw. November 1922 nach Deutschland brachten. Unter den insgesamt ca. 70 Personen (zzgl. Familien) gab es sieben Ökonomen, die bekanntesten Namen waren S. N. Prokopowitsch und B. D. Brutzkus.
- 12 Etwa 1500 immigrierte Studenten wollten ihre abgebrochene Ausbildung in Deutschland fortsetzen, und den 500 an deutschen Hochschulen bereits immatrikulierten Russen bot das RWI fortan den Zugang zu Lehrveranstaltungen, die speziell auf ihr Herkunftsland bezogen waren.
- 13 Vgl. Gerd Voigt: *Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts*, aus: K. Schlögel (Hg.): *Russische Emigration ...*, S. 267–278, hier S. 271 f.
- 14 Vgl. Russisches Wissenschaftliches Institut, Bericht über das 1. Sommersemester 1923.
- 15 Vgl. Lesley Chamberlain: *Lenin's Private War. The Voyage of the Philosophy Steamer and the Exile of the Intelligentsia*, New York 2006, S. 210.
- 16 Ebd., S. 281.
- 17 T. Reiss, S. 137 f.
- 18 Ebd., S. 345.
- 19 Dieser Widerspruch kam zwischen ihm und Frank bei ihrem ersten Treffen in Berlin zum Ausbruch. Vgl. Philip Boobyer: S. L. Frank. *The Life and Work of a Russian Philosopher 1877–1950*, Athen 1995, S. 121 f. und R. Pipes: *Struve: Liberal on the Right*, S. 361 f.
- 20 Antwort auf eine entsprechende Frage des Verfassers.
- 21 Hans Rothe: *Russkaja Mysl 1905–1918*, Giessen 1977.
- 22 Normano, J. F.: *The spirit of Russian ...*, S. 67, Note 101. Mit "Landmarks" meinte der Autor die Wechi, mit „Russian Thought“ die Zeitschrift *Russkaja Mysl*.
- 23 Vgl. Ph. Boobyer: S. L. Frank ..., S. 150.
- 24 Hinderlich war vielleicht auch, dass zwei Unternehmen aus Lewins neuem Geschäftsfeld – Nordische Bank für Handel und Industrie und Deutsch-Nordische Handelsbank – die Institutsgründung mit jeweils einer Million Mark unterstützt hatten. Vgl. Ph. Boobyer: S. L. Frank ..., S. 126, mit Bezug auf Meldungen in *Rul'*.

-
- 25 Es gab eine interessante Ausnahme, die diese Einschätzung relativiert, aber nicht widerlegt: der Fall des Petersburger Ökonom L. M. Pumpiansky, geb. 1889. Er war Passagier auf dem „Philosophendampfer“, mit Brutzkus befreundet und trat ins Professorenkollegium des RWI ein. 1924 ging er nach Tallin um die Leitung einer Bank zu übernehmen. L. Chamberlain: Lenin's ..., S. 324.

Medien, Verlage und Autoren im Russischen Berlin

Lehrender Wissenschaftler wurde Isaac Lewin also nicht. Konnte er aber an seine Erfolge als Autor anknüpfen, zumal er auch die deutsche Schriftsprache beherrschte? Hat er, wie in Russland, zum Wirtschaftsteil von Tageszeitungen beigetragen, hat er Aufsätze für wissenschaftliche Zeitschriften verfasst oder sich als Rezensent in Bank-Journalen geäußert? Ist er als Buchautor hervorgetreten? An geeigneten Medien fehlte es nicht; in der russischen Emigrantengesellschaft waren, vor allem in Berlin, zahlreiche Verlage für Bücher und Periodika entstanden, die fast ausschließlich in russischer Sprache publizierten.¹ Das gedruckte Wort galt in der russischen Emigrantengesellschaft als unverzichtbares Mittel zur Identitätswahrung und -bildung.

Ein facettenreiches Bild der Zeitungen vermittelt die „Chronik russischen Lebens“, eine Auswertung von Periodika der russischen Emigration.² Sie enthält Meldungen über das russische Leben in Deutschland und ist hinsichtlich der Zeitungen auf *Rul'*, *Dni*, *Golos Rossii*, *Nasch Wok* und *Nowoe Slowo* konzentriert. *Dni* war sozialistisch orientiert, *Golos Rossii* galt als Stimme der Sozialrevolutionäre, und *Nowoe Slowo*, erschienen ab 1933, war das Blatt der extremen russischen Rechten. *Rul'* (*Das Steuerruder*) war unter diesen Zeitungen die bedeutendste; sie erschien von 1920 bis 1931 und lebte damit länger als alle Konkurrentinnen. Sie wurde weltweit vertrieben, nicht zuletzt deshalb, weil sie dem Geldgeber Ullstein wertvolle Devisen einbrachte.³ Paradoxe Weise konnte sie gerade deshalb zur zentralen Informationsquelle der russischen Kolonie werden, weil sie einer politischen Randgruppe nahestand, den Liberalen. Daraus ergab sich: „Die Stärke dieser Zeitung lag nicht im Politischen. Man überblättert den politischen Teil und fand auf den anderen Seiten, jenseits der Polemik, eine Zeitung für alle, die jedem etwas – meist Praktisches – zu bieten hatte und eben dadurch zu einem allgemeinen Bezugspunkt für die Emigration werden konnte.“⁴ Einen Teil ihrer Stärke verlor die Zeitung jedoch ab 1923, als nach der Währungsumstellung das reale Preisniveau in Deutschland anzog, etliche Emigranten den Exilort Paris vorzogen und *Rul'* als „dünnste und teuerste Zeitung der Welt“ karikiert wurde.⁵ Die Leitung des Blattes lag bei Iosif Gessen, Vladimir Nabokov sen. und August Kaminka.⁶ Gründer, Chefredakteure, auch viele Autoren der Zeitung kamen aus dem Kreis der Petersburger Liberalen und hatten vorher für *Retsch* gearbeitet.

Iosif Gessen wurde bereits erwähnt; er hatte *Retsch* 1906 mitbegründet und bis zum endgültigen Verbot des Blattes dessen Redaktion geleitet. Mit ihm wird Lewin bis kurz vor seiner Auswanderung Kontakt gehabt haben, zumal er als einer der letzten für die Zeitung geschrieben hatte. Und sehr wahrscheinlich haben sie sich auch später gesehen; denn beide Emigranten gingen zunächst nach Helsinki.⁷ Gessen trug in der Folgezeit dazu bei, dass Berlin zum wichtigsten Standort russischer Exil-Verlage wurde.⁸

In der genannten „Chronik“ ist der Name „Lewin“ erwartungsgemäß häufig genannt. Das Personenverzeichnis verweist auf Meldungen zu dem bekannten Historiker I. O. Lewin und dem Journalisten V. I. Lewin.⁹ Zudem gibt es Hinweise auf S. M. Levin – zusammen mit Gessen im Vorstand des Verbandes russischer Journalisten und Literaten – und auf den Schriftsteller S. Lewin, der Lesungen im Jüdischen Studentenverband *ESS* und im Klub *Scholem Alejchem* hielt. M. I. Lewin war Dirigent und I. D. Lewin Pianist. S. E. Lewin gab eine Theaterzeitschrift heraus und T. I. Lewin gründete den Verband zum Schutz der Kinder russischer Juden in Deutschland. Beiträge eines I. I. Lewin, etwa Vorträge oder Zeitungsartikel zum russischen Bankwesen oder zur Geschichte des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens, sind nicht genannt.

Dass Lewin in *Russkaja Mysl* – nach deren Wiedererscheinen 1921 – nicht erneut veröffentlicht hat, wurde schon erwähnt. Schrieb er für andere Periodika, die im Exil neu erschienen waren und ihn zur Mitarbeit hätten anregen können? In seiner Dissertation hatte er auf Beiträge für den *Russischen Ökonomet* verwiesen; dieser Zeitschriftentitel tauchte im Nachkriegs-Berlin gleich zweimal auf. *Der Russische Ökonomet* erschien ab 1923 im gleichnamigen Verlag in Charlottenburg, der in demselben Hause auch *Russkij Ekonomist* verlegte, das Pendant in russischer Sprache mit teilweise gleichem Inhalt. Herausgeber war ein Anatolij Jakowlewitsch Gutman, alias Anatol Gan. Der deutschen Fassung gab er den Untertitel: „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Finanzen und Politik“, und er widmete sie „der wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung Deutschlands und Russlands“. Zu ihren „Grundgedanken“ gehörte: „Solange die kommunistische Partei Russland beherrscht und die Rätereierung besteht, wird Russland unausbleiblich dem wirtschaftlichen und sozialen Verfall entgegengehen, die russischen Volksmassen aber werden gänzlich verwildern. [...] Die bolschewistische Gefahr bedroht die gesamte zivilisierte Menschheit mit Verderben und Untergang.“

Die Zeitschrift brachte in ihrem ersten Heft den Aufsatz eines Dr. I. Lewin, über „Die Rote Armee Sowjetrusslands“. Zum Metier des Dr. Isaac Lewin gehörten militärwissenschaftliche Betrachtungen bekanntlich nicht; der Artikel stammte nicht aus seiner Feder. Näher gestanden hätte ihm der Beitrag über „Die neuen Sowjet-Banken“, im selben Heft von einem A. Jakowleff verfasst – ein zweites Pseudonym des Herausgebers? Er berichtet über die vollständige Auflösung des zaristischen Bankenwesens, die vollzogene Gründung staatlicher, kommunaler und Genossenschaftsbanken sowie über die Pläne für weitere Einrichtungen im planwirtschaftlichen Finanzsektor. Mehrfach wird ein Financier namens Aschberg genannt; dieser habe 10 Millionen Rubel in die Russische Handelsbank, Moskau investiert. Der nachfolgende Artikel über „Kommunistische Bankiers, I. Olof Aschberg“ befasst sich ausschließlich mit dieser Person, die im selben Heft noch ein drittes Mal erwähnt wird: als Gründer einer „kommunistischen Bank in Berlin“.¹⁰

Der genannte Dr. I. Lewin hatte für einen zweiten Artikel im *Russischen Ökonomist* kaum noch Gelegenheit; denn von dem Wochenblatt erschienen nicht mehr als zwei Hefte. Schon angekündigte Aufsätze über „Die bolschewistische Staatsbank“ und „Die neue ökonomische Politik („Nep“) der Kommunisten“ erreichten die interessierten Leser nicht mehr. Länger lebte der *Russkij Ekonomist*. Dort trat mehrfach ein Autor I. O. Lewin hervor, mit Beiträgen über die Konferenz von Lausanne, die Finanzen Frankreichs und die Freunde Deutschlands. Man darf annehmen, dass der Schreiber mit dem gleichnamigen, schon erwähnten Historiker identisch ist, und dieser möglicherweise mit Dr. I. Lewin. Die letzte Ausgabe der russischen Fassung erschien im Mai/Juni 1923; vielleicht drückten auch diesen Verlag die Finanznöte des Inflationsjahres.¹¹ Denkbar ist zudem, dass der Verleger die deutsche Hauptstadt ohnehin nur als Etappe gesehen hatte; Anatolij Gutman war durch die Revolution zum Weltreisenden geworden. Von St. Petersburg zog es ihn über die Ostfront der Weißen Armee nach Wladiwostok, wo er 1919 seinen ersten *Russkij Ekonomist* gründete. Die nächste Station war Tokio, mit Herausgabe eines Blattes zur „Sache Russlands“. Einige Monate lebte er in China, kam dann 1922 nach Berlin und wechselte 1923 als Herausgeber nach Paris.¹²

Der Herausgeber des von Isaac Lewin genannten vor-revolutionären *Ökonomist* war Gutman also nicht. Tatsächlich ist dieser Titel in der russischen Wirtschaftspublizistik mehrfach vergeben worden. Lewin bezog sich sicherlich auf eine Zeitschrift, die von 1909 bis 1912 in St. Petersburg erschien. Editiert wurde sie von einem Schriftsteller und Journalisten: Sergej Saltykow, aktiver Teilnehmer am Studentenstreik von 1899, Mitglied des menschewistischen Teils der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten Duma, 1907 zur Zwangsarbeit verurteilt, nach seiner Rückkehr Herausgeber des *Russkij Ekonomist* und 1917 in der provisorischen Regierung stellvertretender Innenminister.¹³ Post-revolutionäre Verwendung fand der Zeitschriftentitel 1920–1923 in England, für das Journal *Russian Economist* der Russian Economic Association. Und ein drittes Mal in Russland: bürgerliche Ökonomen gründeten 1922 den *Ekonomist*, der schon bald staatlicherseits zur Einstellung gezwungen wurde.¹⁴ Ein Autor Dr. Isaac Lewin ist auch in den Heften dieser Zeitschriften nicht zu finden.

Lewin hätte in deutschsprachigen Zeitschriften publizieren können, die einer ganzen Reihe russischer Ökonomen als Forum dienten – warum tat er es nicht? In den sieben wichtigsten Vierteljahresschriften haben von 1910–1933 nahezu 80 Autoren aus Russland ihre staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Aufsätze veröffentlicht; 70% der Beiträge erschienen in den Jahren 1910 bis 1929.¹⁵ Zwei Drittel der Verfasser waren Russen, die übrigen Balten oder Russlanddeutsche. In der ersten Gruppe hatten Jacob Marschak, Alexander Bilimowitsch und Wassily Leontief sen. die meisten Beiträge verfasst. Marschak (1898–1977) kam – wie Lewin – aus Kiew; studiert hatte er dort und in Berlin. Auch Bilimowitsch (1876–1964) erhielt seine Ausbildung in Kiew, wurde dort Professor und starb wie Marschak in den

USA. Wassily Leontief sen. hielt eine Professur in St. Petersburg und ab 1925 in Berlin. Bei den Balten zählten Hans von Eckardt (1890–1957) und Eugen Altschul (1887–1959) zu den Prominentesten, bei den Russlanddeutschen waren es Nicolai von Bubnoff (1880–1962) und Lewins Lehrer Peter Struwe (1870–1944).

Auch unter den jüngeren Autoren fanden sich Namen, die bekannt waren oder es noch werden sollten: Paul A. Baran (1910–1965), Alexander Gerschenkron (1904–1978), Wassily Leontief jun. (1906–1999) und Heinrich von Stackelberg (1905–1946). Noch ein Blick auf die älteren: einige von ihnen wurden ab 1923 im RWI aktiv, so der genannte Agronom Boris Brutzkus (1874–1938), der Ökonom und Politiker Sergej Prokopowitsch (1871–1955), der Genossenschaftsexperte Vahan Totomianz (1875–1964) und – wie erwähnt – Peter Struwe und Semen Frank (1877–1950).¹⁶ Und nicht zuletzt: ein Viertel der erfassten Aufsätze stammte von Sowjetbürgern, also Ökonomen, die nicht emigriert oder nach Sowjetrußland zurückgekehrt waren. Zu letzteren gehörte der Statistiker Karl Ballod (1864–1931), zur ersten der Konjunkturforscher Nikolai Kondratjew (1892–1938). Er war einer der Wissenschaftler, die in den 20er Jahren im Staatsapparat aufstiegen und bald darauf Opfer des stalinistischen Terrors wurden.¹⁷

Mehrere der Ökonomen, die in den renommierten Zeitschriften veröffentlichten, schrieben auch deutschsprachige Bücher. Besonders nahe lag dies für die schon genannten Lehrer am RWI. Von Vahan Totomianz, geboren in Armenien, gab es ein Dutzend deutschsprachiger Lehr- und Handbücher, vornehmlich über Genossenschaften, Konsumvereine und Wirtschaftsgeschichte. Die deutsche Sprache hatte er schon im Elternhaus gelernt, zudem in Berlin studiert, wohin er 1923 zurückkehrte. Ab 1925 lehrte er dort auch an der Handels-Hochschule. 1930 ging er nach Prag, später nach Sofia und blieb schließlich in Paris. Sergej Prokopowitsch schrieb 1913 seine Dissertation in Bern, wurde Professor in Moskau und war nach der Februarrevolution kurzzeitig Minister. Als Verbannter kam er 1923 ans RWI, wechselte schon bald ans Institut für russische Wirtschaft in Prag und lebte später in der Schweiz. Boris Brutzkus schrieb bis 1932 auf deutsch über Agrarentwicklung und Planwirtschaft in der UdSSR. Von allen genannten blieb er am längsten in der deutschen Hauptstadt, Schlöglers „Chronik“ verzeichnet 75 seiner Auftritte im russischen Berlin. 1933 verließ auch er das Land, war Professor zunächst in Birmingham, danach in Jerusalem.

In den zwanziger und frühen dreißiger Jahren fanden zudem die Bücher von Jakob Marschak, Eugen Altschul und Wladimir Woytinsky Beachtung. Marschak hatte sich als Sozialist und kurzzeitiger Minister exponiert, bevor er 1919 nach Berlin emigrierte. Nach seiner Promotion arbeitete er als Wirtschaftsjournalist, wirtschaftspolitischer Referent des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und in der Konjunkturforschung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts. Er habilitierte sich 1930 in Heidelberg, verlor 1933 seinen Lehrauftrag, emigrierte ein

zweites Mal und entwickelte sich in Oxford, später in Chicago und Yale zum angesehenen Ökonometriker. Von ihm erschienen „Die Lohndiskussion“ (1930) und seine Habilitationsschrift; sein deutschsprachiges Buch „Kapitalbildung“ wurde erst 1936 in England verlegt. Eugen Altschul, in Lettland geboren, zog zum Studium nach Deutschland und wurde – wie Isaac Lewin – 1912 in Freiburg promoviert. In Frankfurt leitete er ab 1925 die Gesellschaft für Konjunkturforschung, lehrte an der Universität und schrieb sein Buch „Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie“ (1928). Wie Marschak ging er über England in die USA und erhielt dort eine Professur. Wladimir Woytinsky war nach der Revolution – wie Marschak – kurzzeitig in politischen Ämtern, kam 1922 nach Berlin, wurde Chefstatistiker im ADGB, ging 1933 zur Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und 1935 in die USA. Seine Buchtitel spiegeln den Statistiker: „Zehn Jahre neues Deutschland – ein Gesamtüberblick in Zahlen“ (1929), „Der deutsche Arbeitsmarkt“ (1930), „Drei Ursachen der Arbeitslosigkeit“ (1935) und „Labor in the United States“ (1938).

Isaac Lewin, den die Kataloge als Autor von nahezu zwanzig Publikationen der Jahre 1908–1918 ausweisen, die zahlreichen Zeitungsartikel und Rezensionen nicht mitgezählt, erweiterte seine Veröffentlichungsliste in der Berliner Zeit nicht. Vergleicht man ihn mit den oben genannten Buchautoren, so fehlte ihm für eine deutschsprachige Veröffentlichung noch die Reputation. Unter den russischsprachigen Buchverlagen hätte ihm Slowo am nächsten stehen können. Er war der „Verlag der Kadetten“, gab auch *Rul'* heraus und wurde von Ullstein finanziell mitgetragen.¹⁸ Allerdings war Slowo primär ein Literaturverlag; in seinen Anfangsjahren brachte er vorwiegend Dostojewski, Puschkin, Tolstoi und Tschechow heraus. Später kamen Werke zeitgenössischer Literaten hinzu, vor allem von Mark Aldanow und Vladimir Nabokov, dem gleichnamigen ältesten Sohn des (ehemaligen) Mitverlegers.¹⁹ Deutsche Übersetzungen gab Nabokov an Ullstein; die zu diesem Verlag gehörende *Vossische Zeitung* brachte zwei seiner Romane zunächst als Serien, bevor sie in Buchform erschienen.²⁰

Einer der ersten Sachbuchautoren bei Slowo war der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Tugan-Baranowski, später publizierte dort Totomianz zwei seiner Bücher. Albert Einstein war mit zwei russischen Übersetzungen vertreten und Aichenwald mit philosophischen Schriften. Einen wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt hatte das Verlagsprogramm nicht einmal in Andeutungen.²¹ Diese Einschätzung lässt sich allgemeiner fassen: keiner der größeren russischen Verlage in Berlin verlegte russische Ökonomen in nennenswerter Zahl.²² Welche Interessen russischer Leser hätten sie auch bedienen können? Komparative Vorteile hatten diese Autoren in der Darstellung von Wirtschaftsentwicklung und –politik in Russland. Nur: die allgemeine Nachfrage zu diesen Themen deckten schon die Tageszeitungen, und für den speziellen Informationsbedarf von Wirtschaft und Staat hatten sich die zahlreichen russischen Nachrichtenbüros eingerichtet.

So waren längere wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen fast nur an Bibliotheken, einzelne akademische Einrichtungen und einige wenige private Leser zu verkaufen. Der Export solcher Bücher in die Sowjetunion kam nicht infrage. Zudem setzte das Verfassen wie auch das Verlegen von wissenschaftlichen Monographien eine gewisse Planbarkeit voraus, die in der volatilen Emigrantengesellschaft nicht gegeben war. Unter all diesen Einschränkungen waren Erwartungen an eine mehr als dreistellige Auflagenhöhe überzogen, dies wussten Verlage wie Autoren. Für russische Fachtexte waren Periodika das weitaus überlegene Medium, Bücher hatten kaum eine Chance.

Ein Streifzug durch Forschung, Lehre, Publizistik und Verlagswesen der russischen Emigrantenwelt: Spuren des Privatdozenten, Forschers und Vielschreibers Isaac Lewin waren nicht zu finden – mit einer Ausnahme, die den Gesamteindruck eher bestätigt. Umsonst war die Suche nicht; Milieus der russischen Exilgesellschaft wurden ausgeleuchtet, Felder wurden betrachtet, auf denen Lewin hätte tätig werden können und die von Auswanderern seines Faches tatsächlich genutzt wurden. Ein interessantes, aber für die „Story“ letztendlich irrelevantes Nebenprodukt? Nein, denn zur Biographie jedes Emigranten gehört auch das Betrachten alternativer Lebenswege, also der Optionen, die er erwogen, vielleicht auch erschlossen aber letztendlich beiseite gelassen hat.

- 1 Einen Überblick geben: K. Schlögel (Hg.): *Russische Emigration ...*, S. 399–468 sowie Marc Raeff: *Russia Abroad. A Cultural History of the Russian Emigration, 1919–1939*, New York, Oxford 1990, S. 73–94.).
- 2 Vgl. Karl Schlögel et al.: *Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918–1941*, Berlin 1999; publiziert auch unter <http://russkij-berlin.org>. Im Folgenden: „Chronik“.
- 3 Als sie das Erscheinen einstellte, versuchte Nasch Wek ihre Rolle zu übernehmen, musste aber schon im April 1933 wieder schließen. Vgl. Amory Burchard: *Die russische Emigrantenzeitung Naš Vek* (Berlin 1931–1933), aus: K. Schlögel (Hg.): *Russische Emigration ...*, S. 447–459.
- 4 Mark R. Hatlie: *Die Zeitung als Zentrum der Emigrations-Öffentlichkeit: Das Beispiel der Zeitung Rul'*, aus: K. Schlögel: *Russische Emigration ...*, S. 153–162, hier: 156.
- 5 Brian Boyd: Vladimir Nabokov. *Die russischen Jahre 1899–1940*, Reinbek 1999, S. 370.
- 6 Nabokov war Mit-Herausgeber und Kaminka, ehemals Repräsentant der Azow-Don-Bank, ein wichtiger Finanzier. M. Hatlie, S. 156 f. An die Stelle von Nabokov – nach dem Attentat – trat später G. A. Landau.
- 7 Darstellung in „Gespräche mit J. W. Hessen“ in: *Berliner Tageblatt*, 11.02.1920, Nr. 42, S. 1 f.
- 8 Vgl. Alexander Solschenizyn: „Zweihundert Jahre zusammen“. *Die Juden in der Sowjetunion*, München 2003, S. 175 f.
- 9 I. O. Lewin zählte zu den „vaterländisch“-russischen Juden, die 1923 einen heftigen Streit im Russischen Berlin auslösten; sie hatten sich gegen die Mitwirkung von Juden an der Revolution und dem Aufbau des Sowjetstaates gewandt und gefordert, dass die russischen Juden den Bolschewismus – auch zusammen mit der weißen Bewegung – bekämpften. Vgl. Simon Dubnow: *Buch des Lebens. Erinnerungen und Gedanken. Materialien zur Geschichte meiner Zeit*, Bd. 3 (1922–1933), Leipzig 2005, S. 242, sowie K. Schlögel: *Das Russische Berlin ...*, S. 300 f.
- 10 Näheres wird der Leser im Abschnitt über deutsch-russische Bankengeschäfte erfahren.

-
- 11 Vgl. Claudia Scandura: Die Ursachen für die Blüte und den Niedergang des russischen Verlagswesens in den 20er Jahren, aus: K. Schlögel: Russische Emigration ..., S. 403–410, hier: S. 406.
 - 12 Vgl. <http://ru.wikipedia.org> (04.10.2010).
 - 13 Ebd.
 - 14 Der leitende Redakteur wurde Anfang 1923 ausgewiesen und kam nach Berlin. Vgl. „Chronik“ zur Nachricht in: Dni 20.02.1923, Nr. 94.
 - 15 Vgl. Hauke Janssen: Russische Ökonomen in Deutschland (1910–1933), Marburg 2004.
 - 16 Ebd., S. 38 f.
 - 17 Ebd., S. 59. Janssen erwähnt in diesem Zusammenhang die Würdigung dieser „glanzvollen Schule“ durch den DDR-Ökonomen Jürgen Kuczynski – immerhin zwölf Jahre vor dem Mauerfall.
 - 18 Vgl. C. Scandura, S. 409. Die Verlagsadresse war – bis 1926 – das Ullsteinhaus in der Kochstraße. Vgl. B. Boyd, S. 291 f. Zu der Kapitalverflechtung zwischen Ullstein und Slowo siehe unten.
 - 19 Vgl. Vladimir Nabokov: Sprich, Erinnerung, sprich, Zürich 1964, S. 285.
 - 20 Vgl. Thomas Urban: Vladimir Nabokov in Berlin, aus: Jürgen Wetzels (Hg.): Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 1999, S. 81–89, hier S. 85.
 - 21 Von 123 Titeln in 1919–1924 wurden 10 dem – weit definierten – Feld der Sozialwissenschaften zugerechnet. Vgl. Thomas R. Beyer et al.: Russische Autoren und Verlage in Berlin nach dem Ersten Weltkrieg, Berlin 1987, S. 119.
 - 22 Dies zeigt eine Durchsicht der Zusammenstellung von Th. Beyer et al.

Chancen in Berliner Banken ?

Welche Alternative hat Isaac Lewin gewählt, welche Möglichkeiten des Einstiegs in Berlin hat er sich erschlossen und letztendlich genutzt? Aufmerksame Leser kennen die Antwort: er wurde Bankdirektor, schon bald nach seiner Ankunft.¹ Die fachlichen Voraussetzungen für eine Banktätigkeit besaß er, aber was machte die Bankenszene im Jahre 1922 für einen russischen Immigranten interessant? War es die Chance für einen steilen Aufstieg oder die drittbeste Wahl im Kampf ums Überleben? Waren Fachleute seines Profils schwer zu finden und entsprechend gefragt, oder ging es darum, in einem Heer von Stellungsuchenden die Nase vorn zu haben? Banken schossen zwischen 1919 und 1923 wie Pilze aus dem Berliner Boden, unter ihnen zahlreiche „Animierbanken“ die schon bald, nach der Inflation, spurlos wieder verschwanden.

Welche besonderen Stärken glaubte Lewin zu haben, um sich gegen eine Vielzahl von Konkurrenten durchsetzen zu können? Er wusste, dass er das Massengeschäft meiden und sich – zusammen mit Direktoren und Eignern – eine Nische suchen musste, in der seine Bank komparative Vorteile entwickeln konnte. Welche Stärken er einbrachte, ist klar: Kenntnis des russischen Bankwesens vor 1919 einschließlich verbliebener Netzkontakte, Grundwissen zum deutschen Bankensektor, fundierte Vorstellungen zum Potential deutsch-russischer Finanzbeziehungen, Kommunikationsfähigkeit. Als Nische boten sich damit zumindest zwei Geschäftsfelder an: die Vermögensverwaltung für gutsituierte Landsleute im deutschen Exil und die Finanzierung auf verschiedenen Ebenen deutsch-russischer Wirtschaftskooperation. Die Vermögensverwaltung, *Private Investment Banking* in heutiger Sprache, war Anfang 1922 noch interessant, verlor im Folgejahr aber seine Bedeutung, da viele Russen sich entschlossen, die Migrationsetappe Berlin zu beenden. Fruchtbar blieb die Nische dennoch; denn in dem Maße, wie das eine Geschäftsfeld an Schwung verlor, erhöhten sich die Chancen in dem anderen. Die deutsch-russische Wirtschaftskooperation, im Kriege eingefroren, wurde ab 1921 neu belebt. Wichtige Anstöße waren die Neue Ökonomische Politik in Sowjetrußland, der Vertrag von Rapallo und das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen von 1925.

Investment-Banking für russische Emigranten – mit Ruf und Netz

Verwaltung von Privatvermögen war und ist eine Sache des Vertrauens. Tradition, fachliche Kompetenz, stilgerechter Service und das gesellschaftliche *Standing* von Bankherren und Direktoren bestimmen den Ruf des Hauses. Vermögende Exil-Russen im Berlin der frühen Zwanziger verknüpften ihre Vermögensanlage mit drei Bedingungen: sie wünschten Bankdienstleistungen aus dem Emigrantenmilieu,

ihr höchstes Ziel war Sicherheit und sie setzten auf kurzfristige Anlagen, auch unter Gewinnverzicht. Dies ergab sich unmittelbar aus ihrer Ungewissheit über die Verweildauer. Das Vermögen längerfristig zu binden ist nur dann attraktiv, wenn es auch auf der nächsten Etappe verfügbar ist.

Eine russische Bank, von gesellschaftlich angesehenen Emigranten mit guter Kapitalausstattung gegründet, von fachkundigen russischen Direktoren geleitet und im internationalen Bankverkehr erfahren, konnte diese Bedingungen grundsätzlich erfüllen. Was sie nicht bot – Tradition – hatte für den speziellen Kundenkreis keinen erstrangigen Wert. Ob nun die Finanzinstitute, die Lewin leitete, diesem Anforderungsprofil entsprachen, bleibt weiter unten zu klären. Ein einzelner Aspekt aber soll schon hier zur Sprache kommen: Lewins soziales *Standing*. War er in der Emigrantenwelt bekannt und angesehen, zählte er zu den Mitgliedern gesellschaftlicher Zirkel und bedeutender Berufs- oder Wirtschaftsverbände, war sein Name im Kultur-, im Religionsleben bekannt, war er in Hilfsorganisationen und in politischen Gruppen aktiv?

Um mit dem letzten zu beginnen: nein, politisch tat Lewin sich nicht hervor. Den Kadetten hatte er vor seiner Auswanderung nahegestanden, in Russischen Berlin aber waren sie als politische Organisation nahezu bedeutungslos. Über die verschiedenen politischen Gruppen in der Emigrantenszene ist viel geschrieben worden, journalistisch, literarisch und wissenschaftlich. Hätte Lewin, als Bankdirektor im Russischen Berlin nicht unbekannt, ein klares politisches Bekenntnis, ein aktives Mitwirken gezeigt, so wäre dies zumindest eine Notiz, eine Randbemerkung oder Fußnote wert gewesen. Und dass er sich gar im politischen Untergrund bewegte, kann sinnvoll nicht angenommen werden.

Ohnehin hätte eine auffällige Position in der politischen Sphäre – durch Interessengegensätze, ideologische Zersplitterung und Streitereien geprägt – dem Erfolg als Bankier entgegen gestanden. Näher lag die Mitwirkung in einer der zahlreichen Hilfsorganisationen, ein soziales Engagement also, wie es jüdische Privatbankiers in Deutschland schon seit vielen Jahren pflegten.² Dieses Feld der Wohltätigkeit in der russischen Exilgesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht im Detail überschaubar, aber eine rasche Recherche erlaubt die „Chronik“. Unter den dort verzeichneten Pressemeldungen findet sich kein einschlägiger Hinweis auf den Bankier Lewin.

Berufliche Standesorganisationen und Wirtschaftsverbände: erstere hatten vor allem die Freiberufler gegründet. Zu nennen sind der Verein Russischer Ärzte in Deutschland, die Vereine russischer Advokaten sowie die Selbsthilfeeinrichtungen von Journalisten und Schriftstellern, von Theaterschauspielern und Lehrern.³ Übersichtlicher war das Feld der Wirtschaftsverbände. Als Dachverband fungierte die Vereinigung Russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers; gesondert waren die ehemaligen Baumwollindustriellen, die Grund- und die Immobilienbesitzer organisiert. Naturgemäß war es das Hauptziel dieser Organisationen, ihren Mitgliedern zur Rückkehr in ihre verlorenen Positionen zu verhelfen. Bezeichnenderweise

trug der Baumwollverband den Titel: Verein für die Wiederherstellung der Baumwollindustrie in Zentralrussland.

Von besonderer Qualität war der Dachverband: er war international gegliedert, und seine Zentrale in Paris war entschieden politisch – nicht nur standespolitisch – engagiert. Gegründet wurde diese Association russe des finances, du commerce et de l'industrie im Jahre 1921. Zu dem deutschen Verband weist die „Chronik“ nahezu 70 Pressezitate nach. Diese machen deutlich: er bestand aus mehreren Sektionen (Finanzen, Handel, Recht u.a.), bot öffentliche Vorträge und Diskussionen zur sowjetrussischen Wirtschaft, diente mit Rechtsberatung und Schiedsgericht und pflegte Verbindungen zu Organisationen der russischen Kolonie. Der deutsche Mitgliedsverband gab sich weniger politisch als die Zentrale. So entschied er im Mai 1921, keine Delegierten zu einem Kongress in Paris zu entsenden, weil dieser politische Ziele verfolge, während man selbst apolitisch sei.⁴ Die *Vossische Zeitung* meldete zu der Pariser Veranstaltung: „In Paris ist gestern ein Kongreß russischer Industrieller, Kaufleute und Bankiers eröffnet worden, der die Folgen der bolschewistischen Mißwirtschaft erörtern und die Möglichkeiten eines Wiederaufbaues der russischen Volkswirtschaft prüfen soll.“⁵ Teilnehmer dieses Kongress war ein ehemaliger weißrussischer Außenminister, der diese politische Zielsetzung aktiv vertrat: Peter Struwe.⁶

Der letzte Hinweis, den die „Chronik“ zum deutschen Verband gibt, bezieht sich auf eine Jahreshauptversammlung im Juni 1925. Es könnte dessen letzte gewesen. Bei den Gremienwahlen war – wie schon früher – ein Kandidat A. A. Davidow erfolgreich. Vor seiner Emigration war Davidow nicht russischer Unternehmer sondern Manager in den Russischen Elektrotechnischen Werken Siemens & Halske gewesen. Die Verbindung zum deutschen Konzern pflegte er auch in Berlin; so wurde Siemens Mitglied im Verband. Dass dieser sich gegen Geschäftsbeziehungen deutscher Unternehmen mit den Bolschewiki wandte, stand um 1920 noch nicht im Widerspruch zu den Unternehmensinteressen. Auch im traditionellen Deutsch-Russischen Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, dem Siemens angehörte, wurde diese Position vertreten. Ab 1922 änderte Siemens seine Einschätzung des russischen Marktes. Dem Vorwurf der sowjetischen Regierung, dass es sich mit seiner Mitgliedschaft im Verband politisch gegen sie stelle, gab das Unternehmen schließlich nach und verließ ihn im Sommer 1923.⁷ Erster Ansprechpartner in Berlin war nunmehr die sowjetische Handelsvertretung, eingerichtet auf Grundlage des vorläufigen zwischenstaatlichen Wirtschaftsabkommens vom Mai 1921.

In dieser eher pragmatischen Arbeit des Verbandes hätte der Bankier Lewin seine Rolle finden können, als Mitglied in der Finanzsektion und mit dem Geschäftsinteresse, seine eigene Bank am deutsch-russischen Handel, vielleicht auch am Kapitalexport teilhaben zu lassen. Zwar war sie vergleichsweise klein, aber im internationalen Verbandsnetz hätten sich möglicherweise Partner gefunden. Mit der

Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, trotz Festhaltens am Außenhandelsmonopol, verlor der Verband jedoch rasch an Bedeutung. Eine Mitgliedschaft Lewins ist somit wenig wahrscheinlich; nachprüfen lässt sie sich nicht, da die Vereinsakten vernichtet sind.

Nach der Suche in Berufs- und Wirtschaftsverbänden gilt der zweite Blick den religiös geprägten Einrichtungen der russischen Kolonie. Der genannte Stadtführer weist auch für dieses Milieu eine Vielfalt von Organisationen aus, vom umfassenden Verband zur Splittergruppe. Für die jüdischen Emigranten gab es keineswegs nur die eine Identität oder Zuordnung. Sie konnten sich als Benachteiligte der Zarenzeit sehen, als Pogrom-Opfer der „Weißen Sache“ oder als von den Bolschewisten Vertriebene. Sie mussten es sich zudem gefallen lassen, dass ein Teil der russischen Rechten die Oktober-Revolution als jüdisches Machwerk und Machtstreben sah, das von den russischen Juden in ihrer Gesamtheit zu verantworten war.

Lewin entschied sich nicht für eine jüdische Organisation des Russischen Berlin. Er wählte einen – heute weltumspannenden – Bund, den Orden B'nai B'rith (Söhne des Bundes). Deutsche Juden hatten ihn 1843 in Amerika gegründet. Er wuchs schnell, und schon bald gab es in den Grenzen der USA sieben „Distrikte“. Um 1880 kam er nach Europa, der „Distrikt VIII“ wurde das Deutsche Reich. Als Schwerpunkte entwickelten sich Berlin, Breslau und Frankfurt, weitere Orte kamen hinzu. „Das von dem Orden verfolgte Ziel einer ethnischen Vergemeinschaftung machte B'nai B'rith für die unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Strömungen innerhalb der deutschen Juden attraktiv.“⁸ Dementsprechend stieg die Mitgliederzahl in den ersten Jahrzehnten beträchtlich; zum Ende des Jahres 1900 gab es in Deutschland bereits 46 Logen mit 4300 Mitgliedern.⁹ Die dritte Gründung im Berliner Logenverband, 1884 beschlossen, war die Montefiore-Loge.

Die heutige Bedeutung des Ordens wird in einem offiziellen *Statement* so dargestellt: „With its head-office in Washington, several hundred thousand members in fifty-eight countries, a European office in Brussels, an office at the E.U., Non-Governmental status at the United Nations, an office at UNESCO, it is the largest and most active Jewish body in the world. It is also one of the oldest [...]“.¹⁰ Als seine Aufgaben sieht B'nai B'rith die Stärkung gesellschaftlicher und kultureller Verbindungen zwischen Juden aller sozialen Schichten, die Unterstützung Israels sowie den Kampf gegen Antisemitismus, die Katastrophenhilfe weltweit und die Förderung des osteuropäischen Judentums. In Deutschland erhielt der Bund größere Aufmerksamkeit, als er der Bundeskanzlerin im März 2008 den „B'nai B'rith Award of Merit“ überreichte und damit ihr Eintreten gegen den Antisemitismus würdigte.¹¹ Den Anstoß für diese Ehrung hatte der Religionsphilosoph Ernst Ludwig Ehrlich gegeben, einer der späten Schüler von Leo Baeck. Dieser war der letzte Großpräsident in Deutschland; 1938 wurde der „Distrikt VIII“ aufgelöst.

Zwar war der Orden von seinem Ursprung her liberal geprägt, auf Ebene der Logen aber gab es Offenheit für orthodoxe, später auch zionistische Mitglieder. Der „Direktor Dr. Isaac Lewin“ wurde mit Wirkung vom 25. Januar 1921 in die Montefiore-Loge aufgenommen,¹² im Anhub einer außergewöhnlichen Beitritts-welle, die von maßgeblicher Seite kritisiert wurde. „Es war ein unnatürlicher Zustand, [...] daß einzelne Logen auf 700 bis 800 Mitglieder anwuchsen. Man empfand den logenwidrigen Charakter dieser Massenbildung schon damals, und nur die täglich neue Situation der Entwertung des Geldes und der idealen Werte verhinderte es, daß man diesem Anwachsen Einhalt gebot; erst die beginnende Deflation führte die Logen in den nächsten Jahren in ihre natürlichen Grenzen zurück.“¹³ Schon ab Mitte des Jahrzehnts häuften sich die Austritte, auch in der Montefiore-Loge, die im „Deutschen Distrikt“ dennoch die größte blieb.¹⁴

Die wenigen verfügbaren Quellen lassen vermuten, dass Lewin kein sehr engagiertes Mitglied war, vielmehr zu den nachfolgend Beschriebenen gehörte: „Wohl haben wir auch passive Brüder, [...] die aus eigener Initiative ihre Rechte nicht oder nur selten ausüben und als einzige Pflicht die Zahlung des jährlichen Beitrags betrachten.“¹⁵ Dem „Beamtenrat“ der Montefiore-Loge hat Lewin sicherlich nie angehört. Allenfalls könnte er Mitglied in einem der logenübergreifenden Ausschüsse gewesen sein, etwa dem für Finanzen. In den verfügbaren Auflistungen – im Logen-Adressbuch und Mitteilungsblatt – ist sein Name jedoch nicht zu finden.¹⁶ Auch zählte er nicht zum Aufsichtsrat der Berliner Logenhaus AG; diese Firma war die Eignerin des „Logenhauses Kleiststraße 10“.¹⁷

Als der zitierte Kritiker von unnatürlicher Massenbildung unter den Söhnen des Bundes sprach, hatte er ohne Zweifel auch die Montefiore-Loge im Blick. Die „Massen“ dort konnten nur aus der Geschäftswelt kommen, in der die Berliner Juden im betrachteten Zeitraum weit überwiegend verankert waren. Unter den mehr als 600 Montefiore-Brüdern waren 70% der Gruppe Unternehmer und Direktoren zuzurechnen, weitere 9% den Handelsvertretern und mittleren Angestellten, 10% den Freiberuflern mit Hochschulabschluss und 2% den Arbeitsfeldern Wissenschaft, Kultur und Religion. Die Mitglieder aus der Geschäftswelt, unter ihnen 10% aus den Finanzbranchen, waren also weitgehend unter sich – anders als etwa in der Jehuda Halevi-Loge, die nur 54 Brüder zählte, und in der die Freiberufler und Geschäftsleute jeweils einen Anteil von 40% hatten.¹⁸ Zwar galt im gesamten Orden der Grundsatz, dass „geschäftliche Vornahmen von Brüdern niemals mit Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zum Orden geschehen dürfen“.¹⁹ Aber die Logenblätter wie auch die Adressbücher enthielten gut gefüllte „Bezugsquellen-Verzeichnisse“, und es wäre abwegig zu glauben, dass ein Bund, der zu einem erheblichen Teil aus Unternehmern bestand, das Geschäftsleben aus den Zusammenkünften – oder gar aus Gesprächen außerhalb des Logenhauses – ausgeklammert hätte.

Mit dem Eintritt in die Loge hatte sich Lewin – zumindest potentiell – ein Netzwerk erschlossen, das geschäftlich fraglos interessant war. Zudem gab es Ge-

legenheiten auch zu fachkundlichem Austausch, in Vortragsveranstaltungen und über schriftliche Beiträge. Sicherlich, in den Blättern des „Distrikt VIII“ und seiner Berliner Logen las man vor allem Humanitäres, Kulturelles und Geselliges. Doch auch Wirtschaftsthemen kamen zur Sprache, so ein Artikel über „Berlin als Modenstadt“ und ein bemerkenswerter Beitrag von Hans Goslar zu „Loge und Wirtschaftsleben“.²⁰

Dieser machte die Arbeitsmarktchancen für jüdische Angestellte zum Thema, „im Zeitalter des zielbewußten wirtschaftlichen Antisemitismus“.²¹ Er plädierte eindringlich an jüdische Unternehmer alles zu tun, um diese Benachteiligung zu bekämpfen, sprach für eine institutionalisierte Beobachtung des Arbeitsmarktes aus jüdischer Sicht, legte „Gegenaktionen gegen antisemitische Politik im Wirtschaftsleben“ nahe, empfahl die Vergabe von Stipendien für jüdische junge Kaufleute und Gewerbetreibende und nicht zuletzt die „Errichtung resp. Kreditierung von jüdischen genossenschaftlichen Kreditkassen und Sparbanken.“²² Vielleicht teilte auch der Bankier Dr. Isaac Lewin diese Positionen; logenöffentlich trat er damit aber nicht hervor.

In den oben genannten Auflistungen findet sich sein Name nicht, aber gleich mehrfach der eines anderen, mit ihm verbundenen Mitglieds: Sammy Gronemann. Dieser hatte sich als Berliner Anwalt – spezialisiert auf Autorenrechte und Abwehr antisemitischer Angriffe – einen Namen gemacht.²³ Vor allem aber war er durch frühe Mitwirkung in der zionistischen Bewegung hervorgetreten. Zudem galt er als erfolgreicher Schriftsteller und als wichtige Stimme in der positiven Neubewertung des osteuropäischen Judentums, von dem er während einer Russlandreise (1905) und seiner Kriegszeit in Litauen einen nachhaltigen Eindruck gewonnen hatte.²⁴ Für ihn war der Orden gegenüber dem Zionismus zweitrangig; in seine Erinnerungen schrieb er: „Nur mit Mühe gelang es mir, die Aufnahme in die Loge der Bnei Brith zu erreichen, nachdem ich mich geweigert hatte, mein zionistisches Programm zu verleugnen.“²⁵ Nach Berlin kam er erst 1906 und trat dann in die Montefiore-Loge ein.²⁶

Was zog ihn in diese „sich halb als Geselligkeitsklub, halb als Wohltätigkeitsinstitution girierende Logenorganisation“?²⁷ In Gronemanns Erinnerungen ist keine klare Antwort zu finden; vermuten kann man, dass er damit zweierlei Absichten verband. Zum einen könnte er Bestrebungen angestoßen oder unterstützt haben, den Zionismus im Logenverband zu verankern. Dies wäre von strategischer Bedeutung gewesen; denn die Großloge für Deutschland hatte immer auf Distanz zum Zionismus gehalten. Eine Änderung zeichnete sich erst mit Beginn der zwanziger Jahre ab,²⁸ als das Einwanderungsland Palästina ins Blickfeld rückte und damit zionistische Positionen in einzelnen jüdischen Gemeinden mehrheitsfähig wurden. Der Historiker Simon Dubnow schrieb im Mai 1926 in sein Tagebuch: „Heute sind Wahlen in der Jüdischen Gemeinde. Ich habe meinen Namen für die nationale Liste (Folkspartei) hergegeben, um ein Gegengewicht gegen die liberalen Assimilatoren

zu schaffen, die die Losung ausgegeben hatten: Keine Volksgemeinde, nur Religionsgemeinde.“²⁹

Auch in der Montefiore-Loge gab es einflussreiche Vertreter des Zionismus, und mehrere von ihnen waren „beamtet“. ³⁰ Heinrich Loewe war 1928/29 Logenpräsident, als Gronemann schon zu den Expräsidenten zählte. ³¹ Als protokollierender Sekretär amtierte im selben Jahr Willy Riese, und einer der Beisitzer war Georg Herlitz. ³² Als überzeugte Zionisten emigrierten sie – direkt oder auf Umwegen – nach Palästina.

Eine zweite mögliche Absicht war, dass Gronemann in der Ostjuden-Hilfe neue Akzente setzen wollte. Sie war seit langem ein Anliegen und Wirkungsfeld des Ordens, ³³ wie auch der Großloge für Deutschland gewesen. ³⁴ In diese Arbeit hatte sich auch die Montefiore-Loge früh eingebracht, und ihre ersten beiden Präsidenten Simmel und Bergel hatten Meilensteine gesetzt. ³⁵ Gronemann, der schon nach den Pogromen von 1905 russisch-jüdischen Emigranten geholfen hatte, war später Mitglied in dem „Komitee des Ostens“, das von der deutschen Regierung – auch vom Kaiser – unterstützt wurde, um die Lage der Juden jenseits der Weichsel im Ersten Weltkrieg zu verbessern. Das Komitee war aus Zionisten wie Nichtzionisten zusammen gesetzt. Bertold Timendorfer, Präsident des deutschen Bezirks der Logen B'nai B'rith gehörte zu letzteren, und Gronemann arbeitete zeitweise mit ihm zusammen. ³⁶ Diese Hilfe für Ostjuden könnte auch den Eintritt Isaac Lewins begünstigt und ihn mit Sammy Gronemann und anderen Logenmitgliedern zusammen gebracht haben – im Zuge gegenseitiger Unterstützung.

Treffpunkt der Montefiore-Mitglieder war das schon erwähnte Logenhaus in der Schöneberger Kleiststraße 10; ihr wöchentlicher „Logenabend“ war „Dienstag 8 Uhr“. ³⁷ Allein waren sie dort nie: das Haus war nicht nur das Lokal aller jüdischen Logen, sondern auch ein zentraler und repräsentativer Ort für Versammlungen und Veranstaltungen des russisch-jüdischen Berlin. ³⁸ Es gehört in der „Chronik“ zu den meistgenannten Orten, nicht zuletzt deshalb, weil dort der Verband russischer Juden in Deutschland seinen Sitz genommen hatte. ³⁹ Es gab Vorträge zu lebenspraktischen wie philosophischen Fragen, Vereinsfeste und Kunstdarbietungen, Rechtsberatungen und Seelsorge. Vielfältig wie das Veranstaltungsprogramm war auch das Spektrum der Organisationen und Personen, die das Haus nutzten. Einen Eindruck – beispielhaft – gibt eine Notiz aus der „Chronik“ zum 19.12.1925. ⁴⁰

Ähnlich prominent war die Gästeschar, die Simon Dubnow fünf Jahre später zu seinem 70. Geburtstag empfing; nur dürfte sie etwas kleiner gewesen sein. ⁴¹ Das Russische Berlin war überschaubar geworden, die Abwanderung hatte längst eingesetzt, auch abzulesen an der abnehmenden Häufigkeit der „Chronik“-Notizen. Gab es 1923 noch über 35 Pressemeldungen zum Logenhaus, so schrumpfte diese Zahl bis 1930 auf unter 10.

Die Mitteilung zu Lewins Logen-Eintritt (1921) nennt als seinen Wohnsitz die Rankestraße 27. Im Berliner Adressbuch ist ein Dr. Isaac Lewin bis 1926 nicht zu

finden. Verwunderlich ist dies ist nicht, denn Russen im Berliner Exil wurden als Hauptmieter – schon wegen der amtlichen Wohnraumbewirtschaftung – selten akzeptiert. Simon Dubnow schilderte seine Erfahrungen mit den Wohnungsämtern nicht ohne Groll, erwähnte auch einen „Zerberus in Gestalt einer deutschen Hauswirtin.“⁴² Untermieter – im Berliner Adressbuch nicht erfasst – sind unstete Mieter, mit häufigen Wohnungswechseln. Dies mag erklären, warum der Name Isaac Lewin auch im archivierten Einwohnerverzeichnis der Hauptstadt nicht zu finden ist.⁴³ Im Logen-Adressbuch von 1928 ist er dagegen gleich mit zwei Wohnsitzen eingetragen: „im Sommer“ Straußberg (Mark), ansonsten in Charlottenburg, Schlüterstraße 37. Dort verortet ihn auch das Jüdische Adressbuch von 1929/30. Lewin war also direkt in den Berliner Westen gezogen; „Ostjude“ in der Ost-West-Stadt wollte er nicht sein. Aber konnte er wirklich „Westjude“ werden – mit voller Anerkennung seitens alteingesessener Glaubensbrüder?⁴⁴

- 1 Vgl. Hinweis in den Ausführungen zum OEI.
- 2 Vgl. Manuel Frey: *Macht und Moral des Schenkens: Staat und bürgerliche Mäzene vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin 1999, S. 93 f.
- 3 Vgl. K. Schlögel: *Das Russische Berlin ...*, S. 109 f.
- 4 Vgl. „Chronik“ zur Nachricht in: *Rul* 26.05.1921, Nr. 156.
- 5 *Vossische Zeitung* 18.05.1921, Nr. 229.
- 6 Vgl. R. Pipes: *Struve: Liberal on the Right*, S. 345 u. 464.
- 7 Vgl. Martin Lutz: *Siemens und die Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg*, Magisterarbeit Universität Konstanz 2007, S. 94 und 106.
- 8 Andreas Reinke: „Eine Sammlung des deutschen Bürgertums“: Der Unabhängige Orden B'nai B'rith in Deutschland, aus: Andreas Gotzmann et al.: *Juden – Bürger– Deutsche*, Tübingen 2001, S. 315–340, hier S. 330.
- 9 Vgl. Groß-Loge für Deutschland (Hg.): *Festschrift zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens des „U.O.B.B.“*, Berlin 1902, S. 114.
- 10 <http://www.bnabritheurope.org/bbb> (20.01.2011).
- 11 Im August des Folgejahres kam der Name des Bundes noch einmal in die Presse: Horst Mahler hatte den offenen Brief, mit dem er seine Holocaust-Leugnung wiederholte, an den Zentralrat der Juden gesandt, zur Weiterleitung an die „Söhne des Bundes“.
- 12 Vgl. *Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B.*, Juli/August 1921, Beiblatt.
- 13 Arthur Löwenstamm: *Soziologie der Loge*, aus: o. V., *Zum 50jährigen Bestehen des Ordens Bne Briss in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1933, S. 119–160, hier S. 133.
- 14 Im März 1928 gab es dort 103 Logen mit 14 800 Mitgliedern – ein Rückgang um 150 gegenüber dem Vorjahr. Die Montefiore-Loge hatte von ihren 680 Mitgliedern des Vorjahres 40 verloren. Vgl. *Der Orden Bne Briss. Mitteilungen ...*, Dezember 1928, S. 234. In Berlin gab es zu diesem Zeitpunkt neun Logen mit insgesamt 2500 Mitgliedern.
- 15 A. Löwenstamm, S. 131.
- 16 *Adressbuch der Berliner Logen U.O.B.B.*, Berlin 1928 bzw. *Monatsschrift der Berliner Logen*, Jahrgänge 1926 bis 1928.
- 17 Vgl. *Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften*, Jahrgänge 1921 bis 1927 und *Logen-Adressbuch 1928*.
- 18 Zur dritten Gruppe gehörten die Schriftsteller Arnold Zweig und Nahum Goldmann; letzterer war zudem Verleger.
- 19 20. Ordentliche Sitzung ..., S. 303.
- 20 In der *Monatsschrift der Berliner Logen* 6 (1926/27) 9, S. 170 f. bzw. 1 (1920/21) 8 (Hans Goslar, *Loge und Wirtschaftsleben*, S. 98–101). Hans Goslar (1889–1945), seit seiner Jugend

-
- Zionist, wurde 1944 in Holland verhaftet und starb in Bergen-Belsen. Ebenso wie Grone-
mann war er im 1. Weltkrieg beim Oberkommando Ost, hatte dort Kontakt zu Arnold Zweig
(ab 1925 Logenbruder im B'nai Brith), Hermann Struck und vermutlich auch mit Grone-
mann.
- 21 Ebd., S. 99.
- 22 Ebd., S. 101.
- 23 Gronemann war lange Jahre Syndikus des Schutzverbandes der Deutschen Schriftsteller.
- 24 Diese Erfahrungen verarbeitete er in dem Buch: Hawdloh und Zapfenstreich – Erinnerun-
gen an die ostjüdische Etappe 1916–18, Berlin 1924. Vgl. Hanni Mittelman: Sammy Gron-
emann (1875–1952). Zionist, Schriftsteller und Satiriker in Deutschland und Palästina,
Frankfurt a. M. 2004, S. 61 f.
- 25 Sammy Gronemann. Erinnerungen, hg. von Joachim Schlör, Berlin und Wien 2002, S. 193.
- 26 Vgl. Sammy Gronemann. Erinnerungen an meine Jahre in Berlin, hg. von Joachim Schlör,
Berlin und Wien 2004.
- 27 Ebd., S. 175.
- 28 Vgl. Emmanuel Ratier (Hg.): *Mystères et secrets du B'nai B'rith*, Paris 1993, S. 181.
- 29 S. Dubnow: *Buch des Lebens*, S. 119 f. Mit „Folkspartei“ meinte Dubnow die Jüdische
Volkspartei, die von Zionisten dominiert war. Zur politischen Gewichtsverschiebung in der
„Metropole des deutschen Judentums“ vgl. auch: Joachim Schlör, *Das Ich der Stadt: Debat-
ten über Judentum und Urbanität 1822–1938*, Göttingen 2005, S. 270 f.
- 30 Vgl. A. Reinke, S. 335.
- 31 Prof. Dr. Heinrich Loewe (1869–1951) hatte 1898 die Berliner Zionistische Vereinigung
mitbegründet; sie wurde später zum Ortsverein, dem auch Gronemann zeitweilig vorstand.
- 32 Dr.-Ing. Willy Riese, tätig in der Druckgraphik, verließ Berlin noch 1933; sein Bruder Julius
wurde deportiert. Dr. Georg Herlitz gründete (1918) und leitete das historische Archiv der
zionistischen Weltorganisation. 1933 überführte er es nach Jerusalem.
- 33 Vgl. E. Ratier (Hg.): *Mystères ...*, S. 42 f.
- 34 Sie unterhielt einen „Russenfonds“, aus dem sie u.a. Zuwendungen an russische Waisen gab,
gemeinsam mit dem Hilfsverein für deutsche Juden.
- 35 Vgl. Maximilian Stein: *Zur Feier des 40jährigen Bestehens der Montefiore-Loge 1924*, aus:
Grossloge für Deutschland VIII. U.O.B.B., Vorträge und Ansprachen von Maximilian Stein,
Frankfurt a. M. 1932, S. 256–262, hier S. 258.
- 36 Sammy Gronemann: *Erinnerungen an meine Jahre ...*, S. 172 f.
- 37 Adressbuch der Berliner Logen, S. 67.
- 38 Zentral auch deshalb, weil der Klub „Scholem-Alejchem“ – Treffpunkt von Künstlern, Lite-
raten, Intellektuellen – sich in der Kleiststraße 9 eingerichtet hatte.
- 39 Vgl. Jacob Teitel: *Aus meiner Lebensarbeit. Erinnerungen eines jüdischen Richters im alten
Rußland*, Teetz 1999, S. 268 f. Teitel war langjährig Vorsitzender.
- 40 Notiz zur „Feier zum 75. Geburtstag des Vorsitzenden des SRE, Ja.L. Teitel“. (www.russkij-berlin.org).
- 41 „Chronik“-Notiz zum 05.10.1930.
- 42 S. Dubnow: *Buch des Lebens ...*, S. 74. Der editorische Kommentar dazu: „Das Sujet der
deutschen Zimmerwirtinnen russischer Revolutionsflüchtlinge in Berlin ging in die Erinne-
rungsliteratur ein. Bekannte Beispiele sind: Vladimir V. Nabokov, *Die Gabe* [...] und Gers-
hom Scholem über die ‚Pension Struck‘ [...] in: *Von Berlin nach Jerusalem*.“ Ebd., S. 241.
- 43 Auskunft des Landesarchivs Berlin. (Das Einwohnerverzeichnis ist nicht vollständig erhal-
ten.)
- 44 Zur Migration in der Ost-West-Stadt vgl. Tobias Brinkmann: *Topographien der Migration –
Jüdische Durchwanderung in Berlin nach 1918*, aus: Dan Diner (Hg.): *Synchrone Welten:
Zeitenräume jüdischer Geschichte*, Göttingen 2005, S. 175–198, hier: S. 176 und 191.

Als jüdischer Direktor in nordischen Banken

Sein erstes Engagement hatte Lewin im Vorstand der Aktiengesellschaft namens Nordischer Bankverein, mit Sitz im Berliner Bankenviertel. Ihr besonderer Zweck war „der bankmässige Verkehr mit Finnland und den skandinavischen Ländern“.¹ Gegründet wurde sie 1919, mit einem Stammkapital von 300 000 Mark. Zwei „Parallelunternehmungen“ starteten gleichzeitig in Stockholm bzw. Helsingfors.² Der erste Eintrag im Handbuch der Aktiengesellschaften zeigt deutsche und russische Namen – unter den Gründern, Direktoren, Prokuristen und auch im Aufsichtsrat. Dort waren der Vorsitzende und sein Stellvertreter die Bekanntesten; sie hießen David Feitelberg und Sammy Gronemann.³

Gronemann ist dem Leser schon bekannt, und David Feitelberg war als Syndikus der Handelskammer im Berliner Wirtschaftsleben ausgewiesen.⁴ Wen berief dieser Aufsichtsrat in den Vorstand? Zu Beginn nahmen der Este August Rennit und ein Dr. Dimitri Poliakov die Plätze ein,⁵ letzterer wurde schon im zweiten Geschäftsjahr durch „Dr. I. Lewin“ ersetzt. Noch zuvor hatte die Gesellschafterversammlung den Aufsichtsrat erweitert, mit einer deutlichen Stärkung seiner Außenwirkung. Feitelberg wie Gronemann behielten ihre Ämter, und drei Mitglieder kamen hinzu: ein „Dr. Carl Rantakai, Wiborg“, zudem ein Bankier aus Stockholm und der Berliner Bankier Michael Bock.

Diese Besetzung dürfte Eigentumsverhältnisse widerspiegelt haben. Anzunehmen ist, dass am Nordischen Bankverein die Berliner Privatbank Lesser, Nathan & Co. beteiligt war; denn deren Mitinhaber war der genannte Bankier Bock. Noch interessanter ist die Verbindung des Bankvereins mit den zwei (wirklich) nordischen Banken, die dem oben zitierten Zweck dienen sollte: Verkehr mit Finnland und den skandinavischen Ländern.⁶ Der Direktor aus Wyborg war der oben erwähnte Kaarle Nestor Rantakari, Chef der Aktienbank Savo Karjalan Osake Pankki. Und auch der schwedische Bankier wurde schon genannt: Moses Lewin von der Nordiska Kredit Aktiebolaget. Neben diesen gab es weitere Beziehungen: Der Bankier Bock war sowohl Isaac Lewin als auch Gronemann und Feitelberg nicht nur über den Bankverein verbunden – sondern auch als Logenbruder.⁷

Der Nordische Bankverein war in seinem kurzen Leben zweifellos erfolgreich. Innerhalb von dreißig Monaten konnte er sein Kapital von 0,3 auf 8 Millionen Mark erhöhen und einen beträchtlichen Gewinn einfahren. Für das Geschäftsjahr 1921 wurde nahezu eine halbe Million Mark an Dividenden und Tantiemen ausgeschüttet, und die Reserve auf denselben Betrag aufgestockt. Der Vorstand bewertete das Endergebnis als „durchaus günstig“. Der Kundenkreis habe sich stark vergrößert, und durch die Erweiterung des Aufsichtsrats habe man Beziehungen zu der Flachs- und Leinenindustrie angebahnt. Gemeint war die Aufnahme von Louis Segalowitz; er hatte früher eine Flachsgrößhandlung in Königsberg betrieben und war

in Berlin Mitinhaber der Firma Kühnemann & Segalowitz, die *en gros* mit Flachs und Baumwolle handelte.

Entsprechend wurde 1921 in einem Artikel über das „Gründungsfieber im Bankgewerbe“ vermerkt, dass der Nordische Bankverein im Flachsgeschäft aktiv sei und eine Bruderbank in Skandinavien habe.⁸ Und nach einem Berlin-Führer von 1923, speziell für russische Emigranten geschrieben, zählte das Institut zu den vier als nennenswert erachteten Banken.⁹ Wenn sie mithin eine der vorrangigen Finanz-Adressen im Russischen Berlin war, so ließ dies auch Rückschlüsse auf ihre Geschäftsfelder zu. Zum einen wird sie sich, zumindest zu Beginn, als Bank für vermögende russische Emigranten angeboten haben, die über Nordeuropa auswanderten und nach Eintritts- und Anlagemöglichkeiten im Finanzzentrum Berlin suchten. Für diese Zielgruppe dürften die Verbindungen mit Wyborg und Stockholm geknüpft worden sein. Parallel wird sich die Bank aber schon früh um ein zweites Geschäftsfeld bemüht haben: die Finanzierung von Handelsgeschäften mit Osteuropa, mit Spezialisierung auf Flachsimporte. Auf diesem Markt war auch eine deutlich größere Berliner Privatbank präsent: Hardy & Co. mit ihren Beziehungen zur Deutsch-Ukrainischen Flachshandels-AG.¹⁰

Aus dem Geschäftserfolg wird auch der Vorstand seinen Nutzen gezogen haben; die Statuten sahen eine beträchtliche Gewinnbeteiligung vor. Dennoch verschwand die Firma schon bald, indem sie auf ein Finanzinstitut fast gleichen Namens verschmolzen wurde: Norddeutscher Bankverein AG. Diese Übernahme war keineswegs eine feindliche. In beiden Aufsichtsräten herrschte in der Sache völliges Einverständnis – naturgemäß, denn beide Gremien waren fast identisch besetzt. Und auch über den Namen der AG wird es kaum Streit gegeben haben; denn beibehalten wurde die Firma der übernehmenden Bank.

Norddeutscher Bankverein: dies war ein Name mit gutem Klang; erinnerte er doch an die renommierte Norddeutsche Bank am hanseatischen Standort Hamburg. Zudem konnte das Institut das Gründungsjahr 1890 vorweisen, stand also nicht im Geruch einer raschen, spekulativen Nachkriegsgründung. Nur wer genauer hinsah, erkannte den Trick: Die Firmenbezeichnung Norddeutscher Bankverein war in Wirklichkeit weit jüngeren Datums, eingetragen im Februar 1922. Davor hatte dasselbe Unternehmen als Dissener Volksbank AG firmiert – eine mit 400 000 Mark Grundkapital ausgestattete Regionalbank, die in den Kriegsjahren in Schwierigkeiten geraten war und ab 1917 keine Gewinne mehr ausschütten konnte. Die Deutsche Nationalbank in Bremen, in der gerade ein Bankenkonsortium mit großen Namen die Führung übernommen hatte, versuchte 1919 eine Übernahme.¹¹ Als dies scheiterte, griff im Februar 1922 eine Gruppe Berliner Investoren zu: der Gründerkreis des Norddeutschen Bankvereins.

Mit diesem Manöver wurde die Volksbank aus der Provinz zum Norddeutschen Bankverein in der Hauptstadt. Die Namen der neuen Eigner blieben zunächst ungenannt. Belegt ist aber, dass sie im neu besetzten Aufsichtsrat durch dieselben

Personen vertreten waren, die auch den Aufsichtsrat des Nordischen Bankvereins gebildet hatten. Für eine plausible Erklärung der verwirrenden Handlungsfolge dürfte dies der Schlüssel sein. Die „nordischen“ Bankiers kauften zunächst die Disener Volksbank und damit ein respektables Firmenalter. Sie gaben ihr zweitens einen ansprechenden Namen und steigerten drittens ihre Kapitalausstattung. Letzteres gelang durch einen Schachzug, den man heute als umgekehrte Übernahme bezeichnen würde: der kleinere, Norddeutsche Bankverein schluckte – zwei Monate nach seiner Umbenennung – den größeren, mit der Besonderheit, dass hinter beiden dieselben Eigner standen. Im Zuge dieser Transaktion erhielt der Norddeutsche Bankverein eine Eigenkapitalerhöhung von 0,4 auf 10,4 Millionen Mark. Die 10000 neuen Aktien (à 1000 Mark) flossen sämtlich den Anteilseignern des Nordischen Bankvereins zu: fünf „norddeutsche“ im Austausch gegen je vier „nordische“ Aktien.¹²

Das Geschäftsjahr 1922 verlief für den kräftig gewachsenen Norddeutschen Bankverein – laut Geschäftsbericht – „überaus rege und durchaus befriedigend.[...] Insbesondere entwickelte sich das Effektengeschäft in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres überaus lebhaft. Der Kundenkreis erweiterte sich derart, daß die Bewältigung der Arbeit bei Schwierigkeit der Erlangung gut vorgebildeten Personals nur unter Anspannung aller Kräfte möglich war. [...] Auch das Devisengeschäft entwickelte sich rege. [...]“ Die Bilanz wies einen Reingewinn von 7, 2 Millionen aus; davon war die Gewinnbeteiligung des Vorstands und eine Wohltätigkeitspende von 3 Millionen [sic!] bereits abgezogen.¹³ Angesichts dieses Ergebnisses empfahl der Vorstand, an die Aktionäre 40% des Reingewinns auszuschütten, dem Aufsichtsrat Tantiemen von 20% zu gewähren und den Rest im Unternehmen zu belassen. Nicht ohne vorauszuschicken, dass auch die Schattenseiten, insbesondere die fortschreitende Geldentwertung, nicht zu verkennen seien, wagte der Vorstand auch für das Folgejahr eine zuversichtliche Prognose: „Das Jahr 1923, von dem wir bisher etwa fünf Monate bereits hinter uns haben, läßt uns die begründete Hoffnung, daß wenn nicht besonders störende Einflüsse noch dazwischentreten, wir auch am Schlusse dieses Jahres unseren Herren Aktionären über ein recht befriedigendes Jahr werden berichten können.“¹⁴

Welche Rolle spielte Isaac Lewin im kurzen Leben dieser Bank? Im April 1922, als der Nordische in den Norddeutschen Bankverein einzog, nahm er denselben Weg: einer der vier Direktorenposten nach Verschmelzung fiel ihm zu, einen zweiten besetzte Moses Lewin. Die Adresse der Bank blieb bestehen: Jägerstraße 15/16, im Berliner Bankenviertel. Ihr Zweck war in der Handelsregistereintragung allgemein gehalten, eine besondere Ausrichtung auf Nordeuropa und Russland war nicht zu erkennen.¹⁵ Bekannt ist nur, dass sich für die Zielgruppe der vermögenden russischen Emigranten eine zweite Gesellschaft im selben Haus eingerichtet hatte, die Nordische Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. Sie war im März 1922 mit einem Startkapital von 100 000 Mark gegründet worden, und die Rolle des Haupt-

gesellschafter hatte, mit 60% Kapitalanteil, Isaac Lewin übernommen. Hinzu traten, zu gleichen Teilen, zwei Personen desselben Familiennamens: der Direktor Moses und die Kaufmannswitwe Taube Lewin.¹⁶

Geschäftsführer wurden Isaac und Moses. Der Zweck des Unternehmens war „[...] die Übernahme, Verwaltung, Abwicklung und Veräußerung ganzer Vermögen oder von Teilen solcher, insbesondere aus den Ländern Nord-Europas [...], ferner Finanzierungen, Gründungen und der Betrieb aller bankmässigen Geschäfte [...], endlich die Vornahme aller diesen Zwecken dienenden Rechtsgeschäfte.“¹⁷ Das erste Geschäftsfeld war also die Vermögensverwaltung, vornehmlich für russische Emigranten, die ihren Weg über die nordischen Länder genommen hatten. Und zweitens wollte die Gesellschaft vermutlich ein Tor für die inflationsbedingte Flucht in die Sachwerte öffnen, eventuell auch für eigenes Bar- und Wertpapiervermögen. So beschlossen die drei Gesellschafter schon zehn Monate nach Gründung eine Kapitalerhöhung auf eine Million Mark. Sie verpflichteten sich, ihre Einlagen „umgehend“ in bar einzubringen; verständlich, denn eine erst zum Jahresende eingehende Zahlung hätte wegen rapider Geldentwertung nur noch ein Zwanzigstel des vereinbarten Wertes gehabt.

Die Kapitalanteile blieben dabei unverändert, die Mehrheit lag weiterhin (mit 60%) bei Isaac Lewin. Rechnet man die Einlagen ins Startkapital hinzu, so zeigt sich, dass er innerhalb von zehn Monaten 600 000 Mark aktivieren und in das Unternehmen einbringen musste. Im selben Zeitraum vollzog sich auch der Übergang des Nordischen auf den Norddeutschen Bankverein, mit der erwähnten Kapitalerhöhung von 10 Millionen Mark. Sollte Isaac Lewin sich auch daran beteiligt haben, so hätten sich seine Finanzinvestitionen allein in diesen zehn Monaten auf weit über eine Million Mark summiert. Sicherlich wird er versucht haben, einen beträchtlichen Teil dieser Geldmenge über Kredite zu beschaffen, schon wegen der rapiden Geldentwertung. Dies aber setzte voraus, dass er – als Sicherheit – ausreichend Eigenmittel vorweisen konnte. Issak Lewin dürfte also schon im Jahre 1922 über ein nicht unerhebliches Vermögen verfügt haben, in zumindest sechsstelliger Höhe.

Wie stand es nun um sein zweites Geschäftsfeld, welche Bedeutung hatte die Finanzierung des „Ostgeschäfts“ für den Norddeutschen Bankverein? Der oben zitierte Jahresbericht 1922 erwähnte neben dem Effekten- an zweiter Stelle das Devisengeschäft, auch dieses habe sich rege entwickelt. Auf Im- oder Exportfinanzierung geht der Bericht nicht ein. Dass dieses Feld aber – weiterhin oder erneut – für die Bank Bedeutung hatte, lässt sich an der Besetzung des Aufsichtsrats im Mai 1923 ablesen. Einen Sitz hatte dort, wie schon im Nordischen Bankverein, Louis Segalowitz erhalten, und ein zweites Mitglied seiner Flachs- und Leinen-Handlung war hinzugekommen. Zudem war die Firma Fischer & Wolff aus Berlin vertreten, engagiert im Großhandel mit Stoffen. Und nicht zuletzt war Joseph Adler aus

Frankfurt aufgenommen worden, als Eigner und Leiter der Firma Adler und Freund, Leinen- und Baumwollwaren.¹⁸

Die *Berliner Börsen-Zeitung* brachte im Januar 1923 einen längeren Artikel über die „Bankengründungen 1922“. Sie beschrieb darin das Gründungsgeschehen anhand einer Vielzahl von Fällen und erwähnte auch die Verschmelzung des Nordischen auf den Norddeutschen Bankverein. Dies tat sie in einem Zuge mit dem Hinweis auf zwei Neugründungen: Deutsch-Nordische Handelsbank und Nordische Bank für Handel und Industrie. Ihr Fazit: „Man sieht an der Häufung der Bankgründungen mit östlichem Einschlag die Bedeutung, welche der kommenden Entwicklung des Ostens entgegengebracht wird, obwohl diese Entwicklung und die N.E.P. erst in den Anfängen stehen.“¹⁹ Wenn also auch der Norddeutsche Bankverein seine Erwartungen auf „die Entwicklung des Ostens“ richtete, so hatte er es zumindest mit diesen beiden Konkurrenten zu tun, die ebenfalls Neulinge waren und ganz ähnliche Entstehungsmuster aufwiesen.²⁰ Dies weckt das Interesse an einer vergleichenden Betrachtung, die im Folgenden auch ein Licht auf die Existenzbedingungen und Konzentrationstendenzen im „Ostgeschäft“ der deutschen Banken wirft.

Man erinnert sich: Der Norddeutsche Bankverein entstand aus einer Provinzbank, indem deren Kapital erhöht, die Firma geändert und der Firmensitz in die Reichshauptstadt verlegt wurde. Nach demselben Muster gründeten sich die beiden Konkurrenten. Die Deutsch-Nordische Handelsbank AG ging 1921 aus der schon 1888 gegründeten Vorschussanstalt für Ludwigslust AG hervor. Das Grundkapital stieg von 40 000 auf 10 Millionen Mark, und als besonderer Zweck wurde festgeschrieben: „die Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern, den Randstaaten und Russland.“²¹ Der Aufsichtsrat wurde erweitert und nur ein vorheriges Mitglied übernommen. Zur Zusammensetzung las man: „Im Aufsichtsrat begegnet man der Sichel-Gruppe, die auch in der Westbank Frankfurt/M. sitzt, und der Finnlands Handelsbank.“²² Letztere vertrat der Konsul Leo Wainstein aus Helsinki, der als seine Vertrauensperson den bekannten Berliner Rechtsanwalt Curt Kallmann in den Vorstand berufen ließ. Verknüpft war die Bank mit einer Handelsgesellschaft im selben Hause.

Ursprungszelle der zweiten Firma – Nordische Bank für Handel und Industrie – war eine kleine AG in Jena, die 1920 ihren Sitz nach Berlin verlegte, dort eine Verzehnfachung des Kapitals erfuhr und den neuen Namen annahm. Die Gesellschaft war ein deutsch-russisches *Joint Venture*, und sie wollte „[...] in erster Linie das Geschäft zwischen Deutschland, Russland und den Randstaaten pflegen, sowie Kaufleute und Industrielle aller in Betracht kommenden Länder, welche ihre Handelsbeziehungen wieder anknüpfen wollen, in sachverständiger Weise beraten.“²³ Entsprechend war der Vorstand gemischt besetzt; an der Spitze stand ein früherer Direktor der Asow-Don Commerzbank. Zum Aufsichtsrat gehörten auf deutscher Seite Georg von Simson (Vorsitz) und Dr. Otto Fischer; beide waren sie Direktoren

der Bank für Handel und Industrie.²⁴ Hinzu traten ein Mitglied der Handelsgesellschaft Piehl und Fehling sowie zwei Repräsentanten der Ursprungsfirma.²⁵ Aus Russland kam je ein Aufsichtsratsmitglied der Petersburger Internationalen Handelsbank und der Asow-Don Commerzbank, zudem ein Dr. Alschitz von der Moskauer Union-Bank sowie die Moskauer Industriellen Dr. Smirnow und Dr. Lourié.²⁶

- 1 Gesellschaftsvertrag des Unternehmens, BA R 907 Nr. 3252.
- 2 Vgl. Die Bank 12 (1919) 12, S. 836 und Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 24 (1919/20) 2, S. 6 und 25 (1920/21) 1, S. 56.
- 3 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 24 (1919/20) 2, S. 6.
- 4 Neben seiner Tätigkeit als (volkswirtschaftlicher) Syndikus in der Berliner Industrie- und Handelskammer hielt er leitende Positionen in einer Reihe von Textilindustrie-Verbänden. Vgl. Georg Wenzel: Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Hamburg 1929, S. 363.
- 5 Rennit wurde später Direktor der Tartu Pank (Dorpat Bank) in Tallinn.
- 6 Vgl. auch obigen Hinweis auf „Parallelunternehmungen“ in Schweden und Finnland.
- 7 Er gehörte der Montefiore-Loge an. Vgl. Adressbuch der Berliner Logen, S. 69a.
- 8 Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 959, 25.12.21. Die staatlich regulierte Vertragswirtschaft in Flachs- und Leinwandbau und -verwendung war in Deutschland 1921 liberalisiert worden, die Flachsimporte stiegen danach kräftig an.
- 9 Neben dem Nordischen Bankverein war die Nordische Bank für Handel und Industrie verzeichnet, sowie die Russisch-Deutsche Bank und die Russische Darlehnskasse. Vgl. K. Schlögel: Das Russische Berlin ..., S. 131. Schlögel bezog sich auf: Nachschlagewerk für Russen in Berlin, Berlin 1923 (russ.).
- 10 Vgl. Ostwirtschaft – Offizielles Organ des Deutsch-Russischen Vereins, 9 (1923) 14, S. Die deutsch-ukrainische Gesellschaft war 1923 mit Beteiligung der schlesischen Textilindustrie gegründet worden; sie ging 1925 in die Liquidation. Hardy & Co. stand zu dieser Zeit schon unter starkem Einfluss der Dresdner Bank.
- 11 Zu dem Konsortium gehörten u. a. die Bank für Handel und Industrie, die Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, die Deutsche Bank, die Nationalbank für Deutschland und M. M. Warburg. Vgl. Die Bank, 12 (1919) 12, S. 835.
- 12 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 27 (1922/23), S. 14.
- 13 Dies könnte die schon erwähnte Spende an das Osteuropa-Institut in Breslau gewesen sein.
- 14 Geschäftsbericht Norddeutscher Bankverein AG betr. Geschäftsjahr 1922, BA R 907 Nr. 2728.
- 15 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 27 (1922/23), S. 95.
- 16 Bei der vom Notar Dr. Julian Jacobsohn geleiteten Verhandlung waren nur zwei Gründer anwesend: Dr. Isaac Lewin und die Kaufmannswitwe Taube Lewin, möglicherweise seine Mutter. Beide gaben denselben Wohnsitz in Berlin-Charlottenburg an. Moses Lewin zog noch 1922 von Stockholm nach Berlin-Wilmersdorf; dieselbe Adresse gab später auch Taube Lewin an. Vgl. LAB A Rep. 342-02, Nr. 6471 (Handelsregisterakte). In den Berliner Adressbüchern dieser Jahre war bis 1926 keine der drei Personen verzeichnet.
- 17 Ebd., Bl. 4.
- 18 Vgl. Berliner Adressbuch 1922 bzw. Adressbuch der Stadt Frankfurt 1920.
- 19 Berliner Börsen-Zeitung 04.01.23, Nr. 5.
- 20 Das Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften von 1924/25 verzeichnet noch zwei weitere kleinere Aktienbanken, die sich in Berlin mit Blick auf das „Ostgeschäft“ gegründet hatten: Die Russisch-Deutsche Bank für Handel und Industrie und die Russische Kaufmannsbank. Auch die Russo-Europäische Industrie- und Handels-AG dürfte – in ihrem kurzen Leben – zur Finanzierung der Handelsgeschäfte beigetragen haben, war doch ihr Aufsichtsvorsitzender (Werner von Bleichröder) Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder.

-
- 21 LAB Rep. 342-02, Nr. 3484 (Handelsregisterakte).
 - 22 Berliner Börsen-Zeitung 04.01.23. Die Sichel-Gruppe war ein schnell wachsender, mit der Frankfurter Familie Sichel verknüpfter Konzern, zu dem auch die genannte Westbank gehörte. Zum Aufsichtsrat gehörte Ernst Sabersky, Vorstandsmitglied der Telephon-Fabrik AG, später im Vorstand der C. Lorenz AG.
 - 23 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, Jahrgang 1921/22.
 - 24 Schon bald nach Öffnung der Russischen Staatsbank hatte die Bank für Handel und Industrie, zusammen mit ihrem Partner Nationalbank für Deutschland, mit der Staatsbank Geschäftsverbindungen angeknüpft. Vgl. Berliner Börsen-Courier, 1922, Nr. 80.
 - 25 Die traditionell-lübsche Handelsgesellschaft Piehl und Fehling, aus der Thomas Mann in seinem Roman „Buddenbrooks“ die Firma „Strunk und Hageström“ machte, wurde von Johann Christoph Fehling vertreten.
 - 26 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 26 (1921/22).

Zentralbank AG: ein Berliner Haus für Provinzbankiers?

Die Entstehung der vier „nordost-orientierten“ Banken fiel in eine Zeit, in der die Struktur des Bankensektors sich unter zwei gegenläufigen Tendenzen wandelte.¹ Zum einen schritt die Konzentration – wenn auch verlangsamt – voran. Kleinere Banken sahen kaum noch Chancen für eigenständige Entwicklung und suchten aktiv die Übernahme, als Alternative zur Auflösung. Auf der anderen Seite löste die Inflation eine beispiellose Nachfragewelle aus; immer weitere Kreise der Bevölkerung gingen angesichts der Geldentwertung Finanzgeschäfte ein – zur Vermögenssicherung und auch Spekulation. Die Großbanken, einerseits auf Quantität, andererseits auf Qualität der Kunden achtend, vervielfachten die Kontenzahl, begegneten der stürmischen Nachfrage aber auch mit Schalterschließungen. Sie vergrößerten ihre Belegschaft, mit überwiegend unerfahrenem Personal, und verloren gleichzeitig Fachkräfte, die in den neu entstehenden Bankgeschäften Führungspositionen erhielten oder selbst deren Gründung betrieben. Hunderte von Privatbanken schossen aus dem Boden, aber auch zahlreiche neue Aktienbanken boten ihre Dienste an. Rechtliche Eintrittsbarrieren ließen sich umgehen, indem die Gründer in den „Mantel“ einer – oft nur mehr formal – bestehenden Bank schlüpfen. Das Beispiel der Dissener Volksbank/Norddeutscher Bankverein passt in dieses Bild. Über diesen Trend berichtete die *Frankfurter Zeitung*: „In neuerer Zeit mehren sich wieder die Fälle, in welchen kleinere Finanzinstitute von Bankengründern als Sprungbrett für ihre Geschäftspläne genutzt werden [...] bildete sich die Deutsch-Nordische Handelsbank in Berlin auf der rechtlichen Grundlage der Vorschussanstalt für Ludwigslust.“²

Das Kraftzentrum des Wandels war der Finanzplatz Berlin, und dessen Wirkungen strahlten weit ins Reich hinaus. Kleinere Banken aus Provinzstädten hatten – um ihren Zugang zum Finanzmetropole zu wahren – schon seit längerem auf Kooperation statt Markt gesetzt, indem sie mit einer Großbank zusammen arbeiteten. Der nächste Schritt – die Übernahme – war damit eingeleitet; auf die Kooperation folgte die Einbindung in die Hierarchie des großen Partners, der damit sein Filialnetz ausweitete und verdichtete.³ Die Großbanken verstärkten somit ihre Präsenz draußen im Lande und drangen noch tiefer in das Stammgebiet der bedeutenden Provinzbanken ein. Diese pflegten weiterhin ihre Zusammenarbeit mit den Großen, waren aber – anders als ihre kleineren Konkurrenten – nicht bereit, ihre Selbständigkeit zu opfern. Diese Gefahr war unverkennbar; mehrere Provinzbankiers klagten, dass die Großen ihnen den Zugang zum Finanzplatz Berlin erschwerten und damit die Kooperation in Richtung auf einseitige Abhängigkeit verzerrten.

Die großen Provinzbanken hatten im Kern zwei Möglichkeiten, auf diese Bedrohung strategisch zu reagieren: die Partnerrolle stärken oder – allein oder gemeinsam – eine Gegenposition aufbauen. Ein vielbeachtetes Beispiel gab die Mitteldeutsche Privatbank AG in Magdeburg. Sie war vor allem in Mitteldeutschland

und Sachsen gut aufgestellt und unterhielt ein Netz von mehr als 100 Filialen. Traditionell hatte sie eine Partnerschaft mit der Deutschen Bank gepflegt, von ihr auch ein Fusionsangebot erhalten, dieses aber abgelehnt. Obwohl sie auf Wahrung ihrer Unabhängigkeit größten Wert legte, „... war doch ihrerseits das Interesse am Zustandekommen einer Fusion sehr groß. Es war nämlich auf die Dauer unmöglich, eine Bank von Ihrem Umfang von der Provinz aus zu leiten.“ So urteilte ein Autor, der in seiner Dissertation den Konzentrationsprozess nach der Inflation beschrieb – aus der Perspektive des Jahres 1928. In seine Darstellung schloss er auch die Erfahrung ein, die zwischenzeitlich die Mitteldeutsche Privatbank mit beiden Optionen gemacht hatte. „Die Gründung einer eigenen Filiale in Berlin würde aber bei dem damals herrschenden Gebäude- und Personalmangel mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden gewesen sein, ganz abgesehen davon, daß die Filiale [...] mit einem enorm hohen Eigenkapital hätte ausgestattet werden müssen.“⁴ So ging diese Provinzgroßbank schließlich doch den Weg der Fusion, allerdings mit dem Anspruch auf Parität. Ihr Partner wurde nicht die Deutsche sondern die Commerz- und Diskontobank, die in den Jahren zuvor mit einer Vielzahl von Aufkäufen an die Spitzenstellung der Berliner Großbanken heran gerückt war. Mit der Fusion konnte sie nun in deren Kreis eintreten, und sie zahlte ihrem Partner dafür einen hohen Preis. Dieser drückte sich auch im neuen Firmennamen aus: Commerz- und Privatbank AG.⁵

Über ein Beispiel für die zweite Option berichtete die *Deutsche Allgemeine Zeitung* am 20. Dezember 1921: „Der scharfen Konzentrationsbewegung der Berliner Großbanken in den letzten Jahren ist eine bemerkenswerte Gegenbewegung dreier Provinzbanken, und zwar jener Institute gefolgt, die der Disconto-Gesellschaft nahe stehen, sich aber darüber hinaus völliger Selbständigkeit erfreuen. Gemeinsam teilen die Institute folgendes mit: Die Verwaltungen der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Leipzig, des Barmer Bankvereins Hinsberg, Fischer & Co. Barmen und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München, haben beschlossen, neben den gemeinsamen freundschaftlichen Beziehungen, die sie zur Disconto-Gesellschaft unterhalten, auch untereinander eine engeres Freundschaftsverhältnis herzustellen, um zu diesem Zwecke Aufsichtsratsstellen gegenseitig auszutauschen. [...] Es ist bekannt, dass die Geschäftsleitungen der namhaften Provinzbankinstitute verschiedentlich andere Auffassungen in wichtigen Fragen gehabt haben, als die in wenigen Köpfen zentralisierten Leitungen der Berliner Mammutbanken. [...] Es leuchtet ohne weiteres ein, dass die zusammengefasste Kraft dieser drei Unternehmungen ein erhebliches Gegengewicht gegen die scharfe Zentralisierung des übrigen Bankgewerbes in Berlin zu bilden in der Lage ist.“⁶ Auch dieser Anspruch erschien sieben Jahre später in ganz anderem Licht: „Wenn diese Vereinigung, über deren Tätigkeit selbst die beteiligten Banken nie etwas geäußert haben, zielbewußt ausgebaut worden wäre, hätte sich zweifellos ein Bankenkomplex ergeben, der den alten Großbanken an Kapitalkraft und Umfang gleichgekommen wäre. Dieses ist

jedoch aus Gründen, die nicht bekannt geworden sind, nicht geschehen. Wir können aus der Tatsache, daß man in der letztjährigen G. V. noch nicht einmal an der gegenseitigen Aufsichtsratsvertretung konsequent festgehalten hat, schließen, daß jede der Banken wieder ihre eigenen Wege geht.“⁷

Dieser Exkurs in die Bankgeschichte der Nachkriegszeit soll helfen, eine dritte Gegenbewegung in der Provinz einschätzen zu können, die sich 1923/24 vollzog. Die Akteure waren nicht Aktien-, sondern Privatbanken – mit Ausnahme eines Instituts, das in dem Unterfangen eine zentrale Rolle erhalten sollte: Norddeutscher Bankverein AG. In der bankgeschichtlichen Literatur wurde dieser Versuch nur knapp kommentiert.⁸ Dies, obwohl er von nicht weniger als zehn Provinzbanken getragen wurden, die zudem ihrem Projekt einen auffällig ambitionierten Namen gaben. Berliner Finanzblätter berichteten davon im Dezember 1923. In diesem Monat, kurz nach der Währungsumstellung, zeigte sich der Finanzplatz noch in voller Aktivität. Depression oder gar Lähmung waren nicht zu erkennen, im Gegenteil: der Dezember 1923 und der Folgemonat brachten einen weiteren Höhepunkt in der Gründung neuer Banken.⁹

„Zentralbank in Berlin. Unter der Führung der Bankfirma Gottfried Herzfeld in Hannover hat sich eine Gruppe von etwa zehn bedeutenden Privatbankiers, darunter auch eine Frankfurter Firma, zusammengeschlossen zur Schaffung einer Zentralbank in Berlin, zu welchem Zwecke sie eine maßgebende Beteiligung an der Norddeutschen Bankverein A.-G. in Berlin nimmt...“¹⁰ Der Norddeutsche Bankverein hatte somit eine neue Bestimmung erhalten. Zur Erinnerung: Er war 1922 in den Mantel der Dissener Volksbank geschlüpft und anschließend zur Übernahme des Nordischen Bankvereins geschritten. Dieser hatte seinen Eignern von 1919 bis 1921 Dividenden von 12% zahlen können.

Noch reicher war der Ertrag der neuen, „norddeutschen“ Anteilscheine; die Alt- wie Neuaktionäre erhielten 1923 Dividenden von 30%.¹¹ Real betrachtet war dies jedoch – wegen der bereits galoppierenden Inflation – kaum noch ein Zuwachs, und im Folgejahr sank die Ausschüttung auf Null. Zudem verloren die bisherigen Anteilseigner zum Jahresende 1922 ihre Mehrheit, im Zuge einer Kapitalerhöhung auf 100 Millionen Mark. Die fast 90 000 neuen Aktien übernahm ein Konsortium unter Führung eines Hamburger Bankhauses Willi Seligmann.¹² Dem Versuch der „10 bedeutenden Privatbankiers“, maßgeblichen Einfluss auf den Norddeutschen Bankverein zu gewinnen, war also – 12 Monate zuvor – ein ähnliches Manöver einer kleineren Gruppe voraus gegangen.

Eine zweite Meldung, in der Zeitschrift *Die Bank* vom Januar 1924, nannte weitere Namen: „Norddeutscher Bankverein, Berlin. Siehe Centralbank, Berlin. Als Vertreter der Provinzbankiers werden in den Aufsichtsrat gewählt: Bankier Karl Herzfeld, Hannover als Vorsitzender, Hans Albert, Magdeburg, Paul Herzog, Hamburg, Dr. Friedheim, Dresden, S. Weinberger, München, Rudolf Lismann, Frankfurt a. M., Erich Mayer, Hannover, Dr. Schomburgk, Leipzig, Louis Jacoby, Dort-

mund und Prof. Dr. Jaekch, Berlin“.¹³ Für den Insider war damit deutlich, dass alle wichtigeren Provinzstandorte in diesem Bankenkonsortium vertreten waren, mit einem gewissen Schwergewicht im Norden. Ergänzend hieß es: „Zehn bedeutende Provinzbankiers nehmen eine maßgebende Beteiligung am Norddeutschen Bankverein, Berlin, zwecks Schaffung der Centralbank, Berlin.“¹⁴

Dr. Karl Herzfeld: Was machte ihn zum vorrangigen Eignervertreter in dieser Schlussphase des Norddeutschen Bankvereins? Denkbar ist, dass das Bankhaus G. Herzfeld in Hannover – Karl war Sohn des Gründers Gottfried – die 90 000 neuen Aktien zu günstigen Bedingungen von dem erwähnten Konsortium übernommen hatte, bereits mit der Absicht, eine Berliner Plattform für größere Provinzbanken zu errichten. Herzfeld pflegte – mit über 20 Aufsichtsratsmandaten – vielfältige Kontakte zur mittelständischen Industrie,¹⁵ und er spielte eine führende Rolle im Verband Deutscher Privatbankiers. Dieser war im Mai 1920 gegründet worden, als ein Zusammenschluss von Personengesellschaften, die sich im etablierten Centralverband des deutschen Banken- und Bankiergewerbes nicht mehr angemessen vertreten fühlten.¹⁶ Schon vor dem Weltkrieg hatte es Bestrebungen von Privatbanken gegeben, sowohl eine Standesorganisation als auch eine Zentralbank zu errichten. Ein Vorbild war die Société Centrale des Banques de Province, die einer Gruppe französischer Provinzbankiers als Pariser Zentralstelle diente.¹⁷ Unter den Hannoveraner Privatbanken war das Haus Herzfeld die Nummer zwei, hinter der Firma Ephraim Meyer & Sohn, gegründet schon 1807, die von Erich Meyer im Konsortium vertreten wurde. Sie brachte langjährige Kooperationserfahrung in die Runde ein. Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatte sie sich an die Norddeutsche Bank AG in Hamburg angelehnt und, nach deren Übernahme durch die Disconto-Gesellschaft Berlin, die Zusammenarbeit mit dem nun ungleich größeren Partner fortgesetzt.¹⁸ Erich Meyer war Aufsichtsratsvorsitzender bzw. Stellvertreter in großen Unternehmen der norddeutschen Zement- und Nahrungsmittelindustrie, zudem Mitglied in weiteren Aufsichtsräten.¹⁹

Zwei Mitglieder des Konsortiums kamen aus Sachsen: Das Dresdner Haus Bassenge & Fritzsche wurde durch seinen Mitinhaber Dr. Sally Friedheim vertreten, und die Leipziger Firma Meyer & Co. durch Dr. Wilhelm Schomburgk. Bekannt waren letztere; die Meyer-Bank hatte eine mehr als hundertjährige Geschichte, und ihr Mitinhaber trat nicht nur als Bankier sondern auch als vielseitiger Sportler hervor. Schomburgks größter Erfolg auf diesem Terrain war die deutsche Fußballmeisterschaft 1906, er stürmte für den VfB Leipzig. In späteren Jahren widmete er sich der Verbandsarbeit. Vergleichbare Rollen hatte er auch als Bankier: die Geschäfte der Leipziger Bank führte er zusammen mit seinem Schwager Dr. Max Meyer. Daneben betrieb er die Organisation von Verbandsinteressen – auf städtischer, freistaatlicher und nicht zuletzt auch auf Reichsebene. So wurde er Mitbegründer des Privatbankierverbandes, ohne jedoch seine Kontakte zum Centralverband zu schädigen, für den er mit Stellungnahmen zu hochrangigen Themen

hervortrat. Mit seinen Verbindungen und standespolitischen Erfahrungen war Schomburgk – neben Herzfeld – eine Schlüsselfigur im Konsortium.²⁰

Ein relativ junger Partner, 1911 gegründet, war das Haus Arndts, Herzog und Co. aus Hamburg, durch Paul Herzog im Konsortium und im Aufsichtsrat des Norddeutschen Bankvereins vertreten. Bekannt war Louis Jacoby, Mitinhaber des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund und österreichischer Konsul. Nachdem diese Bank ab 1880 mit Wertpapiergeschäften in der rheinisch-westfälischen Industrie aufgestiegen war, dehnte sie ihre Tätigkeit auf die großen Börsen aus und engagierte sich insbesondere im Bergbau wie auch in der Kohlen- und Kaliindustrie.²¹ 1924 war Louis Jacoby in nahezu 30 Aufsichtsräten sowie in 10 Grubenvorständen von Bergwerksgesellschaften präsent.²² Siehard Weinberger war Bankier im Hause Herzog & Mayer in München mit sechs Aufsichtsratsmandaten, und Hans Albert vertrat die Magdeburger Friedrich Albert KG. Rudolf Lismann kam vom Finanzplatz Frankfurt als Mitinhaber des Hauses Gebrüder Lismann; er war in zehn Aufsichtsräten Vorsitzender bzw. Mitglied.²³

Der einzige Nicht-Bankier im genannten Kreise – und im Aufsichtsrat des Norddeutschen Bankvereins – war Prof. Dr. Ernst Jaeckh. Schon damals, um 1924, zählte er zu den bekanntesten deutschen Persönlichkeiten im Schnittfeld von Politik, Gesellschaftswissenschaften und Kultur. In der Kaiserzeit hatte er sich zum Orientkenner entwickelt und zur Profilierung der imperialistischen deutschen Orientpolitik beigetragen. Nach dem Kriege gründete er die Deutsche Liga für den Völkerbund und 1920 die Deutsche Hochschule für Politik, der er bis 1933 vorstand; er war Publizist und erfolgreicher Buchautor. Politikberatend wirkte er als Mitglied der deutschen Delegationen in Versailles, Genua und Genf.

Zudem hielt er Aufsichtsratsmandate: 1924 in vier Aktiengesellschaften der Medienbranche und im Norddeutschen Bankverein. Das Medien-Engagement war eine Konstante in seiner unternehmerischen Rolle; eine Ausnahme dagegen die Mitwirkung bei einer Bank. Die Erklärung liegt nicht auf der Hand. Zweifellos brachte sein Aufsichtsratsmandat dem Konsortium einen beträchtlichen Prestigegewinn – aber was erhielt Jaeckh im Gegenzug? War er einer Schlüsselfigur im Konsortium eng verbunden? Schaut man im Archiv-Bestand zur Politik-Hochschule in die Verzeichnisse von Vorstand, Kolleg, korrespondierenden Mitgliedern, Mitarbeitern der *Zeitschrift für Politik* und Dozenten, so finden sich zahlreiche bekannte Namen,²⁴ nicht aber Mitglieder des Konsortiums. Bemerkenswert ist allenfalls: Isaac Lewins Doktorvater Schulze-Gaevernitz, zu dem er auch als Bankier weiterhin Kontakt hielt, war – als Freund Friedrich Naumanns – an der Hochschule für Politik ein gefragter Dozent.²⁵

Zurück zum Projekt der „Zentralbank“: es hatte durchaus seine Stärken. Getragen wurde es von zehn mittelgroßen Bankhäusern, die alle wichtigen Finanzplätze in der Provinz vertraten, an ihren Standorten überwiegend altbekannt waren und als gut aufgestellt galten. Zudem wurde es von Persönlichkeiten gefördert, die poli-

tisch gut vernetzt und im Durchsetzen von Standesinteressen erfahren waren. Dennoch, die Konstruktion erwies sich schnell als brüchig. *Die Bank* kündigte schon im Oktober 1924 das Scheitern an: „Norddeutscher Bankverein, Berlin: Das Unternehmen, dessen Aktienmehrheit sich in den Händen mehrerer bekannter Provinzbankiers befindet, soll liquidiert werden.“ Das Folgeheft meldete den Vollzug: „Die Gen.-Versammlung des Instituts, dessen Aktienmehrheit 1923 von einem aus mehreren bekannten Provinzbankiers bestehenden Konsortium übernommen wurde, beschließt die Liquidation. Der nominelle Reingewinn beträgt 51 101 Bill. Pm. [Papiermark, d.V.]. Die Aktionäre dürften nichts mehr zu erwarten haben. Die auf das Institut überführten Berliner Geschäfte der Provinzbankiers sind seit einiger Zeit wieder deren früheren Großbankverbindungen zugeleitet worden.“²⁶

Diese „Zentralbank“ ist nach allem Anschein nie in das Berliner Handelsregister eingetragen worden. Ohnehin wäre dieser Firmenname kaum durchzusetzen gewesen, denn seit 1923 war in Berlin schon eine Centralbank AG registriert, die sich vorher eines Firmenmantels aus der Provinz bedient hatte – wie auch der Norddeutsche Bankverein. War dies die einzige Gemeinsamkeit? Keine weiteren Daten – so etwa die Namen in Vorstand und Aufsichtsrat – deuten daraufhin, dass die Centralbank AG in das Unterfangen des Konsortiums in irgendeiner Weise einbezogen war.²⁷

Bemerkenswert ist nur, dass sie zeitweise stark im „Ostgeschäft“ engagiert war, mit Vertretungen in den baltischen Ländern und in Polen.²⁸ Auffällig ist auch der Firmensitz am Pariser Platz 2; dort steht heute (wieder) die Botschaft der USA. Eigentümer des Grundstücks und des darauf errichteten „Blücher-Palais“ war William M. Zimdin, der mit seinen Geschäftserfolgen in Immobilien und Finanzen, aber auch als Wohltäter in die Unternehmensgeschichte eingegangen ist. Seinen vielleicht größten Coup landete er, als ihm 1930 der Verkauf des Grundstücks neben dem Brandenburger Tor an die US-Regierung gelang.²⁹ Er stammte aus Estland,³⁰ und die Ausrichtung der Centralbank auf Nordost- und Osteuropa stand damit in unmittelbarem Zusammenhang. Denn wenn auch die Namen Landré und Lampe die Aushängeschilder der Centralbank waren, so dürfte Zimdin die Schlüsselfigur gewesen sein. In den letzten Jahren der Bank saß er auch dem Aufsichtsrat vor. Dass Lewin und Zimdin sich gekannt haben, ist kaum auszuschließen.³¹ Sollte es den Plan gegeben haben, die Centralbank in das Konsortium einzubeziehen und ihren Namen zu übertragen?

Woran war das Konsortium gescheitert? Zum einen gab es externe Faktoren, die ungünstige Rahmenbedingungen setzten. Der Banken-Centralverband dürfte diesen Zusammenschluss wichtiger Mitglieder des Privatbankier-Verbandes als eine weitere Absetzbewegung missbilligt haben. Hinzu kamen Marktverschiebungen. Waren die ersten Wochen nach der Währungsreform noch eine Phase leichten Geldes, so begann die staatliche Stabilisierungspolitik im Frühjahr 1924 zu greifen, spätestens mit Einführung der Kreditbeschränkungen im April.³² Der Liquiditätsüber-

schuss wurde durch eine Illiquiditätskrise mit Kreditverknappung abgelöst – zum Nachteil der Kreditsuchenden, aber auch der Banken. Viele der „Überschüssigen“ wurden aus dem Markt gedrängt.³³ In dieser Situation dürfte für manche Konsortialmitglieder der eigene Überlebenskampf wichtiger geworden sein als der strategische Aufbau eines Verbunds. Erst im Herbst 1924 zeichnete sich eine Erleichterung ab – als der Norddeutsche Bankverein seine Auflösung bereits beschlossen hatte.

Interne Schwächen des Konsortiums dürften die Wirkung dieser äußeren Widrigkeiten noch verstärkt haben. Sämtliche Mitglieder waren Familienfirmen; hinlänglich bekannt ist, dass solche Unternehmen traditionellen Typs keine idealen Kooperationspartner sind. Wenn auch im Firmeninteresse ein gewisser Autonomieverzicht geboten sein mag, so stellt sich dieser aus Familiensicht oft genug als Schwächung dar. Die Bereitschaft, Entscheidungsmacht mit Dritten zu teilen, war somit unter den Konsortialmitgliedern schon systembedingt begrenzt.³⁴ Einen Ausweg konnte die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform in Form einer Kapitalgesellschaft bieten. Diesen Versuch unternahm das Konsortium – und scheiterte. „Der Zusammenbruch dieser kartell- und syndikatartigen Organisation [...] zeigte nur, daß so etwas eben nicht geht.“³⁵

In der Konsequenz dürfte sich die Abhängigkeit von den Berliner Großbanken noch verschärft haben, ohne dass sich daraus zwingend eine Verschmelzung ergab.³⁶ Übernommen oder aufgelöst wurden diese Banken erst in der NS-Zeit, in der sie – nun auch offen und diskriminierend – ganz überwiegend als „jüdische Banken“ eingestuft wurden. Nur Meyer & Co. überlebte, unter ihrem „arischen“ Inhaber Schomburgk, der auch Geschäftsführer in einer weiteren „arisierten“ Bank wurde. Die Firma Bassenge & Fritzsche ging in der Leipziger Allgemeinen Deutschen Creditanstalt auf. Das Haus Ephraim Meyer & Sohn, seit seiner Krise 1931/32 von der Dresdner Bank abhängig, wurde unter deren maßgeblicher Mitwirkung ab 1933 aufgelöst. Alle weiteren Firmen wurden liquidiert, als letzte die Bank Lismann im Jahre 1941.³⁷

Isaac Lewin: was blieb ihm nach dem Auflösungsbeschluss, während der Abwicklung des Norddeutschen Bankvereins? Die Antwort lässt sich in nicht Bilanzen lesen; die Jahresabschlüsse für 1924 und 1925 sind nicht mehr zu finden. Aufschlussreich ist aber die Veränderung des Aufsichtsrats, die mit dem Liquidationsbeschluss einherging. Den Vorsitz im neu gebildeten Trio hatte Karl Herzfeld aus Hannover, vermutlich hielt seine Bank noch die größte Beteiligung am Bankverein. Zudem war Herzfeld ein versierter Krisenmanager. Belegt ist, dass er sein eigenes Haus in diesen schwierigen Monaten über Wasser halten konnte. Zwar trat die Bank 1928 in Liquidation, aber Herzfeld gelang schon im Folgejahr eine erfolgreiche Ersatzgründung.³⁸

-
- 1 Vgl. Willi Strauß: Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe: ein Beitrag zur Organisationsentwicklung der Wirtschaft unter dem Einfluß der Konzentration des Kapitals, Berlin 1928, S. 20 f.
 - 2 Frankfurter Zeitung 27.11.21, Nr. 882.
 - 3 Vgl. W. Strauß, S. 67 f.
 - 4 Rudolf Pfannenschmidt: Die Konzentrationen und Expansionen im deutschen Bankwesen während und nach der Inflation, München 1928, S. 54.
 - 5 Vgl. Detlef Krause: Die Commerz- und Disconto-Bank 1870–1920/23: Bankgeschichte als Systemgeschichte, Wiesbaden 2004, S. 347.
 - 6 Deutsche Allgemeine Zeitung 20.12.1921, Nr. 585. Auch andere führende Blätter kommentierten diesen Vorgang, so die Vossische Zeitung und der Berliner Börsen-Courier.
 - 7 R. Pfannenschmidt, S. 64; vgl. D. Krause, S. 347 und W. Strauß, S. 32. Zwei der drei Banken hatten schon vorher ihre Abhängigkeit von der Disconto-Gesellschaft gelockert, indem sie sich an der Berliner Privatbank Hardy & Co. beteiligten, an der indirekt die Dresdner Bank maßgeblich beteiligt war. Vgl. Hanns Lochmüller: Die neuere Bankenkonzentration und die Privatbankiers 1914–1930, München 1930, S. 79.
 - 8 W. Strauß, S. 32.
 - 9 Ebd., S. 21.
 - 10 Berliner Börsen-Courier 1923, Nr. 592.
 - 11 Der Gewinn dieses Geschäftsjahres erreichte 7,2 Mio. M. Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 28 (1923/24), S. 95.
 - 12 In diesem Zusammenhang wurde der Aufsichtsrat um drei Vertreter der neuen Anteilseigner erweitert; die genannten „Parallelbanken“ in Stockholm und Wyborg waren nicht mehr präsent.
 - 13 Die Bank 17 (1924) 2, S. 105. Aus dem Bericht der Zeitschrift über das Bankengeschehen im Dezember 1923.
 - 14 Ebd., S. 102.
 - 15 Vgl. Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Berlin 1924.
 - 16 Ein Jahr nach der Gründung hatte der Verband etwa 600 zahlende Mitglieder, in der Mehrzahl aus Mittel- und Süddeutschland, kaum aus Berlin. Berliner Börsen-Courier 11.06.23, Nr. 268.
 - 17 Keith Ulrich: Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung von 1918 bis 1938, Frankfurt a. M. 1998, S. 88.
 - 18 Vgl. W. Strauss, S. 72.
 - 19 Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft: das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Berlin 1930/31, S. 1239.
 - 20 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv – Staatsarchiv Leipzig, 21014 – Bankhaus Meyer & Co.
 - 21 Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, S. 833.
 - 22 Zu den Aufsichtsratssitzen vgl. Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Berlin 1924.
 - 23 In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz hatte er 1916 das Archiv für Kriegsgefangenenforschung gegründet.
 - 24 Heuss, Heinemann, Koch-Weser, Rathenau, Stresemann, Schacht u. a.
 - 25 Vgl. Deutsche Hochschule für Politik, Vorlesungsverzeichnisse, MF-Archiv FU Berlin, MF 240.
 - 26 Die Bank 17 (1924) 10, S. 597 und 17 (1924) 11, S. 668. Aus dem Bericht der Zeitschrift über das Bankengeschehen im August bzw. September 1924.
 - 27 Sie wurde 1931, der Norddeutsche Bankverein 1926 aus dem Register gelöscht. Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 31 (1926) Bd. 2, S. 2056.
 - 28 Vgl. Ostwirtschaft 9 (1923) 16, S. 34 f.
 - 29 Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/ein-fuerstlicher-standort/1270662.html> (22.06.2010)
 - 30 William D. Zimdin (1880–1941) emigrierte 1933 nach Frankreich und um 1941 in die USA. Vgl. Werner Röder, Herbert A. Strauss (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen

-
- gen Emigration nach 1933 (International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933 – 1945), Bd. 1, München 1980, S. 848.
- 31 Beide waren sie jüdischer Herkunft, beide kamen aus Nordost-Europa nach Berlin und beide agierten sie in gleichen oder benachbarten Geschäftsfeldern.
- 32 Vgl. Gerald Feldman: *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924*, New York 1993, S. 821 f.
- 33 „Die Ueberschüssigen werden von selbst ausscheiden, aber auch die Ueberdauerenden werden einen schweren Stand haben.“ Leopold Merzbach: *Zur Lage im Bankgewerbe*, in: *Bank-Archiv* Jg. 1924/25, Nr. 3, S. 37.
- 34 Mit Blick auf die Privatbanken insgesamt schreibt Ulrich: „Die Errichtung einer Zentralbank für Privatbankiers ist jedoch nie erfolgt, weil die Privatbankhäuser sich einerseits nicht über die Form einigen konnten und andererseits die Interessen der einzelnen Banken zu unterschiedlich waren. Die großen Privatbankhäuser brauchten ein solches Zentralinstitut nicht, weil sie ohnehin sowohl an den Industriekonsortien als auch an den Kommunalanleihen partizipierten. Andererseits pflegten viele Privatbankiers mit den Berliner Großbanken eine enge Zusammenarbeit, die der Gründung eines Zentralinstituts gleichfalls hinderlich war. Die Zusammenschlußbestrebungen riefen den Widerstand der Berliner Großbanken hervor, die befürchteten, daß eine Organisation gegründet würde, die sich gegen den Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes richten könnte.“ K. Ulrich, S. 88 f.
- 35 W. Strauß, S. 32.
- 36 Dies passt in das Bild einer weiteren relativen Schwächung der Provinzbanken, die sich auch in einem Bedeutungsverlust des Privatbankier-Verbandes und in dessen Annäherung an den Centralverband ausdrückte. Herzfeld und Weinberger übernahmen in diesem Zusammenhang Ausschussposten im Centralverband. *Berliner Börsen-Courier* 20.12.25, Nr. 595.
- 37 Nach Angaben aus Archiv Bundesverband Deutscher Banken; vgl. auch die Auflistung in: Ingo Köhler: *Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich: Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung*, München 2005.
- 38 Vgl. *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft*, S. 734.

Vom Bankdirektor zum Bankier

Das zweite Aufsichtsratsmitglied in der abzuwickelnden Bank – neben Herzfeld – war Isaac Lewin. Die Rolle des Liquidators hatte er einem Prokuristen namens Driesen überlassen und war ins Kontrollgremium gewechselt. Vielleicht hatten Alteigner ihn dorthin berufen, oder er vertrat in dem Trio eigene Aktionärsinteressen.¹ Nahezu sicher ist, dass Isaac Lewin sein Engagement beim Norddeutschen Bankverein nicht mittellos beendete. Denn hätte er weder Kapital noch Kreditwürdigkeit besessen, so wäre es ihm kaum gelungen, im selben Jahr die angesehene Bank Löwenberg ihrer Gründerfamilie abzukaufen.

Die Bank G. Löwenberg & Co.

Lewin wechselte also in eine Privatbank; deren Vorgeschichte sei hier kurz erzählt. Gegründet hatte sie ein Gustav Löwenberg, 1824 in Schwedt als Sohn eines Schnittwarenhändlers geboren. Vom Handlungsdiener entwickelte er sich zum Tabakhändler „en gros“, als solcher erstmals im Berliner Adressbuch von 1849 genannt. Fünf Jahre später war er als Großhändler von Metall, Kohle und anderen Bergwerksprodukten eingetragen und im Jahre 1865 als „Banquier“. Auch war er nun Eigentümer des Hauses in der Spandauer Vorstadt, in dem er sein Geschäft betrieb. Dieses hatte einen durchaus typischen Weg genommen: mit dem Wechsel von Naturalprodukten zu Industrierohstoffen und mit der allmählichen Verlagerung seiner Agentur- und Kommissionstätigkeit vom Warenhandel auf Finanzgeschäfte.²

Gustav Löwenberg besaß nun „ein Bankgeschäft, das schnell Ansehen erlangte“, und er war „bei all seinen geschäftlichen Erfolgen bescheiden in seinem Auftritte.“ In seiner Bürgerrolle stand er „fast fünfzig Jahre im Ehrendienst der Jüdischen Gemeinde Berlins und der die Interessen des religiös konservativ gerichteten Judentums vertretenden Institute und Vereine der Jüdischen Gemeinde.“³ Sein Tod im Herbst 1904 wurde in der *Vossischen Zeitung* angezeigt, von seiner Familie und von Mitarbeitern seiner Firmen.⁴ Letztere gedachten damit ihres „Seniorchefs“. Zwei seiner Söhne waren zu „Juniorchefs“ und Nachfolgern heran gewachsen. Von ihnen war Dr. Alfred Löwenberg, geboren 1852, nach allem Anschein erfolgreicher als sein jüngerer Bruder und Kompagnon Oskar. Alfred wurde 1907 zum Kommerzienrat ernannt, auf Grundlage einer Eingabe, die dem Bank- und Kommissionsgeschäft „an der Börse vorzügliches Ansehen“ bescheinigte. „Sie hat eine alte, treue Kundschaft, unterhält vielfache Beziehungen zur Industrie und wird gelegentlich von anderen Privatbankiers beauftragt.“⁵ Alfred Löwenbergs Vermögen wurde in dem Gesuch auf 2,8 Millionen beziffert, sein Jahreseinkommen auf 150 000 und die Jahresmiete seiner 11-Zimmer-Wohnung auf 5000 Mark.⁶ Aufgezählt wurden zu-

dem zahlreiche Ehrenämter in Börse,⁷ Kaufmannschaft und Handelskammer sowie seine Beiträge in Wohltätigkeitsvereinen. Politisch sei er einwandfrei, wenn er auch fortschrittlich gewählt habe. Unter seinen Nächsten gebe es zwei angesehene Kaufleute.⁸

Damit war die dritte – und letzte – Bankier-Generation des Hauses Löwenberg angesprochen. Die Brüder Alfred und Oskar verstarben in den beiden Nachkriegsjahren. Die *Vossische Zeitung* ehrte Alfred, „den Inhaber des hiesigen angesehenen Bankhauses“ mit einem Nachruf: „Die kaufmännische Welt Berlins verliert in Alfred Löwenberg einen ihrer besten Vertreter, eine ihrer besonders sympathischen Gestalten.“⁹ Neue Eigentümer der Bank wurden Alfreds Witwe Bertha und – mit 23 Jahren – ihr Sohn Kurt. Hinzu kam ein dritter Kompagnon (Paul Knopf), er wird der eigentliche Erfahrungs- und Kompetenzträger in dem Trio gewesen sein. Im Personal zeigten sich in der Inflationszeit die üblichen Fluktuationen. Kurzzeitig gehörte zur Belegschaft auch ein Angestellter Willy Bruß, eine der vielen schillernden Figuren in den Finanzgeschichten der „Wilden Zwanziger“. Er suchte sein Glück in der Selbständigkeit, gründete eine Bank und steuerte sie in die Marktnische „echtdeutscher“ Geldanlage. Als Kundengruppe wählte er „völkisch gesinnte“ Spekulanten, die sich nicht mit „landfremden und volksverderbenden“ Finanzdienstleistern einlassen wollten. Bruß stieg steil auf und stürzte tief. Die Bank brach 1924 zusammen, und das Amtsgericht Charlottenburg verurteilte ihn wegen Untreue, Unterschlagung und Betrug. Dies geschah im Februar 1929, fast zeitgleich mit dem „Krach“ des Hauses Löwenberg & Co., dem Bruß vor seinen „Gründerjahren“ gedient hatte.¹⁰

Witwe und Sohn Löwenberg, der Kompagnon Knopf und ihre vier Prokuristen waren bis 1925 im Handelsregister verzeichnet. Die *Vossische Zeitung* meldete im Dezember: „Auf Grund freundschaftlicher Vereinbarung ist der bisherige Mitinhaber der Fa. G. Löwenberg & Co. Kurt Loewenberg aus der Firma ausgetreten.“¹¹ Die Handelsregisterakte ist vernichtet; sie kann also nicht helfen, die Hintergründe des Eigentümerwechsels auszuleuchten und den „freundschaftlichen“ Charakter zu bestätigen. Bekannt ist nur, dass die Inhaber „neue Beteiligte aufgenommen (hatten), zu denen [...] Dr. Lewin gehörte“.¹² Kurt und Bertha Löwenberg wohnten zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 noch gemeinsam am Kurfürstendamm; er emigrierte kurz darauf nach England.¹³ Die Handelsregisterveröffentlichung von 1926 spiegelt schon den vollständigen Eigentümerwechsel: Als Bankinhaber ist nunmehr Dr. Isaac Lewin eingetragen, mit unverändertem Firmennamen und derselben, repräsentativen Firmenadresse: Unter den Linden Nr. 42.

Unter Lewins Regie arbeitete die Löwenberg-Bank zunächst unauffällig, in Presse- und Branchenmedien blieb sie unbeachtet. Als Familienunternehmen hatte sie ihre Tradition gepflegt und einen ausgezeichneten Ruf genossen, allerdings mit Eintrübungen in den Jahren vor dem Verkauf.¹⁴ In der Rangliste der ca. 400 Berliner Privatbanken dürfte sie nach der Übernahme noch einen Platz zwischen 30 und

40 eingenommen haben.¹⁵ Lewin war einziger registrierter Inhaber, und neben ihm waren zwei Prokuristen zeichnungsberechtigt. Der eine war Dr. Fritz Driesen, schon als Prokurist und Liquidator des Norddeutschen Bankvereins erwähnt. Sein Kollege war Leonhard Rappeport; er könnte zudem stiller Teilhaber gewesen sein, offizieller Mitinhaber wurde er nicht. Diese Rolle übernahm Mitte 1927 ein junger, promovierter Volkswirt, dem vermutlich sein Vater – ein Fabrikant – die Kapitaleinlage ermöglicht hatte. Schon nach einem Jahr schied er wieder aus. Die Handelsregister-Veröffentlichung von 1929 nennt Lewin wieder als Alleininhaber, zusammen mit dem Prokuristen Rappeport und drei Ko-Prokuristen: Fritz Driesen, Ewald Montag, James Moses.

Fünf statt vorher drei Zeichnungsberechtigte: auf den ersten Blick ein Ausweis von Prosperität und unternehmerischem Optimismus. Allem Anschein nach hatte Isaac Lewin die traditionsreiche Bank erfolgreich übernommen und den früheren Ruf wiederhergestellt. Auch sein eigener Name hatte an Gewicht gewonnen und war befreit von der Belastung, an der Gründung zweifelhafter Finanzinstitute in den frühen Zwanzigern mitgewirkt zu haben. Das Scheitern des Zentralbank-Manövers mochte ihm nachhängen, andererseits war es ein mutiger Versuch gewesen, gegen die Großbanken anzutreten und den Niedergang mittelgroßer Provinzbanken aufzuhalten. Allerdings könnte es in der Branche Gerede über einen früheren Fehltritt Lewins gegeben haben. Darüber schrieb – rückblickend – die *Rote Fahne*: „Er war früher für das Bankhaus Schwarz, Goldschmidt & Co. tätig; seine großen Wechselschulden bei ihr sind heute noch nicht beglichen.“¹⁶ Dieses Haus, erst 1909 gegründet, stieß nach dem Kriege mit äußerst erfolgreichen Börsengeschäften in die Spitzengruppe der Privatbanken vor, strauchelte aber in der Bankenkrise und wurde 1932 von E. J. Meyer übernommen. Möglicherweise war der Bankier Lewin für „Schwagold“ als Geschäftspartner „tätig“ geworden; zum Leitungskreis dieser Bank hat er laut Handelsregister nie gehört. Dort ist allerdings ein Prokurist *Carl* Lewin verzeichnet. Eine Verwechslung?

-
- 1 Dann wäre die Wahrnehmung der Rechte Dritter dem dritten Aufsichtsratsmitglied zugefallen. Dies war Julian Jacobsohn, der bereits erwähnte Rechtsanwalt und Notar aus Berlin.
 - 2 Vgl. Jacob Jacobson: Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809–1851, Berlin 1962, S. 515.
 - 3 Ebd., S. 516.
 - 4 Vgl. Vossische Zeitung 13.10.04, Nr. 481.
 - 5 LAB A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11591.
 - 6 Dies war der Stand von 1907; noch deutlich höher wurde er 1912 eingestuft: mit einem Vermögen von 4,8 Millionen und einem Einkommen von 0,3 Millionen, ebenso wie sein Bruder und Mitinhaber Oskar. Vgl. Rudolf Martin (Hg.): Jahrbuch des Vermögens und Einkommens im Königreich Preußen 1912–1913, Berlin 1913.
 - 7 Er war Vorstandsmitglied.
 - 8 Vgl. LAB A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11591.
 - 9 Vossische Zeitung 30.04.1922, Nr. 221.
 - 10 Vossische Zeitung 27.02.1929, Nr. 98. Autor dieses Artikels über „Die echtdeutsche Bank“ war der Feuilletonredakteur Moritz Goldstein, alias „Inquit“.

-
- 11 Vossische Zeitung 18.12.25, Nr. 598.
12 Frankfurter Zeitung 23.01.29, Nr. 60.
13 Ergänzungskarten der Volkszählung vom 17.05.1939. BA R 15.09 Reichssippenamt.
14 Vgl. Berliner Börsen-Courier, Nr. 37, 23.01.29.
15 Auswertung Deutsches Bankier-Buch, Berlin 1924, durch den Verfasser: Größe nach Zahl der Gesellschafter und Prokuristen.
16 Rote Fahne 29.01.29, Nr. 24.

Optionen und Konkurrenten im deutschen Ostgeschäft

Welche Geschäftsfelder wollte Isaac Lewin mit der Löwenberg-Bank bearbeiten? Blickt man auf seine Anfänge im Finanzzentrum Berlin zurück, so war die Vermögensverwaltung für russische Emigranten die eine, die Finanzierung von Außenhandelsgeschäften mit Nordost- und Osteuropa die zweite Säule. Wie tragfähig letztere war, ist bislang offen geblieben. Es gab Hinweise auf eigene Finanzaktivitäten im Flachsimport und auf die Bestrebungen zweier gleichartiger Banken, in das erwartete Geschäft mit der UdSSR und den „Randstaaten“ einzusteigen. Erwähnt wurde auch die einschlägige Centralbank AG, zusammen mit der spekulativen Überlegung, ob das Konsortium diese Bank mitsamt Firmennamen vielleicht vereinnahmen wollte.

Wie hatten sich die Finanz- und Handelsbeziehungen mit Russland zwischenzeitlich entwickelt? Mit welcher Strategie und welchem Einsatz hatten sich die deutschen Großbanken beteiligt? Und welche Erfahrungen hatten mittelgroße Banken, darunter die beiden Häuser mit nordisch klingenden Namen gemacht? Sie zählten zu den (überlegenen) Rivalen der Löwenberg-Bank. Konnten sie sich gegen die Großen durchsetzen, erfolgreich Kooperationschancen und Nischen entwickeln? War das Russland-Geschäft für sie zugänglich, tragfähig und gewinnbringend? Und wenn nicht für sie, wie dann für Lewins Bank?

Die letzte Frage ist schnell beantwortet: Das deutsche Ostgeschäft blieb hinter den Erwartungen zurück, und die beiden „nordischen Banken“ erwiesen sich als zu klein. Die Nordische Bank für Handel und Industrie erfuhr mehrere Kapitalerhöhungen wie auch Aktionärswechsel und vollzog schließlich 1927 einen strukturellen Wandel: Sie übernahm die Deutsch-Nordische Handelsbank, die nahezu zeitgleich mit ihr gestartet war, und nannte sich fortan Nordische Bank AG. Schon ein Jahr später wurde sie auf die Internationale Handelsbank (Berlin) verschmolzen, indem sie dort ihr Grundkapital von 4 Millionen Reichsmark einbrachte. Begründet wurden beide Schritte mit der geringen Betriebsgröße, die – im Vergleich zu den Großbanken – zu erheblichen Kostennachteilen geführt hatten.¹

Dabei hatten beide Banken bei ihrer Gründung einen durchaus soliden Kapitalsockel erhalten; denn es gab – wie angedeutet – starke Träger. Zu ihnen zählte in der Deutsch-Nordischen Handelsbank der Frankfurter Sichel-Konzern ebenso wie der Konsul Leo Wainstein. Er stammte aus der Ukraine, heiratete eine Schwedin und zog nach Finnland. Als er sich 1921, mit 38 Jahren, in die Handelsbank einkaufte, bezahlte er mit Aktienpaketen einer schwedischen und einer britischen Gesellschaft, die beide – nach ihrem Firmennamen – im „nordasiatischen“ Raum aktiv waren. Zudem war er doppelter Fabrikbesitzer, in Turku und Helsinki.²

Wichtiger noch war ein weiterer Gesellschafter: die Ullstein AG. Sie dürfte ein recht spezielles Interesse mit dieser Bank verbunden haben; denn mit ihr zogen Partner ein, mit denen sie ein Jahr zuvor die Slowo Verlagsgesellschaft m.b.H.

(Danzig) ins Leben gerufen hatte. 1923 folgte die Gründung der Slowo-Verlag AG in Berlin.³ Zweck dieses Unternehmen war, laut Handelsregister, der Betrieb „von Verlagsgesellschaften aller Art, insbesondere der Druck und Verlag von Büchern und anderen Druckschriften vorwiegend des russischen Sprachgebiets, die Beteiligung an Unternehmen des gleichen oder eines ähnlichen Geschäftszweiges und der Abschluss von Interessengemeinschaften.“⁴

Eine solche Beteiligung erwarb Ullstein – vielleicht auch Slowo – schon im November 1921 bei der Deutsch-Nordischen Handelsbank; vermutlich sahen sie in ihr einen willkommenen Finanzier für das Russland-Geschäft. In den Aufsichtsrat trat der Ullstein-Direktor Georg Gravenstein ebenso ein wie kurz darauf Dr. Joseph Hessen (I. W. Gessen) und später der Ex-Bankier Prof. August Kaminka.⁵ Beide Personen sind dem Leser bekannt, nicht zuletzt als Herausgeber der Zeitung *Rul'*. Dass Gessen in dieser Bank mitwirkte, die – wie oben zitiert – „in erster Linie das Geschäft zwischen Deutschland, Russland und den Randstaaten pflegen“ wollte, mag verwundern, hatte er doch im Jahr zuvor in einem Zeitungsinterview die Bereitschaft Deutschlands zu einem Warenaustausch mit Sowjetrußland scharf kritisiert.⁶ Bekanntlich glaubte er an ein Russland-Geschäft – nach Zusammenbruch des Bolschewismus.

Die Slowo-Verlagsgesellschaft verlor schon ab 1923 an Dynamik, und die in Berlin gegründete AG erlosch 1927. Gessen und Kaminka wurden – nach der erwähnten Verschmelzung – nicht in den Aufsichtsrat der Nordischen Bank übernommen.⁷ Die Ullstein AG blieb dennoch präsent, während die russische Seite nur noch mit einer Person, dem Vorsitzenden Dr. Alschitz, vertreten war. Als es dann zur Fusion mit der Internationalen Handelsbank kam, zog der russische Partner sich vollständig zurück, ebenso wie die Danat-Bank. Ullstein AG und Wainstein behielten ihre Plätze; auffällig ist, dass neben den Männern der Wirtschaft nun vier politische Amtsträger saßen.⁸

Das Russlandgeschäft hatte jetzt politische Koordinaten. Die deutsche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion hatte sich herausgebildet, und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen war hervorgetreten.⁹ Enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten hatten Tradition,¹⁰ und da Handel wie Kapitalverkehr im Kriege fast vollständig zusammengebrochen waren, versprach schon ein Zurückführen auf das Vorkriegsniveau kräftige Wachstumsimpulse.¹¹ Dies galt für die deutschen Banken, vor allem aber für die Industrie, die nach Kriegsende unverändert leistungsfähig und zudem kaum ausgelastet war. Hinzu kam, dass das revolutionäre Russland seinen beispiellosen Entwicklungssprung plante, unter Nutzung der technisch-ökonomischen Kapazitäten des Westens. Diese Strategie hatte Lenin vorgegeben: „Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist.“¹² Der deutsche Maschinenbau, zusammen mit der Elektrotechnik, konnte hierfür die Industrieanlagen und Infrastrukturbauwerke liefern sowie das er-

forderliche Wissen vermitteln. Zu dieser wirtschaftspolitischen kam noch eine außenpolitische Komplementarität. Beide Staaten galten nach dem Krieg als Ausgegrenzte – Deutschland unter dem Zwang der Versailler Verträge und Russland als verkörpert Gespenst des Bolschewismus.

Dem beiderseitigen Synergiegewinn standen allerdings zwei strukturelle Beschränkungen entgegen. Zum einen litten beide Länder an Kapitalknappheit und Zahlungsbilanzschwäche. Das Modell, nach dem ein reiches, wachstumsschwaches Land ein anderes – arm, aber mit hohem Entwicklungspotential – durch Kapitalexporte in Schwung bringt und dadurch selbst neue Impulse erhält, war damit auf Nachkriegsdeutschland und -russland nicht anwendbar. Zudem wollte Russland den Sozialismus aufbauen und den Kapitalismus überwinden, der Privatwirtschaft also nur soviel Raum geben, wie vorübergehend, mit Blick auf das gesellschaftspolitische Ziel, zu rechtfertigen war. Dies verlangte, dass der Staat den Außenhandel lenkte oder sogar vollständig in seine Hand nahm, dabei auch dessen Finanzierung regulierte oder selbst betrieb und für die Tätigkeit ausländischer Unternehmen in Russland allenfalls enge Spielräume bot.

Für den Kooperationspartner Deutschland waren dies unwillkommen harte Bedingungen. Mit Zielen und Möglichkeiten der Unternehmen waren sie schwer zu vereinbaren, und auf staatlicher Seite stellten sich Fragen nach ordnungspolitischer Vertretbarkeit und finanzieller wie administrativer Machbarkeit. Aber die Interessen überwogen die Bedenken, auf außenpolitischer, wirtschaftspolitischer und Unternehmensebene. Trotz aller systemischen Widersprüche entfaltete sich eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit, gefördert durch Kompromisse und flexible Instrumentenwahl auf beiden Seiten. Das Russland-Geschäft sprang an, mit Großunternehmen als Treibern. Mittlere Firmen zogen mit, im Finanzsektor, aber vor allem in der Industrie.

Die Plattform für diesen Neuaufbau der Wirtschaftsbeziehungen bildeten die zwischenstaatlichen Abkommen, die mit der Neuen Ökonomischen Politik in den Sowjetrepubliken im Einklang standen.¹³ Der Vertrag von Rapallo, vor allem mit außenpolitischem Bezug geschlossen, stieß mit der Meistbegünstigungsklausel auch die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit an, die im Rechts- und Wirtschaftsvertrag von 1925 ihren rechtlichen Rahmen fand.¹⁴ Der Handel expandierte; Deutschland konnte seine Ausfuhren von 250 Millionen in 1925 auf über 400 Millionen Reichsmark in 1928 steigern und wurde wieder – wie vor dem Kriege – zu Russlands wichtigstem Handelspartner.

Allerdings erreichte der Güteraustausch bei weitem nicht das Vorkriegsniveau. Der Anteil an den deutschen Gesamtausfuhren beschränkte sich auf 2 bis 3%,¹⁵ lag in Kernbereichen der deutschen Industrie allerdings deutlich höher.¹⁶ In naturgemäßen engem Rahmen bewegten sich die Direktinvestitionen deutscher Firmen in Russland. „Wir wollen ausländisches Kapital, aber keine ausländischen Kapitalisten“ war ein wirtschaftspolitischer Grundsatz des Sowjetstaates.¹⁷ Die russische

Regierung vergab nur wenige Konzessionen, und auch die Zahl der gemischten Gesellschaften – wie die Deutsch-Russische Handels-AG – hielt sich in engen Grenzen. In der russischen Industrie erreichten die 50 bis 60 Konzessionsbetriebe kaum 1% der landesweiten Produktion, zu erklären damit, dass die russische Regierung beim Erwerb der „großkapitalistischen Technik“ auf Anlagenimporte, zunehmend aber auch auf Technologietransfer setzte. Auch auf diesem Feld wurde Deutschland – neben den USA – zum wichtigsten russischen Partner.¹⁸

Die Erwartungen der deutschen Banken an die Finanzierung des Russland-Geschäfts waren hochgesteckt, erfüllten sich aber nur eingeschränkt und verzögert. Die Einrichtungen der russischen Seite tätigten ihre Einkäufe anfangs mit kurzfristiger Wechselfinanzierung oder gegen bar.¹⁹ Der Übergang zu mittel- und langfristiger Finanzierung erfolgte erst mit Herausbildung einer Unternehmenskooperation auf deutscher Seite, verbunden mit nachhaltiger staatlicher Unterstützung. Ein Hauptziel der deutschen Wirtschaft war die Schwächung des sowjetischen Außenhandelsmonopols. Sie hatte versucht, dessen Abschaffung oder Beschränkung zum Gegenstand der Handelsvertrags-Verhandlungen zu machen und war gescheitert. Nun versuchte sie es – nach Anfängen im Deutsch-Russischen Ausschuss²⁰ – mit verstärkter Selbsthilfe, durch organisierte Zusammenarbeit der exportierenden Industrie unter Einschluss der Banken. Der erste, noch regional begrenzte Versuch war die Deutsche Industrie-Vereinigung für den Osten, auf den schon bald die wesentlich breiter angelegte Bildung einer Interessengruppe folgte. Auf Anregung der Deutschen Bank verbanden sich große deutsche Unternehmen, vor allem aus der Schwer- und Elektroindustrie, 1925 zur Ausfuhrvereinigung Ost GmbH. Die Deutsche Bank – ihr folgten weitere – richtete einen Kreditrahmen ein, den die Mitglieder der Ausfuhrvereinigung zur Diskontierung der Wechsel nutzten, die sie für ihre Lieferungen nach Russland erhielten.²¹

Auch bei den folgenden Schritten war die Deutsche Bank federführend.²² Sie gewährte der Staatsbank der UdSSR 1925 einen größeren Kredit, den diese zur Bezahlung deutscher Industriegüter nutzte, entweder direkt oder über die Garantie- und Kreditbank für den Osten.²³ Damit waren drei Viertel der Rechnungssumme abgedeckt, das letzte Viertel mussten die Lieferfirmen selbst finanzieren. Während dieser Kreditrahmen noch mittelfristig angelegt war, bereitete eine 1926 eingeräumte Ausfallbürgschaft den Boden für eine auch längerfristige Finanzierung russischer Industriegüter-Importe aus Deutschland.²⁴

Voraussetzung für eine geordnete Nutzung der Kreditbürgschaft war die Bildung eines Konsortiums von deutschen Banken, die sich in diese organisierte Finanzierung deutscher Exporte nach Russland einbringen wollten. Konsortialführer war die Deutsche Bank, die auch in der technischen Abwicklung eine zentrale Rolle übernahm. Exporteure konnten nun an das Konsortium den Antrag stellen, die ihnen für das Liefergeschäft angebotenen „Russen-Wechsel“ zu diskontieren, ihnen also den Rechnungsbetrag mit gewissem Abschlag auszuzahlen. Jedes Mitglied im

Konsortium hatte sich verpflichtet, eine bestimmte Quote dieser Wechsel zu übernehmen; sie lauteten in amerikanischer, britischer oder niederländischer Währung und hatten eine Laufzeit von zwei bis vier Jahren.²⁵ Die Konstruktion erwies sich als funktionsfähig und förderlich; insgesamt kam es zur Bildung von zwölf solcher Konsortien unter Leitung der Deutschen Bank.

Welche deutschen Banken fanden Zugang zu diesem Kernkreis von Finanziers für das Russland-Geschäft? Insgesamt waren es im ersten Konsortium 27 Institute, zu denen selbstverständlich die fünf Großen in Berlin gehörten: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank, Danat-Bank und Disconto-Gesellschaft. Hinzu kamen staatseigene Banken auf Ebene des Reichs und einzelner Länder: die Reichs-Kredit-Gesellschaft, die Landesbankenzentrale, die Preußische Seehandlung sowie die Bayerische, Braunschweigische, Sächsische und Thüringische Staatsbank. Als regionale Groß- bzw. Mittelbanken waren u.a. die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Bayerische Vereinsbank, der zur Deutschen Bank gehörende A. Schaaffhausen'scher Bankverein und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt aus Leipzig vertreten. Unter den Privatbanken war Mendelssohn & Co. diejenige mit der längsten Russland-Erfahrung; aus Berlin kamen noch Hardy & Co. sowie J. Dreyfus & Co. hinzu. Zur ersten Garde der deutschen Privatbanken gehörten auch die weiteren Konsortialmitglieder, so M. M. Warburg & Co. in Hamburg, Simon Hirschland in Essen und Sal. Oppenheim jr. & Cie. in Köln.²⁶ Die Bilanzsumme in dieser „bel étage“ des deutschen Privatbankwesens lag in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe.

-
- 1 Vgl. zur Nordischen Bank für Handel und Industrie die Handelsregisterakte (LAB A Rep. 342-02, Nr. 7769) und die Geschäftsberichte von 1922 bis 1927 (BA R 907 Nr. 5194). In letzteren wird formelhaft stets betont, dass die Bank an der ihr gesetzten Spezialaufgabe – Pflege des „Geschäfts mit dem Osten“ – „treu“ festhalte, wenn auch diese Beziehungen „keine gleichmäßige Entwicklung“ zeige. Erwähnt werden Beziehungen zu baltischen Ländern und Polen, nicht zu Russland.
 - 2 Von 1943–1949 stand er der Jüdischen Gemeinde in Helsinki vor. Er starb 1978. Vgl. <http://www.amitys.com/phdGedViewe/individual.php?pid=18200&ged=Gedcom.ged>; 07.02.2011.
 - 3 Vgl. Gottfried Kratz: Der Berliner russische Verlag Slowo, aus: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 64, Berlin 2009, S. 193–205, hier S. 198 f.
 - 4 Gottfried Kratz: Russische Verlage und Druckereien in Berlin 1918–1941, aus: K. Schlögel: Chronik (Online-Fassung), Eintrag zu Verlag Nr. 211.
 - 5 Vgl. LAB Rep. 342-02, Nr. 3484, Bl. 41 (Handelsregisterakte der Nordischen Handelsbank).
 - 6 Vgl. Berliner Tageblatt, 11.02.1920, Nr. 42.
 - 7 Ullstein wurde nurmehr von Gravenstein vertreten. Vorher schon waren Simson und Fischer ausgeschieden, als sich 1922 die Bank für Handel und Industrie mit der Nationalbank für Deutschland verband. Die damit entstandene „Danat-Bank“ entsandte die Vertreter Paenson und Goldberg. Vgl. Der Russische Ökonomist, Nr. 1 (Okt. 1922), S. 1.
 - 8 Darunter Friedrich-Wilhelm von Loebell, früherer Preußischer Innenminister und Erich Koch-Weser, früherer Reichsinnenminister. 1937 wurde das Unternehmen umfirmiert in Grundbesitz- und Handels-KGaa. Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, mehrere Jahrgänge.

-
- 9 Vgl. Manfred Pohl: *Geschäft und Politik. Deutsch – russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850–1988*, Mainz 1988, S. 66 f.
 - 10 Von 1893 bis 1913 lag der Anteil der Importe an den deutschen Gesamteinfuhren durchschnittlich bei 13%, der entsprechende Anteil an den Gesamtausfuhren bei 8%. Noch wesentlich größere Bedeutung hatten die bilateralen Handelsbeziehungen – und die Kapitaltransfers – für Russland. Vgl. Jürgen Kuczynski, Grete Wittkowski: *Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren*, Berlin 1947, S. 32 f.
 - 11 Die russische Einfuhr aus Deutschland sank von 1,4 Mrd. Rubel (1913) auf praktisch Null (1920), dasselbe geschah mit den Ausfuhren von 1,5 Mrd. Rubel (1913). Ebd., S. 44.
 - 12 Zitiert nach M. Pohl: *Geschäft und Politik*, S. 70.
 - 13 Vgl. Ernst Fuckner: *Russlands Neue Wirtschaftspolitik*, Berlin 1922, S. 6 f. Die Schrift erschien in der Reihe: Osteuropa-Institut in Breslau, Vorträge und Aufsätze, I. Abt.: Recht und Wirtschaft, Heft 5. Sie entstand aus einem Vorlesungszyklus am Oel im Sommer 1922.
 - 14 Dieser bestand u.a. aus dem Niederlassungsabkommen, dem Wirtschaftsabkommen, den Verkehrsabkommen und dem Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz. Vgl. Julius Burckhardt: *Der deutsch-russische Rechts- und Wirtschaftsvertrag*, Würzburg 1930, S. 21. Zu dem Vertragswerk von 1925 gehörten noch der Konsularvertrag und des Rechtshilfeabkommen.
 - 15 Vgl. Louis Eichborn: *Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland unter der besonderen Berücksichtigung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages 12.10.1925*, Dissertation Rostock 1930, S. 48 f.
 - 16 Bedeutend war der russische Markt für Maschinenbau, Elektroindustrie und Chemie. Vgl. J. Kuczynski, G. Wittkowski, S. 52 f.
 - 17 Zitiert nach: Hans-Jürgen Perrey: *Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, München 1985, S. 56.
 - 18 Technologietransfer wurde von westlichen Unternehmen und staatlichen Einrichtungen in allen seinen Formen gewährt: Projektierung, Patent- und Lizenzvergabe, Expertenentsendung, Aus- und Fortbildung. Von den mehr als 130 bilateralen Verträgen über technische Zusammenarbeit (1923–1930) entfielen 40% auf Deutschland. Vgl. M. Pohl: *Geschäft und Politik*, S. 74 f.
 - 19 Auch der Russische Ökonomist berichtete über diese mühsamen Anfänge der russischen Importfinanzierung – ob eher karikierend als wirklichkeitsgerecht, sei dahin gestellt. „Die Berliner Geschäftshäuser weigern sich aber kategorisch, ihre Waren gegen Wechsel zu verkaufen; sie fordern vielmehr Barzahlung. Unlängst kamen Vertreter des [russischen, d. V.] Textiltrusts nach Berlin, um bei einer amerikanischen Firma Baumwolle zu kaufen. Die Amerikaner forderten Barzahlung in Dollars. Es handelte sich um ein Geschäft von 4,5 Millionen Dollar. Die Sowjetagenten wollten 3,5 Millionen Dollar bar bezahlen und den Rest in Trustwechseln, mit Giro der kommunistischen Staatsbank, zahlbar in drei Monaten. Die Amerikaner zogen nun bei deutschen Banken Erkundigungen ein, ob man solche Wechsel hier diskontieren würde. Da erfuhren sie, dass keine einzige europäische Bank sich bereit finden würde, Wechsel der bolschewistischen Staatsbank zu diskontieren. [...] Man hat auch versucht, die Wechsel in der Sowjetbank Aschbergs zu diskontieren. Hier verlangte man 15% von dem Betrage des Wechsels und bot eine Tratte auf Stockholm an; indes lehnten die Amerikaner dieses Angebot ab, und das Baumwoll-Geschäft zerschlug sich.“ *Der Russische Ökonomist*, 1923, Heft 1–2, S. 63.
 - 20 1921 beim Reichsverband der Deutschen Industrie eingerichtet.
 - 21 Vgl. H.-J. Perrey, S. 56 f.
 - 22 Vgl. M. Pohl: *Geschäft und Politik*, S. 79 f. und Lothar Gall: *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1995, S. 249 f.
 - 23 Diese war in Berlin mit Beteiligung der Russischen Staatsbank errichtet worden und repräsentierte die Russische Handelsbank; siehe unten.
 - 24 Die Gewährung der Ausfallbürgschaft von 300 Millionen RM gab die deutsche Seite am 21.04.1926 bekannt. Drei Tage später schlossen die deutsche und die sowjetische Regierung

den Berliner Vertrag, mit dem sie zum einen den Vertrag von Rapallo bestätigten, sich zudem gegenseitig Neutralität im Falle des Angriffs von dritter Seite zusicherten und vereinbarten, in „freundschaftlicher Fühlung“ miteinander zu bleiben, um sich ggfls. über beide Seiten berührende Fragen politischer wie wirtschaftlicher Art zu verständigen.

25 Vgl. Manfred Pohl: Die Finanzierung der Russengeschäfte zwischen den beiden Weltkriegen. Die Entwicklung der 12 großen Rußlandkonsortien, Frankfurt/Main 1975.

26 M. Pohl: Geschäft und Politik, S. 82.

Monopole und Russenwechsel in Russlands Westgeschäft

Deutsche Banken, die schon früh am postrevolutionären Russlandgeschäft interessiert waren: Mit welchen Partnern im russischen Bankwesen konnten sie rechnen? Noch im Dezember 1917 hatte die bolschewistische Regierung mit der Nationalisierung der Banken begonnen und diese Ende 1918 unter das Dach einer einzigen „Volksbank der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik“ gestellt. Schon ein gutes Jahr später wurde die Bank des Volkes wieder abgeschafft; denn ein Bankwesen galt endgültig als überflüssig. Nach einem weiteren Jahr folgte die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik, und im Dezember 1921 war eine neue „Staatsbank der RSFSR“ eingerichtet.¹ Schrittweise folgte der Aufbau von Aktien-, Genossenschafts-, Kommunal- und anderen Spezialbanken. Zu ersteren gehörten die Ruskombank für den Handel und die Prombank für die Industrie.²

Die Geschichte der Ruskombank wurde in Medien und Literatur intensiv beleuchtet, nicht zuletzt wegen ihres Mitbegründers Olof Aschberg. Dieser schwedische Bankier war schon im Februar 1918 mit einer Schrift hervorgetreten, in der er seine Sympathie für die russische Revolution nicht verbarg: „Den Ryska Revolutionen – och vad vi skola lära darav“.³ Was der Leser aus diesem Umbruch lernen sollte, sagte er ohne Umschweife: „Wir müssen ehrlich zugeben, dass die alte kapitalistische Ordnung wirtschaftlich und moralisch bankrott gemacht hat. Die Streitenden sind Glücksspieler, die bei jeder Wette ihren Einsatz verdoppeln und immer wieder verlieren. [...] Wie sollen wir uns nun gegenüber dem neuen Russland verhalten? Ich glaube, dass nichts besser zu einer guten Beziehung zwischen unseren beiden Ländern führen kann eine Öffnung für den Handel. Und ich möchte hier betonen, dass wir die besten Aussichten haben, aus Russland die für unser Land notwendigen Rohstoffe zu erhalten, da die russische Regierung ein solches Bestreben unterstützt.“ Aschberg übernahm es, 1922 den Aufbau einer Russischen Handelsbank – eben der Ruskombank – zu organisieren und sie mit einem erheblichen Teil des Grundkapitals von 10 Millionen Goldrubel auszustatten. Er wurde Vorstandsvorsitzender, während im Aufsichtsrat private Anteilseigner aus Russland, Schweden und Deutschland und nicht zuletzt die Sowjetregierung vertreten waren. Die Repräsentation im Ausland übernahm die Guaranty Trust Company in New York, die Svenska Ekonomibolaget in Stockholm sowie die Garantie- und Kreditbank für den Osten in Berlin.

Aktienrechtlich entstand letztere nach bekanntem Muster: Eine „Vereinsbank Naunhof“ in Naunhof bei Leipzig erhöhte ihr Aktienkapital von 2 auf 100 Millionen Mark, änderte den Firmennamen und verlegte ihren Besitz nach Berlin. Ihr eingetragener Zweck war, den Kreditverkehr mit den östlichen Ländern zu pflegen.⁴ Den Vorsitz des Aufsichtsrats übernahm Olof Aschberg, und die Vorstandsmitglieder trugen deutsche Namen. Dies änderte sich schon 1924, Vorstandschef wurde ein Ilja Lewin aus Moskau. Dort hatte die Regierung sich entschlossen, die

vollkommene Kontrolle über die Ruskombank zu übernehmen, da die bisherige Leitung die inländische Finanzierung privater Industriebetriebe eindeutig dem Auslandsgeschäft vorgezogen hatte.⁵ Aschberg wurde entmachtet; er zog sich aus der Ruskombank und bald auch aus der Garantie- und Kreditbank für den Osten in Berlin zurück.⁶

Gab es weitere russische Institutionen in Berlin, die deutschen Exporteuren, Importeuren und Banken als Geschäftsvermittler dienen konnten? Die Neue Ökonomische Politik hatte das Außenhandelsmonopol des Sowjetstaats kaum eingeschränkt, und die Handelsvertretung der UdSSR in der Lindenstraße 20–24 war zur wichtigsten Adresse geworden. Dort konnte man die Agenten zentraler staatlicher Organe und auch praktisch alle staatlichen Produktions- und Handelsunternehmungen antreffen, die selbständig Außenhandelsgeschäfte durchführen durften: Importe von Maschinen und Anlagen, Exporte von Rohstoffen und einfachen Konsumgütern. Die Handelsvertretung war auch die Schaltstelle für Kontakte zu anderen Handelspartnern, wie die Genossenschaftsverbände Centrosojus, Selskosojus.⁷ Wer etwa im Handel mit Flachs engagiert war, konnte sich an zumindest zwei Adressen wenden: das Flachsexport-Büros des Staatlichen Flachshandelskontors, eingerichtet im Hause der Handelsvertretung und an den Allrussischen Verband der Flachs- und Hanfbauern, mit seiner Repräsentanz in der Friedrichstraße. Er bot klassische Tauschgeschäfte, indem er Fasern wie auch Saaten exportierte und im Gegenzug Bearbeitungsmaschinen für Faserbearbeitung sowie Einrichtungen für Ölmühlen importierte.⁸

Zu den Akteuren gehörten auch die gemischten Gesellschaften, wie die Deutsch-Russische Handels-AG,⁹ und Firmen ohne staatliche Beteiligung. Auffällig ist jedoch, dass im Berliner Adressbuch die Zahl der Firmeneinträge, die mit „Russisch“ oder „Deutsch-Russisch“ begannen, mit 44 ihren Höhepunkt im Jahr 1924 erreichte; bis 1926 auf 24 sank und zwei Jahre später nur noch bei 19 lag. Auch dies deutet darauf hin, dass die Handels- und Finanzbeziehungen von russischer Seite zunehmend gestrafft wurden.

Welchen Stand der deutsch-russische Güter- und Kapitalverkehr um 1926 erreicht hatte, ist damit in Umrissen nachgezeichnet. Zurück zu Isaac Lewin und seiner Bank Löwenberg: welche Chancen konnte ihm die Entwicklung der Finanz- und Handelsbeziehungen eröffnen? Der Zugang in die Konsortien blieb ihm selbstverständlich verschlossen; von der ersten Klasse der deutschen Privatbanken war er weit entfernt. Wenn schon die Deutsch-Nordische Handelsbank und auch die Internationale Handelsbank mangels eigener Finanzkraft draußen vor blieben, so galt dies allemal für die Löwenberg-Bank. Ihr Eigenkapital wird kaum 1 Million Reichsmark betragen haben, somit weniger als ein Viertel des Eigenkapitals der beiden „nordischen“ Banken – nach ihrer Fusion – und nur etwa ein Achtel der Internationalen Handelsbank. Diese wiederum erreichte nicht die Größenordnung der privaten Konsortialbanken.¹⁰ Auch eine „Zentralbank“, mit Beteiligungen von Pro-

vinzbanken aus dem Norddeutschen Bankverein emporgewachsen, hätte den Einstieg in diese Klasse bei weitem verfehlt.

Was blieb? Die Konsortialkredite deckten keineswegs den gesamten Außenhandel zwischen Deutschland und der Sowjetunion ab. Zum einen beschränkte diese Finanzierung sich auf deutsche Exporte in Industriebranchen von strategischer Bedeutung; weitere Ausfuhren und vor allem die Einfuhren waren nicht abgedeckt. Auch konnten Industrieprozenten des Kernbereichs nur dann mit Konsortialfinanzierung rechnen, wenn das Entscheidungsgremium zustimmte. Weiterhin ist zu beachten, dass den Exporteuren nur ein Teil des Rechnungsbetrags gutgeschrieben wurde, für die Restfinanzierung mussten sie selbst sorgen. Zudem entwickelten die „Russenwechsel“ sich zu einem Zahlungsmittel im Interbankenverkehr, in den sich Banken einbringen konnten, die vorteilhafte Rediskont-Möglichkeiten hatten und daher den Wechsel-Anbietern günstigere Bedingungen boten als andere Finanzinstitute. Dies galt etwa dann, wenn die Bank als Kommissionär zwischen deutschem Importeur, deutschem Exporteur und Russischer Handelsvertretung auftrat.

Die Bank erhielt zum Beispiel von einem deutschen Flachs-Importeur einen Wechsel mit der Vereinbarung, dass sie im Gegenzug die Handelsvertretung veranlasste, die bestellte Flachslieferung aus Russland freizugeben. Die Bank erreichte dies, indem sie die Handelsvertretung von der Zahlungsverpflichtung gegenüber einem deutschen Exporteur entband. Dieser hatte eine Maschine nach Russland exportiert und dafür von der Handelsvertretung einen „Russenwechsel“ erhalten, mit der Vorgabe, diesen bei der Kommissionsbank zu diskontieren. Sobald er dies tat, waren die Forderungen beider Lieferanten beglichen; der Flachs war ebenso bezahlt wie die Maschine. Es blieb die Forderung der Bank an den Flachsimporteur, die dieser spätestens bei Einlösung des Wechsels zum Fälligkeitstermin beglich. Vorteilhaft war dieses Geschäft für alle vier Beteiligten. Die Bank profitierte vom zweifachen Diskont, die Handelsverpflichtung machte ein abgesichertes Tauschgeschäft ‚Flachs gegen Maschine‘, der Importeur war sicher, dass er seine Ware, und der Exporteur sicher, dass er sein Geld bekam.

Ob Isaac Lewin mit seiner Löwenberg-Bank diese Art von Kommissionsdiensten bot, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Belegt ist nur, dass die Handelsfinanzierung für Textilunternehmen ein Standbein des Hauses war und Lewin dafür einen natürlichen Vorteil besaß. Der Flachsimport – wie auch der Leinenexport – war vor dem Weltkrieg aufgeblüht, zur Kriegszeit durch Zwangswirtschaft zur Erliegen gekommen und hatte in den Zwanzigern einen neuen Aufschwung genommen. Die Sowjetunion, im Kartellverbund mit Lettland, lieferte 1927 ein Viertel aller deutschen Flachseinfuhren.¹¹ Bekannt ist zudem, dass im sowjetischen Außenhandel die Wechselfinanzierung weit verbreitet war und dass die Bank Löwenberg unter Lewin im Russlandgeschäft aktiv war.¹² Die Firma Methner & Frahne in Niederschlesien, als größte Spinnweberei ein bedeutender Flachsimporteur, war ein Kunde des Hauses Löwenberg.¹³

Allerdings: in Russland sprach man spätestens 1928 von einer „Flachswirtschaftskrise“; denn bei geringen Flächenerträgen hatte der Eigenverbrauch der russischen Industrie ständig zugenommen, sodass für den Export nur eine schrumpfende Restmenge blieb. Zudem war der russische Flachsverkauf in Deutschland in einer neuen Gesellschaft konzentriert worden.¹⁴ Und die Wechselproteste in der Textilwirtschaft hatten sich im Jahre 1927 mehr als verdoppelt.¹⁵ Dies könnten für die Bank Löwenberg erste Warnzeichen gewesen sein.

Belegt ist, dass Lewin attraktive Konditionen für die Diskontierung von Handelswechseln bot. Die *Frankfurter Zeitung* schrieb im Januar 1929: „Die Beobachtung, daß hierzu eine Bank- und Geldfirma verhältnismäßig kleinen Rahmens in vielseitiger Weise als Hereinnehmer von Wechseln aufgetreten ist, erklärt sich zum Teil aus dem [...] Umstand, daß Dr. Lewin lange Zeit hindurch ernsthafte und nützliche Beziehungen in der Textilindustrie pflegte, und daß er angeblich auf Grund von Londoner und Amsterdamer, auf geschickte Weise acquirierten Diskontkrediten behauptete, die deutschen Industriewechsel aus schlesischen, Bremer, Hamburger und anderen Konzernen in vorteilhafterer Weise abrechnen zu können, als dies den alten hiesigen Diskontfirmen möglich war.“¹⁶ „Es gelang ihnen so auch mit der Zeit, erste Firmen, besonders aus den Kreisen des süddeutschen Textilhandels, zu ihren Kunden zu machen, [...] und es wurden die von der Firma bezogenen Wechsel, die zeitweise eine erstaunliche Höhe erreichten, anstandslos diskontiert.“¹⁷

In diesem Zusammenhang ist ein zweiter Blick auf die „Russen-Wechsel“ aufschlussreich. Franz Jung, Schriftsteller und Wirtschaftsjournalist, hat ihn in seinen Erinnerungen vermittelt: „Auf jeden Blockkredit wurden nach dem individuellen Lieferabkommen zwischen Fabrik und Trust [auf der russischen Seite, d. V.] Wechsel ausgestellt, die sogenannten Russen-Wechsel, mit unterschiedlicher Lauffrist und der Möglichkeit, den Wechsel zu prolongieren. Schließlich waren die Wechsel nicht mehr ausschließlich an den individuellen Kauf- und Liefervertrag gebunden. Sie wurden Teil eines allgemeinen Bankkredits, eine Art Ersatz für den Goldrubel, der international devisentechnisch nicht gehandelt werden konnte. Das ging in einzelnen Fällen so weit, daß nach dem deutschen Kreditvorbild auch das Ausland Lieferungen an russische Trusts kreditierte, besonders aus der schweizerischen Maschinenindustrie und der französischen Motorenindustrie. Die daraus resultierenden Russen-Wechsel konnten bei guten Bankverbindungen in das deutsche Garantie-Volumen mit eingeschleust werden und wurden zu einem international umsetzbaren Finanzpapier. [...] Der Durchbruch des russischen Außenhandels war mit einer solchen Explosivkraft erfolgt, daß auch die holländischen und englischen Banken für den deutschen Markt in Russen-Wechseln sich zu interessieren begannen. [...] Das System der Russen-Wechsel lief letzten Endes auf eine ungeheure Ausplünderung der russischen Wirtschaft hinaus. Der Diskont, mit dem diese Wechsel gehandelt und finanziert wurden, der bei einem sonstigen Außenhandelswechsel so um 10% herum liegt, stieg für den Russen-Wechsel bis über 30%. [...]

Sehr viele Leute, Finanzspezialisten in aller Welt und ihre Spekulanten, sind an diesen Wechseln reich geworden.“¹⁸

Über ein Netz internationaler Beziehungen verfügte Lewin zweifellos. Auch nach Moskau hatte er neue Verbindungen knüpfen können; die *Rul'* berichtete über seine Kontakte zu Moskauer Banken und schrieb, dass er in Berlin häufig mit Vertretern von dort ansässigen sowjetischen Institutionen zusammen traf. Dies war zu einer Zeit, als mehrmonatige Verhandlungen über ein deutsch-sowjetisches Wirtschaftsprotokoll, das die Vereinbarungen von 1925 ergänzte und konkretisierte, ihren Abschluss gefunden hatten.¹⁹

- 1 Die Befürworter der Nationalisierung plädierten auch dafür, neue Banken für einzelne Industriezweige zu schaffen. Sie unterlagen; denn: „Der I. Volkswirtschaftskongreß forderte schließlich Ende Mai [1918, d. V.] die Verschmelzung der ehemaligen Privatbanken mit der Staatsbank ‚in kürzester Frist‘ und lehnte ausdrücklich die sogenannten ‚Produktionsbanken‘ als unzulässig ab. Vgl. W. Levermann, S. 214
- 2 Vgl. Arthur Z. Arnold: Banks, Credit, and Money in Soviet Russia, New York 1937, S. 282 f.
- 3 Die Broschüre erschien zu einer Demonstrationsversammlung am 10. Februar 1918 in Stockholm. Zitate: S. 7 und 9 f.
- 4 Vgl. Der Russische Ökonomist, 1923, Nr. 1-2, S. 59 und Berliner Börsen-Zeitung 1922, Nr. 417.
- 5 Vgl. Artikel „Russische Exportbank – Kommerzbank in: Die Ostwirtschaft, 1924 Heft 5/6, S. 30.
- 6 Diese besaß 1935 ein Grundkapital von 12,5 Millionen RM und funktionierte bis zum Kriegsbeginn im Juni 1941.
- 7 Ernst Wagemann (Hg. in Verbindung mit dem Deutsch-Russischen Verein u.a.): Deutsch-Russisches Export-Handbuch, Berlin 1925, Zusammenstellung der Organe für den Außenhandel. Eine zentrale Informationsquelle für Handels- und Finanzkontakte war auch die Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“, als offizielles Organ des Deutsch-Russischen Vereins.
- 8 Vgl. Der Deutsche Leinenindustrielle, 1922, Heft 25, S. 379.
- 9 Dies war das schon genannte Joint Venture „RUSSGERTORG“, dessen Mitinhaber der Konzern Otto Wolff war. Mitbegründer und Vorsitzender des Aufsichtsrats war Boris Stomoniakow, Leiter der Handelsvertretung in Berlin, ab 1925 stellvertretender Kommissar für den Außenhandel der Sowjetunion. Die Sowjetregierung kündigte 1924 den Konzessionsvertrag, kaufte dem Konzern dessen Aktienpaket ab und führte für einige Zeit die Geschäfte als rein staatliches Unternehmen weiter.
- 10 Deren Eigenkapital dürfte deutlich über 10 Millionen RM gelegen haben.
- 11 Deutschland importierte Flachs überwiegend aus Russland, den baltischen Ländern und Polen, mit Anteilen von 76% (1923), 70% (1925) und 61% (1927). Aus Russland kamen 16% bzw. 21% bzw. 19%, aus den baltischen Ländern 55% bzw. 40% bzw. 33%. Vgl. Adolf Thamm: Die Rohstoffversorgung der deutschen Leinenindustrie, Emsdetten 1930, S. 114.
- 12 Vgl. *Rul'* 24.01.1929, Nr. 2481.
- 13 Vgl. Frankfurter Zeitung 23.01.1929, Nr. 61; zu dem Unternehmen vgl. Hans H. Lembke: Die Schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski. Zwei Berliner Familien im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2008, S. 205 f.
- 14 Vgl. Der deutsche Leinenindustrielle 1928, Heft 9, S. 151 f. bzw. 153. Zum Ertrags- und Exportrückgang vgl. auch 1929, Heft 33, S. 588 und Heft 42, S. 748.
- 15 Von 136 im Januar auf 293 im Dezember, ein deutlich überproportionaler Anstieg im Vergleich zur Gesamtsumme der Wechselproteste. Vgl. Der deutsche Leinenindustrielle 1928, Heft 4, S. 60.
- 16 Vgl. Frankfurter Zeitung, 23.01.1929, Nr. 61.
- 17 Vgl. Berliner Börsen-Courier 23.01.1929, Nr. 37.

-
- 18 Franz Jung: Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Hamburg 1988, S. 306 f. Mit „Blockkredit“ sind die oben erwähnten Konsortialkredite gemeint. Jung betrieb in dieser Zeit einen Wirtschafts-Auskunftsdiens, für den er das Material überwiegend aus der russischen Handelsvertretung in Berlin erhielt. Auf dieser Grundlage informierte und beriet er Akteure im Russland-Geschäft.
- 19 Vgl. RuL: 24.01.1929, Nr. 2481. Am Tag darauf wurde ein Abkommen über ein Schlichtungsverfahren zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Das genannte Protokoll war am 21. Dezember 1928 beschlossen worden. J. Kuczynski, G. Wittkowsky, S. 64.

Krisensignale, Wirtschaftskriminalität und der Rul'-Artikel

Die ersten beiden Geschäftsjahre unter der Regie Lewins – 1926 und 1927 – dürften der Bank Löwenberg neuen Aufschwung gebracht haben; mit ihren Stärken in geschickt gewählten Nischen konnte sie auf Zukunft setzen. Gab es keine Vorahnung von der großen Wirtschaftskrise, die gerade den Banken eine Herausforderung jenseits jeder Erfahrung bringen sollte? Von den führenden Konjunkturforschern kamen keine Warnsignale, und auch die Börsianer sahen kaum Anzeichen, die auf eine starke Abwärtsbewegung oder gar eine Krise deuteten. Der „Schwarze Freitag“ im Mai 1927, mit Kursstürzen an der Berliner Börse von 20–80% in wenigen Stunden, galt als Ausnahmeerscheinung. Aus heutiger Sicht war dies ein Tiefpunkt, ein Versagen der beratenden Wirtschaftswissenschaft. Ein Zeitzeuge, der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski, konstatierte in seinem Rückblick 40 Jahre danach, dass allein eine Analyse der Reallohn-Entwicklung zu deutlich negativen Prognosen hatte führen müssen. Er selbst hat seinerzeit als junger Statistiker, beim Gewerkschaftsverband American Federation of Labor (AFL), eine Wirtschaftskrise vorhergesagt, aber kaum Gehör gefunden.¹

Von der makroökonomischen auf die betriebswirtschaftliche Ebene: Gab es dort Hinweise, die eine Häufung von Unternehmenskrisen erwarten ließen? Ein Blick auf die Entwicklung der Konkurse in diesem Zeitraum lässt durchaus eine Verschärfung der Lage erkennen. Von 1926 bis 1927 hatte sich die Zahl der Firmenzusammenbrüche in Deutschland auf knapp 6000 halbiert, um in 1928 wieder auf 8300 anzusteigen. Eine Spitze erreichte dieser Zuwachs im Frühjahr 1929, mit nahezu 1000 Konkursen im März. Darauf folgte ein Rückgang um ein Drittel bis zum Ende des III. Quartals.² Aufschlussreich – mit speziellem Blick auf die Finanzbranchen – sind auch die Meldungen über in Liquiditätsnot geratene Banken. *Die Bank* nannte im IV. Quartal 1928 bereits 30 solcher Fälle, im III. Quartal 1929 waren es 47, mit weiter steigender Tendenz.

Führte diese Häufung von Zwangslagen zu einem Anstieg der Wirtschaftskriminalität? Lässt sich zwischen den Insolvenzdaten und der Statistik der Vermögensdelikte ein Zusammenhang erkennen? Spezialisten hatten 1928 einen historischen Längsschnitt durch die deutsche Kriminalstatistik – von 1882 bis 1927 – gezogen und dabei aufschlussreiche Ergebnisse erzielt. Erfasst waren alle Vermögensdelikte, an denen die Diebstähle erwartungsgemäß den größten Anteil hatten. Die Zahlen der Verurteilten – mit absolutem Tiefstand in 1888 – „steigen von 166 132 im Jahre 1915 auf 256 650 im letzten Kriegsjahre. In der Nachkriegszeit nehmen diese Straftaten einen Verlauf, der den Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftslage entsprach. Die Verurteilungen schwellen bis zum Höhepunkt der Inflation im Jahre 1923 bis auf rund 594 000 an; die Kriminalitätsziffer steigt auf 1220.³ Mit dem Eintritt geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse nach der Markstabilisierung macht sich dann ständig ein bedeutender Rückgang dieser Deliktgruppe bemerk-

bar. Die Kriminalitätsziffer von 518 für 1927 liegt bereits etwas unter dem Niveau der letzten Vorkriegszeit.“⁴

Eine erneute Wende, eingetreten um 1927/28, spiegelten die aktuellen Daten für 1929.⁵ „Unter den Vermögensdelikten ist bei den Diebstählen, nach der seit Überwindung der Inflation ständig rückläufigen Bewegung, erstmals wieder eine Steigerung eingetreten. [...] Auch beim Betrug ist erneut eine Zunahme erfolgt.“⁶ Die Anklagen für Urkundenfälschung stiegen von 1928 auf 1929 um nahezu 10% auf 13200 Fälle.⁷

Die wohl eingehendste und aufschlussreichste Forschungsarbeit – über den Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und -kriminalität in Deutschland – wurde 1938 vorgelegt, in einer niederländischen Zeitschrift.⁸ Sie gründete auf der genannten Kriminalstatistik (ab 1882) und wertete diese für drei Zeitabschnitte aus: vor dem Kriege, während des Krieges sowie 1919–1936. Erkenntnisleitend war die Unterscheidung zwischen „primitiven“ und „intellektuell unterbauten“ Delikten. Klassischer Typ der ersten Deliktart ist der einfache Diebstahl. Für ihn zeigte die statistische Analyse einen deutlich negativen Zusammenhang mit der Einkommens- und Vermögenslage. Der Diebstahl weitet sich aus, wenn die Kaufkraft schrumpft; wachsende Not drängt eine immer größere Zahl von Individuen zur „primitiven“ Kriminalität, für die besondere Kompetenzen – Mut, Kraft, Gewandtheit, soziale Organisationsfähigkeit – nicht verlangt sind. Mit anderen Worten: Für den Diebstahl ist die negative Wirtschaftsentwicklung ein „Push“-Faktor.

Nahezu umgekehrt verhält es sich mit dem „intellektuell unterbauten“ Betrug und seiner Sonderform, der Urkundenfälschung. Hier wirkt die Wirtschaftsentwicklung als „Pull“-Faktor: „die fortschreitende Komplizierung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren Erfordernissen der schriftlichen Fixierung (steigert) den Anreiz und die Möglichkeiten zur Begehung der Urkundenfälschung.“⁹ Entsprechend zeigt die statistische Kurve einen nahezu kontinuierlichen Anstieg seit 1882, mit Einbuchtungen im Kriege, Spitzenwerten ab 1926 und einem Rückgang ab 1933. Während die Zahlen 1915–17 und 1933–36 u. a. mit der relativ hohen Bedeutung der Staatswirtschaft, wohl auch mit Verschärfung der Justiz zu erklären sind, so war die Kriminalitätsfrequenz der Zwanziger vornehmlich durch ein besonderes Zusammenwirken von „Push“ und „Pull“ bestimmt.

Eine strukturelle Ursache war zum einen sicherlich die erwähnte „Komplizierung“ des Wirtschaftslebens. Sie wurde verstärkt durch zunehmende Neigung auch breiterer Bevölkerungsschichten zur kurzfristigen Kapitalanlage, zusammen mit einer Diversifizierung des Angebots von „Finanzprodukten“ seitens einer schnell wachsenden Zahl von zwielichtigen „Animierbankiers“. Zu diesen „Pull“-Faktoren kam vorübergehend ein „Push“-Faktor“, ähnlich wie bei den Diebstählen, nur auf höherem Niveau. Finanzielle Krisen, die sich nach 1923 typischerweise im Mittelstand häuften, drängten nicht selten zum Delikt, als vermeintlich einzigem Ausweg. Dass dabei die Häufigkeit der Urkundenfälschung nur ca. 10% der des Dieb-

stahls erreichte, ist wiederum mit zwei Faktoren zu erklären: Strafmaß und Kompetenz. Schwere Urkundenfälschung wird erheblich schärfer bestraft als einfacher Diebstahl; zudem sind die Anforderungen an Fachkenntnis, technische Fähigkeiten und kommunikative Verschleierung ungleich höher.

Der Anstieg der Kriminalität in den Zwanzigern belebte das Genre der Gerichtsreportagen, und einer der bekanntesten Schreiber war „Sling“.¹⁰ Fälscher fanden sein besonderes Interesse. So schrieb er 1927 seine Geschichte „Der schwarze Harry und der eiserne Willy“, untertitelt mit „Ja-a, die Zöllner sind auch Sünder! ... Carmen, 3. Akt“. Der Zollinspektor Ludwig Plaumann hatte gesündigt, indem er falsche Zollbänderolen herstellen ließ und dann selbst den Fall ‚aufdeckte‘. Denn seine eigentliche Aufgabe war die Fahndung, und dafür erhielt er die festgesetzte Belohnung. Dass die angeblichen Fälscher Willy und Harry nie gefasst wurden, fügt sich ins Bild.¹¹

Zum Genre des Fälschens in der Kunst gehört es, das Einzigartige des Originals zu erkennen, also etwa die Pinselführung des Künstlers von der des Fälschers zu unterscheiden. Zwei angebliche Graphologen boten an, Handschriften zu analysieren und dabei Spreu vom Weizen zu trennen; eine edle Handschrift lasse auf einen hohen Charakter schließen. Jeder konnte an diesem Preisausschreiben teilnehmen, wenn er nur seine Schriftprobe und vier Rentenmark beilegte. „Ein Hermelinschal war für den besten weiblichen, ein Perserteppich für den besten männlichen Charakter ausersehen.“¹² Und dann gab es noch einen Fall, in dem beide Kunstfertigkeiten, sowohl die Kunstfälschung als auch die Deutung menschlicher Linienzüge vor Gericht kamen: „Rembrandt und die Zirkulationsfurche“.¹³

Auch *Die Bank* berichtete über zeitgenössische Kriminalität und nannte eine Vielzahl von Fällen, in denen Firmennot und Finanzdelikte ganz offensichtlich verknüpft waren. März 1928: „Der Inhaber der in Konkurs befindlichen Bankfirma Schneider und Landgraf (Ludwig Lewy) ist nach Unterschlagung von Depots flüchtig.“ November 1928: „Verhaftet wurde der Inhaber von Th. Fasshold & Co. Mannheim wegen Depotunterschlagungs-Verdacht.“ Januar 1929: „Der Konkurs wird eröffnet [...] ferner über die infolge von Wechselfälschungen ihres Inhabers Dr. Lewin zusammengebrochene Berliner Bankfirma G. Loewenberg & Co.“ Januar 1929: „Zwei Mitinhaber des Bankhauses Katz und Wohlaue Berlin begehen infolge verfehlter Spekulationen Selbstmord.“ Februar 1929: „Ein groß angelegter Schwindel wird bei dem früher sehr angesehenen Bankhaus Albert Schappach Berlin, das in andere Hände übergegangen ist, aufgedeckt.“ März 1929: „Im Konkurs der Berliner Bankfirma G. Loewenberg & Co. wird die Quote auf 12% geschätzt.“ Juni 1929: „Die flüchtigen Inhaber der failliten Bankfirma G. Loewenberg & Co. Berlin Dr. Lewin und Prokurist Rappaport sind in Rio de Janeiro verhaftet worden.“ Juli 1929: „Der Berliner Bankier Theodor Radtke ist wegen betrügerischen Verhaltens gegen die Stadt Waldenburg zu 20 000 RM Geldstrafe verurteilt wor-

den.“ August 1929: „Bankier Theodor Radtke, Großaktionär und Direktor der Berliner Kreditbank [...] wird wegen angeblicher Scheckschwindeleien verhaftet, aber bald wieder entlassen.“ September 1929: „Der frühere Kapitän von Sack, Berlin, wird wegen Depotvergehen etc. verhaftet, aber bald wieder entlassen.“

Tatsächlich standen also die Zeichen des Finanzjahres 1929 auf Sturm, und Lewins Bank traf der große *Crash* schon im ersten Monat. Die russische Tageszeitung *Rul'* brachte darüber im Januar 1929 einen sensationell aufgemachten Artikel. Er erschien nicht auf einer politischen oder literarischen sondern auf der letzten, mit Abstand meistgelesenen Seite des Blattes. Dort war zu erfahren, was im Russischen Berlin neu und bedeutsam war – in den Rubriken „Chronik“ und „In Berlin“. ¹⁴

Diese zweite Kolumne füllte am 24. Januar ein Beitrag, der sich mit den Verfehlungen eines Dr. Isaac Lewin befasste: „В Берлин. Крах И. Левина“. Eingeschlossen war eine Kurzbiographie der Titelfigur. Demnach machte Lewin sein Abitur in Kiew, studierte anschließend am Petersburger Polytechnikum und hatte dort den renommierten Wirtschaftsprofessor Struwe zum Lehrer. Danach lehrte der frisch gebackene Ökonom an der Petersburger Universität als Privatdozent und sammelte gleichzeitig erste Erfahrungen als Bankier. Nach der Revolution zog er von Petrograd nach Helsingfors und stieg dort ins Bankgeschäft ein. In Berliner Emigrantenkreisen war er wohlbekannt. Dies nicht zuletzt wegen teurer Parties, zu denen er großzügig einlud – mittels eines stattlichen Einkommens, das er als Berliner Bankier erzielte. Der „Krach“ war über seine Bank gekommen, weil er und sein Partner Rapoport Schuldwechsel im Umfang von mindestens 300 000 Reichsmark gefälscht hatten. Zu den Hauptgeschädigten zählten die Privatbanken Delbrück, Schickler & Co. und S. Bleichröder. ¹⁵

Deutsche Tageszeitungen hatten schon einen Tag vorher den Fall gemeldet. Noch zurückhaltend schrieb die *Frankfurter Zeitung* auf ihren Innenseiten über „Unregelmäßigkeiten“, über „Vorfälle, die noch der Aufklärung bedürfen“. ¹⁶ Anders das *Berliner Tageblatt*; es hatte schon am 22. Januar kurz über den Fall berichtet und ihn am Folgetag zur Titelgeschichte gemacht: „Der 3-Millionen-Betrug. Die Inhaber des Bankhauses flüchtig – Die Zahlungen eingestellt – Berliner und Hamburger Banken schwer geschädigt. Die riesigen Wechselfälschungen, über die wir im gestrigen Abendblatt berichteten, haben in den Berliner Finanzkreisen ungeheures Aufsehen erregt. Das Bankhaus G. Löwenberg & Co., das in die Wechselfälschungen verwickelt ist, hat gestern nachmittag seine Zahlungen eingestellt. Gegen den Inhaber I. Lewin und die Prokuristen Rapoport und Montag ist ein Strafverfahren wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug eingeleitet worden. Bankier I. Lewin befindet sich seit längerer Zeit in Paris und ist von der Kriminalpolizei vor einigen Tagen zur Rückkehr aufgefordert worden [...]“. ¹⁷

1 Vgl. Jürgen Kuczynski: Vor 40 Jahren. Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise Oktober 1929, in: *Horizont* 2 (1969) 43, S. 22-23, hier: S. 22. Kuczynski zeigte, dass es zwischen

-
- 1924 und 1927 einen deutlichen Anstieg der Netto-Reallohne in Deutschland gab, gefolgt von Stagnation und Rückgang in 1928 bzw. 1929. Ebd., S. 23.
- 2 Die Bank, Jahrgänge 1928 und 1929.
- 3 Kriminalitätsziffer: Verurteilte je 100 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung.
- 4 Mitteilungen im Archiv für Kriminologie 86 (1930) 4, S. 257.
- 5 Die Statistik erfasste nur die Verurteilungen, zeigte die eigentliche Deliktentwicklung also mit mehrmonatiger Verzögerung.
- 6 Mitteilungen im Archiv für Kriminologie 89 (1931) 3/4, S. 162.
- 7 Vgl. Kriminalstatistik Deutschlands 1929, in: Statistik des Deutschen Reichs 1931 (Bd. 384).
- 8 Vgl. Herbert Schwarz: Kriminalität und Konjunktur. Eine kausalstatistische Untersuchung über die deutsche Vermögenskriminalität 1882–1936, in: International Review for Social History, 1938, H. 3, S. 335–397. Dies war die Zeitschrift des International Institute for Social History, 1935 als Archiv für Dokumente der Arbeiterbewegung gegründet. „Herbert Schwarz“ könnte ein Pseudonym sein.
- 9 Ebd., S. 360.
- 10 Sling war das Pseudonym von Paul Felix Schlesinger, vielgelesener Feuilletonist und Gerichtsreporter, der zwischen 1921 und 1928 für die Vossische Zeitung schrieb. Vgl. Ruth Greuner (Hg.): SLING. Der Fassadenkletterer vom „Kaiserhof“. Berliner Kriminalfälle aus den zwanziger Jahren, Berlin (Ost) 1989, sowie Heiner Boehnke: Die Metropole des Verbrechens: Räuber und Gauner in Berlin-Brandenburg, Frankfurt/M. 1997.
- 11 R. Greuner, S. 133 f.
- 12 Ebd., S. 204 f.
- 13 Ebd., S. 268 f.
- 14 Vgl. M. Hatlie, S. 154.
- 15 Rul' 24.01.29, Nr. 248.
- 16 Frankfurter Zeitung 23.01.39, Nr. 59 und 60.
- 17 Berliner Tageblatt 23.01.29, Nr. 38.

Affären und Skandale am Schauplatz Berlin

Bevor die letzten Tage des verkrachten Bankhauses beleuchtet werden, muss der Fall Löwenberg seine Koordinaten erhalten. Einschätzen und bewerten lässt er sich nur, wenn er auf dem Terrain der Skandale – einige wurden schon genannt – richtig plaziert wird, angemessen nach Art und Rang. Was folgt, ist also eine Tour durch Grauzonen von Wirtschaft und Gesellschaft in den späten Zwanzigern – von Fall zu Fall. Es geht um Schwindel, Fälschung, Erpressung, um Zusammenbrüche, Prozesse und ungeklärte Tode. Russische Emigranten stehen mehrfach im Zentrum, zumindest sind sie am Rande berührt. Das „Russische Berlin“ der frühen Zwanziger wurde schon beleuchtet. Am Ende des Jahrzehnts war vieles anders, auch die Grauzonen hatten sich verschoben. Die *New York Times* titelte einen Bericht in ihrer Ausgabe vom 20. Juli 1930 mit: „Berlin Russians find times hard.“ Gut ging es nur wenigen; unter ihnen war Essad Bey, der – wie erwähnt – als Schüler Lew Nussimbaum nach Berlin gekommen war und ab 1929 zum Star-Autor wurde.¹ Der Journalist Felix Dassel schrieb im Juli 1929: „Das Heer der Hunderttausenden [...] hat sich verloren, ist in unzähligen Kanälen versickert. Heute sind es [...] vielleicht 15 000 bis 20 000 russische Emigranten, die in Berlin wohnen. Am meisten kennt man sie als Chauffeure. [...] Nichts aber sieht und weiß man von denen, die unter der Oberfläche verschwunden sind.“² Die Revue der Affären soll in den russisch-deutschen Grauzonen beginnen. Darauf folgen die großen deutschen Finanzskandale der späten Zwanziger, bevor dann – nach einem Rundblick auf Wirtschaftsverbrechen im Mittelstand – der Fall Löwenberg mit all seinen Facetten ins Bild rückt.

Fälscher im deutsch-russischen Spannungsfeld

Wirtschaftsskandale mit politischer Aura blieben in diesen Monaten nicht auf die nationale Ebene beschränkt. Einige hatten auch internationale Ausstrahlung, wobei es vor allem zu Konflikten mit der Sowjetunion kam. Gerüchte über Fälschungen zum Schaden der Sowjetunion waren schon Ende 1927 aufgekommen. „Money Forged in Plot to Overthrow Soviet“ überschrieb die *New York Times* einen Artikel, mit dem sie über massenweise Fälschung russischer Tschwerwonzen (10-Rubel-Noten) berichtete. Die in Deutschland, Frankreich und England Festgenommenen hätten geplant, das sowjetische Finanzsystem inflationär zu zerrütten und in Georgien eine Revolution zu finanzieren.³ Verhandlungen über eine militärische Intervention, an denen auch der General Wrangel beteiligt wurde, waren zuvor fehlgeschlagen.⁴ Eine maßgebliche Figur im Hintergrund war Sir Henry Deterding, Generaldirektor und Hauptaktionär der Royal Dutch Shell, die ihre Ölquellen im Kaukasus verloren hatte, „von den Sowjets gestohlen“.⁵

Bei der Verbreitung des Falschgeldes half ein affärenerprobter Agent, namens Siewert: „Im übrigen legte der Rittmeister ein volles Geständnis ab. Die falschen Tscherwonzen habe er von Harald Siewert, einem ehemaligen zaristischen Offizier, in Berlin erhalten.“⁶ Der Berliner Prozess gegen Fälscher und Helfer begann im Januar 1930 und endete mit Freispruch aller Angeklagten. Albert Norden, der über diesen „Tscherwonzen-Prozess“ ausführlich berichtet hatte, resümierte: „So wie die Voruntersuchung, so wie die Verhandlung, so war das Urteil. Am 8. Februar 1930 wurden die Becker, Böhle und Schmidt freigesprochen, das Verfahren gegen Karudmidsse, Sadathieraschwili, Bell und Dr. Weber auf Grund der Amnestie eingestellt [...]“.⁷ Das Gericht bezweifelte nicht, dass alle sieben Angeklagten aus politischen Motiven statt aus Eigennutz gehandelt hätten. Moritz Goldstein, Feuilletonredakteur der *Vossischen Zeitung*, stellte daraufhin fest, dass nunmehr ein deutsches Gericht das Geldfälschen als ein politisches Kampfmittel anerkannt habe.⁸ Unter innen- und außenpolitischem Druck kam es im Juni 1930 zur Berufung; das Auswärtige Amt und die Sowjetische Botschaft entsandten Beobachter, die auch intervenierten. Am Ende wurden die Angeklagten, bei zwei Ausnahmen, mit Haft- oder Geldstrafe belegt.⁹

Auch die „Wechselaffäre Litwinow“ hatte ihre außenpolitische Dimension. Der jüngere Bruder des sowjetischen Vize-Außenministers Maxim Litwinow wurde in Paris verhaftet, weil er angeblich als sowjetischer Agent in Frankreich Wechsel diskontiert und das Bargeld der Dritten Internationale für kommunistische Propaganda zugeleitet hatte. Besonders pikant an dem Fall war, dass die russische Handelsvertretung in Berlin, auf die die Wechsel gezogen waren, Litwinow der Fälschung bezichtigte. Litwinow hielt dagegen, dass in Wirklichkeit die russischen Handelsvertretungen ihre „Wechselreiterei“ als System betrieben, zur Finanzierung von Spionage und Propaganda. Dass die Berliner Vertretung ihn nunmehr ausgrenze, sei ausschließlich mit einer Intrige des Außenministers zu erklären, dem sein Vize Maxim Litwinow zu mächtig geworden sei.¹⁰

Das Jahr 1929 brachte die Höhepunkte. Im Frühjahr warf die sowjetische Regierung den „bourgeois“ Staaten vor, dass ein Fälscher-Ring, von russischen Emigranten gebildet und westlichen Geheimdiensten unterstützt, die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung desavouieren und gleichzeitig sich selbst bereichern wolle. So sei mit gefälschten Dokumenten versucht worden, erstens bulgarischen Kommunisten einen Bombenanschlag auf die Kathedrale in Sofia anzulasten, zweitens die britische KP in den Verdacht aufrührerischer Sabotage zu bringen und drittens zwei Mitglieder des US-Senats – namens Borah und Norris – als von der Sowjetunion bestochen bloßzustellen.¹¹

Der zweite Fall war unter den Stichwort „Sinowjew-Brief“ bekannt geworden: ein Schreiben – so die eine Version –, mit dem der russische Komintern-Präsident im September 1924 die britische KP aufgefordert habe, eine Revolte unter Arbeitern und Soldaten anzufachen um die Revolution im Vereinigten Königreich auszu-

lösen. Eine Kopie dieses Briefes gelangte ins britische Foreign Office. Die andere Version: regierungsfeindliche Kreise, die in den anstehenden Wahlen das Labour-Kabinett zu Fall bringen wollten, hätten einem Spionagering der russischen Emigrantenszene den Auftrag gegeben, ein entsprechend belastendes Dokument zu erstellen. Sie sollten es – mit Absender der Kommunistischen Internationalen – der sowjetischen Vertretung in London übersenden und gleichzeitig dem britischen Geheimdienst eine Nachricht zuspiesen, damit dieser den Brief abfing, kopierte und erst dann an den Adressaten weiterleitete.¹² Als führender Kopf des Spionagerings galt ein gewisser Wladimir Orlow.

Mit diesem Namen war auch der dritte Fall – Bestechung zweier US-Senatoren – verknüpft; der „Orloff-Skandal“, mit Tat- und Gerichtsort Berlin, schlug ab März 1929 hohe Wellen.¹³ Ein junger amerikanischer Journalist, Hubert Knickerbocker, Korrespondent der *New York Evening Post*,¹⁴ machte am 2. Februar 1929 der Berliner Kriminalpolizei eine Anzeige. Ihm seien von dem Journalisten Felix Dassel Dokumente des sowjetischen Geheimdienstes angeboten worden, die angeblich den amerikanischen Senator Borah kompromittierten.¹⁵ Nachdem sich die ersten Bestechungs-„Beweise“ gegen Borah als gefälscht heraus gestellt hatten, wolle er nun prüfen, ob dieser zweite Versuch zur „Überführung“ Borahs mit authentischen Unterlagen geführt wurde. Mit der Polizei vereinbart, ließ Knickerbocker sich – für 2000 Dollar – die Dokumente bringen, und die Falle schnappte zu. Gegen den Überbringer Pawlonowski (alias Sumarokow) und den Fälscher Orlow, russische Emigranten in Berlin, wurde im März 1929 eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet. Nicht zuletzt wegen starken politischen Drucks der US-Regierung wurden sie dann wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug unter Anklage gestellt.¹⁶

Für die Klärung der Schuldfrage benötigte das Berliner Schöffengericht sechs Verhandlungstage und damit deutlich länger als erwartet – obwohl der Staatsanwalt einen wesentlichen Teil der Anklage am vierten Tage fallen ließ. Große Zeitungen – so auch das Zentralorgan der KPD – berichteten kontinuierlich; zudem beobachteten die anwesenden Vertreter der sowjetischen und der amerikanischen Botschaft wie des Auswärtigen Amtes aufmerksam das Geschehen. Auch Historiker haben sich des Falls angenommen. Bei einer Durchleuchtung der „Grauzonen der russischen Emigration“ erwies er sich als aufschlussreiches Fundstück, denn er war „in dreierlei Hinsicht bedeutsam: erstens lenkte er die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die Zustände in der russischen Emigration, zweitens provozierte er heftige Kritik an der Tätigkeit der Berliner politischen Polizei, und drittens wurde er auf diplomatischer Ebene aktenkundig und beeinträchtigte vorübergehend die deutsch-sowjetischen Beziehungen.“¹⁷ In diesem Sinne ähnelte er dem Fall Normano (alias Lewin) in den USA, der – dies als erster Ausblick – ebenfalls eine außenpolitische Dimension erhalten sollte.

Nach den ersten Aussagen hatte sich der Blickwinkel von Gericht und Beobachtern geweitet; es ging nicht nur um den Fall Borah, sondern um eine weitreichende Verflechtung von Fälschung und Spionage – im Viereck zwischen russischen Emigranten, ihren Auftraggebern in preußischer und Reichsregierung, den sowjetischen Geheimdiensten und auch einzelnen Medien. Der Prozess begann mit einer ersten Vernehmung, in der die abwechslungsreiche Vita beider Angeklagten beleuchtet wurde. Pawlonowski alias Sumarokow sagte aus, dass er eigentlich Karpow heiße, aus großbürgerlich-aristokratischer Familie stamme und nach dem Sturz Kerenskis sich finnischen Weißgardisten angeschlossen habe. Ende 1918 sei er als Spion in die Tschecha eingeschmuggelt worden und 1922 als Vertreter der G.P.U. an die russische Botschaft in Berlin gelangt. Inzwischen sei er in andere Dienste übergetreten.¹⁸

Noch deutlich eindrucksvoller schilderte Orlow seine Vergangenheit; den Weg vom Untersuchungsrichter in der Revolution 1905 bis zu Wrangels Beauftragtem für anti-bolschewistische Spionage in Berlin zeichnete er mit ausgewählten Details nach. Auch er habe zweimal die Fronten gewechselt. Getarnt als polnischer Kommunist namens Orlinski sei er 1917 nach St. Petersburg gegangen, dort vom Volkskommissar für Justiz zum Präsidenten einer Kriminalkommission ernannt und bald darauf entlarvt worden. Mit Hilfe des deutschen Generalkonsulats habe er nach Finnland fliehen und anschließend nach Odessa reisen können, wo Wrangel ihn zum Nachrichtenchef der weißrussischen Armee gemacht habe.¹⁹

Dies war nicht sein einziges Tätigkeitsfeld in Berlin. Im Prozess wurde dazu der Regierungsrat Bartels aus dem preußischen Staatsministerium vernommen; er hatte – als Handelsattaché in St. Petersburg – Orlow zur Flucht verholfen. Bartels antwortete den Verteidigern auf Fragen, die sie vorher formell dem Innenministerium vorgelegt hatten.²⁰ Er bestätigte, dass Orlow dem Preußischen Staatskommissariat „von 1921 bis 1923 ganz wesentliche Dienste geleistet habe, indem er uns über Unruhen informierte, die sich erst ergeben sollten.“²¹ Auf die Frage, ob Orlow dafür bezahlt worden sei, antwortete der Regierungsrat ausweichend. Interessant war dagegen die Antwort auf eine weitere Frage: „Ist es tatsächlich vorgekommen, daß falsches Material dabei war?“ „Jawohl, als ich Orloff darauf aufmerksam machte, war er der erste, der der Sache nachging und die Fälschungen aufdeckte.“²² Orlow musste sich spätestens ab 1923 zusätzliche Einnahmequellen erschließen, denn Wrangels Geheimdienst wurde aus finanziellen Gründen verkleinert und die Zentrale nach Paris verlegt.²³ Es ist belegt, dass er nicht nur für deutsche Behörden sondern auch für ausländische Geheimdienste arbeitete, und dass die deutsche Seite darüber informiert war.²⁴

Am vierten Verhandlungstag trat der Zeuge Siewert ins Rampenlicht und eröffnete weitere Perspektiven. Neben Knickerbocker war er der zweite wichtige Belastungszeuge gegen Orlow und Pawlonowski. Die Verteidigung hatte am zweiten Verhandlungstag mit gewissem Erfolg versucht, seine Glaubwürdigkeit zu erschüt-

tern. Ein als Zeuge geladener russischer Emigrant, General von Lampe, hatte ausgesagt, dass Siewert ihn mit gefälschten Dokumenten in den Verdacht gebracht habe, Spionage für Frankreich zu betreiben. Vor dem Reichsgericht habe sich dann diese Anzeige als haltlos erwiesen.²⁵ Lampe hatte sich mit den Worten vorgestellt, er sei Antibolschewist, im alten Russland General gewesen und ernähre sich jetzt kümmerlich beim Film als Statist.²⁶ Über Lampe, Dassel und weitere schrieb Moritz Goldstein: „Alle diese Emigranten stehen natürlich, mit mehr oder weniger Radikalismus, gegen die Sowjets. Sie halten den Angeklagten Orloff für einen untadeligen Charakter, der mit vollkommener Selbstlosigkeit sich für die Sache aufopfert – versteht sich: für die Idee des Antibolschewismus. Dagegen nennen sie den Angeklagten Pawlonowski eine zweifelhafte Persönlichkeit, im Dienst einer anderen zweifelhaften Persönlichkeit, des Agenten Siewert.“²⁷

Wer war dieser Harald Siewert? Als Deutsch-Balte und ehemaliger Offizier im Zarenreich hatte er 1919 in Berlin ein Deutsches Ostbüro (Dobro) als antibolschewistische Nachrichtenagentur gegründet, das schon bald nicht nur den Medien, sondern auch Geheimdiensten und Politischer Polizei seine Erkenntnisse anbot. Zu dieser Art von Büros schrieb Orlow, sicherlich nicht unparteiisch: „Zahlreiche Informationsbüros begannen zu arbeiten, die teils von den Bolschewisten ins Leben gerufen, teils von ihnen inspiriert oder als Werkzeug benutzt wurden. Als Beispiel für das System bei der Verbreitung von Fälschungen durch die G.P.U. kann das Büro Harald Siewerts dienen.“²⁸ Als Pawlonowski 1924 die russische Botschaft Unter den Linden verließ,²⁹ nahm Siewert ihn in seine Dienste, weil der (ehemalige) G.P.U.-Agent umfangreiches Material und Kontakte versprach. Bei der Auswertung des Materials kam Orlow erstmals mit Pawlonowski in Kontakt; Siewert hatte ihn um Unterstützung gebeten.³⁰ Für Pawlonowskis Material – mitgebrachtes und laufend beschafftes – konnte Siewert auch seine Kunden in preußischen und Reichsbehörden interessieren. Dabei ging es auch um die sogenannten Trilisser-Briefe, angeblich vom Chef der G.P.U. in Moskau unterzeichnete Schriftstücke, die sich als Fälschungen erwiesen.

Nicht nur Knickerbocker, auch Siewert beschuldigte somit die Angeklagten des Betrugs. Im „Falle Knickerbocker“ ging es um die Borah-Papiere, die Orlow auf Pawlanowskis Bestellung für Knickerbocker ‚beschafft‘ hatte. Im „Falle Siewert“ waren es die Trilisser-Briefe, die Siewert über Pawlanowski bestellt, Orlow auf dessen Wunsch ‚beschafft‘ und an Siewert ausgeliefert hatte. Dieser wiederum hatte sie auftragsgemäß dem Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) verkauft, das damit ein Spionageleck im eigenen Hause finden wollte.³¹

Der Prozess hatte somit eine unerwartete Komplexität erreicht, die noch dadurch gesteigert wurde, dass es in diesem Verfahren – gegen Fälscher – sehr unterschiedliche Begriffe von Fälschung gab. Pawlanowski behauptete im „Falle Siewert“ unbeirrt, dass die Trilisser-Briefe echt seien. Zwar habe er vor Prozessbeginn schrift-

lich das Gegenteil erklärt, aber nur deshalb, weil Siewert ihn mit dem Revolver dazu gezwungen habe. Orlow sagte aus, dass die Borah-Dokumente richtige Abschriften von tatsächlich existierenden G.P.U.-Dokumenten seien. Gefälscht habe nicht er, sondern der Geheimdienst selbst. Die G.P.U. habe ein G.P.U.-Falsifikat in der Absicht erstellt, Informationsbüros wie das von Orlow und Siewert und nicht zuletzt auch deren Auftraggeber zu diskreditieren. Knickerbocker sei ein „*agent provocateur*“, der der G.P.U. bei einer solchen Diskreditierung helfen sollen. Diese Darstellung, die G.P.U. habe selbst die Fälschungen lanciert, kann wiederum eine Falschdarstellung von Orlow gewesen sein, in doppelter Absicht: um den Fälschungsvorwurf von sich abzuwehren und der G.P.U. Handlungszwang zu unterstellen. Da dieser die tatsächlich begangene Bestechung um jeden Preis verschleiern wollte, habe er selbst die Falsifikate produzieren müssen.

Zwingend logisch war Orlows Darstellung nicht: Die G.P.U. kannte ohne Frage die anti-sowjetische Fälscherszene und wusste, dass sie einen Wunsch nach weiteren verdachtsstärkenden Dokumenten zum Borah-Fall freudig bedienen würde. Warum sollte die G.P.U. dann ein dreifaches Risiko eingehen: Dass eine von ihr gelieferte Fälschung nicht als solche erkannt würde, dass sie – zweitens – entdeckt, zurückverfolgt und den Absender bloßstellen würde, oder dass sie – drittens – als falsch erkannt, als echt ausgegeben und damit als politische Waffe gegen Moskau genutzt würde. Richtig war, dass die sowjetische Seite unter Handlungsdruck stand, sie wollte die diplomatische Anerkennung der westlichen Welt. Beide US-Senatoren – Borah und Norris – befürworteten sie, in Regierung und öffentlicher Meinung der USA aber war sie heftig umstritten.

Die *New York Times* berichtete darüber in einem Artikel, der auffällig überschrieben war: „Link Orloff forgeries to ban on recognition. Soviet papers suggest that Hughes used false documents in stand against Russia.“³² Das Blatt bezog sich damit auf Darstellungen in *Prawda* und *Iswestija*, in denen diese das Verhalten des US-Außenministers mit dem von Churchill im Falle des Sinowjew-Briefes verglichen: Versuch einer nachhaltigen Weichenstellung mit Hilfe von Falsifikaten, die gewieft Politiker wider besseres Wissen als Beweise im politischen Prozess anführten. Was war echt, was war falsch – und welche Bedeutung hatte diese Frage in beiden Fällen für die politische Entscheidungsfindung? Welche Bedeutung sie für Orlow hatte, beantwortete treffend sein Biograph Wim Coudeny: „Orlov did not distinguish between fact and fantasy. He was only interested in facts as long as they corroborated *his* 'Truth', that being that since the early twentieth century Russia had been the victim of a huge conspiracy [...] Orlov used the media, intelligence and even terrorism to convey *his* 'Truth'.“³³

Zurück zum Strafprozess in Berlin-Moabit: Das Schöffengericht hatte die unerwartete Komplexität des Verfahrens erkannt. Denn allzu deutlich war nunmehr, dass es nicht nur um einen Betrug mit straf- und eventuell zivilrechtlichen Konsequenzen für Individuen ging, sondern auch um außenpolitische Implikationen. Und

die beschränkten sich nicht auf Auseinandersetzungen zwischen Washington und Moskau, sondern berührten auch das Auswärtige Amt in Berlin, mit Blick auf die deutsch-russischen Beziehungen. Zudem hatte der Prozess eine beträchtliche innenpolitische Bedeutung. Er warf ein neues Licht auf die ‚Gastfreundschaft‘ der deutschen Behörden gegenüber den russischen Emigranten, und er akzentuierte die Frage nach der Glaubwürdigkeit der russischen Nachrichtenbüros in diesem Milieu. Hatte man diesen bislang zu offen vertraut, und bot nicht dieser Prozess die Gelegenheit zu einer Abrechnung und ‚Säuberung‘? Dieses Motiv könnte erklären, warum die aufgestaunten Probleme nicht einfach durch Abschiebung der verdächtigen Emigranten gelöst wurden – ohne Strafprozess. Diese Idee hatte man offenbar erwogen, auf Intervention Moskaus aber verworfen. Damit rückte ein ‚Plan B‘ ins Blickfeld: Abschiebung war auch noch nach Verurteilung möglich, und ein Strafprozess bot die Möglichkeit zur Diskreditierung von Informationslieferanten, die aus Sicht von deutschen Regierungs- und Polizeistellen inzwischen unwillkommen waren – wegen unerwünschtem Wissen zu deren Lasten und unzureichenden Informationen zu deren Nutzen. Allerdings durfte der Prozess das „Spitzelwesen“ nicht zu sehr ins öffentliche Gerede bringen.

Aus dieser Sicht war es willkommen, dass der Prozess sich vereinfachte: Der Zeuge Siewert erschien am fünften Tag nicht mehr. Eine „fachwissenschaftliche Untersuchung“ bestätigte, dass „in psychischer Hinsicht bei Siewert ein Zustand akuter Erschlaffung des Nervensystems bestehe“.³⁴ Daraufhin erklärte der Staatsanwalt, dass er die Anklage im Falle Siewert fallen lassen werde, somit auf die Vernehmung zweier Kriminalkommissare verzichten könne. Vermutlich war der Kriminalpolizei daran sehr gelegen, denn nach Orlows Darstellung war einer der beiden Kommissare im Falle Knickerbocker Untersuchungsführer und gleichzeitig Befürworter von Orlows längerer Zusammenarbeit mit der Kripo gewesen. Auch von Siewert waren nun keine Aussagen mehr zu erwarten, die das Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung und das entsprechende Staatskommissariat auf preußischer Ebene kompromittieren konnten. Immerhin hatte das RKO für Siewert einen Nachrichtenfonds eingerichtet, über den er frei verfügte. Der Staatsanwalt kündigte an, dass er im Falle Siewert „daher zu einem negativen Ergebnis kommen werde, so daß nur noch der Fall Knickerbocker übrig bleiben würde, zu dem wir dann alsbald plädieren könnten.“³⁵

Tatsächlich folgten die Strafanträge, die Plädoyers der Verteidiger und das Urteil schon tags darauf. Die Angeklagten wurden im „Falle Knickerbocker“ zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt – unter Anrechnung der Untersuchungshaft – und im „Falle Siewert“ wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Der Vorsitzende betonte in seiner Begründung, daß der politische Hintergrund diesen Prozess nicht wesentlich beeinflusst und Orlow in seinem Hass gegen die Sowjetunion aus ideellen Gründen gehandelt habe. Allerdings sei beiden vorzuwerfen, das Asylrecht missbraucht zu haben und „in ihrem Hass

gegen die Herren des neuen Rußland durch falsche Dokumente internationales Misstrauen und Feindschaft zwischen den Ländern zu säen.“ Die Angeklagten wurden der Politischen Polizei zugeführt, die über ihre Ausweisung aus Preußen entscheiden sollte.³⁶ Orlow erhielt die Erlaubnis, sich bis auf weiteres auf seinem Schloss Sandau bei Havelberg aufzuhalten.³⁷

Die Feststellung, es sei kein politischer Prozess gewesen, fand – wie zu erwarten – keine einhellige Zustimmung. Naturgemäß führte die KPD in dieser Frage die deutlichste Sprache. Ihre *Rote Fahne* titelte: „Wir klagen an“, und die nachfolgenden Artikel zielten auf zahlreiche Punkte, die der Prozess ausgelassen oder veruscht hatte. So sei Orlow langjähriger festbesoldeter Mitarbeiter der deutschen Behörden gewesen, er habe jahrelang jeden sowjetischen Antrag auf Einreisevisum begutachtet, und Siewert sei in seine Rolle als Kronzeuge gedrängt worden. Der Prozess sei nur im Zusammenhang mit dem „imperialistischen Krieg gegen das proletarische Vaterland, gegen die Sowjetunion nach außen“ zu verstehen,³⁸ das Urteil sei „eine unverschämte Verhöhnung der USSR.“³⁹

Und der KPD-Abgeordnete Stoecker setzte die Anklage im Reichstag fort: „Ist es etwa ein Zufall, dass eine solche international gemeingefährliche Dokumentenfälscherbande wie die weissrussische Orlowgesellschaft jahrelang in Deutschland ihr Unwesen zur Verhetzung, zur Provokation der Mächte gegen die Sowjetunion treiben konnte, und zwar gestützt und gefördert mit Riesensummen der Reichsregierung, mit Geldern aus dem Innenministerium?“⁴⁰ Seine eigene Feststellung, die deutschen Sicherheitsbehörden hätten mit Orlow zusammen gearbeitet, stützte Norden vor allem auf die ausführliche Zeugenaussage des Regierungsrats Bartels.⁴¹ Nach dem Urteil verfasste Norden eine Flugschrift, in der die wichtigsten Szenen des Prozesses noch einmal geschildert und auch weitere, nicht ins Urteil einbezogene Vorgänge beleuchtet wurden: A. Norden, Krieg im Dunkeln. Orlows Verschwörung gegen die Sowjets im Auftrage der SPD, Berlin 1929. Bereits 1926 hatte die KPD „antisowjetische Fälschungen“ gebrandmarkt: In dem Buch „Aus diplomatischen Fälscherwerkstätten“ wurden Siewert, Orlow und ein weiterer Fälscher Gumanski angegriffen. Gumanski wurde nicht im Orlow-Prozess angeklagt, sondern ausgewiesen – mit allerdings sehr verzögerter Wirkung.⁴²

Ohne Frage hatte die KPD-Führung diese Proteste mit der Sowjetregierung abgestimmt. Auch die sowjetische Presse reagierte empört auf das Urteil, und sie verlangte eine weitestgehende Einschränkung der „weißgardistischen Verbrecher“ durch die asylgebenden Staaten. Eine Karikatur der Zeitung *Iswestija* zeigte, wie das deutsche Gericht und die Polizei dem Fälscher Orlow die Stiefel putzten.⁴³ Allerdings gab es deutliche Hinweise, dass Moskau insgeheim mit dem Ausgang des Verfahrens recht zufrieden war. „In internen Aufzeichnungen wertete das sowjetische Außenministerium den Prozeß als Erfolg. Das lästige RKO war aufgelöst, Emigrantenzirkel in Berlin als Fälschermester diskreditiert und der Stellung der Emigranten insgesamt in Deutschland Schaden zugefügt worden.“⁴⁴

Das Verhalten von Polizei und Justiz wurde nicht nur von kommunistischer Seite scharf kritisiert. Rudolf Olden schrieb einen Tag nach Prozessende einen längeren Kommentar für das *Berliner Tageblatt*. Orlow sei möglicherweise einer der besten Kenner der zeitgenössischen russischen Geschichte, andererseits aber ein Fanatiker, ein Informant als personifizierter Hass. „Er ist, wie wir sahen, längst zu der Methode abgeglitten, das Erwünschte als wahr anzugeben.“⁴⁵ Der Prozess, auf amerikanischen und russischen Druck betrieben, habe den „üppig blühenden Unfug“ des Spitzelwesens offenbart, dem ein Ende gesetzt werden müsse.⁴⁶ Und in der *Weltbühne* war zu lesen: „Das ist der ungeheure Skandal, den man mit allen Mitteln vertuschen, verschweigen, beschwichtigen will: Orloff und Pawlonowski, Meisterfälscher und Gehilfe, waren lange Jahre ‚Lieferanten höchster amtlicher Stellen‘ [...]. Sie waren fest besoldete Agenten der Politischen Polizei, des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung und selbstverständlich des Reichswehrministeriums.“⁴⁷ Der Reichsinnenminister wies nach dem Prozess alle Dienststellen an, Verbindungen mit Agenten zu meiden; das RKO löste er auf.⁴⁸

Staatsanwalt und Verteidiger hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt, die Verhandlung folgte im Mai 1930. Wiederum beschuldigten sich die Angeklagten gegenseitig, was nichts daran änderte, dass es beim Urteil der ersten Instanz blieb.⁴⁹ Orlow hatte die Zwischenzeit genutzt, um seine Erinnerungen zu schreiben: „Mörder, Fälscher, Provokateure. Lebenskämpfe im unterirdischen Russland.“ Aber auch dies half ihm nicht, seine Reputation als Agent wieder herzustellen. Er zog nach Brüssel, mit der fixen Idee, eine „Weiße Internationale“ aufzubauen, er verklagte die *Rote Fahne*, kämpfte gegen neue Verdächtigungen der NSDAP wie auch russischer Emigranten, und er führte eine Fehde gegen Knickerbocker.⁵⁰

Um 1940 kehrte er von Brüssel nach Berlin zurück. Sein Grab ist in Tegel zu finden, auf dem Friedhof der Russisch-Orthodoxen Gemeinde. Über diesen hatte er zwölf Jahre vor seiner Bestattung geschrieben: „Nur die wenigsten Berliner wissen es: draußen in Tegel gibt es eine Wittestraße. Dort hat einmal in für uns glücklichen Stunden Alexander III. Land erworben. Drum haben die Berliner die angrenzende Straße nach Witte genannt. Und auf diesem Gelände ist ein Grab, ein unscheinbarer Hügel. Dort ruht ein vom Leben zermalmtter Mann. Ein Russe. Er starb in irgendeiner Klinik in Berlin unter gräßlichen Qualen. In häßlicher Armut. Vergessen. Gestrichen. Und war doch einmal so groß. So berühmt. So machtvoll. So glücklich. So reich. Wladimir Suchomlinoff. Kein Begriff mehr heute, nicht wahr? Dachte ich's doch gleich. Die Zeit rast und verachtet jedes Gedächtnis. Wladimir Suchomlinoff. Rußlands Kriegsminister.“⁵¹

Wladimir Orlows Grab liegt am Nordrand des Friedhofs, neben einem Gewerbetrieb, ganz in der Nähe des von ihm beschriebenen, „unscheinbaren Hügels“. „There is irony too in his resting place: Orlov is buried within 50 metres of General Sukhomlinov, whose prosecution during the First World War had been the starting point of his career as a detractor of conspirators.“⁵² Orlow selbst schrieb zu des

Generals damaliger Rolle: „Ist Kriegsminister. Erklärt vor dem Kriege: Wir sind gerüstet. Wir können jederzeit losschlagen. Nach den ersten Schüssen stellt sich seine fahrlässige Lüge heraus. [...] Man drängt den Zaren, daß er streng untersucht. Eine Kommission wird in St. Petersburg eingesetzt. Die soll den Dingen auf den Grund gehen. Ich gehöre zu ihr. Habe speziell seinen Bekanntenkreis und seine Beziehungen zu Leuten, die ausländische Spione sind, zu durchforsten.“⁵³

Auch Orlows Grab kennzeichnet nur ein schlichtes Holzkreuz, die Aufschrift sagt: „Friede seiner Asche“. Als sein Todesdatum wird der 12. Januar 1941 genannt; an diesem Tage war er im Berliner Tiergarten erschossen worden. Das Verbrechen wurde nie öffentlich aufgeklärt, aber mehrere Autoren haben eine Deutung versucht. „Orlov was a liability for all parties involved in the virtual, phoney war of the 1920s and 1930s. However, when the real war broke out, in 1940, he became a dangerous, uncontrollable factor. Whoever killed him – presumably at the behest of an intelligence service – did everyone a good turn.“⁵⁴ So oder so: in die Geschichte der russischen Top-Spione ist Orlov eingegangen, und nach wie vor gibt es ernst zu nehmende Stimmen, die vermuten lassen, dass er der Fälscher der Sinowjew-Briefe war.⁵⁵

Auch sein Gegner im Orlov-Prozess, der Journalist und Schriftsteller Knickerbocker, fand einen frühen und gewaltsamen Tod. Zusammen mit weiteren weltbekannten Journalisten kam er 1949 bei einem Flugzeugabsturz nahe Bombay ums Leben.⁵⁶ Er hatte noch drei Bücher in deutscher Sprache veröffentlicht, trotz zunehmender Bedenken staatlicher Stellen. „In Anbetracht der besonderen Stellung, die Knickerbocker in der internationalen Öffentlichkeit inne hat“, war er nicht offiziell als unerwünscht und schädlich eingestuft worden.⁵⁷ Für seine internationale Publizität war dies unerheblich, er konnte sie – im Gegenteil – noch um ein Vielfaches steigern, als Kriegsberichterstatte und Buchautor. 1939 erhielt er den Pulitzer-Preis als bester amerikanischer Korrespondent. Sein 1941 erschienenes Buch „Is To-morrow Hitler's?“ wurde ein Bestseller. Ob er – so Orlov – jemals mit der G.P.U. kooperiert hat, muss offen bleiben. Für einen Journalisten, der sich für Top-Themen der internationalen Spionage interessierte, lag der Kontakt mit Geheimdiensten durchaus nahe.⁵⁸

1 Sein autobiographischer Roman „Öl und Blut im Orient“, erschienen 1928, brachte ihm den Durchbruch. Es folgten Bestseller zu Orient und Sowjetkritik, bis er 1936 Publikationsverbot erhielt und Deutschland endgültig verließ.

2 Deutsche Allgemeine Zeitung 04.07.1929, Nr. 305. Felix Dassel, russischer Rittmeister a. D. schrieb Artikel über Russland und russische Emigranten für deutsche Tageszeitungen und war auch im Verschieben von gefälschten Nachrichten und Dokumenten aktiv. Christoph Mick: Grauzonen der russischen Emigration: Von Rußlandexperten und Dokumentenfälschern, aus: K. Schlögel (Hg.): Russische Emigration ..., S. 163–176, hier: S. 163 und 171.

3 The New York Times 20.11.1927.

4 Vgl. Vossische Zeitung 12.07.1929, Nr. 324.

5 Günter Wermusch: Falschgeldaffären, Berlin (Ost) 1988, S. 176.

6 Ebd., S. 187.

- 7 Albert Norden: Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1959, S. 186. Norden veröffentlichte dieses Buch, als er im Politbüro des ZK der SED für Agitation zuständig war.
- 8 Vgl. Vossische Zeitung 08.02.1930, Nr. 67. Unterzeichnet ist der Artikel mit Goldsteins Pseudonym „Inquit“.
- 9 Vgl. Vossische Zeitung 21.07.1930, Nr. 339.
- 10 Vgl. Frankfurter Zeitung 28.12.1928, Nr. 967.
- 11 Vgl. The New York Times 18.03.1929.
- 12 Vgl. The New York Times 23.05.1929.
- 13 Es gab zahlreiche Pressemeldungen und einen vielbeachteten Zeitschriftenartikel: Johannes Bückler: Die Sache mit Borah, in: Die Weltbühne 25 (1929) 15, S. 544–549.
- 14 Er war zudem ein viel beachteter Autor, mit Büchern wie: „Der rote Handel lockt“, „Der rote Handel droht“ (beide Berlin 1931) und „Germany – fascist or soviet?“ (London 1932).
- 15 Vgl. die Anmerkung zu Dassel oben.
- 16 „Die russische Fälscherwerkstatt. Amerikanische Intervention beim Auswärtigen Amt“, in: Vorwärts 08.03.1929, Nr. 46. Auch die russische Regierung drängte auf Klärung des Falls, vgl. The New York Times 18.03.1929.
- 17 Chr. Mick, S. 169.
- 18 Vgl. Frankfurter Zeitung 02.07.1929, Nr. 483.
- 19 In seinem Lebenslauf von 1929 notierte er: „1921–1926: Im Auftrage General Wrangels in Berlin als Beobachter der Bolschewiken.“ Wladimir Orloff, Mörder, Fälscher, Provokateure. Lebenskämpfe im unterirdischen Russland, Berlin 1929, S. 8. Zu Orlows Vita vgl. auch: Chr. Mick, S. 169 f.; Wim Coudenys: A life between fact and fiction: The history of Vladimir G. Orlov, in: Revolutionary Russia 21 (2008) 2, S. 179–202; A. Norden: Fälscher, S. 186. Mick und vor allem Coudenys gehen in ihren Darstellungen auch auf Orlows Rolle in der „Bruderschaft Russische Wahrheit“ ein, die eigene terroristische Aktivitäten in der Sowjetunion vorspiegelte, um die finanzielle Unterstützung rechter Kreise in Deutschland zu gewinnen.
- 20 Das Gericht hatte diese Einschränkung seiner Handlungsfreiheit durch die Exekutive akzeptiert; sie galt auch für die im Prozess vernommenen Polizeibeamten.
- 21 Gemeint waren der mitteldeutsche Aufstand 1921 und der Ruhraufstand 1923; d. V.
- 22 Berliner Börsen-Zeitung 10.07.1929, Nr. 316.
- 23 Vgl. W. Coudenys, S. 185.
- 24 Das Reichskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) wusste spätestens 1928, dass Orlow an politisch motivierten Dokumentenfälschungen beteiligt war: „Aber auf Grund von hier vorliegenden einwandfreien Informationen steht es mit absoluter Sicherheit fest, dass diese beiden Personen (Orlow und der bekannte Dokumentenfälscher Gumanski, d. V.) [...] an den Fälschungen resp. der Verbreitung dieser Fälschungen beteiligt sind. Bezüglich Orlows sei noch bemerkt, dass seine Tätigkeit für den englischen Nachrichtendienst keinem Zweifel unterliegt, dass aber neuerdings noch der schwerwiegende Verdacht hinzukommt, dass dieser Mann, der sich deutschen Behörden gegenüber als ein erbitterter Feind der Sowjetregimes aufspielt, im Dienste der Bolschewisten steht.“ BA R 1507 Nr. 67222, Bl. 236. Vgl. W. Coudenys, Fußnote 74.
- 25 Vgl. Berliner Tageblatt, 03.07.1929, Nr. 309. Vgl. auch Chr. Mick, S. 168.
- 26 General Aleksei von Lampe war (1920) ebenfalls im Auftrag von Wrangel nach Berlin gekommen. Er verstand sich in den 20er Jahren in Berlin als Historiker der Weißen Bewegung, in Konkurrenz zum Kadettenführer Gessen, der in Berlin am „Archiv der russischen Revolution“ arbeitete. 1967 starb er in Paris. Leonid K. Škarenkov: Eine Chronik der russischen Emigration in Deutschland. Die Materialien des General Aleksej A. von Lampe, aus: K. Schlögel (Hg.), Russische Emigration ..., S. 39–75, hier S. 41 f.
- 27 Vossische Zeitung 04.07.1929, Nr. 158, unterzeichnet mit „Inquit“.
- 28 W. Orloff, S. 257.
- 29 Nach seiner Darstellung war es Flucht, nach Darstellung der Botschaft Entlassung wegen Diebstahls.

-
- 30 Nach Orlows Darstellung: „Da Siewert wenig Erfahrung im Lesen und Entziffern bolschewistischer Korrespondenz besaß, bat er mich um Beistand und machte mich mit Sumarokoff bekannt.“ W. Orloff, S. 260.
- 31 Vgl. BA R 3001 Nr. 164250 Anklageschrift Generalstaatsanwalt Landgericht II gegen Orlow.
- 32 The New York Times, 28.08.1929. Hughes war der damalige US-Außenminister.
- 33 W. Coudenys, S. 181.
- 34 Berliner Börsen-Zeitung 10.07.1929, Nr. 316.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. Frankfurter Zeitung 12.07.1929, Nr. 511 und Berliner Börsen-Zeitung 12.07.1929, Nr. 319.
- 37 Vgl. Rote Fahne 13.07.1929, Nr. 123.
- 38 Rote Fahne 12.07.1929 Nr. 122.
- 39 Rote Fahne 14.07.1929 Nr. 124.
- 40 Zitiert nach A. Norden, S. 186.
- 41 Ebd., S. 152.
- 42 Vgl. Rote Fahne 24.03.1929, Nr. 71 und The New York Times desselben Datums.
- 43 Vgl. Frankfurter Zeitung 14.07.1929, Nr. 513.
- 44 Chr. Mick, S. 175.
- 45 Rudolf Olden, Orlow und die anderen, in: Berliner Tageblatt 12.07.1929, Nr. 325. Vgl. die Einschätzung von W. Coudenys, oben.
- 46 „Wenn es Spitzel geben muss, so müssen sie jedenfalls zentral bewirtschaftet werden. Die Polizei und nur die Polizei hat mit ihnen zu verkehren.“ R. Olden, ebd.
- 47 Albert Storch: Die Fälscher und die IA, in: Die Weltbühne 25 (1929) 28, S. 68–69, hier S. 68.
- 48 Vgl. Chr. Mick, S. 174.
- 49 Vgl. Berliner Tageblatt 11.05.1930, Nr. 220, Rote Fahne 11.05.1930, Nr. 109.
- 50 Vgl. W. Coudenys, S. 183 und Völkischer Beobachter 22.04.1932, Nr. 113. Knickerbocker erwirkte eine gerichtliche Verfügung gegen das Vorwort in Orlows Erinnerungen, in dem als russischer Agent bezeichnet wurde. Vgl. The New York Times 27.01.1931.
- 51 W. Orloff, S. 48.
- 52 W. Coudenys, S. 192.
- 53 W. Orloff, S. 49.
- 54 W. Coudenys, S. 192.
- 55 Nigel West: At Her Majesty's Secret Service: The Chiefs of Britain's Intelligence Agency, London 2006, S. 34–39; Hinweis auf http://en.wikipedia.org/wiki/Zinoviev_letter, 29.08.10.
- 56 Vgl. The Manchester Guardian 13.07.1949.
- 57 Schreiben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda an die Reichsschrifttumskammer vom 24.05.1937, BA RK Z10/819.
- 58 Franz Jung schrieb in seinen Erinnerungen, dass ein Heinrich Gärtner, nachrichtendienstlich im Widerstand gegen Hitler, „beträchtlichen Anteil an den Rußland-Reportagen des amerikanischen Knickerbocker“ hatte. „Er bearbeitete das Material für dessen Buch ‚Der rote Handel droht‘. Dieses Buch hat den Anstoß gegeben für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Washingtons zum Moskauer Regime.“ F. Jung, S. 393.

Von Sklarek über Raiffeisen zu Stinnes

Von den Fälscher-Affären in den Grauzonen der russischen Emigration zu den großen und mittelgroßen Finanzskandalen in deutschen Grenzen: die Revue soll mit dem Fall der Gebrüder Sklarek beginnen. Er wuchs sich zu einem öffentlichen Skandal aus und fand selbst in der *New York Times* eine aufmerksame Beobachterin: „Max, Leo and Willy Sklarek, three prominent turfmen, who owned last year's Derby victor, Lupus, were arrested by the Berlin police today on the charge of having defrauded the city of Berlin of several million marks.“¹ Seine Bedeutung erhielt der Fall nicht durch sein Ausmaß an Kriminalität sondern aufgrund seiner politischen Dimension. Weitverbreitetes Misstrauen des gewerblichen Mittelstands gegenüber kommunaler Eigenwirtschaft, die Vorstellung weiter Bevölkerungskreise von überbesetzter – auch korrupter – öffentlicher Verwaltung vermengten sich mit Antisemitismus zu einem Potenzial, das das von radikalen linken wie rechten Parteien wahlentscheidend genutzt wurde.² Die drei Sklarek-Brüder, „Ostjuden“ aus Galizien stammend, begannen in Berlin als unbedeutende Kaufleute, stiegen aber im Kriege zu führenden Lieferanten öffentlicher Beschaffungsstellen auf.³

Die dabei geknüpften Beziehungen verhalfen ihnen 1926 zu einer Weichenstellung, die ihren Weg in die Kriminalität bestimmen sollte. Sie übernahmen in Berlin die Städtische Kleidervertriebsgesellschaft unter ungewöhnlich vorteilhaften Bedingungen. So traten sie als Privatunternehmer an die Stelle der Kommune, ohne dass ihnen das kommunalwirtschaftliche Monopol entzogen wurde: städtische Fürsorgestellen und Wohlfahrtsämter durften fortan nur bei Ihnen bestellen. Dieser Vorteil war zunächst auf zwei Jahre befristet. Ausgerechnet ein kommunistischer Stadtrat erweiterte dann aber das Monopolrecht, indem er den Gebrüdern vertraglich zusicherte, kommunale Abnehmer auch weiterhin beliefern zu können. Der ursprüngliche Zweck, die Auflösung der übernommenen Kleiderbestände, war damit aus dem Blickfeld geraten; tatsächlich hatten die Sklarek-Firmen einen umfassenden Beschaffungsauftrag für Bekleidung, Schlaf- und Krankendecken und Textilien aller Art erhalten, bei gleichzeitiger Erweiterung des städtischen Abnehmerkreises. Ein weiteres Privileg kam hinzu: die Sklarek-Firmen richteten die Forderungen für ihre Lieferungen an die zentrale Stadtbank, ohne dass die Beschaffungsstellen über Umfang und Zeitpunkt der präsentierten Rechnungen informiert wurden.

Diese Regelung wurde allerdings nur mittels Urkundenfälschung zum Privileg: die Sklareks stellten zunehmend fingierte Rechnungen aus, für Lieferungen, die niemals die – auf den Belegen genannten – Dienststellen erreichten. Sie konnten damit nicht nur ihre Forderungen an die Stadtbank in die Höhe schrauben sondern auch einen Scheinumsatz vortäuschen. Damit gelang es ihnen, den Spielraum für Vorschüsse stetig zu erweitern; die Bank befolgte ihren Wunsch, die angeblich wachsenden Beschaffungsausgaben durch immer neue Kredite zu finanzieren. Den Eindruck eines blühenden Handels bestärkten sie noch durch Vorlage von Gefäl-

ligkeitswechseln und „Scheckreiterei“, also durch Finanztransfers, denen keinerlei Handelsgeschäfte gegenüber standen.

So steigerte sich die Kriminalität der Gebrüder mit spiralenförmiger Dynamik. Um die Kreditwürdigkeit zu wahren, wurde steiles Umsatzwachstum vorgetäuscht und Wohlstand durch Luxuskonsum demonstriert. Zu diesem Flair trug bei, dass die Brüder sich in einem elitären, wenn auch defizitären Unternehmen engagierten: im Betrieb eines Rennstall mit zugehörigen Pferdewetten. Zudem knüpften und pflegten die Sklareks politische Beziehungen: Max trat in die Deutsche Demokratische Partei ein und seine Brüder in die SPD. Und wo all diese Bemühungen um Vertrauensbildung nicht ausreichten, da wurde massiv bestochen.⁴ Als die Blase aus Täuschung, Krediten, Konsum und Korruption platzte – durch eine eher zufällige Revision von Warenbeständen – wurde aus dem finanziellen schnell ein politischer Skandal. Der Oberbürgermeister trat zurück, in DDP, SPD und KPD gab es Ausschlüsse und bei den unmittelbar folgenden Kommunalwahlen gewann die NSDAP, aber auch die KPD an Boden. Sie hatten den Sklarek-Skandal zum Hauptthema des Wahlkampfes gemacht, die NSDAP auch mit offen anti-semitischer Einfärbung. Sie steigerte die Zahl ihrer Sitze in der Stadtversammlung von null auf dreizehn.

Als die Entwicklung des Falls kulminierte – im Herbst 1929 – war der Zusammenbruch der Löwenberg-Bank schon fast in Vergessenheit geraten. So wie die Hauptdelinquenten aus dem Blickfeld von Polizei und Medien verschwunden waren, so war auch ihr Wechselbetrug in den Schatten neuer und spektakulärer Kriminalfälle gerückt. Unter all diesen Fälscher- und Schiebergeschichten erhielt der Sklarek-Fall zweifellos die größte Aufmerksamkeit; sie hielt an bis 1933, als die Nationalsozialisten den Prozess propagandistisch noch einmal aufrollten. Hinsichtlich der politischen Dimension – einschließlich der antisemitischen Bezüge – ist nur eine zweite Affäre der Weimarer Zeit mit diesem vergleichbar.

Dieser „Barmat-Skandal“ ist als einer der größten Korruptionsprozesse in die Kriminalitätsgeschichte der zwanziger Jahre eingegangen, mit intensiver Beobachtung durch in- wie ausländische Presse. Einen zentralen Platz nimmt dieser Fall auch in den Berichten von „Sling“ ein, mit Titeln wie „Der Tag des Präsidenten im Barmat-Prozeß“ und „Kutisker-Gänse“.⁵ Mit „Five Financiers held in German Scandal“ überschrieb die *New York Times* ihren ersten Bericht zu dem Fall, in der Neujahrsausgabe 1925: „Berlin. Dec. 31. – The financial scandal known as ‚the Kutisker Case‘, involving the old and highly respected Prussian State Bank, became a sensation of the first order today. Indications are that it will develop into one of the worst of its kind on record in Germany. [...] The Barmats are accused of complicity with Kutisker in fraudulently obtaining from the Prussian State Bank millions of dollars.“⁶ Die angesprochene Bank war die staatseigene Preußische Seehandlung. Der genannte Iwan Kutisker hatte den Grundstein seines Vermögens in der Kriegswirtschaft gelegt, es durch gewagte Finanzmanöver nach 1918 in

atemberaubendem Tempo vermehrt und 1924 einen zweistelligen Millionenkredit von der Seehandlung unter fragwürdigen Bedingungen erhalten. Die Barmat-Brüder, Söhne eines russischen Rabbiners, waren Eigner eines weit verzweigten Mischkonzerns, den sie in den Inflationsjahren unter dem Dach ihrer Amsterdamer Holding aufgebaut hatten.

Die Aufdeckung des Finanzskandals begann mit einem spektakulären Polizeieinsatz zur Jahreswende. Als erste wurden Kutisker und drei hohe Bankbeamte festgenommen, unter dem Vorwurf der Bestechung. Wenige Stunden später folgte eine Razzia auf „Barmatwerder“: 300 Polizisten umstellten die Villa Inselstraße 12/14, die Julius Barmat sich auf Schwanenwerder gekauft hatte. Drei Brüder und Julius' Sohn wurden noch in der Neujahrsnacht verhaftet, der vierte Bruder kurz darauf gefasst. Fünf Monate später legte die Seehandlung ihren Geschäftsbericht 1924 vor, mit katastrophalen Ergebnissen: die Kreditforderungen an Kutisker und Barmat in Höhe von 17 Millionen Goldmark hatte sie als uneinbringlich abgeschrieben und damit ihre Reserven wie auch das gesamte Eigenkapital verloren. Der Schaden war somit schnell beziffert, die Ursachenklärung und Rechtsfindung aber brauchten Jahre. Der Prozess gegen die Barmat-Brüder begann im Januar 1927, dauerte 14 Monate und endete mit milden Haftstrafen.⁷ Schärfer waren die Konsequenzen auf der politischen Ebene. Der preußische Landtag richtete einen Untersuchungs- und die SPD einen Prüfungsausschuss ein; der Postminister verlor sein Amt, und Reichstagsmandate wurden zurückgegeben. Die *New York Times* bewertete den Barmat-Skandal abschließend als einen Vorgang, „which involved all sorts of political, racial, as well as financial factors in Germany“.⁸

Die weiteren Skandale sind schnell erzählt. Unter politischen Druck war im Barmat-Prozess vor allem die SPD geraten, beim nachfolgenden Fall standen Mitglieder der DNVP im Brennpunkt. „Die Raiffeisenbank befindet sich vollkommen unter deutschnationaler Leitung. Ihre Aufsichtsräte und Direktoren sind deutschnational, und in den einzelnen Leitungen sitzen brave und rechtliche Pfarrer, die von der Banktätigkeit soviel Ahnung haben, wie die Sklareks von der Ausübung des Seelsorgerberufes. [...] Und so kam es, daß die Raiffeisenbank Geschäfte machte, die in ihren Kassenbestand immer größere Löcher riß. Von dem Russen Uralzew ließ sie sich viele Millionen in ausländischen Devisen herauslocken, und die Verbindung mit dem Verleger Schuppe in Hamburg [...] kostete sie 4,4 Millionen. [...] 1,7 Millionen verschluckte das schöne Geschäft mit der Wertkauf A.-G. in Duisburg, die sich damit befaßte, die Fabrikate des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Neuhaus [...] auf den Markt zu bringen.“⁹ „Nur in einem unterscheidet sich der Raiffeisenskandal von seinen Vorgängern. Barmat und Kutisker hatten ihre Schwindeleien abzusitzen. Der russische Schwindler Uralzeff aber, der Offizier der weißen Armee, der die Raiffeisenbank im ganzen um mehr als zwanzig Millionen Mark gebracht hat, wandelt ungestört unter den Palmen der Raiffeisenstadt Berlin.“¹⁰ Das Haus Raiffeisen war bekanntlich als landwirtschaftliche Genossen-

schaftsbank entstanden, „and the farm organization and individual farmers dependent upon its stability were only saved from bankruptcy through the intervention of the Prussian and Federal financial institutions.“¹¹

Auch die sogenannte Stinnes-Affäre war ein grenzüberschreitender Finanzskandal. Es ging dabei um staatliche Wertpapiere, genauer: die im Weltkrieg von der kaiserlichen Regierung begebenen Kriegsanleihen. Deren Rücknahme – mit entsprechender Zahlung – wurde durch ein „Anleiheablösungsgesetz“ geregelt. Es räumte „Altbesitzern“ einen deutlichen Vorrang gegenüber solchen Inhabern ein, die ihre Papiere erst nach dem Juli 1920 gekauft hatten. Betrüger fanden einen Trick, mit dem sie „Neubesitz“ – im Ausland erworben – als „Altbesitz“ anmeldden. Finanziert wurde diese Operation von Hugo Stinnes junior. Im August 1928 kam er in Haft, ins Moabiter Untersuchungsgefängnis. „Morus“ kommentierte diesen Fall und zeigte sich nicht sonderlich beeindruckt: „Mittlere Schiebungen, weit unter Barmat-Format. [...] Wir waren bisher an andere Dimensionen gewöhnt. Hugo Stinnes macht selbst in Moabit dem Namen keine Ehre.“¹² Der „Anleiheschiebungsprozeß“ endete im Folgejahr mit Freispruch; der Staatsanwalt hatte 8 Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe gefordert.¹³

Diese Verluste der Reichskasse waren ausschließlich privaten Betrügern anzulasten und nicht dem zweifelhaften Finanzgebaren einer Behörde zuzuschreiben – wie im Falle der Preußischen Seehandlung und dem noch abschließend zu erwähnenden „Phöbus-Skandal“. Darin stand das Reichswehrministerium im Blickfeld der Kritik. Es hatte aus ungeklärten Quellen Geheimfonds gebildet, die es in private Unternehmungen investierte, nicht zuletzt, um mit den Gewinnen geheime Ausrüstungsprojekte zu finanzieren. Der Bankrott der Phoebus-Film AG im Sommer 1927, die Millionenkredite mit Reichsbürgschaften aufgenommen hatte, gab erste Einblicke in die Affäre; das Ministerium aber dementierte. Erst im Januar 1928 räumte Reichskanzler Marx weitreichende Vergehen ein und kündigte die Bildung einer Untersuchungskommission an, sowie die „laufende Überwachung der Finanzgebarung der einzelnen Abteilungen des Reichswehrministeriums“.¹⁴

1 The New York Times, 27.09.1929.

2 Zur Kampagne der KPD vgl. Annemarie Lange: Berlin in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1987, S. 928 f.

3 Zur Darstellung des Falls und seiner Hintergründe vgl. Preußisches Landgericht I, Urteil gegen Leo Sklarek und Genossen vom 28. Juni 1932, Berlin 1932; Donna Harsch: Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, aus: Ludger Heid: Arnold Paucker (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 193–214.

4 „Verquickung von Amt- und Privatinteressen, das gibt's überall in der Verwaltung. [...] Diese Korruption ist eine organische Krankheit, mit etwas Antisklarekin wird sie nicht vertrieben.“ Alfons Goldschmidt: Korruption, in: Die Weltbühne 25 (1929) 43, S. 635–637, hier S. 637.

5 Vgl. R. Greuner (Hg.), S. 78–87.

6 The New York Times, 01.01.1929.

7 Zu den Verteidigern von Julius Barmat zählte auch der o.g. Anwalt Sammy Gronemann.

-
- 8 The New York Times 08.09.1929.
9 Neue Freie Presse (Wien) 27.10.1929, Nr. 23391.
10 Morus, Raiffeisen, in: Die Weltbühne 25 (1929) 16, S. 609–611, hier S. 611. Der Autor des Beitrags war Richard Lewinsohn. Er leitete die Wirtschaftsredaktion der Vossischen Zeitung und schrieb als „Morus“ regelmäßig für die Weltbühne.
11 The New York Times 23.06.1929.
12 Die Weltbühne 24 (1928) 36, S. 377–379.
13 Vgl. Berliner Börsen-Zeitung 13.07.1929, Nr. 322 und Berliner Tageblatt 27.07.1929, Nr. 351.
14 Berliner Tageblatt 21.01.1928, Nr. 35; vgl. A. Lange, S. 825 f.

Der bedrängte deutsche Mittelstand

Skandale von Phoebus bis Orlow: der Kriminalfall Löwenberg kracht in eine bewegte Zeit; Justiz, Politik und Finanzkreise stehen unter Hochspannung. Aber es sind nicht allein die großen Affären, die für Aufregung sorgen. Auch eine Reihe mittelschwerer Finanzdelikte tragen zum Bild der Unberechenbarkeit und Instabilität an den Finanzmärkten bei. Ab Mitte 1928 häufen sich diese Fälle, mit dem Schwerpunkt auf Betrugereien und der Reichshauptstadt als Zentrum. Der Berliner Notar Dr. August Bratz akzeptiert recht zweifelhafte Wechsel von den Rumänen Leon Jacoby und Mayer Lehrer; er behauptet später, hypnotisiert gewesen zu sein. Der Konsul Fleming, Geschäftsführer der verkrachten Deutsch-Bulgarischen Handelsgesellschaft, stellt Wechsel in Höhe von 300 000 Mark aus, die in die Hände von Schiebern geraten. Nicht eingelöst, gehen sie zu Protest und Konsul Fleming in ein Sanatorium.¹ Sally Bergmann, vorbestraft und mit dem Staatsanwalt Dr. Walter Jacoby verbündet, baut aus Privatkrediten ein Berliner Luftschloss, aus dem seinen Gläubigern erstaunliche Zinsen zufließen, die Bergmann stets mit neuen Krediten finanziert. Als Sicherheit bietet er Pfand-(Lombard-)Scheine auf einen Warenbesitz. Diesen gibt es tatsächlich, nur verpfändet Bergmann seine Waren gleich mehrfach, vergibt also Lombard-Scheine in ständig wachsender Zahl.²

Die Krimi-Serie bricht im neuen Jahr nicht ab, die Presseberichte bleiben spektakulär. Die Berliner Staatsanwaltschaft leitet gegen den Kommerzienrat Lindemann ein Verfahren wegen Kursschwindel ein; er war Inhaber der in Konkurs geratenen Bankfirma Mertz & Co.³ Bruno Scherl, ein Berliner Kaufmann, hat jahrelang Wechsel im Gesamtwert von schließlich 2,5 Millionen Mark unterschrieben, trotz seines Offenbarungseides, nicht zahlungsfähig zu sein.⁴ Weitere Meldungen folgen im Wochentakt. „Vor einigen Tagen erschoss sich [...] in einem Berliner Luxushotel der Getreidegroßhändler und Rennstallbesitzer Ernst Gottschalk. Wie jetzt bekannt wird, war Gottschalk Wechselverbindlichkeiten in außerordentlicher Höhe eingegangen, für die keine Deckung vorhanden war.“⁵ „Der Bankier Max Dukas, ein Mitinhaber des Bankgeschäftes Katz und Wohlaue, hat sich heute vormittag angeblich wegen verfehlter Spekulationen in den Räumen der Bank erschossen. Sein Kompanion Böttcher erlitt infolge der Aufregung wegen des Selbstmordes einen Herzschlag, dem er sofort erlag.“⁶

Dieser letzte Fall – Katz und Wohlaue – überschneidet sich mit dem „Löwenberg-Skandal“ und wird in dessen Zusammenhang betrachtet. Vorab noch ein Blick auf kleinere Bankschwindeleien und Fälschungen in den Folgemonaten. Sie standen im Schatten der oben geschilderten Affären, denen sich noch im August der FAVAG-Zusammenbruch anschloss.⁷ Zumindest zwei Fälle sind bemerkenswert. Ein Theodor Radtke, Vorstand und Aktionär der Berliner Kreditbank AG., brachte Schecks einer New Yorker Bank in Umlauf, die er auf echten Formularen der Bank ausgestellt, aber vollkommen ohne Deckung belassen hatte.⁸ Aufmerksamkeit er-

regten auch diese Schlagzeilen: „Der Kapitän des Exkaisers wegen Depot-Unterschlagung verhaftet“ und „Von Sack held for theft“. Der Kapitän zur See a.D. von Sack hatte 1918 seine Rolle als Kommandant der kaiserlichen „Hohenzollern“-Yachten verloren und 1926 in Berlin eine Bank eröffnet. Partner war sein Adoptivsohn, dem allerdings ebenso wie ihm die Börsenzulassung fehlte. Um den Geschäftszweck – Vermögensverwaltung für private Anleger – dennoch erfüllen zu können, warben sie einen altgedienten Bankbeamten als Strohmann an. Die ins Depot genommenen Wertpapiere ließ von Sack zum Teil eigenständig beleihen, zum Teil verkaufte er sie; das Geld investierte er in eine Liechtensteiner Aktiengesellschaft. Der Betrug flog auf, als der Sohn glücklos mit den Wertpapieren eines abwesenden Kunden spekulierte, dem daraufhin Börsenverbindlichkeiten in sechstelliger Höhe präsentiert wurden. Vater und Sohn wurden verhaftet, der Senior tags darauf freigelassen, weil der Hauptverdacht auf den Junior gefallen war.⁹

Diese großen und kleineren Affären, in dichter Folge am Ende des Jahrzehnts, hatten sämtlich ihren Medienwert. Dies, obwohl es in den Jahren davor an Sensationen nicht gemangelt hatte. Das Skandalinteresse der Öffentlichkeit war nachhaltig, und in Fachkreisen der Finanzen, der Wirtschafts- und der Außenpolitik herrschte krisenbewusste Aufmerksamkeit. Auch waren diese Monate eine Hochzeit für radikale Parteipropaganda. Die Kommunisten agitierten gegen die Begünstigung von Kriegsgewinnlern und das Paktieren der Sozialdemokratie mit reaktionären Wirtschaftskreisen. Sie brandmarkten die „weißgardistischen Fälscherbanden“ als Saboteure gegen Sowjetunion und Weltfrieden,¹⁰ deuteten die Betrügereien und Zusammenbrüche im Bankenwesen als Krisenzeichen des Kapitalismus und sahen die FAVAG-Affäre als Menetekel für dessen nahes Ende.

Die nationalsozialistischen Propagandisten richteten sich vor allem gegen das „Weltjudentum“ in seinen vielfältigen, durchweg destruktiven Erscheinungsformen. Sie malten drei monumentale Zerrbilder, mit geschickten Assoziationen zur Realität: Ostjüdische Parvenüs nutzten die Nachkriegs- und Inflationszeit, aber auch Blütephasen der Zwanziger, zum Zusammenraffen von Vermögen und zum Einnisten in Sphären der bürgerlichen Elite („Barmatwerder“).¹¹ Etablierte Juden, wie insbesondere die Privatbankiers, die ihr allfälliges Ausscheiden aus der Branche mit kriminellen Praktiken hinausschoben, drängten den arischen Mittelstand an die Wand und verdarben die kaufmännische Kultur, so dass in Einzelfällen auch deutsche Geschäftsinhaber auf die schiefe Bahn gerieten. Und internationale Judenbanden betrieben Fälscherzentralen, zur persönlichen Bereicherung, aber auch zur Finanzierung der kommunistischen Wühlarbeit; dabei arbeiteten sie mit der jüdisch durchsetzten russischen Diplomatie und den kommunistischen Geheimdiensten zusammen.

1 Vgl. Frankfurter Zeitung 16.12.1928, Nr. 940, mit dem Auftakt: „Zwei seltsame Wechselaufgaben machen in Berlin viel von sich reden“.

-
- 2 Vgl. Berliner Tageblatt 13.11.1928, Nr. 538, Frankfurter Zeitung 15.11.1928, Nr. 858 sowie den Artikel „Staatsanwalt Jacoby I“ von Sling, abgedruckt in R. Greuner (Hg.), S. 87 f.
 - 3 Vgl. Frankfurter Zeitung 09.01.1929, Nr. 23.
 - 4 Frankfurter Zeitung 17.01.1929, Nr. 44.
 - 5 Frankfurter Zeitung, 26.01.1929, Nr. 69.
 - 6 Frankfurter Zeitung 30.01.1929, Nr. 79.
 - 7 Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG meldete Konkurs an, nachdem die Verschleierung riesiger Verluste aufgedeckt worden war. Mehr als 20 Bankhäuser wurden mit in den Strudel gerissen. Zehn Wochen später signalisierte der Schwarze Freitag an der Wall Street den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.
 - 8 Berliner Börsen-Zeitung 20.08.1929, Nr. 386.
 - 9 Berliner Tageblatt 05.09.1929 Nr. 419 und The New York Times 06.09.1929; vgl. Berliner Börsen-Courier 06.09.1929, Nr. 416.
 - 10 Vgl. etwa „Das Geheimnis der Tschervonzenfälschungen“, in: Rote Fahne 12.07.1929, Nr. 122.
 - 11 Vgl. Fricks Reichstagsrede vom 13. Juni 1929, Bericht darüber – „Der Justizbankrott der Novemberrepublik“ – in: Völkischer Beobachter 10.06.1929, Nr. 139.

Der Löwenberg-Fall und die Flucht

Die Löwenberg-Bank krachte am 22. Januar 1929, einem Dienstag. Die großen Blätter berichteten bis zum Wochenende täglich, und *Der Berliner Westen*, Stadtteil-Zeitung für Lewins Wohnbezirk Charlottenburg, brachte ein Foto unter dem Titel „Der Millionen-Betrüger von Berlin“. ¹ Dann geriet das Thema aus dem Blickfeld – absichtsvoll, wie die *Rote Fahne* meinte: „Anscheinend wußte Lewin allzu viel, was auch für die jetzt geschädigten Banken zuzutreffen scheint. Deswegen ziehen sie es vor, zu schweigen. Mit ihnen ist auch die gesamte bürgerliche Presse plötzlich stumm geworden.“ ² Tatsächlich waren diejenigen Ereignisse, auf die Reporter anspringen, zu einem gewissen Abschluss gekommen. Die Verdächtigen waren außer Landes oder in Moabiter Untersuchungshaft, die Hausdurchsuchungen waren gelaufen, und die geschädigten Firmen hatten ihre Stellungnahmen abgegeben. Allerdings: die Zeitungsberichte hatten die Hintergründe kaum ausgeleuchtet; insbesondere war schleierhaft geblieben, wieso Staatsanwaltschaft und Polizei die zahlreichen Indizien und Belege – schon seit Wochen zugänglich – nicht erhalten oder nicht ernst genommen hatten.

Erklärungen, Aufklärungen, Weiterungen

Auch verstanden nicht alle Leser, worum es eigentlich bei einem Wechselgeschäft ging – welche Formen es annehmen konnte, wer die Beteiligten waren, welche Betrugsmöglichkeiten sich boten, wie diese sich vorbeugend einschränken ließen, und wie die Geschädigten eventuell doch noch zu ihrem Recht kamen. Der Wechsel ist wie der Scheck ein Zahlungsmittel und dient damit als Geldersatz. Der herkömmliche Verwendungszweck des Wechsels ist die Finanzierung eines Warengeschäfts. Der Großhändler Atras liefert Waren an seinen Kunden Beczak und räumt ein, dass Kunde Beczak dafür nicht sofort zahlt sondern erst nach einer Frist von (z. B.) drei Monaten. Diese Forderung kann nun Atras weitergeben, so an seinen Gläubiger Eremit, um seine Schulden diesem gegenüber ganz oder teilweise zu begleichen. Atras erstellt dafür ein als „Wechsel“ benanntes Dokument, das die geschuldete Summe, das Ausstellungs- und das Fälligkeitsdatum, und drei Namen nennt: Atras, Beczak und Eremit. Sobald der Wechsel von Beczak angenommen ist, trägt er zwei Unterschriften: Atras hat als Aussteller signiert und Beczak mit seinem Namenszug „akzeptiert“.

Natürlich könnte Atras stattdessen auch Beczak einen Lieferantenkredit über dieselbe Laufzeit einräumen, nur müsste er dann drei Monate lang auf sein Geld warten. Nicht so beim Wechsel, diesen kann er umgehend an Eremit weiterreichen und so als Zahlungsmittel zur Tilgung seiner Schuld einsetzen, wenn auch mit ei-

nem kleinen Abschlag. Eremit erhält die gleiche Option: Entweder wartet er bis zum Fälligkeitsdatum, um sich dann von Beczak die Wechselsumme auszahlen zu lassen, oder er gibt den Wechsel an einen Vierten, namens Girossa, weiter. Girossa könnte auch eine Bank sein, die sich zur „Diskontierung“ des Wechsels bereit findet. Für die Rollen von Atras bis Girossa gibt es gebräuchliche Bezeichnungen. Im skizzierten Falle ist Atras der Aussteller oder Trassant, Beczak ist der Bezogene und – sobald er unterschrieben hat – der Akzeptant. Eremit ist der Empfänger oder Remittent. Zudem ist er (der erste) Girant, denn er erweitert den Kreis (Giro) der Beteiligten, indem er den Wechsel an Girossa weitergibt – nicht ohne vorher seine Unterschrift (Indossament) auf die Rückseite gesetzt zu haben. Eremit ist damit auch Indossant. Girossa schließlich ist Girat oder Indossat, und er wird im Falle einer Weitergabe an einen Fünften seinerseits zum Giranten (Indossanten).

Angenommen, er tut dies nicht sondern wendet sich zum Fälligkeitsdatum selbst an Beczak, um sein Geld zu erhalten. Angenommen weiter, dass Beczak verschwunden, nicht zahlungswillig oder nicht zahlungsfähig ist, der Wechsel also „notleidend“ wird. Dies muss formal beurkundet werden („Protest“); sodann kann Girossa die Zahlung von seinem „Vormann“ fordern, hier also von Eremit, der ihm den Wechsel übertragen hat. Möglich ist auch, dass Beczak solvent und grundsätzlich zahlungswillig ist, dass er aber den von Girossa vorgelegten Wechsel für falsch erklärt; ein solcher sei nie auf ihn gezogen worden. Dann ist wieder Girossa am Zuge. Er wird zunächst versuchen, über den Aussteller zu erfahren, ob tatsächlich ein Wechselbetrug vorliegt und ob es sich gegebenenfalls um einen falschen oder einen gefälschten Wechsel handelt. Im ersten Falle – falscher Wechsel – hätte Atras diesen Wechsel auf Beczak nie gezogen, das Dokument wäre vollständig gefälscht. Girossa würde sich nun an Eremit wenden. Wäre auch dessen Unterschrift gefälscht, so behielte Girossa den Schwarzen Peter. Wäre sie aber echt, dann würde Eremit zahlungspflichtig und nötigenfalls durch eine von Girossa angestrengte Wechselklage zur Zahlung gezwungen. Denn in der Regel ist derjenige der Betrogene, der auf einen falschen Wechsel als Erster seine Unterschrift setzt. Dies gilt auch – zweiter Fall – für einen gefälschten Wechsel, also für ein Dokument, das ursprünglich echt war, dann aber abgeändert wurde, indem etwa der Fälscher die Wechselsumme erhöhte.

Wie lief die Fälschung nun im Bankhaus Löwenberg ab? Die *Frankfurter Zeitung* brachte in ihrem Handelsteil vom 26. Januar einen längeren Artikel „Wechsel-fälschungen und ihre Lehren“, in dem sie die Erkenntnisse zum Fall Löwenberg zusammentrug und übergreifende Schlüsse zog. „Bei den Fälschungen selbst ist man versucht, geradezu von Virtuosität zu sprechen. Hört man doch, daß auf einzelnen Abschnitten 8 Firmenstempel und 6 Unterschriften falsifiziert wurden, daß teilweise die Echtheit der Unterschriften genauestens geprüft wurde, ohne daß man Anstoß nahm. Wer einzelne seiner früheren Aktienvermittlungsgeschäfte kannte, durfte allerdings außer Lewins‘ Tüchtigkeit auch sein Raffinement bemerken. [...]“

Zwei Betrugsarten scheinen, nach dem, was man bis jetzt weiß, in der Fälscherwerkstätte geübt worden sein. Einmal hat man offenbar echte Wechsel glatt kopiert, d. h. gewissermaßen eine Sekunda, von der natürlich der Aussteller nicht wußte, in den Verkehr gebracht.³ Dabei ergab sich die Notwendigkeit, auf der „Sekunda“ eine andere Domizilstelle anzugeben, als auf dem echten Abschnitt, denn andernfalls wäre der einlösenden Bank der Betrug wohl aufgefallen. So aber konnten lange Zeit auch die Falschwechsel eingelöst werden, vermutlich durch Diskontierung neuer Falsifikate, ohne daß die mißbrauchten Firmen etwas merkten. Denn selbst Rückfragen bei Aussteller oder Akzeptant mußten nicht unbedingt zu einer Aufklärung führen, da diese tatsächlich echte Unterschriften gegeben hatten und nicht wissen konnten, daß man sie multipliziert hatte. [...] Hätten sich freilich die rückfragenden Firmen auch die Richtigkeit der Domizilstellen bestätigen lassen,⁴ dann wäre man dem Betrug schon früher auf die Spur gekommen. Aber soweit geht die Vorsicht der Banken wohl selten. [...] Im vorliegenden Falle aber wiegte noch besonders in Sicherheit, daß jahrelang die Wechsel der gleichen Firmen völlig in Ordnung gingen.“⁵

Um das Restrisiko auszuschalten, könnte zudem der Betrüger den Wechsel bei der Bank nur lombardieren, statt ihn zu diskontieren. Er gäbe also den Wechsel als Pfand, erhielte darauf von der Bank einen (Lombard-)Kredit und würde diesen bei Fälligkeit tilgen, bei gleichzeitiger Rücknahme des Wechsels. Vorher hätte er sich dadurch „flüssig“ gemacht, dass er mit einem neuen Falsifikat einen weiteren Lombard-Kredit aufgenommen hätte. „Es fiel schon vor Monaten auf, daß Lewin und Rappaport sich in auffälliger Weise bemühten, Wechsel großer angesehener Unternehmungen zu diskontieren, ohne daß man jedoch aus dieser Tatsache einen greifbaren Verdacht hätte schöpfen können. Tatsächlich sind jedoch die eingehenden Wechsel dazu benutzt worden, um Falsifikate herzustellen, die so geschickt gemacht worden sind, daß hier offenbar noch andere Personen die Hand im Spiel haben müssen. Die gefälschten Wechsel benutzten Lewin und Rappaport hauptsächlich dazu, sie bei Banken und Bankgeschäften zu lombardieren.“⁶ Zudem nutzten sie für die Fälschungen auch ihre vielfältigen Auslandskontakte: „Während die echten Wechsel in Deutschland blieben, wurden die gefälschten Wechsel vorzugsweise im Ausland untergebracht. Selbst wenn ausländische Firmen bei den Akzeptanten Rückfrage hielten, wurde ihnen der Bescheid, dass es mit der Echtheit der Wechsel seine Richtigkeit habe, da die Aussteller ja nicht wissen konnten, dass ihre Wechsel zweimal in den Verkehr gebracht worden waren.“⁷

Dies war die eine Art der Wechselfälschung, die Multiplizierung echter Wechsel. „Gefährlicher für die Fälscher war die zweite Fabrikationsart. Hier hatte man anscheinend keine gleichzeitig laufenden echten Wechsel in der Hand, sondern fälschte auf Grund der aus früheren Durchläufen aufbewahrten Unterschriften und Stempel. Rückfragen wegen solcher Falsifikate haben schließlich zur Aufklärung des Schwindels geführt.“⁸ Zu dieser Aufklärung hatten die staatlichen Anhaltini-

schen Salzwerte beigetragen. Die Bank Löwenberg hatte Ende 1928 Wechsel dieser Firma und ihrer Töchter der Bank Delbrück, Schickler & Co. angeboten. Diese fragte bei den Salzwerten nach und erfuhr, dass sie mit Löwenberg bis 1927 regelmäßig Wechselgeschäfte betrieben, dann aber abgebrochen hatten. Somit waren die neuerdings (mit jüngeren Daten) von Löwenberg in Umlauf gebrachten Wechsel eindeutige Fälschungen der „zweiten Fabrikationsart“.⁹

Dies war also zum Jahresende 1928 zumindest den direkt Beteiligten bekannt. Hinzu kam ein zweiter Fall, den die Betroffenen mit dem Mantel des Schweigens umhüllen wollten, um ihren Ruf und damit das Vertrauen ihrer Klientel zu wahren. „Das Bankhaus G. Löwenberg & Co. hatte an das Berliner Bankhaus F. W. Krause ein grosses Paket Wechsel gegeben, die sämtlich das Giro des Bankhauses G. Löwenberg trugen. Eine grosse Anzahl dieser in dem Paket sich befindenden Wechsel waren echt. Dann aber stellte sich weiter eine grosse Anzahl von Wechseln als gefälscht heraus, namentlich solche, die das Giro der Dessauer Gasgesellschaft trugen. Das Bankhaus F. W. Krause hatte die Vorsicht, die Wechsel zur Anerkennung der Unterschrift vor ihrer Fälligkeit den Giranten vorzulegen, darunter auch der Dessauer Gesellschaft. Diese erklärte ihre Unterschrift für gefälscht.“

Der Wechselinhaber des Bankhauses Krause wandte sich nun an den Wechselverkäufer Löwenberg u. Co. um Aufklärung. G. Löwenberg löste die Wechsel ein. Zur Saldierung teilte die Firma Löwenberg ferner dem Bankhause Krause mit, dass die Wechsel ihr von der Dessauer Gasgesellschaft übergeben worden seien. Der Dessauer Gasgesellschaft teilte sie mit, dass sie ihr von dem Prokuristen jener Privatbank übergeben worden seien, durch den dann später die ganze Angelegenheit ins Rollen kam. Das Bankhaus G. Löwenberg verpflichtete alle, die von den gefälschten Wechseln Kenntnis bekommen hatten, insbesondere die Prokuristen der Dessauer Gasgesellschaft zum strengsten Stillschweigen, indem sie erklärte, der Prokurist, der die gefälschten Wechsel ausgestellt haben sollte, sei zur Wiedergutmachung des Schadens bereit, habe ihn schon bereits in Angriff genommen und zum grössten Teil durchgeführt. Eine Wiedererlangung des ganzen Betrages sei aber nur dann möglich, wenn ein Strafverfahren gegen ihn vermieden würde. In Wirklichkeit hatte der Bankprokurist von der Fälschung seines eigenen Namens nicht die geringste Kenntnis.“¹⁰

Lewin hatte einmal mehr sein „Raffinement“ bewiesen. Dem Juniorchef der Privatbank Gebr. Arons liess er die Nachricht zuspielen, dass dessen Prokurist Wolff eine größere Zahl von Wechseln gefälscht und in Umlauf gebracht habe. Georg Arons liess sich von der Bank Löwenberg Quittungen mit der angeblichen Unterschrift Wolffs vorlegen. Da er diese nicht als einwandfrei gefälscht erkennen konnte, entzog er seinem Prokuristen vorsorglich das Zeichnungsrecht, beauftragte aber gleichzeitig eine Detektei, der Sache nachzugehen. Zudem erstattete Wolff Selbstanzeige gegen sich und setzte damit Polizei und Staatsanwaltschaft in Aktion. Private wie behördliche Nachforschungen kamen bald zum selben Ergebnis: Wolff

war schuldlos, und die Fälschungen hatte vermutlich das Bankhaus Löwenberg zu verantworten. Der Verdacht war so eindeutig, dass gegen Lewin, Rappeport und den Prokuristen Montag schon am 23. Januar die Haftbefehle erlassen und kurz darauf die Steckbriefe ausgestellt wurden. Für Lewin blieb dies ohne Wirkung. Er war kurz nach dem Jahreswechsel nach Paris geflüchtet und hatte seine Frau telefonisch gewarnt, so dass sie ihm noch vor der Aufdeckung des Schwindels gefolgt war.

Festgenommen wurde nur Montag. „Die Verhaftung Montags entbehrt nicht eines komischen Einschlags. Rappeport, der Mitinhaber und Prokurist des Bankhauses G. Löwenberg hatte, nachdem er Anfang vergangener Woche von der Polizei vernommen worden war, es vorgezogen, aus Berlin zu verschwinden. Auf die ‚Geschäftsreise‘, von der er zu seinen Angestellten sprach, nahm er den Prokuristen Montag mit. Der Rappeport gehörige Wagen wurde von Rappeports Schofför Rege gesteuert. In einer größeren Provinzstadt im Westen Deutschlands [Schwerin, d. V.] spiegelte Rappeport dem Schofför und dem Prokuristen vor, er habe in der Stadt Geschäfte zu erledigen, und wies ihn an, im Hotel auf ihn zu warten. Montag und Rege harrten vergeblich und mussten feststellen, daß Rappeport mit der Eisenbahn weitergefahren war. Er hatte offenbar nicht gewagt, im Auto die Grenze zu überschreiten.“¹¹ Montag kehrte in die Hauptstadt zurück, versteckte sich in einer Pension und wurde schon tags darauf von der Polizei aufgespürt.

Welchen Schaden der Wechselbetrug angerichtet hatte, ließ sich anfangs kaum ermaßen. Situationsgerecht sprachen die geschädigten Banken von nur mäßigen Verlusten; so bezifferte das Haus Bleichröder seinen Schaden auf 200 000 RM. Die erwähnte Spinnweberei Methner & Frahne bat die *Frankfurter Zeitung* um Mitteilung, dass „für sie in keiner Weise aus den Wechseltransaktionen der Firma G. Löwenberg & Co. in Berlin irgendwelche finanzielle Schädigungen entstanden sind.“¹² Dafür hatte sie guten Grund, denn sie war von der Depression in der Textilbranche besonders betroffen und sah sich vermutlich schon 1928 zu ungewöhnlichen Finanzierungsformen gedrängt.¹³ Die Geschäftsbelege im Hause Löwenberg waren kaum geeignet, den Schaden vollständig auszuweisen; denn Lewin hatte vor seiner Abreise einen Koffer voller Akten aus dem Hause getragen.¹⁴

Die „bürgerliche“ Presse hatte, wie kurz erwähnt, nach einer Woche intensiver Berichterstattung das vorläufige Resümee gezogen: es hätte alles noch viel schlimmer kommen können. Das Thema Löwenberg wurde nur mehr zweitrangig behandelt, im Interesse sowohl der betroffenen Wirtschaftskreise wie auch der Journalisten. Kaum hatten diese über Rappeports Flucht und Montags Verhaftung berichtet, da bot sich ihnen in Sachen Bankenkriminalität schon neuer Stoff: der „Selbstmord zweier Berliner Bankiers“. Unter dieser Schlagzeile lasen Fachkreise – und an Wirtschaftskrimis Interessierte – am 29. Januar, dass zwei Inhaber des Bankhauses Katz und Wohlaue Hand an sich gelegt hatten.¹⁵ Der jüngere Kompagnon hatte die Firma durch gewagte Spekulationen an den Rand des Konkurses gebracht.

Die ohnehin schon unruhige Börse wurde nervös. „Abschläge von 5 und mehr pCt. bei schweren Papieren, aber auch Kursverluste erheblichen Ausmaßes bei einigen Gruppen, wie Schifffahrt und Autoaktien, und förmliche Stürze sogar bei den Modepapieren des Vorquartals (Glanzstoff 480 gegen 533, Polyphon 423 gegen 460, Siemens 396 gegen 417). Der Fall Lewin-Löwenberg & Co., der an sich mehr stimmungs- als engagementsmäßig mitsprach, war in diesen Rückgängen schon enthalten, der Fall Katz und Wohlaue hingegen, der für die Börse auch materiell von größerem Gewicht bleiben dürfte, noch nicht. Unter seinem durch die Begleitumstände besonders deprimierenden Eindruck sind am heutigen Dienstag neue Abschläge eingetreten [...], und das jetzt vor allem beim Gros der notierten Aktien, also nicht nur bei den Günstlingswerten.“¹⁶ Die Stempelvereinigung goss naturgemäß Öl auf die Wogen und nicht ins Feuer. Sie beschloss in einer Sondersitzung einstimmig, „auch an diesem Tage nicht zu intervenieren; der an sich bedauerliche Zwischenfall bei einer Bankkommissionsfirma mittleren Umfanges“ biete dazu nicht genügend Anlass.¹⁷

Tags darauf sprach ganz Berlin von einem zweiten spektakulären Einbruch im Bankenmilieu der Stadt – kein Einbruch im sondern ins Geschäft. Zwei „Fachleute“ waren in die Filiale der Diskonto-Gesellschaft am Wittenbergplatz eingedrungen, ihr Plan war „im Grunde genommen furchtbar einfach, ungemein schwer allerdings durchzuführen. Die Einbrecher sind ans Werk gegangen in dem Bewusstsein, dass ihnen ihr Plan mit 80% misslingen würde. Sie haben saubere Facharbeit geleistet, ihre Meisterprüfung gemacht. Es müssen Leute gewesen sein, die mit allem Bescheid wussten; firm in Erdarbeiten, bewandert wie die geschicktesten Maurer, erfahren im Umgang mit Sauerstoffapparaten, fachmännisch in der Auswahl der Wertpapiere und Schmucksachen. Wenn man diesen drei Meter langen, einen Meter breiten und zweieinhalb Meter hohen Gang betritt, der kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus.“¹⁸

Dieser Bankraub der Gebrüder Sass ist in die Geschichte der Berliner „Grauzonen“ eingegangen, und als solcher wird er in der Stadt erinnert. Was den besonderen Reiz dieses Falls ausmachte, zeigte schon der zitierte *Tageblatt*-Artikel: die durchaus nicht klammheimliche Bewunderung für strategische, hochprofessionelle Kriminalität, sofern sie ausschließlich Großbanken und Besitzbürger trifft und ohne körperliche Gewalt auskommt. Diese Wahrnehmung spiegelt auch ein Wegweiser durch die Zwanziger Jahre wider, der 75 Jahre später erschienen ist. „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ fragt der Verbrecher Mackie Messer in der 1929 uraufgeführten ‚Dreigroschenoper‘. So dachten viele in der Stadt, die von harten Gegensätzen zwischen Arm und Reich gekennzeichnet war. Die Sympathien für Kommunisten und Tresorknacker reichten bis weit ins Milieu der Bürger und Besitzenden hinein. Daher konnten zwei echte Bankräuber im Jahr der ‚Dreigroschenoper‘ zu wahren

Volkshelden werden, von den Medien umworben und auf eleganten Gesellschaften umschwärmt“¹⁹ – wie eben die Gebrüder Sass.

Der Verbrecher Mackie Messer, „eleganter und frauenbetörender Kavalier“, passte ins Bild. „In Welt und Halbwelt knicken die Herzen, wenn Mackie zu singen anhebt.“ Dies schrieb Monty Jacobs in seiner Premieren-Besprechung, die am 1. September 1928 in der *Vossischen Zeitung* erschien. „Ein Humor der aufrüttelt, eine Laune, die wie ein Stoß ins Herz fährt, wenn die Moritat ihre Moral ins Publikum schmettert: seid nicht streng mit dem Unrecht!“²⁰ Das Unrecht der Gebrüder Sass bestrafte die Weimarer Justiz nicht übermäßig streng, der NS-Unrechtsstaat aber kannte keine Gnade. Die Brüder hatten sich nach der Machtergreifung in Dänemark niedergelassen, wurden aber 1938 abgeschoben. Sie kamen ins KZ und zu Tode, „auf der Flucht erschossen“.²¹

Es ist verständlich, dass Fälle wie Katz/Wohlauer und Sass den Bankenkrach Lewin-Löwenberg in den Hintergrund drängten. Nur mehr im Wirtschaftsteil wurde berichtet, dass ein Löwenberg-Gläubiger Konkursantrag stellte und dass auf der nachfolgenden Gläubigerversammlung die Gesamtsumme der in Umlauf gebrachten ungedeckten Wechsel nur zu schätzen war: auf 3, 5 bis 5 Millionen Mark. Die annähernd 100 Gläubiger, die sich bis dato gemeldet hatten, mussten mit einer Verlustquote von ca. 90% rechnen; denn den knapp 700 000 Mark Aktiva der Bank Löwenberg standen Passiva von nicht weniger als 5,5 Millionen gegenüber.²²

„Das Finanzkapital hat gepfiffen und die bürgerliche Presse kuschte“.²³ Welche Lehren zogen „nicht-bürgerliche“ Zeitungen aus dem Fall Löwenberg, welche Konsequenzen forderten sie? Mit Nachdruck fragte *Die Rote Fahne* nach der Verantwortung von Banken und Medien. „Anscheinend wußte Lewin allzu viel, was auch für die jetzt geschädigten Banken zutreffen scheint. Deswegen ziehen sie es vor, zu schweigen. Mit ihnen ist auch die ganze bürgerliche Presse plötzlich stumm geworden.“²⁴ In Maßen kritisch war auch das Parteiorgan der SPD: „Bedauerlich ist nur, daß weder die Behörden noch auch Firmen, die seit Anfang Januar wußten, daß gefälschte Wechsel mit ihrem Namen [...] weitergegeben waren, energisch zugegriffen haben.“²⁵ Und der *Völkische Beobachter*? Unter dem Titel „Behördliche Zurückhaltung bei Wechselfälschern“ bemerkte er, dass eigenartigerweise keine der betroffenen Parteien auf die zuständigen Justiz- und Polizeistellen zugegangen sei, um die Fälschungen aufzudecken. Und mit Weitblick auf das internationale Judendumentum fügte er hinzu: „Dieser neue Riesenskandal reiht sich würdig an jene Schmutzaffären an, die in den großen Demokratien des Westens zum guten Ton gehören. Der Skandal des jüdisch-französischen Finanzministers und Hauptverfassers des Versailler Vertrags, Klotz, zieht immer weitere Kreise, trotz aller Vertuschungsversuche.“²⁶

1 Der Berliner Westen 25.01.1929, Nr. 25.

2 Rote Fahne 29.01.1929, Nr. 24.

-
- 3 Ein solches Wechselduplikat ist nach Wechselgesetz unter Bedingungen zulässig und war
etwa im Außenhandel gebräuchlich, indem die erste Ausfertigung („Prima“) an den Bezoge-
nen zum Akzeptieren gesandt, während die „Sekunda“ bereits als Zahlungsmittel weiterge-
reicht wurde.
- 4 „Domizilstelle“: Bank(filiale), bei der der Wechsel zahlbar gestellt ist.
- 5 Frankfurter Zeitung 26.01.1929, Nr. 70.
- 6 Berliner Börsen-Zeitung 23.01.1929, Nr. 37.
- 7 Vossische Zeitung 24.01.1929, Nr. 40.
- 8 Frankfurter Zeitung 26.01.1929, Nr. 70.
- 9 Vgl. Vossische Zeitung 24.02.1929, Nr. 21 und Berliner Börsen-Zeitung 25.01.1929, Nr. 41.
- 10 Berliner Tageblatt 23.01.1929, Nr. 38.
- 11 Vossische Zeitung 27.01.1929, Nr. 24.
- 12 Frankfurter Zeitung 28.01.1929, Nr. 74.
- 13 In der schlesischen Textilindustrie geriet dieses Großunternehmen als erstes in den Abwärts-
strudel der Endzwanziger. Vgl. H. Lembke: Die Schwarzen Schafe ..., S. 205.
- 14 Vgl. Berliner Börsen-Courier 24.02.1929, Nr. 40.
- 15 Vgl. Berliner Tageblatt 29.01.1929, Nr. 49; siehe auch Rote Fahne 30.01., Nr. 25.
- 16 Frankfurter Zeitung 30.01.1929, Nr. 80, mit der Überschrift: „Zwischenfälle zum Ultimo“.
- 17 Frankfurter Zeitung 31.01.1929, Nr. 81. Die Stempelvereinigung war ein Verband von Berli-
ner Banken und Bankiers.
- 18 Berliner Tageblatt 31.01.1929, Nr. 53.
- 19 Michael Bienert, Elke Linda Buchholz: Die Zwanziger Jahre in Berlin. Ein Wegweiser durch
die Stadt, Berlin 2005, S. 240.
- 20 Vossische Zeitung 01.09.1928, Nr. 414.
- 21 M. Bienert, S. 241.
- 22 Vgl. Vossische Zeitung 02.03.1929, Nr. 104.
- 23 Rote Fahne 29.01.1929, Nr. 24.
- 24 Ebd.
- 25 Vorwärts 24.01.1929, Nr. 39.
- 26 Völkischer Beobachter 25.01.1929, Nr. 21.

Paris als Etappe: am Ausgang der Années Folles

Auf der Flucht vor den Folgen ihres Finanzskandals kamen Lewin und Rappeport in ein Paris, das Größeres gewohnt war. Zeitgleich mit den Berichten über Katz und Wohlauser erschien im *Berliner Tageblatt* ein seitenlanger Artikel über „Madame Marthe Hanau, die Frau mit den 32 Geldschränken“.¹ Auf sie bezog sich auch ein Beitrag im letzten Januarheft der *Weltbühne*: „La Gazette du Franc“. Simson Carasco, alias Carl von Ossietzky, schrieb darin über „zwei ungeheure finanzpolitische Affären, die eng zusammenhängen und die – man erwarte keine sensationellen Enthüllungen – schön totgeschwiegen werden.“² Als erste war die Affäre der „Gazette“ und ihrer Eignerin „Madame Hanau“ in die Schlagzeilen gekommen. Dies war am 1. Dezember 1928; zwei Wochen später folgte „Le Sénateur Klotz“. In beiden Fällen ging es um betrügerische Finanzmanöver, die seit Jahren liefen, aber erst jetzt Skandalreife gewonnen hatten – auf finanzieller wie politischer Ebene. Und es war der Blick auf letztere, der Ossietzky erwarten ließ, dass „sensationelle Enthüllungen“ ausbleiben würden; denn in beiden Affären waren hochrangige Politiker involviert, deren Ruf auf dem Spiele stand.

In Zahlen gefasst, war der Fall Klotz der kleinere; dies galt für den finanziellen wie auch den politischen Schaden. Der Senator, geboren 1868, lebte auf großem Fuße, liebte Glücksspiele und ging Wetten in beträchtlicher Größenordnung ein. Seine Schulden hatten sich zu einem Berg von neun Millionen Francs aufgetürmt, den er mit ungedeckten Schecks und gefälschten Wechseln abzutragen versuchte. Diese Nonchalance hatte er möglicherweise in seiner Zeit als Finanzminister im Kabinett Clemenceau (1917–1920) entwickelt,³ in dem er einerseits für die Annahme eines US-Kredits von 400 Millionen Dollar zeichnete, andererseits mit Nachdruck Frankreichs finanzielle Forderungen gegenüber dem unterlegenen Deutschland vertrat: „Le Boche paiera!“ In dieser Verantwortung sah er sich auch deshalb, weil er den Versailler Vertrag mitunterzeichnet hatte. Somit war er ein international exponierter Politiker, dessen Ruf aus Staatsräson zu pflegen war – in Grenzen, wie sich in den letzten Novembertagen 1928 herausstellte.

Was damals geschah, ist bis heute nicht vollkommen transparent. Die französische Presse hielt sich auffällig zurück und überließ die Untersuchung weitgehend ausländischen Blättern. Folgt man der (fiktiv umrankten?) Interpretation Ossietzkys in der *Weltbühne*, so sah sich der Ministerpräsident Poincaré einmal mehr in der Pflicht, unter der Decke Klotz' Schulden zu decken. „Er ließ drei der mächtigsten jüdischen Pariser Bankiers zu sich bitten und sprach zu ihnen: ‚Meine Herren, Sie werden Klotz retten! Erstens schulden Sie das dem Lande und zweitens ihrer Rasse. Klotz ist einer ihrer Glaubensgenossen.‘ Die drei Bankiers baten um Bedenkzeit. Nach vierundzwanzig Stunden schickten sie dem Premierminister ihre Antwort: sie seien einverstanden, die wichtigsten Gläubiger von Klotz auszuzahlen, doch stellten sie zwei Bedingungen: Erstens das Verschwinden von Klotz, das

heißt, Internierung in einer Heilanstalt. Zweitens Einschreiten gegen die Schwindelaffäre der ‚Gazette du Franc‘, gegen die schon seit einigen Monaten Anzeigen erstattet wurden.“⁴

Beide Bedingungen wurden erfüllt, wenn auch mit Einschränkungen. Klotz setzte – vergeblich – auf die Lösung „Malmaison“: Unterbringung in ein Sanatorium, das schon in früheren politischen Krisenfällen für hochrangige Persönlichkeiten seine Tore geöffnet hatte, um sie dahinter für angemessene Zeit verschwinden zu lassen. „Luxurious and very exclusive is a certain private sanitarium near Malmaison to which the great of France are discreetly taken when they grow not quite bright. There the Emperor Napoleon sent the Empress Josephine to pass a quiet spell. [...] Last week however all France knew – and laughed in the knowledge – that M. Le Senateur Louis Klotz, onetime Finance Minister in the Clemenceau War Cabinet (1917-20) had just tried desperately to prove himself fit for Malmaison – and failed.“⁵ Deutlich feinfühlicher als diese Darstellung der *TIME* klang die erste Meldung des *Figaro* zu dem Fall: „L’état de fatigue intellectuelle de M. Klotz s’est, assure-t-on, aggravé du fait d’embarras financiers, auxquels le jeu et l’émission de chèques sans provision ne seraient pas étrangers.“⁶ Es folgten zwei weitere Kurzartikel, die über Klotz’ Rücktritt als Senator, die Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens und über eine anstehende psychiatrische Untersuchung berichteten. Weiteres blieb dem *Figaro*-Leser verschlossen.

Ausführlicher war die Berichterstattung deutscher Blätter. Schon der erste längere Artikel im *Berliner Tageblatt* – „Der geistesranke Herr Klotz“ – brachte aufschlussreiche Einzelheiten. „Klotz hat [...] ein Luxusautomobil gekauft, das er mit zwei Schecks bezahlte, obwohl er wusste, dass keine Deckung für die vorhanden war. Er hat ferner bei der Banque de France einen Wechsel über 56 000 Francs vorgelegt, der die gefälschte Unterschrift der Firma Geoffray Freyres trug. Das Geld wurde von der Banque de France ausgezahlt. Als aber der Wechsel bei der Firma Geoffray vorgelegt wurde, erklärte der Kassierer: ‚Diese Unterschrift ist falsch. Sie ist wahrscheinlich von Klotz gefälscht worden, es gibt noch andere solcher Geschichten!‘“⁷ Deutlich herausgestellt wurde auch, dass der Versuch, Klotz’ Vergehen auf „fatigue intellectuelle“ zurückzuführen, eine Schattenseite mit außenpolitischen Implikationen hatte. „In französischen Blättern wird jetzt die Frage erörtert, ob die Spuren der Erkrankung des Ministers sich nicht schon vor einem Jahrzehnt gezeigt haben, dann wären wichtige Teile des Vertrages von Versailles [...] durch einen Menschen bearbeitet worden, der nicht mehr im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte war.“⁸

Dieses Argument könnte auch den psychiatrischen Befund beeinflusst haben: „Die Untersuchung über den Geisteszustand des Senators Klotz hat ergeben, daß der frühere Finanzminister keine Zeichen geistiger Störungen zeigt und infolgedessen für seine Handlungen völlig verantwortlich ist.“⁹ Auch der nachfolgende Einspruch des Verteidigers änderte an diesem Ergebnis nichts: „Die neue Untersuchung

bekräftigte das Ergebnis der ersten. Der ehemalige Finanzminister wird sich also über die ihm zur Last gelegten Straftaten vor dem Richter zu verantworten haben. Seine Überführung in die gewöhnliche Untersuchungshaft wird in den nächsten Tagen erfolgen.“¹⁰ Der Prozess folgte im Juli und erregte kaum noch Aufsehen; es gab keine Nebenkläger, nur einen Zeugen, und der Staatsanwalt verzichtete auf eine Vernehmung. Tags darauf fiel das Urteil: zwei Jahre Gefängnis und 50 Francs Geldstrafe.¹¹ Knapp ein Jahr später starb Louis-Lucien Klotz und der *Figaro* schrieb: „... il s’était, par son bon garçonisme et l’adresse de son activité politique, élevé au-dessus de ses mérites réels. Il eut le vertige à la fin, et l’on n’a pas oublié où le conduisit, après sa chute, son esprit d’imprévoyance appliqué, aussi, aux affaires privées.“¹²

Der ‚größere‘ Fall – gemessen an Finanzschaden und kompromittierter Prominenz – war „Le Krach de la Gazette du Franc“.¹³ Dass dieses Gebäude aus kleinbürgerlichen Ersparnissen und groß angelegter Hochstapelei zusammenbrach, lag nicht zuletzt am Unmut der Großbanken über die unkonventionelle und schwer integrierbare Konkurrentin. Zweifellos wollten die Bankiers den ‚Krach‘; dies dürfte der harte Kern von Ossietzkys zitierter Episode sein. Der Aufstieg der Mme. Hanau, geboren 1886, war gleichermaßen fabelhaft wie bedrohlich. Kleinanleger liefen in Scharen zu ihr über, und ihre Popularität und finanzielle Großzügigkeit fanden wachsendes Interesse in der politischen Prominenz. Die führenden Banken andererseits konnten ihre Hochstapelei unschwer durchschauen; sie fürchteten auf kürzere Sicht einen Kundenverlust und auf längere Sicht einen bedenklichen Rufschaden für die gesamte Finanzbranche.

Marthe Hanau hatte mit Louis-Lucien Klotz manches gemein: Sie besaß Mut und Intelligenz, war sozial gewinnend und jonglierte gewagt mit Finanzoptionen. Auch sie stammte aus einer elsässisch-jüdischen Familie, kam allerdings – anders als Klotz – aus dem Kleinbürgertum. Ihre Geschäftskarriere begann sie im Kleinhandel, mit Damenmode und Accessoires. Diese Einstiegsphase endete früh und erfolglos. Kurz war auch ihr nächster Lebensabschnitt, als Ehefrau eines Bankiers namens Lazare Block; auf die Scheidung folgte ihr Einstieg in die Finanzwelt. In der Mitte der „Années Folles“ gründete sie – mit ihrem geschiedenen Partner – das Investmentbüro *La Gazette du Franc*, das ein gleichnamiges Finanzblatt herausbrachte. Diese Wochenzeitung war – nach heutigen Begriffen – das zentrale Marketing-Instrument der Firma; es diente der Werbung, der Verkaufsförderung und dem Vertrieb. Zudem war es ein Medium für Public Relations: im allgemeinen Sinne für Öffentlichkeitsarbeit und im speziellen Sinne als Forum, auf dem ausgewählte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik Interviews gaben und Artikel schrieben – gegen großzügige Bezahlung.

Nach Eintritt eines finanzstarken Partners expandierte das Unternehmen rasch; erstaunlich rasch, denn das Geschäftskonzept war schlicht. Firmen wurden gegründet, die untereinander Scheingeschäfte machten, denen die reale Seite fehlte: Zah-

lungen wurden verbucht, aber es gab keinerlei Lieferungen oder Leistungen. Der einzige Zweck dieser Unternehmen war die Herausgabe von Wertpapieren, die das spekulative Interesse einer großen Masse kleiner Anleger finden sollten. Mit dem „frischen“ Geld neuer Anleger wurden Renditeversprechen gegenüber den alten eingelöst, das Scheinfirmenimperium weiter aufgebläht und die Zielgruppen in der Prominenz gepflegt. Die unterstützende Medienarbeit besorgten das Hausblatt, eine zusätzlich gegründete Nachrichtenagentur Interpresse sowie ‚unabhängige‘ Tageszeitungen, deren Wirtschaftsteil von Interpresse gepachtet war – darunter der linksgerichtete *Quotidien*.

Der unvermeidliche Zusammenbruch, „le Krach de la Gazette du Franc“, wurde nicht von politischer Seite ausgelöst, sondern von einem Konkurrenten: einer etablierten Nachrichtenagentur. Mit der Aufdeckung von Scheingeschäften schob sie eine Welle weiterer Beschuldigungen an, die – angesichts eines Schadens in dreistelliger Millionenhöhe – auch seitens der kompromittierten Politiker nicht mehr zu unterdrücken war. Wie im zitierten *Weltbühne*-Artikel erwartet, zog die Justiz den Kreis der Schuldigen eng.¹⁴ Verurteilt wurden die *Gazette*-Eigner sowie leitende Manager und Geschäftspartner. Marthe Hanau legte Berufung ein und erhielt im zweiten Verfahren eine Strafverschärfung auf drei Jahre Haft.¹⁵ Im Gefängnis nahm sich Marthe Hanau 1935 das Leben. Ein Roman von Dominique Desanti (1968) und ein Film mit Romy Schneider (1980) versuchen eine Interpretation von Person und Vita, naturgemäß nicht ohne Verklärung.¹⁶

Während sich die Serie der Finanzskandale auch in Frankreich fortsetzte,¹⁷ befanden sich die beiden Berliner Defraudanten schon auf der zweiten Etappe ihres Fluchtwegs, von Frankreich nach Südamerika. Paris galt von vornherein vermutlich nur als Zwischenstopp und war als solcher erstklassig geeignet. Lewins internationale Geschäfte werden diesen vorrangigen Bank- und Börsenplatz nicht ausgespart haben, zumal Paris für russische Emigranten auf dem Kontinent zum zentralen Ort geworden war. Damit war ein zweiter Vorteil verbunden: die Möglichkeit, eine Zeitlang in Grauzonen zu leben und dort die Vorbereitungen für die weitere Flucht zu treffen: Schiffspassagen, Visaanträge, Passfälschungen, Referenzen und nicht zuletzt Finanzen. Auch mag die Chance, einem deutschen Auslieferungsantrag zu entkommen, in Frankreich größer erschienen sein als in anderen Ländern, wie Portugal, Belgien, Niederlande und England.

1 Berliner Tageblatt 30.01.1929, Nr. 50.

2 Die Weltbühne 25 (1929) 5, S. 176–183, hier: S. 176.

3 „Finanzminister Louis-Lucien Klotz – nach Clemenceaus Worten der einzige Jude, der nichts von Geld verstand.“ Alistair Horne: Über die Maas, über Schelde und Rhein. Frankreichs Niederlage 1940, Wien 1969, S. 30.

4 S. Carasco, S. 183 f.

5 TIME 07.01.1929; der Artikel war überschrieben mit: „FRANCE: Clemenceau's Klotz“.

6 Le Figaro 10.12.1928.

7 Berliner Tageblatt 13.12.1928, Nr. 588.

8 Ebd.

-
- 9 Frankfurter Zeitung 27.12.1928, Nr. 964.
 - 10 Frankfurter Zeitung 15.02.1929, Nr. 123. Von „Malmaison“ war Klotz zunächst in eine Gefängnis­klinik überführt worden.
 - 11 Vgl. Frankfurter Zeitung 12./14.07.1929, Nr. 512/516.
 - 12 Le Figaro 16.06.1930, Nr. 167.
 - 13 Deutsche Blätter berichteten dicht und detailliert über den Fall. Vgl. insbesondere Frankfurter Zeitung 14.12.1928, Nr. 933 und 17.01.1929, Nr. 44, hier S. 1: „Der Pariser Finanzskandal. Die Radikalsozialisten fordern schärfere Kontrolle der Aktiengesellschaften und der Börse.“
 - 14 „Weitere Verhaftungen im Zusammenhang mit der Skandalaffäre der ‚Gazette du Franc‘ scheinen nun nicht mehr vorgenommen werden zu sollen.“ Frankfurter Zeitung 17.01.1929, Nr. 44.
 - 15 Der Figaro meldete auf der letzten Seite: „Voici enfin terminée l’affaire de la Gazette du Franc, qui fit tant de bruit et dura tant d’années.“ 14.07.1934, Nr. 195.
 - 16 Der Leser des Romans erfährt ihre letzten Worte aus ihrem Abschiedsbrief: „Prison de Fresnes, le 13 juillet 1935. Hier soir, me sont parvenues, par Me Michard, les nouvelles. J’ai souri, parce qu’il me semble que par sa malignité le Dessin veuille à nouveau me retenir à la vie pour la lutte qui reprend. Plus que jamais, se soir, je tente d’être objective; l’orgueil dont on m’accusa ne fut toujours pour moi que terme de comparaison. Et j’en conserverais quelque fierté si l’on en pouvait avoir à l’heure où l’on mesure la vanité des vanités.“ Dominique Desanti: *La banquière des années folles: Marthe Hanau*, Paris 1968, S. 245. Der Film „Die Bankiersfrau“ nimmt einen anderen Ausgang. Hier wird „Mmc. Eckhart“ (Romy Schneider) von einem Bankpräsidenten mit politischem Einfluss in die Enge getrieben (Jean-Louis Trintignant) und von einem bezahlten Killer ermordet – in einer Versammlung von Kleinanlegern, die ihr noch einmal zugejubelt hatten.
 - 17 Vgl. The New York Times 27.06.1929: „Finance scandals bewilder France“.

Theorie, Praxis und Literatur des Fälschens

Erregte der Fall Löwenberg und die Flucht der Fälscher in Paris öffentliches Aufsehen? Eine akribische Durchsicht der französischen Tageszeitungen – mit herkömmlichen, ‚analogen‘ Mitteln – hätte eventuell auf die eine oder andere Pressemeldung geführt, sich aber insgesamt nicht als lohnend erwiesen. Die ‚digitale‘, elektronische Recherche hat der Verfasser selbstverständlich versucht, und auch sie erbrachte – mit den Stichworten „lewin“ „banquier“ – nur einen Treffer.¹ In einer Ausgabe des *Figaro* war zu lesen: „Le procès Lewin, celui d’un banquier accusé d’escroqueries colossales, se termina par l’acquittement du prévenu.“ Nur: dies war keine Tagesnachricht über die Festnahme von Isaac Lewin, sondern der Auszug aus einem Fortsetzungsroman. „La terre domptée“ von Sheila Keith-Smith, wurde im Sommer 1920 im *Figaro* abgedruckt.² Eine Vermutung, dass diese Verfasserin von leichter Belletristik eine Romanfigur nach dem Vorbild des Bankiers Isaac Lewin geformt haben könnte, kam somit gar nicht erst auf.

Nimmt man die englische Originalfassung zur Hand³ – es ist die Geschichte vom Aufstieg des unternehmerischen Landwirts Reuben Backfield und der Zerrüttung seiner Familie – so wird schnell klar, dass der „Bankier Lewin“ darin nur eine nachrangige Kulissenfigur war. Sie gab allerdings dem Bauernsohn Richard Backfield, der die Fron auf des Vaters Hof verweigert hatte, Gelegenheit zu seinem ersten großen Auftritt als Strafverteidiger. „It was about that time that the great Lewin case came on at the Old Bailey. The papers were full of it, and Reuben [der Vater] could not suppress a glow of pride when Maude the dairy-woman read out the name of Richard Backfield as junior counsel for the defence. But his pride was to be still further exalted. The senior counsel collapsed with some serious illness on the very eve of the trial, and Richard stepped into his shoes. The papers were now full of his name, it was on everyone’s lips throughout the Kingdom, and especially in the public-houses between Rye and the Kent border. Men stopped drinking at the Cocks when Reuben came, and women ran down to their garden gates when he passed by. [...] ‚How’s the Lewin cäase gitting on?‘ someone would ask at the Cocks, and Reuben would answer: ‚Valiant – my näum wur sixteen times in the päaper this mornun.‘“⁴

Eine nachrangige Kulissenfigur: dies war für englische Romanliteratur keineswegs typisch. Vielmehr war der „betrügerische Bankier“ ein beliebtes Motiv in dem Genre. Dies zeigt eine Untersuchung über „white-collar crime“ im England des Viktorianischen Zeitalters, die nicht nur eine farbige Zusammenstellung von Kriminalfällen bietet, sondern auch einen Einblick in die zugehörige Belletristik. „The image of the upright and incorruptible Victorian banker is a recent invention. The respectable businessman was a rare character in the nineteenth-century literature, where financiers were usually depicted as worshippers of Mammon. In Victorian novels, the banker was more often than not a villain.“⁵ Der Autor dieser Unter-

suchung nennt eine Vielzahl von Beispielen in der Romanliteratur, so den ruchlosen Bankier Richard Hamlin (1846) und Charles Dickens' Mr. Merdle (1857) – „the greatest Forger and the greatest Thief that ever cheated the gallows“. Zu selben Gruppe rechnet er auch Joseph Conrads Finanzier de Barral (1913) und Dickens' Uriah Heep (1849); letzteren sieht er als klassisch-betrügerische Figur in der Welt der Angestellten.⁶ Insgesamt zeichnet er ein facettenreiches Bild der Kriminellen mit weißem Kragen, die in ihrer bürgerlichen Gesellschaft oft weniger als Verbrecher denn als Falschspieler galten.

„Der Fälscher“: Ist er eine Symbolfigur auch im weiteren Sinne, gibt es Interpretationen in der Literatur, die helfen können, die Persönlichkeit und das Handeln eines Wladimir Orlow, einer Marthe Hanau und eines Isaac Lewin zu verstehen? Welchen Stellenwert hatte das Motiv des „Fälschers“ für Romanautoren des 19. und 20. Jahrhunderts? Für die zeitgenössische, deutschsprachige Belletristik beantwortet eine neuere Dissertation diese Frage, wenn auch mit Einschränkung auf Geschichts-, Kunst- und Literaturfälschung.⁷ Zahlreiche Beispiele bereichern die theoretische Arbeit. So wird in der ersten Kategorie – Fälschung historischer Dokumente – der Roman „Biarritz“ des Hermann Goedsche betrachtet, in dem eine frühe Form der „Protokolle der Weisen von Zion“ auftaucht. Es ist der Plan zur Übernahme der Weltherrschaft, gefasst von Vertretern der Stämme Israels in einer nächtlichen Verschwörung auf dem Judenfriedhof von Prag. Das betreffende Kapitel des Romans erschien später als Flugschrift; der fiktive Charakter des Texts wurde verwischt, um ihn authentisch erscheinen zu lassen.⁸ Diese und weitere Begebenheiten im Fälschermilieu erzählt auch Simon Simonini – in Umberto Ecos „Der Friedhof von Prag“. Darin hat Hermann Goedsche seinen Auftritt im Kapitel „Biarritz“.

„Die Rätin“ von Günter Grass, mit der wahren Geschichte des Lothar Malskat, passt in die zweite Kategorie, der Kunstfälschung. Der Maler hatte sich bei der Restaurierung des Lübecker Doms dafür hergegeben, gotische Fresken zu fälschen anstatt die vermuteten Originale freizulegen. Anlässlich dieses „Wunders von Lübeck“ gab die Deutsche Bundespost eine Sondermarke heraus. Die auf den Fresken abgebildeten Truthähne (aus Amerika [!] eingeführte Vogelart) weckten nicht etwa Zweifel an der Authentizität der Bilder sondern wurden als Bestätigung der These genommen, dass vor Kolumbus schon die Wikinger Amerika entdeckt hatten. „Mitten in diese allgemeine Euphorie platzte Malskats Selbstanzeige, welche dazu führte, daß die Fresken verschämt wieder übertüncht wurden.“⁹

Als Beispiel für die dritte Kategorie – gefälschte Literatur – zieht die Autorin einen Kriminalroman heran, mit einer außergewöhnlichen Handlungsfolge: plagiieren, erpressen, morden.¹⁰ Der Ablauf in Rex Stouts „Plagiat“: In gleich mehreren Fällen schiebt die Täterin dem Verfasser eines Bestsellers – nach der Veröffentlichung – ein gefälschtes Manuskript gleichen Inhalts unter, lässt dieses als eigentliches Original des Bestsellers ‚entdecken‘ und versucht damit den Plagiator (also

sich selbst) zum Autor und den Autor zum Plagiator zu machen. Zunächst fließt Geld, dann Blut, und am Ende sorgt Nero Wolfe – Stouts meisterhafte Parodie eines Privatdetektivs – für Klarheit und Wahrheit.

Nicolas Borns „Die Fälschung“ hat die Autorin aus ihrer philologischen Arbeit explizit ausgeschlossen; denn in dessen Roman werde „Fälschung“ metaphorisch verwendet. Borns Hauptfigur Georg Laschen ist Journalist und berichtet aus dem Libanon; er soll die Kriegswirren zwischen Christen, Muslimen und vertriebenen Palästinensern „zurechtschreiben“, wie er es nennt. Unbeschreibliches, aus allen Fugen Geratenes in einer Sprache mit geordneter Begrifflichkeit abbilden, damit Unverständliches verständlich machen. „Laschen erschien das alles als ein wichtigeres Kriegsspiel, über das er schreiben sollte, damit es sich in der Reportage als Wirklichkeit entpuppte.“ [...] „Er haßte die eigenen Berichte, ohne bisher mit dem Haß in sich zu dringen, er haßte sie besonders, wenn sie fertig waren und gedruckt, dann sah er sich selbst in den Sätzen sitzen und feixe, obszöne zweideutige Winke geben, sich hindurchwagen und -lügen durch ein Lügengewebe, sich hindurchschlagen und hindurchbehaupten ... Wieder lauter erklärende und klarmachende Sätze, Mischungen, da stand es. Wie er turnte.“¹¹ Die Verfilmung seines Romans durch Volker Schlöndorff: wie hätte Nicolas Born sie aufgenommen? Als eine dem Autoren folgende Vermittlung des Zwiespalts zwischen Medium und Wirklichkeit oder als eine dem Medium Film verpflichtete Fälschung seiner „Fälschung“?¹²

Borns Roman bleibt in der Forschungsarbeit draußen vor, aber an „Les Faux-monnayeurs“ von André Gide kommt die Philologin nicht vorbei. Wirklich konsistent ist dies nicht, denn sie interpretiert die „Die Fälschmünzer“ eben gerade mit Blick auf das „Thema der Fälschung als Infragestellung von Authentizität“¹³ – siehe Born. Sie tut dies mit Bezug auf Gides Projektion der Metapher „Fälschmünzer“ auf die Figur des Schriftstellers, oder in einem noch allgemeineren Sinne mit seiner Interpretation des Falschgeldes als Metapher für Erscheinungen im weiten Spektrum zwischen Sein und Schein.¹⁴ Sie zeigt, dass im Ansatz auch der Roman „Farinet oder das falsche Geld“ von Charles-Ferdinand Ramuz diese Deutung gibt. Der Schweizer Autor sieht die Geldfälschung des Bergmenschen Farinet als Ausdruck seiner Freiheitsliebe: Farinet prägt seine Goldmünzen selbst, weil er in dem staatlichen Münzmonopol eine willkürliche Anmaßung der Obrigkeit sieht. „Das Unglück war nur, daß der Staat schon sein eigenes Gold hatte, und es gibt ein Gesetz, das dem Staate allein das Recht läßt, Goldstücke in Umlauf zu setzen: das wußte Farinet wohl. Er hatte gut sagen: ‚Meine Goldstücke sind die besseren‘, man hatte ihn trotzdem ins Gefängnis gesperrt.“¹⁵ Die Fälschungsforscherin gibt zu bedenken: „In diesem Punkt weicht Ramuz von seinem natürlichen Vorbild ab. Josef Samuel Farinet begann zwar tatsächlich ab 1870 im Wallis falsche Münzen zu prägen, sie waren aber keineswegs goldhaltiger als die der Regierung.“¹⁶ Auch der Schriftsteller Faruz hatte somit etwas von einem Fälschmünzer, in Gides metapho-

rischem Sinne. Übrigens: die aktuelle 200-Franken-Note der Schweizer Notenbank ziert ein Porträt von Charles-Ferdinand Ramuz.

Geschichts-, Kunst- und Literaturfälschung: tritt das Fälschermotiv in der gehobenen Literatur nur in diesen Formen auf? Wird das Fälschen von Zahlungsmitteln und Bilanzen dort allenfalls metaphorisch behandelt? Und gilt es im eigentlichen Sinne nur in der ‚trivialen‘ Literatur als gattungsgerecht? Es liegt nahe, die Suche nach Antworten im Genre des Kriminalromans zu beginnen, wohl wissend, dass nicht jeder Krimi ein ‚leichter‘ Roman ist. Dafür steht etwa „Das Zittern des Fälschers“ von Patricia Highsmith; nicht nur sie bezeichnete dieses Buch als „richtigen“ Roman.¹⁷ Ihr „Fälscher“ im unmittelbaren Sinne ist der betrügerische Bankdirektor Dennison – die Hauptfigur einer fiktiven Erzählung, die der fiktive Autor Howard Ingham in einem Handlungsstrang des ‚eigentlichen‘ Romans schreibt.

Dennison fälscht – was ist falsch daran? Ingham schreibt: „Dennison dachte in seltsamen Bahnen und würde bei seiner Entlarvung keinen Zusammenbruch erleiden. Und die Leute, mit denen er befreundet war und die mittlerweile fast allesamt erfolgreiche und verantwortungsbewußte Männer waren, würden ihm zur Hilfe eilen und die Darlehen, die Dennison ihnen gegeben hatte, zurückzahlen. Da er selbst zwanzig Jahre lang unterschlagenes Geld investiert hatte, war sein Vermögen auf das Dreifache angewachsen. Seine wütenden Vorgesetzten in der Bank hätten also den Ertrag verloren, den die Dreiviertelmillion Dollar in zwanzig Jahren erbracht hätte, würden jedoch das Kapital zurückerhalten. Wie sah ein solcher Fall unter juristischen Gesichtspunkten aus?“¹⁸ Dennisons Persönlichkeit ist Ingham nicht fremd: Das leichte Zittern in der Hand des Fälschers, zu Beginn und am Ende des falschen Signierens, sieht er als Ausdruck der Persönlichkeitsspaltung, des Mannes mit den zwei Gesichtern. Eine moralische Bewertung Dennisons gibt er – und damit auch Highsmith – nicht, wichtiger erscheint ihm „die Art der moralischen Urteile, die die Leute über den Helden fällen. Über Dennison. Ich meine, die Leute in dem Buch. Na ja, und auch die Leser. Und mich interessiert, welche Meinung Dennison von sich selbst hat.“¹⁹

Welche Rolle spielt der Falschmünzer in ‚echten‘ Kriminalromanen? Für das englischsprachige Genre „crime and fiction“ findet sich die Antwort in einem bibliographischen Nachschlagewerk; dort führen die Suchwörter „counterfeit“ oder „forger“ auf drei Dutzend Titel.²⁰ Wie erwartet zählt dazu „The Forger“ von Edgar Wallace, aus dem Jahre 1927. Darin geht es um Banknotenfälschung; die Scheck- und Wechselfälschung ist in der Bibliographie nur mit zwei Fällen vertreten. Der Krimi von Wallace ist ohne Frage spannend und nicht durchgängig trivial; denn zwei oder drei seiner Hauptpersonen zeichnet der Autor ohne Klischee, mit Überraschungen.²¹ Allerdings lernt der Leser schon bald zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Zu den guten Menschen zählt Peter Clifton, als Amateur ein Meister des Kupferstichs, der vom Vater ein reiches Vermögen und, so fürchtet er, auch eine geistige Krankheit geerbt hat. Diese Furcht wird gezielt – und von ihm unbe-

merkt – durch Personen seines Vertrauens gesteigert, die ihn verleiten wollen, sein Vermögen zu überschreiben. Zu diesen Bösen gehört ein mit Peter befreundeter Arzt, ein prominenter psychiatrischer Gutachter und – als Banden-Chef – „der Fuchs“²²: anerkannter Maler und unerkannter Banknotenfälscher. Unerkannt bis kurz vor Schluss; der Durchschnittsleser traut ihm diese Rolle nicht zu. Denn immerhin ist er der verehrte Vater des zweiten zweifelsfrei guten Menschen im Roman. Dies ist Jane, die liebende Ehefrau von Peter. Auch sie entwickelt eine Zweitkompetenz: Mit detektivischem Spürsinn, Klugheit und Durchsetzungskraft trägt sie zur Rettung ihres Ehemanns bei, dem alle drei Eigenschaften weitgehend fehlen.

Ein vergleichbares bibliographisches Lexikon gibt es für deutschsprachige Kriminalliteratur nicht. Sucht man im „Titelbuch der deutschen Literatur und Geistesgeschichte“,²³ so findet man neben den erwähnten Büchern von Albert Norden und Nicolas Born auch das von Hermann Kasack, zum Motiv der Kunstfälschung. Als vierter Titel ist ein historischer Gesellschaftsroman genannt: „Der Fälscher“ von C. C. Bergius, erschienen 1978. Der Autor Bergius war ein *latecomer* und *self-made man*; er wird sich kaum dagegen gewehrt haben, wenn seine Publikationen in die Kategorie der leichten Romans, nahe der Grenze zur Trivalliteratur eingeordnet wurden. Egon-Maria Zimmer alias C. C. Bergius (1910–1996) stieg als Flieger auf; mit 17 Jahren hatte er seinen Flugschein, mit 22 wurde er SS-Mann und ab 1933 erhielt er Aufträge als Pilot und Fluglehrer.²⁴ Er gehörte im Spanischen Bürgerkrieg zur „Legion Condor“, wurde 1939 Aufklärungsflyer und war ab 1941 Flugkapitän der Regierungsmaschine von Speer.

In die Nachkriegs-Luftfahrt fand er keinen Einstieg. Stattdessen versuchte er sich erfolgreich als Verleger und Schriftsteller: zunächst mit dem Fliegerroman „Und unter mir die Erde“ (1952), später mit „Die Straße der Piloten“ (1967).²⁵ In jungen Jahren hatte Zimmer – neben dem Fliegen – eine Neigung zur Malerei entwickelt. Dies mag ein Motiv für seinen „Fälscher“-Roman gewesen sein, mit dem ihm 1961 der Durchbruch gelang. Charles Montagne, die Titelfigur, ist ein französischer Offizier und talentierter Graphiker. Nach seiner Fahnenflucht aus der französischen Revolutionsarmee steigt er als Peter Ritter von Baton im österreichischen Hochadel auf, nicht zuletzt dank seines beträchtlichen Vermögens, das er ausschließlich mit erstklassiger Banknotenfälschung erworben hat. Die graphische Nachahmung gelingt ihm perfekt; nur ein zufällig entdeckter Fehler im Banknotpapier wird ihm zum Verhängnis. Franz Josef II und Metternich zeigen sich entschlossen, ihn vor dem Strang zu bewahren. Aber Montagne entschließt sich zum Freitod; denn nur so kann er seine Frau vor dem Urteil retten.

Der dem Romantext vorangestellte Vierzeiler sagt dem Leser, dass die geschilderten Begebenheiten sich „tatsächlich zugetragen“ haben. Allerdings seien die Namen verschiedener Personen geändert, mit Rücksicht auf deren Nachkommen.²⁶ Das Buch lebt von dieser dreifachen Tension. Der Leser wird von der spannenden

Geschichte gefesselt. Er erinnert sich immer wieder ihres realen Hintergrunds, ohne allerdings zu wissen, in welche Spektralzone zwischen Schein und Sein die aktuell ablaufende Szene einzuordnen ist. Und er nimmt das Buch als Werk eines Autors, der in seinem ersten Leben Abenteurer war und in seinem zweiten Leben Abenteurerliches geschrieben hat.

Neben dem themenbezogenen Querschnitt durch die Kriminalliteratur reizt auch der historische Längsschnitt. Ein brillantes Beispiel dafür hat der marxistische Wirtschaftstheoretiker (und Krimileser) Ernest Mandel geliefert.²⁷ Die Zwanziger Jahre, in denen Isaac Lewin seinen Auf- und Abstieg als Bankier erlebte, zählen in Mandels Interpretation zum „goldenen Zeitalter des Detektivromans“. ²⁸ Allerdings gab es auch damals schon erste Anzeichen seines Niedergangs. Sie mehrten sich in dem Maße, wie das Verbrechen von den Rändern der Gesellschaft in ihr Zentrum rückte; wie der Einzeltäter gegenüber organisierten Verbrechen und der Detektiv gegenüber dem komplexen Aufklärungsapparat an Bedeutung verlor. „Die Entwicklung des Kriminalromans spiegelt die Geschichte des Verbrechens selbst wider“²⁹, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. Während Agatha Christie, G. K. Chesterton, Dorothy Sayers und auch Rex Stout noch Verkaufserfolge feierten, hatte sich die Realität der Verbrechensaufklärung längst vom Salon zurück auf die Straße verlagert. Der klassische Detektiv – wie auch Rex Stout's Nero Wolfe – war zum Auslaufmodell geworden: „Selbst der Verbrecherschreck Nero Wolfe bekommt es mit der Angst zu tun, wenn er sich mit Zeck konfrontiert sieht, einer geheimnisvollen Gestalt der organisierten Kriminalität.“³⁰

Weitere Entwicklungsstufen des Verbrechens – wie auch seines literarischen Bildes – zeichneten sich schon in den späten Zwanzigern ab: polizeiliche Bandenbekämpfung mit Hilfe von Spitzeln, Deals zwischen Ordnungshütern und Verbrechersyndikaten, Umwandlung krimineller Gewinne in ‚legale‘ Investitionen mittels Geldwäsche, Staatsverbrechen und ihre Widerspiegelung im politischen Thriller. Die Stufenfolge beschreibt Mandel in den Begriffen: „Vom Verbrechen zum Geschäft“, „Vom Geschäft zum Verbrechen“, „Staat, Geschäft und Verbrechen“. Memo: Man denke nicht nur an die organisierte Kriminalität in den „Roaring Twenties“ der USA, sondern auch an die oben geschilderten Auseinandersetzungen zwischen russischen Emigrantengruppen und sowjetischem Geheimdienst.

Noch einmal das Thema Fälschung im Genre Film: Chaplin war Chaplin? In der McCarthy-Ära sollte der MI5 dem FBI Amtshilfe leisten und die Angaben im (britischen) Pass des Künstlers prüfen. Hatte Charlie Chaplin tatsächlich 1889 das Licht der Welt in London erblickt und eben diesen Namen erhalten? Eine Geburtsurkunde fand sich nicht, und so kam der britische Geheimdienst zu dem Schluss, dass Chaplin entweder nicht seinen Geburtsnamen trug oder anderswo als in England zur Welt gekommen war. Dass er eigentlich Israel Thornstein hieß, wie zeitweise in den USA vermutet, ließ sich ebenso wenig belegen.³¹

„F for Fake“ war der letzte größere Film des Orson Welles (1974). Die zentrale Person ist ein Kunstfälscher, das zentrale Thema aber greift weit über seine „fakes“ hinaus. Zur Einführung sagt Welles: „Ladies and Gentlemen, by way of introduction, this is a film about trickery and fraud, about lies. [...] Almost any story is certainly some kind of lie. [...]“. Es folgt die Handlung in schnellen Ebenen- und Szenenwechseln, dargestellt von dem Kunstfälscher im Rampenlicht und von einem zweiten Fälscher im Verborgenen; von dessen Tochter Oja, die sich von Picasso malen lässt, die Bilder dann zum Vater trägt und mit dessen Fälschungen eine aufsehenerregende Picasso-Ausstellung in Paris arrangiert – nicht ohne, dass der Vater vorher die Originale verbrennt.

Welles erzählt dazu eine Geschichte: Ein Freund zeigt Picasso nacheinander vier mit „Picasso“ signierte Gemälde. „Fälschung“ lautet Picassos Urteil zum ersten, zum zweiten und zum dritten Bild; der Freund nickt. „Fälschung“ sagt Picasso auch zum vierten Bild; der Freund ist bestürzt. Schließlich habe er doch mit eigenen Augen die Entstehung des Bildes verfolgt. Für den Maler ist dies kein Widerspruch: „I can paint false Picassos as well as everybody.“ Und auch den Drehbuchautor, der selbst im Film auftritt und dabei dessen dokumentarischen Charakter betont, rückt Welles in die Grauzonen zwischen wahr und falsch: „[...] for instance, that the author of ‚Fake‘, a book about fakes, was himself a faker, and the author of a fake to end all fakes, and he must have been cooking it up, when we were filming him.“ Am Ende relativiert Welles ein Versprechen, das er den Zuschauern am Anfang gegeben hatte: „At the very beginning, I did make you a promise. I promised that for one hour I would tell you the truth. That hour, Ladies and Gentlemen, is over. For the last seventeen minutes, I’ve been lying my head off.“

Welches Dokument, Bild, Buch ist falsch, welches ist echt? Welches Verhalten ist ehrenhaft, welches verbrecherisch? Wie überschneiden sich Tatsachenbericht und fiktive Darstellung? Wo ist der Verfasser ein Sachbuchautor, wo ist er Romancier? Abstrakte Fragen, die in den geschilderten Beispielen jeweils eine konkrete Ausprägung erhalten, und die sich nicht zuletzt auf die Kernhandlung des vorliegenden Buches beziehen. War Lewin ein berechnender Verbrecher oder das Opfer eines Komplotts? Welche Rollen spielte er im Wechselgeschäft: Aussteller, Bezogener, Indossant oder Fälscher? Wie sind Presseberichte über ihn zu lesen: Was ist Tatsache, was ist Vermutung, was ist redundantes Geschreibsel und was ist Verdrehung? Und schließlich: Wie ist Lewin, wie ist Normano als journalistischer und wissenschaftlicher Autor einzuschätzen? In Teilen seines Werks auch als Fälschmünzer? Sind seine Fakten wirklich Fakten oder verwendet er Plagiate, bringt er verdeckt persönliche Absichten in seine Schriften ein? Kann man seine Arbeiten lesen, ohne an sein unternehmerisches Handeln in Grauzonen zu denken?

1 Suche in der digitalen Bibliothek „gallica“, die in großartiger Weise den Zugang zu Literatur und Periodika in französischer Sprache bietet – einschließlich einer Vielzahl von Tageszeitungen: <http://gallica.bnf.fr>.

-
- 2 Zit. Ausgabe: 28.06.1920, Nr. 179.
 - 3 Sheila Kaye-Smith: *Sussex Gorse. The Story of a Fight*, London 1916 (Erstausgabe).
 - 4 Ebd., S. 385 f.
 - 5 George Robb: *White-Collar Crime in Modern England. Financial Fraud and Business Morality, 1845–1929*, Cambridge 1992.
 - 6 Figuren aus den Romanen: Catherine Gore, *The Banker's Wife*; Charles Dickens, *Little Dorrit*; Joseph Conrad, *Chance*; Charles Dickens, *David Copperfield*. Ebd., S. 57, 119, 133.
 - 7 Kathrin Ackermann: *Fälschung und Plagiat als Motiv in der zeitgenössischen Literatur*, Heidelberg 1992.
 - 8 K. Ackermann, S. 120 f.
 - 9 Ebd., S. 178.
 - 10 Rex Stout: *Plot it yourself*, dt. Fassung: *Das Plagiat*, München 1961.
 - 11 Nicolas Born: *Die Fälschung*, Reinbek 1979, S. 54.
 - 12 Born starb 1979; der Film wurde 1981 gedreht.
 - 13 K. Ackermann, S. 44.
 - 14 Ebd., bzw. S. 91.
 - 15 Charles-Ferdinand Ramuz: *Farinet oder das falsche Geld*, München 1933, S. 22 f.
 - 16 K. Ackermann, S. 91.
 - 17 Patricia Highsmith: *Das Zittern des Fälschers*, Zürich 2002.
 - 18 Ebd., S. 218.
 - 19 Ebd., S. 236.
 - 20 Allen J. Hubin: *Crime fiction 1749–1980. A comprehensive bibliography*, New York 1984.
 - 21 Edgar Wallace: *Der Banknotenfälscher*, München 1955 bzw. 1998 und ders.: *Der Fälscher*, Berlin (Ost) 1987. Die Übersetzungen unterscheiden sich nicht nur im Titel sondern deutlich auch im Stil – ein Spiegel unterschiedlicher Krimi-Kulturen in Ost- und Westdeutschland.
 - 22 „Der Clevere“ in der ostdeutschen Version.
 - 23 Heiner Schmidt: *Wer schrieb welches Werk? Ein Titelbuch der deutschen Literatur und Geistesgeschichte*, Duisburg 2003.
 - 24 Quelle: Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 46/96; bzgl. Lebenslauf und Angaben zu seiner SS-Mitgliedschaft siehe auch seine Akte im Bestand RS/Rasse- und Siedlungshauptamt der SS des Bundesarchivs.
 - 25 „Nach dem Kriege, als er vorerst nicht mehr im Cockpit einer Maschine sitzen durfte, entdeckte Bergius seine schriftstellerische Begabung, und nun kam ihm sein reicher Erfahrungsschatz sehr wohl zustatten. Die in rascher Folge entstehenden Romane, Tatsachenberichte und Biographien zeugen allesamt von der intensiven Weltkenntnis und dem vitalen Temperament ihres Verfassers.“ C. C. Bergius: *Der Fälscher. Roman nach Tatsachen*, Gütersloh 1961, Nachwort des Verlags.
 - 26 Die dem Roman zugrundeliegenden realen Zusammenhänge hat Bergius nicht dokumentiert. Für die Auskunft dankt d. V. dem Sohn des Autors (12.09.2010).
 - 27 Ernest Mandel: *Ein schöner Mord. Sozialgeschichte des Kriminalromans*, Frankfurt a.M. 1987.
 - 28 Ebd., S. 32.
 - 29 Ebd., S. 40.
 - 30 Ebd., S. 43.
 - 31 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.02.2012, Nr. 45.

Von Süd- nach Nordamerika

War Lewin im Winter 1929 ein Getriebener oder ein strategisch Suchender? Wurde er von seinen Jägern gehetzt oder ließ er sie ins Leere laufen? Wie sahen ihn die Fahnder, die Ämter und Personen, die sein Verschwinden beobachtet hatten und sein Verbleiben erkunden wollten? Was ging ein in die amtlichen Akten, was wusste und berichtete die Presse, welchen Fährten folgten die Geschädigten? Gab es auch Unbeteiligte, die eine Beteiligung wegen staatlicher Belohnung erwogen? blieb man somit den Wechselfälschern auf der Spur, gab es Auslieferungersuchen, polizeiliche Zusammenarbeit, internationale Pressekontakte?

Lewin war ein Chamäleon, das wusste man. Verlor man ihn nur für Wochen aus den Augen, so war sein Bild kaum noch treffend zu beschreiben. In welchem Wechselbalg hatte man ihn zuletzt gesehen, wann hatte er ihn abgelegt? Wo und mit welcher Maske trat er gerade jetzt, zu dieser Stunde auf? Wollte man seine Spur verfolgen, so konnte dies nur mit erheblichem Fahndungsaufwand gelingen. Fahndungskapazität aber stand nicht beliebig zur Verfügung. Die Endzwanziger waren unruhige Jahre, und auch ein außergewöhnlicher Fall war irgendwann „ad acta“ zu legen – wenn die Suche erfolglos blieb und konkurrierende Fälle ihre Aufmerksamkeit verlangten. Dies galt insbesondere dann, wenn die Fahnder im Herkunftsland auf die Hilfsbereitschaft im Aufenthaltsland des Flüchtlings angewiesen waren. Eine solche Bereitschaft war dann zu erwarten, wenn das Land ein Eigeninteresse an der Verfolgung hatte; dies aber lag bei Lewin fern. Eine vorrangige Behandlung des Falls konnte das Herkunftsland eventuell auch dadurch erreichen, dass es politischen Druck ausübte. Lewin aber war 1929 kein „politischer“ Fall. Und selbst wenn: wäre es dann opportun gewesen, die zweischneidige Waffe des diplomatischen Drucks einzusetzen? Waren die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht wirklich stabil, so war mit Nichtbeachtung, massiven Gegenforderungen oder sogar mit dem offenen Ausbruch einer latent aufgestauten Verstimmung zu rechnen.

Zweiter Name und Dritte Welt

Das Handeln staatlicher Organe wird in Akten dokumentiert, die nach gewisser Frist in Archive wandern. Dokumente des diplomatischen Handelns finden ihr Endlager im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Zum Fall „Dr. Isaac Lewin“ gibt es dort vier voluminöse Bände, sämtlich als „Recht geheim“ eingestuft. Der erste enthält Unterlagen aus den Jahren 1929 bis 1933. Orte des Geschehens sind Den Haag und südamerikanische Städte; am Ende folgen Boston und New York.

Schon ein erstes Blättern zeigt: ja, der Berliner Polizeipräsident bemühte sich international um Amtshilfe. Ein erstes Schreiben sandte er nach Den Haag, Empfängerin war die deutsche Gesandtschaft. Sie wurde um „Einleitung energischer Fahndungsmaßnahmen“ gebeten, mit Hinweis darauf, dass auch zwei niederländische Banken geschädigt waren. „Abschriften der Haftbefehle und Lichtbilder der Flüchtigen füge ich bei. Auslieferungsantrag wird gestellt.“¹ Zwei Tage zuvor hatte der Polizeipräsident die Steckbriefe von Lewin und Rapoport im Deutschen Kriminalpolizeiblatt veröffentlicht. In der zugehörigen Meldung wurden zwei Wechsel Fälshungen heraus gestellt, mit dem Hinweis, „daß in jedem Falle ein echter und ein unechter Wechsel gleichen Inhalts im Verkehr läuft.“ Abschließend hieß es: „Dr. Lewin und Rapoport sollen nach Paris geflüchtet sein.“²

Ob Holland tatsächlich eine Fluchtetappe war, ist nicht zu belegen. Lewin war direkt nach Paris gereist, und Rapoport wollte ihm dorthin folgen. In Schwerin war er von der Bildfläche verschwunden. Vielleicht hatte er dort eine falsche Spur gelegt, indem er eine Bahnkarte nach Holland kaufte, sie aber nicht einlöste. Oder er hatte nur einen kurzen Zwischenstopp eingelegt, war aber längst wieder jenseits der holländischen Grenze, als der Polizeipräsident nach drei Wochen schließlich die erbetene Antwort aus Den Haag erhielt. Die Botschaft teilte ihm „ergebenst mit, daß Dr. J. Lewin und L. Rapoport im *Allgemeen Politieblatt* signalisiert und die wichtigsten Polizeibehörden entsprechend unterrichtet worden sind.“³

Dies mag eine geschäftsbliche Verzögerung gewesen sein; was aber folgte, war eine massive Panne. Ende März schrieb das Polizeipräsidium der Haager Botschaft, „daß nach einer Mitteilung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I vom 23. 3. 29, das erst heute hier eingegangen ist, den Angeschuldigten freies Geleit zugesichert worden ist. Die Fahndungsmaßnahmen sind sofort rückgängig zu machen.“ Die amtliche Suche in Holland war damit beendet, nur blieb die Erwartung des Generalstaatsanwalts unerfüllt. Lewin und Rapoport, die ihm angeblich ihre Rückkehr zugesichert hatten, blieben verschwunden.

Zwei Monate vergingen ohne Lebenszeichen, bis sich frische Fußabdrücke der Fälscher fanden. Die deutsche Botschaft in Rio de Janeiro telegrafierte am 1. Juni dem Auswärtigen Amt: „Hiesige Zentralpolizei mitteilt Verhaftung Dr. Isaak Lewin alias Georg Michailides und Leonhard Rapoport alias Constantino Riga, gesucht von Kriminalpolizei Berlin gemäß Kriminalblatt vom 26.I.1929 Nr. 246 wegen Wechselsfälschung Bankhaus Loewenberg & Co. in Berlin. Erbitte Drahtanweisung ob Haft aufrechterhalten werden soll evtl. Auslieferungspapiere.“ Diese Nachricht leitete das Amt direkt an den Polizeipräsidenten weiter, nicht ohne Bitte um „tunlichst umgehende Mitteilung, ob die Auslieferung der Festgenommenen aus Brasilien gewünscht wird.“⁴ Offensichtlich fühlte sich das Amt vom Polizeipräsidium dupiert: müsse man damit rechnen, dass auch die Botschaft in Rio – wie in Den Haag – ihre Bitte um polizeiliche Unterstützung an die brasilianischen Behörden

alsbald als „gegenstandslos“ zurück nahm? Das Amt brachte den Vorgang dem „Preußischen Herrn Justizminister“ zur Kenntnis.

Dieser antwortete am 20. Juni: der Untersuchungsrichter habe eine Woche zuvor Haftbefehle erlassen; er – der Justizminister – „ersuche ergebenst, die Auslieferung der beiden Genannten aus Brasilien sowie die Beschlagnahme und Ausantwortung der in ihrem Besitze gefundenen Gelder und sonstigen Wertgegenstände auf Grund der Gegenseitigkeit herbeizuführen.“⁵ Dieses Ersuchen kam zu spät. Schon am 15. Juni hatte die Botschaft in Rio dem Amt telegraphiert, dass Lewin und Rappeport mit Beschluss des Obersten Gerichtshofs ausgewiesen worden seien. Das Justizministerium habe daraufhin verfügt, beide über den Grenzort Uruguayana nach Argentinien abzuschicken. Dies sei nach aller Kenntnis am Vortag erfolgt; der Auslieferungsantrag aus Berlin sei zu spät eingetroffen. Die Botschaft in Buenos Aires habe er gebeten, Verhaftung, Auslieferung und Beschlagnahme nunmehr dort zu beantragen.

Vom Amt informiert, reagierte das Justizministerium mit einem zweiten Auslieferungsersuchen. Es war nahezu eine Kopie des ersten, nur lautete der Bezug nicht „Brasilien“ sondern „Argentinien“. Und die Versendung nach Buenos Aires war mit der Erwartung verknüpft, dass Argentinien die „nikaraguanischen Staatsangehörigen Dr. Isaak Lewin und Leonhard Rappeport“ alsbald an Deutschland ausliefern werde. Vier Tage später, am 28. Juni meldete die Botschaft in Rio, dass die beiden in Paso de los Libres, dem argentinischen Grenzort, „interniert“ worden seien.

Die zuständigen Stellen in Argentinien zeigten allerdings – anders als die Brasilianer – keine Eile, die Flüchtigen wieder loszuwerden. Den Eingang des Auslieferungsantrags bestätigte die argentinische Regierung am 18. Juli und versprach, dass die vorläufige Festnahme alsbald erfolgen werde. Auf der deutschen Seite war man erstaunt: Lewin und Rappeport waren somit noch auf freiem Fuße und keineswegs „interniert“? Ein Missverständnis, ein Übersetzungsfehler: das Verb „internar“ war auf deutscher Seite falsch interpretiert worden. Tatsächlich bedeutete es, dass die beiden Gesuchten den argentinischen Boden betreten hatten, nicht aber, dass sie dort in Haft gekommen waren.⁶

Auch die weiteren Vorgänge bleiben nicht frei von Irrungen und Wirrungen; es zeigt sich, dass die Zusammenarbeit von Justiz, Außenamt, Botschaften und einheimischen Stellen nicht wirklich reibungslos läuft. Der Auslieferungsantrag liegt beim argentinischen Generalstaatsanwalt, aber dessen Verfügung lässt auf sich warten. Eine erneute Wendung des Falls meldet am 23. September das deutsche Konsulat von Porto Alegre, im Süden Brasiliens. Den dorthin zurückgekehrten „Lewin Rappeport“ [sic] habe man verhaftet und nach Uruguay abgeschoben. Der Botschafter in Buenos Aires reagiert prompt: er zieht den Auslieferungsantrag zurück und übermittelt die entsprechenden Dokumente an seinen Amtskollegen in Rio.⁷ Der schickt sie nach Montevideo, woraufhin die dortige Gesandtschaft dem AA versichert, dass die Kriminalpolizei des Landes in Kenntnis gesetzt sei. Aller-

dings gebe es – wie bekannt – zwischen Deutschland und Uruguay kein Auslieferungsabkommen. Die Policía de Montevideo nimmt die Ermittlungen dennoch auf und schafft erste Klarheit: am 9. September waren die Verfolgten auf uruguayisches Gebiet übergetreten, hatten sich dort falsche Namen zugelegt, waren sodann nach Porto Alegre und gezwungenermaßen alsbald zurück gereist. Jetzt mussten sie mit der erneuten Ausweisung aus Uruguay rechnen.⁸

Ob und wann dies geschah, beantworten die Dokumente des Jahres 1929 nicht. In der Akte des Politischen Archivs klafft eine mehrmonatige Lücke, das nächste Schreiben datiert vom 6. März 1930. Was hatte in der Zwischenzeit die Berliner Presse verbreitet? Zunächst Beruhigendes; am 4. April schrieb die *Vossische Zeitung*: „Lewin und Rapoport wollen sich stellen. [...] Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I hat [...] Dr. J. Lewin und Leonhard Rapoport freies Geleit zugesichert, falls sie sich innerhalb eines Monats den Berliner Untersuchungsbehörden stellen. Das freie Geleit, um das die Anwälte der betrügerischen Bankiers gebeten hatten, wird jedoch nur gewährt, wenn sowohl Lewin wie Rapoport eine Kaution von je 100 000 Mark stellen, ferner ihre Pässe abgeben und sich verpflichten, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden. Das freie Geleit ist befristet und läuft Ende dieses Monats ab.“⁹

War es den Anwälten gelungen, die Gegenleistungen für das freie Geleit hinauszuzögern, ohne dass die Behörden ihre vorläufige Zusicherung aufhoben? Wenn ja: waren die betrügerischen Bankiers zum Ende des Monats (April) eventuell schon in Sicherheit, auf hoher See? Die Schiffsreise von Le Havre nach Rio de Janeiro dauerte damals bis zu drei Wochen. Da die beiden Anfang Juni in Rio verhaftet wurden, waren sie spätestens in der ersten Maiwoche an Bord gegangen. In Deutschland wurde ihre Festnahme im Juni publik, wie der Leser erinnern wird: *Die Bank* schrieb in ihrer Juniausgabe, dass „die flüchtigen Inhaber der failliten Bankfirma G. Loewenberg & Co.“ in Rio de Janeiro verhaftet worden seien. Sie wiederholte damit in Kurzform eine Meldung, die Berliner Blätter am 15. Juni auf ihrer dritten oder vierten Seite gebracht hatten: „Die Wechselfälscher Lewin und Rappaport verhaftet“, „Dr. Lewin verhaftet“, „Lewin und Rappaport verhaftet“. In den Artikeln wurde auch Bilanz gezogen, fünf Monate nach Aufdeckung des Skandals: „Es war eine Schwindelaffäre, so gross, wie sie bisher in der Berliner Bankwelt noch nicht zu verzeichnen war. Die weiteren Ermittlungen, die von der Staatsanwaltschaft I in Berlin geleitet wurden, ergaben schliesslich, dass die veruntreuten Beträge sich auf 5 Millionen Mark beliefen.“¹⁰ Um die Presseschau abzurunden: Der *Völkische Beobachter* titelte antisemitisch („Die jüdischen Wechselfälscher verhaftet“) und die *Rote Fahne* blieb stumm. Denn ihr Erscheinen war bis auf Weiteres verboten.

Vier Wochen später waren die Erwartungen auf schnelle Auslieferung verfloren. Die *Vossische Zeitung* brachte es auf den Punkt: „Um den halben Erdball verfolgt – und doch entkommen.“ Zu lesen war, dass Lewin und Rapoport „durch ei-

ne Verquickung unglücklicher Umstände“ nicht nach Deutschland ausgeliefert, sondern über die brasilianische Grenze abgeschoben wurden. Auch die Vorgesichte war nun bekannt: „Ihre ersten Spuren führten nach Paris, von wo sie dem Untersuchungsrichter mitteilen ließen, sie seien bereit, sich gegen Zusicherung freien Geleits den deutschen Behörden zur Verfügung zu stellen. Erst später stellte sich heraus, dass es sich um ein raffiniertes Ablenkungsmanöver handelte. Während die Untersuchungsbehörden sich über die zu treffende Entscheidung schlüssig wurden, hatten die Flüchtigen längst einen Dampfer nach Südamerika bestiegen.“

Wieso aber wurden sie so bald nach der Ankunft entlarvt? Darauf gab es zumindest zwei Antworten; eine bot die brasilianische Zeitung *O Globo*.¹¹ Demnach hatten Lewin und Rapoport sich in Genua an Bord der „Conte Rosso“ begeben. Dies war ein bekannter Luxusliner, der Italien mit Südamerika verband und nie alt wurde; 1941 traf ihn, zwanzigjährig, ein Torpedo. Das Schiff war geräumig, es bot fast 2400 Passagieren Platz, aber nur 200 hatten Zugang zur Ersten Klasse. Zu dieser rechneten sich die Passagiere Michailides und Riga. Ihre Überfahrt, im Monat April 1929, dauerte knapp zwei Wochen. In Montevideo gingen sie an Land, reisten zusammen mit einem Simon Chor nach Rio und stiegen dort im „Gloria“ ab. Dies war keine bescheidene sondern eine Fünf-Sterne-Wahl. Das Hotel war die Nr. 1 in Rio, lag in der Nähe des Zentrums und noch näher dem Strande. Die Reisenden genossen diese Atmosphäre; sie feierten ihre Freiheit so ausschweifend, dass sie selbst in den Milieus von Flamengo, Copacabana und Ipanema Aufsehen erregten. Dem Hotelpersonal fielen sie auch wegen ihrer dubiosen Herkunft auf.

Die Polizei erhielt Hinweise, recherchierte und verhörte die beiden. Schon bald waren sie geständig, nannten auch ihre wahren Namen, wurden nicht verhaftet, aber weiter beobachtet. Erst als die Polizei von der internationalen Fahndung erfuhr, nahmen Beamte die beiden fest und brachten sie ins Präsidium. Einer der Polizisten kam damit in den *Globo*: Tarquinio de Souza Filho konnte in letzter Sekunde verhindern, dass sich ein verzweifelter Lewin alias Michailides aus dem Fenster stürzte. Zur Auslieferung kam es dennoch nicht; der Verdacht wurde nicht bestätigt und die Verdächtigten frei gelassen. „Geschah dies wirklich wegen Mangels an Beweisen?“ fragte der *Globo*-Reporter mehrdeutig – und erinnerte sich an den Fall eines Isaac alias George Lewin, den die Polizei mit derselben Begründung 1919 auf freien Fuß gesetzt hatte.

Eine zweite Antwort gab die *Vossische Zeitung*, in dem schon zitierten Bericht. „Ein deutscher Bankier in Rio de Janeiro, an den die Flüchtigen unter falschem Namen herangetreten waren, erkannte sie aufgrund einer Fotografie wieder und erwirkte ihre Verhaftung durch die brasilianische Polizei. Der Polizeichef von Rio de Janeiro wandte sich an die Deutsche Gesandtschaft und bat, sich umgehend mit der deutschen Regierung in Verbindung zu setzen, da Brasilien Lewin und Rapoport als lästige Ausländer über die Grenze abschieben würde, wenn nicht sofort Auslieferungsantrag gestellt werde. Da Dr. Lewin und Rapoport nicht deutsche

Staatsangehörige sind, verzögerte sich der Bescheid der deutschen Untersuchungsbehörden und traf eine Stunde zu spät ein. Dr. Lewin und Rappeport waren bereits in einen Zug gesetzt und über die Grenze gebracht worden.“ Das deutschsprachige *Argentinische Tageblatt* hatte tags darauf diese Vorgänge gleichlautend beschrieben, zudem den Namen des deutschen Bankiers genannt: Lothar Steinberg.

War dies die ganze Wahrheit? Oder gab es mehrere Deutungen, wie der *Globo* vermutete? War das Versäumnis schlicht mit der Bestechung unterer Beamter zu erklären, oder musste man nicht doch den Fehler auf mittlerer Ebene zu suchen? Arbeiteten die deutschen Behörden zu langsam und war die *burocracia brasileira* nachlässig? Oder hatte der Fall gar eine politische Dimension? War das zwischenstaatliche Klima 1929 frostig, verweigerten die Brasilianer ihre Mithilfe und behandelten das Auslieferungsgesuch bewusst tropisch? Die *Vossische Zeitung* schloss dies aus: „Von zuständiger Stelle wurde betont, daß es sich bei dem Vorgehen Brasiliens keineswegs um einen unfreundlichen Akt gehandelt habe.“¹²

Dies war nicht selbstverständlich. Schaut man in den Spiegel der deutsch-brasilianischen Presse, so findet man drei Themen, die in diesen Monaten deren Leserkreis bewegten: die anstehende Präsidentenwahl in bedenklicher Wirtschaftslage, die nach 1918 verbliebenen „Kriegsrestfragen“ und der historische Beitrag des „Deutschtums“ zum Aufbau Brasiliens. Um mit dem letzten zu beginnen: für die Deutsch-Brasilianer waren die zwanziger Jahre eine Jubiläumsdekade. Im südlichsten Staat – Rio Grande do Sul – hatten sich deutsche Siedler bereits 1824 niedergelassen, und die Nachfahren dieser Pioniere entschlossen sich zu einer eindrucksvollen Jahrhundertfeier: „Unsern brasilianischen Landsleuten wurde durch jene Feiern, Aufführungen, Festschriften und Zeitungsstimmen das großartige Wirken entrollt, durch welches die eingewanderten Deutschen und ihre Nachkommen dem südlichsten Staate Brasiliens zu seiner heutigen hervorragenden Bedeutung verhelfen. Wohl mancher Brasilianer legte sich in jenen Tagen die Frage vor: was wäre Rio Grande do Sul ohne die ungeheure Arbeit des deutschen Elementes?“¹³

Fünf Jahre später folgten die Jubiläen in den beiden Nachbarstaaten: im März 1929 in Paraná und im November in Santa Catarina. In Blumenau wurde ein Museum der deutschen Einwanderung eröffnet. Lewin und Rappeport kamen also zur rechten Zeit; Migranten aus Deutschland standen in jenen Wochen in hellem Licht. Man gedachte der Vorfahren, würdigte die Leistung ihrer Nachfahren und hieß auch neue Zuwanderer willkommen.¹⁴ Immigration war im Brasilien dieser Jahre ein politisches Thema. Es herrschte Einvernehmen, dass der wirtschaftliche Fortschritt des Landes wesentlich vom Tempo der Besiedlung bestimmt wurde, mit besonderem Gewicht des Südens. Im brasilianischen Parlament kam 1929 ein Gesetzesvorschlag auf die Agenda, mit dem Ziel, die Einwanderung verstärkt zu fördern. Denn traditionelle Immigrantengruppen drohten zu versiegen; dies galt vor allem für Italien, in der Tendenz auch für Portugal und Spanien. Der Einwanderung aus Nord- und Osteuropa kam daher eine besondere Bedeutung zu. Im deutschsprachi-

gen *Ibero–Amerika* heißt es: „Deutsche und Österreicher, danach die Russen, Ukrainer, Polen, Tschechen und so weiter. Alle diese Nationalitäten werden leichter seßhaft, als die Auswanderer aus romanischen Ländern, und die sind auch deshalb vorzuziehen, weil sie ausdauernder sind und die Flinte nicht so schnell ins Korn werfen.“¹⁵

Das zweite Thema, die Frage der Kriegsschulden: In Hamburg und Bremen lagerten bei Kriegsausbruch große Mengen brasilianischen Kaffees, Eigentum des Staates São Paulo. Zu Beginn des Krieges wurde der Kaffee verkauft und der Erlös in Mark auf ein Berliner Konto eingezahlt. Die deutsche Regierung blockierte die Verfügung dieses Kontos bis Kriegsende, erklärte sich danach zur Auszahlung bereit, wollte die Eigner aber nicht dafür entschädigen, dass die Mark inzwischen drastisch an Wert verloren hatte. Genau diese Forderung hatte aber Eingang in den Versailler Friedensvertrag gefunden. Ein zweiter Konflikt ergab sich als Folge des U-Boot-Kriegs im Atlantik. Deutsche U-Boote versenkten 1917 mehrere brasilianische Handelsschiffe. Brasilien antwortete mit der Kriegserklärung und der Beschlagnahme von über 40 Schiffen deutscher Reedereien. Es setzte dabei auf einen Schadensersatz für die Torpedo-Attacken.

Nach dem Krieg war also mehr zu leisten als ein schlichtes Geben und Nehmen. Der Streit schwelte weiter, die zwischenstaatlichen Beziehungen blieben gestört, und der brasilianische Präsident sparte Deutschland bei seiner Europareise aus. Außenpolitische Verstimmung brachte auch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, im Jahre 1926. Es erhielt von Beginn einen Sitz im Sicherheitsrat, gegen die Stimme Brasiliens, das diesen Status selbst vergeblich angestrebt hatte. Das Land kündigte daraufhin seinen Austritt an, den es im Juni 1928 vollzog. Die zweiseitigen Schlichtungsgespräche über die „Kriegsrestfragen“ liefen erst 1929 an. Beide Verhandlungspartner – Deutschland wie Brasilien – zeigten guten Willen, aber die Streitpunkte hatten „viele Jahre lang einen Schatten auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern geworfen“.¹⁶

Hätte Deutschland den Schatten mit ein wenig „Entwicklungshilfe“ aufhellen können? Brasiliens Kaffeepolitik verlangte nach Auslandskapital, die „Verteidigung“ des Kaffeepreises am Weltmarkt war finanzaufwendig. Der Staat nahm weiterhin Überschussmengen aus dem Markt und lagerte sie ein, trieb damit aber den Preis auf eine Höhe, die weltweit zu Neupflanzungen reizte. Nach der Ernte 1928/29 hatte Defesa, das Kaffeeverteidigungsinstitut, schon 9 Millionen Sack in seinen Lagern. Die Ernteaussichten für 1929/30 waren in der Menge ausgezeichnet, preispolitisch aber desaströs, und mit einer weiteren Zunahme der Lagerbestände um 6–7 Millionen Sack war zu rechnen.¹⁷ Wie konnte Defesa dies finanzieren, wenn die USA die entsprechenden Anleihen nicht mehr zeichneten, weil ihnen das Kaffeetrinken zu teuer geworden war? Hätte Deutschland als „Entwicklungshelfer“ die Nische besetzen können? Wohl kaum, denn selbst wenn eine solche Versöhnungsgeste opportun gewesen sein mochte, so verbot sie sich beim Blick auf die

Schieflage der deutschen Zahlungsbilanz ohne weiteren Kommentar. Banken in London, Brüssel und Paris zeichneten im Oktober 1929 eine Defesa-Anleihe über 10 Millionen Dollar.

Fraglich ist, ob es für die brasilianische Regierung in diesen Monaten opportun war außenpolitische Weichen zu stellen und dabei den Fall Lewin/Normano ins Spiel zu bringen. Der Präsident Washington Luís trat in sein letztes Amtsjahr, und auf politische Kontinuität nach dem Wechsel konnte er nicht mit Sicherheit rechnen. Anders als üblich war am Ende der Amtsperiode umstritten, welche Machtgruppe in der Föderativen Republik Brasilien den nächsten Kandidaten vorschlagen sollte. Herkömmlich war dies den Paulistas (Staat São Paulo), dann wieder den Mineiros (Staat Minas Gerais) zugefallen, in regelmäßigem Wechsel. Für die nächste Wahl sollte dies nicht gelten: São Paulo nominierte Julio Prestes, Minas Gerais dagegen Antonio Carlos.¹⁸ Lachender Dritter wurde schließlich im Oktober 1930 Getulio Vargas – nicht ohne „Revolution“ und für lange Jahre. Er kam aus der (nicht-deutschen) Elite von Rio Grande do Sul und war 1928 Präsident dieses südbrasilianischen Staates geworden.

Die deutsche Regierung setzte 1930 die behutsame Wiederannäherung fort. Im März wurde die erste drahtlose Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Rio de Janeiro eröffnet und auf Staatssekretärsbene einmütig als ein Mittel weiterer Verständigung und Annäherung bewertet. Auch die Einrichtung eines kombinierten Schnellpostverkehrs – Schiff plus Flugzeug – passte in dieses Bild. Einen Höhepunkt erreichte diese Politik des technologischen Brückenbaus im Mai, mit der Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff wurde in Pernambuco und Rio mit Begeisterung begrüßt.

Die Machtansprüche des brasilianischen Südens und die Person Vargas sah man in Deutschland mit gewisser Sympathie. Und auch Vargas' gewaltsamen Einstieg ins Präsidentenamt hätte man, als geringeres Übel, wohl ohne größeres Stirnrunzeln hingenommen, wenn es nicht die Beschießung der „Baden“ gegeben hätte. Der deutsche Dampfer war am 24. Oktober in Rio eingelaufen, wo – unerwartet – revolutionäre Unruhe herrschte. Die „Baden“ legte schnellstmöglich wieder ab, aber an der Hafenausfahrt traf sie die Granate eines Krupp-Geschützes der brasilianischen Kriegsmarine. Es gab Todesopfer und Schwerverletzte – und einen erneuten Einbruch in den politischen Beziehungen beider Länder.

Dies waren die großen Themen im deutsch-brasilianischen Verhältnis bis 1930. Gemessen daran ist kaum anzunehmen, dass die brasilianische Regierung dem Fall Lewin/Rappeport eine politische Bedeutung beimaß – anders als es drei Jahre später die US-Regierung tun sollte. Wenn es 1929 überhaupt eine diplomatische Überlegung auf brasilianischer Seite gab, so wohl die, dass ein Abschieben über die südliche Grenze wesentlich leichter zu handhaben war als ein Auslieferungsverfahren nach Deutschland. Denn dieses war rechtlich komplizierter und eventuell auch durch weitere Fälle belastet. Tatsächlich gab es deren vier, und zumindest bei

zweiten lief das deutsche Auslieferungersuchen ins Leere. So nahm – im Falle eines flüchtigen Arzneimittelfälschers – die brasilianische Behörde wie folgt Stellung: Brasilien habe derzeit kein gültiges Auslieferungsabkommen mit Deutschland, das vorherige Abkommen sei durch ein brasilianisches Gesetz im Jahre 1911 unwirksam geworden. Eine Auslieferung sei dennoch prinzipiell möglich, sofern das Verbrechen nach brasilianischem Recht mit mindestens einem Jahr Gefängnis bestraft würde. Im vorliegenden Falle sei diese Bedingung nicht erfüllt.¹⁹

Abschiebung nach Süden: zwar war damit zu rechnen, dass die beiden Delinquenten auch in Uruguay und Argentinien als unerwünscht galten und über die Grenze zurückgeschoben würden. Wo aber wäre dann der Schaden für Brasilien, wäre die staatliche Ordnung gestört? Die beiden würden alles tun, um nicht aufzufallen, zumal sie im Süden als legale Immigranten gelten konnten. Gewitzt wie sie waren, können Lewin und Rappeport ähnlich gedacht haben. Auch mochten sie damit rechnen, dass ihnen eine – nicht nur räumliche – Distanz zwischen den Ordnungsbehörden im Süden und denen des Zentrums zugute kam. Sicherlich hatten die Paulistas die Macht, aber der Süden war erstarkt und wollte den nächsten Präsidenten stellen. Eine solche Machtverlagerung konnte sich nicht nur auf der politischen, auch auf der Behördenebene auswirken. Wenn die deutsche Botschaft ihr Auslieferungsgesuch im Zentrum durchsetzen konnte, so bedeutete dies nicht, dass Justiz und Polizei im Süden des Landes diesem politischen Willen folgen mussten.

Über die Sache schien erstes Gras zu wachsen, dies passte ins deutsche Bild von der südamerikanischen Pampa. Erst im November 1929 nahm die *Vossische Zeitung* den Faden wieder auf. Mit dem Titel „Lewin und Rappeport entkommen“ knüpfte sie an ihren Artikel vom 10. Juli an, nur brachte sie jetzt statt weiterer Aufklärung neue Verwirrung. „Auf Nachforschungen der Berliner Staatsanwaltschaft stellt sich jetzt ein eigenartiger Irrtum heraus. In Rio de Janeiro waren gar nicht Rappeport und Lewin festgenommen worden, sondern zwei ganz harmlose Deutsche, die erst kurze Zeit vorher in Südamerika eingetroffen waren. Trotz ihrer heftigen Proteste wurden sie festgehalten und schließlich nach Argentinien transportiert. Erst in Buenos Aires wurde von den dortigen Behörden dieser Tage ermittelt, daß die Verhafteten nicht die gesuchten Bankiers sind. Von Rappeport und Lewin fehlt nach wie vor jede Spur.“²⁰

Bisher wurde nur die Aufklärungs- und Fahndungsarbeit von Staat und Presse betrachtet, sie hatte nach Anfangserfolgen einen gewissen Tiefpunkt erreicht. Welche Gefahr drohte den beiden Flüchtigen von ihren Opfern, den betrogenen Unternehmen? Als Sachwalter der geschädigten Gläubiger war der Konkursverwalter beauftragt, dem Verbleib der 5-6 Millionen Reichsmark nachzuspüren. Über ein Anwaltsbüro bat er im August das Auswärtige Amt um Unterstützung. Man habe erfahren, dass es Lewin und Rappeport gelungen sei, einen großen Teil der verbrecherisch erworbenen Gelder aus Berlin mitzunehmen. Bei der Festnahme in Rio sei ihnen ein großer Betrag abgenommen und bei der Freilassung wieder zurückgege-

ben worden. War man ähnlich bei der Verhaftung in Argentinien verfahren? Und wie sei ein brasilianischer Zeitungsbericht zu deuten, nach dem die beiden in Rio mit einem gewissen Ernst Schor zusammengetroffen seien, bei dem die Polizei ebenfalls erhebliche Beträge beschlagnahmt habe?²¹

Ob das Amt eine Antwort wusste, lassen die Akten nicht erkennen. Aufschlussreicher ist der Vorgang um einen „Herrn Petersen“ dokumentiert, der am eigentlichen Löwenberg-Fall nicht beteiligt war, sich aber von seiner Mitarbeit eine Prämie versprach. Mitte Februar 1930 informierte er das deutsche Konsulat in der Hafenstadt Rio Grande: er kenne die beiden Gesuchten, habe selbst ihre Verhaftung vor der Wiederabschiebung nach Uruguay bewirkt, sei vor kurzem in der Nachbarstadt Pelotas mit ihnen zusammen getroffen und daher sicher, dass sie sich noch im Lande aufhielten. Falls er von seinen Ministerien die diesbezüglichen Anweisungen erhalte, könne er die beiden erneut festnehmen. Dabei setze er allerdings sein Leben aufs Spiel und werde schon deshalb nur bei entsprechender Belohnung tätig werden.²² Der Konsul in Porto Alegre leitete dieses Anliegen an die deutsche Botschaft. Sie fragte beim Auswärtigen Amt und dieses beim Preußischen Justizministerium an: nein, eine Belohnung sei bislang nicht ausgesetzt. Unter diesen Bedingungen, so ließ der Konsul „vertraulich“ den Botschafter Knipping wissen, werde die Sache wohl im Sande verlaufen.²³

Also wurde der Ball nach Berlin zurückgespielt, und Ende Juni 1930 erklärte sich das Preußische Innenministerium „ausnahmsweise“ bereit, 500 Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Das Zugeständnis erwies sich als wirkungslos, zumal auch die erste Fußball-Weltmeisterschaft der Geschichte, ausgetragen in Montevideo, die Aufmerksamkeit von Botschaften, Konsulaten und Polizei beanspruchte. Fünf Monate nach dem Finale meldete schließlich Knipping dem Amt: „Nach meiner Ansicht bietet die Höhe der ausgesetzten Belohnung jedoch kaum einen genügenden Anreiz und keinen Ausgleich für die Gefahren, die ein Vorgehen gegen Lewin und Rappeport, die über große Geldmittel und zahlreiche ‚Capangas‘ (Söldlinge) verfügen sollen, mit sich bringen würde. Anscheinend wird auf einen erheblichen Teil des seinerzeit durch den Scheckschwindel erlangten Betrages und auf Aussetzung dieser Belohnung durch die geschädigten Banken gerechnet. Lewin und ein Schwager des Rappeport sollen sich in Brasilien befinden, während Rappeport selbst sich in Frankreich aufhalten soll.“²⁴

Weitere drei Monate später, im April 1931, teilte das Justizministerium dem AA mit, dass der Konkursverwalter 1000 Reichsmark zur Verfügung gestellt habe, zahlbar bei Auslieferung der beiden Gesuchten. Bezüglich des möglichen Aufenthalts des Rappeport in Frankreich habe man entschieden, keinen Auslieferungsantrag an Paris zu richten, die Informationsbasis sei unzureichend. Ende Juli 1931 schrieb die Botschaft in Rio, dass eine Ergreifung der beiden bisher nicht gelungen sei, und im März 1932 bestätigte der Konkursverwalter, dass er die bereitgestellten

1000 Reichsmark daher zurück erhalten habe. Die Fahndung verlief sich im Grase der Pampa. Lewin und Rappeport blieben verschwunden.

-
- 1 Politisches Archiv des AA, R 42700 (28.01.1929).
 - 2 Deutsches Kriminalpolizeiblatt 2 (1929) 246, 26.01.29, S. 164; Steckbriefe S. 169.
 - 3 PA AA, R 42700 (18.02.1929).
 - 4 Ebd., (03.06.1929).
 - 5 Ebd., (20.06.1929).
 - 6 Ebd., (12.08.1929).
 - 7 Ebd., (24.09.1929).
 - 8 Ebd., (07.11.1929).
 - 9 Vossische Zeitung 04.04.1929, Nr. 159.
 - 10 Berliner Tageblatt 15.06.1929, Nr. 279.
 - 11 Vgl. O Globo 16.03.1934. Die Zeitung schrieb diesen Artikel als Rückblick.
 - 12 Vossische Zeitung 10.07.1929, Nr. 320.
 - 13 Ibero-Amerika – Mitteilungen über Brasilien Nr. 4, Juli 1929, S. 77.
 - 14 Der Anteil der deutschstämmigen Bevölkerung lag in dieser Zeit in Rio Grande do Sul bei 13% und in Sta. Catarina bei 14%. In São Paulo erreicht er nicht einmal 1%. Vgl. Ibero-Amerika Nr. 6, November 1929, S. 105. Ca. 65 000 Deutsche waren 1917–1927 nach Brasilien ausgewandert.
 - 15 Ibero-Amerika Nr. 5, September 1929, S. 84.
 - 16 Deutsch-Brasilianischer Handelsverband – Kleine Nachrichten, Nr. 8, August 1929, S. 2.
 - 17 Ebd.
 - 18 Vossische Zeitung 08.10.1929, Nr. 474.
 - 19 BA R 901/22897 (Auslieferung von Verbrechern aus Brasilien 1929–1930).
 - 20 Vossische Zeitung 07.11.1929, Nr. 527.
 - 21 PA AA, R 42700 (10.08.1929).
 - 22 Ebd., (13.02.1930).
 - 23 Ebd., (26.02.1930).
 - 24 Ebd., (05.01.1931).

Trotz Steckbrief: von Brasilien über Cuba zum Einstieg in Harvard

Dass Isaac Lewin in die USA gehen würde um dort als J. F. Normano ein drittes Leben zu führen, mag manchem Leser entgangen sein. Wer aber die Anmerkungen nicht auslässt, der weiß es längst – seit dem Zeitsprung in die *New York Times* vom 21. April 1945. Was wussten um 1930 die Fahnder? Man erinnert sich: im Februar 1930 hatte „Herr Petersen“ angeboten, die Verhaftung zügig zu betreiben, und Botschafter Knipping in Rio rechnete noch am Jahresende mit der Auslieferung. Nach seiner Kenntnis war nur Rappeport jenseits der Grenze, dessen Kompagnon und ein verdächtiger Dritter aber noch im Lande.

Ein Jahr später gab es kaum noch Hoffnung auf eine Festnahme in Brasilien. Wohin war Lewin entkommen – vielleicht in die Vereinigten Staaten von Amerika? Bekannt ist, dass sich die US-Administration schon im 19. Jahrhundert bemühte, die auf den Kontinent zurollenden Immigrationswellen zu regulieren und die Daten der Einreisenden zu registrieren. Ein Grenzbeamter an Küste oder Landgrenze könnte also den Namen Isaac Lewin, mit korrektem Geburtsort und -datum, in eine Einreiseliste eingetragen haben. Oder er hätte den portugiesischen Namen Normano, deutsch: Normanne, ins Register geschrieben, mit einem Geburtsort in Brasilien. Aber wo und wann ein solcher Eintrag erfolgt war: hätte ein Fahnder um 1930 dies herausfinden können? Grundsätzlich ja, nur wäre es ihm keineswegs leicht gefallen. Für eine Suche in den USA hätte er viel Zeit und eine behördliche Genehmigung gebraucht. Vor allem aber hätte er wissen müssen, unter welchem Namen Lewin reiste und welche Geburtsdaten sein Pass auswies. Eventuell hätte „Herr Petersen“ ihm dies gesagt, vielleicht aber auch ein brasilianischer Beamter mit Zugang zu einschlägigen Personenstandsregistern. In beiden Fällen wäre eine stattliche Belohnung fällig geworden, für einen Fahnder in behördlichem Auftrag wohl unbezahlbar.

Wieviel leichter wäre eine solche Nachforschung gewesen, wenn das Weben des *Worldwide Web* nicht erst in den 1990ern sondern 60 Jahre früher begonnen hätte? Die Fahnder hätten dann mit Sicherheit auch das Medium der genealogischen Suchmaschinen genutzt. Dieser wachsende Teilmarkt der Informationswirtschaft verdankt seine Entwicklung vor allem einem nordamerikanischen Hobby: der Familienforschung. Wer heute den Baum seiner Familie zeichnen will, geht an dem Portal *ancestry.com* nicht vorbei sondern mitten hindurch. Dies zumindest dann, wenn er Migranten in seiner Familie hat – und wer in den USA hat das nicht?

Eine solche „Recherche“ kann jeder Laie betreiben, auf Knopfdruck und ohne rechtliche Einschränkung. Allerdings setzt die Wahl des Suchworts und die anschließende Eingrenzung ein gewisses Geschick voraus. Trägt der Rechercheur nämlich nur „Isaac Lewin“ in das Suchfenster von *ancestry* ein, so wird er von Resultaten überschwemmt. Setzt er das ihm bekannte Geburtsdatum als Filter, so bleibt der Sammelkorb völlig leer. Versucht er es nun mit dem Namen Normano,

so antwortet *ancestry* mit einer überschaubaren Zahl von Einträgen, entnommen aus den systemisch verknüpften Datenbanken. Bei Flüchtigen oder anderen Vielreisenden interessieren vor allem zwei Gruppen von Digitalbeständen: die *Border Crossings* und die Passagierlisten von Hochseedampfern.

Schon nach einem kurzen Filterprozess zeigt sich, dass tatsächlich ein Brasilianer namens Jovo Federico Normano in die USA eingereist war, zu einer Zeit, als Fahnder aller Couleurs den Isaac Lewin noch in Brasilien vermuteten. Am 23. Februar 1930 ging er in Florida an Land, von einem Passagierschiff, das er auf Cuba bestiegen hatte. Laut Passagierliste war er 39 Jahre alt, von Beruf „Writer“, sprach und las gut Portugiesisch, war von spanisch-amerikanischer Rasse (Spalte: *Race or people*), in Porto Alegre geboren und wohnte in Sta. Ana/Brasilien. Ein zweiter Passagier war nach allem Anschein sein Begleiter: Oscar Mark Isserlin. Er war 12 Jahre jünger als er und verdiente sein Geld als „Merchant“; im Übrigen hatte er dieselben Daten wie Normano genannt. Allerdings gab es einen auffälligen Nachtrag: über „Brazil“ ist in der Spalte *Race or people* handschriftlich das Wort „Hebrew“ eingefügt. Was verband Isserlin mit Normano? Der Leser erinnert sich an den Hinweis auf einen Schwager Rappeports; dieser war nach Rappeports Abreise bei Lewin in Brasilien geblieben. Vermutlich hatten die beiden sich dann um die Jahreswende 1929/30 in Rio Grande nach Havanna eingeschifft und dort die Passage nach Key West gebucht.

Noch eine zweite Einreise Normanos in die USA ist registriert. Er kam am 3. April 1931 im Hafen St. Albans/Vermont an, auf der S. S. Montrose, die vorher in Kanada angelegt hatte. In der Datenbank ist er als „Reverend Joas Frederico Normano“ erfasst. Ein Blick in das Registerblatt zeigt, dass vor ihm ein Edward Harris eingetragen wurde, mit handschriftlichem Zusatz „Rev.“. Es folgt „João Frederico Normano“, mit handschriftlicher Ergänzung „Dr.“. Beim Einspeisen des Registerblatt in die Datenbank wurde aus diesem „Dr.“ ein „Rev.“ und aus dem „João“ ein „Joas“. Nicht ohne Ironie: Dies war keineswegs ein vierter Maskierungsversuch Lewins, sondern ein schlichter Auswertungsfehler.

Die weiteren Einträge, mit Datum des 3. April 1931: Normano wollte sich nur zeitweilig in den USA aufhalten, war 40 Jahre alt, übte den Beruf eines „Economist“ aus, hatte die brasilianische Staatsangehörigkeit und kam aus London. In der Spalte *Race or people* ist handschriftlich „German“ eingefügt, der maschinenschriftliche Eintrag darunter ist durchgestrichen und nicht mehr zu entziffern. Zu lesen ist ferner, dass er vier Wochen zuvor in Liverpool an Bord der Montrose gegangen war und seinen festen Wohnsitz in Rio Grande do Sul hielt. In die folgende Zeile des Registerblatts hatte der Grenzbeamte eine Frau gleichen Familiennamens eingetragen: Berta Normano, ein Jahr älter als Dr. Normano, verheiratet wie er und von Beruf „Housewife“. Sie beherrschte die deutsche Sprache, so wie Dr. Normano des Englischen mächtig war. Auch sie hatte ihr Visum als *Temporary Visitor* in London erhalten. Anders als er kam sie aus russischem Elternhaus, war aber gebo-

ren in der Ukraine. Sie besaß die brasilianische Staatsangehörigkeit und wohnte am selben Ort wie er. Und noch einen zweiten Eintrag hatten die beiden gemeinsam: in England waren sie im März 1931 getraut worden. Vorab hatte Berta sich scheiden lassen, von einem gewissen Isaac Lewin. Ein letzter Blick in die Passagierliste zeigt: Es gab noch einen dritten Brasilianer an Bord, Oscar Mark Isserlin. In der Spalte *Race or people* stand bei ihm „Brazil“, mit handschriftlichen Nachtrag „Hebrew“.

Soweit die seinerzeit von Grenzbeamten erfassten Daten – heute per Knopfdruck, um 1930 aber nur mit beträchtlichen Mühen zu erschließen. Gaben damals andere, uneingeschränkt zugängliche Quellen etwas her, insbesondere die großen US-amerikanischen Tageszeitungen? Ein Jahrgang der *New York Times* lässt sich heute in Sekundenschnelle durchforschen, während die Durchsicht um 1930 wohl schon eine Woche gedauert hätte. Aber immerhin: ab Jahresmitte 1932 wäre ein Detektiv, auf geduldiger Suche nach Lewin/Normano, gleich mehrfach fündig geworden. Im Mai 1932 berichtete *The Christian Science Monitor* über Berufungen und Einstellungen im anstehenden akademischen Jahr der Harvard Universität. Unter den *visiting lecturers* war auch ein „Mr. João F. Normano, Ph. D., Freiburg 1913“. Er werde als „lecturer on economics“ mitwirken.¹

Diese Nachricht zu Normano war bemerkenswert, sagte aber wenig zum fachlichen Profil des Neulings. Seine Bekanntheit in der wissenschaftlichen *community* wuchs erst, als große Zeitungen ihn im Juli und August 1932 als ausgewiesenen Experten für inter-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen zitierten. Mit außerordentlicher Verve war Dr. J. F. Normano in eine Position gelangt, die dieses Image verlieh; er war „Associate Director of the Harvard Bureau for Economic Research in Latin America“. Dieses „Bureau“ an der Harvard University war 1931 entstanden, als An-Institut mit privater Finanzierung. Der Gründungsanstoß war ein neues Verständnis von Panamerikanismus, das Platz gegriffen hatte. Daraus entwickelte sich ein gesteigerter Informationsbedarf und ein neues Marktsegment für wissenschaftliche Politikberatung. Schon kurz nach Institutsgründung trat Normano in diesem Kreise auf: als „Harvard's Delegate to the Fourth Pan American Commercial Conference“.²

In den Folgemonaten nutzte er die Konjunktur und die neue Plattform mit bewundernswertem Geschick. An den amerikanischen Universitäten standen die *summer sessions* bevor, also Programme, die nicht Studenten sondern Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ansprachen. Sie waren eingeladen, in Vortragssälen und an runden Tischen aktuelle Fragen von strategischer Bedeutung zu behandeln. Die Plätze auf den Rednerlisten waren begehrt – sofern die Institution hochkarätig, der Teilnehmerkreis prominent und die Presse präsent war. Schaut man in die diesbezüglichen Berichte amerikanischer Tageszeitungen, so

findet sich der Name Normano gleich mehrfach unter den *lecturers*; seine Expertise war offensichtlich gefragt.

Das Institute of Public Affairs der Universität von Virginia veranstaltete im Juli eine Serie von *sessions*, in denen auch die politischen Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika zur Sprache kamen. Dr. J. F. Normano war eingeladen.³ Er sollte sich zum post-kolonialen Verhalten der United Fruit Company äußern, die Verschuldung lateinamerikanischer Staaten gegenüber den USA analysieren und über das Dreieck Europa-Südamerika-USA sprechen. Innenpolitisch spannend war vor allem das zweite Thema; denn der demokratische Gouverneur Franklin D. Roosevelt schickte sich an, derartige Fragen in den anstehenden Präsidentschaftswahlkampf einzubringen. Viele US-Bürger und Institutionen hatten Anleihen südamerikanischer Staaten gekauft, deren Kurse sich dem freien Fall näherten. Wer war für diese Verluste verantwortlich; hätte nicht die amtierende republikanische Regierung schützend eingreifen müssen? Und war dies nicht auch eines der Probleme, die zu einer Neugestaltung der interamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen drängten? Sollte der Abfluss nordamerikanischen Kapitals in die südlichen Länder gänzlich gestoppt oder strategisch klüger gesteuert werden?

„Dr. J. F. Normano“ empfahl das zweite. Wenn – nicht zuletzt durch US-Investoren – die Industrialisierung in Lateinamerika angeschoben würde, dann sei langfristig auch mit einer Wiederaufnahme des Schuldendienstes zu rechnen. Also müsse die US-Regierung staatliche Regelungen und Anreize schaffen, um der Industrie ihre Investitionen im südlichen Amerika zu erleichtern. „The establishment of a national council to open up the new possibilities for economic development by American industry in Latin America and pave the way for a prosperity which would permit resumption of debt payments.“⁴ Und auch zum dritten Thema – dem Dreieck – äußerte sich Normano prononciert und weitsichtig. Er vertrat die These von einer strategischen Annäherung zwischen lateinamerikanischen und europäischen Nationen, zum Schaden der USA. „The countries of both continents are presenting a united front against inroads by the North American aggressor.“⁵

Ein starkes Presse-Echo fand auch die Konferenz über *Hispanic-American Affairs*, eine mehrwöchige Veranstaltung der George Washington University. Betrachtet wurde die politische, wirtschaftliche und soziale Lage der größeren lateinamerikanischen Länder, auch mit Blick auf den europäischen und nordamerikanischen Einfluss. Der Konferenzleiter, Professor für lateinamerikanische Geschichte, begrüßte die Vortragenden als „the leading scholars in the field of Hispanic-American studies“. Auch wenn er damit etwas hoch griff – Normano kam diese Einschätzung sicherlich zupass. Schon an einem der ersten Tage trat er auf, angekündigt als „Dr. J. F. Normano – Brazilian economist“, und sprach über Potenziale und Wege zur industriellen Entwicklung Lateinamerikas. Er empfahl eine kapitalistische Industrialisierung nach nordamerikanischem Muster und betonte die Notwendigkeit ausländischer Direktinvestitionen, auch aus europäischen Industrielän-

dern. Ordnungspolitisch setzte er nicht auf ein *laissez-faire* sondern auf einen starken Staat. Die südamerikanischen Regierungen müssten den Ausbau der Transportwege massiv vorantreiben und damit schrittweise die Entwicklungsfront von der Küste ins Landesinnere verlagern. Eine beschleunigte Industrialisierung sei der Schlüssel zur letztendlichen Emanzipation vom ausländischen Einfluss.

Der zweite Referent des Tages behandelte die sozial-kulturelle Dimension der lateinamerikanischen Entwicklung. Eine Orientierung an nordamerikanischen Mustern werde wegen der jahrhundertelangen Prägung durch die iberische Kolonialpolitik erschwert. Die südamerikanischen Völker sollten sich auf ihre kulturellen Wurzeln besinnen, in den Andenländern also auf die Kultur und den „Sozialismus“ der Inkas. Der Referent war ein peruanischer Professor, der vorübergehend an der Universität Miami lehrte. Victor Andrés Belaúnde (1883–1966), damals kaum international bekannt, wurde 1958 peruanischer Außenminister, im Folgejahr Präsident der UN-Generalversammlung und später Vorsitzender des UN-Sicherheitsrats.⁶

Hatte Normano auf dieser Konferenz noch der inter-amerikanischen Zusammenarbeit das Wort geredet, wenn auch mit dem Ziel der Emanzipation des Südens gegenüber dem Norden, so schlug er einen Monat später dissonante Akkorde an. „J. F. Romano [sic] at Williamstown Says We Are Viewed as Cat Presiding over Mice“ schrieb ein Sonderberichterstatte der *New York Times*. Er war nach Williamstown/Massachusetts gereist, wo in diesen Tagen das Institute of Politics im Williams College sein zwölftes Treffen abhielt. Seit seiner Gründung 1921 hatte es sich zu einem vielbeachteten Forum für aktuelle politische Fragen entwickelt. Zu den Themen im August 1932 zählte die Außenwirtschaftspolitik der USA. Dabei stellte sich auch in Williamstown die Frage, ob der Panamerikanismus herkömmlicher Prägung noch die politische Grundlage für die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Subkontinenten bilden konnte.

Ein kurzer Einschub: Panamerikanismus ist ein Wort mit vielen Bedeutungen. Allgemein steht es für zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Neuen Welt auf Basis gemeinsamer Interessen. Im engeren Sinne meint es Nord-Süd-, also inter-amerikanische Beziehungen. Aus südamerikanischer Sicht war Panamerikanismus seit jeher asymmetrisch, weil überwiegend von nordamerikanischen Interessen bestimmt. Als deren Ausdruck gilt die Monroe-Doktrin, mit der die USA seit 1823 ein Interventionsrecht in ihrem „Hinterhof“ beanspruchten. Sie sprachen sich das Recht zu, europäische Interessen von Lateinamerika abzuwehren sowie „Ordnung“ in labilen oder ausscherenden Staaten des Südens wieder herzustellen.

Panamerikanismus aus nordamerikanischer Sicht war – auf diplomatischer Ebene – die Vorstellung von einer natürlichen „brüderlichen“ Gemeinsamkeit. Sie war verkörpert in Organisationen wie der Panamerikanischen Union und wurde umgesetzt in politische Vereinbarungen, die auf sogenannten Panamerikanischen Konferenzen gebündelt wurden. Diese herkömmliche Interpretation – unverbindliche diplomatische Flirts, blumige Reden und schnell vergessene Empfehlungen – traf nun

auf ein neues Verständnis von Panamerikanismus, das auf ein gemeinsames Ressourcenpotenzial und dessen praktischer Nutzung unter fairem Interessenausgleich setzte. Primär bot sich dafür der Wirtschaftsbereich an, mit Handelserleichterungen, Vereinbarungen über internationale Finanzierung und Regelungen für ausländische Direktinvestitionen.

Normano teilte dieses Verständnis und war unbescheiden genug, als Vertreter südamerikanischer Interessen in die Debatte einzugreifen. *The New York Times* berichtete: „J. F. Normano, a Brazilian, associate director of the Bureau of Economic Research of Harvard University, declared that while the Pan American Union performed some useful functions, pan-Americanism existed ‚only in Washington‘. The old idea of continentalism was dead. In a frank exposition of the Spanish-American point of view, Mr. Normano said that, while the southern nations were still taking part in the official Pan-American movement, ceaseless opposition was being waged against it. A revolt against the movement is brewing, he said, as it was held to be a ‚useless principle‘ and a ‚dangerous thing‘. [...] the [Pan-American] conferences were those of a ‚congress of mice presided over by a cat‘. The movement was regarded as nothing more than a ‚Pan-Yankee policy‘, or a manifestation of North American imperialism.“⁶ Ihm pflichtete ein chilenischer Diplomat namens Beniamino Cohen bei: „while pan-Americanism as a movement of ‚brotherly love‘ was dead, friendship was being built on economic grounds.“⁷

Damit hatte der unbekannte Harvard-Neuling binnen weniger Wochen ein beachtliches Profil gewonnen. Gegenstimmen von etablierten Panamerikanern dürften diesen Erfolg kaum geschmälert haben. So schrieb José T. Baron, *Chargé d’Affaires* der kubanischen Botschaft, in seinem Leserbrief an die *New York Times*: „I am amazed at the statements attributed to Dr. J. P. Normano of Harvard University at the session of the Williamstown Institute of Politics. I feel certain that he must have been incorrectly reported. [...] The further statement that the Pan-American conferences are a mere manifestation of North American imperialism gives a totally erroneous view of the actual situation. It was my privilege to be one of the officials at the Sixth International Conference of American States which met at Havana, and I feel certain that I express what was in the mind of every delegate when I say that there was no indication of any desire on the part of the delegation of the United States to dominate the conference. On the contrary [...].“⁸ *Times*-Leser mit einem zeitgemäßen Verständnis von Panamerikanismus wird diese Stellungnahme nicht verunsichert haben, im Gegenteil: konnte jemand die Illusion von der „brüderlichen“ Gemeinsamkeit deutlicher in Worte fassen als dieser kubanische Diplomat? Dabei musste man ihm nicht Unredlichkeit unterstellen; vermutlich war er stolz darauf, dass die sechste Panamerikanische Konferenz – 1928 in Havanna – mehr Ergebnisse erbracht hatte als alle vorherigen.

Das Fazit aus dieser Presseschau: J. F. Normano war nach dem Sommer 1932 ein hinlänglicher bekannter Darsteller auf der Bühne des Panamerikanismus. Als

Brasilianer vertrat er die Sache des Südens und als Ökonom tat er dies mit wirtschaftspolitischer Expertise. Er zeigte südamerikanisches Temperament, spielte seine Rolle lieber laut als leise, sprach professionell akzentuiert und eben nicht diplomatisch verblümt. Als Wissenschaftler vertrat er eine renommierte Institution, die ihm die Chance auf eine Professorenlaufbahn eröffnen könnte; zumindest hatte ihn seine Anstellung als *lecturer* auf die Startrampe gehoben. Darüber berichtete auch die Hochschulzeitung *The Harvard Crimson*. In ihrem Artikel vom September 1932 findet sich Normanos Name im zweiten Absatz – in der Gruppe der jungen *visiting lecturers*, die naturgemäß noch im Schatten der Erstgenannten standen. Unter diesen ragte der Ökonom Joseph Alois Schumpeter heraus, „formerly finance minister of Austria.“⁹

Experte für lateinamerikanische Wirtschaftsentwicklung: dieser Ruf konnte Normano nicht zugeflogen sein. Dies setzte eine Reihe von Publikationen in anerkannten Zeitschriften voraus, vielleicht auch eine erste Buchveröffentlichung. Deutlich früher als die Zeitungsrecherche hätte also eine Fahndung in Wissenschaftsblättern auf den Namen Normano führen müssen. Eine bibliographische Suche in *Periodicals Index Online* bestätigt diese Vermutung: Schon im Herbst 1930 hatte der Wissenschaftler erste Spuren gelegt, mit Rezensionen in *Political Science Quarterly* und *American Economic Review*.¹⁰ Offensichtlich waren auch diese Hinweise den Fahndern entgangen.

Ein erster eigener Aufsatz erschien im Januar 1931 in *Harvard Business Review*, über Aktiengesellschaften und Auslandskapital in Rio Grande do Sul. Es folgten Besprechungen von Büchern mit Panamerika-Bezug und über „Shakespeare’s Economics“. Hinzu kamen zwei Artikel zur Geschichte des ökonomischen Denkens: „Carl Bucher: an isolated economist“ und „Cyrano de Bergerac: a neglected Utopian“. Mit dem ersten Beitrag würdigte der Autor einen frühen Lehrer Isaac Lewins in Leipziger Tagen. Und mit dem Aufsatz knüpfte er an Lewins frühe Beschäftigung mit utopischen Sozialisten an, wozu Schultze-Gaevernitz ihn angeregt hatte. In der zweiten Jahreshälfte brachte J. F. Normano auch sein erstes Buch heraus: „The Struggle for South America. Economy and Ideology“. Es erschien in führenden Verlagen: die englische Fassung in London bei George Allan & Unwin, die amerikanische in Boston und New York bei Houghton Mifflin.

Inhalt und Bedeutung dieser Arbeiten kommen weiter unten zur Sprache; hier geht es um die Spurensuche. Was konnte ein Fahnder, der dieses Buch zum „Struggle“ 1931 zur Hand nahm, über den Autor und mögliche Kontaktpersonen erfahren? Aufschluss hätten ihm Normanos Dankesworte geben können, vor allem aber die Einleitung. Clarence H. Haring (1885–1960) hatte sie geschrieben und dabei mit Lob über den Autor nicht gespart. Haring war seit 1923 *full professor* für lateinamerikanische Geschichte und Wirtschaft. Er hatte in Cambridge (Harvard) und Oxford studiert, um 1910 auch in Berlin, und war über Yale zur Harvard Universität zurückgekommen. In Lehre und Forschung konzentrierte er sich auf die

politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens und Brasiliens in neuerer Zeit. Er war Mitbegründer und Direktor des Bureau for Economic Research in Latin America; Normano wirkte dort – wie erwähnt – als *Assistant Director* mit.

Harings Meinung zu Autor und Buch: „Dr. Normano possesses peculiar qualifications for handling the problems involved in this intense international competition for commercial and financial leadership in the South American continent. Born a Brazilian, but trained in the best schools of economic thought abroad, long a resident in Europe and in the United States, he approaches with detachment, and yet sympathetic understanding, the issues, psychological and economic, involved in the attitude both of the ‚seducers‘ and the ‚courted‘.“ Die Einführung schließt mit den Worten: „It is a pleasure to contribute these introductory words to this brilliant and stimulating study. C. H. Haring, Harvard University, April 1931.“ Normano hatte sein Vorwort zum Buch schon ein halbes Jahr früher geschrieben, am selben Ort: Cambridge, Massachusetts. Gedankt hatte er darin Clarence Haring, aber auch „Professor Edwin R. A. Seligman and Professor Harry Elmar Barnes for encouraging my first steps as economist in this country.“ Die Pan-American Union schloss er in seine Dankesworte ein.

Immer angenommen, es wäre jemand um 1930 dem Isaac Lewin auf der Spur gewesen und hätte seinen zweiten Namen gekannt: spätestens in diesem Buch war schwarz auf weiß zu lesen, woher J. F. Normano vermeintlich kam, wie er wissenschaftlich eingeordnet wurde, und welchen Förderern er nach eigenen Worten seinen Einstieg verdankte. Wer mehr über ihn wissen wollte – ohne zunächst Normano selbst anzusprechen – brauchte nur die genannten Personen und Organisationen zu kontaktieren. Den Historiker Harry Barnes hätte er an der New York University angetroffen und dessen Kollegen Edwin Seligman an der Columbia. In Cambridge hätte er auf Normanos Förderer Clarence Haring zugehen können, auch auf seinen Assistenten Edgar M. Hoover, der später selbst einmal Harvard-Professor werden sollte.

Auch im Folgejahr – 1932 – war der Autorenname J. F. Normano vielfach präsent. Sein Buch über den „Struggle for South America“ wurde ausführlich in der *New York Times* und in vielbeachteten Zeitschriften besprochen, wie *American Economic Review*, *International Affairs* und *Ibero-Amerikanisches Archiv*. Normano rezensierte auch selbst, so in *Political Science Quarterly*, *Hispanic American Historical Review* und *Foreign Affairs*. Er wurde bekannt, aber sein wahrer Name blieb unentdeckt. Hatte er sich bis zur Unkenntlichkeit verwandelt? Oder hatten die Fahnder ihr Interesse verloren?

Letzteres lassen die Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes vermuten. Wie erwähnt: zu den Monaten von Anfang 1931 bis Mitte 1932 findet sich dort kaum etwas. Und auch der Inhalt der beiden Vorjahresakten lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Die Fahnder konnten zwar die Spur der Flüchtigen

in Rio aufnehmen, verloren aber mehrfach den Faden und fanden ihn jeweils nur mit heilloser Verspätung wieder. Dichter wird das Aktenbild erst ab Herbst 1932.

-
- 1 The Christian Science Monitor 27.05.1932.
 - 2 Nach eigener Angabe in einem Typoskript, betitelt „The changing world. A study in comparative economics“, das er 1940 in der Library of Congress hinterlegte (mit bio- und bibliographischer Anlage). Auskunft der Manuscript Division der Library of Congress (06.03.2012).
 - 3 Normano war 1930 Institutsmitglied, nach seiner eigenen Angabe in derselben Quelle.
 - 4 Zit. n. The Christian Science Monitor 07.07.1932.
 - 5 Zit. n. The Christian Science Monitor 11.07.1932.
 - 6 Vgl. The Washington Post 13.07.1932 und The Christian Science Monitor 14.07.1932.
 - 7 The New York Times 21.08.1932.
 - 8 Ebd., 31.08.1932.
 - 9 The Harvard Crimson 26.09.1932.
 - 10 Erstere bezog sich auf Immigration(spolitik), letztere auf Panamerikanismus – Themen, die Normano selbst in späteren Arbeiten behandeln sollte.

Enttarnung im Januar 1933

Den Auftakt gibt ein Brief des Deutschen Konsulats Boston an das Auswärtige Amt in Berlin, mit Datum vom 23. September 1932: „Im Bezirke dieses Konsulats lebt eine etwa 44 Jahre alte Persönlichkeit anscheinend russisch-jüdischer Herkunft, die unter dem Verdachte steht, sich eines falschen Namens zu bedienen und in Wirklichkeit ein gewisser Isaac Lewin sein soll, der im Jahre 1928 von den deutschen Behörden wegen schwerer, in Berlin begangener Bankverbrechen gesucht worden sein soll. [...] Der Betreffende scheint nach Amerika von Brasilien hergekommen zu sein und soll sich im Besitze eines brasilianischen Passes befinden. Er wird mir als außerordentlich intelligent und gewandt geschildert, soll aber auch hier bereits betrügerische Manipulationen versucht haben. Er spricht geläufig deutsch, russisch und englisch.“¹ Hinzugefügt ist, dass der Aufenthaltsort des Verdächtigen bekannt sei und die Personenidentität sich prüfen lasse. Man möge ein Foto Lewins aus seiner Berliner Zeit zusenden.

Das Schreiben trägt die Unterschrift des Konsuls, Kurt Wilhelm Viktor von Tippleskirch. Die Antwort erhält er sechs Wochen später vom Untersuchungsrichter am Landgericht Berlin, mit Foto und Bitte um Identitätsauskunft. Auch die Universität Freiburg trägt ein Puzzleteilchen bei: ein Issac Lewin sei dort promoviert worden, nicht aber ein Kandidat namens Normano. Das Bild verdichtet sich zum hinreichenden Verdacht. Das Jahresende erlebt Normano/Lewin noch in Freiheit, am 7. Januar aber meldet die Presse seine Festnahme. „Harvard Lecturer Seized as Forger“ betitelt die *New York Times* ihre Nachricht. Am nächsten Tag bringt sie Einzelheiten über „Lewin’s Career told in Berlin“. Sie schreibt, dass Lewin, von einer Welle der Russischen Revolution nach Berlin getragen, mit seinem Erfolg als Bankier und seinem Auftreten im Berliner Nachtleben erhebliches Aufsehen erregt habe – vor und nach der Inflationszeit. In Berlin gelte er als ein Mann von hoher Intelligenz und ausgezeichnete Bildung, der fließend mehrere Sprachen spreche. Die Bank Löwenberg habe er 1925 für 50 000 Reichsmark erworben.²

Zu dieser Zeit saß der Verdächtige bereits im Gefängnis von East Cambridge und erwartete sein erstes Verhör. Das Ersuchen um Festnahme, zugesandt vom Berliner Untersuchungsrichter, hatte die amerikanische Justiz erfüllt, und der deutsche Konsul hatte dazu maßgeblich beigetragen. Die Presse würdigte dies: „The Consul, Baron von Tippleskirtz [sic] learned that a Harvard lecturer closely resembles Lewin and with the aid of a photograph [...] investigators finally identified Normano as Lewin.“³ Dem United States Commissioner gegenüber hatte von Tippleskirch betont, dass ein größerer Teil der gefälschten Wechsel auch an US-amerikanische Banken gegangen seien.⁴ Er sah voraus, dass das Eigeninteresse der USA an der Auslieferung eine Rolle spielen würde. Der bilaterale Auslieferungsvertrag war erst im Juli 1930 geschlossen worden, das Prozedere somit keineswegs eingespielt.

Im ersten Verhör lässt Normano durch seinen Anwalt erklären, er sei Brasilianer und in Porto Alegre geboren. Er legt die Abschrift einer Geburtsurkunde vor, ausgestellt am 18. Oktober 1929 in Porto Alegre; darnach war er im September 1890 in eben dieser Stadt zur Welt gekommen. Von der ihm vorgeworfenen Bankaffäre, mit Erschwindelung von 750 000 Dollar, wisse er nichts. Er stellt einen Antrag auf Freilassung gegen Kautions, dem der Staatsanwalt mit Nachdruck widerspricht. Denn dies sei ein Fall von internationaler Bedeutung; hier gehe es um die Einhaltung des bilateralen Auslieferungsvertrages, die – angesichts der Fluchtgefahr – nur mittels Untersuchungshaft sicherzustellen sei.⁵ Vorsorglich hat Normanos Anwalt darauf hingewiesen, dass sein Mandant nur eine geringe Kautionssumme würde zahlen können: „Normano earns only a small salary and lives modestly at 103 Aberdeen avenue, Cambridge.“⁶

Die amerikanische Presse verfolgt diese Anhörung aufmerksam, und auch die Londoner *Times* nimmt Notiz, mit Bezug auf den tatkräftigen Konsul: „The German Consul Kurt von Tippelskirch, who caused the arrest of Normano, told the United States Commissioner [...] that Lewin and an associate, Leonhard Rappaport, had spent money obtained by fraud in ‚sumptuous‘ living. He declared that he was positive that Normano was Lewin.“⁷ Die deutsche Presse steht nicht nach; sie meldet die Verhaftung in den Abendausgaben des 7. Januar. Die *Vossische Zeitung* hebt die „langwierigen geheimen Ermittlungen des deutschen Generalkonsuls von Tippelskirch“ hervor und stuft die Geschichte als eine „Köpenickiade sondergleichen“ ein.

Zitierenswert ist der letzte Absatz: „Im Herbst vergangenen Jahres fühlte sich Dr. Lewin bereits so sicher, daß er es wagte, sich mit seinen deutschen Freunden vorsichtig in Verbindung zu setzen. So erfuhren auch die Untersuchungsbehörden, daß Dr. Lewin sich in der Nähe von Boston aufhielt. Wie es ihm gelang, sich als Professor an der Harvard-Universität vorzustellen, ist eine Frage, die noch ungeklärt ist, wahrscheinlich aber einen guten Stoff für einen Lustspiieldichter bieten dürfte. Denn so Groteskes die Kriminalgeschichte zu erzählen weiß: ein in der ganzen Welt als Millionenbetrüger gesuchter Finanzverbrecher als Professor für Nationalökonomie – das hat sie bisher noch nicht verzeichnet.“⁸

Auch das *Berliner Tageblatt* bringt die Neuigkeit in Sensationsaufmachung, spricht von „einer der größten Betrugsaffären der Nachkriegszeit“ und behauptet, dass Lewin „sich fälschlicherweise den Dokortitel zugelegt hatte“.⁹ Ebenso irrt die *Frankfurter Zeitung* in Details; nach ihrer Kenntnis habe Lewin eine „Professur für Nationalökonomie an der Harvard Universität erhalten.“¹⁰ Sie berichtet zudem über die Verhaftung eines zweiten deutschen Bankdefraudanten: Nach Normano/Lewin sei noch ein Mann namens Rappaport in Cambridge verhaftet worden.¹¹ Auch diese Meldung erweist sich als falsch, nur ist dies nicht der Zeitung sondern den Untersuchungsbehörden anzulasten. Tatsächlich heißt der Verhaftete nicht Leonhard Rappaport sondern Oscar Isserlin; er hat das Ehepaar Normano von London bis

Cambridge begleitet und dort Anstellung in einer Pelzwarenhandlung gefunden. Bemerkenswert ist: keine der Zeitungen – einschließlich der zitierten amerikanischen Blätter – spricht bislang von dem „Juden“ Lewin.

Die deutschen Behörden arbeiten jetzt unter Druck. Den Kautionsantrag hat der Untersuchungsrichter abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil das Ehepaar Normano es versäumt hat, die einjährige Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern und somit seit April 1932 illegal im Lande lebt. Aber noch bleibt endgültig zu klären, ob Lewin und Normano dieselbe Person sind. Darüber soll am 24. Januar verhandelt werden, wenn ein aus Deutschland entsandter Identitätszeuge in Boston eingetroffen ist. Ein Schlüssel für die Identität Normanos ist auch die von ihm vorgelegte Geburtsurkunde – ist sie echt? Für die Prüfung bittet Tippielskirch das Konsulat in Porto Alegre um Amtshilfe, und dieses drahtet: „Am 18. Oktober 1929 haben hier nachträglich anscheinend gefälschte Geburtsregistereintragungen stattgefunden, wonach Normano am 5. September 1890 und Nozar [sic] Mark Isserlin am 1. Mai 1902 Porto Alegre geboren. Lewin und Rappaport damals Rio Grande do Sul. Isserlin Freund von Lewin soll Russe und vielleicht Rappaport sein.“¹²

Wie von Tippielskirch erhofft, greift der Staatsanwalt dieses Indiz auf und stuft die Urkunde nun als „nichtssagend“ ein. Normano habe Geburtsdatum und -ort in Porto Alegre angegeben und erklärt, dass seine Eltern Frederico und Maria Normano in Porto Alegre geboren und inzwischen verstorben seien. Bekannt wird, dass nicht er, sondern ein von ihm Bevollmächtigter diese Erklärungen vor dem Standesbeamten abgegeben hat, unterstützt von zwei Zeugen. Von Tippielskirch bemüht sich auch um Aussagen von Harvard-Professoren zu dem Fall, mit begrenztem Erfolg. Sie betonen Normanos hohe wissenschaftliche Qualifikation, erkennen ihn auf dem vorgelegten Foto von Lewin nicht mit Sicherheit wieder und wissen kaum etwas über sein Vorleben.

Wieso nahm Harvard ihn dann mit offenen Armen? Der *Boston Herald* berichtet, dass Normano – nach den in Harvard vorliegenden Informationen – 1890 in Porto Alegre geboren ist, in Deutschland und der Schweiz seine Studienabschlüsse und in Freiburg den Doktorgrad erlangt hat.¹³ Und von Tippielskirch schreibt zur selben Frage an das Auswärtige Amt: „Daß es Normano gelungen war, ohne jede Prüfung seines Vorlebens, ja ohne Prüfung seines Freiburger Doktorgrades, zum Lektor an der Nationalökonomischen Abteilung von Harvard und zum Mitarbeiter am latein-amerikanischen Institut der Universität ernannt zu werden, beruht meinen vertraulichen Nachforschungen zufolge in erster Linie darauf, daß er von Professor Seligman von der Columbia-Universität, der ihn im Winter 1929/30 auf Cuba kennen gelernt hatte, führenden Persönlichkeiten der gelehrten Welt empfohlen und von diesen vertrauensvoll und unbesehen weiterempfohlen worden ist. In einem Briefe, der mir persönlich vorgelegen hat, hat Professor Seligman neuerdings indessen einräumen müssen, daß er über Normano rein gar nichts wisse, als was dieser ihm selbst erzählt habe.“¹⁴

Der Konsul klemmt sich hinter den Fall. Er erfährt, dass Berta Normano im vergangenen November sieben Kisten Haushaltsgüter im Wert von über 16 000 Reichsmark erhalten hat, im selben Monat von Hamburg nach Boston transportiert. Und schließlich gelingt ihm auch die bahnbrechende Entdeckung, die anschaulich nur im Wortlaut wiederzugeben ist. „Um in der Sache vorwärts zu kommen, blieb unter diesen Umständen nichts übrig, als auf die Persönlichkeit zurückzugreifen, die im September zuerst in der Angelegenheit an mich herangetreten war, die ich aber wegen ihrer unerfreulichen Beziehungen zu Normano, wenn möglich, lieber aus dem Spiel gelassen hätte. Es handelt sich dabei um einen Studenten an der Harvard-Universität, der als Normanos Gehilfe an dem erwähnten latein-amerikanischen Institut gearbeitet hat und sich von ihm schnöde und unehrlich behandelt glaubt.

Dieser Student, ein brasilianischer Staatsangehöriger durch Geburt, aus Porto Alegre stammend, das auch Normano als seinen Geburtsort in Anspruch nimmt, hatte, sobald er aus verschiedenen kleineren Anlässen erst einmal Verdacht geschöpft hatte, keine Schwierigkeit, die brasilianische Atmosphäre, die Letzterer um sich zu verbreiten suchte, als Trug und Schwindel zu durchschauen. So war es ihm als geborenem Brasilianer natürlich leicht zu erkennen, daß Normano, was den Universitätsprofessoren entgangen war, überhaupt nicht richtig portugiesisch sprechen konnte. Auf die Vermutung, daß sich hinter Normano eine Persönlichkeit namens Isaak Lewin verberge, will er durch genaue Prüfung der amtlichen Drucksachen der Universität in Freiburg sowie der hier in der hiesigen Bibliothek befindlichen Doktordissertation des Isaak Lewin vom Jahre 1912 gekommen sein, die eine ausführliche Selbstbiographie enthält. Daß Normano-Lewin Gründe habe, sich nicht nach Deutschland zu begeben, ist ihm dadurch wahrscheinlich geworden, daß er bei seinem Aufenthalt in Europa im Winter 1930/31 sorgfältig vermieden hat, dorthin zu reisen, was doch bei seinen vielgerühmten Beziehungen zur deutschen Gelehrtenwelt sonst die natürlichste Sache gewesen wäre.“¹⁵

Namentlich nennen will der Konsul seinen Informanten auch in diesem Bericht nicht. Er betont jedoch, dass dessen Zeugenaussage den U.S. Commissioner letztendlich überzeugt habe, dem Ersuchen des Landgerichts Berlin auf Festnahme Normanos zwecks eventueller Auslieferung zuzustimmen. Nach der Verhaftung habe es dann zwei öffentliche Verhandlungen gegeben, in denen der Verteidiger Normanos, „ein äußerst angesehener hiesiger Rechtsanwalt Judge Cohen“ vor allem versucht habe, Normanos Freilassung gegen Kautions zu erreichen. Der Staatsanwalt war dagegen, der Commissioner indessen offen: Falls Normano ihn befriedigend über seine Identität aufkläre, käme er bei Hinterlegung von 25 000 \$ auf freien Fuß. Ansonsten werde darüber am nächsten Termin, dem 27. Januar entschieden, abhängig von der Aussage des aus Deutschland anreisenden Identitätszeugen.

Die bevorstehende Gegenüberstellung erzeugt Handlungsdruck. Es kommt heraus, dass Normano schon 1930 in Cambridge gewesen ist, um dort Gespräche in der Harvard-Universität zu führen. Die Honorarfrage sei für ihn unbedeutend, habe er damals erklärt, über ausreichende Einkünfte verfüge er. Zehn Tage vor Ankunft des Zeugen bietet Normano an, seine Identität mit Lewin anzuerkennen, falls er nicht in einer Haftzelle, sondern als gewöhnlicher Passagier – überwacht natürlich – nach Deutschland reisen dürfe. Er versucht zudem, einen Teil der ihm gewidmeten Aufmerksamkeit auf einen gewissen José Laurant alias Louis Roll zu lenken, der mit brasilianischem Pass reise und interessante Aufklärungen über den Fall Löwenberg bieten könne.¹⁶ Isserlin sagt aus, dass er Normano auf seiner Europareise als Sekretär begleitet und Berta Lewin in Paris persönlich einen Brief ihres Ehemannes überbracht habe. Diesen habe er damals für einen reichen brasilianischen Reisplantagenbesitzer gehalten; in Berlin, wo er studienhalber in Charlottenburg gewohnt habe, sei er ihm nie begegnet. Und der Eintrag „Lewin Oliva 4509“ in seinem Notizbuch? Der beziehe sich auf ein junges Mädchen, dessen Bekanntschaft er in Berlin gemacht habe. Eine pfiffige, aber kurzlebige Täuschung. Tatsächlich erweist sich der Eintrag als Lewins Telefonnummer, die er in seiner Wohnung nahe dem Olivaer Platz genutzt hat; „Oliva“ ist die dort zuständige Fernsprechstelle.

In den folgenden Tagen läuft nichts für Normano und alles für Tippelskirch. Normano bietet an, seine Identität mit Lewin verbindlich zu erklären, nur wolle er nicht dem Zeugen gegenüberreten. Der Staatsanwalt lehnt ab, und der Identitätszeuge erkennt Lewin am 27. Januar 1933 müheelos; schließlich ist er – Dr. Fritz Driesen – sein leitender Mitarbeiter in der Löwenberg-Bank gewesen. Und ebenso sicher ist er sich, dass Isserlin nicht in Wahrheit Rapoport heißt. Der Zeuge Driesen wird nach Deutschland entlassen und – in Erwartung des formellen deutschen Auslieferungsersuchens – der 10. Februar als neuer Termin bestimmt.

Eine ‚inoffizielle‘ Identifikation hat es schon vor Driesens Auftritt gegeben. Fred Wiehl, ein seit langem wegen Börsenaffären gesuchter Anwalt, in Boston kürzlich verhaftet, bekommt im Verhör – nebenher – ein neueres Foto von Normano vorgelegt; denn auch Wiehl ist ein Mann aus Berlin. Natürlich kenne er diesen Mann: „Yes, that’s Lewin. I knew him very well. My office was next to Lewin’s. He was regarded as a bi banker and a high liver“. Ein bisschen dicker sei er allerdings geworden. Auf diese Wiedererkennung folgt umgehend eine zweite. Während Wiehls Verhör weitergeht, durchquert eine Besucherin den Bürosaal und verschwindet hinter einer Tür. „That’s Mrs. Lewin“, sagt Wiehl. „She has grown a trifle older, but I would recognize her anywhere.“¹⁷

Am 28. Januar hat Lewin auf seinen Wunsch ein längeres Gespräch unter vier Augen mit Tippelskirch, der darüber – „mit der Bitte um vertrauliche Behandlung“ – dem Amt berichtet. Lewin muss ihn beeindruckt haben, denn zwischen den Zeilen des Berichts zeigt sich eine gewisse Anteilnahme am Schicksal des Gesuchten.

Lewin begrüße das Ende der Fahndung, auf ihm habe offenbar in den Jahren der Flucht ein unerträglicher Druck gelastet. Nunmehr entdeckt, sei er bereit, zur Abwicklung des weiteren Verfahrens in jeder Hinsicht beizutragen; die hohen Kosten der Entsendung Driessens bedaure er. Er wolle so schnell wie möglich nach Berlin zurückkehren, und man möge dies auch seiner Gattin gestatten.

Über seinen Beitrag zur Aufklärung habe er sich auch mit seinen Freunden von der Harvard-Universität beraten. „Nur mit äußerstem Widerstreben“ gebe er deren Druck nach, über Rolle und Verbleib seines ehemaligen Kompagnons Rappeport zu sprechen. Dieser sei in der ganzen Angelegenheit „das treibende Element und der Hauptnutznießler“ gewesen. Er besitze jetzt zwei brasilianische Pässe, mit den Namen José Laurant und Louis Roll. In die USA sei er Anfang 1930 gekommen und habe im Herbst zusammen mit seiner Frau eine Wohnung in Brooklyn bezogen.¹⁸

Tippelskirch berichtet abschließend, dass Lewin auf seine Bekanntschaft mit prominenten deutschen Persönlichkeiten hingewiesen habe: Jaeckh, Harms,¹⁹ Schulze-Gaevernitz und Bankier Lehmann, von Delbrück, Schickler & Co. Dass er gute Beziehungen auch zu Harvard-Professoren pflege, habe sich – so Tippelskirch – darin gezeigt, dass gleich drei von ihnen ihn aufgesucht und sich für Normano eingesetzt hätten: die Professoren Gay, Burbank und Haring. Insbesondere letzterer sei dabei hervorgetreten, der beiliegende Brief von ihm, nebst Anlage, bezeuge dies. Die drei setzten sich vor allem dafür ein, dass Lewins Gattin ein vorübergehender Aufenthalt in Deutschland gestattet werde. Er, Tippelskirch meine, „daß die von den drei äußerst angesehenen Harvard-Professoren vorgetragene Bitte immerhin eine gewisse Beachtung“ verdiene, und er fügt hinzu, dass Herr und Frau Lewin in Wahrheit staatenlos seien. Die in deutschen Behörden vorherrschende Meinung, sie könnten sich auf eine nikaraguanische oder brasilianische Staatsangehörigkeit beziehen, sei irrig.²⁰

Am 12. Februar erhält der U.S. Commissioner die aus Berlin zugesandten Beweisunterlagen, und die Botschaft unterbreitet den formellen Auslieferungsantrag. Einem schnellen Abschluss des Verfahrens scheint nichts mehr im Wege zu stehen, zumal auch der zuständige Staatsanwalt auf Vollzug drängt. Indes, bevor Commissioner und Staatsanwalt sich mit den Beweisunterlagen befassen können, ist eine Übersetzung verlangt. Noch vorab muss das Justizministerium sich bereit erklären, die Übersetzungskosten zu übernehmen. Dies alles braucht Zeit, und das Konsulat signalisiert dem Amt „einen gewissen Stillstand“. Der Wind beginnt sich zu drehen; Lewin spürt es und versucht eine taktische Wende. Als der deutsche Konsul einen Tauschhandel vorschlägt – Einreiseerlaubnis für Frau Lewin im Falle der Ausreisebereitschaft von Herrn Lewin – lässt Anwalt Cohen ihn auflaufen.

Mit Eingang der Beweisdokumente, so erklärt er, habe sich die Lage völlig verändert. Die Unterlagen würden den bisherigen Verlauf des Verfahrens nicht etwa rechtfertigen sondern grundsätzlich in Frage stellen. Sein Klient, der die deutsch-

sprachigen Beweisdokumente zum Studium erhalten habe, spreche von einem „völligen Versagen“ des vorgelegten Materials. Und er selbst stimme mit Dr. Lewin überein, dass die Dokumente den erlassenen Haftbefehl in keiner Weise rechtfertigten. Sein Klient müsse umgehend auf freien Fuß gesetzt werden, gegen eine allenfalls mäßige Bürgschaft. Denn: zwar spreche die seinerzeitige Flucht Lewins nach Paris gegen ihn, aber es sei abwegig zu behaupten, dass diese mit den Wechselfällen in irgendeinem Zusammenhang stehe. Das Fluchtmotiv habe sich einzig und allein aus der Zwangslage ergeben, „in die Lewin durch sein Liebesverhältnis mit der Ehefrau des mitbeschuldigten Rappeport geraten sei.“²¹

Lewin geht nun voll in die Offensive. Ein Gerichtsverfahren in Berlin, wie immer es ausgehe, werde ihn nicht daran hindern, nach Harvard zurück zu kehren. Falls er dies jedoch selbst nicht wünschte, würde ihm als Alternative die London School of Economics offen stehen. Das Berliner Gericht werde er von der Wahrheit überzeugen, dass er in der Löwenberg-Bank nur ein Strohmann für Rappeport gewesen sei, sich an der eigentlichen Geschäftsführung überhaupt nicht beteiligt und im Jahre 1928 ohnehin nur selten in Berlin aufgehalten habe.²² Dem Staatsanwalt hält er vor, von Rücksichten gesprochen zu haben, die die U.S.A. dem befreundeten Deutschland schuldeten. Mehr Rücksicht verdiene bei diesen Auslieferungserwägungen doch Brasilien, wo seine Leistungen als brasilianischer Bürger soviel Anerkennung gefunden hätten. Als Beleg für seinen wissenschaftlichen Ruf in Nord- wie Südamerika legt er eine Liste von 33 Persönlichkeiten vor, die ihn „auf das vorteilhafteste kennen und schätzen gelernt haben.“²³

1 PA AA, R 42700 (23.09.1932).

2 The New York Times 08.01.1933.

3 The New York Times 07.01.1933.

4 Vgl. Chicago Daily Tribune 07.01.1933.

5 Vgl. The New York Times 08.01.1933.

6 Boston Herald 08.01.1933.

7 The Times 09.01.1933.

8 Vossische Zeitung 07.01.1933, Nr. 12. Selbst im Fürstentum Liechtenstein greift man zu Superlativen: „Eine Verhaftung, wie sie in der internationalen Kriminalgeschichte noch nicht zu verzeichnen war.“ Liechtensteiner Nachrichten 12.01.1933.

9 Berliner Tageblatt 07.01.1933, Nr. 12.

10 Frankfurter Zeitung 08.01.1933, Nr. 20.

11 Vgl. Frankfurter Zeitung 17.01.1933, Nr. 45.

12 PA AA, R 42700 (14.01.1933).

13 Boston Herald 07.01.1933.

14 PA AA, R 42700 (11.01.1933).

15 Ebd.

16 Ebd. (14.01.1933).

17 Boston Herald 21.01.1933.

18 Das zuständige Amt in Porto Alegre hatte Rappeport bescheinigt, gleich zweimal geboren zu sein: im September 1897 als José Laurant und einen Monat später als Luís Roll. Tatsächlich war er 1895 in Moskau zur Welt gekommen. PA AA, R 42701 (09.03.1933).

-
- 19 Bernhard Harms (1876–1939) gilt als Gründer (1914) des Kgl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, später: Institut für Weltwirtschaft. Die Bekanntheit Harms und Lewin geht vermutlich auf diese Gründungszeit zurück; siehe Kapitel 1.
- 20 Ebd. (31.01.1933).
- 21 Ebd. (17.02.1933).
- 22 Ebd. (21.02.1933).
- 23 So wiedergegeben von Tippelskirch in seinem Schreiben vom 24.02.1933.

Die Referenzen des J. F. Normano

Es lohnt, einen kurzen Blick auf diese Referenzliste zu werfen; die Zusammenstellung ist ebenso aufschlussreich wie verblüffend. Wer vermutet, dass hier unverbindliche Bekanntschaften aufgeführt sind, zusammen mit den Namen einiger wohlmeinender, aber weltfremder Akademiker, der wird eines besseren belehrt. Genannt sind hochrangige Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik. Die Aufstellung beginnt mit 14 Professoren amerikanischer Universitäten, deren Biographien – mehr oder weniger detailliert – noch heute in Nachschlagequellen zu finden sind. Die Bekanntesten seien kurz genannt.

Edwin R. A. Seligman (1861–1939), von der Columbia University, konnte 1933 auf eine vielfältige wissenschaftliche Tätigkeit zurückblicken – von Arbeiten zur Finanzpolitik bis zur Geschichte ökonomischer Lehrmeinungen. Zudem wirkte er als Regierungsberater, so auch in Cuba. Zu seinen engeren Bekannten in Europa zählte Max Weber. Als sein Hauptwerk gilt die *Encyclopaedia of the Social Sciences*, deren Urheber und Herausgeber er war; einzelne Beiträge hat Normano beige-steuert.¹ Für die Bekanntschaft der beiden gab es noch einen dritten Anknüpfungspunkt: auch Edwin Seligman kannte Deutschland. Sein Vater Joseph, Absolvent der Universität Erlangen, war 1837 aus Bayern in die USA gekommen, und Edwin hatte – 25 Jahre vor Lewin – einen Teil seiner Studienzeit in Deutschland verbracht.²

Dies gilt auch für William R. Shepherd (geb. 1871), Kartograph mit Spezialisierung auf lateinamerikanische Geschichte. Nach dem Krieg reiste er 1922 erneut nach Berlin, um eine Reihe von vielbeachteten Vorträgen zu halten. Dazu die *New York Times*: „Berlin University greets Shepherd. Columbia Professor as First American Lecturer Since the War.“³ Shepherd starb in Berlin 1934. Dort könnte er David. P. Barrows begegnet sein, einem Geschichtspräsident seiner Generation (1873–1954). Die *Vossische Zeitung* schrieb im November 1933: „Dem neuen Roosevelt-Professor an der Berliner Universität David Prescott Barrows gab der amerikanische Club [...] ein Frühstück im Hotel Esplanade. [...] Das Auswärtige Amt [...], deutsche Wirtschaft und Industrie hatten ihre Repräsentanten entsandt. Der Ehrengast sprach über: „Japan's Objective in North-Eastern Asia. Seine Ausführungen konnte er auf Grund persönlicher Erfahrungen machen, die er im amerikanischen Expeditionskorps im Jahre 1919 in Sibirien gemacht hat.“ Barrows war ein erfahrener Mann, mit einem Profil, das im „erwachenden“ Deutschland Anklang fand: einerseits Professor – zeitweilig Präsident – der University of California, andererseits Offizier der US-Armee und der Nationalgarde. In Sibirien war er 1918–19 gewesen, als Geheimdienstoffizier in dem Expeditionskorps, das auf Seiten der Weißen Armee in den russischen Bürgerkrieg eingegriffen hatte.

Normano, selbst keineswegs ein „Neoklassiker“, zählte auch einen Vertreter der „Chicagoer Schule“ zu seinen Bekannten. Jacob Viner (1892–1970), in Harvard

unter Taussig promoviert, wurde ab 1925 zum Mentor der frühen „Chicago School of Economics“. Harry E. Barnes (1889–1968) stand 1933, wie Normano, am Beginn seiner Wissenschaftskarriere; an der Columbia University stieg er bald zum renommierten Historiker auf. Später sollte sein Glanz verblassen, weil er die wissenschaftliche Belegbarkeit des Holocaust in Zweifel zog. Leland H. Jenks (1892–1976) war Professor für Ökonomie und Soziologie am Wellesley College. In den frühen Dreißigern galt er als Experte für britische Investitionen in Lateinamerika und für die Entwicklung der kubanischen Zuckerwirtschaft, unter dem Einfluss des US-Kapitals. Die Zuckerinsel hatte er mehrmals für längere empirische Forschung besucht.

Drei weitere Professoren nahm Normano in die Befürworterliste auf, obwohl sie in gewisser Konkurrenz zu den Lateinamerikanisten Harvards standen. Gemeinsam war ihnen, dass sie zu den *collaborators* der Zeitschrift *World Affairs* gehörten, genauer: zu deren Lateinamerika-Kreis. Die traditionelle, der Friedensbewegung verbundene Zeitschrift hatte in ihrem 95. Jahrgang einen speziellen Bereich *Latin America* eröffnet – angestoßen durch das neue Verständnis von Pan Amerikanismus und verknüpft mit Leitideen der Friedensbewegung. In der Begründung hieß es: „There is no line of demarcation between Anglo-America and Latin America. Our western world is composed of twenty-one independent Republics. [...] Each of these twenty-one units is dependent upon the others, economically, politically, culturally. Every one of them has its valuable contributions to make to all the rest, and in each of these fields. [...] Peace, like Charity, must begin at home. Therefore, a major task of the Peace Movement is to promote on our side of the globe, in every practical way, those healing processes of accomodation that flow from acquaintance and enlightened self-interest. It is for this reason that a number of leading specialists in Latin American life are now collaborating in the development of a regular Department in *World Affairs* devoted to Latin America.“

Die Pan American Union begrüßte diese Initiative als „service for the entire continent“. ⁴ Die ersten Artikel in dem neuen *Department* der Zeitschrift kamen von Clarence Haring und von einem Assistenzprofessor der George Washington University. Dieser A. Curtis Wilgus sollte sich in den nächsten Jahren zum faktischen Schriftleiter des Lateinamerika-Teils entwickeln, mit prononcierten Äußerungen zum Vorreiteranspruch des Forschungsstandorts Washington. „Washington as a Center for the Study of Hispanic American Affairs“ betitelte er seinen Beitrag für das Dezemberheft 1933; kurz zuvor war er Direktor des neu gegründeten „Center of Inter-American-Studies of The George Washington University“ geworden. ⁵ Er hob darin die Vielzahl von öffentlichen Bibliotheken und Archiven in der Bundeshauptstadt hervor, nicht ohne die Bedeutung seiner Universität für Forschung und Lehre in der Lateinamerikanistik zu betonen und sein „Center“ herauszustellen. Die Harvard University erhielt in dieser Übersicht keinen zentralen Platz, und auch in einem bibliographischen Übersichtsartikel wurde sie eher am Rande verortet. ⁶ Ei-

nen gesonderten Kurzbeitrag widmete Wilgus der Bibliographie, die das Bureau for Economic Research on Latin America erstellt hatte, auf Initiative und unter operativer Leitung von Normano.⁷

Der Wettbewerb um das Forschungsfeld Lateinamerika – und um die Politikberatung, im Sinne des „enlightened self-interest“ der USA – war also entbrannt. Wilgus’ „Center“ sah Harings „Bureau“ als harte Konkurrenz, wohl auch deshalb, weil dessen faktischer Leiter J. F. Normano ein Profil bot, das perfekt der neuen Wettbewerbslage entsprach. Verlangte diese doch den Nachweis, dass die nordamerikanischen Institute auch lateinamerikanische Wissenschaftler einbezogen, ganz im Sinne der panamerikanischen Gemeinsamkeit: „every one of them has its valuable contributions to make to all the rest.“ Die Beiträge Normanos zur Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas wird Wilgus sicherlich wahrgenommen haben, bedachte sie aber nicht mit Rezensionen in *World Affairs* – wo er ansonsten jede relevante Neuerscheinung auf diesem Feld zumindest erwähnte.

Es passt in dieses Bild, dass Haring nicht ein zweites Mal zum Lateinamerika-Teil der Zeitschrift beitrug und auch nicht in den Kreis der *collaborators* einstieg. Mitglied wurde dort naturgemäß Wilgus, zudem zwei weitere Professoren, deren Namen auf Normanos Referenzliste standen:⁸ Martin und Robertson. Percy A. Martin (1879–1942) galt als der bedeutendste Lateinamerika-Historiker Stanfords, wenn nicht Nordamerikas überhaupt. Wie Seligman zählte er zu den Wissenschaftlern, die einen Teil ihrer Ausbildung in Europa erhalten hatten. Martin hatte in Paris, Berlin und Leipzig studiert, seine Beziehungen nach Europa gepflegt und auch Verbindungen zu Argentinien und Brasilien aufgebaut. Das „Who is who in Latin America“ war sein Werk.

James A. Robertson (1873–1939) zählt zur selben Historiker-Generation. Er arbeitete vor allem über die Geschichte der Philippinen, gewann aber als Mitbegründer und Managing Editor des *Hispanic American Historical Review* auch Ansehen unter Lateinamerika-Historikern. Zum „neuen“ Panamerikanismus bekannte er sich mit *Statements* wie diesem (September 1933): „Now, it is precisely this America of ours – with all its potentialities, ideals, and conflicting cultures – that is the greatest hope of the present-day and future world. It is from the western hemisphere [d. h.: Amerika] that must come the elements which will not only quicken the spiritual forces of this new world but act as a leaven [d. h.: Ferment] to the old. But America can never completely fulfill its mission until it sets its own houses in order and until the twenty-one republics can each regard the others without fear or condescension [d. h.: Herablassung] or arrogance or bitterness.“⁹

Auf diese und weitere Professoren folgen auf der Liste drei Politiker. Der bekannteste von ihnen war Hiram Bingham (1875–1956), großspurig und vermögend. Zeitweilig lehrte er als Historiker in Harvard und Princeton, „entdeckte“ 1911 als Archäologe Machu Picchu und zog 1924 als Republikaner in den US Senat ein. 1929 wurde er dort an den Pranger gestellt, weil er als Assistenten für den Entwurf

eines neuen Steuergesetzes einen Wirtschaftsverbandsfunktionär angeheuert hatte. Bingham wurde nicht ausgestoßen (*expulsion*), aber sein Verhalten wurde in mehrheitlicher Abstimmung missbilligt (*disapproval*), was bislang – seit 1789 – nur dreimal im Senat vorgekommen war. Verurteilt wurde, dass die von dem Lobbyisten vertretene Wirtschaftsbranche, insbesondere aber auch Bingham's eigenes Unternehmen, durch diese Steuerregelung begünstigt worden wäre. 1932 verlor er sein Mandat und hinterließ dennoch nachhaltige Spuren; nach ihm ist ein Mondkrater und die ‚Express-Bahn‘ von Cuzco nach Machu Picchu benannt. Nicht zuletzt: auch die Filmfigur des Indiana Jones, Archäologe und Abenteurer, ist nach seinem Vorbild geprägt.

Der zweite Politiker war William H. King (1863–1949); auch er war Senator, hatte ansonsten mit Bingham aber nichts gemein. Er kam aus Utah, war Mormone, durchlief eine etwas glücklose Zeit als Mitglied des Repräsentantenhauses, vertrat dann aber seinen Staat über viele Jahre im Senat. Und der Dritte: wer war Herbert Feis? Normanos Liste ordnet ihn dem Außenministerium zu, als Wirtschaftsberater. Tatsächlich wurde Feis kurz nach dem Amtsantritt Roosevelts in dessen engsten Beraterkreis berufen, den „brain trust“. Leiter dieses Kreises von sechs bis acht Personen war Raymond Moley, stellvertretender Außenminister.¹⁰ Anzunehmen ist, dass er Feis als zweiten Mann aus dem State Department mitbrachte. Feis wurde später als zeithistorischer Autor bekannt; so schrieb er über das Trio Churchill, Roosevelt, Stalin wie auch über die Potsdamer Konferenz.

Die Namen aus Wissenschaft und Politik der USA füllen die erste Seite von Normanos Liste. Auf der zweiten folgen Persönlichkeiten aus Lateinamerika, allein acht aus Brasilien. Als erster ist José Flores da Cunha (1880–1959) genannt, ein Offizier und Politiker. Er stammte aus einer Großgrundbesitzerfamilie im Süden des Landes und wurde 1928 in den Senat gewählt. Darin vertrat er den Bundesstaat, in dem Isaac Lewin sich bald darauf in sein Alter ego verwandeln sollte: Rio Grande do Sul. Als Getulio Vargas 1930 das Präsidentenamt übernahm, wurde Flores da Cunha sein Nachfolger: als „Statthalter“, später Gouverneur von Rio Grande do Sul. Für wenige Tage war vor ihm Oswaldo Aranha (1894–1960) oberster Staatsmann gewesen, dann hatte der Präsident ihn nach Rio geholt. Aranha war ein Weggefährte und Freund von Getulio Vargas; 1933 wurde er dessen Finanzminister. Im Folgejahr ging er als Botschafter nach Washington und zählte dort zum Freundeskreis Roosevelts. Nach Brasilien kehrte er 1938 zurück und überlebte Vargas, als Minister in wechselnden Ämtern. In Normanos Liste steht sein Name auf Platz zwei.

Seinem „friend Ildefonso d'Abreu Albano“ hatte Normano 1931 im Vorwort seines Buches gedankt, „for his inspiring help and important materials“. Ildefonso Albano (1885–1956) kam aus dem Nordosten, nicht aus dem Süden des Landes. Er war in seinem wechselhaften Leben Unternehmer, Politiker, Lehrer, Kassierer, Richter, Ministerialbeamter und nicht zuletzt Autor. Normano lernte er vermutlich

auf Cuba kennen; dort war er ab 1928 Handelsattaché an der brasilianischen Botschaft und dürfte in dieser Funktion den Zugang zu „important materials“ gehabt haben. In Normanos Liste stand er als „Former President of the State Ceará“. Dieses Gouverneursamt in Fortaleza/Ceará hatte er nur von 1923 bis 1924 ausgeübt. Darauf war ein sozialer Abstieg gefolgt, sein Familienunternehmen lag am Boden, und er wurde niederer Bankangestellter in Rio.

Nach erfolgreicher Zeit in Cuba machte ihn Vargas – im Zuge seiner Förderung der Arbeitsgerichtsbarkeit – zum Mitglied der höchsten Instanz, dem Conselho Nacional do Trabalho. Von dem Arbeitsgericht wechselte Albano ins Arbeitsministerium, leitete dort die Industrie- und Handelsabteilung und war somit auch für das brasilianische Außenhandelsbüro in New York verantwortlich. Dieses „Brazilian Information Bureau“ expandierte in den Enddreißigern kräftig, auch dank Albano. Schon als Gouverneur hatte er amerikanische *Businessmen* für Brasilien interessieren können und mit Erfolg Kapital für den Baumwollanbau in Ceará eingeworben – vom *Wall Street Journal* aufmerksam registriert. In Brasilien wurde er wegen dieses Geschäfts heftig angegriffen; und mit seinem Buch „O Empréstimo Americano“ (Der amerikanische Kredit) versuchte er eine Verteidigung. Das Interesse an Wirtschaftsliteratur – er schrieb auch über die Geißel der *seca*, der immer wiederkehrenden Trockenheit im brasilianischen Nordosten – könnte ihn mit Normano zusammen gebracht haben. Eine weitere Gemeinsamkeit war die Sprache: nicht die portugiesische, die Normano wohl kaum beherrschte, sondern die englische und auch die deutsche, die Albano während seiner Zeit in englischen und österreichischen Internaten gelernt hatte.

Tristão de Athayde (1893–1983) war ein Gelehrter, Literaturkritiker und Mann der Kirche, mit päpstlichem Adelstitel. In der Referenzliste folgen ihm der brasilianische Generalkonsul in New York, der Konsul in Baltimore, der Handelsattaché und die Witwe eines früheren Botschafters. Anschließend ist der – schon erwähnte – Professor Belaúnde genannt, hinzu kommen ein zweiter und ein dritter Peruaner. Der zweite, Francisco García Calderón (1883–1953) war Autor, Diplomat und Sohn einer bekannten peruanischen Familie. Nach dem Tode seines Vaters – für kurze Zeit Staatspräsident – ging die Familie nach Paris. Calderón wirkte dort 1919 bei den Friedensverhandlungen mit, später war er peruanischer Botschafter in Frankreich. Bekannt geworden ist er vor allem durch seine Arbeit über den „yankee imperialism“, die abhängige, postkoloniale Entwicklung lateinamerikanischer Länder. Der dritte Peruaner, Jorge Basadre Grohmann (1903–1980), hatte die deutsche Schule in Lima besucht und Geschichte studiert, um 1933 auch in Deutschland. Später wurde er Direktor der peruanischen Nationalbibliothek und gehörte zwei Kabinetten als Erziehungsminister an.

Die Referenzperson aus Chile wurde schon erwähnt: Beniamino Cohen, Attaché an der Washingtoner Botschaft seines Landes, machte später eine UN-Karriere. Prominente Bekannte hatte Normano auch in Mexiko und Uruguay. Alfonso Reyes

Ochoa (1889–1959), Sohn einer einflussreichen Familie in Monterrey, war Diplomat und hochangesehener Autor. Er schrieb Lyrik, Essays und Erzählungen, war ab 1920 mexikanischer Botschafter in Spanien und Frankreich, später in Argentinien und um 1933 in Brasilien. Baltasar Brum, geboren 1883, war von 1919 bis 1923 Staatspräsident, als erster unter einer neuen Verfassung, an deren Gestaltung er maßgeblich mitgewirkt hatte. Sie sah neben dem Präsidenten ein zweites Exekutivorgan vor, den Consejo Nacional de Administración. Brum gehörte diesem Rat ab 1928 an und war zeitweilig deren Präsident. Mit dem Staatsstreich vom 31. März 1933 löste der Präsident Terra den Consejo und das Parlament auf. Noch am selben Tage erschoss sich Brum auf offener Straße – bestürzt, dass der von ihm erwartete Volksaufstand ausblieb. In Normanos Liste vom Februar 1933 ist er als „President of the National Council“ genannt.

Alle diese Personen hatten Normano kennen und schätzen gelernt. Wann, wo und in welchen Zusammenhängen; welcher Anknüpfungspunkt, welche Gemeinsamkeit hatte den Anstoß für den ersten Brief oder das erste Gespräch gegeben? Gab es Bekannte erster und zweiter Ordnung, letztere durch erstere vermittelt? Gab es nahe und entfernte Bekannte? „Kennen und schätzen gelernt“: war dies eine einseitige Aussage von Lewin oder gab es auch schriftliche Erklärungen auf der anderen Seite?

Eine erste Antwort liegt auf der Hand: überwiegend waren die gemeinsamen Nenner fachlicher Art. Etwa ein Drittel der Referenzpersonen ist auch in den Vorworten zu Normanos ersten Lateinamerika-Büchern zu finden:¹¹ einerseits Wissenschaftler, die mit Anregung, Rat und Kommentaren zum Manuskript halfen, andererseits *resource persons*, denen er für Interviews, Materialbereitstellung und Quellenerschließung dankte. Die meisten amerikanischen Professoren auf der Liste gehören zur ersten, viele der Lateinamerikaner zur zweiten Gruppe. In diese lassen sich Albano und Athayde, die brasilianischen Diplomaten in den USA, aber auch der Berater Herbert Feis einordnen. Eine dritte Gruppe bilden die Personen, denen Normano 1932 bei seinen Vorträgen über Panamerika begegnete, also Belaúnde und Cohen, vermutlich auch einzelne *collaborators* des Lateinamerika-Teils von *World Affairs*.

Ein weiterer gemeinsamer Nenner war der regionale. Gemeint ist: die in Deutschland verbrachte Zeit, vielleicht auch die dort erlernte Sprache, waren Anknüpfungspunkte für den ersten Austausch und das Kennenlernen. Sie haben die Bekanntschaft Normanos mit Albano und Basadre sicherlich begünstigt und die fachliche Beziehung zu Haring, auch zu Martin und Shepherd, um eine persönliche bereichert. Barrows könnte das Gespräch mit Normano gesucht haben, als er die Gastprofessur in Berlin ansteuerte und vorbereitete. Regionale Gemeinsamkeiten gab es auch mit Bezug auf Cuba. Dort sind Seligman und Normano – laut Tippielskirch – sich zum ersten Male begegnet und haben sich über die Entwicklung in Lateinamerika, wohl auch über ihre Jahre in Deutschland ausgetauscht. Und es wäre verwun-

derlich, wenn Normano in Havanna nicht auch auf Albano, damals Handelsattaché an der brasilianischen Botschaft, zugegangen wäre. Denn Informationen über die brasilianische Wirtschaft waren der Wissens-Grundstock, auf dem er seine zweite akademische Karriere aufbauen wollte. Die Deutschkenntnisse könnten als Kommunikationsbrücke gedient haben, eventuell sprach Albano besser deutsch als Normano portugiesisch, wenn auch mit österreichischem Akzent.

Für die allermeisten der Personen ist also ein gemeinsamer Nenner, eine plausible Erklärung für die Bekanntschaft mit Normano gefunden. Weitere Anstöße werden die Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen gegeben haben; denn Normano hatte auch auf diesem Felde viel zu bieten. Er war Mitglied in der American Economic Association, in zwei American Academies of Political Science, in der American Sociological wie auch der Geographical Society, in der Foreign Policy Association und in der Inter-American Bibliographical Association. Nicht zuletzt gehörte er als *Fellow* der Royal Economic Society in London an. Der Kontakt mit Jacob Viner könnte auf dieser Ebene entstanden sein, andere wurden dort vertieft.

Es bleibt die Frage nach dem Motiv von vier namhaften Lateinamerikanern für eine Bekanntschaft mit Normano: Brum, Flores da Cunha, Aranha und Reyes. Zudem fehlt eine Erklärung für die Beziehungen zu den US-Senatoren Bingham und King. Soll die Suche dennoch weiter gehen, so muss man das Plateau der Fakten und plausiblen Annahmen verlassen, sich also in die Tiefen der Spekulation wagen.

Diese führt, ohne große Umwege, zu einer interessanten Gemeinsamkeit aller vier Lateinamerikaner: sie lebten in den Monaten, als Lewin/Normano zwischen Brasilien, Argentinien und Uruguay hin und her reiste, in einem dieser Länder des (weiteren) *Cono Sur*. Und sie hielten Ämter, in denen sie die Fluchtchancen des gesuchten Wechselfälschers erhöhen konnten. José Flores da Cunha besaß starken politischen Einfluss, und er war in Rio de Janeiro und Porto Alegre – den beiden ersten brasilianischen Aufenthaltsorten Lewins – gleichermaßen präsent. Dasselbe galt für Osvaldo Aranha. Beide waren zudem enge Vertraute von Getulio Vargas, der für den Wahlkampf 1930 und für die Begünstigung des eventuellen Militärputschs Unterstützung brauchte – auch in finanzieller Form.

Baltasar Brum war 1929/30 einer der führenden Politiker in Uruguay, als Präsident des Consejo Nacional de Administración. Diesem unterstanden zwar nicht Polizei, Justiz und Militär, aber auf Entscheidungen über Verhaftung und Auslieferung wird er – falls gewollt – dennoch Einfluss gehabt haben. Auch in Uruguay stand in diesen Monaten ein Wahlkampf bevor, den dann Gabriel Terra, späterer Diktator und Gegner Brums, für sich entschied. War nicht auch dieser Wahlkampf zu finanzieren? Schließlich Alfonso Reyes: 1929/30 war er mexikanischer Botschafter, noch in Argentinien oder schon in Brasilien. Normano könnte ihn in Buenos Aires oder Rio auf ein Visum für Mexiko angesprochen haben. Und Hiram

Bingham: kam Normano ihm in Gesprächen über Abenteuerreisen und konspirativ ausgelöste Verdachtskampagnen nahe?

Zurück aus den Tiefen der Spekulation auf die Hochebene der Erkenntnis. Die engste fachliche Gemeinsamkeit bot sich für Normano am gemeinsamen Arbeitsplatz, der Harvard Universität. Nur: warum hat er dann den Kollegenkreis nicht in seine Liste aufgenommen? Die Antwort liegt nahe: dass alle Kollegen ihn kannten, durfte er als selbstverständlich voraussetzen, und das Hervorheben nur einzelner, somit das Weglassen anderer, hätte unerwünschte Fragen ausgelöst. Andererseits war zu erwarten, dass einzelne Befürworter seiner Person dadurch hervortraten, dass sie ihre Wertschätzung offen und ausdrücklich erklärten. Wie schon erwähnt: Konsul von Tippleskirch berichtete am 31. Januar 1933, dass die Harvard-Professoren Haring, Gay und Burbank bei ihm vorstellig geworden waren und sich für Normano eingesetzt hatten.¹² Der damals von den Professoren übergebene Brief ist erhalten; er beginnt mit den Worten: „To Whom It May Concern: The undersigned, members of the Faculty of Arts and Sciences of Harvard University, are glad to subscribe to the following in regard to the sojourn at Harvard of Dr. Isaac Lewin, known to them as Dr. Joao Frederico Normano.“

Offensichtlich war dieses Unterstützungsschreiben vorformuliert und mit der Bitte um Unterzeichnung in den Professorenkreis gegeben worden. Betont werden darin die exzellenten Referenzen des „Dr. Normano/Lewin“, der Anfang 1930 nach Cambridge gezogen sei und seitdem eine brillante *Performance* gezeigt habe. Seine Leistungen beim Aufbau des „Bureau“ werden ebenso gelobt wie die Publikationen. Ausdrückliche Würdigung finden auch sein Beitrag zur Lehre und sein Verhalten im Kollegenkreis: „The work of Dr. Normano (Lewin) with graduate students became so important that in 1932 the Department of Economics felt constrained to accord its recognition by appointing him lecturer with the privilege of conducting a seminar in Latin-American economics. [...] During his sojourn in Cambridge he made many warm friendships, always comported himself with modesty and discretion, and was held by those who knew him in the highest regard.“

Zwei der drei Unterzeichner waren Professoren des Department of Economics: Burbank – zugleich Chairman – und Gay. Haring war Mitglied der Historischen Abteilung. Bemerkenswert ist, dass weitere Mitglieder der Abteilung Economics, unterhalb der Professorenebene, sich mit individuellen Schreiben anschlossen, auch sie mit höchster Wertschätzung für Professionalität, Kreativität, Sozialverhalten, Einsatzfreude und Charakter. Unter ihnen waren Edward S. Mason und Edwin H. Chamberlin, die wenige Jahre später zur Harvard-Crème gehören sollten. Auch zwei Professoren anderer Universitäten gaben Normano ihre Unterstützung. Leland H. Jenks vom Wellesley College schrieb, dass er ihn seit zweieinhalb Jahren kenne und seine intellektuelle Aktivität und Produktivität stets bewundert habe, in Forschung wie Lehre. Sein Fazit: „Dr. Normano has made a positive contribution to the intellectual life of Harvard and the community and has found a place it will be

difficult to fill.“ Und der Stanford-Professor Percy A. Martin zeigte sich überzeugt, dass die Vorwürfe gegen Normano gegenstandslos seien und ihr seit längerem gepflegter wissenschaftlicher Austausch davon unberührt bleibe.

Tippelskirch erwähnte in seinen Mitteilungen nur den offenen Brief der drei Professoren, nicht die individuellen Schreiben. Ob auch diese ihm oder der Botschaft vorlagen, ist nicht bekannt, denn sie sind nicht in den AA-Akten sondern in einer völlig anderen Quelle zu finden. In der Bibliothek der London School of Economics ist ein fünfseitiges *Pamphlet* archiviert, mit dem Titel: „The Case Normano. Normano's Activities in the United States“. Ungenannt bleibt der Herausgeber oder Verfasser, in der Einleitung heißt es nur: „We are in possession of documents and statements issued by Normano's colleagues, chiefs, associates, assistants and students describing his work in the United States and specially at Harvard University since he came first to Cambridge in 1930. We reprint here a short selection of these statements which came spontaneously not only from the United States, but from all over the world and especially from Latin America, including names like the Mexican Alfonso Reyes, Peruvians Victor A. Belaúnde, Jorge Basadre and many others.“¹³

Die abgedruckten Briefe waren zwischen Januar- und Märzmitte verfasst worden. Anschließend an deren *reprint* findet man in der Broschüre eine Liste der neueren Schriften Normanos („Recent publications“), zudem eine Übersicht zu seinen Aktivitäten in den USA seit 1930 und schließlich den Hinweis auf die wissenschaftlichen Vereinigungen, denen er angehörte. Unter den Schriften sind vor allem diejenigen Titel interessant, die als druckfertig, aber noch unveröffentlicht gekennzeichnet sind: „Brazil, A Study in Economics“, „Utopias of American Literature“, „Latin America as a Field for Economic Studies“ sowie die schon genannte Bibliographie zur lateinamerikanischen Wirtschaftsliteratur. Bemerkenswert sind auch zwei Schriften „in preparation“: „Asiatic Migrations into Latin America with Special Regard to the Japanese Penetration“ und „The Economic Ideas of Goethe's ‚Faust‘“.

Wer diese Broschüre verfasst und verteilt hat, wird kaum noch zu klären sein. Sicher aber ist, dass die Initiatoren sie zu Normanos Unterstützung erstellt haben. Und als wahrscheinlich gilt, dass sie in den USA, etwa im März 1933, herauskam und nicht nur ausgewählten Lesern zugänglich war. Anzunehmen ist weiter, dass Leser, die den Fall Normano mit „deutschen Augen“ verfolgten, darüber stolperten, dass unter den „Recent publications“ ein Hinweis auf „Articles – Frankfurter Zeitung“ zu finden war, geschrieben von Normano im Jahre 1930. Für deutsche Behörden, befasst mit Strafverfolgung und Auslieferung, war dies nicht mehr von praktischem Interesse, nicht im Frühjahr 1933. Aber einem Reporter, den es seit Aufdeckung des Falls etwa reizte, die jahrelangen Irrläufe der Fahnder in einer kritischen Reportage oder einem Feature nachzuzeichnen, hätte es verstärkt in den Fingern gejuckt.

Einen kompletten Jahrgang der *Frankfurter Zeitung* zu durchblättern, das gleicht – auf den ersten Blick – der Suche nach der Nadel im Heuschoben. Falls ein Suchender aber wusste, dass Lewin/Normano seine Veröffentlichungsliste gerne mit Nachrufen und Rezensionen streckte, dann hatte er Grund zur Hoffnung. Einen Nachruf hätte Lewin auf Karl Bücher schreiben können; dieser starb im November 1930. Tatsächlich brachte die *Frankfurter Zeitung* eine Würdigung, kurz nach dessen Todestag. Der Verfasser, namentlich genannt, hatte mit Issac Lewin einiges gemein; nach seinem Studium in Freiburg war er 1912 von Schulze-Gaevernitz promoviert worden. Aber er hieß nicht Normano oder gar Lewin, sondern Altschul.¹⁴ Der Ökonom und Philosoph Eugen Altschul lehrte in dieser Zeit an der Universität Frankfurt. Auch ihn sollte es – wie erwähnt – nach Amerika treiben, als er 1933 die *venia legendi* verlor.

Blieb also der Blick auf die Buchbesprechungen, die regelmäßig in der wöchentlichen Literaturbeilage des Blattes erschienen: ließ sich dort ein Beitrag, unterzeichnet mit Normano oder einem erkennbaren Pseudonym, entdecken? Tatsächlich findet er sich schon in der vierten Märzbeilage. Er ist zweispaltig und kaum zu übersehen, bringt aber keine Rezension sondern eine Kritik der Lesekultur in den USA. Genauer: er beleuchtet ein System von Buchauswahl und -vertrieb, das auch in Deutschland seine erste Blütezeit hatte: der Buchklub. Vorreiter waren hierzulande Bertelsmann, Der Bücherkreis und Büchergilde Gutenberg, während in den USA der Book-of-the-Month Club den Markt dominierte. Das Funktionsprinzip ist bekannt: ein Komitee wählt alle 30 Tage ein „Book-of-the-Month“ aus, das der Club dann jedem der mehr als 100 000 Clubmitglieder zusendet – falls nicht der Abonnent rechtzeitig einen anderen Titel bestellt oder ganz auf eine Zusendung verzichtet. Vier Titel im Jahr muss er allerdings abnehmen; die Zahl der jährlich versandten Exemplare liegt also bei einer halben Million, wahrscheinlich sogar darüber. Das Besondere dieses Buchklubs: ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.

Wie gefällt dieses System dem Artikelschreiber? Er lehnt es ab, und seine Kritik endet mit den Sätzen „Durch die auch monatlich versandten ‚News‘ bleibt der Verleger in Kontakt mit der Kundschaft. Aber gleichzeitig wird der Buchhändler ausgeschaltet, seinen Zwischengewinn spart der Verleger. Das Buch ist nur noch Ware. Das persönliche Verhältnis zwischen Buchhändler und Kunden verschwindet, der Kunde wird zu einer Nummer, er ist eine Karte in der Kartothek des Versandgeschäftes. Dem Publikum wird aber nur Ware von bestimmten Firmen angeboten, die zum Konzern gehören. Das Publikum bekommt das ‚richtige‘ Buch, welches auch die andern lesen. J. F. Normano“.¹⁵ Ein mit Bedacht gewähltes und einnehmend behandeltes Thema: es fand das Interesse der Redaktion, sprach vielen Lesern der Literaturbeilage aus dem Herzen und lag abseits der Felder, die der Kommentator bislang in deutscher Sprache bearbeitet hatte. Sein Vorstoß war mutig aber nicht tollkühn: wer sollte hinter dem erst kürzlich kreierte Namen den Wirtschaftswissenschaftler Isaac Lewin vermuten – oder gar einen gesuchten Wechselfälscher?

-
- 1 Zu „Andres Lamas“ u. a., Bde. IX und X.
 - 2 Zu seinen Lehrern zählte Gustav Schmoller. Für die Encyclopaedia nahm er das Handwörterbuch der Sozialwissenschaften zum Vorbild. Unter den 600 beitragenden Wissenschaftlern waren zahlreiche Deutsche. Vgl. Claus-Dieter Kohn: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt a. M. 1987, S. 71 f.
 - 3 The New York Times 02.07.1922.
 - 4 So ihr Generaldirektor in: World Affairs 96 (1933) 1, S. 33.
 - 5 World Affairs 96 (1933) 4, S. 232–234.
 - 6 Vgl. A. Curtis Wilgus: Bibliographical Activities in the United States concerning Latin America, in: World Affairs 99 (1936) 1, S. 45–51.
 - 7 Vgl. The Economic Literature of Latin America. Compiled by the staff of the Bureau for Economic Research in Latin America, Harvard University, Cambridge 1935.
 - 8 Die folgenden biographischen Notizen sind aus Internet-Quellen zusammengestellt.
 - 9 James A. Robertson: The Future Bases of Inter-American Relations, in: World Affairs 96 (1933) 3, S. 173–176, hier S. 173.
 - 10 Vgl. The New York Times 27.04.1933, S. 16.
 - 11 The Struggle for South America (1931), Brazil – A Study of Economic Types (1935).
 - 12 PA AA, R 42701 (31.01.1933).
 - 13 Die Broschüre trägt den Stempel: British Library of Economic Science, Pamphlet Collection P 32295.
 - 14 Vgl. Frankfurter Zeitung 18.11.1930, Nr. 860.
 - 15 Frankfurter Zeitung 23.03.1930, Literaturblatt Nr. 12.

Auslieferungsverfahren und Außenpolitik

Nach diesem Blick auf J. F. Normanos einzigen Artikel in deutscher Sprache kehrt die Handlung zurück zum Prozess um seine Entlarvung und Auslieferung im Frühjahr 1933. Zur Erinnerung: in der zweiten Februarhälfte hatte ein unerwarteter Aufwind eingesetzt und Normano geholfen, sich aus seiner Resignation zu befreien. Der letzte Prozesstag wurde mit Spannung erwartet und endete mit einem überraschenden Rückschlag für Normano. Tippelskirch berichtete dem Amt unverzüglich, vielleicht etwas vorschnell: das seit dem 6. Januar schwebende Verfahren habe am 4. März schließlich doch ein befriedigendes Ende gefunden. Der Commissioner hatte in seinem Beschluss die Identität des João Frederico Normano mit Isaac Lewin festgestellt, das Vorliegen ausreichenden Verdachts im Sinne der deutschen Beschuldigung bestätigt und Lewin selbst dem zuständigen U.S. Marshal zur formellen Auslieferung an die deutsche Justiz überantwortet.

*Hitlers Machtergreifung als *Normanos Chance**

Zwar hatte Lewin daraufhin beantragt, dass vor der endgültigen Auslieferung noch das Außenministerium den Fall prüfen möge. Tippelskirch gab diesem letzten Verteidigungsakt jedoch wenig Chancen. Seine Einschätzung, dass der Fall nun abgeschlossen sei, begründete er auch damit, dass Lewin offenbar nicht bei allen Wirtschaftsprofessoren in Harvard Unterstützung fand. Der Konsul hatte einige Tage zuvor mit Schumpeter und Taussig gesprochen, die sich eindeutig von den Sympathien distanzieren, die einige Kollegen, insbesondere Haring, für Lewin zeigten. Dessen Behauptung, er werde jederzeit nach Harvard zurückkehren können, bezeichnete Taussig als „eine kolossale Unverschämtheit“ – so Tippelskirch.¹

Beide hatten sich geweigert, den offenen Brief zur Unterstützung Normanos zu unterzeichnen. Offiziell hatte die *Harvard University Gazette* vom 25. Februar gemeldet, dass Normano von seiner Stellung als *lecturer* zurückgetreten sei. Die Universität habe dies mit Wirkung zum Semesterende angenommen. Weniger klar war, ob Normano noch seine Stelle im Bureau for Economic Research in Latin America besaß. In der *Hispanic American Historical Review* war Anfang Februar zu lesen, dass dieses Institut, in voller Funktion seit dem Hochschuljahr 1931/32, vor kurzem ein Programm vorgelegt hatte. Darin war Normano zweimal genannt: mit einem Buch „Brazil. A Study in Economics“ und der Literaturübersicht „Economic Literature on Latin America: A Bibliography“. Beide Titel seien „ready for press“.²

Am Tag nach der Entscheidung des Commissioners wurde im Deutschen Reich gewählt. Bis dato hatte es zwischen der politischen Entwicklung in Deutschland und dem Auslieferungsverfahren allenfalls einen schwachen Zusammenhang gege-

ben. Nach der Reichstagswahl am 5. März galt das Gegenteil. Ein Paradoxon der Geschichte: angesichts seiner unmittelbaren Bedrohung kam dem Juden Isaac Lewin die Machtergreifung des Judenhassers Adolf Hitler gelegen. Die ihm verbliebenen rechtlichen Möglichkeiten, unter Normalbedingungen minimal, erweiterten sich nach dem 5. März beträchtlich. Darauf zu setzen, war nicht illusionär; denn ein politischer Klimawechsel, der dieses Potenzial in Aktion brachte, lag in der Luft. Würden jüdische Kreise in den USA, würde die Regierung die „Durchführung der Rassenpunkte des Nationalsozialistischen Programms“ widerspruchlos hinnehmen? Und war der Fall Normano/Lewin nicht eines von vielen Beispielen, an dem ein allgemeiner Protest gegen den nationalsozialistischen Rassismus festgemacht werden konnte? Isaac Lewin tat in dieser Konstellation einen entscheidenden Schachzug: er bekannte sich erstmals offen zu seinem „jewish origin“.

Die Proteste gegen den Antisemitismus der Hitler-Regierung beginnen schon kurz nach der Wahl, und sie werden zur ersten großen Aufgabe für Goebbels' just gegründetes Propagandaministerium. Deutschland in der Welt als Zielscheibe der „Auslandshetze“: dieses Bild zeichnen die deutschen Medien ab der dritten Märzwoche. Aus ihrer Sicht ist die ausländische Berichterstattung über das erwachende Deutschland lückenhaft, falsch und vielfach eine systematische Hetze. Getragen werde die Kampagne von jüdischen Kreisen, vor allem in den USA und England. Eine amtliche Erklärung, von der deutschen Presse verbreitet, verweist „alle solche Gerüchte in das Reich der Fabel“,³ bleibt aber wirkungslos.

Kurz nach der Glorifizierung des „Tags von Potsdam“ greift die NS-Propaganda das Thema „Greuelhetze“ auf und geht in die außenpolitische Offensive. Die bürgerliche Presse hält sich anfangs noch zurück und betont, dass die mit Gegendarstellungen geführte Abwehr bereits Wirkungen zeige. Aus Sicht der *Vossischen Zeitung* „ist in dem größten Teil der ausländischen Presse eine gewisse Beruhigung eingetreten“, und die „ernsthafte Auslandspresse“ habe sich an der Verbreitung von Unwahrhaftigkeiten ohnehin nicht beteiligt. Zwar gebe zu denken, dass „sich die Agitation gegen Deutschland keineswegs auf sozialistische und jüdische Kreise des Auslands beschränkt“, aber: „soweit die internationale Propaganda gegen Deutschland sich auf offenbar erfundene Greuelmärchen und böswillige Übertreibungen stützt, wird sie an ihrer eigenen Unwahrhaftigkeit zugrunde gehen.“⁴ Zwei Tage später, am 27. März, schreibt das Blatt: „Massenaktion angekündigt – Goebbels bei Hitler“, stellt diesem Artikel aber relativierend einen zweiten zur Seite: „Der Abwehr-Feldzug hat gewirkt. Beginnende Beruhigung im Ausland.“ Im Text heißt es: „Die Ankündigung der Massenaktion [...] erfolgt in einem Augenblick, wo die von amtlicher und führender privater Seite energisch in Angriff genommene Abwehr der ausländischen Hetzkampagne ihre Erfolge zu zeitigen beginnt.“⁵

Die „Massenaktion“ aber ist beschlossen; denn Goebbels hat am 26. März in sein Tagebuch notiert: „In der Nacht fahre ich nach München und von dort nach Berchtesgaden, wohin der Führer mich gerufen hat. Er hat sich oben in der Ein-

samkeit der Berge die ganze Situation reiflich überlegt und ist nun zum Entschluß gekommen. Wir werden gegen die Auslandshetze nur ankommen, wenn wir ihre Urheber oder wenigstens Nutznießer, nämlich die in Deutschland lebenden Juden, die bisher unbehelligt blieben, zu packen bekommen. Wir müssen also zu einem groß angelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland schreiten. Vielleicht werden sich dann die ausländischen Juden eines Besseren besinnen, wenn es ihren Rassegenossen in Deutschland an den Kragen geht. Pg. Streicher wird zum Leiter der Aktion ernannt.“⁶

Der *Völkische Beobachter* macht die Aktion tags darauf zum Top-Thema; geplant ist ein „Gegenschlag gegen die jüdische Greuel-Propaganda.“ Diesen Schlag soll die Partei führen, nicht die Regierung. Wie auf dem Obersalzberg beschlossen „wird nunmehr die nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Greuel- und Boykotthetze gegen Deutschland in schärfster Form aufnehmen.“⁷ Anzeichen für eine Beruhigung in der Auslandspresse kann das Parteiorgan nicht erkennen; vielmehr sieht es auf amerikanischer Seite den „jüdischen Weltkampf gegen Deutschland“ entfacht. Für diese Schlagzeile am 28. März gibt es einen unmittelbaren Anlass: die Massendemonstration am Vortag in Manhattan, zu der sich mehr als 50 000 Menschen im und am Madison Square Garden versammelt haben, eine „große Judenkundgebung“.⁸

Außenminister von Neurath hat vergeblich versucht, diesen Protest auf diplomatischem Wege abzuwenden.⁹ Stattdessen bildet sich nun der deutsche Volkswille in „geordneter“ Form; es ergehen „Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykott-Komitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland.“ Und „das Volk“ will noch mehr, es geht aus der Abwehr in die Offensive: „Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach sofortiger Einführung des *numerus clausus* für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden.“¹⁰ Am 31. April erkennt der *Völkische Beobachter* erste Erfolge, die amerikanische Presse schlage insgesamt ruhigere Töne an, aber die jüdische Hetze gehe weiter. Die Antwort gibt „das deutsche Volk“ am Sonnabend, dem 1. April: „Ganz Deutschland boykottiert die Juden. Planmäßige und wirkungsvolle Durchführung des Abwehrkampfes im gesamten Reich. Die Disziplin des erwachten deutschen Volkes strafft die Greuelhetze Lügen. Ein SS-Mann von einem Juden hinterrücks erschossen.“

„Die jüdische Weltmacht weicht zurück“, ist aber noch nicht in die Schranken gewiesen. Die Partei hat beschlossen: der Boykott wird am Sonnabend mit „voller Wucht und eiserner Disziplin“ durchgeführt und dann für zwei Tage ausgesetzt. „Falls bis dahin die Greuelhetze im Ausland absolut eingestellt ist, erklärt sich die N.S.D.A.P. bereit, den normalen Zustand wiederherzustellen.“¹¹ Diese Bedingung sieht Streicher am 3. April erfüllt, schließt aber nicht aus, dass das Zentralkomitee

– falls erforderlich – die örtlichen Aktionskomitees anweisen wird, den Boykott wieder aufzunehmen.

Was hatte sich in diesen Wochen in den USA ereignet? Was waren die Anstöße für die Protestbewegung, was brandmarkte und forderte sie, und wer setzte die Zeichen? Wichtigste Trägerorganisation in der Anfangsphase war der American Jewish Congress, geleitet von dem Präsidenten Bernard S. Deutsch und dem Ehrenpräsidenten Stephen S. Wise. Beide luden zu einem Treffen jüdischer Gruppen am 19. März ein und fanden dort breite Zustimmung für ihren Vorschlag, am 27. März eine Protestversammlung im Madison Square Garden zu veranstalten.¹² Den Beschluss übermittelten sie umgehend dem stellvertretenden Außenminister William Phillips, und sie drängten ihn in diesem Gespräch, bei der deutschen Regierung wegen der Bedrohung von Juden vorstellig zu werden. Namentlich nannten sie Theodor Wolff, Georg Bernhard, Max Reinhardt und Alfred Kerr.¹³ Das State Department sagte zu, von der Botschaft in Berlin einen Lagebericht einzuholen.

Am 20. März kamen auch die führenden Vertreter der anderen Großorganisationen zusammen: American Jewish Committee und B'nai B'rith. Ergebnis des Treffens war eine Erklärung, die noch am selben Tage dem Präsidenten Roosevelt zugeleitet wurde. Die Leiter der beiden Organisationen, Cyrus Adler und Alfred M. Cohen, legten dem Präsidenten nahe, angemessene diplomatische Zeichen in Berlin zu setzen und wirksame Schritte zur Unterstützung der Juden in Deutschland zu unternehmen. Bemerkenswert ist ein Zusatz dieser Erklärung: „Such efforts must at the same time be intelligent and reasonable. Prejudice [(antisemitische) Vorurteile] must not be fought merely with appeals to passion and resentment, however justified passion and resentment may be.“¹⁴

Die drei Organisationen zogen nicht am selben Strang. Einig waren sie sich im Ziel, uneinig in den Mitteln. Der American Jewish Congress hielt die Ereignisse in Deutschland nicht für ein kurzes antisemitisches Aufschäumen im Rausch der Machtergreifung. Er sah darin vielmehr den Beginn einer systemimmanenten Verfolgung und Verdrängung der deutschen Juden. Die amerikanische Regierung betrachtete er in dieser Frage als unzureichend informiert; er setzte nicht auf diplomatische Zwischentöne, mit abwartender Beobachtung, sondern auf umgehende und ausdrückliche Missbilligung der Vorgänge. Um dies zu erreichen, müssten die jüdischen Organisationen gezielt Druck ausüben, nicht zuletzt auf das State Department, und sie dürften auch Mittel wie Massendemonstrationen und Kettenbriefe nicht scheuen.

Mit Blick auf die betroffenen deutschen Juden war diese Einschätzung nicht selbstverständlich; denn es gab nachdrückliche Mahnungen aus Deutschland, dass Proteste der Straße die gegenwärtige Drangsal nur steigern und die Zukunft der Juden in Deutschland noch unsicherer machen würden. So bat Ernst Wallach, Vizepräsident des Centralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und zu dieser Zeit in den USA, die Veranstaltung im Madison Square Garden abzusagen

oder zumindest in den Reden „sich jeder Aufreizung des Gefühls der Zuhörer gegen Deutschland“ zu enthalten.“¹⁵ Diese Linie verfolgte offenbar auch das State Department. Kurz vor der Massenversammlung sandte Außenminister Hull ein Telegramm an Wise, Deutsch und Adler, und informierte sie, dass die Botschaft in Berlin den erwünschten Bericht über die Lage der Juden zugesandt habe. Die Antwort klang beruhigend: zwar seien Juden körperlich stark misshandelt worden, doch dürfe man diese Phase als nahezu abgeschlossen betrachten. Hitler habe die Gefolgsleute seiner Partei zu Recht und Ordnung aufgerufen, und: „The feeling has been widespread in Germany, that following so far-reaching a political readjustment [sic] as has recently taken place, some time must elapse before a state of equilibrium could be reestablished. [...] Meanwhile I shall continue to watch the situation closely with a sympathetic interest [mitfühlendem Interesse] and with a desire to be helpful in whatever way possible.“¹⁶

Zur Veranstaltung im Madison Square Garden kamen dennoch mehr als 50 000 Menschen. Die Halle war ebenso überfüllt wie einige Straßen in den umliegenden Blocks; die Polizei drängte die Menge zurück. Als Redner traten Wise und andere Mitglieder des American Jewish Congress auf, aber auch Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter; sie hatten sich dem Versammlungsauf Ruf angeschlossen. In weiteren Großstädten der USA gab es ebenfalls Proteste. In Baltimore forderte der genannte Senator William H. King, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen, falls die Judenverfolgung anhielte. In Boston kamen 5000 Juden zu einer Versammlung, auf der eine Massendemonstration in der folgenden Woche angekündigt wurde.¹⁷ Am 30. März gab es in derselben Stadt ein *protest meeting* im Massachusetts Institute of Technology. Weitere Veranstaltungen an Hochschulen folgten in der ersten Aprilhälfte – mit auffallend geringer Beteiligung der Professorenschaft.¹⁸ Isaac Lewin wird diese Ereignisse aufmerksam verfolgt haben, wenn auch nicht in Anwesenheit. Er saß weiterhin in Untersuchungshaft, festgehalten im East Cambridge Jail.

Das American Jewish Committee und B'nai B'rith hielten sich von den Massenaufläufen fern und begründeten dies mit einer gemeinsamen Erklärung, verfasst von Adler und Cohen. Darin betonten sie, dass der Antisemitismus weiterhin eine reale Gefahr für die deutschen Juden darstelle, dass Mittel wie Boykott, Massenversammlungen und Demonstrationen ihnen aber nicht helfen würden – im Gegenteil. Entschieden wandten sich Adler und Cohen gegen einen Protestmarsch, zu dem der American Jewish Congress für den 10. Mai aufgerufen hatte – dem Tag der angekündigten Bücherverbrennungen im Reich. Dieser werde, wie gleichartige Veranstaltungen, nur als Ventilöffnung für den Ausbruch von Emotionen wirken. Die wirklich konstruktive Hilfe für die Verfolgten werde dadurch nur beeinträchtigt; zudem könnten die Verfolger die lauten, emotionalen Proteste leicht für eigene Propaganda nutzen.¹⁹

Im Zeichen der Boykottvorbereitungen in Deutschland sprachen Wise und Deutsch noch einmal mit Phillips. Die *New York Times* überschrieb ihren Bericht darüber mit: „Washington Urged to Block Boycott. – Decision Is not Reached“.²⁰ Für Phillips war dies ein bewegter Tag. Wise und Deutsch erschienen noch ein zweites Mal, und wiederum wurden keine Gesprächsergebnisse an die Presse gegeben. Die *New York Times* mutmaßte, dass die amerikanische Regierung Einfluss nehme – „quietly and in neighborly fashion“ – um den Boykott am 1. April noch abzuwenden. Cordell Hull hatte die Haltung seiner Regierung auf die oben zitierte Formel gebracht: man verfolge das Bedrängnis der deutschen Juden mit mitfühlendem Interesse und dem Wunsch, in jeder möglichen Art hilfreich zu sein. Ein öffentlicher, politischer Druck auf die Hitlerregierung erschien unangemessen; mehr Erfolg versprachen informell übermittelte Botschaften mit allerdings deutlichem Inhalt. Eine aktuelle Gelegenheit dafür bot ein weiteres Treffen, das Phillips an diesem 30. März hatte: er verabschiedete den deutschen Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron. Begleitet wurde dieser vom Botschaftsrat Leitner, der zwischenzeitlich die Amtsgeschäfte führen sollte. Phillips könnte diese offizielle Vorstellung des Botschaftsvertreters genutzt haben, ihm informell die Meinung seiner Regierung zum Boykott mitzugeben, zur Übermittlung an das Auswärtige Amt.²¹ Der aus seinem Amt scheidende Botschafter konnte diese Aufgabe nicht übernehmen. Er war am 16. März zurückgetreten, als Ausdruck seiner Distanz zur Hitler-Regierung.²²

Auf derselben diplomatischen Linie folgte drei Tage später ein Telefongespräch Hulls mit dem US-Botschaftsrat und Geschäftsträger Gordon am Brandenburger Tor. Das State Department ließ verlauten, dass der Außenminister damit seine Zusage erfülle, die weitere Entwicklung antsemitischer Kampagnen aufmerksam zu beobachten. Gesprächsergebnisse wurden offiziell nicht mitgeteilt; nur die *New York Times* glaubte erfahren zu haben, „that the situation was not unduly alarming and there appeared to be no serious sign of trouble, while the boycott of the Jews had passed off relatively quickly.“ Das State Department halte dementsprechend unter gegenwärtigen Umständen an seiner Politik des Schweigens fest.

Die Skizze dieser Geschehnisse in den ersten vier Wochen lässt erkennen, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen schon kurz nach dem 5. März im Zeichen gegenseitiger Anschuldigung standen: Antisemitismus versus Greuelhetze. Allerdings war dies primär ein Kampf zwischen Parteipropaganda einerseits und Kampagne des American Jewish Congress andererseits. Auf der Regierungsebene stand eher die Reaktion, nicht die Aktion im Vordergrund. Dies gilt vor allem für die amerikanische Seite; die Roosevelt-Regierung wollte keine schnelle, durchgreifende Entscheidung. Sie setzte einerseits auf das Eigeninteresse der Hitler-Regierung an *law and order*, und sie wollte nicht schon in ihren ersten Monaten in den Ruf geraten, sich einer gesellschaftlichen Gruppe gegenüber allzu willfährig zu verhalten. Die Hitler-Regierung wollte demonstrieren, dass sie sich auf Dauer einrichten

und nicht als Übergangslösung dienen wollte. Dafür musste sie innen- wie außenpolitisch Stärke zeigen, ihre Massenbasis als Machtpotential verfügbar erhalten, gleichzeitig sich aber das Gewaltmonopol durch „Wiederherstellung“ von Recht und Ordnung sichern. In diesem Sinne strebte auch sie den schnellen Übergang zu „normalen Verhältnissen“ an, auf den die US-Regierung mit ihrer Politik des Schweigens setzte. Und die auswärtigen Dienste? Sie waren auf beiden Seiten an Kontinuität, an stabilen Beziehungen interessiert, schon um ihr eigenes Terrain vor dem Eindringen lautstarker Akteure ohne professionelle Zuständigkeit zu schützen.

Was bedeutete all dies für den inhaftierten J. F. Normano, dem – als Jude eingestuft – die Auslieferung an Nazi-Deutschland bevorstand? War dieser Einzelfall ein Sonderfall? Aus Sicht der amerikanischen Regierung allemal, denn anders als Max Reinhardt oder Alfred Kerr war er nicht ein Opfer von Unterdrückung, sondern seit 1929 verdächtig, wirtschaftskriminelle Handlungen begangen zu haben. Die amerikanische Justiz hatte diese Vorwürfe geprüft und für ausreichend befunden. Es blieb allein die Besorgnis, dass er nach dem 5. März 1933 in Deutschland kein faires Verfahren mehr erwarten konnte. Aber wie ließen sich diese Bedenken auf Fakten zu gründen, und wie konnten sie der deutschen Seite vermittelt werden? Die Auslieferung Lewins zu verweigern war für das State Department in dieser Situation alle andere als opportun. Sie wäre Wasser auf die Mühlen der NS-Propaganda: wo bitte werde denn die Unabhängigkeit der Dritten Gewalt beschnitten, im Deutschen Reich oder in den Vereinigten Staaten von Amerika?

- 1 PA AA, R 42701 (17.03.1933).
- 2 The Hispanic American Historical Review 13 (1933) 1, S. 120 f.
- 3 Vossische Zeitung 14.03.1933, Nr. 123.
- 4 Vossische Zeitung 25.03.1933, Nr. 144.
- 5 Vossische Zeitung 27.03.1933, Nr. 146.
- 6 Ralf G. Reuth (Hg.): Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945, Bd. 2: 1930–1934, München 1992, S. 786.
- 7 Völkischer Beobachter 28.03.1933, Nr. 87.
- 8 Völkischer Beobachter 29.03.1933, Nr. 88.
- 9 Vgl. Eckart Conze et al.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 27.
- 10 Völkischer Beobachter 28.03.1933, Nr. 87.
- 11 Völkischer Beobachter 02.04.1933, Nr. 92/93 (4 Zitate).
- 12 Vgl. Stephen H. Norwood: The Third Reich in the Ivory Tower, New York 2009, dort: „Anti-Nazi Protest in the United States During the Early Months of the Third Reich“, S. 12–29.
- 13 Vgl. The New York Times 22.03.1933.
- 14 The New York Times 21.03.1933.
- 15 Frankfurter Zeitung 28.03.1933, Nr. 235.
- 16 The Washington Post 27.03.1933. Vgl. Cyrus Adler and Aaron Margalith: With Firmness in the Right. American Diplomatic Action Affecting Jews 1840–1945, New York 1977, S. 365 f. Dort sind – anders als im Artikel der Washington Post – Adler und Cohen als Telegrammempfänger genannt.
- 17 Vgl. Boston Daily Globe 27.03.1933.
- 18 Vgl. dazu S. Norwood, S. 16 f.
- 19 Vgl. The New York Times 28.04.1933.
- 20 The New York Times 31.03.1933.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. E. Conze et al., S. 37.

Non Habeas Corpus Meum: Erste Wende im Prozess

Wie ist der Stand im Verfahren Lewin/Normano zu Beginn des April 1933? Als Lewin am 4. März auf weitere Schritte gegen die Beschlussfassung des Commissioners verzichtet, da ist dies nicht Selbstaufgabe sondern der Einstieg in ein kühnes Manöver. Man glaubt, er streiche die Segel, tatsächlich richtet er sich auf eine kräftige Brise ein. Denn zwei Restchancen zur Wende, bislang kaum nutzbar, können ihm nach dem 5. März zum Durchbruch verhelfen. Zum einen hofft er auf den Schutz des *Habeas Corpus Act*, mit anderen Worten: auf ein für ihn positiv verlaufendes Haftprüfungsverfahren. Die Gefahr, daß er als Jude in einem zunehmend rassistischen deutschen Staat keinen fairen Prozess erhalten würde, könnte ein amerikanisches Gericht zu dem Urteil bewegen, dass in diesem Falle der Auslieferungsvertrag keinen Haftgrund vorgebe, Normano also freizulassen sei. Die zweite Chance sieht Lewin darin, dass seine Anwälte das Verfahren systematisch verzögern und die Überschreitung der gesetzlichen Auslieferungsfrist erreichen. Diese Doppelstrategie verspricht Aussicht auf Erfolg, verlangt aber nach einer Verstärkung des Rechtsbeistandes.

Folglich erhöht Lewin die Zahl seiner Anwälte auf vier; der bekannteste unter ihnen ist William G. Thompson. Er hat früh die Harvard Law School absolviert, dort auch gelehrt. Mit seinen 69 Jahren ist er ein verdienter Senior, mit Vorstandserfahrung im renommierten Bostoner Anwaltverein. Von 1924 bis 1927 hat er Ferdinando Sacco und Bartolomeo Vanzetti verteidigt, in einem der bewegendsten Mordprozesse des Jahrzehnts. Dies hat ihn bekannt und umstritten gemacht, hat ihm Beifall auf der einen, Stirnrunzeln bis Hass auf der anderen Seite eingetragen. Zum Außenseiter ist er damit nicht geworden; als Mitglied des Klubs Phi Beta Kappa ist er mit der Bostoner Prominenz gut vernetzt.¹

Seit dem 4. März liegt die Sache Lewin/Normano in den Händen des State Department; die Auslieferung muss bis zum 7. Mai erfolgt sein, andernfalls ist der Beschuldigte freizulassen. Er hat, wenig beachtet, noch am letzten Verhandlungstag in Boston darum gebeten, dass vor einer endgültigen Auslieferung das Außenministerium den Fall prüfen möge. Tippelskirch hat dies für belanglos gehalten; denn er hat den politischen Ablauf – oben skizziert – nicht vorhersehen und nicht ahnen können, dass Normanos Bitte dem State Department durchaus gelegen kommen würde. Phillips akzeptiert, am 11. März, das Ersuchen und gewährt Normanos Anwälten zwei Wochen, um schriftlich ihre Sicht darzustellen. Sie präsentieren ihre Eingabe erst am 28. März, einen Tag nach der Protestversammlung im Madison Square Garden. Die Kernaussage lautet, dass es zentralen amerikanischen Rechtsprinzipien widersprechen würde, einen Juden in der gegenwärtigen Lage an die deutsche Justiz auszuliefern.

Im April bringt das Preußische Justizministerium ein unerwartetes Licht in ein früheres Verfahren: die Scheidungssache Lewin gegen Lewin. Das Urteil ist am 23.

Dezember 1930 in Berlin verkündet worden: „In der Ehesache der Frau Berta (Berthe) Lewin, geborene Spivakowski in Paris, 50 rue Claude Terrasse, Klägerin [...] gegen ihren Ehemann, den Bankier Isaac Lewin [...], jetzt unbekannten Aufenthalts, hat die 27. Zivilkammer des Landgerichts III in Berlin [...] für Recht erkannt: Die Ehe der Parteien wird geschieden. Der Beklagte trägt die Schuld an der Scheidung.“ Unter „Tatbestand“ wird sodann ausgeführt: „Die Parteien haben sich am 25. Juni 1920 zu Charkow miteinander verheiratet, leben aber seit Anfang 1929 voneinander getrennt. [...] Der letzte eheliche Verkehr hat im Sommer 1928 stattgefunden. Beide Parteien besitzen die Staatsangehörigkeit der Republik Nicaragua. Die Klägerin hat [...] folgendes vorgetragen: der Beklagte habe sie offenkundig verlassen; er habe, nachdem seine Wechselfälschungen bei den Strafbehörden angezeigt worden seien, die Klägerin zurückgelassen, ohne sich um ihren Unterhalt zu kümmern; er sei auf seiner Flucht nach dem Auslande von einer Dame begleitet worden, mit der er schon längere Zeit Beziehungen unterhalten habe.“²

Weiter heißt es im Urteil, dass die Beweisaufnahme sich auf die Aussage zweier Zeugen stütze, und dass für die Entscheidung auch die Voraussetzungen nach dem Zivilrecht von Nicaragua gegeben seien; das Verhalten des Ehemannes müsse als eine „schwere Beleidigung“ im Sinne des nicaraguanischen Gesetzes angesehen werden. Das Justizministerium sendet dem Auswärtigen Amt eine Kopie des Urteils, nicht ohne im Begleitschreiben Zweifel an Verfahren und Entscheid zu äußern. Wie man heute wisse, hätten Klägerin und Beklagter sich ein zweites Mal geheiratet, und dies schon im März 1931 – zehn Tage nach Rechtskrafterlangung des Urteils.³ Es sei „anzunehmen, daß die Scheidung lediglich zu dem Zwecke durchgeführt ist, der Ehefrau gleichfalls den falschen Namen des Angeschuldigten ‚Normano‘ zu verschaffen.“⁴ Man werde prüfen, ob etwa eine strafbare Begünstigung Lewins vorliege.

Ob strafbar oder nicht – das Gericht hat geirrt und damit Lewin unvertretbar begünstigt. Das Rechtsempfinden ist verletzt. Aber die Waage der Justitia scheint wieder in Balance zu kommen; denn am 1. Mai unterzeichnet der Secretary of State in Washington den Auslieferungsbefehl, auszuführen vom zuständigen U.S. Marshal in Boston. Vier Tage später hat Hull ein Treffen mit dem deutschen Botschafter. Diese Aufgabe nimmt seit kurzem Hans Luther wahr, parteilos und früher Stresemann nahestehend. Sein vorheriges Amt als Reichsbankpräsident hat nach dem Willen der Nationalsozialisten Hjalmar Schacht übernommen. Das Gespräch im State Department dreht sich allgemein um die Lage der Juden in Deutschland und um den zunehmenden Druck auf die US-Regierung, in dieser Frage tätig zu werden. Im unmittelbar anschließenden Treffen informiert Under Secretary of State Phillips den Botschafter, dass Lewin in der nächsten Woche aufs Schiff gebracht werden könne, in diesem Falle aber politische Schwierigkeiten zu erwarten seien, da in amerikanisch-jüdischen Kreisen gegen die Auslieferung agitiert werde. Wolle

die deutsche Regierung eventuell erwägen, den Auslieferungsantrag zurückzuziehen?

Luther informiert den Reichsminister sofort, gibt zu bedenken, dass die Lage der US-Regierung schwierig sei, da prominente Juden führende Staatsstellungen einnähmen. Sollte man die deutsch-amerikanischen Beziehungen derart mit einem Fall belasten, bei dem weder die Person noch die Straftat eine entsprechende Bedeutung besitzen? Das Beharren der deutschen Seite auf Auslieferung sei selbstverständlich, allerdings könne man bei passender Gelegenheit eine mündliche Erklärung zur fortwährenden Objektivität der deutschen Rechtsprechung geben und damit der amerikanischen Regierung entgegenkommen. Die erwartete Anweisung bekommt Luther eine Woche später: der Antrag werde nicht zurückgezogen, und Lewin werde in dem Gerichtsverfahren selbstverständlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen behandelt, unabhängig von seiner Rassenzugehörigkeit. Von dieser deutschen Entscheidung, abgestimmt zwischen Justiz- und Außenministerium, erfährt die amerikanische Seite erst, als Phillips den Botschafter am 27. Mai ausdrücklich darauf anspricht. Bei zwischenzeitlichen Besuchen Luthers im Außenministerium ist das Thema nicht zur Sprache gekommen. Lewin ist weiterhin in Haft.

Vier Tage später erhält Luther vom State Department den Auslieferungsbefehl, mit Unterschrift vom 1. Mai. Eine ausführliche Begleitnote erläutert die fortbestehenden Bedenken; der deutsche Botschafter wird nachdrücklich gebeten, seiner Regierung die Erwartung der amerikanischen Regierung auf ein faires Gerichtsverfahren im Sinne des Auslieferungsvertrages nahezubringen. Luther weist daraufhin von Tippelskirch an, die Auslieferung zu veranlassen. Bewusst lässt er die Begleitnote unbeantwortet; auch bestätigt er nicht deren Eingang. Tippelskirch übergibt den Auslieferungsbefehl am 2. Juni dem U.S. Marshal in Boston; er möge Lewin an Bord des Lloyd-Dampfers Columbus bringen, der tags darauf von Brooklyn nach Bremen abgehen werde. Der Marshal nimmt den Befehl entgegen, lehnt es aber ab ihn auszuführen; rechtlich sei er dazu nicht mehr in der Lage. Zeitgerecht haben Lewins Anwälte am 31. Mai ihre Trumpfkarte gezogen und den Antrag auf Habeas Corpus gestellt.

Der amerikanischen Regierung, weiterhin unter innenpolitischem Druck, kam diese Entwicklung nicht ungelegen. Auf der diplomatischen Ebene konnte sie nun auf die Unabhängigkeit der Justiz verweisen. Allerdings drohte ihr die Gefahr einer Zwickmühle. Sie musste damit rechnen, dass das Gericht auf Haftentlassung nach Habeas Corpus entschied, weil Lewin in Deutschland kein fairer Prozess gemacht würde. Danach stünde, wie in jedem Auslieferungsfälle, das letzte Wort dem State Department zu. Dieses hatte sich zum Grundsatz gemacht, immer dann nicht zu intervenieren, wenn das Gerichtsurteil nach dem *Habeas Corpus Act* getroffen wurde.

Im vorliegenden Falle hieß dies: einerseits würde das State Department hinnehmen, dass das Gericht auf Haftentlassung entschied und damit die Rechtmäßigkeit deutscher Gerichtsverfahren in Frage stellte, andererseits aber würde es an dem

Auslieferungsvertrag festhalten wollen. Die deutsche Regierung würde dies mit Sicherheit als widersprüchlich kritisieren und der amerikanischen Seite Vertragsbruch vorwerfen. Entschiede sich aber das State Department für die Auslieferung, so wäre die Regierung einem verstärkten innenpolitischen Druck ausgesetzt. Dies war die Zwickmühle im Falle einer Haftentlassung nach Habeas Corpus. Ideal einfach – aus Sicht des State Department – war dagegen der Alternativfall, in dem das Gericht sein Urteil nicht nach Habeas Corpus traf sondern mit der Nichteinhaltung der Verfahrensfrist von zwei Monaten begründete.

Der innenpolitische Druck: er wäre noch wirksamer gewesen, wenn es nicht die strategischen Differenzen zwischen jüdischen Organisationen gegeben hätte. Als Reaktion riefen jüdische Geistliche offen dazu auf, den Kampf gegen die Judenverfolgung in Deutschland mit vereinten Kräften zu führen.⁵ Der American Jewish Congress setzte weiterhin auf öffentlichen Protest und fand damit am 10. Mai – dem Tag der Bücherverbrennungen in Deutschland – massenhaften Zuspruch. Zur Protestveranstaltung in New York kamen 100 000 Teilnehmer. Sie dauerte sechs Stunden; die lange Rednerliste schloss einen General, einen früheren Außenminister und Kirchenvertreter ein. Am selben Tage gingen in Chicago 50 000 und in Philadelphia 20 000 Juden auf die Straße.⁶

Eine auffällig regierungsnahe Position nahm in Fragen des Protests der Orden B'nai B'rith ein. Dies erwies sich auch auf der ordentlichen Versammlung seines *District One* (Neuengland-Staaten und Kanada) im Mai 1933. Die Teilnehmer verdammteneinerseits die Antisemitismus-Politik der Hitler-Regierung in aller Schärfe („without parallel in modern history“) und dankten andererseits dem Präsidenten und dem State Department ausdrücklich „for their ‚sympathetic interest‘ in the plight of German Jews“. Sie erklärten ihr vollstes Vertrauen, dass auch die Roosevelt-Regierung der traditionellen US-amerikanischen Politik folgen werde, den Opfern von Unterdrückung beizustehen, „whoever and wherever they may be.“⁷ Bezogen sie darin auch den Fall des J. F. Normano ein, der – als Isaac Lewin – dem Orden einmal angehört hatte und ihm vielleicht immer noch nahestand? Dass auch über ihn am Rande der Konferenz gesprochen wurde, ist angesichts der Publizität seines Falls wahrscheinlich.

Die höchste Aufmerksamkeit erhält der „Normano Case“ naturgemäß in Boston, der *Boston Daily Globe* schreibt von Januar bis März 1933 fast wöchentlich über den Fall. Im Juni häufen sich neue Berichte, mit den Titeln: „Normano Fears Trial by Nazis“ (1. Juni), „Prepare for Legal Fight over Normano“ (2. Juni) und „Hearing Postponed on Normano's Case“ (6. Juni). Das gerichtliche Haftprüfungsverfahren nach Habeas Corpus ist angelaufen, eröffnet am 5. Juni von James Arnold Lowell, dem zuständigen Richter. Er gehört zu einer der ersten Familien Bostons, den „Boston Brahmins“. In sein Amt als Bundesrichter am U. S. District Court für Massachusetts ist er 1922 gekommen. Nun steht er in seinem 65. Lebensjahr. Einen schnellen Verlauf nimmt das Verfahren unter seinem Vorsitz nicht; auf Antrag der

Verteidiger verschiebt er die Verhandlungen mehrfach. Von Tippelskirch bezweifelt seine Eignung: vertraulich habe er erfahren, dass Lowell mit *dementia senilis* behaftet sei.⁸

Während die Anwälte sich also um Lähmung des Verfahrens bemühen, gibt es auf der Regierungsebene eine bemerkenswerte Initiative: Präsident Franklin D. Roosevelt bittet die deutsche Regierung, ihn über den Fortgang des Verfahrens gegen Normano und dessen Auslieferung auf dem Laufenden zu halten, da er immer wieder auf den Fall angesprochen werde. Philipps, der diese Bitte am 7. Juli in der deutschen Botschaft vorträgt, stellt die Auslieferung von Normano in den nächsten Tagen in Aussicht. Zuständigkeitshalber fragt das Auswärtige Amt beim Preußischen Justizminister nach, ob er dem amerikanischen Präsidenten die Erfüllung seines Informationswunsches zusagen kann. Die Antwort gibt der Staatssekretär Dr. Roland Freisler: „Auf Wunsch des Präsidenten Roosevelt erkläre ich mich bereit, in der Strafsache gegen Lewin Durchschläge der über den Fortgang des Verfahrens hier eingehenden Berichte dem Auswärtigen Amt laufend zur Verfügung zu stellen, damit dieses in der Lage ist, die Regierung der Vereinigten Staaten, soweit es dies für erforderlich erachtet, auf dem Laufenden zu halten.“⁹

Präsident Roosevelt hatte angemerkt, dass er immer wieder auf den Fall Normano angesprochen werde. Namen nannte er nicht, und auch in anderen Quellen finden sich kaum direkte Hinweise auf Fürsprecher, die sich für Normano auf der politischen Ebene einsetzten. Lag dies auch daran, dass man sich dessen wahrer Identität und des Verfahrensausgangs nicht sicher war, folglich nicht ausschloss, eventuell selbst kompromittiert zu werden? Der *Boston Daily Globe* berichtete nach dem ersten Verhandlungstermin, dass Vertreter des Staates Massachusetts im Kongress einige Anfragen aus Boston erhalten hätten. Man hatte sie gebeten, sich in Washington gegen die Auslieferung einzusetzen. Die Abgeordneten (auch Senatoren?) hatten das Ersuchen weiter geleitet, ans Weiße Haus und ans State Department. Die Namen der Fürsprecher und der Adressaten blieben im Zeitungsartikel ungenannt. Vom State Department kam die wohl erwartete Antwort: man halte sich an die vereinbarten Regeln der Auslieferung, mit der Ausnahme, dass in diesem Falle das State Department den Deutschen Botschafter um die Zusicherung gebeten habe, dass Dr. Normano mit einem fairen Prozess rechnen könne.¹⁰

1 Vgl. den Nachruf in: The New York Times 13.09.1935. Phi Beta Kappa ist eine traditionsreiche akademische Ehrengesellschaft in den USA; zu den Mitgliedern zähl(ten) US-Präsidenten (wie Bill Clinton), oberste Richter (wie Felix Frankfurter, s. u.) und Nobelpreisträger (wie Paul Samuelson, s. u.).

2 PA AA, R 42701, zit. aus den Akten 27.R.1740/30 des Landgerichts III Berlin.

3 Dies hatte die Botschaft in Washington zwischenzeitlich aus London erfahren. Vgl. PA AA, R 42701 (20.03.1933).

4 PA AA, R 42701 (19.04.1933).

5 Vgl. The New York Times 03.05.1933 und 23.06.1933.

6 Vgl. ebd., 11.04.1933 und S. Norwood, S. 20 f.

-
- 7 The New York Times 30.05.1933.
8 PA AA, R 42701 (01.06.1933).
9 PA AA, R 42701 (14.07.1933).
10 „Bay State Delegation Asked to Aid Normano“. Boston Daily Globe 08.06.1933.

SELMA's Fürsprache und Freislers Amtshilfe

Zu erwähnen bleibt noch eine zweite Fürsprache, geschrieben in denselben Tagen, in Form eines Telegramms aus Boston. Der Adressat ist „Alfred Lehman“ in Berlin, seit 1922 Teilhaber der bekannten Privatbank Delbrück, Schickler & Co. Der Absender bleibt ungenannt, übermittelt wird nur seine Kabeladresse: SELMA. Der Text ist zitierenswert: „BEG YOU AS OLD FRIEND PROTECTOR OF LEWIN NORMANO IN MEMORY OF OLD DAYS TO APPLY YOURS AND YOUR FRIENDS INFLUENCE TO MOVE THE FOREIGN OFFICE EVENTUALLY THROUGH STAATSSCRETAR MEISSNER TO WITHDRAW THE REQUEST FOR HIS EXTRADITION STOP HE STARTED A NEW LIFE ACHIEVED RAPIDLY GREAT REPUTATION AS HARVARD ECONOMICS SPECIALIST ON LATIN AMERICA RECOGNIZED AS SUCH IN GERMANY BY INSTITUTIONS LIKE IBERO AMERICANISCHES INSTITUTE BERLIN PROFESSOR QUELLE STOP EVENTUALLY GET IN TOUCH WITH HIM AND PROFESSORS JACKL AND SCHULZE-GAEVERNITZ BERLIN STOP BELIEVE THIS BEAU GESTE WOULD BE APPRECIATED BY PUBLIC OPINION CABLE ADDRESS SELMA + “¹

Das Herzstück auch dieser Fürsprache: Normanos Auslieferung muss verhindert werden. Gerichtet war der Appell ans Außenministerium, und letztlich an Philipp's Pendant von Bülow. Alfred Lehmann möge die Botschaft entsprechend weiter leiten, eventuell über Hindenburgs Staatssekretär Meissner. Darum bat ihn – in Erinnerung an alte Zeiten – der Fürsprecher. Er ließ keine Zweifel an der Identität des „Lewin Normano“. Folglich bat er Lehmann auch, an Jäckl und Schulze-Gaevernitz heranzutreten; Lewin habe ein neues Leben als Wissenschaftler begonnen, mit großem Erfolg. In zwei Punkten war der Text nicht eindeutig. Welche „öffentliche Meinung“ war gemeint, und wer konnte sich als alter Freund und Beschützer Lewins betrachten – der Empfänger oder der Absender?

Welche Assoziationen weckt die Telegrammadresse SELMA? Es liegt nicht fern, darin eine Kurzform des Namens Seligman zu vermuten; Edwin Seligman konnte sich mit gutem Recht als „protector“ von Normano bezeichnen. Selma ist auch eine Stadt in Alabama und wird im amerikanischen Geschichtswissen mit der Bürgerrechtsbewegung um 1965 in Verbindung gebracht, zudem mit dem Bürgerkrieg 100 Jahre zuvor. Edwins Vater Joseph, Bankier der J & W. Seligman & Co., die heute ihren Sitz in New York hat, betrieb um 1840 sein Geschäft in Selma. Er war später ein Pionier in der Plazierung von U.S.-Staatsanleihen an europäischen Börsen und leistete damit seinen Beitrag zur Finanzierung der Nordstaaten-Armee im Bürgerkrieg.

Das Telegramm konnte seinen Empfänger in Schwierigkeiten bringen. Für den „Rasse-Juden“ Alfred Lehmann war es schon im Juni 1933 nicht ungefährlich, halböffentlich von einem Fürsprecher des Wirtschaftskriminellen Isaac Lewin an-

geschrieben zu werden, mit der Bitte, sich im Außenministerium für Lewin zu verwenden. Er entschloss sich, mit offenen Karten zu spielen und brachte das Telegramm persönlich ins Auswärtige Amt. In einer Aktennotiz, erstellt nach dem Gespräch, ist zu lesen, dass der Justizminister den Antrag ohnehin nicht zurückziehen werde; daher gebe es zunächst keinen Anlass, dem Telegramm einer Privatperson nachzugehen. Die ursprüngliche Idee, den Absender herausfinden zu lassen, werde nicht weiter verfolgt. In offizieller Sprache wird dem Justizminister berichtet: „Herr Lehmann hat bei Überreichung des Telegramms mündlich erklärt, daß seine Bank seinerzeit mit Lewin und seinem Bankgeschäft Löwenberg & Co. in Geschäftsverbindung gestanden habe. Sie sei von ihm nicht betrogen worden. Er habe ihr im Gegenteil sehr nützliche Dienste erwiesen und sich als ein ungewöhnlich fähiger Geschäftsmann gezeigt. Persönliche, freundschaftliche Beziehungen hatten zwischen ihm und Normano nicht bestanden. Die Bezeichnung ‚old friend protector‘ im Telegramm treffe daher in keiner Weise zu.“²

Das Telegramm hatte Lehmann an einem Dienstag erhalten, aber erst am Freitag ins Außenministerium getragen. Sicher hatte er seinen Schritt gründlich überlegt, sich wohl auch mit vertrauten Personen beraten. Zudem wurde er in der Sache von zwei Berliner Anwälten kontaktiert. „Nach dem Empfang des Telegramms sei er von dem Büro der Rechtsanwälte Justizrat Julian Jacobsohn und Dr. Timendorfer [...] telephonisch angerufen worden, ob sich die Anwälte mit ihm wegen des ihm aus Boston zugegangenen Telegramms in Verbindung setzen könnten. Er habe dies abgelehnt. Wer sich hinter der Absenderin ‚Selma‘ des Telegramms verberge, wisse er nicht.“³ Jacobsohn und Timendorfer, sie dürften dies gewusst haben; ob Lehmann sie danach gefragt hatte, sagte er nicht.

Hätten die Namen Jacobsohn und Timendorfer auf eine aufschlussreiche Spur führen können? Dr. (Walter) Timendorfer war Mitglied der Timendorfer Jubiläums-Loge, die zu den Berliner Logen des Unabhängigen Ordens B’nai B’rith gehörte. Sein Vater Berthold,⁴ Gründungsmitglied der Berthold-Auerbach-Loge Berlin, war der vorletzte Groß-Präsident des U.O.B.B. in Deutschland gewesen; Leo Baeck hatte ihn abgelöst. Alfred Lehmann wird dies gewusst und sich seinen Reim darauf gemacht haben. Größeren Schaden hat ihm das Telegramm nicht eingetragen; er hat sich mit Geschick aus der Affäre gezogen.

In seiner Bankiersposition verlor er dennoch an Bedeutung; bis 1935 musste er alle seine elf Aufsichtsratsmandate niederlegen. In der Rudolph Karstadt AG folgte ihm in dieser Funktion Hermann Josef Abs, der ihn 1935 auch in seiner Rolle als Teilhaber ablöste. Abs – seit 1929 bei Delbrück – erhielt bekanntlich 1937 ein Angebot der Deutschen Bank und gehörte dort ab 1938 zum Vorstand. Alfred Lehmann starb schon 1936, im Alter von 62 Jahren. Zur Klärung der Fragen, ob seine Bank denn tatsächlich von Lewin betrogen wurde, wie seinerzeit von der Presse berichtet,⁵ und ob sein hohes Lob für Lewin einer echten Wertschätzung entsprach, hat er nicht mehr beigetragen. Sie sind bis heute ungelöst.

Roland Freisler sichert Franklin D. Roosevelt Amtshilfe zu; dies ist der Stand des Verfahrens Lewin/Normano zur Julimitte 1933. Zehn Tage später zeigt das deutsche Außenministerium erstmals Ungeduld. Luther wird angewiesen, beim State Department sofort vorstellig zu werden und die beschleunigte Durchführung des Auslieferungsverfahrens zu fordern. Wenn diese nicht erfolge, sei der Auslieferungsvertrag verletzt. Auch müsse die amerikanische Regierung verstehen, dass ihr Verhalten geeignet sei, die USA zur Zufluchtstätte von in Deutschland verfolgten jüdischen Verbrechern zu machen. Die Botschaft antwortet in sachlicherem Ton; die Kritikpunkte habe man Phillips mehrfach vorgetragen. Die Administration sei grundsätzlich kooperationsbereit, könne und werde in das Habeas Corpus Verfahren aber nicht eingreifen.

Konsul von Tippelskirch hat nach wie vor wenig Vertrauen in das Verfahren: „Rechtsanwalt W.G. Thompson, der nunmehr das treibende Element bei der Verteidigung Lewin's zu sein scheint, ist übrigens, wie ich von ganz zuverlässiger Seite höre, ein intimer Freund des Richters Lowell. Die Vermutung liegt nur zu nahe, dass die Tatsache der Freundschaft zwischen den Herren Thompson und Lowell für den Wunsch, ersteren für die Vertretung Lewin's in der vor letzterem schwebenden Sache zu gewinnen, massgebend gewesen ist.“⁶ Lowell hat nun auch den fünften Termin – Mitte Juli – verstreichen lassen und keinen neuen in Aussicht genommen. Mitte August setzt er Normano gegen geringe Kaution auf freien Fuß. Am 30. November 1933 stirbt er.

Normanos Freilassung findet öffentliche Beachtung: „In bonds of \$5000, Dr Joao Frederico Normano, recognized authority on South American economics who has been ordered extradited to Germany by the State Department to stand trial on swindling charges, was released from the East Cambridge Jail yesterday by order of Judge James A. Lowell in the United States District Court. Habeas corpus proceedings are pending for Dr Normano. His wife accompanied him to the home of friends in Brookline.“⁷

Friedrich Gaus, Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, hat am 31. August 1933 eine Zwischenbilanz gezogen. Die Stellungnahme ist an das Reichsministerium der Justiz gerichtet, in dem das Preußische Justizministerium inzwischen aufgegangen ist. Ist zwischen seinen Zeilen schon Resignation zu erkennen? Deutlicher in diese Richtung geht ein Botschaftsbericht drei Monate später – die Zeitabstände zwischen den Briefen werden sichtlich größer und eine Kommunikation per Kabel erscheint wohl nicht mehr fallgerecht. Luther schließt diesen Brief vom 1. Dezember mit den Worten: „Nach alledem stelle ich anheim, die von dem Konsulat geäußerten Bedenken und Erwägungen hinsichtlich der Fortsetzung des Verfahrens einer Prüfung zu unterziehen.“⁸ Er bezieht sich damit auf eine vierseitige Bestandsaufnahme Tippelskirchs und dessen Fazit: „Nach allem was ich hoere, sah sich die Administration aus diesen Kreisen einem ausserordentlich starkem Druck ausgesetzt, der darauf abzielte, seine Auslieferung an Deutschland zu

hintertreiben. Der weitere Verlauf der Angelegenheit hat in mir den entschiedenen Eindruck erweckt, dass das State Department, wenn auch offiziell Vertragstreue markierend, tatsächlich doch, dem erwähnten Drucke nachgebend, die Auslieferung Lewin's sabotiert hat.“⁹ Der wohl entschlossenste und aktivste Verfechter einer Auslieferung und Aburteilung Lewins sieht die Sache im Sande verlaufen.

Die Haltung der amerikanischen Regierung: sie hatte sich tatsächlich kaum geändert, weder im Fall Normano noch hinsichtlich der Judenverfolgung in Deutschland. Gegen letztere nahm sie weiterhin nicht mit öffentlicher Anklage Stellung, aber scharfe Erklärungen von Senatoren und Abgeordneten wurden in einigen Fällen als indirekte *statements* der Regierung verstanden.¹⁰ Hinsichtlich ihrer Hilfszusage für deutsche Juden wurde die Administration etwas konkreter. Ende Juni sicherte Phillips dem American Jewish Committee zu, dass alle in Deutschland gestellten Visaanträge für Einreise in die USA mit „sympathetic and considerate treatment“ bearbeitet würden.¹¹ Eine ausdrücklichere Zusicherung in derselben Sache gab er fünf Wochen später; Adressat war jetzt ein Joint Consultative Council. Dieser hatte sich erst kurz zuvor gebildet – aus Vertretern des American Jewish Committee, des American Jewish Congress und des B'nai B'rith.¹² Eine bemerkenswerte Annäherung, die sich aber nicht bruchlos fortsetzte. So war B'nai B'rith nach wie vor gegen einen Boykott deutscher Waren in den USA,¹³ eine Protestform, die gerade in Boston von der jüdischen Bevölkerung sehr aktiv betrieben wurde. In Boston gab es auch heftige Demonstrationen gegen die Einladung des Berliner Amerikanistik-Professors Schönemann zu Vorträgen im November 1933.

Die Sache Normano „schwebt“ weiter, seit Dezember 1933 ohne Richter. Erst im Februar 1934 gibt es wieder Bewegung in dem Fall. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) schaltet sich ein: „Es wird um Überlassung sämtlicher Akten über den Fall des reichsdeutschen jüdischen Betrügers gebeten, der unter dem Namen „Normano“ sich als Professor an der Haward-Universität [sic] (U.S.A.) eingenistet hat. Es ist geplant, den Fall und auch die Ursachen des ins Stocken geratenen Auslieferungsverfahrens auf ihren propagandistischen Wert hin zu überprüfen.“¹⁴ Die amerikanische Botschaft könnte davon erfahren haben. Jedenfalls informiert sie kurz darauf das AA telefonisch über den Stand. Man unterstütze weder die eine noch die andere Verteidigungslinie Normanos. Falls der Gerichtsentscheid dem State Department die entsprechende Möglichkeit gäbe, würde man unverzüglich handeln.

Während sich das RMVP noch unschlüssig war, ob es seine Kampagne gegen die amerikanischen Vorwürfe in der Judenfrage wieder aufnehmen sollte, erhob sich in den USA eine neue Protestwelle. Angestoßen wurde sie von einer Organisation, die bislang zur Mäßigung gemahnt hatte: dem Orden B'nai B'rith. Die NS-Regierung hatte sich entschieden, die antisemitische Unterdrückung nun auch auf die „jüdischen Freimaurer“ auszurichten. Die Pläne zur Auflösung der Logen konkretisierten sich, und am 28. Februar wurde Benno Walter, Vize-Präsident des

deutschen B'nai B'rith, von der Gestapo verhaftet. Er war ein Berliner Anwalt, seit 1907 Mitglied der Berthold-Auerbach Loge und vor allem in der Sozialarbeit hervorgetreten.

Bekannt wurde die Festnahme erst zehn Tage später. Alfred Cohen, der internationale Präsident des Ordens protestierte heftig, mir weitem Presse-Echo in den USA. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten 200 000 Amerikaner eine Petition, mit der sie die Judenverfolgung in Deutschland verurteilten. Cohen übergab die Protestschrift am 14. März im Weißen Haus, „to be presented to the beloved President of our country“, mit der Bitte um Weiterleitung an die deutsche Regierung.¹⁵ „Our Silence Is Deplored“ überschrieb die *New York Times* fünf Tage später einen Artikel, in dem sie den Rabbi Louis I. Newman mit den Worten zitierte: „It is regrettable that the White House has been silent regarding the inhumane policy of the Hitler government, inasmuch as previous governments have not failed to make their positions known when Jews in European countries were mistreated.“¹⁶

Auf Referentenebene lief am 15. März ein Gespräch zwischen RMVP und AA über die propagandistische Auswertung des Falls Lewin. In dem Vermerk des Amts wurde dazu festgehalten: Herr Sallet (RMVP) „denke daran, in seinem Ministerium eine allgemeine Pressekampagne gegen die Vereinigten Staaten als Antwort auf die feindselige Haltung der amerikanischen Presse gegenüber dem neuen Deutschland anzuregen und dabei den Fall Lewin mitzuverwerten.“¹⁷ Der Vertreter des Amts äußerte Bedenken: das eigentliche Auslieferungsverfahren werde durch eine solche Kampagne nicht gefördert, im Übrigen sei für Kampagnen mit außenpolitischen Zielen die Abteilung III des AA zuständig.

Herr Sallet, das sei hier aus anderen Quellen ergänzt, war gebürtiger Westpreuße, Leutnant im ersten Weltkrieg, 1921 in die USA ausgewandert und im Staate Minnesota Schriftleiter der russlanddeutschen *Neue Presse* geworden. Nach seinem Studium in Harvard wurde er 1931 in Königsberg promoviert. Die Machtergreifung öffnete ihm den Weg in Goebbels' Ministerium und in dessen Auftrag in die Washingtoner Botschaft. Vom Presseattaché stieg er dort zum Botschaftsrat auf, lehrte kurzzeitig auch an der Columbia University und trat mit diesen Referenzen Anfang 1939 in die Dienste des AA. Die erwähnten Bedenken des Amts gegen seine Idee von der antiamerikanischen Pressekampagne wirkten wohl auch deshalb, weil Sallet kurz nach seinem Vorstoß in die Washingtoner Botschaft integriert worden war.¹⁸

Die Spitze des Amts stützte die Zurückhaltung gegenüber einer solchen Kampagne nicht. Der Staatssekretär Bernhard von Bülow schrieb an Gaus und an Dieckhoff, den Leiter der Politischen Abteilung: „Wäre die Insull-Sensation und die bevorstehende Auslieferung dieses Betrügers nicht eine gute Gelegenheit um die Amerikaner (in der Presse) an die noch immer ausstehende Auslieferung des Schwindlers zu erinnern (den Namen habe ich vergessen), der sich als Professor in Boston etabliert hatte?“¹⁹ Die „Insull-Sensation“ war ein Parallelfall zu dem des Normano, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Samuel Insull sollte wegen Wirt-

schaftsverbrechen in den USA vor Gericht gestellt werden, war aber nach Griechenland geflohen, wo seine Auslieferung nur sehr zögernd betrieben wurde.

Inzwischen ist ein Nachfolger für den verstorbenen Richter Lowell gefunden: Elisha H. Brewster, 62 Jahre, hat die Fortführung des Normano-Prozesses übernommen. Die erste Verhandlung – am 15. März 1934 – bleibt ergebnislos. Konsul Tippielskirch lässt Lewin vorsorglich beschatten, von der Detektei Pinkerton's.²⁰ Über den Folgetermin, drei Wochen später, schreibt der *Boston Daily Globe*: „Another chapter in the internationally-famous Normano case was written in Federal Court yesterday, when the former economics professor filed objections to certain parts of the questionnaire sent by Government officials to Undersecretary of State William Phillips, asking detailed information concerning the activity of the pro-Normano forces in Washington.“ Diese Fragen – zur Einflussnahme von Normano-Unterstützern auf den Prozess – kritisiert Normano am Verhandlungstag als vorurteilsbehaftet, irrelevant und inkompetent. Der Prozessausgang ist weiterhin offen, ebenso wie die Frage nach der Identität der Hauptdarstellers: „The professor, according to the German Government, is Isaak Lewin, wanted in Berlin for a \$700,000 bank swindle. According to the professor, he is Joao Frederico Normano.“²¹

1 PA AA, R 42701, Bd. 2 (06.06.1933).

2 PA AA, R 42701 (01.06.1933).

3 Ebd.

4 Die angenommene Vater-Sohn-Beziehung ist durch die Traueranzeige belegt. Vgl. Berliner Tageblatt 09.10.1931, Nr. 476.

5 Vgl. Darstellung in Kapitel 4.

6 PA AA, R 42701 (24.06.1933).

7 Boston Daily Globe 10.08.1933. Brookline: bei Boston.

8 PA AA, R 42701 (01.12.1933).

9 Ebd. (08.11.1933).

10 Vgl. C. Adler, A. Margalith, S. 368.

11 Ebd., S. 366.

12 Ebd., S. 367.

13 Vgl. The Washington Post 30.09.1933 und The New York Times (13.11.1933).

14 PA AA, R 42701 (15.02.1934).

15 The New York Times 15.03.1934.

16 Ebd., 19.03.1934.

17 PA AA, R 42701 (16.03.1934).

18 Vgl. Hans-Werner Refferath: Deutschamerikanertum und Volksgedanke, Marburg 2000, S. 419 (Dissertation).

19 PA AA, R 42701 (05.04.1934).

20 Ebd., (29.03.1934).

21 Boston Daily Globe 07.04.1934.

Freilassung, Rückzugsgefechte und ein Nachspiel

Am nächsten Termin, dem 10. Mai, lässt der Richter seine eigene Sicht des Falls erkennen. Relevant sei für ihn nicht der Antrag auf Habeas Corpus sondern allein die mögliche Fristüberschreitung. Und diese habe nicht Normano verschuldet sondern das State Department. In Teilen auch die deutsche Botschaft; denn warum habe sie das State Department vom 3. bis zum 27. Mai 1933 ohne Antwort gelassen? Der Leser wird ahnen, dass der Sieg – bei dieser Konstellation von Recht, Interessen und Macht – nicht der deutschen Seite zufallen konnte. Ein Jahr nach Klageerhebung und fünfzehn Monate nach dem Beschluss des Bundeskommissars urteilt das Gericht, dass die Auslieferung unzulässig und Normano daher auf freien Fuß zu setzen sei. Dessen Plan war somit aufgegangen, oder besser: sein Plan A war gescheitert, der Plan B aber verwirklicht.

So begründet Richter Brewster am 31. Mai seine abschließende Entscheidung: „The attorneys for Normano urge as grounds for granting the petition the reports respecting the treatment accorded Jews under the present regime in Germany, of which it is argued this court may well take judicial notice. Such considerations ought not to influence the decision. Whatever may be the situation in Germany, the Extradition Treaty between that government and the United States is still in full force, and it is the duty of the court to uphold and respect it just as it is bound to uphold the law and the Constitution of the United States.“¹ Normanos Antrag auf Freilassung sei dennoch berechtigt, dies aber ergebe sich allein aus der Überschreitung der Zweimonatsfrist. Botschafter Luther kabelt das Prozessergebnis tags darauf nach Berlin. Von Bülow notiert auf der Telegrammabschrift: „[...] sollten die Sache groß aufmachen und den Amerikanern gehörig an den Wagen fahren. Dabei die Köpenickiade des ‚Professors‘ nicht vergessen!“²

Auch ohne Mithilfe des Amts erhält das Urteil sofort eine große Presse, in amerikanischen wie deutschen Blättern. Das Fristversäumnis wird überwiegend der amerikanischen Administration zugeschrieben. In der *New York Times* ist am selben Tage zu lesen: „Normano Wins Freedom [...]. Normano’s case had attracted international attention [...]. Normano could not legally be extradited because the United States Government had failed in its treaty obligation to send him out of the country within sixty days [...]“³ Der *Berliner Lokalanzeiger* schreibt: „[...] daß er freizulassen sei, da die amerikanische Regierung die Auslieferungsverpflichtung, Lewin innerhalb von 60 Tagen [...] außer Landes zu schicken, nicht erfüllt hat.“⁴ Aus Sicht der *Germania* ist „die Geschichte von dem falschen Professor Frederico Mormano [sic] grotesk komisch“⁵. Der *Völkische Beobachter* ignoriert den Vorfall.

Der *Boston Traveler* kommentiert: „[...] Nor are we impressed by the platitude that the assumption must exist that a friendly nation gives fair trial to its subjects. Can a Jew get a fair trial in Germany? Nevertheless, the Normano case may bring interesting consequences. Not so long ago the people of this country were quite up-

set about the protection which the courts of Greece threw about Samuel Insull. The two cases are not completely dissimilar. So, if Germany makes caustic comment on what we are doing about Prof. Normano, we must bear in mind that Americans said harsh words about Greece."⁶ Und der *Christian Science Monitor* erwartet: „[...] Today he is looking for more lecture dates about Boston and probably thinking of writing a book on something or other. Germany has the right to appeal Judge Brewster's decision, however, and Herr Dr. Normano-Lewin may come again into the headlines."⁷

Diese Frage – Berufung gegen das Urteil – wird in den folgenden Wochen im Auswärtigen Amt, auch im Justiz- und Propagandaministerium diskutiert. Ebenso kommt die Idee der Pressekampagne wieder zur Sprache. Dieckhoff ist dagegen, die Beziehungen zu den USA seien schon schlecht genug, außerdem wäre der Zusammenhang zwischen amtlicher Initiative und presseseitiger Ausführung viel zu durchsichtig. Luther fragt, ob das Auslieferungsverfahren überhaupt weiterverfolgt werden sollte, die Chancen seien sehr gering und die Kosten hoch. Man einigt sich auf einen Kompromiss: Übergabe einer Protestnote an das State Department und Unterstützung dieses diplomatischen Schritts durch die deutsche Presse. In Frage kommen der *Völkische Beobachter* oder die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, sie erhalten als Faktenbasis einen Tatsachenbericht, erstellt vom Amt.

Die Protestnote wird Außenminister Hull am 28. Juni 1934 übergeben. Sie äußert „lebhaftes Bedauern und Befremden“ über die Behandlung des Falls durch die amerikanische Regierung und spricht von deren „völlig passiver“ Haltung während der entscheidenden Phase des Verfahrens. Das State Department wird aufgefordert, die Auslieferung Lewins sicherzustellen, durch Berufung gegen das Gerichtsurteil oder Eröffnung eines neuen Verfahrens.⁸ Phillips antwortet auf die Note nach zwei Wochen: die Berufung sei bereits eingeleitet, über ein neues Verfahren möge die deutsche Seite selbst entscheiden. Es folgt ein weiterer Notenwechsel: die amerikanische Regierung räumt ein, dass sie tatsächlich die Berufung nicht eingelegt habe. Die Mitteilung sei ein Fehler gewesen; denn grundsätzlich sehe sie es nicht als ihre Aufgabe an, für eine weitere gerichtliche Behandlung des Falls zu sorgen, dies sei Sache der deutschen Regierung.

Diese widerspricht, die Angelegenheit ist verfahren. Dazu hat vermutlich auch der Artikel im *Völkischen Beobachter* beigetragen, der im Juli in einer Wochenendausgabe erschienen ist: „Der Werdegang eines jüdischen Schiebers. Vom Wechselfälscher zum Universitätslektor.“ In seiner Darstellung von Lewin und den „Juden in den U.S.A.“ ist der Artikel offen antisemitisch, enthält erstaunlicherweise aber keinen direkten Vorwurf gegen die amerikanische Regierung. Darin unterscheidet er sich deutlich von einer wesentlich ausführlicheren, ebenfalls in journalistischem Stil verfassten Schilderung des Falls. Diese ist offenbar Anfang Juli im Auswärtigen Amt geschrieben, besprochen und dem Propagandaministerium zuge-

sandt worden. Man kann vermuten, dass die Politische Abteilung im Amt vor der Veröffentlichung auf Mäßigung gedrängt hat.

So endet das Verfahren schließlich nicht deshalb, weil beide Seiten sich nachhaltig zerstreiten, sondern weil die deutsche Ministerialverwaltung aufgibt. Für das Justizministerium erklärt Dr. Crohne,⁹ dass aus seiner Sicht eine Auslieferung nicht mehr erreichbar sei; weitere Aufwendungen, insbesondere in Devisen seien nicht zu rechtfertigen. Falls die Berufung aus außenpolitischen Gründen dennoch betrieben werde, verweigere er jede Kostenbeteiligung. Daraufhin entschließt sich das Auswärtige Amt im Oktober 1934 zu einer weiteren Note, die mit den Sätzen endet: „Die Behandlung des vorliegenden Auslieferungsfalles durch die amerikanischen Behörden hat vielmehr gezeigt, daß die Amerikanische Regierung nicht gewillt ist, einen internationalen Hochstapler, der sich schwerer Vermögensverbrechen schuldig gemacht hat, der Deutschen Regierung auf ein ordnungsgemäßes Verfahren auszuliefern. Die Deutsche Regierung muß sich vorbehalten, aus diesen Erfahrungen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.“¹⁰ Eine spezielle Schlussfolgerung – die Kündigung des Auslieferungsvertrages – wird bewusst nicht angesprochen, entgegen der Empfehlung des Justizministeriums. *Boston Globe* titelt: „Germany abandons fight for Normano.“¹¹

Zu schärferen Formulierungen entschließt sich das Amt auf einem Nebenschauplatz, der *Berliner Börsen-Zeitung*. Das Blatt bringt Ende November einen Artikel zum „Fall Normano-Lewin“ und schlägt schon im Untertitel den außenpolitischen Ton an, auf den der *Völkische Beobachter* im Juli noch verzichtet hatte: „Amerika weigert sich auszuliefern!“¹² Der Autor wird nicht genannt. Die Akteneinsicht zeigt: es war ein Assessor von Nostitz im Auswärtigen Amt. Er hat nicht einfach den Entwurf aus dem Juli überarbeitet sondern zum selben Fall einen neuen Text verfasst. Diese Version findet nicht auf Anhieb Zustimmung, wie eine Randnotiz von Dieckhoff zeigt: „Herrn Ministerialdirektor Gaus, können wir so in der Presse losschießen?“¹³

Im zweiten Entwurf sind dem Text einige Spitzen genommen, die Parallele zum Fall Insull wird nicht mehr gezogen und auch folgender Satz ist gelöscht: „[...] möge er [Lewin] in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zu den weiteren Graden und Würden emporsteigen, die seinen hohen Verdiensten entsprechen.“ Diese zweite Fassung wird Staatssekretär von Bülow vorgelegt, er findet sie „nicht pointiert genug“; sollte man – statt von „Passivität der USA Behörden“ – nicht von „unzulässiger Sabotage“ sprechen?¹⁴ Die vierte Fassung wird schließlich an die *Berliner Börsen-Zeitung* gegeben und dort wörtlich in voller Länge abgedruckt. Dieckhoffs Einschätzung zur Bedeutung des Artikels: nachdem die Note an die USA-Regierung übergeben sei, wolle man ergänzend die vorliegende Darstellung in eine Zeitung bringen. Die früheren Befürchtungen, die amerikanische Regierung könnte das Spiel durchschauen und die Autorenschaft des Amtes erkennen, gelten im November 1934 nicht mehr. Auch ist der Ton durchaus nicht diplomatisch; der

Wunsch, man solle den Amerikanern gehörig an den Wagen fahren, hat offenbar mehr Gewicht als das Bedenken, nicht allzu offen loszuschießen. Selbst die Frage nach dem praktischen Nutzen des Auslieferungsvertrags bleibt nicht ausgeklammert: „Im Falle Lewin hat sich der Auslieferungsvertrag von 1930, auf dessen Abschluß Amerika seinerzeit so großen Wert legte, [...] als ein wertloses Dokument erwiesen.“¹⁵

Das Auslieferungsverfahren ist ausgestanden, doch es gibt ein Nachspiel. Wieder bringt Tippelskirch die Sache ins Rollen, sie wird zum Vorgang. Im April 1935 berichtet der Konsul, dass die amerikanische Einwanderungsbehörde von einem schon seit längerem vorliegenden Haftbefehl Gebrauch gemacht hat, den sie bislang – „zweifelloos auf höhere Weisung“ – nicht ausgeführt hat. Das Ehepaar Normano sei festgenommen worden, weil es bei Beantragung der Einreisevisa gefälschte Personaldokumente vorgelegt habe. Nach Einschaltung seiner vier Verteidiger seien die beiden einstweilen wieder auf freiem Fuß. Die Einwanderungsbehörde werde dem Commissioner of Immigration Bericht erstatten, der über die Ausweisung zu entscheiden habe. Die Behörde denke auch an eine Abschiebung nach Deutschland. Der Konsul vermutet ein Scheinmanöver der amerikanischen Regierung: sie wolle formell, vielleicht auch als Antwort auf die deutsche Protestnote, auf Distanz zu Lewin gehen, wisse aber genau, dass kein Land der Welt die beiden nehmen müsse. Tippelskirch fügt noch hinzu, dass es Lewin zwischenzeitlich gelungen sei, „sich in einer hiesigen jüdischen Investmentbank einen Vertrauensposten zu erringen, der die Verantwortung für sämtliche Käufe und Verkäufe in seine Hand legt und ihn an dem Gewinn des Unternehmens zur Hälfte beteiligt“.¹⁶

Dass Normano diesen „Vertrauensposten“ im Sinne auch der anderen Gesellschafter ausfüllte, wurde bald darauf öffentlich bezweifelt. Der *Boston Herald* meldete am 25. Januar 1936: „Dr Joao Frederico Normano, former Harvard instructor, who has been given until Jan. 31 to leave the country voluntarily, [...] has been summoned [vorgeladen] along Feldman & Co., investment house [...]. Albert Feldman, 43, [...] who was associated in the firm with his brother, Richard Feldman, died suddenly Sunday at a New York hotel.“ Darüber hatte einige Tage zuvor die *New York Times* berichtet: Ein Privatdetektiv, auf der Suche nach Albert Feldman, fand diesen bewusstlos im Waldorf-Astoria. Auf seinem Nachttisch stand ein Glas, halb gefüllt mit einer farblosen Flüssigkeit. „Near the glass was a sheet of paper with the following notation: ‚Call Boston long-distance operator No. 81‘. A search of Mr. Feldman’s belongings yielded in cash only five pennies and a nickel. The contents of the glass will be analyzed.“¹⁷ Tags darauf folgte diese Meldung: „A. Feldman, Removed From Hotel, Succumbs at Bellevue.“ Er war aus dem Koma nicht wieder erwacht. Der Fall blieb rätselhaft: „It was reported at Mr. Feldman’s home that he was in good health and spirits when he left there for New York a week ago.“¹⁸

Der detektivische Spürsinn des Konsuls ist wieder erwacht. Noch im Januar erfährt er „streng vertraulich“, dass Lewins Anwalt Cohen Kontakt mit dem örtlichen Leiter der Börsenaufsichtsbehörde SEC aufgenommen und Dr. Normano als vollendeten Ehrenmann dargestellt hat.¹⁹ Weitere „vertrauliche Erkundigungen an gut unterrichteter Stelle“ ergeben, dass die SEC auf der Suche nach Restvermögen der Feldman & Co. – auch mit Blick auf Lewin – sehr eingehend ermittelt, aber bislang nichts gefunden hat. Zwar sei es ihr nicht gelungen, einen Zusammenhang Normanos mit dem Fall nachzuweisen, in der Leitung der SEC aber seien einige „ganz entschieden der Meinung, dass ein starker Verdacht auf ihm ruhe.“ Die Firma habe früher einen ausgezeichneten Ruf gehabt. Wieso sei sie zwei Jahre nach Normanos Eintritt vollkommen zusammengebrochen und der Inhaber Albert Feldman in den Tod gegangen?²⁰

Die Firma Feldman war ein kleines bis mittleres Unternehmen. In die Finanzgeschichte ist sie nicht eingegangen, aber als Randereignis in die amerikanische Rechtsgeschichte. Ist die Vereinbarung eines Unternehmens „X & Co., Inc.“ mit dem Kunden „Z“ über den Erlass seiner Restschuld bindend, wenn darüber nicht alle Gesellschafter des Unternehmens gemeinsam befunden haben? Dies war die Frage, die im Falle *Hurley versus Ornsteen* zu klären war. Hurley war der Konkursverwalter der Feldman & Co., Inc., der die Schulden des Kunden Ornsteen („Z“) eintreiben wollte. Nur zwei der Direktoren hatten dem Schuldenerlass von \$675,00 zugestimmt, nicht der dritte. Das Unternehmen, früher „Feldman, Rothstein & Company“, hatte sich im April 1934 in „Feldman & Co. Inc.“ umbenannt; gleichzeitig war Solomon Rothstein ausgeschieden und an seiner Stelle eine ungenannte natürliche Person eingestiegen, als dritter Kompagnon neben Albert Feldman und dessen Bruder Richard.²¹

Bei dieser Gelegenheit dürfte J. F. Normano seinen „Vertrauensposten“ in dem Investmentbüro erhalten haben; Gesellschafter wurde er nicht.²² Was führte Feldman und ihn zusammen, was hatten sie gemeinsam? Zunächst und offensichtlich war es das Geschäftsinteresse und die Erfahrung im *investment banking*. Weiteres ist in den Ergebnissen des *Census of the United States* von 1930 zu finden. Dort ist ein Albert Feldman mit Familie verzeichnet; er ist 36 Jahre alt, arbeitet als *investment banker* in seiner *investment firm*, ist in New York geboren. Das Geburtsland seiner Eltern ist Russland, und das seiner Schwiegereltern Deutschland. Seine Frau heißt Gertrude, vor fünf Jahren haben sie geheiratet, Albert und Rosanne sind ihre Kinder. Ihr Wohnort ist Brookline, Massachusetts.²³ Wie schrieb noch der *Boston Daily Globe* nach der Freilassung von Normano gegen Kautions im August 1933: „His wife accompanied him to the home of friends in Brookline“. Dieses Zusammentreffen mag zufällig sein, aber die Zahl der belegten Gemeinsamkeiten ist bemerkenswert.

„Dr Joao Frederico Normano, former Harvard instructor, who has been given until Jan. 31 to leave the country voluntarily [...]“. Dieser oben zitierte Hinweis des

Boston Herald bezieht sich auf eine Entscheidung des *Commissioner of Immigration*: das Ehepaar Normano könne sich bis zum 15. Oktober 1935 aus den USA in ein Land freier Wahl begeben, andernfalls würden beide deportiert.²⁴ Offensichtlich ist die Frist noch einmal verlängert worden und auch der Folgetermin (31. Januar) ohne Konsequenzen verstrichen. Normano und seine Verteidiger setzen darauf, dass er weltweit *persona non grata* ist, oder zumindest als eine solche gelten kann. Die Rechtslage ist bizarr: Tippelskirch hat erfahren, dass bei Lewin ein Nansen-Ausweis gefunden wurde, den der Polizeipräsident in Berlin ihm 1926 ausgestellt hat, mit einem Dauer-Ein-/Ausreisevermerk. Somit gibt es zumindest ein Land auf der Erde, das Normano die Einreise zusichert. Aber diesen Weg will Lewin partout nicht gehen, und die amerikanische Regierung will ihn nicht dazu zwingen. Damit bietet ihr auch die Ausweisung keinen Ausweg aus dem Dilemma. Wieder einmal hat Lewin die besseren Karten. Sogar der Verdacht im Falle Feldman & Co. hilft ihm; die Frist bis zur endgültigen Ausweisung wird wegen der laufenden Ermittlungen noch einmal verlängert. Tippelskirch schreibt am 6. Mai: „Es ist anzunehmen, daß neuerdings ein weiterer Aufschub angeordnet worden ist. Die ganze Sache schwebt nach wie vor beim Commissioner of Immigration in Washington, D.C.“²⁵

Berlin geht ins Olympiajahr 1936; dies setzt Zeichen, auch in den auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches. Wie lange die Sache in Washington noch „schwebte“ ist unbekannt. Wann sie im Auswärtigen Amt zu den Akten gelegt wurde, geht aus denselben hervor. Im März 1936 wird noch einmal eine Unterrichtung der deutschen Presse erwogen „über die erneute Verwicklung Lewins in eine Schwindelaffäre.“ Crohne im Justizministerium hat keine Bedenken, empfiehlt aber eine gewisse Verdeutlichung der Darstellung.²⁶ Konsul von Tippelskirch liefert diese im Mai 1936 an die Botschaft.

Berlin bekommt den letzten Botschaftsbericht in der Sache am 3. Januar 1939. Er enthält eine bemerkenswerte Anlage, eine Abschrift aus dem „Who's Who in the American Economic Association“ von 1938. Wiedergegeben wird der Eintrag zu „NORMANO, John Frederick, 214 Riverway, Boston, Mass.“, als Mitglied aufgenommen im Jahre 1931. Ansonsten verweist die Botschaft auf ihren Vorbericht vom Mai 1936. Diesen kennt der zuständige AA-Referent nicht; in der Rechtsabteilung sei er nicht zu finden. Washington sendet eine Abschrift, der Beamte übermittelt eine Zweitkopie ans Justizministerium und legt das Dokument ab, als letztes in der Akte. Am Jahresende 1939 wird sie geschlossen.

1 Zit. n. Leslie Anderson: Protecting the Rights of the Requested Person in Extradition Proceedings: An Argument for a Humanitarian Exception, aus: Michigan Yearbook of International Legal Studies, 1983, S.153–172, hier S. 169.

2 PA AA, R 42702 (02.06.1934).

3 The New York Times 01.06.1934.

4 Berliner Lokalanzeiger 03.06.1934, Nr. 258.

5 Germania 03.06.1934, Nr. 151.

-
- 6 Boston Traveler 01.06.1934.
 - 7 Christian Science Monitor 01.06.1934.
 - 8 PA AA, R 42702 (28.06.1934).
 - 9 Ministerialdirektor Dr. Wilhelm Crohne folgte Freisler 1942 an den Volksgerichtshof und wurde dort Vizepräsident.
 - 10 Ebd., (23.10.1934). Diesen Satz hatte Crohne formuliert und zur Aufnahme in den Text empfohlen. (22.10.1934).
 - 11 Boston Daily Globe 08.11.1934.
 - 12 Berliner Börsen-Zeitung 27.11.1934, Nr. 556.
 - 13 PA AA, R 42702 (29.10.1934).
 - 14 PA AA, R 42702 (06.11.1934).
 - 15 Berliner Börsen-Zeitung 27.11.1934, Nr. 556.
 - 16 PA AA, R 42703 (17.04.1935).
 - 17 The New York Times 19.01.1936.
 - 18 Ebd., 20.01.1936.
 - 19 PA AA, R 42703 (28.01.1936).
 - 20 Ebd. (06.05.1936).
 - 21 Vgl. <http://masscases.com/cases/sjc/311/311mass477.html> (Stand 25.09.2011).
 - 22 Nach dem erwähnten Typoskript, erhalten in der Manuscript Division der Library of Congress, war Normano „since 1934 acting as an economist to investment firms“.
 - 23 Vgl. Department of Commerce-Bureau of the Census, Fifteenth Census of the United States: 1930, enumerated on April 16. (Zugang über ancestry.com).
 - 24 PA AA, R 42703 (21.08.1935).
 - 25 Ebd. (06.05.1936).
 - 26 Ebd. (01.02.1936).

Harvard Revisited?

Im Bankengeschäft war Isaac Lewin ein zweites Mal gescheitert, wiederum unter dem Verdacht krimineller Praxis. Dagegen hatte er in der Wissenschaft offenbar Bemerkenswertes geleistet, dies zeigt der Eintrag in das Who's who der AEA; „John Frederick Normano“, Mitglied der renommiertesten Vereinigung amerikanischer Ökonomen, hatte einiges vorzuweisen. Allerdings hatte er bislang keine Berufung erhalten, insbesondere nicht auf eine Professur in Harvard. Seine 1933 stolz ausgesprochene Erwartung, er könne dorthin zurückkehren, oder seinen Platz in einer anderen Elite-Universität finden, hatte sich nicht erfüllt. Man darf annehmen, dass er in Harvard 1934, spätestens 1936 angeklopft hat. Warum blieben ihm die Türen verschlossen?

Harvard's Jewish Question

War dies Antisemitismus? Bei seiner Verhaftung hatten sich mehrere Dozenten und Professoren für ihn eingesetzt; nur Taussig und Schumpeter waren gegen ihn aufgetreten. Eine „jüdische Dimension“ hatten diese Stellungnahmen nicht; denn Normano galt im Januar 1933 nicht als Jude. Bei seinen Einreisen in die USA hatte man ihm die „Rassenfrage“ vorgelegt, und er hatte sie ausweichend beantwortet. Dass er sich danach in Harvard als Jude eingeführt haben könnte, erscheint nicht plausibel. Warum hätte er sich diese Blöße geben sollen, wo doch über einen gewissen Antisemitismus in der Universität offen gesprochen wurde? Völlig anders stellte sich die Frage ab März 1933; jetzt war Normano nicht mehr Brasilianer sondern staatenloser Jude. Dieser Wandel rettete ihn vor der Auslieferung. War er andererseits der entscheidende Grund, der einer Wiederaufnahme in Harvard entgegen stand? Das Fazit: ohne Blick auf den Antisemitismus in der Harvard-Geschichte ist der Fall Normano nicht abschließend zu verstehen.

Die Geschichte der Harvard-Universität im 20. Jahrhundert ist geschrieben, eine ganze Reihe von Autoren hat sich damit befasst. Bei den Fragen, ob es in Harvard einen wirksamen Antisemitismus gab, ob gar die Entwicklung in „Nazi-Germany“ gerechtfertigt wurde, kommen sie aus verschiedenen Perspektiven zu unterschiedlichen Einschätzungen. Der Einzelfall Lewin/Normano wird von ihnen nicht behandelt, was plausibel zu erklären ist. Zum einen hatte er – gemessen an den weiteren Streitfällen – keine vorrangige Bedeutung. Und zweitens war er nicht von typischem Zuschnitt, er war kein Vorzeigefall, mit dem eine antisemitische Rekrutierungspolitik oder eine Indifferenz gegenüber nationalsozialistischer Willkür beispielhaft belegt werden konnte.

Die Fragen nach einem „Anti-Semitism“, gar einem „Legitimizing Nazism“ stellen sich für die Amtszeiten der Präsidenten Lowell und Conant. Abbot Lawrence Lowell (1856–1943), aus der "Brahmin elite", hatte 1908 sein Amt angetreten und schied im November 1932 aus. Er war ein naher Verwandter des oben genannten Richters Lowell; sie hatten den Großvater väterlicherseits gemeinsam.¹ Bis zum Eintreten seines designierten Nachfolgers James B. Conant führte Lowell die Amtsgeschäfte weiter, ohne allerdings ständig präsent zu sein. Er hatte schon in den Zwanzigern Vorbehalte gegenüber dem wachsenden Anteil jüdischer Studenten gezeigt und war für einen formellen Numerus Clausus eingetreten. Als dieser Vorschlag keine Mehrheit fand, hatte er eine faktische Begrenzung über das Auswahlverfahren durchgesetzt, mit dem Schwellenwert von 12%.² Offen trat ihm Felix Frankfurter (1882–1965) entgegen, Sohn jüdischer Einwanderer aus der Donaumonarchie. Er war 1921 an die Harvard Law School berufen worden.

Auch später geriet er mit Lowell aneinander, im Falle der Sacco und Vanzetti. Er setzte sich für die Wiederaufnahme des Prozesses ein, die der Rechtsanwalt William G. Thompson – Verteidiger der Verurteilten, später Normanos wichtigster Anwalt – ab 1924 betrieb. Frankfurters Buch „The Case of Sacco and Vanzetti: A critical Analysis for Lawyers and Laymen“ rüttelte auf und spitzte zu, nicht nur in der Presse und Bevölkerung Bostons. In dieser Situation berief der Gouverneur von Massachusetts den Harvard-Präsidenten Lowell in die Leitung einer Kommission, die über das Gnadengesuch von Sacco und Vanzetti zu befinden hatte. Sie entschied, dass die beiden zu Recht verurteilt waren. Die jahrelange Auseinandersetzung inner- und außerhalb des Gerichts endete mit der Exekution, im August 1927.

Bemerkenswert ist, dass der Fall Normano drei Parallelen zu dem „Sacco Case“ aufweist. Erstens gab es – in der Wahrnehmung vieler Amerikaner – tiefe Zweifel an der Unabhängigkeit des Gerichts, das den Strafprozess zu führen hatte. Zweitens war der Verteidiger in beiden Fällen derselbe: William G. Thompson. Und drittens war der Harvard-Präsident Lowell beteiligt, mit einem zumindest potentiellen Einfluss auf das Los des Beschuldigten. Dies hatte der „Sacco case“ nicht aufzuweisen: eine wichtige dritte Person in dem Spiel, der Richter Lowell, war eng mit der zweitgenannten verwandt. Die Frage, ob die beiden *Cousins* in dieser Angelegenheit Kontakt hatten, und welche Position der geschäftsführende Harvard-Präsident einnahm, kann vielleicht eine Akte beantworten, die ab 2013 für Forschungszwecke zugänglich ist.³

Die *Jewish Question* in Harvard betraf nicht nur die Auswahl der Studierenden. In der Historischen Abteilung gab es bis 1930 zwei Professoren jüdischer Herkunft,⁴ in der Law School Felix Frankfurter und in der Wirtschaftsfakultät Frank William Taussig (1859–1940), mit einem jüdischen Vater.⁵ Taussig hatte in Harvard studiert, wurde dort 1883 promoviert, erhielt 1892 seine Professur für Politische Ökonomie und entwickelte sich in den folgenden vierzig Jahren zum „grand

old man“ der Wirtschaftsfakultät. Zur *Jewish Question* hat er sich nicht geäußert, und wohl auch deshalb war seine jüdische Abstammung kaum bekannt.

Sein Nachfolger wurde Schumpeter (1883–1950), der mit ihm befreundet und Dauergast in seinem Hause war. In einem Brief von Schumpeter ist zu lesen: „Die Arbeit in Harvard [...] war sehr nett, nur in Forschung und Lehre [...] so anstrengend, daß ich jetzt hübsch hin bin. In meinen Freund und Hausherrn verliebte ich mich. Wo denken Sie hin – das ist kein elegantes junges Jüdlein, sondern der berühmte 72jährige Nationalökonom, der aus dem ökonomischen ‚Department‘ von Harvard vielleicht die erste Pflanzstätte dieser Wissenschaft in der Welt gemacht und fast 50 Jahre dort gelehrt hat. Und er ist ein so reizender Mensch dabei, so gütig und weise, gütig nach der Art starker Naturen, die für andere sorgen und sie verwöhnen wollen – das hat er in diesen drei Monaten gründlich besorgt.“⁶

Auch in den dreißiger Jahren gab es in Harvard diskrete Zweifel, ob fachlich hochqualifizierte Juden sich in den „body“ der Lehrenden wirklich integrieren würden. In der Wirtschaftsfakultät war Seymour Harris (1897–1974) nach Taussig der Zweite.⁷ Er musste lange warten: 1922 wurde er *instructor*, 1926 *lecturer*, 1933 *assistant professor*, 1936 *associate professor* und erst mit nahezu fünfzig Jahren *full professor*. Paul Samuelson, ab 1935 *instructor* in Harvard, sah sich in der Lehre marginalisiert, ging 1940 zum MIT und erreichte 1948 bei seiner Bewerbung um eine erstrangige Harvard-Professur nur den zweiten Platz. Diese Entscheidung wurde legendär, verstanden als Ausdruck eines anhaltenden, latenten Antisemitismus in Harvards Wirtschaftsabteilung.⁸ Die Universität verlor so die Chance, den ersten amerikanischen Nobelpreisträger in den Wirtschaftswissenschaften hervorzubringen.⁹ Robert M. Solow, Kollege von Samuelson am MIT, soll sie mit diesem Diktum kommentiert haben: „You could be disqualified for a job if you were either smart or Jewish or Keynesian. So, what chance did this smart, Jewish Keynesian have?“¹⁰

Es liegt nicht fern zu vermuten, dass die jüdischen Fakultätsmitglieder sich als geduldete Minderheit fühlten, begünstigt durch eine „tiefverwurzelte Toleranz“. Aus dieser Perspektive erhielt 1933 die Problematik der *German scholars* eine Bedeutung, die über akademische Maßstäbe weit hinausreichte. War die Frage, ob die als „Kommunisten“ oder „Juden“ verdrängten europäischen Hochschullehrer Zugang zu amerikanischen Universitäten erhalten sollten, allein mit Blick auf ihre wissenschaftliche Qualifikation zu beurteilen? Oder musste die „tiefverwurzelte Toleranz“ sich nicht nunmehr darin erweisen, dass Wissenschaftlern, die in „Nazi-Germany“ als nicht-tolerabel galten, die Türen zu Amerikas Universitäten weit geöffnet wurden?

Die zweite Position nahmen die Begründer der University in Exile ebenso ein wie die Förderer des Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars. Beide Initiativen entstanden in der Jahresmitte 1933, und sie führten zu zwei unterschiedlichen Formen der Integration. Den Anstoß für die Exil-Universität in New

York gab Alvin Johnson (1874–1971). Er richtete sie als eigenständige Institution unter dem Dach der New School for Social Research ein, die er ebenfalls mitbegründet hatte. Zur Bildung des Lehrkörpers sprach er – zusammen mit Emil Lederer – eine größere Zahl deutscher Hochschullehrer an, die vom Berufsverbot betroffen waren.¹¹ Edwin Seligman, der Förderer Normanos, gehörte zum Gründungsbeirat.¹² Mit ihm war Alvin Johnson durch das Projekt der erwähnten Enzyklopädie verbunden, eine in der „New School“ geborene Idee, zu deren Ausformung und Verwirklichung Seligman maßgeblich beigetragen hat.¹³ Johnson wurde – neben Seligman – zum *associate editor* dieser *Encyclopaedia of the Social Sciences*. Seligman war von Beginn an auch die Schlüsselperson, um Spender für die Exil-Universität zu gewinnen.¹⁴ Am Rande bemerkt: die „New School“ wurde zu einer langlebigen Einrichtung. Angela Merkel erhielt dort ihren (vierten) Ehrendokortitel – ein dreiviertel Jahrhundert nach Gründung der Exil-Universität.¹⁵

Einen anderen Weg als Johnson und Seligman ging das Emergency Committee; es bot amerikanischen Universitäten eine Übernahme der Personalkosten für den Fall, dass sie befristet *German scholars* in ihre Fakultäten aufnahmen. Bis Februar 1934 hatte das Komitee 36 Dozenten an 32 Hochschulen plazierte. Auch diese Initiative war kein Selbstläufer, sie fand nicht überall bereitwillige Zustimmung und stieß in einzelnen Fällen auch auf prinzipielle Ablehnung. Diese kam nicht zuletzt von Harvard. Die *New York Times* berichtete im Januar 1938: „Thirty-one American universities, including all the leading institutions of learning in the United States, with the exception of Harvard University, have made room on their teaching staffs for scholars who lost their places through Nazi persecution.“¹⁶

Lowell, als geschäftsführender Harvard-Präsident, hielt die Idee für „an attempt to use the College for purposes of propaganda“.¹⁷ Der zwischenzeitlich zuständige Verwaltungsrat (*Corporation*) ließ die Anfrage des Komitees vom Juli 1933 unbehandelt, und der neue Präsident Conant lehnte sie im Januar 1934 endgültig ab.¹⁸ Schon vorher hatte die Universität auf den zitierten Zeitungsartikel mit dem Hinweis reagiert, dass auch die Harvard Universität vier deutsche Hochschullehrer aufgenommen habe, und dabei ihren personalpolitischen Grundsätzen treu geblieben sei.¹⁹ „Harvard adheres to the stand taken last year by Dr. A. Lawrence Lowell when President, that the university would not make a place on its faculty for any man because he was an emigré, or as a protest to the Nazi removal of educators from German universities.“²⁰

Dies war eine unpopuläre Entscheidung, weil damit die gesellschaftliche Verantwortung der Universität in einer Ausnahmesituation ungewöhnlich eng definiert wurde. Für Conant aber war es eine letztendlich folgerichtige Anwendung des Grundsatzes der *meritocracy*, den er in der übergreifenden Personalpolitik vertrat. Das Auswahlkriterium der Herkunft sollte in Harvard seine bislang dominierende Rolle verlieren, zugunsten der wissenschaftlichen Qualifikation – in Forschung und

Lehre – und der charakterlichen Eignung. Dies galt für den Lehrkörper, die *faculty*, ebenso wie für die Studentenschaft.²¹

Schumpeter, der diese Grundauffassung teilte, nahm in der Frage der *refugee scholars* eine andere Haltung ein. Er schrieb zahlreiche Briefe, in denen er amerikanischen Universitäten die Berufung von Wissenschaftlern wie Gustav Stolper und Karl Mannheim empfahl. Mit Alvin Johnson und der University in Exile kooperierte er, verstand seinen Beitrag aber im Kern als individuelle Hilfe für *displaced colleagues*.²² In seinen eigenen Worten: „My conservative convictions make it impossible for me to share in the well-nigh [nachgerade] unanimous condemnation the Hitler ministry meets with in the world at large. It is merely from a sense of duty towards men who have been my colleagues that I am trying to organise some help for them which would enable them to carry on quiet scientific work in this country should necessity arise.“²³ Ein Eintreten, eine Hilfe für J. F. Normano wäre mit dieser Grundauffassung und Motivation nach dem März 1933 unvereinbar gewesen. Dessen Fall lag deutlich anders; mit der Problematik der *refugee scholars* war er – so wohl die Ansicht Schumpeters – nicht zu vermengen.

Ob Schumpeter Antisemit oder Philosemit war, ob er das NS-System verdammt oder in Teilen rechtfertigte, darüber ist manches geschrieben worden.²⁴ Wohl unbestritten ist, dass er mit zahlreichen Ökonomen jüdischer Herkunft freundschaftliche Beziehungen pflegte. Dies waren seine Förderer, wie Taussig, seine Studienkollegen, wie Rudolf Hilferding und Emil Lederer, und andererseits junge Ökonomen wie Hans Singer, Paul Samuelson und Seymour Harris, deren er Karrierehilfe bot.²⁵ Einer seiner Biographen zieht, nach Abwägen der Widersprüche, diesen Schluss: „In conclusion, one can say that Schumpeter had a series of prejudices about the Jews. He did not, however, incorporate these into his political philosophy. He would occasionally vent his personal rage against the Jews, especially when he was off balance and depressed, but this is also where he stopped.“²⁶

1 Vgl. <http://en.wikipedia.org/wiki/Boston-Brahmin#Lowell> (15.10.2011)

2 Morton u. Phyllis Heller: *Making Harvard Modern. The Rise of America's University*, New York 2001, S. 47 f.

3 Akte des Präsidenten Lowell im Harvard-Archiv, in der Dokumente aus dem Jahr 1933 zum Normano-Fall zu finden sind. Auskunft der Archivverwaltung vom 03.10.2011.

4 Julius Klein und Arthur Schlesinger Sr.; vgl. William Palmer: *Gentlemen and Scholars: Harvard's History Department and the Path to Professionalism, 1920–1950*, in: *Historically Speaking* 10 (2009) 3, S. 108–121, hier S. 110.

5 Vgl. Thomas K. McCraw: *Prophet of Innovation: Joseph Schumpeter and Creative Destruction*, Cambridge 2007, S. 185.

6 Brief an eine langjährige Freundin vom 5. Januar 1931, am Ende seines zweiten Aufenthalts als Visiting Professor, abgedruckt in: Eduard März: *Joseph-Alois Schumpeter – Forscher, Lehrer und Politiker*, München 1983, S. 183. Nach Antritt seiner Professur im September 1932 wohnte er wiederum bei Taussig.

7 Vgl. M. und Ph. Heller, S. 81.

8 Vgl. ebd., S. 82. Einen maßgeblichen Einfluss hatte dabei Harold H. Burbank, lange Jahre im Amte des *Chairman of Department*, das kaum ein anderer Wirtschaftsprofessor in den Dreißigern haben wollte. „‘Burbie’ was apparently a rather bitter man, a mediocre scholar and

-
- strongly anti-semitic.“ Richard Swedberg: Joseph A. Schumpeter. His Life and Work, Cambridge 1991, S. 139.
- 9 Vgl. Edward S.: The Harvard Department of Economics from the Beginning to World War II, in: The Quarterly Journal of Economics 97 (1982) 3, S. S. 383–433, hier 430.
- 10 Zit. n. The New York Times 14.12.2009.
- 11 Vgl. Alvin Johnson: Pioneers' Progress. An Autobiography, Lincoln 1952, S. 342 f.
- 12 Vgl. The New York Times, 19.08.1933.
- 13 Vgl. A. Johnson, S. 305 f.
- 14 Vgl. ebd., S. 340.
- 15 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 43, 20.02.2009.
- 16 The New York Times, 28.01.1934.
- 17 Zit. n. Stephen H. Norwood: The Third Reich in the Ivory Tower. Complicity and Conflict on American Campuses, New York, S. 33.
- 18 Vgl. William M. Tuttle Jr.: American Higher Education and the Nazis. The Case of James B. Conant and Harvard University's „Diplomatic Relations“ with Germany, in: American Studies 20 (1979) 1, S. 49–70, hier S. 53 f.
- 19 Unter diesen war der Philosoph Robert Ulich (1890–1977), der bis 1960 in Harvard lehrte. Vgl. dazu den Sammelband: Axel Fair-Schulz und Mario Kessler: German Scholars in Exile, Lanham 2011, S. 8 f.
- 20 The New York Times, 30.01.1934.
- 21 Vgl. M. und Ph. Heller, S. 23 f. Erst gegen Ende der Dreißiger richtete die Harvard University eine bescheidenes Stipendienprogramm für europäische displaced scholars ein. Vgl. Th. McCraw, S. 232.
- 22 Vgl. ebd., S. 229 f. Auch Johnson folgte seiner eigenen Linie; ein Angebot des Emergency Committee, sich mitsamt der gewonnenen Ressourcen dessen Programm anzuschließen, lehnte er ab. Vgl. A. Johnson, S. 344.
- 23 Schumpeter in einem Brief vom April 1933, zit. n. R. Swedberg, S. 149.
- 24 Vgl. Melvin W. Reder: The Anti-Semitism of Some Eminent Economists, in: History of Political Economy 32 (2000) 4, S. 833–856.
- 25 Vgl. Th. McCraw, S. 511.
- 26 R. Swedberg, S. 150.

Das Hanfstaengl-Dilemma

Präsident Lowells Haltung in der *Jewish Question* wurde oben skizziert. Sein Nachfolger Conant war für eine differenzierende Fortsetzung dieser Politik. Auch er war nicht ganz frei von antisemitischen Vorurteilen, schien vielmehr den „mild anti-Semitism common to his social group and time“ zu teilen.¹ So wurde ihm vorgeworfen, dass er keine ausreichende Distanz zu Vertretern des „Nazi-Germany“ hielt. Vor 1933 war er zweimal in Deutschland gewesen; er hatte Freunde dort und sprach von einem bekanten Zweispalt, den er teilte: „the dilemma of those abroad who had friendly feelings for Germany but detested Hitler.“² Die Vorwürfe gegen seine allzu „diplomatische“ Haltung ertönten erstmals wegen seiner Haltung zum Emergency Committee und häuften sich in den drei Folgejahren. Mehrere Vorgänge gaben dazu Anlass.

Im Mai 1934 gab es einen deutschen Flottenbesuch, der Kreuzer „Karlsruhe“ lief in den Hafen von Boston ein. Die Einladung hatte die Hafenbehörde schon 1932 ausgesprochen. Es folgte eine Reihe von Empfängen und Landbesuchen, Luther und von Tippelskirch waren präsent, und die jüdische *Community* protestierte gegen eine solche Politik der offenen Arme. Eine Stellungnahme des Harvard-Präsidenten gab es nicht; einzelne Professoren und Alumni gingen zu den gesellschaftlichen Veranstaltungen. Viele Studenten gingen in die Docks. Dort gab es am 17. Mai eine Massendemonstration, die von einem massiven Polizeiaufgebot im Zaum gehalten wurde. Nicht alle waren gegen die „Karlsruhe“: „Up with Hitler“ riefen die einen, Plakate mit „No Welcome for Persecutors of the Jews“ zeigten andere.

Ein zweiter Besuch aus Deutschland galt nicht Boston sondern allein dem Vorort Cambridge. Aber auch er rief Pressestimmen und Meinungsspaltungen hervor, die weit über Massachusetts hinausgingen. Eigentlich ging es nur um das Treffen einer Gruppe von Harvard-Alumni; der Abschlussjahrgang 1909 wollte seinen 25. Jahrestag gebührend feiern. Den Generalauftrag zur Ausgestaltung erhielt ein *chief marshal*, der wiederum einen Ex-Kommilitonen bat, ihm zu assistieren. Dies geschah im März 1934, und der Erwählte war ein Deutscher. Ernst „Putzi“ Hanfstaengl, mit Isaac Lewin gleichaltrig und in Bayern geboren, war eine markante Figur, nicht nur in Körperbau und Gesichtsprägung. In seiner College-Klasse galt er als einer der beliebtesten; er war ein einfallsreicher Erzähler, gewinnender Klavierspieler und trinkfester Kumpen, zudem der Vorsitzende des Deutschen Vereins.

Sein Lebenslauf hatte Profil. Nach dem Harvard-Abschluss war er in die Kunsthandlung seiner Eltern in der New Yorker Fifth Avenue eingestiegen. Sie wurde in den letzten Kriegsmonaten beschlagnahmt und versteigert. Ernst verlor den Job, hatte wenig Glück mit einem zweiten und kehrte 1921 in seines Vaters Land zurück (seine Mutter war Amerikanerin). Ein Jahr später begegnete er Hitler und lud

ihn spontan in seine Münchener Wohnung ein. Der Gast ging dort bald ein und aus, bisweilen brachte er Besucher mit, so den Pg. Hermann Göring.³ Hitler kam auch in das Landhaus der Hanfstaengls am Staffelsee, zumindest einmal, am 9. November 1923. Der Putschversuch war gescheitert, und der Putschist suchte ein Versteck. Die Polizei fand ihn dort, in Uffing, schon nach zwei Tagen.

Die Geschichte von Hitler und Hanfstaengl hat Autoren gereizt, auch letzteren. Somit ist sie nicht unbekannt, zumal sie launige Anekdoten einschließt, die gern weitererzählt werden. Leser des vorliegenden Buches könnten an der folgenden ihren Spaß haben. Hanfstaengl war zum Auslands-Presseschef der Partei aufgestiegen und kannte den amerikanischen Journalisten Knickerbocker. Auch der Leser kennt ihn, als Schlüsselfigur in der Orlow-Affäre. Knickerbocker bat Hanfstaengl im November 1932, für ihn ein Treffen mit Georg Strasser zu arrangieren. Darüber schrieb „Putzi“ 25 Jahre später, in seinen Erinnerungen. „I organized it for him. It was a terrible flop. Knickerbocker had got hold of a book on economics, published under Strasser's name, of which he had carefully read every word, and came out with a whole list of contradictions. After an hour of this cross-examination, Strasser had sweated through his second handkerchief.“⁴

Kurzum: Strasser machte nach dem Interview dem Hanfstaengl die Hölle heiß; wenn er noch einmal eine solche Person zu ihm schicken würde Erst später – zu spät – erfuhr Hanfstaengl, dass ein *ghost writer* das Buch verfasst hatte und Knickerbocker den Inhalt weit besser kannte als Strasser. Noch später, im März 1933, konnte „Putzi“ einiges wieder gut machen. Der Korrespondent hatte offen über die Nazi-Greuel berichtet und sollte das Land verlassen. Er wandte sich an Hanfstaengl, dieser besprach die Angelegenheit mit Goebbels und ging mit ihm zu Hitler. Knickerbocker durfte bleiben – vorerst.⁵

Weniger reibungslos als diese Nothilfe verlief der Besuch in Harvard. Hitler hatte die Reise zum Alumni-Treffen abgenickt, dennoch tat Hanfstaengl alles, um seine Abfahrt geheim zu halten. Den letztmöglichen Dampfer, die „Europa“, ließ er fahren, reiste incognito per Bahn nach Köln, bestieg ein Postflugzeug nach Cherbourg und erst dort die „Europa“. In der *New York Times* war zu lesen, dass Hanfstaengl nun wohl doch nicht anreisen werde. Schon bald aber sickerte die Nachricht durch, und als der Dampfer in den New Yorker Hafen einlief, versammelten sich dort mehr als tausend Demonstranten. Hanfstaengl nahm einmal mehr den Hinterausgang, eskortiert von sechs Polizisten in Harvard-Blazern, die einen Gruß vom Staatspräsidenten überbrachten.⁶ Hanfstaengl und Roosevelt waren sich 25 Jahre vorher in Harvard begegnet.

In Boston und Cambridge stand „Putzi“ im Mittelpunkt des bewegten Interesses. Der Höhepunkt war die große Harvard-Parade. Einige der Alumni hatten sich als Bayern verkleidet und fanden Spaß an Stechschritt und Hitler-Gruß. Auch Hanfstaengl grüßte mit erhobenem Arm, hielt sich im Übrigen aber diplomatisch zurück. Er blieb auch der Feier am Folgetag fern, auf der traditionsgemäß die aka-

demischen Grade verliehen wurden. Sie verlief turbulent, Conants Ansprache wurde mehrfach unterbrochen. Zwei Frauen ketteten sich im Saal fest, forderten „Nieder mit Hitler“ und „Freiheit für Thälmann und Michaelson“. Eine spontane Demonstration in der Stadt wuchs auf 2000 Teilnehmer an, die Polizei war überrascht und reagierte knüppelhart.⁷

Präsident Conant hielt zum Besucher Distanz, intervenierte weder auf der einen noch der anderen Seite und setzte später durch, dass das Angebot, einem Harvard-Studenten ein Auslandsjahr in Deutschland zu finanzieren, abgelehnt wurde. Im September schrieb er an Hanfstaengl, diese „Dr. Hanfstaengl Scholarship“ betreffend: „We are unwilling to accept a gift from one who has been so closely associated with the leadership of a political party [sic] which has inflicted damage on the universities of Germany through measures which have struck at principles we believe to be fundamental to universities throughout the world.“⁸ Noch zwei weitere Gastgeschenke brachte der Besucher zurück nach Deutschland: die Büsten von Schopenhauer und Hindenburg. Niemand – weder in Harvard noch in West Point – hatte sie aufstellen wollen. Nur Gluck blieb willkommen, in Harvards Fachbereich Musik.

Hanfstaengl konnte sich davon persönlich überzeugen, nachdem er in die USA emigriert war. Diese Auswanderung verlief in Etappen und schloss – wie 1934 – eine ungewöhnliche Flugreise ein. „Putzi“ war im Führungszirkel um Hitler in Ungnade gefallen, er sollte zu einem Fallschirmsprung in den Spanischen Bürgerkrieg gezwungen werden. Tatsächlich kam es zu einer milderen Form der Bestrafung. Der Verstoßene wurde in Berlin-Staaken in eine JU 52 gesetzt, und der Pilot sagte ihm, wohin es gehen sollte. Bei Leipzig gab es einen Motorschaden, eine Notlandung und „Putzis“ Entkommen durch die Hintertür. So endete seine Reise nicht in Salamanca, auch nicht in Berlin – wo der „Scherz“ der Entführung wie geplant ausklingen sollte – sondern in Zürich.⁹

Göring legte ihm die Rückkehr nach Deutschland nahe, mit einem Brief im März 1937: „Ich versichere Dir, dass die ganze Angelegenheit nur einen harmlosen Scherz darstellen sollte. Man wollte Dir wegen einiger allzu kühner Behauptungen, die Du aufgestellt hast, Gelegenheit zum Nachdenken geben. Etwas anderes war wirklich nicht beabsichtigt.“¹⁰ Hanfstaengl – nach dem Kriege wieder in Deutschland – fand dort den Piloten und fragte ihn nach den tatsächlich erhaltenen Befehlen. Als Ergebnis schrieb er eine dritte Version in seine Memoiren, an der er fortan festhielt: Göring wollte hohe ausländische Fliegeroffiziere mit einer Manöverschau unterhalten, bei der eine JU 52 – herbeigerufen aus einer Warteschleife – eine Puppe mit Fallschirm absetzte, die dann abgeschossen wurde: „a dummy on a parachute was to be shot down...“¹¹

Conant hatte mit dem Fall Hanfstaengl Erfahrung gewonnen und damit seine Grundposition gefestigt: in außeruniversitären Fragen werde er nicht intervenieren und in universitätsinternen Fragen sich keine „politischen“ Entscheidungen auf-

drängen lassen. Er zögerte nicht, Harvards Türen einer großen Studentendelegation zu öffnen, die Mussolini auf eine Rundtour durch amerikanische Universitäten geschickt hatte, naturgemäß mit außenpolitischen Motiven. Für Conant war dieser Besuch ein Beitrag zur internationalen akademischen Zusammenarbeit. In diesem Sinne befürwortete er auch die Fortsetzung des Studentenaustauschs mit deutschen Universitäten und setzte sich dafür ein, dass amerikanische Universitäten ihre Delegierten zur 550-Jahrfeier der Universität Heidelberg im Jahr 1936 sandten. Erst-rangige britische Universitäten hatten die Einladung an den Neckar abgelehnt, mit Hinweis auf die Entlassung zahlreicher Lehrender aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen. Conant hatte bei seiner Entscheidung im Blick, dass Harvard im September desselben Jahres seine 300-Jahrfeier ausrichten und dafür auch deutsche Universitäten einladen wollte. Zu den zahlreichen Kritikern dieser Politik gehörte Alvin Johnson.¹²

-
- 1 Ebd., S. 49. Der Anteil lag schon zu Beginn seiner Amtszeit über 12%, und die Zugangsbeschränkung verlor bis zum Ende der dreißiger Jahre ihre Bedeutung.
 - 2 Zit. n. W. Tuttle Jr., S. 52.
 - 3 Vgl. Peter Conradi: Hitlers Klavierspieler. Ernst Hanfstaengl: Vertrauter Hitlers, Verbündeter Roosevelts, Frankfurt a. M. 2007, S. 65 f.
 - 4 Ernst „Putzi“ Hanfstaengl: Hitler – The Missing Years, London 1957, S. 189 f.
 - 5 P. Conradi, S. 186.
 - 6 Ebd., S. 207.
 - 7 Ebd., S. 213 f.
 - 8 James B. Conant: My several lives. Memoirs of a Social Inventor, New York 1970, S. 144.
 - 9 Vgl. P. Conradi, S. 277, S. 265 f.
 - 10 Briefkopie in: E. Hanfstaengl, S. 289.
 - 11 Ebd., S. 286.
 - 12 Vgl. S. Norwood, S. 58 f.

Der Wettstreit der Nachwuchsökonominnen

Antisemitismus und Nazi-Nähe in Harvard: Bei genauerem Hinsehen erschließt sich ein Bild mit vielen Facetten. Dass Lewin nach der Freilassung nicht an die Universität zurückkehrte, ist mit Vorbehalten gegenüber Juden oder weltfremdem Vertrauen in die NS-Justiz nicht erschöpfend oder gar nicht erklären. Normano war stellvertretender Leiter der Forschungsstelle für Lateinamerika bei den Historikern, und die Wirtschaftswissenschaftler luden ihn ein, für ein Semester in ihrem Lehrprogramm mitzuwirken. Gab ihm dies Hoffnung, die Stufenleiter rasch hinauf steigen zu können: zum *assistant*, *associate* und schließlich zum *full professor*? Wenn ja, so stand Normano mit diesen Ambitionen nicht allein; es gab in Harvard eine ganze Reihe von Ökonomen auf den mittleren Stufen, die gut bis hervorragend qualifiziert waren. In der Mehrheit hatten sie Stallgeruch, zudem konnten einzelne ihre besondere Nähe zu einem *full professor* ins Spiel bringen.

Als Lewin 1931 nach Cambridge kam, bestand die Professorenschaft des Wirtschaftsbereichs aus sechs alten Herren. Ein Generationswechsel stand an und vollzog sich in den folgenden vier Jahren. Ripley und Carver wurden 1932 emeritiert, Bullock 1934 und Taussig 1935. Sprague wechselte zur Harvard Business School und Gay ging nach Kalifornien. Kaum einer von ihnen hatte in den Zwanzigern noch wissenschaftlich glänzen können. Erstangig wurde das Economic Department erst in den Dreißigern. Taussig konnte dafür eine wichtige Weiche stellen, indem er Schumpeter für Harvard gewann.

Er leitete damit eine Entwicklung ein, die Conants Vorstellungen von *meritocracy* entsprach. Die leeren Stühle – und die drei hinzukommenden – wurden nicht mehr nach Harvard-Tradition besetzt, sondern mehrheitlich mit sozialen Aufsteigern und Europäern. Als zweiter, nach Schumpeter, kam Gottfried Haberler, auch ein Österreicher. Er war im Winter 1931/32 *visiting lecturer* gewesen, hatte als Wirtschaftsexperte beim Völkerbund gearbeitet und an der London School of Economics gelehrt. Als er den Ruf nach Harvard bekam, war er gerade 36 Jahre alt. Sumner H. Slichter, aus Wisconsin und acht Jahre älter, kam 1930 und erhielt seine *university professorship* 1936. Diese Kategorie hatte Conant eingeführt. *University professors* waren nicht an eine bestimmte Abteilung gebunden, Slichter lehrte auch an der Business School. Ein Jahr später wurde Alvin H. Hansen berufen, 40 Jahre alt und schon damals ein bekannter Keynesianer. Wie Slichter kam er nicht von der Ostküste sondern aus dem Mittelwesten; vorher hatte er an der Universität of Minnesota gelehrt. In Harvard erhielt er die kurz zuvor eingerichtete Lucius N. Littauer Professur.¹

Fast zeitgleich gab es den ersten Aufstieg aus der Nachwuchsriege des Economic Department. Edward S. Mason hatte 1925 seine Dissertation abgeschlossen und war als Lehrender in der Wirtschaftsabteilung geblieben. Damit gehörte er zu einer Gruppe von fünf bis sechs Anwärtern aus dem Mittelbau, die alle in den Zwanzig-

gern den Doktorgrad erworben hatten. Mason war einer der älteren; wie sein Kollege John H. Williams und auch Alvin Hansen war er 1887 geboren.² Er zählte zu einem Zirkel von Ökonomen, den Schumpeter um sich gebildet hatte; auch seine Kollegen Harris, Chamberlin, Brown und Leontief gehörten dazu.³ Seymour Harris und sein langer Weg zum Professor wurden schon erwähnt. Zwei Jahre jünger als er war Edward H. Chamberlin, der 1933 seine vielbeachtete Arbeit „The Theory of Monopolistic Competition“ vorgelegt hatte. Kinder des 20. Jahrhunderts waren Douglas V. Brown und Wassily Leontief.

Dieser kam 1932 nach Harvard und begann mit 26 Jahren als *instructor*. Die Stufe des *full professor* erreichte er mit vierzig. Er kam aus einer russisch-jüdischen Familie und war in St. Petersburg aufgewachsen. Dort schrieb er sich 1921 an der Universität ein, die der Privat-Dozent Isaac Lewin drei Jahre zuvor verlassen hatte. An der Berliner Universität wurde er promoviert, forschte ab 1927 am Kieler Weltwirtschaftsinstitut, beriet das chinesische Ministerium für Eisenbahnwesen und ging 1931 an das (nicht-staatliche) National Bureau of Economic Research. Er sollte 1973 den Nobelpreis erhalten, ebenso wie drei seiner Doktoranden: Samuelson (1970), Solow und Vernon L. Smith. Leontiefs Karriereprofil bis 1934 ähnelte dem des Isaac Lewin in Abschnitten. Nur war er 18 Jahre jünger und hatte fast ausschließlich in der Forschung gearbeitet, während Lewins wissenschaftlicher Lebenslauf bei genauerem Hinsehen ein zehnjähriges schwarzes Loch offenbarte.

Die Chancen für einen Wiedereinstieg und Aufstieg des J. F. Normano in Harvard waren nur also auf den ersten Blick günstig. Zwar versprachen der bevorstehende Generationswechsel und die Expansionspläne freie Plätze, aber die Wettbewerbsslage und auch die Personalpolitik minderten seine Chancen auf ein Minimum. Mit den Quereinsteigern Hansen und Haberler konnte er sich wissenschaftlich nicht messen, und die Mitglieder der Nachwuchsriege – sofern nicht auch sie ihm überlegen waren – hatten ihm den Stallgeruch und das passende Alter voraus. Zudem fügte sich sein fachliches Profil – lateinamerikanische Wirtschaftsgeschichte – kaum in das Abteilungsprogramm. Dieses hätte er allenfalls als Nachfolger von Edwin F. Gay, Professor für Wirtschaftsgeschichte, einbringen können;⁴ aber der empfahl – mit Erfolg – Abbot P. Usher (1883–1965). Diesem folgten später, nach Normanos Tod, zwei Wissenschaftler, die aus der Sowjetunion emigriert und jüdischer Herkunft waren: Alexander Gerschenkron wurde 1948 und Simon Kuznets 1960 auf den Lehrstuhl berufen.

1 Der Textilunternehmer Littauer, aus jüdischer Familie, war Harvard-Absolvent von 1878 und ein bedeutender Mäzen.

2 John H. Williams, Promotion in 1919, war schon vor Mason berufen worden, allerdings auf einen Lehrstuhl in der School of Public Administration

3 Vgl. E. Mason, S. 422.

4 Edwin F. Gay (1867–1946) hatte ab 1890 in Deutschland studiert, u.a. in Berlin und Leipzig, war von Schmoller (Neuere Historische Schule) promoviert worden, wurde 1902 Professor

in Harvard und lehrte dort mit Unterbrechungen (Zeitungsunternehmer, Regierungsämter) bis 1935. Vgl. Nachruf in: *American Economic Review*, 37 (1947) 3, S. 410–413. Seine wirtschaftshistorische Arbeit war stark auf Unternehmensgeschichte konzentriert; er gilt als einer der Initiatoren für das Fach *Business History*, eingerichtet 1927 an der Harvard Business School. Vgl. Toni Pierenkemper: *Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 2000, S. 40 f.

Ein US-brasilianischer Wissenschaftler

Einzelne der Arbeiten, die Normano zu Beginn seiner Harvard-Zeit veröffentlichte, wurden schon genannt: Rezensionen und drei kürzere Aufsätze. Sein erstes Buch erschien 1931: *The Struggle for South America – Economy and Ideology*. Normanos Fragestellung in aller Kürze (die Nach-Lese bietet mehr): Wer sind die Rivalen in dem Wettstreit, worum geht es ihnen und welche Waffen führen sie ins Feld?

Kampf um Südamerika: nach dem ersten Weltkrieg

Den Kampf um die Vorrangstellung in Südamerika führen die USA, als Gravitationszentrum der Neuen Welt, mit Nationen der Alten Welt. Zu diesen zählen Spanien und Portugal, Großbritannien und Frankreich, und schließlich Deutschland, Italien und Japan. Normano zeigt im ersten Kapitel, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen Südamerika und den im „Struggle“ konkurrierenden Wirtschaftsmächten entwickelt haben. Damit liefert er keine bahnbrechenden Erkenntnisse, wie er mit Sicherheit selbst weiß. Dennoch kann er auf dieses Eingangskapitel nicht verzichten; denn es schafft den materiellen Unterbau, auf dem er im zweiten die Säulen seines Theoriegebäudes errichtet: den ideologischen Überbau. Er will die ideologischen Schleier lüften, mit denen die rivalisierenden Staaten ihre wahren imperialistischen Absichten verdecken. Welche Masken tragen sie, und in welchen Gesellschaftsschichten des Subkontinents wollen sie damit welche Sympathien wecken?

Das ideologische Werben um Herz und Seele des Subkontinents beginnt schon bei der geographischen Bezeichnung. Spricht man von Latein-Amerika, von Hispano- oder Ibero-Amerika? Die Spanier lehnen den „Lateinamerikanismus“ strikt ab. Sie sehen darin den Versuch Italiens und Frankreichs, das Mutterland aus dessen früheren Kolonien zu verdrängen. Mit dem erfundenen Namen „Latein-Amerika“ wollen sie eine Affinität zu dem klassischen Europa wecken, als dessen Vertreter sie sich darstellen. Den wahren Charakter der historischen Beziehungen treffe allein die Bezeichnung „Hispano-Amerika“. Spanien hat gegenüber allen Freiern die Vorteile der Sprache, der ethnisch-kulturellen Nähe und der Geschichte. Der „Hispano-Amerikanismus“ findet Anklang auch bei der breiten Masse. Allerdings lässt sich daraus nur ein geringer materieller Nutzen ziehen; Spaniens Wirtschaft ist schwach.

England, Deutschland und Japan haben gemeinsam, dass sie keine Ideologie der historischen, kulturellen und ethnischen Partnerschaft entwickeln können, sie müssen sich als Wirtschaftsmächte mit wirtschaftlichen Avancen einbringen, mit der Ideologie der industriegeträgten Moderne. Am klarsten gilt dies für das Vereinig-

te Königreich, und ihm fällt dies als etablierte Welthandelsmacht am leichtesten. Eine solche Fama hat Deutschland nicht, im Gegenteil: die Psychologie des verlorenen Krieges wirkt nach, und kulturell wie politisch hat es in Südamerika ständig an Boden verloren. Zwar ist der deutsche Unternehmer flexibler im Angebot und seine Industrieprodukte sind innovativ. Aber werben muss er wie ein Handelsvertreter, wenn auch mit Unterstützung in den „deutschen Kolonien“. Auf ihre Auswanderer können auch Italien und Japan setzen, letzteres bringt zudem an der Pazifikküste Standortvorteile ins Spiel.

Und die Ideologie der Vereinigten Staaten? Der Pan-Amerikanismus vom Beginn des 19. Jahrhunderts, als große Gemeinsamkeiten die jungen Staaten der beiden Subkontinente verbanden, hat seinen ideologischen Gehalt aus Sicht der Lateinamerikaner längst verloren: „Pan-Americanism [...] is promoted, managed, and exploited by the United States. [...]“¹ Wie sieht Normano selbst diese *American Danger*? Er wendet sich gegen alle ideologischen Deutungen und argumentiert strikt ökonomisch: bringt dieser Penetrationsprozess des Nordens die südlichen Länder tatsächlich in Gefahr, ist er ein realer Grund für Alpträume? Normano verneint dies, aus seiner Sicht ist das Expansionsmotiv der USA nicht politische Machtgier. Denn getragen wird der Prozess nicht vom Staat sondern von den großen amerikanischen Unternehmen. Und diese haben mit dem globalen Wachstum ihren nationalen Charakter verloren: „The ‚Big Thirty‘ are no longer national, nor even international. They are anational.“²

Die Chancen einer selbstbestimmten Entwicklung des Südens, der Zukunftsgestaltung aus eigener Kraft, behandelt Normano in den abschließenden Kapiteln. Sie sind überschrieben mit: „An Experiment“ und „The Future“. Das „Experiment“ unternimmt, nach Einschätzung des Autors – Cuba. Diese Sicht wird der Leser spontan teilen, denn auch aus heutiger Perspektive ist der Inselstaat wahrlich einen Sonderweg gegangen. Allerdings steht er für den „Kommunismus in Lateinamerika“, für seinen ersten Sieg und sein endgültiges Scheitern. Normano sieht 1930 ein völlig anderes Cuba: das Muster einer kapitalistischen Entwicklung, die an die US-amerikanische Durchdringung anknüpft, um deren Dynamik und die von ihr geschaffene Infrastruktur zu nutzen.

„The Future“: ohne tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft wird Südamerika zwar seine politische Freiheit bewahren können, ökonomisch aber ein Vasall bleiben. Die besten Aussichten im Süden hat Brasilien. Vor der amerikanischen Gefahr fürchtet es sich nicht; es hat keine Vorbehalte gegenüber dem US-Kapital und errichtet keine Schranken. Mit dieser kooperativen Haltung und einem intensiven wirtschaftlichen Austausch wird Brasilien seine Industrialisierung beschleunigen, seine politische Rolle stärken und sich damit Chancen für den Aufstieg zur Weltmacht eröffnen.

Eine kühne Schlussfolgerung – die sich heute bestätigt findet. Ein vorrangiges Schwellenland ist Brasilien schon jetzt, und der Aufstieg zur Weltmacht zeichnet

sich ab. Die Erwartung des Autors ist realitätsnäher denn je. Dagegen ist seine Vision für Cuba, 1931 ähnlich kühn, im real experimentierenden Sozialismus verpufft. War Normano, auch als Autor, ein Hasardeur? Hatte er keine Scheu vor gewagten Thesen, die sich als krass irreführend erweisen, aber auch zu wissenschaftlichem Durchbruch führen konnten? Wie ist das Buch seinerzeit aufgenommen worden – als Erkenntnisprung? Wie haben die Kritiker den Autor gesehen – als grundfesten Wissenschaftler, als Überflieger, als Scharlatan?

Die Antwort: das Echo kam von vielen Seiten, und es wird Autor wie Verlag gut in den Ohren geklungen haben – mit einigen Dissonanzen. Insgesamt gab es zehn Kritiken, mehrere davon in erstrangigen Zeitschriften. Was hatten sie gemeinsam, was unterschied sie? Einen Verriss gab es nicht, unterm Strich kamen alle Rezensenten zu einer positiven, mehrfach überschwänglichen, zumindest aber wohlwollenden Bewertung. Gemeinsam hatten sie auch, dass keiner versuchte, das vorgelegte Werk als Meilenstein in der Entwicklung des Autors zu sehen und es mit früheren Arbeiten in Verbindung zu bringen. Aber war nicht Normano bei Erscheinen des Buches schon mehr als 40 Jahre alt? Lag es nicht nahe zu fragen, was er vorher geschrieben hatte?

Die wohl plausibelste Antwort: in USA und Europa kannten selbst die mit Lateinamerika befassten Wissenschaftler nur einen Teil der einschlägigen lateinamerikanischen Literatur. Beklagte nicht Normano selbst diese Unkenntnis, initiierte er nicht gerade deshalb das erwähnte Bibliographie-Projekt in seinem „Bureau“? Dass den Forschern bislang keine Arbeiten des „Brasilianers“ Normano in den Blick gekommen waren, musste sie also nicht zwingend stutzig machen. Ließ doch auch Harings Einleitung zum „Struggle“ kaum Raum für Zweifel: „Born a Brazilian [...], long a resident in Europe and in the United States“ [sic].³ Dennoch: hätte der Autor nicht frühere Schriften in seinem Buch erwähnen müssen? Oder hat er sie erwähnt – was sagt das Literaturverzeichnis? Nichts, denn das Buch hat keines. Das ist nicht unüblich, schließlich werden Quellen schon in den Fußnoten genannt. Aber der Verzicht ist nicht hilfreich, und einige Rezensenten haben dies ausdrücklich kritisiert.

Wollte etwa der Autor die Transparenz meiden? Eine Durchsicht der Quellenangaben und Anmerkungen – fast 50 Seiten – ist mühsam und fast ergebnislos. Der Name Normano findet sich darin nicht, lediglich heißt es in einer Endnote: „I refer to my investigation concerning Rio Grande do Sul [...]. See *Harvard Business Review*, January, 1931.“⁴ Schaut man in das Verzeichnis dieses Hefts, so finden sich dort zwölf Beiträge aufgelistet; Hjalmar Schacht steht mit „Money Markets before and after the War“ an erster, Normano an neunter Stelle. Sein Aufsatz – über Aktiengesellschaften und Auslandskapital in dem brasilianischen Südstaat – ist Ergebnis einer empirischen Studie, mit engen geographischen Grenzen und geringem Theorieanspruch. Die Datengrundlage seiner Studie, die er vor dem Vargas-Putsch von 1930 abgeschlossen hat,⁵ ist ein Glücksfund: „it is only by chance that the

writer was able to obtain the annual reports of all the joint stock companies of Rio Grande do Sul.“

In detaillierten Tabellen zeigt Normano die Kapitalstruktur und Gewinnlage der 60 Aktiengesellschaften im Staate auf, gibt einen aufschlussreichen Einblick in soziale Stellung und Anlagemotive der nationalen *capitalistas*, und richtet dann den Blick auf das ausländische Kapital. Hier interessieren ihn vor allem die industriellen Direktinvestitionen: welche Investoren tragen unmittelbar zur Industrieentwicklung im Staate bei? Es sind vornehmlich amerikanische Konzerne, die Kapital ins Land bringen, durch Kauf bestehender oder Gründung neuer Unternehmen. Normanos Schlussfolgerung: „North American capital would be welcome at this time. The disadvantages of North American capital should not be exaggerated.“⁶ Auslandskapital sei für die wirtschaftliche Entwicklung absolut notwendig, nur müsse der Zufluss entwicklungsgerecht reguliert werden. Dies müsse einher gehen mit der Mobilisierung und Nutzung des Inlandskapitals, durch Ausbau des nationalen Finanzsektors und seiner Präsenz auf internationalen Kapitalmärkten.

Wer diesen Aufsatz gelesen, zudem die zahlreichen Zeitungsberichte über Normanos Auftritt als Vizedirektor des „Bureau“ überflogen hatte, der sah ihn als einen ambitionierten brasilianischen Ökonomen, der ohne ideologische Befangenheit erkannte, welche langfristigen Vorteile die südamerikanischen Länder aus einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA ziehen konnten. Damit zeigte er ein klares – und willkommenes – Wissenschaftlerprofil. Wie es sich herausgebildet hatte, war kaum interessant. Und sprach nicht die Leistung, die der Autor des „Struggle“ gezeigt hatte, für sich? Keiner der Kritiker hatte bezweifelt, dass ihm eine bemerkenswerte Innovation geglückt war, und dass sein Buch die Integration Südamerikas in die Weltwirtschaft in ein neues Licht rücken könnte.

Das war für Normano der Durchbruch. Bei diesem Erstlingswerk rätselte niemand offen über seine Herkunft – warum sollte es in Zukunft anders sein? Vermutlich hatte er getrickst und geblüfft, aber sein Buch überzeugte, und vielen gefiel es. Mit bewundernswertem Geschick verstand er es zudem, Ergänzungen zum Buch zu schreiben, die kurz nach dessen Erscheinen in renommierten Zeitschriften zu lesen waren. Im März 1932 druckte die *Hispanic American Historical Review* seinen Beitrag zur „British Offensive in Latin America“. Darin relativierte Normano seine Feststellung im Buch, dass England eher als Bieter denn als Werber in Lateinamerika auftrete. Diese Einschätzung musste er korrigieren, denn ab 1929 hatten mehrere Wirtschaftsdelegationen das Land besucht, um für das United Kingdom ein Stück des Bodens zurückzuerobern, den es ab 1914 an die USA verloren hatte.⁷

In derselben Zeitschrift folgte im Mai eine glänzend geschriebene Glosse, mit der Normano die Rolle des argentinischen Denkers Domingo Sarmiento in den argentinisch-amerikanischen Beziehungen karikierte – „A Lost Monument: Sarmiento in Boston“. Als Neubürger hatte er in Stadtplänen und Stadtverwaltung nach Spuren einer Sarmiento-Statue gesucht, eines angeblichen Geschenks der argentini-

schen Regierung an die Stadt. Er fand heraus, dass man in Buenos Aires sehr wohl einen Entwurf gefertigt und einen Spendenfonds aufgelegt hatte, das Projekt im Krieg aber eingeschlafen und der Bildhauer gestorben war. Das Forschungsergebnis: „The monument in Boston does not exist.“⁸

Um Beziehungen zwischen Süd- und Nordamerika ging es auch im dritten Artikel, allerdings auf einer wesentlich höheren Ebene und mit eminent politischem Gehalt. Die erstrangige Zeitschrift *Foreign Affairs* feierte ihr zehnjähriges Bestehen; somit hatte das erste Heft des elften Jahrgangs eine ganz besondere Bedeutung.⁹ Einer der zwanzig Autoren war Normano, sein Beitrag behandelte die „Changes in Latin American Attitudes“. Damit bewies er Schreibkunst und Kühnheit zugleich; denn er nutzte diese Chance, sich auf hohem Medienrang zu platzieren, ohne etwas wirklich Neues zu veröffentlichen. Stattdessen verwob er geschickt längere Passagen aus seinem Buch mit Aussagen zur „British Offensive“ und mit Abschnitten aus Referaten, die er 1932 bei den oben erwähnten Konferenzen und Seminaren gehalten hatte. Und er scheute sich nicht, daraus Schlussfolgerungen zur hochrangigen Politikberatung abzuleiten, etwa: „[...] it is high time for the United States to make an attempt to construct a program of realistic economic policy toward Latin America.“¹⁰

-
- 1 J. F. Normano: *The Struggle for South America – Economy and Ideology*, London 1931, S. 112.
 - 2 Ebd., S. 163.
 - 3 Ebd., S. 11.
 - 4 Ebd., S. 290.
 - 5 „This article was written before the recent political disturbances in Brazil.“ J. F. Normano: *Joint Stock Companies and Foreign Capital in the State of Rio Grande do Sul (Brazil)*, in: *Harvard Business Review* 9 (1931) 2, S. 215–224, hier: S. 215.
 - 6 Ebd., S. 224.
 - 7 In: *The Hispanic American Historical Review* 12 (1932) 1, S. 93–99.
 - 8 In: *The Hispanic American Historical Review* 12 (1932) 2, S. 236–237.
 - 9 *The Times* (London) brachte darüber, unter dem Titel „Anniversary Issue of U.S. Quarterly“, einen langen Artikel in ihrer Ausgabe vom 27.09.1932.
 - 10 J. F. Normano: *Changes in Latin American Attitudes*, in: *Foreign Affairs* 11 (1932) 1, S. 161–172.

Brasilien: vom Bandeirante zum Paulista

Der Autor hatte nun einen Namen, der sich zur Marke entwickeln ließ. Er war aufgenommen in die amerikanische Einwanderergesellschaft, in der die *Performance* nach Einstieg zählte, das Tun und Lassen im früheren Leben aber kaum interessierte. Die Arbeit an seinem zweiten Buch begann er unmittelbar nach Abschluss des ersten. Es war in mancher Hinsicht eine Zuspitzung und Vertiefung. Im „Struggle“ hatte er einen Schwerpunkt auf das Land gelegt, das im zweiten Buch zum Obertitel wurde: „Brazil“. Als Untertitel wählte er: „A Study of Economic Types“. Auch dieses Projekt wollte er wirtschaftshistorisch ausrichten, eine allgemeine Wirtschaftsgeschichte Brasiliens – oder gar Lateinamerikas – hielt er jedoch für utopisch. So steht es in seinem Vorwort, geschrieben in „Cambridge Mass., June 1932“. Erst drei Jahre später erschien das Buch.

Im ersten der sieben Kapitel nimmt Normano die These von der *moving frontier* auf, die Frederick J. Turner 1893 aufgestellt hatte. Normano beschreibt, wie die Wege zur Erschließung des brasilianischen Hinterlands durch die Topographie des Landes vorgezeichnet sind. Er verfolgt die Ausdehnung der Zivilisationsgrenze in der Geschichte und zeigt mit demographischen wie wirtschaftlichen Indikatoren den fortbestehenden Dualismus auf. Evident sind die Lücken zwischen den unterentwickelten Staaten im Norden, Nordosten und Westen auf der einen und den fortgeschrittenen im Südosten und Süden auf der anderen Seite.

Die Frontverschiebung ist kein stetiger Prozess; neben dem Tempo gehört auch der abrupte Wandel zu den Charakteristika der brasilianischen Entwicklung. Dies zeigt sich, wie Normano im zweiten Kapitel schreibt, im „perpetual change in the leading products“.¹ Der Zucker ist das früheste dieser Leitprodukte; die Zuckerwirtschaft entfaltet sich schon im 16. Jahrhundert, in Bahia und Pernambuco. Mit der Entwicklung von Märkten, Technik und Transportwegen festigt sie sich, aber im auslaufenden 17. Jahrhundert verliert der Zucker seinen Spitzenrang ans edle Metall. Die Baumwolle löst das Gold ab. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird Brasilien zum bedeutenden Exporteur, in heftiger Konkurrenz mit den USA. Seinen dritten Platz auf dem Weltmarkt kann es halten, bis um 1890 die Sklaverei abgeschafft und das Naturgummi zum ersten Exportprodukt wird. Aber die aufkommende Plantagenwirtschaft in Südostasien siegt über den Raubbau im Amazonasbecken. Aus Brasilien kommt nun vor allem Kaffee. Um 1905 ist ein Weltmarktanteil von 75% erreicht, und bis 1925 steigt der Prozentsatz am brasilianischen Gesamtexport auf dieselbe Höhe. Aber der gigantische Versuch, den Kaffeepreis künstlich stabil zu halten, scheitert im großen *Crash* von 1929.

Tempo und Wandel in Brasiliens Wirtschaftsgeschichte: wie ein Exportgut durch ein anderes ersetzt wird, so löst eine soziale Leitfigur die andere ab. Der erste typische Handlungsträger ist der *Bandeirante*; in Expeditionstrupps, staatlich oder privat organisiert, soll er das Hinterland erkunden und beutebeladen zurückkehren

– mit Gold, Diamanten, Sklaven. Seine Erschließung des Inlands öffnet die Wege für den *Fazendeiro*. Er ist der Träger der kolonialen Landwirtschaft, nicht mehr ein Nomade wie der *Bandeirante*, sondern fest verwurzelt auf seiner *Fazenda*, seiner Insel in der Weite des Hinterlands, des Sertão. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist er der Träger politischer Macht; denn nur Großgrundbesitz sichert Reichtum, Einfluss und Herrschaft. Der *Paulista* – wörtlich: der Bürger São Paulos – ist der moderne, städtische *homo economicus*. Er ist der Typ des Entrepreneurs, die Leitfigur im republikanischen Brasilien. Und der vierte Typ ist der *Estrangeiro*, der Immigrant, der im Zuge einer gezielten Einwanderungspolitik ab den 1820ern ins Land kommt.

Auch in diesem Buch interessiert Normano der theoretische und ideologische Überbau der ökonomischen Prozesse. So wie die Preise auf den europäischen Rohstoffmärkten auf die brasilianische Wirtschaft einwirkten, so beeinflussten europäische Ideen das politökonomische Denken im Lande. Adam Smith fand mit seinem „Wealth of Nations“ auch im intellektuellen Brasilien ein Echo. Sein Werk war – so Normano – einer der Anstöße für die Herausbildung eines brasilianischen ökonomischen Denkens. Darin übernahm nicht ein Wissenschaftler die Hauptrolle sondern ein Unternehmer, der größte, den Brasilien im 19. Jahrhundert hatte: Irineu Evangelista de Souza, kurz „Mauá“. Aus Normanos Sicht war er ein herausragender Denker, der europäische Impulse aufnahm und sie in die gesellschaftliche Entwicklung Brasiliens einbrachte. Mauá war der brasilianische Vertreter des praktischen Saint-Simonismus. Normano hebt Saint-Simons Sicht von der Schlüsselrolle der Banken hervor. Für ihn ist dies die eigentliche Botschaft, und hier schließt sich der Kreis zu Mauá. In diesem Sinne ist er, der Großbankier, ein Promotor des praktischen Saint-Simonismus.

Daran anknüpfend behandelt Normano Fragen, die ihn schon in Russland bewegt haben: die öffentlichen Finanzen und das Bankensystem in einem noch unreifen Kapitalismus, die Spannungen zwischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik sowie die Aufgabenteilung zwischen Privat- und Staatsbanken. Das ökonomisch relativ kleine Brasilien hatte seit jeher einen überproportionierten Staat zu tragen; dies ist der Ausgangspunkt seiner Analyse. Die koloniale Wirtschaft war zu schwach, um den Staatshaushalt über Steuern und Abgaben zu finanzieren; die Lücke war nur mittels Notenpresse und Staatsanleihen zu schließen. Die Quelle für Auslandskapital sprudelte in London, und über den Zugang entschieden die Rothschilds. Und die Geschichte des brasilianischen Bankensystems: ein beständiger Streit zwischen Zentralregierung und Privatbanken um die Schlüsselrolle in Finanzierungs- und Währungsfragen.

Zeigt Normanos Buch eine zeitgerechte Lösung? Situationsbedingt fällt es ihm schwer, in seinem letzten Kapitel Wege aus der aktuellen Krise aufzuzeigen. Die brasilianischen Ausfuhren sind auf ein Minimum geschrumpft, die Goldreserven erschöpft und die Ströme des Auslandskapitals versiegt. Normano besteht auf sei-

ner Ausgangsthese. Trotz des ständigen Wandels in der Entwicklungsgeschichte, trotz des unbestreitbaren Fortschritts bleibt das Hauptproblem des Landes unverändert: „to extend the territory of the ‚economic Brazil‘, and to inject an economic substance into the political area. By this process the nation was formed – it now forms the economic United States of Brazil.“²

Das zweite Buch Normanos fand bei seinem Erscheinen nur ein mäßiges Interesse, insgesamt gab es sechs Rezensionen. In deutsche Bibliotheken ist das Buch viermal eingegangen, in britische zweimal. Für diese eher zurückhaltende Aufnahme gibt es mehrere Erklärungen. Zum einen war es eine weitgehend wirtschaftsgeschichtliche Arbeit, mit wenigen Bezügen auf Gegenwart und Zukunft Brasiliens. Zweitens wird ein wesentlich engerer Leserkreis angesprochen: interessierte Brasilianer, ergänzt um spezialisierte Lateinamerikanisten anderer Länder. Drittens hatte Normanos Ruf zweifelsfrei gelitten: er war nicht mehr der junge Brasilianer, der Aufsehen erregte – Lektor in Harvard, provokanter Vortragsredner und Autor aktueller Analysen in brillantem Englisch. Und viertens kam das Buch erst drei Jahre nach Manuskriptabschluss heraus, fast ohne Aktualisierung. Wer in das Literaturverzeichnis schaut, findet dort nur eine Veröffentlichung, die nach Juni 1932 erschienen ist: ein Beitrag Normanos zum Märzheft 1934 von *Pacific Affairs*. Der Titel: „Japanese Emigration to Brazil“.

Größere Aufmerksamkeit fand das Buch in Brasilien, zwei Jahre nach Erscheinen. Im Oktober 1937 wurde dort die Sociedade Brasileira de Estudos Econômicos ins Leben gerufen. Dr. Vergueiro Cesar, Justizminister des Staates São Paulo und Präsident der Liga Nacionalista, begrüßte diese Gründung auch wegen ihrer Bedeutung für den anti-kommunistischen Kampf. Dieser dürfe sich nicht darin erschöpfen, an Moral und Patriotismus zu appellieren und mit dem Strafrecht zu drohen; vordringlich sei zudem, die Gründe für soziale Ungleichgewichte, wirtschaftliche Zerrüttung und politische Unruhen zu erforschen. In diesem Zusammenhang wolle er insbesondere J. F. Normano erwähnen, der so hervorragend die brasilianischen Krisen studiert und eine der interessantesten Thesen zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Brasiliens formuliert habe. Als eine ihrer ersten Aufgaben werde die neu gegründete „Sociedade“ Normanos Arbeit übersetzen und in Brasilien herausbringen lassen. Das Buch erschien 1939 in der Companhia Editora Nacional, in einer Reihe, die das Erziehungsministerium nach dem Putsch von Vargas für Zwecke der Pädagogik und Volksbildung aufgelegt hatte.³ J. F. Normano wird auf dem Titelblatt als „ehemaliger Harvard-Professor“ vorgestellt.

1 J. F. Normano: *Brazil – A Study of Economic Types*, Chapel Hill 1935, S. 18.

2 Ebd., S. 222.

3 J. F. Normano: *Evolução econômica do Brasil*, São Paulo 1939. Die Ansprache von Vergueiro Cesar ist dem Text voran gestellt. Sie fehlt in der Ausgabe von 1975. Normano war korrespondierendes Mitglied der „Sociedade“.

Versuch einer Bibliographie und das Comeback

Das schon zitierte Programm, vorgelegt vom Bureau for Economic Research in Latin America am Jahresende 1932, hatte eine neue Perspektive für die Institutsarbeit angekündigt: „An investigation of recent tendencies in the relations between Latin America and the Pacific Area is being considered. [...] In spite of the handicaps resulting from technical and financial conditions, the members of the bureau believe that an important and timely work in a grossly neglected field is being performed.“¹ Bei Überwindung der „handicaps“ sollte auf das Pilotprojekt eventuell eine Forschungsserie folgen.

Der Einstieg gelang mit der Förderung aus einem Fonds, den das Bureau of International Research at Harvard and Radcliffe verwaltete.² Die Forschungsarbeit über japanische Einwanderer lief schon 1932/33 an, und die ersten Ergebnisse publizierte Normanos mit einem Aufsatz in *Pacific Affairs*.³ Die Wahl dieser Zeitschrift war ein deutliches Signal für die Absicht des „Bureau“, das Forschungsfeld der pazifisch-lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu besetzen. *Pacific Affairs* war die Quartalsschrift des Institute of Pacific Relations (IPR), einer internationalen Nichtregierungsorganisation, die ein Forum für den ständigen Austausch zwischen Pazifik-Anrainern schaffen wollte. Für das IPR waren die Beziehungen zu Japan ein *top issue*, seit 1931 seine Zweijahreskonferenz wegen der japanischen Invasion verlagert worden war und die japanische Delegation sich im Folgejahr aus der Organisation zurück gezogen hatte.

Normanos Artikel ist ein Zwischenbericht, ein „condensed extract“; ein Buch mit umfassender Darstellung der Ergebnisse sei in Vorbereitung. Der Leser wird kurz in die Geschichte der japanischen Kontakte mit Südamerika eingeführt, mit Schwerpunkt auf den Beziehungen zu Brasilien. Diese erhielten erst um 1910 eine erhebliche Bedeutung, angestoßen von den Motiven „hunger for land“ auf japanischer und „hunger for people“ auf brasilianischer Seite. Die Kaffeeplanzer des Staates São Paulo wollten etwas gegen die chronische Knappheit des Faktors Arbeit tun, und der japanische Staat wollte einem wachsenden Bevölkerungsdruck auf dem Lande begegnen. Hauptakteur auf japanischer Seite war eine Aktiengesellschaft, staatlich gefördert, die den Auswanderungsprozess plante, organisierte, steuerte und mit Investitionen „vor Ort“ begleitete.

Damit sind die Besonderheiten dieser *japanese emigration* bereits genannt: keine individuell entschiedene sondern eine „von oben“ gesteuerte Auswanderung, organisiert als Geschäftsfeld eines kapitalistischen Unternehmens, das an staatlicher Leine agierte. Dies war alles andere als ein Sklavenexport: die Auswanderer wurden gezielt ausgewählt, solche katholischen Glaubens bevorzugt, sie erhielten eine Schulung, wurden gemeinschaftlich ins Land gebracht und dort in Kolonien nach dem Muster „Klein-Japan“ angesiedelt. Gemeinschaftseinrichtungen wie Schu-

len, Krankenstationen und Genossenschaftshäuser standen bereit, mit der rot-weißen Sonnenflagge auf dem Dach.

Die große Masse der Einwanderer ging also aufs Land – in die Staaten São Paulo und Minas Gerais. Praktisch alle blieben in der Landwirtschaft, 40% als Kaffeearbeiter, 30% als teilweise und 30% als vollständig freie Bauern. Diese produzierten vor allem für den brasilianischen Markt, die Weiterverarbeitung übernahm die vom Auswanderungsunternehmen betriebene Agroindustrie. Eine zweite, kleinere Gruppe von Kolonien entstand im Amazonasgebiet, initiiert von zwei japanischen Unternehmen, die vor allem auf Baumwolle und Kautschuk setzten. Normano sieht diese als Pioniere an der „Front“, als die Siedler in Zentralbrasilien. Um 1933 lebten im gesamten Brasilien etwa 140 000 Japaner, die größten Zuwanderungen hatte es – mit jeweils 15 000 – in 1929 und 1931 gegeben. Damit lagen die Japaner an zweiter Stelle, hinter den einwandernden Portugiesen.

Hatte Japan ein politisches, gar imperialistisches Interesse an dieser Auswanderung? Normano zeigt wenig Bereitschaft, diese Frage zu vertiefen. Zweifellos verfolgen die beteiligten Unternehmen eine Strategie, im Norden stärker ausgeprägt als im Zentrum: die Bereitstellung japanischer Arbeitskräfte soll dem Export japanischen Kapitals folgen. Dennoch: von einer Erschließung brasilianischer Absatzmärkte und Rohstoffquellen in signifikantem Maße könne nicht die Rede sei. Normano zeigt die Ein- wie Ausfuhrwerte; sie liegen weiter unter der Millionen-Dollar-Grenze. Ob es wirklich staatliche Motive auf japanischer Seite gibt, darüber ist sich der Autor nicht schlüssig. Seine Vermutung, die in Brasilien geachteten Japaner könnten als Kontrastbild zu den in Kalifornien missachteten dienen, im Sinne einer Imagepflege „des Japaners im Ausland“, kann kaum überzeugen.

Das genannte Institutsprogramm hatte auch eine Literaturübersicht angekündigt: „Economic Literature on Latin America: A Tentative Bibliography“. Dies war eine strategische Entscheidung: wie konnte das „Bureau“, der wissenschaftliche *New-comer*, besser seinen Anspruch auf Institutionalisierung und Lebensdauer anmelden, als mit einem Nachschlagewerk, das periodisch zu aktualisieren war? Wenn es gelang, dieses zum Standard für die Literaturrecherche der Zielgruppe zu machen, dann war auch die Folgefinanzierung gesichert. Entsprechend zügig wurde das Projekt eingespart. Eine Umfrage, mit der die einschlägigen Bestände wissenschaftlicher Bibliotheken in Latein-Amerika und USA erfasst wurden, war – so las man im Programm – bereits durchgeführt. Die Druckvorlage für den ersten Band war erstellt; sie enthielt bibliographische Hinweise auf ca. 9000 Titel mit Bezug auf zehn südamerikanische Staaten. Eine zweite Übersicht, für Mittelamerika und die Karibik, war vom „Bureau“ geplant.

Der erste Band erschien nicht vor 1935. Aus den Vorbemerkungen erschließt sich der zeitliche Ablauf. Tatsächlich war die eigentliche Titelsammlung schon Ende 1932 abgeschlossen; darnach wurde lediglich ein Anhang hinzugefügt: [...] „a selected list of the more important publications coming to the editors' notice during

the years 1933 and 1934.“⁴ Diese beiden *editors*, wissenschaftliche Mitarbeiter des „Bureau“, hatten das Projekt von ihrem Vorgänger übernommen, von „Mr. Normano, the first editor of this book“. Ihm hatte Hiram Bingham den Zugang zu seiner Sammlung bibliographischer Notizen eröffnet. Diesen Namen trug, wie erwähnt, ein Historiker und Senator, der ins Gerede gekommen war und 1932 sein Mandat verloren hatte. „This collection, together with Mr. Normano’s personal memoranda, contributed heavily to the volume, and formed its basic material.“⁵ Das „Bureau“ hob hervor, dass es Mr. Normano für dessen Leistung sehr verpflichtet sei.

Die Herausgeber betonten den tentativen, vorläufigen Charakter ihrer Arbeit; dies bezogen die Rezensenten in ihre Bewertungen ein. Beide Bände – der zweite erschien 1936⁶ – fanden Beachtung und Anerkennung. Die Besprechungen unterschieden sich nur darin, ob der bibliographische Versuch begrüßt oder als voreilig eingestuft wurde: war das Verzeichnis halb voll oder halb leer, zählten die Inhalte oder die Lücken? „It is not complete, but it is astonishingly full“ schrieb Robert A. Humphreys.⁷ Kritisch sah es ein anderer: „To the reviewer, the value of this work lies in the fact that it is a beginning, and only a beginning, in the right direction.“⁸ Dieser zweite Rezensent war A. Curtis Wilgus von der George Washington University. Der Leser erinnert sich: das von Wilgus geleitete Center of Inter-American-Studies stand in Konkurrenz zum „Bureau“, der zweiten Neugründung auf diesem Wissenschaftsterrain. „One is inclined to wonder why the Harvard University Press should sacrifice accuracy to save money!“ schrieb Wilgus in seine Besprechung des zweiten Bandes – auch dies ein Seitenhieb?⁹

Sehr wahrscheinlich war dieser zweite Band die letzte Arbeit des „Bureau“. Eine Berichtsammlung zum Institut enthält die Korrespondenz des Direktors Haring, die über das Jahr 1936 nicht hinausgeht.¹⁰ Allerdings: Haring verfolgte die Idee der Bibliographie weiter, wenn auch in anderem Rahmen. Das *Ibero-Amerikanische Archiv* hat darüber berichtet: „Im April 1935 vereinigten sich in einer Zusammenkunft in New York 15 nordamerikanische Gelehrte, hervorragende Kenner süd- und mittelamerikanischer Kultur, Politik und Wirtschaft, zu gemeinsamer Arbeit. Das wichtigste Ergebnis dieses Zusammenschlusses der Kräfte war die Begründung des ‚Handbook of Latin American Studies‘ [...]. Das Handbuch ist eine Jahresbibliographie, die die Veröffentlichungen der ganzen Welt, soweit sie auf Iberoamerika Bezug haben, in übersichtlich geordneter Form zusammenstellt. Sie umfasst ein gewaltiges Titelmateriale.“¹¹

Hinzuzufügen ist, dass dieses Unterfangen auch einen Harvard-Stempel trug: als Vorsitzender des Komitees wurde Haring und als verantwortlicher Herausgeber ein jüngerer Kollege von ihm gewählt; den Druck übernahm die Harvard University Press. C. H. Haring hat sich damit ein Denkmal gesetzt – nicht ganz ohne den Beitrag von J. F. Normano. In einem Nachruf heißt es: „Clarence H. Haring [...] was also prominent in [...] the Committee of Latin American Studies [...]. The *Handbook of Latin American Studies* was founded on his initiative.“¹² Dieses Nach-

schlagewerk gibt es noch heute, herausgegeben von der Library of Congress in Washington. Auf der Internetseite des *HLAS* heißt es: "Continuously published since 1936, the Handbook offers Latin Americanists an essential guide to available resources."

Die Koordination der bibliographischen Arbeit förderte, in gewisser Konkurrenz, noch eine zweite Einrichtung. Wilgus hatte in seiner Rezension der „Tentative Bibliography“ geschrieben: „Fortunately, an agency now exists for the formal coördination of all American bibliographical efforts. It is [...] the Inter-American Bibliographical and Library Association, headed by Dr. James A. Robertson.“¹³ Diesem sollte später Wilgus folgen, als Direktor und als Herausgeber der Quartalschrift *Inter-American Bibliographical Review*. Sie lebte, anders als das *HLAS*, nur wenige Jahre.

Der Autor J. F. Normano: im *HLAS* ist er nur im Jahresband 1936 verzeichnet; sein Brasilien-Buch wird genannt und kurz kommentiert. Dann folgt jahrelang nichts mehr. Ebenso bleibt eine bibliographische Suche im Zeitschriftenarchiv für die zweite Hälfte der Dreißiger fast ergebnislos.¹⁴ Zu finden ist nur (1935) eine Kritik von „Renascent Mexico“, einer Aufsatzsammlung zu verschiedenen Aspekten der mexikanischen Zeitgeschichte. Deren Herausgeber Hubert Herring war Leiter eines Committee on Cultural Relations with Latin America, und der Sammelband war das Ergebnis eines der Seminare, die dieses Committee veranstaltete. Normano selbst war diese Welt fremd: „the general tendency of the essays is towards liberal or radical sentimentalism“.¹⁵ Die aufkommende Bewegung amerikanischer Intellektueller gegen die bürgerliche „Middletown“ und die Dominanz der materiellen Seite des Lebens, betrachtet er mit Distanz. Er spricht von „Tepoztlanism“ und spielt damit auf die anthropologische Feldstudie in einem mexikanischen Dorf an, die „sentimental journeys“ in dieses Tepoztlán ausgelöst hatten. Normano urteilt: „the visitors from the United States idealize patriarchal primitive conditions“; diese Reisenden würden völlig verkennen, dass die „Middletown“ für Mexiko – wirtschaftlich betrachtet – ein noch unerreichbares Ideal ist.

Zukunftsgerichtet seien dagegen die beiden Beiträge zum Sechsjahres-Plan, den Präsident Cárdenas seit 1934 umsetzte; sie stellten klar, dass Mexiko mit diesen *Plan Sexenal* den Weg zum Kapitalismus beschritten und sich endgültig von der Idee des Sozialismus entfernt habe. Die weiteren Beiträge im Sammelband zur mexikanischen Wirtschaft sind aus Normanos Sicht keiner Besprechung wert. Hervorragend beurteilt er den Beitrag des Tepoztlán-Anthropologen Redfield, während ihm an Diego Riveras Aufsatz über präkolumbianische Plastik missfällt, dass dort zeitgenössische Moskauer Töne in unüberhörbarer Stärke mitschwingen.

Was tat, wovon lebte J. F. Normano nach dem Mai 1936? In diesem Monat hatte Tippielskirch berichtet, dass sich das Ausweisungsverfahren weiter hinziehen könne; denn noch werde geprüft, ob Normano in den Fall Feldman verwickelt war. Die Vermutung des Konsuls bestätigte sich. Das Verfahren lief schleppend und wurde

nach allem Anschein schließlich eingestellt; denn Normano blieb im Lande. Eine weitere Auskunft gibt nur das Bostoner Adressbuch. Dort ist er 1937 und 1938 als *advisor* eingetragen, mit zwei Anschriften: dem Privatwohnsitz und einer Adresse, unter der auch zwei Investmentfirmen registriert sind. 1939 ist er als *economist* ohne Geschäftsadresse und 1940 gar nicht mehr verzeichnet. Man darf annehmen, dass er noch 1936 einen Anschlussjob gefunden hatte und den beiden Agenturen bis 1938 Beratungsdienste leistete.

Das Comeback als Wissenschaftler gelang ihm im Folgejahr. Im Februar 1939 trat er erstmals wieder in einem größeren Forum auf. Die von Wilgus erwähnte Inter-American Bibliographical and Library Association hatte zu ihrer zweiten Jahrestagung eingeladen, und „John F. Normano“ stand weit oben auf der Rednerliste, mit dem zweiten von mehr als 20 Beiträgen.¹⁶ Sein Thema klang unverfänglich neutral, es sollte um neuere bibliographische Arbeiten zur Wirtschaft Lateinamerikas gehen. Aber dies war für Normano nur das Mittel; sein eigentliches Ziel war eine unverhohlene Abrechnung mit Harvard. Scharfzüngig kritisierte er die beiden Versuche, mit der die Universität in dieses Feld eingetreten war. Dabei zögerte er nicht, Mitarbeiter des „Bureau“ und auch dessen Direktor C. H. Haring aufs Korn zu nehmen.

Pikant war, dass er diese Kritik aus dem Forum einer wissenschaftlichen Vereinigung lancierte, deren Präsident Wilgus auf deutliche Distanz zu Harvard setzte. Normano hatte damit – auf dem Konkurrenzfeld der Bibliographie – die Seiten gewechselt. Seinen Vortrag hielt er zunächst in diplomatischem Ton: „It was highly gratifying to me to know that after my resignation [sic] from Harvard, the two volumes of *Economic Literature of Latin America*, in the introduction to which I have been described as ‘the first editor’, were published, and that a kind of continuation has been established in the yearly publication of the *Handbook of Latin American Studies*.“¹⁷ Dann kam sein erster Schuss, gerichtet gegen die Titelwahl beim ersten Werk: “To begin with, the title is misleading; it is actually not a bibliography of Latin America, but *on* Latin America”; denn sie erfasse Schriften *über* Lateinamerika, ganz unabhängig vom Ort ihrer Veröffentlichung.¹⁸ Eine zweite Spitze folgte kurz darauf, bezogen auf ein soziologisches Werk, das nach Angabe der *editors* 1920 in Rio erschienen war: „I regret to say that such a book does not exist at all.“¹⁹

Normanos Fehlerliste wurde immer länger, bis er schließlich abbrach und sich dem Werk seines Förderers Haring zuwandte, dem *HLAS*. Dessen dritte Ausgabe war inzwischen erschienen, und Normano räumte ein: „[...] there is still a great deal of confusion in different sections of the *Handbook*, but an obvious improvement from year to year is noticeable.“²⁰ Seine Schlussfolgerung: “However, we are just at the starting point. The chief fault of Harvard attempts at an economic bibliography is that it is not in the hands of economists. We still have too few economists specializing in Latin American problems.” Zu dieser raren Spezies gehörte

auch Normano, und zwischen seinen Zeilen war unschwer zu erkennen, dass er sich vom „chief fault“ direkt betroffen sah. Und weiter: „The accumulation of raw materials published by Harvard is likely to serve as a basis for future work; in its present form, however, it is still a nekropolis.“²¹ Man erinnert sich: Das Bibliographie-Projekt – unter Normanos Leitung fast abgeschlossen – hatte Wilgus mit ganz ähnlichen Worten kritisiert: „To the reviewer, the value of this work lies in the fact that it is a beginning, and only a beginning, in the right direction.“

- 1 The Hispanic American Historical Review 13 (1933) 1, S. 120 f.
- 2 Der Fonds war 1925 von der Familie Rockefeller gestiftet worden, um Forschungsprojekte zu internationalen Fragen zu fördern, die in der Harvard Universität oder dem ihr verbundenen Radcliffe College (Hochschule für Frauen) durchgeführt wurden.
- 3 J. F. Normano: Japanese Emigration to Brazil, in: Pacific Affairs 7 (1934) 1, S. 42–61.
- 4 The Economic Literature of Latin America. Compiled by the staff of the Bureau for Economic Research in Latin America, Harvard University, Cambridge 1935, S. xi.
- 5 Ebd.
- 6 Er ist über das Internet zugänglich: http://www.archive.org/stream/economicliteratu009243mbp/economicliteratu009243mbp_djvu.txt.
- 7 The Economic History Review 6 (1935) 1, S. 128. Humphreys war später Direktor des Institute of Latin American Studies der University of London; s. u. den Hinweis auf sein Buch „Latin America and the Second World War“. Eine ähnliche Bewertung findet sich in: International Affairs 15 (1936) 5, S. 800.
- 8 The Hispanic American Historical Review 15 (1935) 4, S. 486–488, hier S. 488.
- 9 The Hispanic American Historical Review 17 (1937) 3, S. 331–333, hier S. 331. Eine kurze Besprechung dieses zweiten Bandes gab auch Leland H. Jenks (Social Forces 16 (1938) 4, S. 594). Jenks war 1932 selbst Mitarbeiter des „Bureau“ gewesen (Christian Science Monitor, 05.07.1932). 1941 sollte er, wie Normano, Mitglied im Research Committee des Latin American Economic Institute werden, s. u.
- 10 Vgl. Records of the Bureau for Economic Research in Latin America, 1931–ca. 1936 (inclusive). Angabe in worldcat.org, o. Ort, o. Datum
- 11 Rezension des Handbook in Ibero-Amerikanisches Archiv 12 (1938/39) 1, S. 102 f. Verfasser war Hermann B. Hagen, Mitarbeiter und späterer Direktor (1947–1957) des Ibero-Amerikanischen Instituts.
- 12 Arthur P. Whitacker: Clarence Henry Haring (1885–1960), in: The Hispanic American Historical Review 41 (1961) 3, S. 419–423, hier S. 419.
- 13 The Hispanic American Historical Review 15 (1935) 4, S. 486–488, hier S. 486.
- 14 Suche in Periodicals Archive Online.
- 15 Rezension in: Pacific Affairs 8 (1935) 4, S. 503–505, hier S. 504.
- 16 Vgl. Proceedings of the Second Convention of the Inter-American Bibliographical and Library Association, New York 1939.
- 17 Ebd., S. 76.
- 18 Ebd., vgl. den ursprünglichen Titel im zitierten Arbeitsprogramm, vorgelegt vom „Bureau“ am Jahresende 1932 (dort mit: „on“).
- 19 Ebd., S. 77.
- 20 Ebd., S. 82.
- 21 Ebd., S. 83.

Pre-war Planning

Ab 1940 ist J. F. Normano wieder wissenschaftlich etabliert. Er schreibt in latein-amerikanischen Zeitschriften, so über den nikaraguanischen Poeten und Diplomaten Rubén Darío (1867–1916).¹ Dieser Aufsatz erscheint in der Zeitschrift des Instituto Internacional de Literatura Iberoamericana – 1938 als Ausdruck spanisch-lateinamerikanischer Verbundenheit in Mexiko aus der Taufe gehoben. Einer der Institutsgründer – Alfonso Reyes – ist dem Leser bekannt, sein Name findet sich in Normanos Referenzliste von 1933. Die Zeitschrift hat sich dem „pensamiento de Iberoamerica“ verpflichtet, und der Leitartikel in dem genannten Heft behandelt die Entwicklung im „hispanoamericanismo“ nach der vernichtenden Niederlage Spaniens im Krieg mit den USA (1898). Darío wird in diesem Beitrag als geistiger Kämpfer für Hispanoamerika gegen die Dominanz des „imperialismo yanqui“ gerühmt. Normano ist diese Interpretation zu eng, nach seiner Überzeugung rangen nicht weniger drei Seelen in Daríos Brust. Ihn bewegte noch der früh-romantische Panamerikanismus, zudem der intellektuelle Lateinamerikanismus und eben auch der politische Iberoamerikanismus. Aber nur letzterer ließ ihn zur „unión contra el peligro yanqui“ aufrufen, zum politischen Zusammenschluss gegen den Koloss im Norden.

Im selben Jahr wird Normano *Research Director* im Latin American Economic Institute (LAEI). Er ist der erste in dieser Funktion, das Institut ist eine Neugründung, vermutlich seine Idee. Denn er ist es, der Bedeutung und Zweck dieser Einrichtung aufgezeigt und dabei sehr hoch gegriffen hat. Dies ist einem Typoskript zu entnehmen, von ihm verfasst, das den Titel trägt: „Our Latin-American relations as viewed by an economist and the proposed establishment of a Latin-American Economic Institute“.²

Den Bedarf für ein solches Institut definierte Normano darin nicht in einem wissenschafts-, sondern in einem außen- und verteidigungspolitischen Zusammenhang. Keineswegs gehe es nur darum – wie etwa bei seinem Bibliographie-Projekt – eine überschaubare Lücke in der ökonomischen Lateinamerikaforschung zu schließen. Vielmehr solle das LAEI dazu beitragen, dass die USA beim drohenden Umbruch des globalen Machtgefüges nicht in eine Randrolle abgedrängt würden, sondern ihre vorrangige Position behielten. Sie könnten sich gegen die äußere Bedrohung – vor allem durch Hitler-Deutschland – nur dann behaupten, wenn sie sich nicht nur militärisch sondern auch wirtschaftlich stärkten. Dies aber könne nur bei enger Wirtschaftskooperation mit den lateinamerikanischen Staaten gelingen. Und für die Bildung einer Wirtschaftsunion sei ein Institut wie das LAEI unerlässlich; denn es werde die Grundlagen für Planung und politische Entschlüsse bereit stellen. Diese Begründung, aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar, hatte in der Vorkriegsstimmung, die sich 1940 in den USA ausbreitete, durchaus ihren Platz.³

Die ersten zwei Amtsperioden des Präsidenten Roosevelt waren Jahre des *Continentalism* und des *New Deal*. Für eine große Mehrheit der US-Bürger beschränkte sich das natürliche Handlungsfeld von Politik und Wirtschaft der USA auf den amerikanischen Kontinent, für viele sogar auf den nördlichen Subkontinent. Interventionen der US-Regierung in Kriegen oder Streit jenseits der kontinentalen Grenzen sollten unterbleiben. Diese Haltung des *Continentalism* war gleichbedeutend mit Zurückhaltung, wenn nicht Ablehnung gegenüber jedem *Internationalism*, somit allen Bestrebungen, sich in transkontinentale Beziehungsnetze einzubringen und dabei auch Konflikte zur Durchsetzung eigener demokratischer Werte nicht zu scheuen. Die Befürwortung des *New Deal* betraf eine interne Rolle des Staates, sie bezog sich auf seinen Anspruch, in die nationale Wirtschaft ordnend und fördernd einzugreifen. Staatliche Wirtschaftslenkung und Staatsunternehmen hatten der Nation aus der großen Depression geholfen; diese Sicht überwog und sie schloss eine positive Einstellung zu staatlicher Wirtschaftsplanung ein.

Kampf um Südamerika: vor dem zweiten Weltkrieg

Neutral – nicht-kriegführend – kriegführend: dies war der außenpolitische, militärstrategische und wirtschaftspolitische Prozess, der in den USA vom September 1939 bis zum Dezember 1941 ablief. Die Politik der ersten Monate war noch vom *Continentalism* geprägt: es galt, sich aus dem Krieg heraus zu halten, die Verteidigungskraft zu stärken und darin mit den südlichen Nachbarn zusammen zu arbeiten. Der erste Abstimmungsversuch mit den lateinamerikanischen Staaten erfolgte schon kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen; auf dieser Panama-Konferenz kamen die 21 Außenminister überein, neutral zu bleiben und eine Sicherheitszone rund um die beiden Subkontinente – die *Western Hemisphere* – einzurichten.⁴ Die militärische Bedrohung wurde unterschiedlich eingeschätzt, aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Gefährdung gab es Übereinstimmung: die USA mit einer Außenhandelsquote von 10% waren nur begrenzt, die außenhandelsabhängigen Lateinamerikaner aber empfindlich zu treffen.

„Germany’s blitzkrieg“ im April und Mai 1940 beschleunigte die Verteidigungsvorbereitungen, wobei offensichtlich war, dass die militärische mit einer wirtschaftlichen Vorsorge einher gehen musste. Während erstere eine weitestgehend nationale Aufgabe war, so verlangte das Ziel der *economic preparedness* nach einem panamerikanischen Verbund. Am klarsten zeigte sich dies in der Rohstoffwirtschaft. Das Army and Munitions Board identifizierte im März 1940 ca. 30 Rohstoffe, die für die USA kriegswichtig waren und weit überwiegend importiert werden mussten. Lateinamerika konnte die meisten dieser Grundstoffe bieten. Eine zweite Dimension der Rohstofffrage war der Umgang mit den „Überschussprodukten“, also Rohstoffen, die bislang in Länder außerhalb der Hemisphäre exportiert worden

waren. Konnten diese Exporte umgelenkt oder die Produktion zugunsten anderer Erzeugnisse gesenkt werden?

Das *Wall Street Journal* brachte darüber im Mai einen längeren Artikel. Der Präsident versuche, den Kongress zu einer Erhöhung und partiellen Umwidmung der Mittel zu bewegen, die für „strategic materials purchases“ bewilligt waren. Ein Teil davon solle nicht für Ankäufe sondern für die Entwicklung von Produktionskapazitäten in Lateinamerika verwandt werden. Dieser Plan war offensichtlich unausgereift; denn der Artikel schloss mit den Worten: „Suggestions of various methods for utilizing Latin American sources for all strategic materials possible, it is understood, are being well received at the State Department because while contributing to the national defense they would also fit in well with the good-neighbor policy, since they would improve Latin American purchase and implement the goal of Western Hemisphere solidarity.“⁵

Einen Monat danach kam die Idee einer inter-amerikanischen Rohstoffversorgung erneut in die Presse. Die *New York Times* titelte: „Washington Acts to Keep Germany out of Hemisphere. Economic Union of Americas Projected by Roosevelt“.⁶ Geplant sei die Gründung einer Inter-American Export Corporation. Damit wolle Washington auf die Vorstöße Deutschlands reagieren, das verschiedenen lateinamerikanischen Staaten kürzlich feste Abnahmeverträge angeboten habe. Der amerikanische Gegenzug zielen darauf ab, „an almost totalitarian control“ über nord- wie südamerikanische Exportrohstoffe einzuführen. Sie sollten zukünftig nicht mehr von den einzelnen Erzeugerländern, sondern von einem Monopolisten angeboten werden – der gemeinsam getragen, aber von den USA kontrollierten Exportgesellschaft. Nur eine solche Einrichtung könne die Verhandlungsmacht entfalten, um den deutschen handelspolitischen Angriff abzuwehren.

Nur eine Woche später legte ein bislang unbekanntes Committee on Economic Defense eine Broschüre vor, die in Washington erhebliches Aufsehen erregte. William W. Lockwood vom Institute of Pacific Relations schrieb darüber an seinen Generalsekretär Edward C. Carter: „When the President issued his public statement about a hemisphere cartel some weeks ago, they really had no plan, as a matter of fact, and a good deal of discussion has thus far failed to produce one. There is wide disagreement, with the Department of Agriculture taking the lead [...], with the Treasury lukewarm, and with the State Department [...] cautious and skeptical. If you would like to see an enthusiastic set of proposals along this line, write to the American Council on Public Affairs [...] for a pamphlet entitled, ‘Total Defense’. This is the work of a committee headed by Clark Foreman. It has such a response in Washington that Foreman and Joan Raushenbush are now producing a book on the subject. There is the same kind of feverish activity around Washington now that used to characterize it during the early Days of the New Deal.“⁷

Der American Council on Public Affairs (ACPA), um 1937 gegründet, war eine unabhängige *Non-Profit-Organization*. Sie hatte sich zur Aufgabe gesetzt, Doku-

mente, Stellungnahmen und Forschungsarbeiten zu aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu verbreiten. Diese Information publizierte der ACPA über Schriften, Vorträge und Foren, und er initiierte auch selbst Untersuchungen. Sein *National Board* hatte ca. 40 Mitglieder, überwiegend Protagonisten der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler mit sozialem und politischem Engagement.⁸ Einige von ihnen waren aktive Befürworter des *New Deal*. Zu ihnen zählte Clark Foreman, ein weißer liberaler Südstaatler, früh engagiert in der Rassenfrage, den Roosevelt 1933 zum „Special Advisor on the Economic Status of the Negroes“ gemacht hatte. Ab 1935 war Direktor in der *New Deal*-Behörde für öffentliche Arbeiten (PWA).

Clark Foreman hatte vom ACPA den Auftrag erhalten, eine Stellungnahme zur drohenden wirtschaftlichen Invasion Deutschlands in die westliche Hemisphäre vorzulegen. Hierzu bildete sich ein Arbeitskreis mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien: das Committee on Economic Defense. Dessen Leitung wurde Foreman übertragen, vermutlich deshalb, weil er in seinem Buch „The New Internationalism“ die Rivalität von Großraumstaaten zum Thema gemacht hatte.⁹ Seine These: der kapitalistische Internationalismus, angestoßen von Großbritannien und gestützt von klassischer Wirtschaftstheorie, hat seine Bedeutung ebenso verloren wie der sozialistische Internationalismus, der – mit marxistischer Wirtschaftstheorie unterlegt – seinen politischen Durchbruch in der Oktoberrevolution erreicht hat.

Seit Mitte der zwanziger Jahre – so Foreman – ist weltweit ein wachsender Nationalismus unverkennbar, mit deutlichen Konsequenzen für die Wirtschaftssysteme. Als wirtschaftlicher Akteur und Eigner tritt immer stärker der Staat hervor. Intern zeigt sich dies in der Planung und Lenkung der Wirtschaftsabläufe und extern in der staatlichen Kontrolle des Außenhandels. Oberste Ziele sind die sichere Versorgung im Kriegsfall und die wachsende Prosperität im Frieden. Die Wirtschaftslenkung ist darauf ebenso ausgerichtet wie der Güteraustausch mit anderen Staaten. Ein solcher Wandel in Richtung auf Nationalismus, Planwirtschaft und Selbstversorgung, begonnen in der Sowjetunion und Japan, zeichnet sich seit Beginn der Dreißiger auch in Deutschland und den USA ab. Diese vier Länder, die einen Großteil der Weltproduktion leisten, haben Großraumwirtschaften nach neuem Muster gebildet, im Falle Japans und Deutschlands auch durch Eroberungen. Selbstversorgung im Großraum ist dennoch nicht gleichbedeutend mit Isolation; die vier Staaten streben nach Autarkie in wichtigen Teilbereichen, koppeln sich aber keineswegs vom internationalen Handel ab. Allerdings vollzieht sich ihr Warenaustausch nicht über private Unternehmen sondern ist auf beiden Seiten eine Sache des Staates. Dies macht – aus Foremans Sicht – den „New Internationalism“ aus.

Foremans Buch wurde kritisiert, wegen ökonomistischer Betrachtung der internationalen Beziehungen und überzogener Erwartungen an die Wirtschaftsplanung.¹⁰ Dennoch fand es weite Resonanz, bot es doch eine Brücke vom *Internationalism* zum *Continentalism*. Internationale Beziehungen behielten auch in einer mehrpoli-

gen Welt ihre Bedeutung, nur interagierten darin nun Großraumstaaten – nicht Individuen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Foreman belebte mit seinem Buch die Debatte über die weltpolitische Rolle der USA, und er brachte seine Grundgedanken sechs Jahre später in das Papier des genannten Committee on Economic Defense ein.

- 1 J. F. Normano: Las Ideas Políticas de Rubén Darío, in: Revista Iberoamericana 2 (1940) 4, S. 435–440, Zitat S. 438. Ein weiterer Aufsatz erschien im brasilianischen Observador Econômico e Financeiro: „An economist's aims and possibilities in Brazil“ (Juni 1940). Nach Normanos Angaben in dem erwähnten Typoskript, hinterlegt in der Library of Congress, gab es noch einen dritten Artikel, dessen Erscheinen sich jedoch nicht bestätigen ließ: „Japan and Latin America“ (Revista de Ciências Econômicas, São Paulo).
- 2 J. F. Normano: Our Latin-American Relations as Viewed by an Economist and the Proposed Establishment of a Latin-American Economic Institute, Typoskript o. Ort, o. Datum. Bestandteil der Charles E. Merriam Papers, Subseries 4: National Resources Planning Board, Sub-subseries 8: Latin and Inter-American Affairs, Box: 234, Folder: 9, in: Special Collections Research Center, University of Chicago Library. Charles E. Merriam war eine zentrale Figur in dem National Resources Planning Board, das von 1939 bis 1943 dem Executive Office des Präsidenten Roosevelt zugeordnet war.
- 3 Wie die Wahrnehmung der „Bedrohlichen Nähe“ Nazi-Deutschlands sich ab 1937 in den USA entwickelte, wird in dem gleichnamigen Buch von Lübken ausführlich geschildert und detailliert belegt. „Kaum ein amerikanischer Zeitgenosse, der sich zwischen 1937 und dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 Gedanken über die Konsequenzen der weltpolitischen Situation für das eigene Land machte, verzichtete darauf, auf die gefährliche Situation in den Staaten südlich des Rio Grande hinzuweisen. Im Nachhinein ist jedoch kaum noch nachvollziehbar, warum in den Vereinigten Staaten die Furcht vor deutschen Ambitionen jenseits des Atlantiks weit verbreitet war und warum diese Befürchtungen gravierende Konsequenzen hatten. Wie sollte ein Staat seine Armeen über den Ozean bringen, dessen Expansionsprozess im Westen bereits 1940 an sein Ende gekommen war und der nicht einmal in der Lage war, den vergleichsweise schmalen Ärmelkanal zu überqueren?“ Uwe Lübken: Bedrohliche Nähe. Die USA und die national-sozialistische Herausforderung in Lateinamerika, 1979–1945, Stuttgart 2004, S. 8.
- 4 Vgl. Robert A. Humphreys: Latin America and the Second World War. Volume One: 1939–1942, London 1981, S. 44.
- 5 The Wall Street Journal, 15.05.1940
- 6 The New York Times, 18.06.1940.
- 7 http://www.archive.org/stream/instituteofpacif14unit/instituteofpacif14unit_djvu.txt. (25.01.2012). Briefdatum: 12.07.1940.
- 8 Zur ersten Gruppe gehörten Persönlichkeiten, die in Friedens- und Sozialarbeit, als Bürgerrechtler oder mit ihrem Engagement in religiösen Fragen hervortraten. Zu ihnen zählten Edwin E. Witte (1887–1960), vielfach als „father of social security“ bezeichnet, sowie der Quäker Clarence E. Pickett (1884–1965), der 1947 als Generalsekretär des American Friends Service Committee den Friedensnobelpreis für seine Organisation entgegen nahm. Bekanntestes Mitglied der zweiten Gruppe war Arthur F. Burns (1904–1987), Wirtschaftswissenschaftler keynesianischer Prägung, Forschungsdirektor des National Bureau of Economic Research, später Berater von Eisenhower und Nixon, Leiter des Fed (US-Zentralbank) und Reagans Botschafter in Bonn. Herausragende Mitglieder waren auch George F. Zook (1885–1951), von Roosevelt 1933 zum Commissioner of Education berufen, und Max Lerner (1902–1992): geschäftsführender Herausgeber von Edwin Seligmans Encyclopaedia of the Social Sciences, Professor, Autor und streitbarer Kolumnist; mit seinem „President watching“ gab er Roosevelt den ersten und Hoover den letzten Platz in der Reihe der US-Präsidenten im 20. Jahrhundert. Als Vertreter des Multilateralismus (Völkerbund, Vereinte

Nationen) sind noch zu erwähnen: Clark M. Eichelberger (1896–1980), Vertrauer Roosevelts und einer der Wegbereiter der UNO, sowie Esther Caukin-Brunauer, Association of University Women und ab 1944 im State Department mit dem Aufbau der UNESCO befasst. Ebenso wie Foreman kam sie Anfang der 1950er in den Verdacht „unamerikanischer Umtriebe“ und wurde aus dem State Department entlassen.

- 9 Vgl. Clark Foreman: *The New Internationalism*, London 1934. Das Buch gehörte zu einer Reihe „Action Books“, die der oben erwähnte Alvin Johnson (*University in Exile*) herausgab. Es erschien im Verlag Allen & Unwin in London, der auch Normanos „Struggle“ herausgebracht hatte.
- 10 Vgl. *The New York Times* 22.04.1934.

Aufrufe zur wirtschaftlichen Verteidigung

Diese 15-Seiten-Broschüre kam in der Presse ausführlich zur Sprache. Besonderes Interesse fand die Botschaft, dass ein Land, das in der zunehmend von Wirtschaftsblöcken dominierten Welt auf einen Alleingang mit wirtschaftspolitischem *laissez-faire* setze, zur Machtlosigkeit verdammt sei. Sollte Deutschland den Krieg gewinnen, so könnte es den Außenhandel eines Großraums mit 400 Millionen Menschen zentralisieren und dirigieren. Ähnliches gelte für Japan, mit einem unterjochten China, und in geringerer Größenordnung für die Sowjetunion. Wollten die Vereinigten Staaten sich in dieser Welt behaupten, so müssten sie einen vergleichbaren Wirtschaftsraum bilden. „In order to maintain the independence of the Americas it is clearly to our common advantage to concentrate our trading power into one single instrument.“¹ Dafür bedürfe es einer Interamerikanischen Bank zur Finanzierung der Rohstoffwirtschaft und einer panamerikanischen Handelsgesellschaft, die den interamerikanischen Handel ausweiten und als Instrument für eine rigide staatliche Überwachung des Außenhandels dienen müsse.

Den Handlungsraum der privaten Wirtschaft gelte es entsprechend einzuschränken; sie müsse stärker an gesamtwirtschaftliche Ziele gebunden und vor Erpressungsversuchen der Achsenmächte geschützt werden. Wirtschaftskonzerne, die (kontinental-)europäische Aufträge annähmen, würden schon damit einen Teil ihrer Unabhängigkeit aufgeben. Solche Unternehmen könnten besonders in lateinamerikanischen Ländern unter zunehmenden Druck geraten. Sollten sie eine Pro-US-Politik ihres Landes unterstützen, oder Personen beschäftigen, die aus deutscher Sicht unerwünscht sind, so würden sie ihre Aufträge verlieren, auf Dauer boykottiert werden, keine Anzeigen mehr in Nazi-kontrollierten Zeitungen schalten können, und so fort. In letzter Konsequenz könnte dann die wirtschaftliche und politische Führungsschicht des Landes dermaßen unterminiert sein, dass sie keinen Widerstand mehr leiste; das Land wäre besiegt, ohne dass Militär zum Einsatz gekommen wäre. Auch die USA könnten in diesen Prozess hineingezogen werden, „the United States would then gradually decline to colonial status.“²

Bei amerikanischen Unternehmen wird dieser Abschnitt des Papiers kaum gefallen gefunden haben. Auch die Presse sah ihn kritisch. Doch das überwiegende Fazit war: „The Committee on Economic Defense has prepared a thought-provoking brochure and a good many will agree with Professor Bear that ‘its details may be criticized but its central policy cannot be challenged.’“³ Charles A. Beard (1874–1948) war einer der herausragenden amerikanischen Historiker der ersten Jahrhunderthälfte. Er war *Continentalist*, entschiedener Befürworter des *New Deal* und harter Kritiker des *Internationalism*.⁴ Den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten lehnte er strikt ab – und beschuldigte später Roosevelt, ihn nicht verhindert, vielmehr trickreich betrieben zu haben.

Foreman hatte seine These von der Entwicklung eines „New Internationalism“ in das Paper des „Committee“ übernommen. Nur musste er die Schlussfolgerungen zu dieser Entwicklung nun aus einer anderen Perspektive ziehen. 1934 hatte er noch geschrieben: „There is no reason to believe that such a development will lead to more or worse wars than we have had in the past.“⁵ Denn ein Ringen um die Vormachtstellung werde es auch in dem neuen System geben. Die USA seien die einzige Großmacht, die dies friedlich anstrebe – mit guten Chancen, die Führungsrolle zu übernehmen. Dieser Zukunftsglaube war im Juni 1940 kaum noch belastbar, und entsprechend weit griffen die Vorschläge, die Foreman jetzt zur Stärkung des *Big Player* USA machte. Wollten die Vereinigten Staaten in dem sich abzeichnenden Kampf bestehen, so könnte ihnen dies nur im Zusammengehen mit den südlichen Nachbarn gelingen. Dies war gegenüber Foremans Weltsicht von 1934 neu; denn in seinem Buch hatte er sich nicht auf die Monroe-Doktrin berufen. Vielmehr hatte er vermutet, dass Südamerika von der Bewegung zum neuen Internationalismus kaum berührt würde.⁶

Visionen zum Zusammenwachsen in der Westlichen Hemisphäre – was geschah in der Realität? Eine zweite panamerikanische Konferenz, ursprünglich für den Oktober 1940 geplant, wurde auf den Juli vorgezogen; denn inzwischen hatte die deutsche Wehrmacht Dünkirchen und Paris erreicht. Diese Havanna-Konferenz war ein Rückschlag für alle diejenigen, die auf interamerikanische Kooperation zur Abwehr der äußeren Bedrohung gesetzt hatten. Warum, so fragte ein Vertreter Brasiliens, sollte sein Land seine preiswerte Baumwolle in ein und demselben Korb mit den Hochpreis-Fasern aus den USA anbieten? Auf dem Weltmarkt könnten die brasilianischen Exporteure alle nordamerikanischen Mitbewerber doch problemlos unterbieten. Mit seinem Unverständnis und Misstrauen stand er nicht allein.

Die interamerikanische Exportgesellschaft wurde nie und die interamerikanische Bank erst 1959 gegründet. Andererseits konnte die aus der Panama-Konferenz hervorgegangene Runde der 21 Wirtschaftsexperten noch 1940 einige Erfolge bei der Umlenkung südamerikanischer Rohstoffprodukte verbuchen,⁷ unterstützt von der Export-Import Bank der USA. Einen wirklichen Ausgleich für die Nachfrageausfälle in Europa boten die USA jedoch nicht. So konnten argentinische Fleischexporte, die nach Großbritannien nur mehr gegen „blockierte“ Sterling-Zahlungen möglich waren, in den USA keinen Ersatzmarkt finden; dies verhinderte die machtvollen *Ranchers' Lobby*.⁸

Wollten die USA sich wirtschaftlich gegen einen Angriff wappnen, so könnte dies nur bei enger Wirtschaftskooperation mit den lateinamerikanischen Staaten gelingen – unterstützt von einem Wirtschaftsforschungsinstitut wie dem LAEI. Dies war Normanos These in dem oben erwähnten Typoskript. Er schrieb es kurz nach der Havanna-Konferenz, vermutlich im August 1940. Das Dokument ist in der Form ein *non-paper*, in Inhalt und Ausrichtung ein *policy paper*. Normanos begann es mit einem Zitat aus „The Struggle for South America“ und entwickelte

daraus seine zentrale Botschaft. Schon in seinem Buch habe er das Szenario einer *Pan-European Union* gezeichnet; eine solche Blockbildung könnte die Rivalität um Südamerika auf die Ebene einer interkontinentalen Auseinandersetzung heben, mit einer dramatischen Herausforderung für die USA. Dieses Szenario – so Normano – war nun Realität. Deutschland suche mit der Blitzkrieg-Strategie eine Lösung seiner Ressourcenprobleme, in Westeuropa und Nordafrika. Daneben verfolgten auch Japan und die Sowjetunion eine Strategie der kontinentalen Blockbildung. Und alle drei Kontinentalmächte schauten auf Lateinamerika als Ressourcenquelle, die sie über Handel, Direktinvestitionen und mittels ihrer Emigrantenkolonien unter Kontrolle bringen wollten. Normanos These: „This steady intrusion into the South American scene has occasioned a military and economic danger to the interests of the United States, may involve this country in armed conflict. As a matter of pure self-defense the United States on its own account must follow a policy of American continentalism.“⁹

In seinem Buch von 1931 hatte Normano noch ein anderes Bild vom Kampf um Südamerika gezeichnet. In dieser Darstellung versuchten die „Freier“ ihre nationalen Interessen mit vielfältigen, aber friedlichen Mitteln durchzusetzen. Der aggressivste Akteur war Spanien; Deutschland und Italien galten als Nachzügler mit Nebenrollen. Die USA waren mit ihren „Big Thirty“ wirtschaftlich gut aufgestellt; nur sollten sie – so Normano – der Anti-Yankee-Ideologie in den spanisch-sprachigen Ländern aktiver begegnen, vor allem mittels wirtschaftlicher Kooperation. Eine elementare Herausforderung gab es für die USA nicht.

Neun Jahre später hatte dieses Modell seinen Erklärungswert verloren. Also baute Normano es um, indem er es von der Nachkriegs- in eine Vorkriegswelt versetzte. Es bildete nun nicht mehr den friedlichen Wettkampf um Einflusszonen nach dem Ersten Weltkrieg ab, sondern die aggressive Expansionspolitik dreier Großmächte im Vorfeld eines möglichen Zweiten Weltkriegs. Die Machtkonstellation hatte sich völlig verändert. Die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan spielten jetzt nicht mehr Neben- sondern Hauptrollen, Spanien war nur mehr zweitrangig, zudem mit Deutschland verbunden. Frankreich war ausgeschlossen und England in der Defensive. Die Rivalen in diesem neuen „Struggle“ waren nicht mehr Länder, sondern Subkontinente, die von totalitären Staaten beherrscht waren. Diese führten nicht nur ökonomische, ideologische und diplomatische Waffen ins Feld; auch Kriegsdrohung und Krieg waren für sie legitime Mittel zur Durchsetzung ihrer Großraum-Interessen.

Damit waren die Vereinigten Staaten in eine völlig neue Lage geraten; zum Zwecke der puren Selbstverteidigung mussten auch sie jetzt zur Kontinentalmacht werden, unter Einbeziehung Lateinamerikas. Denn dieser Subkontinent war nicht autark sondern auf den Weltmarkt angewiesen, konnte sich daher gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der Kontinentalmächte nicht einfach verschließen. Wollten also die USA verhindern, dass die totalitären Mächte diese Weltmarktabhän-

gigkeit ausnutzten, um Südamerika unter ihre Kontrolle zu bringen, so mussten sie dem Subkontinent einen Ersatz bieten. Verlangt war also eine entschiedene Ausweitung der panamerikanischen Wirtschaftskooperation. Die Bedrohung war nur abzuwenden, wenn sich Nord- und Südamerika zu einem Wirtschaftskontinent entwickelten. Eine geo-politische Entwicklungsstrategie war gefordert, nicht nur um den kurz- bis mittelfristig drohenden Angriff der Achsenmächte abzuwehren sondern auch um die Autonomie der *Western Hemisphere* auf Dauer zu sichern.

Normano ging noch einen Schritt weiter: den USA stand nicht nur ein Kampf um Südamerika bevor, sondern eine weltweite Auseinandersetzung mit den aufstrebenden Kontinentalmächten. Daher konnten die Rüstungsanstrengungen nicht auf das militärische Potential beschränkt bleiben, ebenso wichtig war die wirtschaftliche Grundlage der Verteidigungsbereitschaft. Denn: „Germany for years has been living in a state of economic preparedness for war, and in line with Nazi ‘geopolitical’ ideas considered relations with Latin America as an integral part of the war economy.”¹⁰ Deutschland und Japan hatten verstanden, dass sie einen totalen Krieg nur dann führen konnten, wenn sie auch wirtschaftlich dafür gerüstet waren. Die USA aber hatten diese Herausforderung nicht wirklich erkannt: „The defense is a problem of economic resources and their organization, and we do not even know the resources of the Western Hemisphere.”¹¹

Damit war Normano an seinem Punkt: die militärische Stärke für eine Verteidigung Amerikas war nur erreichbar auf einer ausreichend gesicherten Basis ökonomischer Ressourcen und deren Nutzung in einer optimal funktionierenden Wirtschaft. Diese Forderung mochte unbestritten sein, aber war sie erfüllt? Das ökonomische Wissen über Ressourcen und Organisation in den USA selbst war relativ hoch entwickelt. Was aber wusste man über die Wirtschaft Lateinamerikas? Was wusste man über dessen Ressourcen und was über die Plan- und Lenkbarkeit der fast 20 Nationalökonomien im Falle eines Krieges? Agierten nicht die Deutschen, mit den Weltwirtschaftsinstituten in Kiel und Hamburg, mit dem Iberoamerikanischen Institut in Berlin, mit dem Institut für Auslandsdeutschtum in Stuttgart und zahlreichen weiteren Einrichtungen auf einer ungleich breiteren Informationsbasis? „The special aptitude of German economists for detailed, organized planning on a broad historical background (,ideenreiche Materialsammler‘) has been generously applied to Latin America.”¹² Und hatte nicht auch Japan, bereichsweise sogar die Sowjetunion, einen Informationsvorsprung gegenüber den USA?

Der Blick auf die Rivalen sollte zeigen: die Bereitstellung ökonomischen Wissens muss planmäßig, arbeitsteilig organisiert und zweckbezogen erfolgen. In den USA aber sah Normano diese Überzeugung, diese Haltung mit Bezug auf Lateinamerika kaum vertreten. Die bislang von den USA ergriffenen Initiativen für einen panamerikanischen Wirtschaftsverbund kritisierte Normano als unzureichend und deren Umsetzung als amateurhaft: „improvisations, often suggested by dilettants, barren of promise. Amateurs are ever discovering some new toy – an Inter Ameri-

can Bank, a commodities cartel and so on.”¹³ Aus seiner Sicht gab es nur einen Ausweg: die Wissenslücke war unverzüglich zu schließen. “For the investigation and formulation of the economic aspects of the Inter-american relations, I suggest the formation of a Latin American Economic Institute. [...] It must be a permanent organization for systematic research and have authoritative leadership.”

Normano stellt auch klar, in welchem ordnungspolitischen Rahmen das Institut funktionieren sollte: „The projected institute will [...] study the continent from more than the limited aspect of laissez-faire. It must take into consideration the accelerating process of governmental intervention. [...] The problem must be attacked geo-politically.“ In Klammern fügt er noch hinzu: „I refer to the recent publication of the Committee on Economic Defense, affiliated with the American Council on Public Affairs, which emphasized the necessity of a rigid control in this field.“ Darauf folgte sein *ceterum censeo*: „The empty catchwords of Pan Americanism, Monroe Doctrine, protection of the Western Hemisphere, must be filled with a realistic economic content.“¹⁴

Bis zu diesem Punkt lesen sich Normanos Ausführungen – auf den ersten Blick – als geschlossenes System. Seine Argumentation fußte auf der Prämisse, dass Amerika sich bereits im Vorstadium eines möglichen Krieges befand, und er beleuchtete das Konfliktfeld vor diesem Hintergrund. Aus seiner Analyse leitete er die Dringlichkeit des Handelns ab, indem er auf die militärische Bedrohung ebenso verwies wie auf die Rückständigkeit der US-amerikanischen Lateinamerika-Forschung. Der abschließende Vorschlag, das Institut zu gründen, wirkte vor diesem Hintergrund schlüssig; er bot gute Chancen, all diejenigen zu überzeugen, die die Prämisse teilten und Normanos Bewertungen als wissenschaftlich fundiert akzeptierten.

Auf den letzten drei Seiten des Papiers dürften allerdings auch diesen Adressaten Zweifel gekommen sein. Normano skizzierte darin ein Forschungsprogramm von gewaltiger Fülle und geringer Spezifität. Den Schwerpunkt legte er auf die Grundlagenforschung, wobei er die politisch-praktische Relevanz der Forschungsergebnisse kaum kommentierte. Noch relativ deutlich war der Anwendungsbezug im ersten Programmpunkt, der Untersuchung der „most immediate acute current problems“ (Beispiele werden nicht genannt). Für den Kern der langfristigen Institutsarbeit aber galt dies nicht. Normanos *policy paper* empfahl nicht weniger als eine „encyclopedic economic and social study of modern Latin America and of the Inter American economic relations.“ Eingeschlossen waren die Wirtschaftsgeographie, die Demographie, die Studien der wichtigsten Wirtschaftssektoren, der Außenhandel, das öffentliche und private Bankwesen, die staatlichen Finanzen usw. Eine dritte Aufgabe sollte schließlich das Werk der ersten beiden krönen: „As a crown of this investigation, I consider the study of the Latin American society.“¹⁵ Diese sozialwissenschaftliche Forschung sollte die Gesellschaft Lateinamerikas abbilden, ihre Veränderungen im anstehenden Industrialisierungsprozess analysie-

ren und nicht zuletzt auch die Rolle der Immigranten und deren Bezug zu ihren Herkunftsländern erfassen.

Wer die *pre-war debate* kannte und das Papier aufmerksam las, dem werden – im ersten Teil – Ähnlichkeiten mit Foremans Memorandum zur „Total Defense“ aufgefallen sein. Normano konstatiert eine „military and economic danger“ für die USA, gegen die das Land eine „self-defense“ errichten muss, nach den Prinzipien des „continentalism“ – eine im Kern ökonomische, nicht nur militärische Strategie. Wollen die Vereinigten Staaten den sich ausformenden Wirtschaftblöcken ebenbürtig oder sogar überlegen sein, so muss Lateinamerika einen wirtschaftlichen Verbund mit den USA eingehen – oder dahin geführt werden. In dieser Kooperation werden die Regierungen, mit fundierter Planung, weit in Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsablauf eingreifen; ein kaum beschränktes *laissez-faire* ist nicht problemgerecht.

Alle diese Aussagen fanden sich auch in Foremans Memorandum. Sie fanden sich nicht in Normanos „Struggle“ – auf das er sich als Grundlage seiner Argumentation bezog, obwohl die Thesen dieses Buches auf die neuere Problemlage kaum übertragbar waren. War dies ein Versehen oder ein Trick? Bewies Normano einmal mehr seine Fähigkeit, ein Drehen des Windes frühzeitig zu ahnen und diese Voraussicht für seine Ziele zu nutzen? Hatte er möglicherweise das LAEI-Konzept schon seit längerem in der Schublade, wartete aber auf einen Umschwung in der politischen Meinung, der seinem Vorhaben die nötige Aktualität geben könnte? Sein Plan war groß angelegt, der Ressourcenbedarf somit erheblich. Wer wollte 1940 ein Forschungsvorhaben finanzieren, das vornehmlich Grundlagencharakter hatte und nur wenig zur Lösung aktueller Fragen beisteuern konnte? Überzeugen konnte der Plan nur, wenn er auf die politische Agenda abgestimmt war, somit zur wirtschaftlichen Stärkung der Verteidigungskraft Wesentliches beitragen konnte.

Das Memorandum des Committee on Economic Defense kannte Normano, und er wusste auch von dem politischen Interesse, das es gefunden hatte. Der Gedanke lag nicht fern – weder sachlich noch zeitlich – die Analyse des „Committee“ in die Begründung seines eigenen Vorhabens einzuflechten, die Empfehlungen des Memorandums aber als unausgereift, ja amateurhaft darzustellen. Dies war insbesondere nach der Havanna-Konferenz geboten: die Pläne für Kartell und Bank waren gescheitert, das Angebot dieser „toys“ hatte nicht verfangen. Die Analyse aber hatte in ihrem Kern durchaus Zustimmung gefunden. Warum nicht deren Erkenntnisse übernehmen, die Schlussfolgerungen aber ablehnen? Mit dem Argument: die Handlungsempfehlungen seien nicht operativ, weil zu ihrer Umsetzung die Informationsbasis fehle. Diese sei nunmehr zu schaffen, auch mit langfristiger Perspektive, gemäß dem Fernziel einer panamerikanischen Wirtschaftsunion. So ließ sich, aus Normanos Position, der Vorschlag für ein LAEI präsentieren: als Ausdruck professioneller Politikberatung, deren Kunst darin liegt, langfristig tragfähige Lösungen für kurzfristig anstehende Entscheidungen anzubieten – und sich von einem

dilettierenden *experimental consulting* abzugrenzen, wie es im Vorfeld der Havana-Konferenz Platz gegriffen hatte.

Normano hatte sein Papier vorgelegt, kurz bevor Foreman in derselben Sache ein zweites Mal Aufsehen erregte. Im September 1940 erschien „Total Defense“, von Clark Foreman und Joan Raushenbush geschrieben und für \$1,25 zu kaufen.¹⁶ Ein Satz auf dem *backcover* erinnert an ihr Papier vom Juni: „The Committee [on Economic Defense] published a short pamphlet entitled TOTAL DEFENSE of which this book is an outgrowth.“ War dieses „book“ ein Buch? Es sah aus wie ein Kalender, blieb ohne Inhaltsverzeichnis und Seitenzahlen, auch Quellennachweise suchte der Leser vergebens. Welchem Genre war es zuzurechnen? Der erste Teil war *fiction*, der zweite *non-fiction*. Thema und Zweck hatten beide Teile gemein: hier wie dort ging es um die Bedrohung Gesamt-Amerikas durch Hitler-Deutschland, und die beabsichtigte Wirkung war die eines Memorandums.

Als Verfasser des ersten Teils zeichnete „The Reichsbureau for Political Economy“. Dieses Memorandum richtete sich an „The Fuehrer, Herr Hitler“ und bezog sich auf „The Economic Conquest of the Americas“. Es ging um nicht weniger als einen „COLOSSAL SUCCESS! The German Reich, under your inspired command, is becoming the master of all Latin America. In addition, the United States will, as here outlined, be readily made a colonial adjunct to the glorious emerging German World Empire. All this can be done without the loss of a single German division of troops. The billions of dollars which the United States is paying for a fleet and an army will not save it. We will use the stronger weapon of monopoly trade control, the modern tactics of internal disruption and dissension. Leading Latin American citizens will be brought to support us. Without war, the Reich will conquer a hemisphere.“

Und sinngemäß weiter: Diese Eroberung ist zwingend erforderlich, denn nur so bekommen wir die Rohstoffe, mit denen wir die europäischen Völker, die unter unserer Kontrolle stehen, für uns arbeiten lassen können. Es geht um Nahrungsmittel und Textilfasern, aber auch um Erdöl und wichtige Metalle. Die Rohstoffquellen in Lateinamerika sind für uns so lange unverzichtbar, wie wir noch nicht die Ukraine erobert und Industrie wie Landwirtschaft auf dem Balkan gestrafft, modernisiert und auf unsere Bedarfe ausgerichtet haben. Die USA und ihr pluto-demokratisches System stehen uns entgegen, sie verhindern, dass sich unsere Revolution auf der Erde ausbreitet, in alle vier Himmelsrichtungen. Aber indem wir Lateinamerika unserem Willen unterwerfen, können wir auch die USA in die Knie zwingen.

Dies ist das Ziel, das über dem ersten Memorandum steht. Welche Wege führen dorthin? Das Reichsbureau sieht 20 Faktoren, auf die sich eine Eroberungsstrategie stützen sollte. Es geht um ökonomische, aber auch um soziale, kulturelle und politische Merkmale der lateinamerikanischen Länder. Diese werden im Report, auf breiter empirischer Grundlage, einer systematischen Analyse unterzogen, mit der Schlussfolgerung: „The Fuehrer can see at once the ease of the almost unbelievable

colossal triumph which lies before the Reich in both Latin America and North America.“ Dies ist die Überleitung zur Strategie, bestehend aus fünf Elementen, „for the Fuehrer's consideration“.

„I. Purchase of Latin America“: Das vom Reich kontrollierte Europa wird den Außenhandel Lateinamerikas unter seine Kontrolle bringen, indem es den latein-amerikanischen Ländern Abnahmegarantien für alle Rohstoffe gibt – zu überdurchschnittlichen Preisen. Die wichtigste Bedingung ist: Lateinamerika handelt nicht mit Nordamerika, auch nicht auf der Importseite. „II. The Spurlosversenken of the Monroe Doctrine“: Das Reich wird diese Doktrin nicht verletzen sondern obsolet machen. Denn seine Eroberungsstrategie ist so angelegt, dass weder Luftwaffe noch Kriegsmarine in Lateinamerika eingesetzt werden. Nur Militärberater wird es geben, abgestimmt mit Rüstungslieferungen. „III. Making the American Gold Hoards Valueless“: Gold hat keinen Wert an sich, sobald eine ausreichende Zahl von potentiellen Käufern entscheidet, dass es wertlos ist – oder einige Diktatoren dies für diese entscheiden. Die Nordamerikaner haben die Worte des Führers noch immer nicht verstanden: Nicht Gold macht ein Land reich und mächtig, sondern das Volk und die zugänglichen Rohstoffe. „IV. Transit from Economic to Full Political Control of Latin America“: kein lateinamerikanischer Geschäftsmann wird erfolgreich sein, wenn wir seinen Erfolg nicht wollen. Und mit geringer Verzögerung wird auch der Politiker, der ihm dient, mit uns zusammen arbeiten müssen. „V. Making the United States a Colonial Adjunct to the Reich“: Anders als den Deutschen im Reich fehlt den Amerikanern die organisatorische Kompetenz: sie können weder ihre Wirtschaft – siehe die Arbeitslosigkeit – noch die Volksgemeinschaft durchgreifend organisieren. „As in Germany before 1933, we can march into the arsenals of the demoralized democracy and use its own weapons to destroy it. [...] The status of the U.S.A. will then be that of a nominally self-ruling, but actually dependent, colony or dominion of the German World Empire. Germany will then have her rightful place in the world. HEIL HITLER!“

Damit endet, nach siebzig Seiten, das erste Memorandum. In und zwischen den Zeilen erscheint das Bild der nationalsozialistischen Hybris, des nationalsozialistischen Denkens – so wie die echten Autoren es zeichnen wollten. Der Text ist packend und aufreizend geschrieben; manchen amerikanischen Leser wird er im September 1940 einer Hysterie nahe gebracht haben. Entsprechend *cool* sind die Worte, die „The Authors“ an dieses fiktive Memorandum angefügt haben: „The preceding memorandum is not, of course, an authentic German document. However, the statements in it concerning German actions and policies are based on a study of the strategy and techniques Germany has employed successfully in her conquest – economic and political – of Europe and a study of her present and past activities in Latin America. [...] The memorandum which follows proposes certain steps which we think necessary if the United States is to retain its independence and democracy.“

Dieses zweite Memorandum deckt sich im Kern mit den Vorschlägen der im Juni vorgelegten Broschüre zur „Total Defense“; es untermauert und ergänzt sie. Auf Kritik an diesem früheren Papier haben die Autoren reagiert, indem sie die Argumentationsbasis mit Zusatzinformation erweitert und bei ihren Empfehlungen die Praxisnähe betont haben. Das Aktionsprogramm hat sieben Schwerpunkte: (1) hohe Investitionen in die Verbesserung der Rohstofflage (*strategic materials*), unterstützt durch fairen Kapitalstrom von Nord- nach Südamerika, (2) Maßnahmen zur Ausweitung und Intensivierung des interamerikanischen Handels, verbunden mit Starthilfen für die lateinamerikanische Industrie, (3) ein panamerikanisches Abkommen über die Vermarktung der Rohstoffe und die Verwendung der Devisenerlöse, (4) soziale Verwendung, mittelfristig Einschränkung der Überschussproduktion, (5) Ausbau der Transport-Infrastruktur, (6) Bekämpfung der Nazi-Propaganda in Lateinamerika mit Gegenoffensiven in Medien, Erziehung/Bildung und Kulturaustausch, (7) komplementäres Handeln „north of Rio Grande“, also in den USA selbst. In diesem letzten Punkt wird in aller Klarheit die ordnungspolitische Frage gestellt: wie frei darf die Wirtschaft in Zeiten nationaler Krise sein? Die Antwort: „Our government must be charged with the responsibility of co-ordination and overall administrative supervision. It alone can prevent any one group from taking advantage from the others.“

Von der Panama-Konferenz bis zum Erscheinen des Buches im September 1940 waren gerade 12 Monate vergangen, in deren Verlauf die althergebrachte Forderung nach einem *American Continentalism* ein kräftiges *revival* erfahren hatte. In diesem Klima gründete sich im Folgemonat das LAEI, mit der Zielsetzung: „A non-partisan organization, the Latin American Economic Institute endeavors to contribute to public knowledge and governmental policy through studies of the economic aspects of Latina American problems.“ Viel Resonanz in der Presse fand dieser Schritt nicht. Nur der *Christian Science Monitor* brachte einen detaillierten Bericht, mit längeren Zitaten aus Normanos Papier vom August. Zum Gründungsmotiv las man, in Normanos Worten: die Achsenmächte, inzwischen die größten Konkurrenten der USA in Lateinamerika, hätten ihre Wirtschaftsbeziehungen auf einer systematisch geschaffenen Informationsbasis entfaltet, während die Vereinigten Staaten es über Dekaden versäumt hätten, die wirtschaftlichen Probleme im Verhältnis zu ihren südlichen Nachbarn zu erfassen und zu analysieren. „Because of this disturbing situation the Latin American Economic Institute was formed.“¹⁷

Ein Blick auf die Institutsgremien gibt einen Eindruck von Verankerung und Orientierung. Die Leitung bildeten John F. Normano (als *Research Director*), der mehrfach genannte A. Curtis Wilgus und A. Roy Thompson, Professor für Spanisch an der Boston University. Hinzu kam Stuart Chase (1888–1985), Ökonom und Ingenieur, bekannter Autor und Kritiker des ungebremsen Kapitalismus. Er sah Vorbilder für staatliche Planung und Lenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem und war ein früher Verfechter des *New Deal*. Schon 1939 wandte er sich gegen

einen möglichen Kriegseintritt der USA. Sprecher des Instituts war ein junger Anwalt, William P. Everts. In den weiteren Institutsghremien¹⁸ waren vier oder fünf Mitglieder, die Unternehmeransichten vertraten. Mit Lateinamerika befasste Wissenschaftler gab es etwa acht, in der Mehrheit dem *mainstream* zuzurechnen.¹⁹ Vier weitere Mitglieder traten für staatliche Wirtschaftsplanung ein.²⁰ Als Panamerikanisten unterschiedlicher Couleurs dürften sich etwa fünf verstanden haben, einschließlich aller Lateinamerikaner. Unter ihnen war der brasilianische Konsul in Boston, Ildefonso Falcão.²¹

1 Zit. n. The New York Times 22.06.1940.

2 Ebd.

3 Zit. n. The Christian Science Monitor 25.06.1940.

4 "The primary foreign policy for the United States may be called [...] Continental Americanism." Charles A. Beard: A Foreign Policy for America, New York, London 1940, S. 12.

5 C. Foreman, S. 149.

6 Vgl. ebd., S. 143.

7 The Inter-American Financial and Economic Advisory Committee, vgl. R. A. Humphreys, S. 56 f.

8 Vgl. The New York Times 14.11.1940.

9 J. F. Normano, Our Latin-American Relations ..., S. 1.

10 Ebd., S. 8.

11 Ebd., S. 5.

12 Ebd., S. 7.

13 Ebd., S. 5.

14 Ebd., S. 10.

15 Ebd.

16 Clark Foreman, Joan Raushenbush: Total Defense, New York 1940. Die Buchseiten sind nicht nummeriert, exakte Quellenangaben somit unmöglich. In populärwissenschaftlicher Form publizierte Foreman die wichtigsten Inhalte des Buches auch in einem Artikel, der im September 1940 in The American Mercury erschien. Das Blatt war eines der bedeutendsten amerikanischen Magazine, das sich politischen, literarischen und naturwissenschaftlichen Fragen widmete.

17 The Christian Science Monitor 07.12.1940.

18 Neben dem Board of Directors gab es den Advisory Council, die Brazilian Section und das Research Committee. Zum Council gehörte auch der schon genannte Edward C. Carter, Generalsekretär des Institute of Pacific Relations.

19 Zu ihnen gehörten die Professoren Leland H. Jenks (Wellesley College und ehemals Harvard-Bureau, s.o.), Percy A. Martin (Stanford, s.o.), der Harvard-Geologe und demokratische Aktivist Kirtley F. Mather sowie der in Kiew geborene Rechtshistoriker Boris Mirkin-Getzewitsch (1892–1955). Er wurde 1917 Dozent an der Petersburger Universität, floh 1919 über Odessa nach Paris, lebte dort bis 1940 und emigrierte dann, wegen jüdischer Herkunft, in die USA.

20 Unter ihnen der schon (als Assistent Harings) genannte Edgar M. Hoover, Regionalplaner und zuletzt Professor in Pittsburgh, sowie der Direktor der National Planning Association, E. Johnston Coil.

21 José Padín war Puertoricaner, zeitweise im Dienst der US-Regierung, zeitweise Buchspartenleiter im Heath-Konzern. Enrique Naranjo war ehemaliger kolumbianischer Konsul in Boston, und Severo Maller-Prevost, bekannter mexikanischer Jurist, war Partner einer großen New Yorker Anwaltsfirma. An eine natürliche Nachbarschaft der lateinamerikanischen Staaten glaubte Clarence Stearns, Präsidentin der Pan American League (Nicht-Regierungsorganisation). Der wohl Profilteste war Ildefonso Falcão, brasilianischer Konsul in Boston. Er hatte das gleiche Amt ab 1931 in Köln ausgeübt, dort an der Gründung des

Portugiesisch-Brasilianischen Instituts der Universität mitgewirkt und sich nach der Machtergreifung für die Auswanderung deutscher Juden nach Brasilien eingesetzt. Gegen Kriegsende wurde er brasilianischer Botschafter in London.

Der Beitrag des Latin American Economic Institute

Im Januar 1941 trat das LAEI zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Es veranstaltete in Boston eine Fachtagung über "Pan Americanism and Economic Defense"; Normano war die treibende Kraft dieses Projekts.¹ Der Bostoner *Christian Science Monitor* half bei der Werbung um ein Publikum, indem er die Konferenz mit einem augenfälligen Artikel ankündigte, der eng an die Pressemeldung des Instituts angelehnt schien.² Weitere Zeitungen berichteten nicht. Größere Aufmerksamkeit erhielt die Initiative erst, als im Oktober ein Sammelband des LAEI erschien: „The Economic Defense of the Western Hemisphere“.³ Verleger war der American Council on Public Affairs, der die Studie des Committee on Economic Defense in Auftrag gegeben hatte. Unklar blieb, ob in dem Sammelband ausschließlich die Vorträge auf der Januar-Konferenz wiedergegeben wurden, oder die Herausgeber noch weitere Beiträge hinzugenommen hatten.

Zu den acht Autoren des Bandes zählten ein Mann der Wirtschaft und ein Vertreter der National Planning Association;⁴ alle anderen kamen aus der Wissenschaft. Eine genauere Zuordnung gab Everts in seiner kurzen Einführung. Die „left-wingers“ Scott Nearing und Horace B. Davis sahen Amerikas Zukunft vom US-Imperialismus bestimmt, während Ethel Dietrich – „in the middle of the road“ – zwar eine enge panamerikanische Wirtschaftskooperation befürwortete, den entscheidenden Beitrag dafür aber von der freien Wirtschaft erwartete. Davon wiederum setzten sich zwei weitere Beiträge ab: „The National Planning Association and Prof. John F. Normano see the solution in terms of a long-range continental planned economy.“⁵ Aus Perspektive der US-Wirtschaft präsentierte ein Wirtschaftsberater „A Businessman's Program“, während ein brasilianischer Professor den erstarkenden Nationalismus in Lateinamerika beschrieb, am Beispiel von „Brazil's Nationalist Economy“. Die Veranschaulichung der Verteidigungslage, der *Defense of the Hemisphere*, übernahm Richard F. Behrendt; er brachte einen langen Beitrag über „The Totalitarian Aggressors“. Zwei dieser acht Referenten sollten später Aufgaben im Nachkriegs-Europa übernehmen: Ethel Dietrich als OMGUS-Beraterin in Deutschland und Richard F. Behrendt als Soziologie-Professor – zuletzt in der 68er-Zeit an der Freien Universität Berlin.⁶

Everts' Einleitungsworte ließen die Stoßrichtung und – in sehr groben Zügen – auch den Inhalt der Beiträge errahnen. Eine Wiedergabe, selbst in kurzer Zusammenfassung, würde hier zu weit führen. Nur einige Grundpositionen sind herauszustellen, um zu zeigen, wie umstritten Normanos Vorstellungen von der *Western Hemisphere* in dieser Runde waren. In der ersten Abhandlung widersprach Horace B. Davis der Auffassung, dass eine Politik zur wirtschaftlichen Blockbildung auf einer bereits fortschreitenden Annäherung zwischen Nord und Süd aufbauen könne.⁷ Tatsächlich laufe der Prozess im Süden in die umgekehrte Richtung, mit dem Ziel der Befreiung aus der imperialistischen Abhängigkeit. Zudem fehle es an einer

Grundvoraussetzung für ein wirtschaftliches Zusammenwachsen: hochwertige südamerikanische Exportgüter konkurrierten mit amerikanischen Erzeugnissen und hätten daher keinen Zugang zum US-Markt.

Weniger radikal sah Ethel Dietrich die Problemlage und Lösungswege, und sie argumentierte auf breiterer Informationsbasis.⁸ Notwendigkeit und Gestalt einer Entente von Nord- und Südamerika ließen sich aus ihrer Sicht nicht pauschal, sondern nur mit Fallunterscheidungen diskutieren. Gehe es um Notwehr im Kriege oder um einen längerfristigen Strukturwandel? Welche Optionen stellten sich im zweiten Falle bei einem britischen, welche bei einem deutschen Sieg? Und falls tatsächlich eine dauerhafte wirtschaftliche Verbindung beschlossen werden sollte: wäre diese immense Planungsaufgabe überhaupt technisch zu lösen?

Ließe sich die beispiellose Kompromissbereitschaft schaffen, um die passenden Kooperationsformen zu finden? Diese müssten den erheblichen Unterschieden gerecht werden, die zwischen den 21 Ländern in Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsstand existierten. Die USA wären zweifellos in der Lage, den gesamten Importbedarf Latein-Amerikas decken. Dessen Exporte könnten sie aber nur unter einschneidenden Bedingungen aufnehmen. Kritisch wären vor allem die konkurrierenden Güter, die auch in den USA produziert wurden, von Farmern, Ranchern und Minenkonzernen. Zu lösen seien somit vier Bündel von Problemen: die Gestaltung des Binnenhandels, das gemeinsame Auftreten im Außenhandel, der Umgang mit Überschussprodukten und die Währungsfragen.

Zudem bliebe zu klären, ob die Mächte außerhalb der Hemisphäre diese Blockbildung überhaupt akzeptieren würden. In der gegenwärtigen, in den USA laufenden Debatte werde dieser Block als unverzichtbares Bollwerk gegen einen Angriff der Achsenmächte gefordert. Was aber, wenn nicht die Achsenmächte siegten, sondern Großbritannien? Die Briten würden erneut eine dominierende Rolle auf den Weltmärkten anstreben, und dabei ihre Interessen auch auf Latein-Amerika richten. Aber auch die USA hätten dann ein Interesse, einen Teil der ökonomischen Felder zu besetzen, die nach Rückzug der Achsenmächte frei würden. Für eine solche Expansion jenseits der Hemisphäre könnte sich ein Zusammengehen mit Großbritannien anbieten. Dessen Zustimmung zu einer solchen transatlantischen Entente könnten die USA aushandeln, indem sie den Briten Konzessionen im südlichen Subkontinent machten. Auf diese Weise kämen sie in die vorteilhafte Lage, gleich in zwei zukünftigen Ententes ihre globalwirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen.

Soweit die Argumentation von Ethel Dietrich. Das „Businessman’s Program“ von Fred Lavis ging – nicht überraschend – von anderen Voraussetzungen aus. Fragen von Investition, Produktion, Handel und Finanzierung seien Sache der Wirtschaft. Die großen US-Unternehmen könnten Latein-Amerika mit den nötigen Industriegütern versorgen. Und mit Direktinvestitionen würden sie im Süden die Produktionskapazitäten für solche Güter schaffen, die bislang von den USA aus ande-

ren Kontinenten bezogen werden. Dabei gehe es im Wesentlichen um Agrarwirtschafts- und Bergbauprodukte, eventuell auch in teilverarbeiteter Form. In der Rohstoffverarbeitung – dies erwähnte Lavis nicht – waren US-Unternehmen bereits stark engagiert; so war die kubanische Zuckerindustrie fast ausschließlich in nord-amerikanischer Hand.

Eine Kernfrage der Konferenz war: drohte der Westlichen Hemisphäre tatsächlich ein gefährlicher Angriff der Achsenmächte? Richard Behrendt zeigte in seinem Beitrag keine Zweifel: die Siege der Wehrmacht seien nicht einer Verkettung besonderer Umstände geschuldet, sondern nur mit der mehrdimensionalen, von langer Hand betriebenen und perfekt organisierten Vorbereitung zu erklären. Für seine These von der bedrohlichen Überlegenheit Hitler-Deutschlands bot er zahlreiche Belege, in wirtschaftlicher, militärischer, diplomatischer und völkisch-kultureller Dimension. Seine Einschätzung deckte sich also weitgehend mit der, die Normano in seinem Konzeptpapier zum LAEI gegeben hatte.

Vollkommen anders sah Scott Nearing den Stand und die Zukunft des Kampfs um Lateinamerika.⁹ Er schrieb über „Britain's Rivalry“, schilderte den wirtschaftlichen Aufstieg der USA über zwei Jahrhunderte und ihre Selbstbefreiung von der britischen Dominanz. Ein Angriff der Achsenmächte auf Lateinamerika kam in seinem Beitrag überhaupt nicht zu Sprache. Vielmehr erwartete er, dass die USA nach dem Krieg weltweit britische Einflussbereiche besetzen könnten. Mit der Übernahme britischer Luftwaffen- und Marinebasen vor der nordamerikanisch-atlantischen Küste, im Austausch gegen betagte Zerstörer der US-Marine, habe dies bereits begonnen.

Das Schlusskapitel schrieb programmgemäß der Forschungsdirektor des Instituts. Normano zog seine Schlussfolgerung gleich zu Beginn: auf der Grundlage der vorherigen Beiträge sei es jetzt möglich, eine Analyse und Überarbeitung des Konzepts der *economic defense* vorzunehmen. Vorauszuschicken sei aber, „that certainly no defense is possible without a strongly co-ordinated economic foundation“.¹⁰ Diese Feststellung war gewagt, sie entsprach der festen Vorstellung des *Research Director*, aber nicht der Mehrheitsmeinung der anderen Autoren. Vier oder fünf von ihnen konnten sich falsch interpretiert fühlen.

Normano antizipierte dies, indem er diesem kräftigen Paukenschlag feinere und auch dissonante Töne folgen ließ. Zunächst einmal – so seine anschließenden Ausführungen – sei das *catchword* mit Substanz zu füllen. *Economic defense* – „Wehrwirtschaft“ in der Sprache der Aggressoren – könne eng, müsse aber weit definiert werden. Die amerikanischen Staaten wären mit der wirtschaftlichen Flankierung militärischer Stärke im Falle eines Angriffs nur schlecht gerüstet. Anzustreben sei ein Wirtschaftsblock Amerika, eine wirtschaftliche panamerikanische Wirtschaftsachse, die Hemisphäre als Festung gegen die totalitären Angreifer. Diese Sicht werde auf Regierungsebene allerdings kaum geteilt, einen Konsens aller 21 Staaten gebe es allenfalls für das enge Konzept. Würden die USA versuchen,

das umfassende Konzept umzusetzen, so könnten sie eine zögernd-positive Reaktion allenfalls in der Karibik und in Mittelamerika erwarten. Von den südamerikanischen Staaten würde keiner für eine geschlossene Hemisphäre eintreten, solange der Ausgang des Krieges und damit eine militärische Bedrohung Amerikas nicht erkennbar war. Klar ablehnend verhalte sich Argentinien, abwägend Brasilien, und lavierend oder machtlos zeigten sich die übrigen.

Die Gründe seien bekannt und vieldiskutiert. Das südliche Latein-Amerika sei nicht von Europa zu trennen, wegen der kulturellen Bindungen, der Furcht vor dem *Peligro Yanqui* und des Mangels an Alternativen zum europäischen Absatzmarkt. Die USA hätten Südamerika bislang kein tragfähiges Konzept für eine dauerhafte Partnerschaft geboten, sie wüssten immer noch nicht, ob sie auf Nothilfe, auf *bargaining power* nach Kriegsende oder auf eine umfassende, nachhaltige Zusammenarbeit setzen sollten. Letztere würde die Lösung fundamentaler Zielkonflikte verlangen: die (größeren) lateinamerikanischen Länder wollten sich industrialisieren, die USA-Industrie aber ihre Absatzmärkte im Süden ausweiten; die USA wollten den Zugang Europas zur Hemisphäre einschränken, den Latein-Amerikanern aber keine Ersatzmärkte für ihre Rohstoffe bieten.

These und Antithese hatte Normano mit taktischer Finesse vorgetragen; was war seine Synthese? „The conclusion suggests itself: that defense of continental economy is an empty slogan without any content and that the real solution is in *offensive action leading to the creation of an organic economic unit*, a permanent and not a wartime arrangement to render the hemisphere economically secure. If we adapt ourselves to this frame of mind, we will readily agree that while no cultural, political, racial or religious *unity* exists in the Americas, the only way to unite the continent is to create an organic economic *unit*, but without thought of a political *union*. For though the latter is not to be expected, an economic *unit* is possible.”¹¹

Wirtschaftliche Vereinigung, aber keine politische Union: dies klang wie ein kluger Kompromiss. Allerdings stand die Maximalforderung der politischen Union überhaupt nicht im Raum, keiner der anderen Autoren hatte sie angesprochen oder gar vorgeschlagen. Sprach Normano sie an, als unrealistische Vision, um damit seinen Vorschlag ins Licht der Vernunft zu rücken? In seinen Worten war er „realistic and scientific, but also unorthodox and bold.”¹² Mit den bisherigen Instrumenten inter-amerikanischer Kooperation – finanzielle und technische Hilfe, Herabstufung von Handelsschranken – sei er allerdings nicht zu verwirklichen. „Instead of incidental, one-sided measures, the creation of a unit presupposes a complete re-vamping of the economy of the hemisphere, not only to enable it to withstand an assault but also to find a post-war bread and butter solution. It must be reshaped without regard to pecuniary profit and loss, so that it could replace national competitive efficiency by co-operative and coordinated continental efficiency, pooling resources, production and consumption together.”¹³

Gefordert sei ein *grand design*, vergleichbar der Vision Aristide Briands von einer *union fédérale européenne* und der Geschichte des Deutschen Zollvereins. Denn, noch einmal: „The assault will be inevitable, because even victorious totalitarians in their reorganization period from war to peace, and even if they control Africa, will for some time have to have American coffee, cotton, meat, wheat and so on. One cannot completely isolate a hemisphere – world economy, like peace is indivisible – but at least for the transitional decades the existence of an American continental unit will increase the bargaining power and the military potential of the western hemisphere.“¹⁴ Und danach? Dann werde der Wirtschaftsblock Amerika ein Attraktionspol sein, für das geschwächte Großbritannien und alle weiteren nach dem Krieg noch frei gebliebenen Länder. Daraus ergäbe sich dann auch die Chance auf eine Ausweitung des Wirtschaftsblocks; „here lies the economic chance, if not the basis, for a new League of Nations, for a new concert of the world.“¹⁵ Diese Dimension aber sei nur dann zu erreichen, wenn die *economic unit* weitgehend den Kräften des Marktes entzogen werde: “To secure maximum efficiency from such a scheme, planning on a scale unprecedented would be called for, especially in the purpose of locating and expanding the essential industries in the most promising areas of the continent. In this way an economic foundation for a true Pan Americanism will be securely laid.“¹⁶

Normano machte mit diesen abschließenden Worten klar, wo er sein Institut in der *pre-war debate* aufstellen wollte. Er sah eine aktuelle Kriegsgefahr und trat für einen panamerikanischen Wirtschaftsblock ein. Damit sollten die USA verteidigungsbereit werden, auch Roosevelts Zusicherung einer inter-amerikanischen *Good Neighborhood* erfüllen, aber doch keine *self-sufficiency* der Hemisphäre anstreben. Normano wird erkannt haben, dass die *Isolationists* in der Debatte an Boden verloren.¹⁷ Längerfristig sah auch er die Chance für eine Weltmachtrolle der USA, bestand aber auf einer panamerikanischen Umgestaltung als erstem Schritt. Und diese war – aus seiner Sicht – nur mit einer tiefgreifenden, umfassenden und zentralen Wirtschaftsplanung zu erreichen. Dass letztere nicht ohne ein Latin American Economic Institute gelingen könnte, sagte er nicht. Sah er selbst, dass er in seinem Papier vom August 1940 diese Erwartungen überzogen hatte?

Was die strategische Bedeutung der panamerikanischen Zusammenarbeit betraf, so lagen die genannten Veröffentlichungen des American Council on Public Affairs auf derselben Linie. Sowohl die „Total Defense“ von Foreman und Raushenbush als auch die „Economic Defense“ des LAEI plädierten für eine enge Wirtschaftskooperation mit fundierter Planung auf einem tragfähigen wissenschaftlichen Unterbau. Stieß dieser Vorschlag auf eine Mehrheitsmeinung in Politik und Gesellschaft der USA? War die *economic warfare* nicht eigentlich ein pessimistisches Szenario – was die Kriegsgefahr und vor allem den Zeithorizont betraf? Warum die Einstellung auf einen langen Krieg, warum die Verteidigung der Hemisphäre als Herausforderung auf Dauer? Mit derart rigiden Eingriffen in die Wirt-

schaft? Warum die Autarkie, die *self-sufficiency*? War dies den *Big Thirty* zu vermitteln, von denen Normano gesprochen hatte, deren Dynamik sich auf weltweite Massenproduktion richtete? Warum sollten gerade sie auf transkontinentale Expansion verzichten? Den lateinamerikanischen Markt bedienen, die lateinamerikanische Industrialisierung mittels Direktinvestitionen beschleunigen, sich aber von nicht-amerikanischen Märkten fernhalten? Und nicht zuletzt: falls die USA wirklich in den Krieg einträten, würde nicht dann die militärische Kriegführung eindeutigen Vorrang vor der wirtschaftlichen erhalten, zumindest vor deren langfristigen Programmen, wie der Entwicklung neuer Rohstoffbasen im südlichen Subkontinent oder gar dessen Industrialisierung?

Die Memoranden zur „Total Defense“ hatten im September 1940 noch einiges Aufsehen erregt. Ein Jahr später fand der Sammelband zur „Economic Defense“ nur noch ein schwaches Echo. Die *Washington Post* spiegelte die Beträge mit kurzen Zitaten in einem Überblick, ohne sie zu kommentieren. Etwas ausführlicher war der *Christian Science Monitor* und brachte auch Kritik: eine Reihe von pan-amerikanischen Initiativen sei unbeachtet geblieben.¹⁸ Dabei blieb es, weitere Notiz nahm die Presse nicht, und eine wissenschaftliche Rezension erschien erst 1943.¹⁹ Was war geschehen, galt ein Aufruf zur „Economic Defense of the Western Hemisphere“ nur mehr als Wortgeklänge? War das visionäre Thema tot, überrollt vom wirklichen Geschehen? Hatten sich die Kriegsvorbereitungen bereits von der wirtschaftlichen auf die militärische Verteidigung verlagert, waren sie in Ansätzen schon offensiv statt defensiv? Verloren die Beziehungen zu den südlichen Nachbarn in dem Maße an Bedeutung, wie die Hilfe für Großbritannien, der letzten Bastion in Europa, gesteigert wurde?

-
- 1 Das Vorwort des u. g. Sammelbands schließt mit dem Satz: „We are under special obligation to Dr. Normano, whose initiative and energy were instrumental in this enterprise.“
 - 2 The Christian Science Monitor 03.01.1941.
 - 3 Latin American Economic Institute: The Economic Defense of the Western Hemisphere, Washington D. C. 1941.
 - 4 „National Planning Association – A nonprofit, nonpolitical organization, established in 1934. devoted to Planning by Americans in agriculture, business, labor, and the professions“ – so wurden Charakter und Aufgaben der Organisation auf ihrem Briefkopf umrissen. Und in einem Rückblick heißt es: „NPA was organized by forward looking men who felt that Americans urgently need to find democratic ways of planning if they are to avoid drifting into a situation that could lead to a totalitarian planned economy.“ Die NPA sollte ein Forum für den Austausch zwischen den wichtigsten Gruppen der Wirtschaft bieten, mit dem Leitwort „industrial peace“, und sie sollte Stellungnahmen, Reports und Fachbücher zu aktuellen Wirtschaftsfragen erarbeiten.
 - 5 Latin American..., S. 1.
 - 6 Ethel Dietrich (geb. 1891) lehrte bis 1941 als Professorin für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, arbeitete dann für das Board of Economic Warfare und war ab 1945 beim Office of Military Government, United States (OMGUS) Beraterin für Handelsfragen. Richard Behrendt (1908–1972), Volkswirt und Soziologe, war 1941 Assistant Professor an der University of New Mexico. 1933 war er von Deutschland in die Schweiz und von dort nach Panama emigriert, um an der Gründung der Universität mitzuwirken. 1940 zog er in die USA, lehrte in Nord- und Mittelamerika und arbeitete ab 1950 für Weltbank und andere Organisationen

-
- der Entwicklungshilfe. Mit diesem Hintergrund arbeitete er ab 1953 als Professor für Entwicklungssoziologie an der Universität Bern, ab 1965 an der Freien Universität Berlin.
- 7 Horace B. Davis (1899–1999) schrieb vor allem über Fragen der Arbeiterbewegung. 1941 lehrte an dem Bostoner Simmons College als Assistant Professor. Seine spätere Anstellung als Associate Professor in Kansas City verlor er 1953 wegen Aussageverweigerung im Zusammenhang mit „un-american activities“.
 - 8 Der erwähnte Einwand Brasiliens gegen die gemeinsame Baumwollvermarktung kommt in Dietrichs Beitrag zur Sprache.
 - 9 Scott Nearing (1883–1983), in Everts' Worten der zweite „left-winger“, sah sich selbst als „a pacifist, a vegetarian and a socialist“. (So in seiner Autobiographie: *The Making of a Radical*, New York 1972, S. 122.) Er verlor seine Stelle als Hochschullehrer für Sozialwissenschaften schon 1917, wegen ‚Wehrkraftzersetzung‘. Deutschland lernte er bei mehreren Forschungsaufenthalten kennen. Während der 1930er und 1940er lebte er von Aussaat bis Ernte auf seiner Farm; in den übrigen Monaten ging er auf Vortragsreisen. Sein Auftritt auf der LAEI-Konferenz (bzw. Beitrag zum Sammelband) dürfte in diesem Zusammenhang zu werten sein: für ihn war es eine von vielen Gelegenheiten für (bezahlte) lectures, während die Veranstalter den bekannten Radikalen gern in ihr Programm nahmen, vielleicht auch mit Blick auf ein lautes Presse-Echo. Nearings Publikationsliste umfasst weit mehr als 100 Titel; seinen Beitrag zu dem Sammelband hat er darin nicht aufgenommen.
 - 10 *Latin American...*, S. 152.
 - 11 Ebd., S. 166.
 - 12 Ebd.
 - 13 Ebd.
 - 14 Ebd., S. 169.
 - 15 Ebd.
 - 16 Ebd., S. 168.
 - 17 Bezeichnend dafür war eine Aussage des genannten Historikers Beard als Sprecher eines „America First Committee“ im September 1940: „The Party of non-intervention represented by the America First Committee includes no ‘appeasers’, no ‘ostrich isolationists’ [sinngemäß: die den Kopf in den Sand stecken] and no pacifists.“ *The New York Times* 09.09.1940.
 - 18 Ausgaben vom 13.10.1941.
 - 19 In: *The Hispanic American Historical Review* 23 (1943) 2, S. 328 f. Der Kritiker erinnerte sich: das Begriff „economic defense“ sei im Frühsommer 1940 ins Gespräch gekommen, wobei die meisten darunter eine kurzfristig zu aktivierende Notwehr, einige dagegen eine langfristig-strukturelle Zusammenarbeit verstanden. Von Nutzen sei das Buch, weil es die Interessendivergenz in der Westlichen Hemisphäre aufzeige. Allerdings habe Pearl Harbor eine noch nie dagewesene Solidarität ausgelöst, was die Autoren im Sommer 1941 natürlich nicht hätten ahnen können.

Positionswandel der USA: from neutrality to non-belligerency

Tatsächlich zeichnete sich in Washington schon mit dem Spätsommer 1940 ab, dass die Phase der Neutralität für die USA zu Ende ging. In der Wirtschaftspolitik wurde das kurzfristige Abfedern der Kriegswirkungen abgelöst durch eine strategische Vorbereitung auf den Kriegsfall. Dazu gehörte das Einlagern strategisch wichtiger Metalle wie auch eine allmähliche Umstellung der Industrieproduktion. In der Bevölkerung setzte ein Bewusstseinswandel ein. Dass eine Kriegsvorbereitung ohne Einschränkung des Lebensstandards möglich, also *butter* uneingeschränkt neben *weapons* zu produzieren sei, glaubte nur noch eine schrumpfende Minderheit. Die reale Möglichkeit eines Kriegseintritts anzusprechen war auf der politischen Ebene aber ein Tabu. Der Wahlkampf um die Präsidentschaft hatte begonnen, Roosevelt trat zum dritten Male an. Sein Rivale Wendell Willkie von den Republikanern setzte darauf, dass die große Mehrheit der Wähler einen Krieg nach wie vor nicht wollte, Roosevelt aber einem möglichen Angriff der Achsenmächte vorbeugen musste. Dafür galt es, das kriegführende Großbritannien massiv zu unterstützen, auch mit dem Angebot von Rüstungsgütern. Dies war der Übergang von „neutrality to non-belligerency“.¹

Wie zeigt sich dieser Wandel bei einer Presseschau, bei einem Blick in die Zeitungsmeldungen dieser Monate? Die Suchworte für den richtigen Einstieg finden sich in Scott Nearing's Beitrag zum Sammelband: „naval and air bases in exchange for fifty sorely needed destroyers“.² Dies war ein erster Schachzug Roosevelts für direkte militärische und nicht nur wirtschaftliche Hilfe an Großbritannien. Den Beginn dieses Tauschgeschäfts – Militärbasen gegen Zerstörer – beobachtete ein Reporter im Hafen von Boston: „Out in the dark reaches of the Atlantic, headed for a new life as part of the British Royal Navy, three nameless United States destroyers steamed in single line last night on their way to a Canadian port believed to be Halifax.“³ Dieser *Deal* vom September 1940 war nicht nur eine bilaterale Angelegenheit zwischen USA und UK; denn der Gürtel der „geliehenen“ Stützpunkte zog sich von Neufundland über die Karibik bis nach Britisch-Guyana an der Küste Südamerikas.

Der Abschluss des Dreimächtepakts Deutschland-Italien-Japan erneuerte die Furcht vor einem Eindringen der Achsenmächte in die westliche Hemisphäre. In der Presse las man den Appell, dass nun auch die letzten Amerikaner sich klar machen sollten: dies war kein europäischer Krieg mehr, sondern „a world revolution for the redistribution of the entire planet“.⁴ Auch die kulturelle Eroberung Lateinamerikas schien weiterhin zu drohen. Mussolini beschimpfte die US-Amerikaner als die ignorantesten Vertreter der weißen Rasse; Deutschland und Italien würden darauf vertrauen, dass Spanien den Einfluss der amerikanischen Kultur in Lateinamerika zurückdränge.⁵

Dabei hatte der *Duce* sicherlich auch Nelson Rockefeller im Blick, den Koordinator der Kultur- und Handelsbeziehungen zwischen den Republiken Amerikas.⁶ Dessen Sprecher machte um dieselbe Zeit deutlich, dass kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit allein nicht ausreichen, um die Bedrohung durch die Achsenmächte abzuwenden. „Hemisphere defense is threatened just as much by economic inadequacy, which puts an entire continent at the mercy of unhealthy political and ideological penetration, as it is by the inadequacy of armed forces.“⁷ Anders sah dies Normanos ehemaliger Förderer Clarence Haring: „The Latin Americans [...] are suspicious of the working of this Good Neighbor policy. [...] They are afraid that we might infringe on their liberties. They hesitate to consent to our forces making use of their naval bases and air bases. [...] The great problem in Latin America is not so much military as economic.“⁸

Die Rolle Spaniens als Platzhalter der Achsenmächte in Lateinamerika, von Mussolini angesprochen, kam noch einmal im März 1941 in die Zeitungen. Ein langer Bericht in der *New York Times* beschrieb das straffe Netz, das die spanische *Falange* über Lateinamerika gezogen hatte, mit den *Centros de Hispanidad* als Knoten. Dieses System trage den Stempel deutscher Perfektion. Deutsche und Italiener in diesen Ländern wüssten, dass sie dort wenig beliebt seien, als arrogant gälten und zunehmend von der Geheimpolizei beobachtet würden. Folglich: „They have needed a new front with closer cultural, spiritual and racial ties to carry on the work.“⁹

Ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der US-amerikanischen Position war Roosevelts Rundfunkrede vom 27. Mai 1941, in Anwesenheit der lateinamerikanischen Botschafter: „Now, as never before, the unity of the American republics is of supreme importance to each and everyone of us and to the cause of freedom throughout the world.“ Er sprach von einer unmittelbaren Bedrohung: „The Cape Verde Islands are only seven hours' distance from Brazil by bomber or troop carrying planes. [...] The war is approaching the brink of the Western Hemisphere. It is coming very close to home.“ Diese militärische Bedrohung würde aber nur dann zur existentiellen Gefahr, wenn Großbritannien und die USA die Kontrolle über die Weltmeere verlören. „But if the axis powers fail to gain control of the seas, they are certainly defeated.“ Roosevelt sprach in seiner ausnehmend langen Rede fast ausschließlich von militärischen Angriffen. Die wirtschaftliche Kriegsführung berührte er nur am Rande, so mit seinem Appell an Kapital und Arbeit, sozialen Frieden zu wahren, und mit seiner Warnung: „This is no time for capital to make [...] excess profits.“¹⁰ In allen Industriebetrieben müssten kriegswichtige Güter unbedingten Vorrang haben.

Die deutsche Infiltration in Lateinamerika blieb weiterhin ein Thema; Roosevelt kündigte im Juli 1941 an, das *blacklisting* verdächtiger Firmen und Personen in Lateinamerika durch weitere Maßnahmen flankieren zu müssen. Inzwischen wuchs in den USA die Befürchtung, dass durchaus nicht alle lateinamerikanischen Regie-

rungen zuverlässig an der Verteidigung der Hemisphäre mitwirkten, ja dass sie ihre Länder selbst nicht unter Kontrolle hätten. Roosevelt und der stellvertretende Außenminister Welles mussten den demokratischen Senator Clark zurück pfeifen, der die *Good Neighbor Policy* für gescheitert erklärt und gefordert hatte, „that the United States ‚take over control‘ of Latin America and Canada, perhaps by setting up puppet governments.“¹¹

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion häuften sich die Schlagzeilen mit den Reizworten „Nazi Threat“ und „Axis Threat“. Die potenzielle Bedrohung Lateinamerikas wurde zunehmend als eine akut militärische gesehen; demgegenüber galten die wirtschaftliche Erpressung und die propagandistische Infiltration nunmehr als zweitrangige, verstärkende Gefahren. In den Worten des US-Kriegsministers Stimson: „If by combining an air attack with a Fifth Column revolution an axis power should succeed in finding lodgement upon the coast of South America, we should have a real task indeed; for it would not be difficult for an enemy lodged there to get within easy bombing distance of the Panama Canal.“¹² Mit der fünften Kolonne meinte Stimson ausländische Agenten, die schon jetzt in einigen lateinamerikanischen Ländern für Unruhe und Aufregung sorgten. Von Dakar, mit Hilfe der Vichy-Regierung, könnten die Deutschen problemlos den Westzipfel von Brasilien erreichen. Zehn Tage später sprach auch das Außenministerium die Invasionsgefahr an. Staatssekretär Welles sicherte zu: „to supply in increasing volume the defense materials urgently needed from us by the other American governments.“ Mit Blick auf die Gefahr fünfter Kolonnen gab er sich überzeugt, dass die lateinamerikanischen Länder selbst die Notwendigkeit sähen, zur Aufdeckung von „un-American influences“ drastische Maßnahmen zu ergreifen.¹³ Seine Rede wurde über Kurzwelle auch nach Lateinamerika übertragen, in spanischer Sprache.

Die US-amerikanischen Hilfslieferungen nach England und Nahost banden Transportkapazität, und Schiffsraum in der westlichen Hemisphäre wurde knapp. Als Lösung bot sich an, die „idle foreign ships“ zu nutzen: Frachter unter solchen Flaggen, die für die britische Kriegsmarine als feindlich galten. Mehr als 100 solcher deutschen, italienischen, aber auch dänischen Schiffe lagen in amerikanischen Häfen fest. Wollte man diese Tonnage für eigene Zwecke einsetzen, so war ein gemeinsames Vorgehen aller involvierten amerikanischen Staaten auszuhandeln. Die amerikanische Regierung zeigte diplomatisches Geschick, indem sie diesen Prozess nicht selbst in die Hand nahm, sondern ein Gremium ins Spiel brachte, das aus der Panama-Konferenz vom September 1939 hervorgegangen war: das Inter-American Financial and Economic Advisory Committee.

Dieser Kreis von 21 Wirtschaftsexperten hatte ursprünglich den Auftrag, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die gemeinsame *economic warfare*, der 21 amerikanischen Partner voran zu bringen. Viel Wirkung hatte das Komitee nicht entfaltet, aber in der Sache der „idle ships“, im Grenzbereich zwischen militärischem

und wirtschaftlichem Eingriff, gelang ihm ein Erfolg. Diese Aktion konnten Freund und Feind als weiteren Schritt vom ökonomisch zum militärisch konzentrierten Handeln verstehen. Staatssekretär Welles, der Vorsitzende des Komitees, zeigte sich zufrieden; dies sei die wichtigste und wirklich konkrete Aufgabe, die das Komitee bislang erfüllt habe: „to promote the defense of the American republics as well as the peace and security of the continent.“ Den Eignerländern der Schiffe wurde „just and adequate compensation“ zugesichert, und England versprach, diese eigentlich feindlichen Schiffe auf hoher See nicht zu behelligen.¹⁴

Weniger konkret waren Nelson Rockefellers Bemühungen um Stärkung der „Hemisphere Solidarity“. Im September 1941 legte er seinen ersten Jahresbericht vor; demnach hatte sich seine Aufgabe als schwierig erwiesen.¹⁵ Im Süden hatte er viel Mißtrauen erfahren; seine Botschafter guten Willens und Projektfindungsmissionen waren nicht überall willkommen. Clarence Haring hatte wohl recht: „Latin Americans are suspicious of the working of this Good Neighbor policy.“¹⁶ Eine positive Bilanz zog Rockefeller im Handelsbereich, die lateinamerikanischen Partner exportierten inzwischen mehr Waren in die USA, als sie dort einkauften. Nicht zuletzt war dies dadurch bedingt, dass die nordamerikanische Industrie ihre Kapazitäten zunehmend für die Rüstung einsetzte und somit die ungebrochene Konsumgüternachfrage der Lateinamerikaner nur mehr teilweise decken konnte. Die Entwicklung zur Kriegswirtschaft in den USA war auch am Wandel der obersten staatlichen Behörden zu erkennen.¹⁷ Aus der Export Control Administration, gebildet im Sommer 1940 zur Vergabe von Export-Lizenzen, wurde im Herbst 1941 das Economic Defense Board mit wesentlich erweiterten Aufgaben in der außenwirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. Nach dem Überfall auf Pearl Harbour wurde es umbenannt in: Board of Economic Warfare.

Das Defense Board führte die schwarze Liste von Firmen und Personen in Lateinamerika, die geschäftlich mit den Achsenmächten aktiv waren. In der Presse war Ende September 1941 zu lesen: „Defense Board Adds 300 Firms to U. S. Blacklist“.¹⁸ Damit umfasste sie mehr als 2000 Namen. Hinzu gekommen waren u. a. die Air France, die Linea Aerea Transatlántica Italiana und auch Goebbels' Nachrichtenagentur Transocean GmbH. Nicht in der Kompetenz des Defense Board lagen die Leih- und Pachtverträge zur Lieferung von kriegswichtigem Material, dies war Sache des eigens eingerichteten Office of Lend-Lease Administration. Fast alle lateinamerikanischen Staaten schlossen ab 1941 derartige Verträge mit den USA. Die rechtliche Grundlage gab das *Lend-Lease*-Gesetz, das Roosevelt im März 1941 gegen erheblichen Widerstand im Kongress durchgesetzt hatte. Vorher hatte die US-Regierung, auf Grundlage des Neutralitätsgesetzes, Rüstungsgüter nur zur *Cash&Carry*-Bedingung, aber nicht auf Kredit verkaufen dürfen. *Lend-lease* bot wesentlich offenere Konditionen; denn die kriegswichtigen Güter konnten jetzt formalrechtlich verliehen werden – Verbrauchsgüter eingeschlossen.

„The United States signed a lend-lease agreement with geographical strategic Brazil” meldete Anfang Oktober die *New York Times*.¹⁹ Sie schätzte die Vertragssumme auf ca. 100 Millionen Dollar, eine offizielle Bestätigung gab es nicht. Brasilien erhielt vor allem Militärfahrzeuge und lieferte im Gegenzug kriegswichtige Rohstoffe. Bis Kriegsende erreichten die Leih- und Pacht-Abkommen mit Brasilien eine Höhe von mehr als 350 Millionen Dollar, das war mehr als das Doppelte der Darlehenssumme, die auf alle anderen mittel- und südamerikanischen Länder zusammen entfiel. Argentinien schlug als einziges südamerikanisches Land das Angebot aus; stattdessen schloss es mit den USA einen konventionellen Handelsvertrag.

Die jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten hatten sich in den ersten Kriegsmonaten mit Stellungnahmen zur Neutralitätspolitik zurück gehalten. Zum einen waren die jüdischen *Communities* in dieser Frage keineswegs einer Meinung; viele amerikanische Juden befürchteten, dass ein Drängen auf militärischen Druck gegenüber Deutschland zu antisemitischen Reaktionen in den USA führen könnte. Zum anderen gab es ein weit verbreitetes Vertrauen in Roosevelt als Kämpfer gegen den Antisemitismus. Es erschien somit unangebracht von jüdischer Seite Druck auf ihn auszuüben.²⁰

Wie standen jüdische Organisation in beiden Subkontinenten zur Frage der Defense of the Hemisphere? "Inter-American Conference Defines Jewish Peace Aims; Sets up Permanent Organization" meldete die *Jewish Telegraph Agency* am 26. November 1941. Sie bezog sich auf eine Konferenz am Vortag, zu der Vertreter jüdischer Gemeinden aus 18 amerikanischen Ländern zusammen gekommen waren. Sie verabschiedeten Resolutionen zur Teilnahme jüdischer Organisationen an Friedenskonferenzen nach Kriegsende, zur Errichtung einer jüdischen Heimstätte (*commonwealth*) in Palästina und zum Kampf gegen den Antisemitismus in der westlichen Hemisphäre. Eine Erklärung zur Rolle der Vereinigten Staaten im Krieg gab es nicht; die jüdischen Organisationen in den USA wurden aufgefordert, an der größtmöglichen Hilfe für Großbritannien festzuhalten. Beschlossen wurde zudem, dass ein Inter-American Jewish Council als bleibende Organisation die auf der Konferenz begonnene Arbeit fortsetze. Bemerkt wurde in der Presse, dass die brasilianische Regierung die Teilnahme einer jüdischen Delegation aus ihrem Lande verhindert hatte, dass aber der brasilianische Konsul überraschend auf der Konferenz erschienen war, um Grüße der brasilianischen Staatsführung zu übermitteln. Vermutlich war es oben genannte Konsul Ildefonso Falcão.

Der Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 beendete auch *de jure* die Neutralität der USA. Das State Department meldete noch am selben Tag, dass es die anderen amerikanischen Republiken über die „heimtückischen Angriffe“ Japans informiert und bereits unterstützende Antworten erhalten habe. Auch eine erste Kriegserklärung war nach Tokio abgegangen: aus San José, der Hauptstadt von Costa Rica. Es folgten die weiteren zentralamerikanischen Staaten, ebenso Haiti

und die Dominikanische Republik. Die größeren südamerikanischen Staaten hielten sich noch zurück, öffneten aber ihre Häfen für nordamerikanische Kriegsschiffe und plädierten für eine panamerikanische Außenministerkonferenz zur Abstimmung gegenüber Japan. „Brazil will stand beside the United States“ erklärte der Konsul Dr. Falcão auf einer *Dinner Session* im Bostoner University Club.²¹

Wie mag er, als Mitglied im Beirat des Latin American Economic Institute, die zukünftige Rolle des Instituts eingeschätzt haben? Es hatte sich für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit aller amerikanischen Republiken mit den USA eingesetzt, auf Augenhöhe. Als Ziel galt die Verteidigung der westlichen Hemisphäre durch gemeinsame Stärkung der Abwehrkraft. Dies war eine Vorkriegsperspektive, und der Blick auf den Feind richtete sich vor allem nach Osten, über den Atlantik. Der erste Angriff auf die westliche Hemisphäre hatte aber nun Hawaii getroffen, nicht die Nordostspitze von Brasilien. Nicht in Dakar jenseits des Atlantik waren die Angreifer gestartet, sondern von japanischen Flugzeugträgern im Pazifik. Deutschland hatte den USA im Westen den Krieg erklärt, und ein halbes Jahr zuvor im Osten eine 1600 Kilometer lange Front eröffnet. Sie band enorme Ressourcen der Wehrmacht, versprach aber auch den Zugriff auf reiche Rohstoffquellen. Dies schwächte das Potenzial für eine Invasion der westlichen Hemisphäre ebenso wie das geopolitische Interesse daran. Die Gefahr eines „Nazi threat“ war für Amerika zweitrangig geworden,²² und bei den Pazifik-Anrainern richtete sich jetzt der Blick auf Japan. Nur ein Blitzkrieg in der Sowjetunion konnte eine erneute Wende anstoßen. Danach sah es im Dezember 1941 schon nicht mehr aus; der deutsche Angriff auf Moskau war gescheitert.

Ob das LAEI bei anderem Kriegsverlauf eine wirkliche Bedeutung für die lateinamerikanische Wirtschaftsforschung erlangt und zur Grundlegung einer panamerikanischen Wirtschaftsunion beigetragen hätte, ist schwer einzuschätzen. Tatsächlich blieben seine Bekanntheit und Bedeutung recht begrenzt. Wichtige Publikationen brachte es nicht mehr heraus, nur Sektor- und Regionalstudien im Broschürenformat.²³ Ansonsten blieb es bei einigen Vorträgen und *Round Table Conferences*, zu denen das LAEI um acht Uhr abends ins New Yorker Hotel Roosevelt einlud. Zum Thema „Economic Defense“ sprach Normano noch einmal auf einer *Summer Session* der Universität von Virginia, neun Jahre nach seinem ersten Auftritt auf dieser Bühne. Im November 1941 folgte ein *Round Table* zu Genossenschaften in Lateinamerika, mit Vorträgen bekannter Experten wie Wallace J. Campbell von der Konsumentenorganisation CLUSA und Valery Tereshtenko, Leiter des Genossenschaftsprojekts in der Works Progress Administration.²⁴ Die Veranstaltungen im darauffolgenden Jahr hatten die Industrialisierung Lateinamerikas, Regionalentwicklung im Amazonasbecken und Mexiko sowie die französisch-südamerikanischen Beziehungen zum Thema.

In der Presse wurden diese Treffen üblicherweise nur angekündigt, nicht besprochen. Ein Echo fand erst eine Konferenz im Mai 1943, über Wirtschaftsprob-

leme und Wirtschaftsbeziehungen der Karibik, vom LAEI gemeinsam mit der Women's International League for Peace and Freedom veranstaltet. „Busy Future Seen for Latin America“ titelte die *New York Times*.²⁵ Denkbar ist, dass die Frauen-Liga bei der Finanzierung dieses Ereignisses half und ihre Kontakte zur Presse nutzte. Ähnliches könnte für ein *Luncheon* gelten, bei dem Ely Culbertson auftrat, ein berühmter Bridge-Spieler, der sich auch in Fragen des Weltfriedens engagierte. Bücher zu „The World Federation Plan“ (1942) und „Total Peace“ (1943) kamen aus seiner Feder. Im Hotel Roosevelt sprach er zur Vision einer Föderation amerikanischer Staaten. Die *New York Times* berichtete: Culbertson sähe eine einzigartige Zukunftschance für die Good Neighborhood Policy darin, dass die USA aus der bestehenden Pan American Union eine Pan American Federation machten, mit eigenem Präsidenten. Bemerkenswerter ist der Schlusssatz des Artikels: „Other speakers included Dr. Felix José Weil, instructor in social research at Columbia University, and Dr. John F. Normano, director of the Research Bureau for Post-War Economics, also of Columbia.“²⁶

Das Präfix *Post-War* trugen auch Themen der Konferenzen in 1944, zu denen das LAEI nun nicht mehr ins Roosevelt sondern in den Men's Faculty Club der Columbia University einlud: Post-War Population Resettlement, The Latin-American Post-War World u.a.. Die Aufmerksamkeit der Presse fand jedoch nur eine *Dinner Conference* mit 150 Teilnehmern im Mai, diskutiert wurde über den Welthandel nach dem Kriege. Die USA sollten darin die Führungsrolle übernehmen, so der Direktor des brasilianischen Außenhandelsbüros. Mit „policies of cash and carry and laissez-faire“ sei dies allerdings nicht zu erreichen, Großbritannien oder die Sowjetunion könnten sonst die Oberhand gewinnen.²⁷ Die allerletzte dieser LAEI-Konferenzen fand kurz vor dem Kriegsende statt. Dr. John F. Normano sprach über die zukünftige industrielle Entwicklung Brasiliens, am 29. März 1945 im Hotel Roosevelt, um acht Uhr abends.

„Columbia University“: welche Verbindungen hatte Normano dorthin geknüpft, mit welchem Motiv und welchem Ergebnis? Eine erste Erklärung findet sich bei näherer Betrachtung des genannten Dr. Felix José Weil (1898–1975). 1944 erschien ein Buch von ihm, „Argentine Riddle“, von einem New Yorker Verlag in Zusammenarbeit mit dem Latin American Economic Institute herausgebracht. Im Klappentext liest man zum Autor: „At present he is a member of the Institute of Social Research, which is associated with Columbia University, and a director of the Latin American Economic Institute of New York City.“ Und weiter: „Felix José Weil combines professional training as an economist with journalistic, business, and public administration experience.“²⁸ Es folgte eine beachtenswerte Parallele zu J. F. Normanos 'offiziellem' Lebenslauf: „A native of Argentina, he got his academic education in Europe and received his doctor political science degree at the University of Frankfurt am Main.“

Weil hatte 1923 das Frankfurter Institut für Sozialforschung mitbegründet, beteiligt war auch der Soziologe Friedrich Pollock. Weil war der wichtigste Financier, unterstützt von seinem Vater. Später trat er in dessen Fußstapfen und übernahm sein Getreideexporthaus in Buenos Aires. Zudem lehrte er an der Universität und war in den frühen Dreißigern hochrangiger Berater des argentinischen Finanzministeriums. 1935 ging er zurück an sein früheres Institut; Max Horkheimer hatte es ein Jahr zuvor, mit englischem Namen, nach New York verlegt. Das Stiftungsvermögen war rechtzeitig außer Landes in Sicherheit gekommen, somit standen die Spenden der Familie Weil auch nach der Emigration zur Verfügung.

Weil war, neben Normano, Direktor des LAEI. War er der Financier oder sogar der Eigner? In einer Arbeit über die "Frankfurt School" in New York findet man: „Felix Weil, the man with the money, also had his own Latin American Economic Institute that shared offices with the ISR in New York City. The LAEI had a secretary of its own, letterhead, and released a few publications.”²⁹ Und über Joseph Freeman, radikaler Linker wie Scott Nearing und ISR-Mitarbeiter, schreibt derselbe Autor: "Freeman's association with Scott Nearing, with whom he had coauthored the classic *Dollar Diplomacy* (Nearing and Freeman 1925), more than likely led to Nearing's later involvement with Felix Weil's seldom mentioned Latin American Economic Institute, which operated as a parallel venture from the Institute's office.”³⁰

Argentine Riddle: Gegenstand des Buches von Weil ist die wirtschaftliche und politische Zukunft Argentiniens – Beibehalten der agrarischen Struktur oder durchgreifende Industrialisierung.³¹ Zum Ursprung der Arbeit liest man: „This book grew out of two addresses delivered at public conferences of the Latin American Economic Institute of New York City in April, 1942, and October, 1943, namely 'An Attempt at a New Deal in Argentina: The Pinedo Plan' and 'Will Argentina Join the United Nations?'" Auch erfährt der Leser, dass Normano die Buchentstehung begleitet hat: „I gratefully acknowledge the helpful suggestions of my friend Dr. Frederick Pollock in planning the book, of Dr. John F. Normano, who discussed with me the manuscript in its various stages, and of Dr. A. R. L. Gurland and Dr. Otto Kirchheimer, who read the final draft.”³²

1 R. A. Humphreys, S. 88.

2 Latin American..., S. 139.

3 Daily Boston Globe 05.09.1940.

4 Ebd. 30.09.1940.

5 Chicago Daily Tribune 03.10.1940.

6 Daily Boston Globe 06.11.1940. Der 32-jährige Enkel des John D. Rockefeller hatte im August 1940 als One-Dollar-Man die Aufgabe übernommen, die Kultur- und Handelsbeziehungen zwischen den amerikanischen Republiken zu koordinieren, mit dem wenig konkreten Ziel, die nationale Verteidigung durch panamerikanische Solidarität zu stärken. Er arbeitete für den Council of National Defense und leitete das Office of Inter-American Affairs – in Räumen des Außenministeriums untergebracht und dem Präsidenten Roosevelt unterstellt.

7 Daily Boston Globe 19.11.1940.

- 8 Daily Boston Globe 05.11.1941. Haring sprach in Boston auf einem Treffen der Twentieth Century Association for the Promotion of a Finer Public Spirit and A Better Social Order über "Our Relations with Latin America". In den Räumen dieser Vereinigung hatte zwei Tage zuvor die Konferenz des LAEI stattgefunden.
- 9 The New York Times 16.03.1941.
- 10 The New York Times 28.05.1941.
- 11 Daily Boston Globe 30.07.1941. Zwei Monate später berichtete Buenos Aires von einer erfolgreichen Aktion gegen deutsche Infiltration: „Argentina Turns up Widespread Nazi Units“. Daily Boston Globe 14.09.1941. Der deutsche Botschafter von Thermann wurde zur Persona non grata erklärt; er habe diese subversiven „Nazi Units“ zumindest finanziell unterstützt. Von Thermann ging nicht ins Amt zurück, sondern wurde zur Waffen-SS beurlaubt.
- 12 The New York Times 16.08.1941.
- 13 The New York Times 26.08.1941.
- 14 The Washington Post 29.08.1941.
- 15 Daily Boston Globe 08.09.1941.
- 16 Zitat Haring (s. o.).
- 17 Vgl. Harold G. Vatter: The US Economy in World War II, New York 1985, S. 32 f.
- 18 Daily Boston Globe 29.09.1941.
- 19 The New York Times 02.10.1941.
- 20 "[...] he was often criticized by rightist elements for bringing Jews into government. This criticism increased his reputation for courage and reliability among Jews but made them less willing to press him on foreign policy issues." L. Sandy Maisel (Hg.): Jews in American Politics, Lanham 2001, S. 257.
- 21 Daily Boston Globe 14.12.1941.
- 22 Dass die Furcht vor den Deutschen ab dem Dezember 1941 schnell abnahm, wird in der genannten Arbeit von Lübken erklärt. „Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor [...] lässt sich ein deutlicher Wandel in der Perzeption der deutschen Gefahr feststellen. Zunächst verlor die militärische Komponente der deutschen Bedrohung Lateinamerikas mehr und mehr an Bedeutung. [...] Aber auch die Gefahr durch die ‚Fünfte Kolonne‘ der Achsenmächte sah das State Department nach Pearl Harbor als größtenteils überwunden an.[...] Nur eine drastische Veränderung der weltweiten strategischen Situation könne diese Entwicklung noch umkehren.“ U. Lübken, S. 167.
- 23 The Latin American Economic Institute: The cotton textile industry in Latin America, New York 1942 (32 Seiten); dass.: Economic problems of the Caribbean Area, New York 1943 (60 Seiten); dass.: Aspects of the textile industry in Brazil, New York 1944.
- 24 CLUSA: Cooperative League of the USA, gegr. 1916; WPA: Works Progress Administration, New Deal-Behörde, anders als die Project Works Administration (s. o.) vor allem mit Kleinprojekten befasst.
- 25 The New York Times 02.05.1942.
- 26 The New York Times 14.11.1943.
- 27 The New York Times 25.04.1944.
- 28 Felix J. Weil: Argentine Riddle, New York 1944 (Klappentext).
- 29 Mark P. Worrell: The Other Frankfurt School, in: Fast Capitalism, 2.1 2006, Endnote 2. (<http://www.fastcapitalism.com>; 02.02.2012)
- 30 Ders.: Joseph Freeman and the Frankfurt School, in: Rethinking Marxism, 21 (2009) 4, S. 498–513, hier S. 501.
- 31 „The Argentine – A Feudal Atavism“: so überschrieb die New York Times ihre Besprechung vom 29.10.1944.
- 32 Ebd., S. xi f. Gurland, Kirchheimer und Pollock waren Kollegen am Institute of Social Research, letzterer hatte das Institut in Frankfurt mitbegründet.

Post-war Planning

Die Angst vor einem transatlantischen Angriff verschwand. Eine militärische Invasion in Brasilien war im Verlauf des Jahres 1942 ebenso unwahrscheinlich geworden wie eine wirtschaftliche Strangulierung Lateinamerikas oder des gesamten Kontinents. Militärisch betrachtet war die westliche Hemisphäre nur mehr auf der Pazifikseite bedroht, und dies galt auch nur dann, wenn die verteidigungsstrategischen Grenzen Amerikas tief im Pazifikraum definiert wurden, noch weit westlich von Hawaii. Der Begriff der *Defense* hatte einen neuen Inhalt bekommen, es ging nunmehr um Offensivverteidigung, um ein Zurückdrängen der Achsenmächte in Asien, Nordafrika und Europa. Eine militärische Verteidigung des Kontinents gegen einen äußeren Angreifer war in diesem Krieg kaum mehr gefordert. Was allenfalls blieb, war die Gefahr möglicher „fünfter Kolonnen“ im südlichen Subkontinent.

War ein auf lateinamerikanische Wirtschaft ausgerichtetes Forschungs- und Beratungsinstitut in dieser Konstellation noch vonnöten? Im Sommer 1940 war von einem wirtschaftlichen Angriff Nazi-Deutschlands auf Südamerika die Rede gewesen, von einem Aufrollen Amerikas von Süden her, mit wirtschaftlicher Erpressung und Ausbeutung. Dieses Thema war vom Tisch, und damit hatte die Idee einer panamerikanischen Wirtschaftsunion ihre Überzeugungskraft verloren. Mochte sie in bestimmten Szenarien der Nachkriegszukunft einen Platz finden – von aktueller Bedeutung war sie nicht. Für Erkenntnisse und Politikempfehlungen eines LAEI gab es bis auf weiteres keine Nachfrage.

Japanese in South America: die Blickwendung nach Asien

Wie schon so oft musste Normano seine Pläne ändern, musste ein geschicktes Wendemanöver einleiten um erneut auf Erfolgskurs zu gehen. Er entschied sich, die Themen „Lateinamerika“ und „Pazifik“ zu verknüpfen, auf diese Weise ein Feld von aktuellem Interesse abzustecken und darin seine Forschungs- wie Beratungskompetenz zu demonstrieren. Dieser Einstieg gelang ihm; er fand einen ausgewiesenen Partner und ein Forschungsobjekt von politischer Relevanz. Im Juni 1943 kam das erste Produkt auf den Markt, zehn Monate nach der brasilianischen Kriegserklärung an Japan und dem Einwanderungsstopp für japanische Emigranten. In der wöchentlichen Bücherschau des Magazins *Time* war der schmale Band zwar kein *top issue*, aber ein, zwei Superlative erhielt er doch. „Modern Colonizers. The Japanese in South America is a 126-page actual study analyzing the strategic importance of Japanese immigration, cramming with little-known, alarming facts: In 1938 there were more Japanese residents in the U.S. and its possessions

than there were in China. The figure was 257,460. [...] Of the 1,059,913 Japanese now living abroad, about 200,000 are in Brazil.”¹

Wenn auch eine Invasion Amerikas durch das feindliche Japan kaum mehr als eine Fiktion war – hatte nicht der Aufbau japanischer Kolonien eine wirkliche Gefahr hervor gebracht, war nicht dies eine gezielte imperialistische Infiltration? Diese Frage stand im Raum, und es war diese Themennische, die Normano mit der Neuerscheinung frühzeitig besetzen wollte. Er begann dies im Frühjahr 1942 mit der Rezension einer Studie, die kurz zuvor in der Schriftenreihe des Institute of Pacific Relations (IPR) erschienen war: „Trans-Pacific Relations of Latin America“.² Dies war im Kern eine Literaturübersicht; die Autorin schloss damit eine bibliographische Lücke. Sie tat dies „thoroughly and intelligently“ – Normanos Besprechung war durchgängig positiv. Damit konnte er seinen Namen sichtbar mit dem neuen Thema verknüpfen und auch seinen Kontakt zum IPR pflegen; denn seine Rezension wurde in dessen Zeitschrift *Pacific Affairs* gedruckt, für die er schon früher geschrieben hatte. So brachte das IPR im Folgejahr auch die „Japanese in South America“ auf den Markt – in seiner eigenen Schriftenreihe und „in cooperation with the Latin American Economic Institute“.

Das Institute of Pacific Relations: es war oben schon im Zusammenhang mit Carter und Lockwood zur Sprache gekommen. Auch wurde am Rande erwähnt, dass Carter zum Advisory Council des LAEI gehörte. Normano wird sicherlich diese Verbindung genutzt haben, um das Institut als Partner für die Veröffentlichung der Studie zu gewinnen. Ein Gewinn war dies tatsächlich; denn das IPR – 1925 gegründet – war die führende internationale Institution in der Pazifik- und Ostasienforschung. Es bezeichnete sich selbst als „unofficial and non-political organization“; wichtige Financiers waren die Rockefeller Foundation und die Carnegie Corporation. Die Forschungsergebnisse publizierte es in seiner Schriftenreihe, zudem gab das Internationale Sekretariat des IPR die *Pacific Affairs* und sein American Council den *Far Eastern Survey* heraus.³ Die zentrale Persönlichkeit in der Hochphase des IPR war Edward C. Carter (1878–1954), Generalsekretär von 1933–1946. Er profilierte das Forschungsprogramm, stärkte den politischen Einfluss, förderte den Aufstieg ausgewiesener Wissenschaftler wie Holland und Lockwood und betrieb die Erweiterung des Mitgliederkreises.⁴

Der Untertitel der Neuerscheinung stufte das Buch als „Introductory Survey“ ein, und William Holland, *Research Secretary* des IPR, dämpfte auch im Vorwort die Erwartungen des Lesers. Die Studie könne nur einen ersten Überblick und keinesfalls umfassende Antworten geben. Für eine tiefergehende Feldforschung hätten Zeit und Geld gefehlt: „It is no more than a first attempt to awaken a wider and more intelligent public interest in the problem.”⁵ Zum übergreifenden Thema – der Japaner in Südamerika insgesamt – biete es nur eine Skizze. Und von den beiden ausgewählten Ländern Peru und Brasilien habe nur das erste detaillierter behandelt werden können. Autor der Fallstudie Peru war Antonello Gerbi, ein italienisch-

jüdischer Historiker und Ökonom, der 1938 nach Lima emigriert war.⁶ Den Überblick und die Seiten über Brasilien hatte J. F. Normano geschrieben, zudem die Projektidee entwickelt. Auch hatte er Gerbi als Mitautor gewonnen und ihn mit einer lobenden Rezension in *Pacific Affairs* vorgestellt.⁷

Leser des vorliegenden Buches konnten hierin erfahren, dass Normano schon 1934 über japanische Einwanderer in Brasilien geschrieben hatte, in einem Beitrag zu *Pacific Affairs*. Wer die Arbeit von 1943 liest, erfährt dies nicht. Normano nennt seine Quellen nur in Fußnoten; er erwähnt darin seine Bücher zu „Struggle“, „Brazil“ und seinen Aufsatz zu „Changing Attitudes“, nicht aber den einschlägigen Artikel von 1934. Und auch ein zweiter, hier bislang nicht genannter Beitrag fehlt in den Quellenangaben: ein längerer Aufsatz über „Japanese Emigration to Latin America“, den Normano 1938 in *Population* veröffentlicht hatte. Dessen Fazit: „The much discussed ‚Japanese penetration‘ or ‚Japanese conquest‘ of Spanish America is a political myth.“⁸ Anders sei dies in Brasilien. Dort zeige die japanische Einwanderung eine zweifellos bemerkenswerte Dynamik.

Vielleicht erschien Normano sein erster Aufsatz nicht erwähnenswert, weil er nur ein Zwischenbericht, ein „condensed extract“ war. Allerdings stellte er auch das Buch als „modest study“ vor; es sei ein Teilschritt und eine Anregung zu einer umfassenderen Arbeit. In dem auf Brasilien bezogenen Buchabschnitt wiederholt Normano längere Passagen aus seinem Artikel von 1934, und dies weitgehend wörtlich. Es ist daher fast müßig, auf den Inhalt dieses Buchabschnitts noch einmal einzugehen; nur zwei Ergänzungen sind erwähnenswert (s. u.). Auch Normanos zweiter Beitrag zu dem Buch, das Überblickskapitel zum gesamten Subkontinent, führt wenig weiter. Über den Aufsatz von 1938 greift er nur insoweit hinaus, als er sich auch mit dem Zusammenhang von Migration und Handel befasst und das Thema „From Trade War to War“ einbezieht. Der japanische „Handelskrieg“, von dem um 1935 die Rede war, war allerdings kaum der Rede wert; Normano zeigt selbst, dass Japan trotz aller Exportbemühungen 1936 nur einen Anteil von 3% an allen lateinamerikanischen Importen erreichte. Für die Jahre ab 1940 konstatiert er einen Umschwung des japanischen Imports auf ausschließlich kriegswichtige Güter, vielfach auch im Auftrag deutscher Stellen. Bei dieser Feststellung stützt er sich ausschließlich auf Zeitungsberichte.

Der Abschnitt über Brasilien geht über den Aufsatz von 1934 mit zwei wesentlichen Ergänzungen hinaus. Zum einen erfährt der Leser, dass die brasilianischen Behörden die japanischen Kolonien ab 1939 intensiver beobachteten, Schulunterricht auf Portugiesisch zur Auflage machten und nach der Kriegserklärung Brasiliens – nicht frei von hysterischen Verdächtigungen – die Suche nach japanischen Spionen und Mitgliedern fünfter Kolonnen betrieben. Weitere Feststellungen trifft Normano nicht, seine übrigen Aussagen sind Andeutungen, Fragen oder Vermutungen. Die japanischen Kolonien sieht er auf der Riesenfläche Brasiliens wie auf einem Halbmond angeordnet, ob durch Zufall oder Strategie, das bleibe zu untersu-

chen. Die Entsendung von 200 000 gut ausgebildeten und nationalistisch gesinnten Japanern könne sehr wohl aus weiteren als nur ökonomischen Interessen erfolgt sein, und dass ihre Kolonien und Unternehmen in der Nachbarschaft deutscher wie italienischer Siedlungen lagen, könne zufällig aber auch gesteuert entstanden sein. Und schließlich: „The immense Japanese concessions in the unexplored Amazon region may have been intended as a springboard for aggression by air in many directions.“⁹

Sollten diese Interpretationen eine Marktnachfrage bedienen, sollten sie Leserwartungen an ein wenig Sensation erfüllen? Dies taten sie nach dem Urteil der *Time* nur in Maßen; denn: „Readers who investigate Japanese enterprises in the U.S. and Canada may find more sensational facts than authors Normano and Gerbi found in South America. In Seattle, Japanese owned 206 of the 350 hotels in the city [...].“¹⁰ Stärker sachbezogen waren die Besprechungen in wissenschaftlichen Zeitschriften, bei unterschiedlicher Qualität und Urteilsrichtung. Curtis Wilgus in *Pacific Affairs* gab situationsgemäß ein mildes Lob und erhoffte, wie andere, einen Impuls für weitere Forschung zum Thema. Viel Zuspruch gab die Besprechung in der *HAHR*; der Leser wurde geradezu ermuntert, die Interpretationen der Autoren zur japanischen Gefahr als „sufficient evidence“ zu nehmen.¹¹

Genau das Gegenteil empfahl der Politologe Morton Grodzins; er ging am schärfsten mit den Autoren ins Gericht. Er zitierte Normanos Mutmaßungen – Entsendung aus anderen als ökonomischen Interessen, Amazonien als Sprungbrett – um dann sein Verdikt zu sprechen: „These statements may be true. But no statistical data, or case history, or record of any kind is brought forward in substantiation. They are a type of a priori assertion that social scientists should avoid.“¹² Besonders lesenswert ist eine späte Würdigung; sie erschien im März 1944, als das Thema der fünften Kolonnen schon wieder *out* war. „But for at least two years much has been written concerning the possibilities of such a [Axis fifth column] movement. This pamphlet is another contribution to the alarmist literature on the subject.“¹³ Der Kritiker kam zu dem Schluss, dass die wenig fundierten Einschätzungen zur japanischen Bedrohung Lateinamerikas nicht mehr haltbar seien.

Buchbesprechungen gab es auch in der *New York Times* und der *Chicago Daily Tribune*. Letztere war prononcierter; sie hob den Wert der Arbeit für die Nachkriegszeit hervor und sah sie damit als einen Beitrag zu *Post-War Planning*.¹⁴ Ein solch breites Interesse hätte der schmale Band wohl kaum gefunden, wenn nicht das Institute of Pacific Relations ihn herausgebracht hätte. Unklar ist, warum dies geschah. Der Generalsekretär Carter, „a whirlwind of activity for the IPR and a constant source of ideas for new programs“,¹⁵ war 1940 in den Advisory Council des LAEI eingetreten. Hatte er dafür persönliche Motive, wollte er bestimmten Schlüsselpersonen entgegen kommen? Oder strebte er die Ausweitung des Forschungsfeldes, sogar des Mitgliederraums auf südamerikanische Pazifikländer an? Wie auch immer – in der Schriftenreihe des IPR blieb es bei der „Japanese“-Studie

mit ihrem Vorläufer,¹⁶ und lateinamerikanische Mitgliedsorganisationen haben sich nie gebildet.¹⁷

Es gab neben dem IPR weitere zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die sich für Annäherung und Kooperation im pazifischen Raum und insbesondere für die Beziehungen zwischen Asien und Amerika einsetzten. Anfang 1942 kam die East and West Association hinzu, gegründet mit maßgeblicher Initiative der Schriftstellerin Pearl S. Buck. In der Tradition des kritischen Internationalismus sollte die Organisation gegen Kolonialismus und Rassismus Position beziehen und für Völkerverständigung im pazifischen Raum werben. Ihre Arbeitsfelder waren Lobbying, öffentliche Meinungsbildung über Massenmedien und eigene Publikationen, Veranstaltungen für Bildung und Begegnung. Sie überschritten sich also kaum mit den Programmen des IPR; dennoch gab es eine gewisse Rivalität.¹⁸ Mit ähnlichem Anspruch wie das IPR – mit ihrer *Amerasia* – gab die East and West Association ihre populärjournalistische Zeitschrift *Asia and the Americas* heraus. Normano nutzte dieses Blatt, um Leser für die „Japaner in Südamerika“ zu interessieren und sich als Autor der Themennische bekannt zu machen. Die Redaktion stellte Exzerpte aus dem Buch zu zwei illustrierten Artikeln zusammen.¹⁹

Buchbesprechungen von J. F. Normano in den Jahren 1942/43: zwei wurden schon genannt, sie fielen vergleichsweise freundlich aus. Zwei weitere waren Verisse, in denen der Rezensent den Spaß an seiner brillanten Sprache mit der Lust auf beißende Kritik verband. Die erste galt dem Verfassungsrechtler Karl Loewenstein, er war 1933 aus Deutschland emigriert und über Yale ans Amherst College in Massachusetts gekommen. Ausgangs- wie Endpunkt der Flucht, auch die jüdische Herkunft hatte Normano mit ihm gemein, kaum jedoch mehr. Loewenstein, der auch politikwissenschaftlich arbeitete, hatte 1942 Brasilien besucht und daraufhin sein Buch „Brazil under Vargas“ geschrieben. Normano begrüßt diese Initiative: das Brasilien unter Vargas zu durchleuchten sei zweifellos von hohem aktuellen Interesse; denn die kriegführenden westlichen Demokratien möchten und müssten mehr über ihre Verbündeten wissen. Diese Erwartungen habe Loewenstein nach Meinung mehrerer Kritiker erfüllt. Nur seien deren Rezensionen pure Schmeicheleien. Sie lobten Loewenstein, weil Vargas vom offiziellen Amerika als neuer Verbündeter gelobt werden sollte: „Vargas joined up, he should be praised. This book is full of praise, therefore it should be praised too.“

Dieser Rezensenten-Logik will Normano nicht folgen, er findet in Loewensteins Text nicht eine lobenswerte Zeile. Sein Urteil: Der Autor möchte eine politologische Einschätzung geben, kommt aber über eine legalistische nicht hinaus. Er offenbart landeskundliche Ignoranz und macht handwerklich krasse Fehler. Er ist inkonsistent in Interpretation und Bewertung der gesammelten Eindrücke, und sein empirischer Zugriff bleibt durchgängig naiv und oberflächlich. Normano hat keine Zweifel, dass Loewenstein seine Gespräche mit linientreuen Politikern und Beamten beim *cafezinho* für ausreichend hielt, sie erschienen ihm allemal informativer

als Begegnungen mit „subversiven Elementen“. Normanos Fazit: „The balance sheet of a régime is not a list of its legalistic accomplishments, but of its material achievements for the population. As to this angle, the topic ‘Brazil under Vargas’ is still waiting for a competent and unbiased investigator.”²⁰ Indirekt machte er damit auch seine eigene Meinung zur politischen Entwicklung in Brasilien publik.

- 1 Time 28.06.1943.
- 2 Anita Bradley: *Trans-Pacific Relations of Latin America. An Introductory Essay and Selected Bibliography*, New York 1942 (120 Seiten).
- 3 Solche nationalen Mitgliedsorganisationen (Councils) gab es um 1942 in zehn Ländern und Gebieten, darunter waren China, Großbritannien und drei Dominions. Die japanische Organisation hatte sich nach der Mandschurei-Invasion 1932 zurückgezogen und eine russische war hinzugekommen. Vgl. John N. Thomas: *The Institute of Pacific Relations, Asian Scholars and American Politics*, Seattle 1974, S. 6 f. und Tomoko Akami (Hg.): *Internationalizing the Pacific. The United States, Japan and the Institute of Pacific Relations in war and peace 1919–45*, London 2002, S. 46 f.
- 4 William Holland wurde Research Secretary des IPR und später der Nachfolger Carters. William Lockwood war Research Secretary des American Council und ab 1941 dessen Executive Secretary.
- 5 J. F. Normano, Antonello Gerbi: *The Japanese in South America. An Introductory Survey with Special Reference to Peru*, New York 1943, S. v (Vorwort von William L. Holland).
- 6 Lebensdaten 1909–1976; sein bekanntestes Werk ist: *La disputa del Nuevo Mundo. Historia de una polémica, 1750–1900*, Mailand 1955 (auch in engl. und span. Sprache).
- 7 Gerbi hatte an dem Band „El Peru en Marcha“ mitgewirkt, einer historisch-wirtschaftsgeographischen Arbeit, herausgegeben von der Bank, in der er nach seiner Emigration Arbeit gefunden hatte: *Banco Italiano–Lima* (1942 umbenannt in *Banco de Credito del Peru*). Rezension in: *Pacific Affairs*, 16 (1943) 1, S. 126 f.
- 8 J. F. Normano: *Japanese Emigration to Latin America*, in: *Population. Journal of the International Union for the Scientific Investigation of Population Problems*, 2 (1938) 4, S. 77–99, hier S. 99. Diese führende bevölkerungswissenschaftliche Zeitschrift gab Edmund C. Rhodes von der London School of Economics heraus. Für manchen Leser mag interessant sein, dass der Demograph René Kuczynski, Vater des bekannten Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, nach seiner Emigration (1933) ebenfalls an der LSE arbeitete und in der Zeitschrift veröffentlichte. Zwei weitere demographische Aufsätze veröffentlichte Normano in *Genus* (Rom, 1939) und *Revistas de Ciencias Economicas* (Sao Paulo, 1942).
- 9 J. F. Normano, A. Gerbi, S. 57.
- 10 Time 28.06.1943.
- 11 *The Hispanic American Historical Review* 23 (1943) 4, S. 720. Der Rezensent Duvon C. Corbitt arbeitete in dieser Zeit an einem Buch über die chinesischen Plantagenarbeiter auf Cuba.
- 12 *American Journal of Sociology* 49 (1943) 3, S. 270. Er schrieb später kritisch über die Internierung der japanisch-stämmigen US-Bürger ab 1942 und über die Hysterie gegenüber „un-amerikanischen Umtrieben“ in der McCarthy Era.
- 13 *Pacific Historical Review* 13 (1944) 1, S. 89.
- 14 „‘The Japanese in America’ raises exactly the right kinds of questions. [...] They are international questions, for they affect the security of the world.“ *Chicago Daily Tribune* 27.06.1943. Besprechung in der *New York Times*: 06.06.1943.
- 15 J. N. Thomas, S. 5.
- 16 Die erwähnte Arbeit von A. Bradley.
- 17 Auf den IPR Konferenzen (alle 2–3 Jahre) war nur einmal (1929) eine Delegation aus Mexiko als Beobachterin präsent. Vgl. T. Akami, S. 285.

-
- 18 Buck versuchte zu dämpfen: „[...] she claimed that the association would use the valuable research of the IRP and others and would put it ‘into terms that an average person can grasp’.” Robert Shaffer: Pearl S. Buck and the East West Association: The Trajectory and Fate of “Critical Internationalism”, 1940–50, in: *Peace and Change*, 28 (2003) 1, S. 1–37, hier S. 4.
 - 19 J. F. Normano: The Japanese in Brazil, in: *Asia and the Americas*, Mai 1943, S. 263–267 und Antonello Gerbi: The Japanese in Peru, in: ebd., Januar 1943, S. 43–46. In diesem Heft gab es auch Beiträge von Pearl S. Buck und Jawaharlal Nehru, der 1947 erster Ministerpräsident Indiens wurde.
 - 20 K. Loewenstein: Brazil under Vargas (1942), in: *The Hispanic American Historical Review*, 23 (1943) 2, S. 318–322, hier S. 322. Zur Person: Loewenstein (1891–1973) war ab 1942 Berater des US-Generalstaatsanwalts in Fragen des Staatsschutzes. Im August 1945 kehrte er nach Deutschland zurück und beriet die Amerikanische Militärregierung in Berlin bei den Versuchen zur „Demokratisierung“ der juristischen Institutionen. 1956 erhielt er eine Professur in München.

Das Russian Economic Institute im Hause der Frankfurt School

Die zweite Besprechung wäre kaum erwähnenswert, trüge sie nicht diesen Hinweis auf den Rezensenten: „J. F. Normano – Research Bureau for Post-War Economics.“¹ Folglich hatte der ewige Wanderer eine neue Aufgabe übernommen, im *Post-War Planning*. Dies war inzwischen ein weites Feld, entscheidend erweitert nach dem Angriff auf Pearl Harbour,² mit einer ständig wachsenden Zahl von Initiativen in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Twentieth Century Fund hatte schon früh die Fragen, die sich für die USA nach Kriegsende stellen würden, in den Blick genommen:³ „The problems that will face the United States after the current emergency will be national and international in scope, and political, economic, social, military, psychological, and legal in character.“⁴ Der Fund gab im Sommer 1941 eine Feldforschung in Auftrag, die nachwies, dass bereits zahlreiche Organisationen in diesem Aufgabenbereich engagiert waren, mit offensichtlichen Mängeln in der Abstimmung.⁵ Um mehr Transparenz zu schaffen publizierte der *Fund* daraufhin eine Serie von Verzeichnissen, die Kurzprofile aller relevanten Institutionen enthielten. Ein Blick in die Personenregister zeigt, dass „J. F. Normano“ schon im zweiten *Directory* und häufiger noch im dritten genannt ist.⁶ Dort zählt er zu den fünf meistgenannten unter den ca. 1700 Personen.

Also war er nicht nur im soeben genannten *Research Bureau* aktiv, sondern noch in mindestens fünf weiteren Organisationen bzw. Komitees. Die früheste Gründung ist schon bekannt: das LAEI entstand im Oktober 1940. Anfang 1942 folgte das Institute of World Economics, Normano war dort 1942/43 Board-Mitglied und Forschungsdirektor. Im April 1942 kam das Russian Economic Institute (REI) hinzu, es hatte dieselbe Adresse wie das LAEI, war somit im Hause der „Frankfurt School“ untergebracht. Normano gehörte dort zum Research Committee. Das Research Bureau for Post-War Economics trat im Juni 1943 auf den Plan, mit Normano als *Director of Studies*. Und schließlich das Committee on Post War Population Resettlement, an dessen Forschungen Normano mitwirkte: es bildete sich 1942 und kooperierte ab 1943 mit dem *Research Bureau*. Nicht genannt, aber belegt ist Normanos Mitarbeit in einem International Committee for Cooperative Reconstruction, das sich den Wiederaufbau europäischer Genossenschaften in von Deutschland beherrschten Ländern zum Ziel gesetzt hatte.⁷ Diese Initiativen waren fast ausnahmslos Sprösslinge der New Yorker Wissenschaftsszene, nur das Institute of World Economics war in Washington angesiedelt.

Gemeinsam war allen Organisationen, dass sie Forschung zu Nachkriegsfragen betrieben oder finanzierten, deren Ergebnisse publizierten und in Konferenzen oder an Runden Tischen diskutierten. Sie kooperierten untereinander und bezogen dabei auch weitere Institute ein, insbesondere das Institute of Social Research (ISR). Zudem gab es Verbindungen zur Columbia University über die Professoren Robert S. Lynd und Wesley C. Mitchell, letzterer war Chairman im REI wie auch im Re-

search Bureau for Post-War Economics.⁸ Zu den Personen, die in mehreren Organisationen und Initiativen aktiv waren, zählten neben Mitchell und Normano noch Weil und Everts (LAEI). Weitere, schon erwähnte Namen sind William Holland (IPR) und Frederick (Friedrich) Pollock (ISR); zudem sind als Mitarbeiter im REI der Ökonom Oscar Lange und der Migrationsforscher Eugene Kulischer zu nennen.⁹

Mit den Namen sind Arbeitsschwerpunkte verbunden. Das Institute of World Economics befasste sich mit dem Wiederaufbau in Europa und Fernost und mit Volksumsiedlungen nach dem Kriege. Letztere Aufgabe übernahm 1942 das Committee on Post War Population Resettlement, mit Adresse an der Columbia University. Dort hatte auch das Research Bureau for Post-War Economics seinen Sitz. Dieses hatte sich die Erforschung von sozialen und wirtschaftlichen Kriegswie Nachkriegsproblemen zum Ziel gesetzt. Seine Untersuchungen bezogen sich auf die Textilindustrie in China und Japan sowie auf die Pläne der US-Wirtschaft für die Nachkriegszeit; zu den weiteren Themen gehörten die Bedeutung Afrikas in der Weltwirtschaft sowie die Rolle des Ingenieurwesens beim weltweiten Wiederaufbau und Umbau. Das REI richtete seinen Fokus auf ein spezielleres Arbeitsgebiet: es wollte die Wirtschaft der Sowjetunion mit Blick auf ihre Außenbeziehungen, insbesondere zu den USA, untersuchen. Hierfür hatte es ein Komitee zur Nachkriegsplanung der ökonomischen Beziehungen mit der Sowjetunion eingerichtet, mit J. F. Normano als *Research Director*.¹⁰ Der wichtigste Anstoß war das starke Interesse der nordamerikanischen Wirtschaft. Eine Kernbotschaft des REI: „The Soviet Union represents politically the largest market the world ever saw.“¹¹

Eine Presseschau dieser Jahre zeigt, dass das REI dann in den Blick kam, wenn es die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen USA und Sowjetunion zur Sprache brachte, so in einem Memorandum vom Juli 1943 zu den Anstrengungen der sowjetischen Rüstungsindustrie („Soviet Industry Rises during War“).¹² Deutlich wird auch, dass das Research Bureau for Post-War Economics von allen Organisationen die stärkste Aufmerksamkeit erhielt. *Die New York Times* berichtete regelmäßig über die Konferenzen, die das Forschungsbüro zur Präsentation neuer Ergebnisse organisierte. Eine erste Gelegenheit bot im Oktober 1943 die Studie zur chinesischen Textilindustrie, wobei der Autor den bemerkenswerten Satz sagte: „China is not as near to Europe as Latin America but closer to us.“¹³ Es folgten u. a. Konferenzen zu den Vorstellungen der US-Handelskammer („American Business Post-War Plans“), zu den Aufgaben amerikanischer Ingenieurbüros („Engineers Seen Facing ‚Golden Age‘“) und zu den politischen Schlussfolgerungen, die Oscar Lange in seiner Studie über die sowjetrussische Wirtschaft gezogen hatte („U.S. Aid for Soviet in Peace studied“). Lange, der einige Wochen zuvor mit Stalin gesprochen hatte, fand in der *New York Times* viel Raum für seine Visionen, die wenige Jahre später tiefgefroren wurden. Er führte aus, dass das sowjetische Regime seinen autoritären und totalitären Charakter nur dann aufgeben könne, wenn ihm beim Wieder-

aufbau mit unbeschränkten Wirtschaftsbeziehungen geholfen würde. „The realization of Russia's democratic aspiration [...] presupposes the disappearance of the political, moral and economic isolation that forced the Soviet Union to undertake sacrifices of a magnitude incompatible with a free society.”¹⁴

Normanos Name ist in diesen Zeitungsberichten nicht zu finden, er hatte bei diesen Konferenzen offenbar nicht die Aufgabe des Institutssprechers. Als *Director of Studies* war er vor allem Manager, schrieb auch Vorworte zu den *Research Papers*, trat aber kaum als Autor auf. In dieser Rolle ist er nur einmal genannt, er schrieb den Bericht über eine Umfrage, die das Forschungsbüro durchgeführt hatte: „A Survey of Russian Studies at American Universities and Colleges“. Mit dieser Befragung – eine zweite gab es zu „Asiatic Studies“ – sollten Lücken in der amerikanischen Hochschullehre identifiziert werden, mit der Ausgangsvermutung, dass diese nunmehr hochwichtigen Felder der Auslandskunde bislang vernachlässigt wurden. Das Urteil fiel wie erwartet aus: deutlich negativ.¹⁵

Eine der letzten Konferenzen vor dem Kriegsende hatte die chinesische Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Thema. In Bretton Woods war einige Monate zuvor auf der United Nations Monetary and Financial Conference die Gründung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank beschlossen worden. Ein Mitglied der chinesischen Delegation sprach vor diesem Hintergrund im Februar 1945 vor den Gästen des Research Bureau for Post-War Economics und betonte die Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen für die zukünftige Industrialisierung Chinas. Ein Thema am Rande war die Qualifizierung von Personen, die auf der Arbeitsebene die Annäherung der USA an Asien tragen sollten. Hierzu sprach Dr. Arthur Upham Pope, Direktor des Iranian Institute. „He asserted that it was of great importance to organize a school of Asiatic studies in the United States to train technicians, teachers, and diplomatic workers to assume positions in Asia after the war. He said that this was necessary because the Orient was looking to us for leaders.”¹⁶

Man erkennt: die erste Runde der internationalen Entwicklungshilfe war damit eingeläutet, und die noch heute gültigen Grundmuster waren entworfen. Empfänger der *Development Aid* sollten die *Developing Countries* des globalen Südens sein, die Leistungen waren als *Financial Assistance* und *Technical Assistance* zu erbringen, als Geber waren sowohl weltumspannende wie nationalstaatliche Organisationen gefordert, und die Hilfe sollte einerseits übergreifenden Zielen, andererseits der Durchsetzung von Geber-Interessen dienen. Staatliche bzw. suprastaatliche Organisationen sollten die Hilfe politisch steuern; wichtige Zulieferungen aber waren – gegen Entgelt – von der Wirtschaft und privaten Organisationen leisten.

Als eine solche Einrichtung sah Arthur Pope die von ihm erwähnte Schule; diesen Hinweis gab er nicht uneigennützig. Denn als Gründer des Iranian Institute hatte er schon 1939 eine School for Iranian Studies eröffnet und daraus 1942 die School of Asiatic Studies gemacht. Zu deren Dozenten zählte ab 1943 auch J. F. Normano. Einschlägige Erfahrung brachte er mit: von 1940 bis 1942 hatte er an

einem Washington College of Foreign Service gelehrt. Auch dies war eine nicht-staatliche Einrichtung, angegliedert einer Privatschule, die Kandidaten für die Aufnahmeprüfung in den diplomatischen Dienst vorbereitete.¹⁷ Normano war dort als „Professor“ aufgetreten, und mit diesem Titel lehrte er auch am Iranian Institute.

Arthur Upham Pope (1881–1969) war eine international anerkannte Autorität in iranischer Kunst und Archäologie, langjähriger Berater der persischen Regierung und Ehrenprofessor der Teheraner Universität. Er gründete 1928 das American Institute for Iranian Art and Archeology (kurz: Iranian Institute), in dem er seine historischen Sammlungen pflegte und eine Abteilung für kulturwissenschaftliche Lehre aufbaute. Als Normano zum Institut kam, befand es sich in Expansion und hatte gerade ein größeres Haus am Central Park bezogen. Zum Frühjahrssemester 1943 nahm es eine Vorlesungsreihe „The Place of Asia in World Civilization“ ins Programm; John F. Normano sprach über „Asia as Battlefield of Economic Forms“.¹⁸

Ab Herbstsemester leitete er, der „Professor of Comparative Economic History of Asia“, ein Seminar, das im ersten Teil die „Economic Problems of Asia“ behandelte und im Frühjahr 1944 mit einer inter-disziplinären Vortragsreihe zur Zivilisationsgeschichte des Orients fortgesetzt wurde. Unter den mitwirkenden Orient- und Asienwissenschaftlern waren bekannte Namen, mehrere der Dozenten waren aus Deutschland oder Österreich emigriert. Zu ihnen zählten der Sinologe Karl August Wittfogel und seine Ehefrau Olga Lang, der Soziologie William S. Haas, der Assyriologe Adolph Leo Oppenheim, der Philologe Bern(h)ard Geiger, die Kulturwissenschaftlerin Ilse Lichtenstädter sowie der Linguist und Historiker Karl Heinrich Menges. Seminarbeiträge gaben auch Arthur Pope und seine Frau Phyllis Ackerman, zudem William Holland vom IPR und Richard J. Walsh, der Verleger und Ehemann von Pearl S. Buck.¹⁹

Normanos Vorträge im ersten Teil kamen 1944 als Buch heraus: „Asia between Two World Wars“.²⁰ Erst auf den zweiten Blick ist erkennbar, dass es sich um *Seminar Proceedings* der School of Asiatic Studies handelt, also eine gedruckte Sammlung von Seminarbeiträgen. Dies sagt das Vorwort, in dem der Institutsdirektor Pope den Autor auffallend lobt und sein Buch als wichtigen Beitrag zu einem neuen, längst überfälligen Verständnis Asiens heraushebt: „[...] this is the first study of the basic theories and forms characteristic of the great economies of Asia.“²¹ Normanos Eingangsbemerkung klingt wesentlich bescheidener. „This little volume does not offer an investigation of facts and lays no high claim either to originality or to completeness in fact finding.“²²

1 Besprechung von: José Jobim: *Brazil in the Making*, New York 1943.

2 Vgl. zur Entwicklung des Post-War Planning der US-Regierung in außen-, wirtschafts- und währungspolitischer Dimension: Georg Schild: *Bretton Woods and Dumberton Oaks. American Economic and Political Postwar Planning in the Summer of 1944*, New York 1995, S. 53 f. und 84 f.

3 Gegründet von Edward Albert Filene (1869–1937), innovativer und erfolgreicher Warenhaus-Unternehmer in Boston mit deutsch-jüdischer Herkunft. Der Fund finanzierte Untersu-

-
- chungen zu kontroversen ökonomischen Fragen von öffentlichem Interesse und gab Handlungsempfehlungen.
- 4 George B. Galloway: *Postwar Planning in the United States*, New York 1942, S. 4.
 - 5 "The need of co-operation in this task of planning for the future is manifest, both to divide the labor of an undertaking too vast for any single agency and to develop common objectives and a unified program." Ebd., S. 5.
 - 6 The Twentieth Century Fund: *Postwar Planning in the United States. An Organization Directory* – 2, New York 1943 bzw. *Directory* – 3, New York 1944. Im Band 2 waren 137 Organisationen erfasst, darunter 20 Regierungs- und 109 Nicht-Regierungsorganisationen; im Band 3: 197 (39 bzw. 158).
 - 7 Vgl. Hans H. Lembke: Europäische Genossenschafter im US-Exil. Wiederaufbaupläne im Spannungsfeld zwischen amerikanischem und internationalem Dachverband, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 43/2010, S. 63–82, hier S. 75.
 - 8 Lynd (1892–1970) war Soziologe und Mitchell (1874–1948) Ökonom. Er war zudem Forschungsdirektor des National Bureau of Economic Research. Die Gründung dieses nicht-staatlichen Wirtschaftsforschungsinstituts hatte Wesley zusammen mit Edwin C. Gay (Harvard) in den Depressionsjahren 1920/21 geplant und organisiert. Vgl. Nachruf auf Gay in: *American Economic Review* 37 (1947) 3, S. 410–413.
 - 9 Oscar Lange (1904–1965) war ein polnischer Ökonom, der 1938 an die Universität Chicago ging. Gegen Kriegsende war er Botschafter zwischen Stalin und Roosevelt in der Auseinandersetzung um Nachkriegs-Polen. Kulischer, 1881 in Kiew geboren, in den Zwanzigern in Deutschland, war im post-war planning Berater des US-Verteidigungsministeriums in Flüchtlingsfragen. Mit seinem Buch „*The Displacement of Population in Europe*“ (1943) prägte er den Begriff der displaced person. Er war auch Mitglied im Committee on Post War Population Resettlement.
 - 10 Vgl. *The New York Times* 23.07.1944.
 - 11 Zit. n. Philip J. Funigiello: *American-Soviet Trade in the Cold War*, Chapel Hill 1988, S. 9.
 - 12 Vgl. *The New York Times* 23.07.1944.
 - 13 Ebd. 28.10.1943.
 - 14 Ebd. 25.11.1943 bzw. 05.05.1944 bzw. 10.09.1944.
 - 15 Vgl. die kritische Besprechung der auf Asien bezogenen Studie in: *Journal of Asian Studies*, (1945) 4, S. 401. In diesem Survey waren 386 Institutionen befragt worden.
 - 16 *The New York Times* 04.02.1945.
 - 17 *The New York Times* 26.04.1945 und Auskunft vom Archiv der Georgetown University (01.02.2012). Das College ist nicht mit der renommierten School of Foreign Service der Georgetown University zu verwechseln.
 - 18 *The New York Times* 07.02.1943 bzw. 20.04.1943.
 - 19 Wittfogel (1896–1988), früher Mitarbeiter der Frankfurter Schule, 1934 emigriert, arbeitete im Chinese History Project an der Columbia University. Haas (1883–1956) lehrte ab 1934 an der Universität Teheran, kam 1940 in die USA und arbeitete am Nah- und Mittelostinstitut der Columbia. Oppenheim (1904–1974) und Geiger wurden aus Österreich vertrieben, Geiger lehrte am Iranischen Institut und an der Columbia. Ilse Lichtenstädter (1907–1991) ging 1933 nach England und 1938 in die USA und lehrte ab 1942 arabische Literatur und islamische Kultur am Iranischen Institut. Menges (1908–1999) war ab 1937 Dozent an der Universität Ankara und ab 1940 für viele Jahre an der Columbia.
 - 20 J. F. Normano: *Asia between Two World Wars*, New York 1944. Das Buch hat einen Umfang von knapp 90 Seiten.
 - 21 Ebd., S. x.
 - 22 Ebd., S. xi.

Asia the Economic Battlefield: Planung der Nachkriegswelt

In diesem "schmalen Band" beginnt Normano mit einer theoretischen Betrachtung der historischen Wirtschaftsentwicklung. Die Bausteine in seiner Theorie sind *frontier*, *process*, *form*, und der Kern seiner Theorie besteht darin, dass er den Entwicklungsprozess als ständige, zeitliche unbegrenzte *movement of the frontier* versteht, als das permanente Hinausschieben der Entwicklungsgrenze in noch unentwickelte Bereiche. Diese Darstellung, von Frederick J. Turner übernommen, ist dem Leser aus „Brazil – A Study of Economic Types bekannt“. Nur kamen dort als Erzeugnisse und Träger des *process* die *types* und die *products* hinzu, also die Typen des *Bandeirante*, des *Fazendeiro*, des *Paulista* usw. sowie die Produkte Kautschuk, Baumwolle, Kaffee etc. In seiner neueren Variante der *Frontier*-These setzt Normano anstelle der *types* und *products* den Baustein der *form*. Der Entwicklungsprozess ist stetig, aber er nimmt wechselnde Formen an. Zu einer bestimmten historischen Periode im Entwicklungsprozess gehört eine bestimmte Form, in dem Sinne, dass nur sie den Prozess in dieser Phase begünstigt, diese Eigenschaft aber verliert, sobald der Prozess eine neue Dynamik erhält.

Eine Wirtschaftsform, so sagt Normano, ist die Gesamtheit sozialer und legaler Regeln, die dem wirtschaftlichen Prozess auferlegt sind und damit das Verhältnis und das Zusammenwirken der Menschen in diesem Prozess bestimmen. „The economic process represents [...] the relation between men and nature. The economic form can be defined as the relation among men in the process.“¹ Die Wirtschaftsform, die in seiner Betrachtung des "Asia between Two World Wars" im Vordergrund steht, ist die kapitalistische, mit den drei Eigenschaften: Profit als Zweck, private Initiative als Triebkraft und freier Wettbewerb als Methode. Der Kapitalismus wurde die dominierende wirtschaftliche Form im Zuge der Industriellen Revolution in England, aber Industrialisierung kann auch in anderen wirtschaftlichen Formen ablaufen: „Capitalism is the historical but not the logical form of the process of industrialization.“² Diese Form ist nicht fix, nicht ein für alle Mal als feste Kontur gegossen, sondern sie ändert sich ständig, passt sich dem wirtschaftlichen Prozess an. Geschieht dies nicht, so wird sie obsolet: „If the economic form does not adhere to the economic body, the economic life changes it.“³

Diese Sicht, dass jede Wirtschaftsform mit bestimmten „relations among men“ nur eine begrenzte Lebensdauer hat, war keine Neuerung in der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen; man denke nur an die Änderung der Produktionsverhältnisse bei Marx, an die Wandlung und Alterung des kapitalistischen Systems bei Sombart und an Erfolg und Niedergang des Kapitalismus bei Schumpeter. Neu war nur, dass Normano den Begriff der *movement of the frontier* sehr weit definierte und praktisch mit wirtschaftlichem Prozess gleichsetzte. Er verstand darunter zum einen die räumliche Expansion, zum anderen die Steigerung der Wirtschafts-

kräfte innerhalb eines gegebenen Raumes; ersterer ist der extensive, letzterer der intensive wirtschaftliche Prozess.

Beide Prozesse haben sich – so Normano – seit Ende des 19. Jahrhunderts enorm beschleunigt, vor allem durch Technologie- und Infrastrukturentwicklung. So werden immer fieberhafter neue Räume erschlossen, in denen sich dann der Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaften wesentlich schneller vollzieht als in den ‚alten‘ Räumen in früheren Wirtschaftsperioden. In Normanos Worten: „Thus the frontier movement became industrialized in the twentieth century, and the process of industrialization at the same time moved its frontier rapidly over the earth. Extensive and intensive processes occurred simultaneously.”⁴ Als Ergebnis seien nicht nur die physischen Distanzen auf der Erde geschrumpft sondern auch der Abstand zwischen den entwickelten und den zurückgebliebenen Ländern.

Die größte Dynamik zeige dabei die Asien-Pazifik-Region; es gebe dort ein „universal frontier and industrialization movement“, mit den vier Brennpunkten China, Indien, Nahost und Asiatisches Russland.⁵ Folglich überschreibt Normano sein zweites Kapitel mit: „The Frontier Movement and the Industrialization of Asia in the Twentieth Century.“ Wie war dies zu verstehen: die Industrialisierung „Asiens“ war in vollem Gange, auf voller Breite? Das 20. Jahrhundert würde in die Geschichte der Weltregion als das ihrer durchgreifenden Industrialisierung eingehen? War Normano fortgerissen von der Dynamik seines eigenen ökonomischen Denkens? Oder war sein Theorieansatz zwar kühn und visionär, im fortschrittlichen Denken seiner Zeit aber durchaus verankert? Was sagten zu diesem Eingangskapitel die Kritiker?

Tatsächlich gab es Rezensionen, obwohl die Neuerscheinung doch nur ein „little volume“ von knapp 90 Seiten war. Ebenso ausführlich wie vernichtend war die Kritik, die in *Pacific Affairs* erschien. Der Autor war Chen Han-Seng (1897–2004): Sozialwissenschaftler mit Studium in USA und Promotion in Berlin, Professor an der Beijing Universität, Spion der Komintern und im Tokio-Ring von Richard Sorge, Mitarbeiter im IPR.⁶ Er mag Normanos theoretischem *Frontier*-Ansatz nicht folgen. Die oben zitierten Sätze („thus the frontier movement became industrialized [...]“) kommentiert er mit den Worten: „This is of course not realistic enough. The old type of frontier movement still goes on in Asia by the strength of trade and usury [Wucher], and on this kind of frontier – Inner Mongolia, Tibet, and the southernmost part of Yunnan – real industrialization has not taken place. Normano seems to believe that Asia is rapidly being industrialized and that this new industrialization will turn out a new civilization. [...] Being a romantic geographer and therefore simultaneously a romantic historian, he identifies Asia's vision with his own.”⁷

Das zweite Kapitel beginnt Normano mit einer futuristischen Vermessung Asiens aus der Raumschiffperspektive. Dann wechselt er in den Stratocruiser und

startet seinen Kontinentalflug. In seinen Worten: „On our flight of inspection we have had no time to land, but let us slow down and look more carefully at the chief foci of the Asiatic economic process.“⁸ Diese Betrachtung mit größerer Auflösung versucht er flugs über China, mit einer kurzen Zeitreise in die Anfänge industrieller Produktion und einer längeren Auflistung statistischer Daten, die ein schnelles Produktionswachstum, aber letztlich nur die Herausbildung von Inseln der Leichtindustrie aufzeigen. Mehr kann er über Indiens Industrie schreiben und deutlich weniger dann über Nah- und Mittelost. In diesen dritten Fokus rückt er nicht weniger als fünf Regionen: „Persia, Afghanistan, Arabia, Turkey, and Palestine.“⁹ Somit spart sein Flug über diese Gebiete wenig aus, dennoch reicht zur Landung die Zeit nicht. Auch Haifa kann er nur überfliegen.

Bodenkontakt gibt es erst in Russland, auf der vierten Langstrecke der Rundreise. Normano folgt gedanklich der jahrhundertelangen „Front“-Verlagerung in Richtung Pazifik, zitiert den Grafen Witte, der in der Vollendung der Transsibirischen Eisenbahn ein Weltereignis, eine radikale Umwälzung sah, und er ordnet den Russisch-Japanischen Krieg als Aufeinanderprallen von imperialistischen *frontier movements* Japans und Russlands ein. Die Oktoberrevolution sieht er als Wendepunkt vom extensiven zum intensiven Wirtschaftsprozess, zur Industrialisierung in staatlicher Hand. Der Flug über die ersten drei Foki füllt zehn Seiten, und ebenso viel Raum nimmt der Autor sich für die Betrachtung Russlands, auf dem Landwege. Hier erlebt er die größten Erfolge in der wirtschaftlichen Transformation „Asiens“. „All we need to realize for the purpose of our investigation is that a tremendous economic development is under way in Asiatic Russia. [...] The frontier is being moved by the most up-to-date methods of technology, and both intensively and extensively. Industrialization on a large scale accompanies this development. Imagine the pre-Soviet pioneers on motor trucks, cars and, airplanes.“ Und dann noch: “[...] the intellectual frontier of the population moves faster than ever before.“¹⁰

Für dieses Sowjetrussland schlägt nicht nur Isaac Lewins sondern auch J. F. Normanos Herz. Zuviel Empathie, aus Sicht der Kritiker? Chen Han-Seng brandmarkt den Autor: „Indeed any possible scientific method of study has been crowded out by his personal picture of Asia. [...] He sees as he wants to see it and not as it is in reality.“¹¹ Und der Asienwissenschaftler Andrew J. Grajdanzev kritisiert: „The Author [...] gives a survey of the ‘tremendous’ industrialization process in about twenty Asiatic countries, with additional glimpses into South America, Egypt and other areas. Is it then astonishing that the book is full of mistakes and that the data, when not wrong, are obsolete?“¹²

Im dritten Kapitel sucht der Autor nach „new economic forms“ in Asia. Nach der Einsicht in das enorme Tempo des Wirtschaftsprozesses soll der Leser nun die Formen kennen lernen, in denen der Prozess sich vollzieht. Zunächst beschreibt Normano die „capitalist trends“. Angestoßen werden sie durch den kapitalistischen Westen, der in seinem Expansionsdrang Menschen, Güter und vor allem Kapital in

weite Ferne entsendet, um dort die kapitalistische Produktionsweise in Abhängigkeit einzuführen. Dabei gibt er – ungewollt – Anstöße für eine periphere Entwicklung des Kapitalismus. Um diese These zu unterlegen, beschreibt Normano einige Beispiele, mit Schwerpunkt auf der Textilindustrie Indiens und Chinas. Recht ausführlich schildert er die chinesische Migration in Ost-, Südasien und Afrika als *move of the economic frontier*, lässt dabei aber keine Anstöße für die industrielle Entwicklung erkennen.

Es folgen die „anti-capitalist trends“. Die Treiber des Kapitalismus kämpfen an zwei Fronten: einerseits gegen die ideologischen Grundfesten alter Zivilisationen wie auch vorkapitalistischer Wirtschaftsformen und andererseits gegen anti-kapitalistische Feinde. Zu ersteren rechnet Normano etatistische Formen wie in der Türkei, in Japan und Iran. Der mit Abstand wichtigste Vertreter der zweiten Gruppe ist Russland. In allen diesen Ländern hat die staatliche Wirtschaftsplanung ihren festen Platz, und sie ist Ausdruck des weit verbreiteten Nebeneinanders von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Formen.

Die Ausführungen zu den zwei erstgenannten Trends finden bei den Rezensenten kaum kritische Beachtung. Dagegen kritisieren sie Normanos These zur dritten Form, zur „economic structure of Japan“ in aller Schärfe. Nach weit überwiegender Meinung – so Normano – gilt Japan als kapitalistisch. Er selbst ist – mittlerweile – entschieden anderer Auffassung:¹³ „We do not find capitalist principles prevailing in Japanese economy. Industry was established primarily not for profit but for state purposes.“¹⁴ Das Land habe nie eine Phase des *laissez-faire*, nie ein organisches Wachstum erlebt; vielmehr sei die Wirtschaftsentwicklung durchgängig, auch im 19. und 20. Jahrhundert, staatlich gelenkt worden. Dies gelte insbesondere für die Industrialisierung: „In Japan industrialism was [...] forced on the nation from above by the ruling caste, and private initiative and free competition were of almost no importance. This is a bureaucratic industrialism, and the economic policy behind it remains paternalistic.“¹⁵

Die Kritiker akzeptieren diese Zuschreibung eines dritten Weges nicht. „Normanos distorted view on what constitutes the essence of capitalism is responsible for his misunderstanding of Japan. His words are often more eloquent than authentic.“ „Professor Normano allows his interest in the ‘economic frontier’ to interfere with his economic reasoning. He permits the peculiarity of Japanese economic development and the fact that ‘the frontier movement has never been of importance in Japan’ to lead him to the conclusion that Japan never really had capitalism.“ „Industry in Japan [in Normano’s view] is not established for profit. The conduct of the Japanese capitalists in the Japanese colonies is not touched upon.“¹⁶

Im letzten Kapitel elaboriert Normano seine These von der neuen Wirtschaftsform. Das gesamte Asien sieht er auf der Suche nach einer Synthese. Asien habe den schroffen Individualismus und die vom Individualismus geprägte Wirtschaftsform, widersetze sich aber gleichzeitig der Unterdrückung des Individuums durch

den Staat. „The Asiatic tendency is to moderate the extremes and combine the system. In the capitalist form the individual has been the basic unit of economy. The new trends present the state as the only base. Asia's vision is the 'individual in the collective'“.¹⁷

Dies schreibt Normano nicht nur in seinem Buch, sondern auch in *Asia and the Americas*; sein letztes Kapitel erscheint dort als Vorabdruck.¹⁸ Es passt in diese Zeitschrift; Normanos Stil in diesem Schlussteil ist journalistisch, fast messianisch. Kein Wunder, dass Chen Han-Seng noch einmal zuschlägt, er empört sich über diese Vereinfachungen, nennt Normano wiederholt einen romantischen Geographen, der in dieser riesigen Landfläche zwischen der Türkei und dem Pazifik die gleichen Muster in Tradition und Neuorientierung ausmachen will und in Dschingis Khan den ersten Schöpfer einer Pan-Asiatischen Bewegung sieht. „This illustrates how the neatness of a theory is presented at the expense of facts, and how a romantic historian must be simultaneously a romantic geographer.“¹⁹

Die Stilisierung von Dschingis Khan missfiel auch dem Asienwissenschaftler Owen Lattimore, der 1934 als Schriftleiter zur *Pacific Affairs* gekommen war und seit 1938 an der John Hopkins University lehrte. „[...] as the book draws toward the last page, it gets more and more sententious [gespreizt] and less and less profound. In the concluding paragraph, among other silly statements, Genghis Khan is called 'the first creator of a Pan-Asiatic movement'.“²⁰ Lattimore hatte vorher Chen Han-Sengs Besprechung gesehen, genauer: er hatte sie vor Abdruck redaktionell bearbeitet. Im Juni 1945 schrieb er an E. C. Carter: „I am returning herewith the Chen Han-seng review, with editorial suggestions. It so happens that I have been reading the Normano book myself for the purpose of writing a review for another journal. By and large I agree with Han-seng, as I usually do; but I think that as frequently happens, his talent for twisting the knife in the wound has run away with him a little. It would be a good thing to submit my proposed revisions to someone like Bisson, in order to be sure of being fair to Han-seng as well as to Normano.“²¹

Die Kritik an Normanos Buch war mehr als berechtigt. Unverständlich ist, warum er diese Seminarpapiere als Monographie auf den Markt brachte; denn im Nachwort wird eine Reihe von *Seminar Proceedings* angekündigt. Wäre seine Publikation deutlich als erste Ausgabe dieser Serie zu erkennen gewesen, hätten Leser wie Kritiker sie vermutlich anders aufgenommen. Die Arbeit wirkt unfertig, und dies schon auf den ersten Blick. Zu Recht bemängeln die Rezensenten, dass der Beitrag des Autors sich häufig im Kommentieren langer Zitate erschöpft; diese nehmen zusammen mehr als 15 Seiten ein. Noch ein zweiter Mangel ist offenkundig, wurde aber nur von einem der Kritiker bemerkt, und auch nur ansatzweise: „Dr. Normano surveys the economic development of Asia – not, as the title suggests, between two wars, but somewhere between 1900 and 1931.“

Normano hatte im Vorwort erklärt: "This book represents part of a larger work entitled: The Changing World. A Study in Comparative Economics." Ein Manuskript dieser Arbeit habe er 1939 in der Library of Congress hinterlegt. Das Typoskript liegt – wie erwähnt – noch heute dort, mit einem Umfang von mehr als dreihundert Seiten.²² Der Eingang wurde 1940 registriert, Normanos Motiv für die Ablage ist nicht bekannt.²³ Eindeutig ist, dass der Autor den Manuskriptauszug – also das Buchmanuskript – vor der Veröffentlichung kaum überarbeitet hat. Die Literaturangaben nennen fast ausnahmslos Erscheinungsdaten vor 1936, nur an drei Stellen finden sich ergänzende Hinweise auf neuere Quellen.

Bei aller Kritik sind die Verdienste Normanos nicht zu übersehen. Er hatte schon kurz nach seinem Quereinstieg ins Iranian Institute ein Seminar mit fachübergreifender Themenstellung und Beiträgen anerkannter Wissenschaftlern organisiert, zudem den Anstoß für eine Schriftenreihe gegeben. Diese *Proceedings of the Graduate Seminar on Economic Problems of Modern Asia* gingen über den Band I allerdings nicht hinaus. Warum keine weiteren folgten, war nicht zu klären; vielleicht hielten mehrere Referenten diese Publikationsform für zu ambitiös oder zu zeitraubend, vielleicht fühlten sie sich von dem Seminarleiter dominiert, vielleicht gab es Streit. Bemerkenswert ist ein Hinweis, dass Normano nur 1943–1944 dem Institut angehörte, und dass er in dieser Zeit *trustee* war, folglich neben den wissenschaftlichen Aufgaben auch Managementfunktion hatte.²⁴

Ihm blieben die Aktivitäten in den anderen Instituten und im Research Bureau for Post-War Economics. Zudem hatte er Verbindung zu einem weiteren Wissenschaftlerkreis aufgenommen: dem „Committee on the Study of Economic Thought“, mit derselben Adresse wie IPR, LAEI und REI. Von den zehn Komitee-Mitgliedern arbeiteten vier an der Columbia University: Wesley C. Mitchell, K. A. Wittfogel, Frederick Pollock und Henryk Grossman.²⁵ Zum Komitee gehörten auch Oscar Lange, Charles A. Beard, Arthur Upham Pope, Robert J. Kerner und Edward Heimann.²⁶ Das Komitee begründete eine neue Schriftenreihe „Studies in the Development of Economic Thought“, in der nur ein einziger Band erschien, geschrieben von J. F. Normano: „The Spirit of American Economics“. Inhaltlich ließe sich auch sein letztes Buch, über die Entwicklung des russischen ökonomischen Denkens, in die Schriftenreihe einordnen. Es kam jedoch als unabhängige Monographie heraus.

Und noch ein weiteres Projekt fand seinen Abschluss außerhalb der Schriftenreihe: „El Pensamiento Económico Latinoamericano.“ Dieser Sammelband wurde 1945, nach Normanos Tod, vom Fondo de Cultura Económica herausgebracht, eines gemeinnützigen Verlags in Mexiko, der 1934 zur Verbreitung grundlegender wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten entstanden war. Einer der Förderer war Alfonso Reyes; mit seiner Fürsprache könnte Normano den Weg zum „Fondo“ gefunden haben. Die Aufsatzsammlung hatte er als Manuskript dem „Committee“ überlassen, offenbar ohne seine Einleitung noch beitragen zu können. Der anonyme

Verfasser des Vorworts spricht Normano sein höchstes Lob aus und kündigt einen Folgeband an, einschließlich englischer und portugiesischer Übersetzungen. Im vorliegenden Werk haben acht Autoren die Geschichte ökonomischen Denkens in ihrem jeweiligen Lande nachgezeichnet; einige von ihnen sind inzwischen selbst in die Reihe bekannter lateinamerikanischer Ökonomen aufgerückt.²⁷ Eine neuere einschlägige Veröffentlichung nennt den Sammelband als ersten Versuch einer länderübergreifenden Historiographie des lateinamerikanischen ökonomischen Denkens.²⁸ Der zweite Band ist nicht mehr erschienen.

- 1 J. F. Normano: *Asia between...*, S. 5.
- 2 Ebd., S. 7.
- 3 Ebd., S. 8.
- 4 Ebd., S. 12.
- 5 Ebd., S. 16.
- 6 Er setzte seine wissenschaftliche Tätigkeit fort, forschte vor allem über ländliche Lebensbedingungen in China und ging 1945 als offizieller Vertreter der chinesischen Partei in die USA. Nach Maos Sieg kehrte er zurück, ohne ein offizielles Amt zu übernehmen. Aus seiner Zeit bei Sorge war er gut mit der Spionin „Sonja“ alias Ruth Werner / Ursula Kuczynski bekannt; sie erwähnt ihn kurz in ihren Erinnerungen. Vgl. Ruth Werner: *Sonjas Rapport*, Berlin 1977, S. 62 f., 65 f., 68. Ein Foto zeigt beide bei ihrem Zusammentreffen 1988 in Beijing. Vgl. Rudolf Hempel (Hg.): *Funksprüche an Sonja*, Berlin 2007, S. 136.
- 7 Chen Han-Seng, Rezension in: *Pacific Affairs*, 18 (1945) 4, S. 394–398, hier S. 395.
- 8 J. F. Normano, *Asia between ...*, S. 17.
- 9 Ebd., S. 26.
- 10 Ebd., S. 39 f.
- 11 Chen Han-Seng, S. 396.
- 12 Andrew J. Grajdanzev, Rezension in: *Far Eastern Survey* 13 (1944) 22, S. 209–210, hier: S. 209.
- 13 In einer Fußnote erklärt er: “In previous studies on Japanese Penetration of Latin America, the writer has emphasized the peculiarities of Japanese economic history but still accepted the capitalist form of its development.” J. F. Normano: *Asia between ...*, S. 63.
- 14 Ebd., S. 65.
- 15 Ebd., S. 68.
- 16 Zitate aus der Besprechung von Chen Han-Seng, der Besprechung in *Amerasia* (Aug. 1944, S. 237, ohne Namen) und derjenigen von Grajdanzev.
- 17 Ebd., S. 87.
- 18 Vgl. J. F. Normano: *Asia the Economic Battlefield*, in: *Asia and the Americas* 46 (1944) 6, S. 273–276. Längere Zitate wurden in diese Fassung nicht übernommen.
- 19 Chen Han-Seng, S. 397. Ähnlich Grajdanzev, S. 210: “Asia, for the author, is a kind of living creature. [...] Conflicts between the Asiatic countries are not mentioned.”
- 20 Owen Lattimore, Rezension in: *The Journal of Economic History*, 5 (1945) 2, S. 263.
- 21 Akten des Senate Internal Security Subcommittee; die Untersuchung des IPR im Mai/Juni 1952 war der erste Fall für dieses SISS. Führende Personen des IPR, insbesondere Lattimore, waren der Spionage für die Sowjetunion verdächtig. <http://www.archive.org/stream/instituteofpacif14unit/instituteofpacif14unit-djvu.txt> (04.03.2012). Mit „Bisson“ ist T.A. Bisson gemeint, Mitarbeiter des IPR und ebenfalls der Spionage verdächtig.
- 22 Von den sechs Kapiteln finden sich die drei zentralen auszugsweise in seinem Buch wieder. Nicht übernommen ist seine Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Wirtschaftstheorie im ersten und im letzten Kapitel: „The Crisis in Economics“ bzw. „Economics of the Future“.
- 23 Auskunft der Manuscript Division der Library of Congress (06.03.2012).
- 24 The New York Times 26.04.1945 (Nachruf).

-
- 25 Henryk Grossman(n) (1881–1950) war wie Pollock Mitglied des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt. Ebenso kam er nach seiner Emigration ans ISR in New York und arbeitete parallel in der Columbia.
- 26 Robert J. Kerner (1887–1956) lehrte slawische Geschichte an der University of California und war Mitglied im REI. Eduard Heimann (1889–1967), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit Professur an der Universität Hamburg, ging 1933 ins Exil und lehrte bis zu seiner Rückkehr (1963) an der New School for Social Research.
- 27 So der Argentinier Luis Roque Gondra, der Bolivianer Victor Paz Estenssoro und der Chilene Carlos Keller Rueff. Die beiden letzteren wurden als Politiker bekannter denn als Wirtschaftsprofessoren. Zu den Autoren des angekündigten zweiten Bandes zählten Jesús Silva Herzog aus Mexiko und Carlos Quijano aus Uruguay.
- 28 Vgl. Oreste Popescu: *Studies in the History of Latin American Economic Thought*, London 1997, S. 2. Er nennt als Herausgeber "I. F. Normano"; das Titelblatt von „El Pensamiento ...“ nennt dagegen nur die einzelnen Autoren und keinen Herausgeber.

Post-mortem: wer zitiert Lewin, wer Normano?

Mir seinem letzten Buch „The Spirit of Russian Economics“ knüpfte Normano an frühe Arbeiten in Russland an. Noch vor dessen Erscheinen brachte er sich mit einem Leserbrief in die laufende Debatte um eine Revision der sowjetischen Wirtschaftslehre ein. Dieser Beitrag, überschrieben mit „Ever-Changing Russia“, beanspruchte nahezu zwei Spalten in der *New York Times*; er wird Interesse an Normanos letztem Werk geweckt haben. In dem kurzen Vorspann zum Artikel wird seine Lehrtätigkeit in Petrograd und Harvard erwähnt; gegenwärtig fungiere er als „Director of Studies of the Research Bureau for Post-War Economics.“

Neben dieser Aufgabe hatte er seine Position als Forschungsdirektor am LAEI behalten. Als solcher leitete er im ersten Quartal 1945 eine Reihe von Rundtischgesprächen in New York. Wie erwähnt: sein Thema beim letzten dieser Treffen, am 29. März, war die Industrialisierung Brasiliens. Darüber hatte er im Vormonat schon in der Universität von Miami referiert, am Hispanic-American Institute. Vier Wochen nach dem letzten Treffen starb er. Die *New York Times* schrieb am 26. April 1945: „Dr. John F. Normano, economist and writer of studies of the Research Bureau for Post-War Economics, died yesterday in his home at 309 West 104th Street after an illness of several months. His age was 57.“ Die Überschrift sagt, dass er ein „Post-War Planning Official“ und Dozent an führenden *Colleges* war. Genannt werden die dem Buchleser bekannten Institutionen, erwähnt werden seine wichtigsten Arbeiten in englischer Sprache, skizziert wird sein Lebenslauf. Erstaunlich detailliert sind darin die Angaben zu seinen Aktivitäten und Positionen in Russland. Zu seinem Privatleben findet sich im Artikel nur ein Satz, es ist der letzte: „He leaves a widow, Mrs. Bertha Normano.“

Arbeiten über Russland: in und nach dem Kaltem Krieg

Welchen Platz hat Lewin unter den russischen Wirtschaftshistorikern erhalten, wer kennt seinen Namen heute? Vor 1918 hatten seine Arbeiten in Wissenschaft und Politik zunehmend Beachtung gefunden. Wie wurde er in der Sowjetunion wahrgenommen – als unbedeutender Apologet der bürgerlichen Bankenhistorik? Kam er nach 1990 ins Blickfeld, als in Russland das Forschungsinteresse an Ökonomen und Wirtschaftshistorikern der späten Zarenzeit erwachte?

Er war nicht der erste Autor, der sich mit der russischen Bankengeschichte befasste,¹ sicherlich zu seiner Zeit aber einer der bekanntesten. Dies wurde selbst von Iosif F. Gindin eingeräumt, einem angesehenen Ökonomen der Sowjetzeit, der 1948 sein 400-seitiges Werk über die Geschichte der russischen Handelsbanken herausbrachte.² Gindin nennt ihn als einen der zwei auffälligsten Autoren auf die-

sem Gebiet: „I. I. Lewin und E. M. Epstein waren führende Ideologen und unverhohlene Apologeten des Finanzkapitals. Beide waren sowohl Verfasser wissenschaftlich-journalistischer Schriften als auch ‚Bankenbosse‘; Epstein agierte vornehmlich auf dem zweiten und Lewin auf dem ersten Feld. E. M. Epstein war Aufsichtsratsmitglied bei einer der größten Petrograder Banken,³ und hielt zudem Vorlesungen an mehreren Hochschulen. Lewin, anfangs Hochschullehrer, trat erst später in die Leitung (kleinerer) Banken ein.“

Gindin fährt fort: „Beide, Epstein und Lewin, zählten zu dem von Struwe geführten Flügel der Kadetten-Partei, der am offensten die Ideologie des Großkapitals propagierte. Der Struwe-Flügel hatte sich zum Ziel gesetzt, diejenigen Teile der russischen Intelligenz – vor allem die Jugend – umzuerziehen, die noch unter dem Einfluss des bildungsbürgerlichen Sozialismus der 80er und 90er Jahre standen. Struwe und seine Anhänger bekämpften diese Einstellungen mit aller Entschlossenheit. Ein Freund und Schüler Struwes, der bekannte Ökonom Rykatschew, inspirierte junge Intellektuelle mit seinen Beiträgen in Struwes ‚voluminöser‘ Zeitschrift *Russkaja Mysl* zur Wahl von Berufen in der kapitalistischen Wirtschaft; sie seien hinsichtlich gesellschaftlichem Verdienst und sozialem Ansehen deutlich höher einzustufen als die bislang bevorzugten freien Berufe. Dieselben apologetischen und ‚erzieherischen‘ Ziele verfolgten Epstein und Lewin in ihren Büchern, Artikeln und Berichten. [...] Lewin, der konsequent diese Position vertrat, wollte – dies war offensichtlich – der offizielle Interessenvertreter des russischen Bankkapitals werden.“⁴

Gindin begegnet Lewins Schriften selbstverständlich mit fundamentaler Kritik, zögert aber nicht, sie in seinem Buch als Quellen heranzuziehen. Er verwendet nicht nur Lewins Monographie über die Aktienhandelsbanken, sondern auch dessen Beitrag zur Banken-Enzyklopädie und die weiteren hier genannten Schriften. Kritisch setzt er sich vor allem mit der Monographie auseinander: Lewin überschätze bei weitem den Beitrag der Banken zum gesamtwirtschaftlichen Fortschritt. Er konstruiere Entwicklungsgesetze und leite daraus die „Rechtmäßigkeit“ der Banken ab. Zudem verdränge er vollständig die Schattenseiten der finanzkapitalistischen Expansion. Gleichermaßen überhöhe er in seinem Beitrag zur Banken-Enzyklopädie die volkswirtschaftliche Bedeutung der Börsen. Zudem habe er sich als Mitherausgeber nicht gescheut, die herausragenden „apologetischen“ Verfasser deutscher Bankenliteratur – Weber, Jaffé, Kaufmann – zur Mitarbeit an dem Nachschlagewerk einzuladen.⁵ In ihrem Vorwort überhöhten beide Editoren maßlos die „volkswirtschaftliche Verantwortung“ und den „Organisationsgeist“ der Bankenbosse. Sie verherrlichten, in Lenins Worten, „die schmutzige Bereicherung der Bourgeoisie als Gottessache auf Erden“.⁶

Es hätte in diesem Zusammenhang nahegelegen, Lewins Auseinandersetzung mit einem weiteren deutschen Einfluss zu beleuchten: die Wirkung des deutschen Kapitals auf Russlands Wirtschaft. Dieses Buch erwähnt Gindin erstaunlicherweise

nicht. Seine Bewertung des wissenschaftlichen Werks ist somit nicht nur durch die ideologische Perspektive vorbestimmt, sie ist auch – vielleicht bewusst – lückenhaft. Allerdings gibt es keinen Autor, der sich in sowjetischer Zeit intensiver mit Lewins Werk befasst hätte. Auch in Gindins erster umfassender Arbeit von 1927 finden sich zahlreiche Bezüge: auf Lewins Dissertation, sein Buch über die Aktienhandelsbanken und seine Schriften zu Börsen und Provinzbanken. Denn „bürgerliche“ Ökonomen waren in der marxistischen Wirtschaftswissenschaft als Antipoden durchaus bemerkenswert; ihre Namen standen für überwundene Erkenntnisstufen und Irrwege in der Geschichte des ökonomischen Denkens. So kritisiert Gindin die Einschätzungen Lewins zum volkswirtschaftlichen Nutzen riskanter Kapitalanlagen, und er verurteilt dessen Positionen zum monopolistischen Bankensektor, die er als Herausgeber der *Finansowaja Gaseta* eingenommen hatte.⁷

Gindin, Lewin und die System-Debatte der russischen Gegenwart: 1997 erschien eine neuere Zusammenstellung von Arbeiten Gindins seitens der Russischen Akademie der Wissenschaften, die einerseits den Wissenschaftler und sein umfangreiches Werk in Erinnerung rufen wollten. Darüber hinaus sollten seine Forschungen über die Banken in vorrevolutionärer Zeit, die auch heute noch historisch-erklärenden Wert hätten, als Hintergrund für die Betrachtung des erneut „kapitalistischen“ Finanzsystems in Russland dienen. Im Vorwort heißt es: „Ein Problem unserer führenden Zirkel und ihrer wissenschaftlichen Berater besteht darin, dass sie Gedanken, Psyche und Physis vollständig auf das westliche Modell des Kapitalismus und der Marktwirtschaft ausgerichtet haben, obwohl sie nicht wissen und leider oft nicht wissen wollen, wie die entfernte Vergangenheit unseres Landes aussah.“ Und: „Das einstige kapitalistische Experiment hat unserem Land viel soziales Leid gebracht, und nach dem vielleicht nicht weniger leidvollen sozialistischen Experiment erprobt es nun wieder den Kapitalismus. Aber natürlich gibt die Geschichte niemals eine Erfolgsgarantie für das eine oder das andere soziale Experiment.“⁸

Knapp zehn Jahre später folgte die Neuauflage einer anderen Arbeit über die Bankengeschichte im Zarenreich, erschienen in einer Reihe der Russischen Akademie der Wissenschaften.⁹ Autor ist der Historiker Boris Ananitsch vom Historischen Institut St. Petersburg; er gehört zur Generation nach Gindin. Hervorgetreten ist er mit Veröffentlichungen über die russische Banken- und Finanzgeschichte vor 1914, zudem war er Leiter eines internationalen Projekts über „Witte und seine Zeit“ (erschienen 1999). In seinem Buch über die führenden Bankhäuser des zaristischen Russland bezieht er sich auf eine Vielzahl von wirtschaftshistorischen Arbeiten. Nur kurz geht er dabei auf die sowjetische Geschichtsschreibung ein. Dabei wird der Wissenschaftler Gindin nur einmal im Text genannt, nicht kommentiert und ansonsten in einigen Fußnoten erwähnt.

Weitaus mehr Beachtung findet Lewin, er zählt zu den meistgenannten Autoren.¹⁰ Schon in seinen einleitenden Bemerkungen betont Ananitsch, dass die Bran-

che der Aktienhandelsbanken historisch am besten erforscht sei und die bedeutendste Arbeit auf diesem Feld von Lewin stamme. So habe dieser „Senior-Privatdozent“ einleuchtend erklärt, warum sich in Russland vergleichsweise wenige Privatbanken¹¹ gründeten und das Bankwesen daher schon früh von Großbanken dominiert wurde. In England und Deutschland entstand eine Vielzahl von Privatbanken aus Handelshäusern oder Speditionsunternehmen, die Kommissionsgeschäfte betrieben – Branchen, die in Russland im frühen 19. Jahrhundert kaum entwickelt waren.¹² Ananitsch verweist zudem auf Lewins Einschätzungen zu dem seinerzeit bedeutendsten Privatbankier Russlands: Baron von Stieglitz. Dessen Rückzug aus dem Bankgeschäft habe – so Lewin – einen wesentlichen Anstoß zur Gründung von Aktienbanken gegeben, woran deutsch-baltische und polnisch-jüdische Bankiers einen erheblichen Anteil hatten.¹³ Auch die komplexe Verflechtung der Banken mit Handel, Industrie, Versicherungen und Bahntransport habe Lewin schon früh erkannt, wegweisend für vertiefende Forschung.¹⁴

Mit einem 2010 in Moskau erschienenen Buch „I. I. Lewin, Aktienhandelsbanken in Russland“ ist der Name des Autors endgültig ins Blickfeld russischer Wirtschaftshistoriker gerückt. Herausgegeben wurde der Band von einem Historikerkreis der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation, in einer neuen Schriftenreihe zu „Wirtschaftsgeschichte in Gegenwart und Vergangenheit“. Enthalten sind drei Arbeiten Lewins. An erster Stelle steht die Neuauflage der „Aktienhandelsbanken“, es folgen der Zeitungsartikel über Lenins ökonomisches Denken und das letzte Buch: „The Spirit of Russian Economics“.

Eine kurze Einleitung und eine biographische Skizze vermitteln dem Leser den Hintergrund, um Autor und Werk einordnen zu können. Erst vor wenigen Jahren sei der Name Lewin in der wirtschaftshistorischen Forschung aus der Vergessenheit aufgetaucht, wobei anfangs noch unerkannt blieb, dass auf seine Wissenschaftskarriere in Russland eine zweite in den USA gefolgt war, mit einem Intermezzo im Berliner Bankengeschäft. Das Buch über die Aktienhandelsbanken wird als Klassiker gewürdigt. Mit dem Erschließen ungenutzter Quellen und der Hinwendung auf das Genre der Unternehmensgeschichte habe er neue Wege aufgezeigt; faszinierend sei zudem sein Schreibstil. Seine Quellen fand Lewin vor allem im Archiv der Kreditabteilung des Finanzministeriums. Sie gaben ihm nicht nur über die Branchenentwicklung Aufschluss, sondern auch über die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Privatbanken, Staatsbanken und dem Ministerium. Mit dieser Ausrichtung ist Lewins Buch auch ein früher Beitrag zu einem Hauptthema der russischen Geschichtsschreibung: dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft.¹⁵

Ein besonderes Interesse verdienen die Kommentare, die über Normanos Ideeengeschichte der russischen Ökonomik gedruckt wurden, das Buch also, mit dem er in gewissem Sinne nach Russland zurückkehrte. Es war sein Versuch, die volkswirtschaftlichen Gedankenströmungen dieses großen Landes historisch nachzuzeich-

nen, ohne ein biblio- und biographisches Nachschlagwerk verfassen zu wollen. Sein Vorwort, mit Blick auf das fertige Manuskript, hatte Normano im Juni 1944 geschrieben. Das Buch wurde in der *New York Times* für den Herbst angekündigt, erschien aber erst im Folgejahr. Im Oktober 1944 publizierte die Zeitung einige Auszüge, in dem schon erwähnten Leserbrief, mit dem sich Normano auf Mutmaßungen über eine Revision der sowjetischen Wirtschaftslehre bezog. Die Zeitung hatte berichtet, dass in der nächsten Ausgabe der *American Economic Review* ein Artikel aus einer russischen Zeitschrift abgedruckt werde, der auf eine solche Revision hindeute.¹⁶

Normano meinte dazu, dass die dadurch ausgelöste Diskussion von gewisser Verwirrung geprägt sei, viele sähen in dem Artikel eine Art Manifest und wollten die amerikanische Öffentlichkeit glauben machen, dass „the star Russia follows is no longer as red star, that a change of landmarks is taking place, and that Russia is driving on to a new capitalism.“¹⁷ Die russische Wirtschaftswissenschaft habe sich nach der Revolution vom Theoretisieren ab und der „constructive application“ zugewendet, der konstruktiven Anwendung der Ökonomik auf praktische Planungsaufgaben. Dies sei im Übrigen kein spezifisch russisches Phänomen. Der Zweck der Ökonomik in jeder staatlich gelenkten Volkswirtschaft sei nicht länger, ewige Gesetze zu entdecken und absolute Kategorien zu finden; vielmehr leiste sie einen wirklichkeitsgerechten Beitrag zum staatlichen Wirtschaftshandeln, „in the art of administration“. Diese Sicht hatte er schon in „The Spirit of American Economics“ vertreten und in seinem „companion volume“ zum russischen Denken wiederholt.

Alle Kritiken zu dieser Arbeit erschienen *post mortem*, das Echo war gemischt und ist von Dauer. Normano hatte das Projekt vorgezogen, weil er einen dringenden Bedarf an verlässlicher Information über die Sowjetunion erkannte. Dass er dazu beitrug, diese Lücke zu füllen, wurde überwiegend anerkannt. Der Kern der Kritik – dies hätte Normano sicherlich nicht überrascht – richtete sich gegen seinen Theoriebegriff und seine Deutung der Russischen Revolution. Der Veteran unter den Rezensenten, gemessen an Lebensalter und sozialer Prägung, war Dimitri Fedotoff-White (1889-1950). Zur Zarenzeit hatte er als Marineoffizier gedient und nach 1917 für Weißrussland gekämpft. Erst 1944 war von ihm in der *Princeton University Press* ein Buch über „The Growth of the Red Army“ erschienen.

Seine Rezension ist überwiegend beschreibend, er beginnt mit einer Inhaltsübersicht – aufschlussreich für den Leser des vorliegenden Buches, der diesen Inhalt erst im Schlusskapitel ‚nach-lesen‘ mag. „There are three chapters (seventy pages altogether) devoted to the study of English, French, and German influences [auf das russische ökonomische Denken], followed by a fairly long chapter on native currents. The next two are devoted to the study of the interreaction of the foreign and native trends of economic thought, and of the resulting synthesis. Four and one-half pages are given to conclusion.“ Soweit die Inhaltsübersicht; den drei Kapiteln über die englischen, französischen und vor allem deutschen Einflüsse hatte

Normano eine Einführung in die „Economics of Russia“ vorangestellt und das sechste Kapitel mit „Reaction and Synthesis: Bolshevism“ überschrieben. In seiner Bewertung lobt Fedotoff-White das Kapitel über die englischen Einflüsse und mißbilligt das sechste. „In places it is surprisingly inadequate“. So wolle Normano den Leser glauben machen, dass praktisch alle sozialen und politischen Gruppen das zaristische Russland vom Kapitalismus befreien wollten – mit Ausnahme der Menschewiken.¹⁸

Dass er (nur) die Ideengeschichte, nicht auch die Entwicklung von Erklärungswissen und Methodenlehre beleuchten wollte, hatte Normano in Titel und Vorwort deutlich gemacht. Dies hielt die Kritiker nicht davon ab, hierin einen gravierenden Mangel zu sehen. „Here, as elsewhere, no attention is given to the evolution of economic theory, but only to the elaboration of opinions and ideals about the nature of actual and desirable economic and social systems,“¹⁹ schreibt Wilbert E. Moore von der Princeton University im *American Sociological Review*. Anders als Fedotoff-White lobt Moore das Kapitel über den Bolschewismus als „the best section [...] of not a wholly good book“. Moores Altersgenosse Abram Bergson schätzt den Stil („lively little book“), weniger den Inhalt und die Methodik des Autors. Wie sein Altersgenosse Moore vermisst er die theoretische Auseinandersetzung; die Ausformulierung der Theorien hält er für wichtiger als deren Prägung durch Leitideen. Mit Moore ist er sich auch darin einig, dass er Normanos Erklärung der Russischen Revolution als Reaktion gegen die deutsche Hegemonie nicht folgen will: „He sometimes fails to recall in this connection his own previous remarks on Marx.“²⁰

Uneingeschränkt positiv ist die Einschätzung des Buches durch Josef Hanc – ein Emigrant, der zu dieser Zeit tschechischer Generalkonsul in New York war. Er kannte Normano aus der Mitarbeit im International Committee for Cooperative Reconstruction. In seiner kritischen Sammelbesprechung von „Reports on Russia“ hebt er Normanos Beitrag als „a little book of entirely different quality“ hervor. Allerdings scheint er sich damit nur auf das sechste Kapitel und die Zusammenfassung zu beziehen. Normanos letzter Satz schließt auch Hanc's Rezension ab: „The Russians will preserve their pathos of creation and their romanticism of realism, romanticism of a system which in Lenin's definition consists of Soviets, electricity and accounting.“²¹

Zwei weitere Rezensenten beziehen sich auf die 1949 in London erschienene Ausgabe des Buches. Ausführlich wird sie im *Economist* besprochen, von einem als ‚left-winger‘ erkennbaren Kritiker, der wohl der Arbeit am besten gerecht wird. Er/sie stimmt Normano zu, dass russische Denker stets die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Gesamtheit erfassen und sich nicht auf ein Spezialgebiet wie etwa die Ökonomie beschränken wollen. Zudem sei ihr Interesse eher auf das gerichtet, was sie tun und weniger auf das, was sie wissen wollten. Somit gingen ihre Haltungen in ihre Schriften ein, und gaben diesen einen semi-biographischen Charak-

ter. Normano habe sich somit eine sehr komplexe Aufgabe gestellt, die er im ersten Teil seiner Arbeit nicht allzu gut gelöst habe. Auch in dieser Besprechung findet das letzte Drittel die größte Aufmerksamkeit.

Die Ausführungen zum Bolschewismus als Synthese hält der Rezensent für den besten Abschnitt des Buches, wenn er auch Normanos Revolutionserklärung nicht zustimmen will. „It is thus implied that the sudden jump occurred in the field of practical realities and not in the domain of abstract thought, for which an organic continuity is claimed. This does not seem to take enough account of the heroic preparatory work in the sphere of ideas undertaken by the Marxist political parties.“ Das Fazit: „The book will repay study for the very clear general impression it conveys of many salient characteristic of Russian social and economic thought.“ Mit ähnlich positiver Bewertung schließt 1951 der Ökonom José Antonio Piera-Labra von der Madrider Universität seine Besprechung. Normano habe nicht eine konventionelle Geschichte des ökonomischen Denkens schreiben wollen, sondern sich zum Ziel gesetzt, die russische Ökonomik in den Gesamtzusammenhang des russischen Denkens und seiner ausländischen Einflüsse zu stellen. In der Darstellung dieser – wenig bekannten – intellektuellen Entwicklung liege das Verdienst des Autors.²²

Zu den frühen Besprechungen des letzten Buches gehören auch zwei deutsche Beiträge. Hildegard Schaefer leitete ihre Bewertung mit Lob und Tadel ein: „Das glänzend geschriebene, lehrreiche Buch steht zwar unter einem negativen Schatten: daß die kirchliche Eigenständigkeit der russischen historischen Entwicklung dem Verständnis des Verfassers nicht zugänglich ist.“²³ Die Rezensentin war Kirchenhistorikerin, Referentin im Außenamt der Evangelischen Kirche und Honorarprofessorin für die Geschichte der Ostkirchen. Nach eingehender Auseinandersetzung mit Absicht und Leistung des Buches kam sie insgesamt zu einer deutlich positiven Bewertung. Sie erwartete, dass Normanos Leitidee – Konformität der Wirtschaft der Sowjetunion mit dem russischen Wirtschaftsgeist der vergangenen Jahrhunderte – eine lebhafte Debatte auch in Deutschland auslösen könnte. Dazu kam es nur in Ansätzen. In einer zweiten Besprechung, abgedruckt in *Der Arbeitgeber*, war 1953 zur umstrittenen Deutung der Russischen Revolution zu lesen: „J.F. Normano sieht im Bolschewismus eher ein legitimes Ergebnis dieser Entwicklung als eine Rebellion gegen sie. Der Russe sei stets auf der Suche nach allgemeiner sozialer Gerechtigkeit.“²⁴ Die Zeitschrift war und ist das Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Alexander Gerschenkron nennt Normanos Arbeit 1968 „a somewhat pretentious little book“ und erläutert, dass es die Geschichte der russischen *Intelligentsia* nach-erzählt, ihrer philosophischen Überzeugungen und ihrer historischen und sozialen Idee. Gerschenkron teilt die Einschätzung früherer Kritiker. Das Buch behandle nicht, wie vom Autor beabsichtigt, die Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland, sondern: „The book deals with the general intellectual climate in which

certain economic creeds [Credi] developed. Economic theories are carefully avoided.“²⁵ Gerschenkron endet mit zwei Sätzen, die wohl auf andere Arbeiten Normanos übertragbar sind: „The book is written in a lively style and reads well. It is stimulating and will cause no damage as long as the reader remains on his guard against the author's predilection for sweeping generalizations“ [auf der Hut vor Normanos Neigung zu weitreichenden Verallgemeinerungen]. Gerschenkron hatte 1948 den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte in Harvard erhalten – den Normano als Krönung seiner wissenschaftlichen Karriere angestrebt hatte?

Das Thema hat westliche Ökonomen und Historiker auch in jüngster Zeit beschäftigt. Der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Zweynert schrieb „Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland“ als Dissertation und bewertete die vorliegende nicht-russischsprachige Literatur als insgesamt wenig befriedigend. Dies gelte auch für Normanos Beitrag: „Abgesehen von dem geringen Umfang von Normanos Buch [...] vernachlässigt auch dieser russisch-brasilianische Autor die akademische Wirtschaftswissenschaft. [...] Eine Begründung seiner obskuren These, die Oktoberrevolution müsse vornehmlich als eine ‚reaction against and prevention of continued German hegemony in Russian economic life and thought‘ verstanden werden, bleibt der Autor schuldig.“²⁶ Der britische Historiker Vincent Barnett kritisiert in seiner „History of Russian Economic Thought“, dass Normano den Einfluss der englischen, französischen und deutschen Denker doch zu vereinfachend dargestellt habe: „The real story is of course more complex than this.“²⁷ In seinem kurzen Abschnitt über „Emigré Economists“ geht er auf Struwe und vor allem Leontief ein, Normano erwähnt er nicht. Beide Autoren – Zweynert und Barnett – haben 2008 gemeinsam einen Sammelband herausgegeben: „Economics in Russia. Studies in Intellectual History.“ Darin findet sich ein Beitrag, wiederum von Barnett, über „Russian émigré economists in the USA“, in dem Normano nicht erwähnt wird.

Anders in der Einleitung; dort wird er in derjenigen Gruppe von Autoren genannt, die eine Westorientierung der russischen Wirtschaftswissenschaft zumindest bis zum Ende des 19. Jahrhunderts konstatierten. Diese Einschätzung galt, auch nach einer Relativierung auf dem 15. Parteitag der KPdSU (1956), als ideologiewidrig und fand erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine breitere Zustimmung – mit der Öffnung des Interesses für ‚bürgerliche‘ und antikommunistische russische Ökonomen und damit auch für die Emigranten unter ihnen. Mit dem Jahrtausendwechsel habe sich dann erneut eine Gegenbewegung gebildet und eine Debatte über die sogenannte „Russische Schule der Wirtschaftswissenschaften“ angestoßen.²⁸ Dass auch Normano ausführlich auf die Gegenbewegung eingegangen ist, die sich ab dem frühen 19. Jahrhundert für eine Besinnung auf ‚nationales‘ Denken einsetzte, solle nicht übersehen werden.

Wie wurde das Buch in der Sowjetunion, wie danach aufgenommen? Eine erste heftige Reaktion zeigte die sowjetische Zeitschrift *Bolschewik* in ihrer Ausgabe vom März 1949. Der Beitrag trug den Titel: „Gegen die kosmopolitischen Verdrehungen der Geschichte des russischen ökonomischen Denkens“.²⁹ Den Anlass für diese Attacke gab ein Buch von W. M. Schtein: „Skizzen der Entwicklung des russischen sozial-ökonomischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert“. Im Artikel werden die Kriecherei vor dem Ausland und der Kosmopolitismus verdammt, die auch in der Missachtung der russischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung zum Ausdruck kämen. Kritisiert werden neben Schtein zwei weitere Wissenschaftler mit jüdisch klingenden Namen: Israil G. Bljumin und David I. Rosenberg. Schtein wird vorgeworfen, die frühe Entwicklung der russischen Wirtschaftswissenschaft mit ausländischen Einflüssen zu erklären. Dabei sei dies nicht seine ‚Entdeckung‘, sondern er wandle nur auf den Spuren der vulgärbourgeoisen, amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler.

„Kürzlich wurde in den USA ein kleines Buch von Normano (Lewin) über die Geschichte des russischen ökonomischen Denkens herausgebracht. Der Autor spricht darin der russischen Wirtschaftswissenschaft jede eigenständige Entwicklung ab. So übernimmt der Kosmopolit Schtein in der Beurteilung der russischen Wirtschaftswissenschaften die Sicht des bourgeoisen amerikanischen Ökonomen.“³⁰ Warum dieser Amerikaner noch einen zweiten, in Klammern hinzugefügten Namen trug, erklärte der *Bolschewist* nicht, wohl aber die *New York Times*. In einem Artikel mit der Überschrift „Three Economists Assailed in Soviet“ war zu lesen, dass „Dr. Normano, a Jewish refugee from Germany, born in Russia, had been accused in 1933 by the Nazi Government of being a fugitive German banker Izaak Lewin, which he denied. His extradition was refused by United States courts.“³¹

Die Geschichte des russischen ökonomischen Denkens wurde nach dem Kriege vom Ökonomischen Institut der Akademie der Wissenschaften aufgearbeitet und in einer mehrbändigen Ausgabe publiziert. Der erste Band kam 1955 heraus, und der Herausgeber A. I. Paschkow behandelte Normanos Arbeit schon in seiner Einführung. Darin musste er auch zur Eigenständigkeit des russischen ökonomischen Denkens Stellung nehmen – und jeden Zweifel daran verdammen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die eine wissenschaftliche Untersuchung zu diesem Thema zu erfüllen habe, sei es, die verleumderischen Machwerke zu demaskieren und zu zerstören, in denen von einer Abhängigkeit des russischen ökonomischen Denkens und vom „importierten“ Charakter der russischen Wirtschaftswissenschaft die Rede sei. Diese beleidigende These hätten zaristische Ökonomen vertreten. Aber auch sowjetische Ökonomen, wie I. G. Bljumin in seinem Buch von 1940, hätten sich zu Fehlinterpretationen verleiten lassen.³²

Gegenwärtig aber führten vor allem reaktionär-bourgeoise Ökonomen der USA das Wort, als Troubadoure der amerikanischen Imperialisten, die das antidemokra-

tische, imperialistische Lager anführten und die Menschheit in einen neuen Krieg hineinziehen wollen. Eines der Werkzeuge der reaktionären bourgeoisen Ökonomen in den USA und ihrer Lehrlinge in Westeuropa ist die Verniedlichung der kulturellen Errungenschaften des sowjetischen Volkes. Ganz auf dieser Linie liege ein Buch mit dem Titel „The Spirit of Russian Economics“, 1945 in New York erschienen. J. F. Normano, der Autor dieses Buches, behaupte verleumderisch, dass das russische ökonomische Denken in der Vergangenheit nicht das Produkt der unabhängigen schöpferischen Kraft des russischen Volkes gewesen sei, sondern die Nachdichtung und Ausschmückung des ökonomischen Denkens der „vorangeschrittenen“ westlichen Nationen. Während dieser Sprecher des bourgeoisen Kosmopolitismus das russische ökonomische Denken der Vergangenheit klein rede, überhöhe er, in einem anderen seiner Bücher – „The Spirit of American Economics“ – die amerikanische Wirtschafts-„Wissenschaft“ und versuche eifrig ihre große Bedeutung herauszustellen, obgleich doch wohl bekannt sei, dass die bourgeoisen Ökonomen in den USA nichts Signifikantes zur Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft beigetragen hätten. Schließlich hätten sie stets nur „das letzte Wort“ der westeuropäischen Vulgarökonomien aufgegriffen und es dem Geschmack und den Wünschen der amerikanischen Bourgeoisie angepasst.³³

Die jüngste, russischsprachige Bewertung von Normanos *Russian spirit* wurde schon kurz erwähnt. A. A. Belych gab sie in seinem Vorwort zu dem 2010 publizierten Band mit den drei Arbeiten von Lewin/Normano.³⁴ Darin schließt er sich der Einschätzung an, dass der Autor eine Ideengeschichte, nicht ein bio-/bibliographisches Nachzeichnen der Theorieentwicklung liefert. Auf die Kritik Gerschenkrons gibt er eine sehr interessante Antwort: er glaube, dass Normanos Ansatz, die intellektuelle Atmosphäre zu schildern und nicht die Theoriegebäude auszuleuchten, den eigentlichen Wert seiner Arbeit ausmache. Ihm gefällt auch Normanos Stil; er schreibe leicht und flüssig, fast in populärer Form, was aber den wissenschaftlichen Wert seiner Arbeit keineswegs schmälere. Natürlich seien nicht alle Schlussfolgerungen des I. I. Lewin unbestreitbar, aber das Buch werde jeden Leser ansprechen, der sich für die Geschichte des Denkens in der russischen Gesellschaft interessiere. Völlig abwegig sei es, Lewins These in Frage zu stellen, dass die russische Wirtschaftswissenschaft sich nicht unabhängig von der westeuropäischen habe entwickeln können. Russland war ökonomisch zurückgeblieben; wie hätte es da eine dem Westen überlegene Ökonomik schaffen können?

Belych zitiert den letzten Satz aus Normanos sechstem Kapitel, der 1945 zum Klappentext wurde: „There are not Old and New Russia: it is always Russia“.³⁵ Er stellt dann die Frage, die sich aus der russischen Sicht von 2010 zwingend ergibt. Was war geschehen, wie war es zu erklären, dass Lewin das sowjetische Russland schließlich akzeptiert hatte? Dass er die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion hoch schätzte, steht für Belych außer Zweifel. Er weist darauf hin, dass im Westen wenig bekannt war, welche Opfer das russische Volk für diese Erfolge zu bringen

hatte. Lewin stand sicherlich auch unter dem unmittelbaren Eindruck des (zu erwartenden) Sieges der Sowjetunion über das faschistische Deutschland. Lewins Frau Berta starb erst 1991. Wie – so Belych – hätte Lewin die Entwicklung des russischen ökonomischen Denkens beurteilt, wenn auch er die Absage an die kommunistische Ideologie und den Neuanfang in Russland noch erlebt hätte?

- 1 Frühere Autoren nennt A. Belych in seinem Vorwort zu: A. Belych (Hg.), S. 11. Eine vollständige Übersicht gibt I. F. Gindin (1900–1980) in seinen Arbeiten über die russische Bankengeschichte, so in seinem ersten, 1927 erschienenen Buch über „Banken und Industrie in Russland bis 1917“ (russ., zum Nachdruck s.u.).
- 2 Iosif F. Gindin: Russische Handelsbanken. Geschichte des Finanzkapitals in Russland. Herausgegeben vom Akademiestmitglied S. G. Strumilin, Moskau 1948 (russ.).
- 3 Efim M. Epstein war 1918 Direktionsmitglied der Moskau-Azow-Bank; vgl. Wolfgang Levermann: Kommunismus und Kapital: das russische Bank- und Industriekapital in der Wirtschaftspolitik der Bolschewiki 1917/18, Melsungen 1989, S. 210.
- 4 I. F. Gindin: Russische Handelsbanken, S. 20.
- 5 Ebd., S. 21.
- 6 Ebd., S. 21. Gindin zitiert hier aus Lenins Werken, Bd. 22.
- 7 Vgl. I. F. Gindin: Banken und Wirtschaftspolitik in Russland (19. und 20. Jahrhundert), Moskau 1997, S. 182 bzw. 378. Herausgegeben von einem Redaktionskollegium der Russischen Akademie der Wissenschaften / Institut für Ökonomie (russ.).
- 8 Ebd., S. 3.
- 9 Boris V. Ananitsch: Bankhäuser in Russland 1860–1914. Abriss einer Geschichte der Privatunternehmen, Moskau 1991 (russ., 2. Auflage 2006).
- 10 B. V. Ananitsch, 2006, S. 243 f. (Namensregister mit Bezügen im Text).
- 11 Gemeint sind Personen-, im Gegensatz zu Aktiengesellschaften.
- 12 Ebd., S. 4.
- 13 Ebd., S. 14 und 26.
- 14 Ebd., S. 138.
- 15 Vgl. A. Belych (Hg.), S. 12 f.
- 16 Der Artikel der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ bezog sich auf „Lehre der Ökonomik in der Sowjetunion.“ Vgl. The New York Times 01.10.1944.
- 17 The New York Times 08.10.1944.
- 18 D. Fedotoff-White, Rezension in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 239 (1945), S. 208.
- 19 W. E. Moore (1914–1987), Rezension in: American Sociological Review 10 (1945) 3, S. 447 f., hier S. 447.
- 20 A. Bergson (1914–2003), war ein junger Ökonom, der sich theoretisch mit mathematisch-formaler Wohlfahrtsökonomik befasste und um 1944 in einer Unterabteilung des Nachrichtendienstes des US-Kriegsministeriums (Office of Strategic Services) für Fragen der russischen Wirtschaft zuständig war. Rezension in: The Journal of Economic History 6 (1946) 1, S. 109.
- 21 J. Hanc, Rezension in: Virginia Quarterly Review, 21 (1945) 3, S. 462.
- 22 Vgl. J. A. Piera-Labra, Rezension in: Moneda y Credito, 37 (1951, Juni), S. 107 f.
- 23 Rezension in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, 2 (1951) 1, S. 122 f.
- 24 Rezension in: Der Arbeitgeber, 5 (1953), S. 327. Wiedergegeben in: Anton Wittman, Handbuch für Sozialkunde, Band 2, Berlin (West) 1952–1956, S. 97.
- 25 Alexander Gerschenkron: Continuity in History and Other Essays, Cambridge (Mass.) 1968, S. 464.
- 26 Joachim Zweynert: Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland 1805–1905, Marburg 2002, S. 29.
- 27 Vincent Barnett: A History of Russian Economic Thought, London 2005, S. 20.

-
- 28 Vincent Barnett, Joachim Zweynert (Hg.): *Economics in Russia. Studies in Intellectual History*, Hampshire 2008, S. 1 f. Vgl. auch den Beitrag im selben Sammelband zu „From Marxist Economics to Post-Soviet Nationalism“.
- 29 *Bolschewist* (1949) 5, 15.3.1949, S. 70-76.
- 30 Ebd., S. 74.
- 31 *The New York Times* 20.05.1949, S. 6.
- 32 Normano erwähnt Bljumin als einen der wenigen, die sich kürzlich in der Sowjetunion an die Aufarbeitung des vor-sowjetischen Denkens gemacht hätten. Aber: „Unfortunately this study, abundant of material, simplifies the evolution, applying orthodox schemes and using conventional jargon.“ (J. F. Normano: *The Spirit of Russian ...*, S. 123) Bljumin schrieb 1956 ein von der Akademie der Wissenschaften / Ökonomisches Institut herausgegebenes Buch, das in der DDR mit dem Titel: „Grundriß der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie der USA“ erschien (Berlin (Ost) 1958). Der Name Normano/Lewin ist dort im Personenregister nicht genannt.
- 33 Vgl. John M. Letiche (Hg.): *A History of Russian Economic Thought: Ninth through Eighteenth Centuries*. Original Russian Edition edited by the Corresponding Member of the Academy of Sciences of the USSR, A. I. Pashkov, Westport 1964, S. 16. Im Band I, 2 (Jahre 1800–1860) geht der Autor noch einmal auf Normanos Buch ein, wirft ihm Unwissenschaftlichkeit vor und betont – mit Blick auf die Rezeption, die führende russische Denker bei fortschrittlichen westlichen Wissenschaftlern gefunden hätten – dass Normanos Behauptung von der Unselbständigkeit des russischen Denkens eine bewusste Verleumdung sei. A. I. Paschkow (Hg.): *Geschichte des russischen ökonomischen Denkens*, Moskau 1958, S. 468 (russ).
- 34 Vgl. A. Belych (Hg.), S. 14–18.
- 35 J. F. Normano: *The Spirit of Russian ...*, S. 115.

Arbeiten über Lateinamerika: Grundsteine der Dependenztheorie?

Wer liest heute in Lateinamerika noch Schriften – zumindest Zitate – von João Frederico Normano? Welche Erinnerungen an ihn gibt es in dem Land, wo er 1929 einen neuen Pass mit neuem Namen und „jüngerem“ Geburtsdatum erhielt? Seine Bücher „Struggle“ und „Brazil“ wurden übersetzt und in Brasilien verlegt. Ein Beitrag zum „brasilianischen ökonomischen Denken“ und eine Rückschau auf die neuere brasilianische Geschichtsschreibung lassen ihn nicht unerwähnt.¹ In Arbeiten zu Brasiliens wirtschaftlicher Entwicklung findet sich sein Name bis heute in Text, Fußnoten und Literaturlisten. In Seminaren werden seine Forschungsergebnisse diskutiert. Seine beiden Bücher werden als Beiträge zur brasilianischen Entwicklungstheorie in ihren Anfängen gerechnet, und seine Ausführungen zur „fronteira em movimento“ gelten als Pionierleistung in der Anwendung von Turners Theoriekonzept auf brasilianische Wirtschafts- und Sozialgeschichte.²

Zu den Pionieren auf diesem Gebiet zählt auch Caio Prado Junior (1907–1990), der bekannte brasilianische Historiker, Geograph und KP-Politiker. Eine seiner meistgelesenen Arbeiten ist die „História Econômica do Brasil“, 1945 erschienen. Darin findet sich eine Bibliographie mit Kurzkommentaren, in die er auch Normanos Monographien aufgenommen hat. Ihm erscheinen beide als „oberflächlich und mit Zeitdruck geschrieben“. Mildernd fügt er hinzu, dass „Brazil – A Study of Economic Types“ einige interessante Perspektiven eröffne, und dass die Lektüre von „The Struggle for South America“ für das Studium dieses wenig bearbeiteten Feldes (noch) unerlässlich sei.³

Eine deutlich bessere Bewertung erhält Normano in einem Forschungsbericht über den Ökonomen Celso Furtado (1920–2004), der wie Caio Prado maßgeblich zur brasilianischen Entwicklungstheorie beigetragen hat.⁴ Darin wird Normano noch in einem zweiten Sinne als Pionier betrachtet. Mit seiner Forschung habe er antizipiert, was einige Jahre später zahlreiche nordamerikanische Wissenschaftler unternehmen sollten: die Erforschung der sozialen Welt Lateinamerikas, mit Unterstützung einer großen Universität und häufig auch des State Department. In diesen Zusammenhang passt eine Äußerung des brasilianischen Soziologen José de Souza Martins gegenüber dem Verfasser.⁵ Er sei zu Beginn der 1960er im Rahmen einer Arbeit über die Industrialisierung von São Paulo auf das Buch „Struggle“ gestoßen. Dabei habe ihn sehr verwundert, dass Normano darin nordamerikanische Primärquellen nutzen konnte, die brasilianischen Wissenschaftlern bis dato unbekannt waren. Er habe daraufhin das US-Department of Commerce um Einsicht in diesen Datenbestand gebeten und sie auch erhalten.

Nach seiner Einschätzung handelte sich um Informationen, die man getrost als *Reports* der Wirtschaftsspionage bezeichnen könne, betrieben mit dem Ziel, die Zukunft der brasilianischen Industrie treffend einzuschätzen. Die amerikanischen Experten hatten eine professionelle Erhebung gemacht und eine Panelstichprobe

von Industrieunternehmen für eine Längsschnittuntersuchung konstruiert – 40 Jahre bevor brasilianische Wissenschaftler erkannten, dass es schon vor 1930 konsolidierte Industriekerne im Lande gab. Professor de Souza Martins konnte sich zudem erinnern, dass Roberto Simonsen in seinen Vorlesungen über brasilianische Wirtschaftsgeschichte Themen behandelte, die sich auch in Normanos Buch finden; es wäre nicht verwunderlich – so de Souza – wenn Simonsen und Normano Kontakt gehabt hätten.⁶

Über Normano als Lateinamerikanisten ist häufig geschrieben worden, einmal auch im *Spiegel*, unter dem Titel „Weg von hier – um jeden Preis“. In diesem Artikel ging es allerdings nicht um Lewins Flucht 1929 sondern um die deutsche Auswanderer-Welle 1982. Der Schreiber schaute zeitgenössisch auf das Einwanderland Kanada und rückblickend auf die deutschen Siedler in Brasilien. Letztere hätten die „Einheimischen, die damals die Arbeit noch nicht erfunden hatten“ mit ihrem Tempo enorm beeindruckt. Und [...] „ihr ‚Einfluss‘, so der US-Autor Normano, wirkte qualitativ stark“, sie „stellten Leitbilder auf.“⁷

Eher wissenschaftlich schrieb über ihn ein anderer ‚US-Autor‘. Gemeint ist André Gunder Frank (1929–2005), der vielen als Chilene galt, aber eigentlich ein Berliner war. Dieser Andreas Frank kam 1941 als Emigrantenkind in die USA, wuchs dort auf, studierte und schrieb. Er war der Sohn des sozialkritischen Schriftstellers und Drehbuchautors Leonhard Frank (1882–1981). Von „Gunder Frank“ ließ man sich in der 68er-Zeit gerne in die Dependenz-Theorien einführen. Deren Anspruch war, die abhängige Entwicklung Lateinamerikas zu erklären und allgemein die Verhältnisse zwischen der Peripherie der Dritten und den Metropolen der Ersten Welt zu kategorisieren. Franks bekanntestes Buch, „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika“ (USA 1965, D 1968) enthält seitenlange Zitate aus Normanos Arbeiten „Struggle“ und „Brazil“. Einen Auszug leitet er mit den Worten ein: „Es wurden neue Mechanismen der Satellisierung von der imperialistischen Metropole, den Vereinigten Staaten, entwickelt. J. F. Normano faßte 1931 diese Entwicklungen, die dem Ersten Weltkrieg folgten, mit großem Verständnis und erstaunlichem Weitblick zusammen – die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg, wie sie etwa in meinem Buch ‚On the Mechanisms of Imperialism‘ (Frank 1964 b) wiedergegeben werden, sollten das später beweisen.“⁸

Mit seinem letzten öffentlichen Vortrag war João Frederico Normano gedanklich nach Brasilien zurückgekehrt. Er sprach erst in Miami und dann noch einmal in New York über „Brazil's Industrial Development“. Das Hispanic-American Institute der Universität Miami hat dieses Referat nach Normanos Tod veröffentlicht. Ein Mitarbeiter des LAEI hatte das Manuskript redigiert. Er schrieb in seinem Vorwort: „On April 25, 1945, my country, Brazil, lost a great friend, and the world one of its most outstanding economists.“⁹ José Garrido Torres war ein Ökonom der Getulio Vargas Stiftung, der in den 1950ern und 1960ern maßgeblich zur Reform des brasilianischen Kapitalmarkts beitrug und 1964 zum Chef der brasilianischen

Entwicklungsbank aufsteigen sollte. 1948 wirkte er in der *Abbink Mission* mit, einer brasilianisch-amerikanischen Kommission, die im großen Stil die Entwicklungshilfe der USA nach dem Kriege einleiten sollte.

Dieses Thema – brasilianische Entwicklung aus nordamerikanischer Sicht – hatte auch Normano in seinem Vortrag behandelt, drei Jahre zuvor. Nach einem kurzen Rückblick auf extensives und intensives Wachstum vor dem Kriege ging er auf die hochfliegenden Erwartungen an die zukünftige Industrialisierung ein, die in brasilianischen und auch US-amerikanischen Kreisen vorherrschten: „You will find it in newspapers, scholarly surveys, government pronouncements, banquet speeches etc. But [...] is the new industrialization of Brazil an established fact? Or is it just a result of sight aberration [opt. Abbildungsfehler], or wishful thinking or even unwishful thinking?“¹⁰

Normano wandte sich damit gegen die vorherrschende Meinung, dass die brasilianische Industrie im Kriege einen nachhaltigen Wachstumsschub erhalten habe. Er bezweifelt dies und glaubt eher, dass vor allem ein extensives, nicht ein intensives Wachstum ausgelöst worden sei. Habe nicht 1942 die amerikanische Expertenkommission befürchtet, dass einzelne Industrie-Blasen nach dem Krieg wieder platzen werden?¹¹ Abschließend stellt er die Frage nach der Wirtschaftsform. Anders als vielfach behauptet sei Brasilien keine „planned economy“. Es gäbe einen Flickenteppich von auswärtig geborgten Planungskonzepten, vertreten von unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen. Perspektivisch fügt er hinzu, dass Brasilien hinsichtlich der Wirtschaftsform einen Mittelweg zwischen Sowjetunion und USA einschlagen könne. „And this middle road seems to be the one taken by the under-developed countries of other continents, such as China, India and Iran, who want to combine western technology with their own social and cultural heritage.“¹²

Dies war ein weiterer, beeindruckender Beleg für Normanos kühne – und meist zutreffende – Weitsicht. Schon wenige Jahre später, mit Beginn des Kalten Krieges, stellte sich die Frage nach einer strategischen Einbindung Lateinamerikas für die USA von neuem und stärker als je zuvor. Die nationale und internationale Entwicklungshilfe für Lateinamerika wurde bekanntlich auf diese Überlegungen gegründet. Dies ging zusammen mit einem weitreichenden Vertrauen in die praktischen Möglichkeiten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, zeitgleich mit der Befürwortung einer starken Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wissenschaft wurde zugetraut, nicht nur Daten und Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft wirklichkeitsgenau zu erfassen, sondern dieses Wissen auch in eine zielbezogene Planung und politische Steuerung des Entwicklungsprozesses einspeisen zu können. Alle lateinamerikanischen Länder schrieben in den 50er und 60er Jahren ihre Entwicklungspläne, gestützt auf eine kaum überschaubare Zahl von Studien, die von Weltbank, Interamerikanischer Entwicklungsbank und staatlichen Stellen auf Geber- wie Nehmerseite erstellt wurden.

In diesem Bereich der *development aid* und *development policy*, dessen Grenzen in den folgenden dreißig bis vierzig Jahren ständig erweitert wurden – nicht nur mit intensivem sondern auch stark extensivem Wachstum – hätte Normano mit Sicherheit eine zentrale Rolle spielen können.¹³ Hätte er dies erreicht, oder besser: hätte er es gewollt? Owen Lattimore hatte in seiner Kritik zu „Asia between Two World Wars“ über ihn geschrieben: “Being a man of unusual wide intellectual experience, ripened by much travel and reading, he did in fact succeed in setting out some interesting thought, especially in the opening pages. The work as a whole, however is far from successful.”¹⁴ War Normano ein Reisender, der ein Lebensziel erreichen wollte, oder war er ein Wanderer, der sein Leben mit ständiger Neuerung und Veränderung füllte und nichts wirklich vollendete? Wie hatte er noch die russische Intelligentsia charakterisiert: “Intellectual fluctuations and peregrinations [Wanderungen] often reaching the force of a crisis used to be a regular feature of the history of the restless Russian intelligentsia.”¹⁵

-
- 1 Vgl. Heitor Ferreira Lima: *História do Pensamento Econômico no Brasil*, São Paulo 1976, S. 90, 128, 148, 153 bzw. Thomas E. Skidmore: *The Historiography of Brazil 1889–1964*, Part II, in: *The Hispanic American Historical Review*, 56 (1976) I, S. 81–109, hier S. 90.
 - 2 Vgl. u. a. Richard W. Slatta: *Turner’s Impact in Canada and Latin America*, in: *Revista Interamericana de Bibliografía*, 1997, Nr. 1–4 sowie Mary Lombardi: *The Frontier in Brazilian History: An Historiographical Essay*, in *Pacific Historical Review* (44) 1975, S. 437–457, hier S. 447 f. In beiden Arbeiten wird Normano neben Gilberto Freyre und Caio Prado Junior als Pionier auf diesem Forschungsfeld genannt. Noch stärker gewichtet wird sein Beitrag in Joe Foweraker: *The Struggle for Land*, Cambridge 1981, S. 59 f. und 231 f. und wird entsprechend auch in der Rezension dieser Arbeit erwähnt, in: *The Journal of Economic History*, 42 (1982) 3, S. 711 f.
 - 3 Caio Prado Junior: *História Econômica do Brasil*, São Paulo 1945, S. 359, 364.
 - 4 Vgl. Rosa Maria Vieira Berriel: Celso Furtado – *História e Estado na Teoria do Subdesenvolvimento*, in: *EAESP/FGV/NPP – Relatório de Pesquisa* Nr. 47/2001, S. 36–40, 46. Der Verfasser dankt ihr für die Einschätzung, dass in Brasilien bislang keine Arbeit geschrieben wurde, die Normano ins Zentrum der Betrachtung stellt (Korrespondenz 14.11.2011).
 - 5 José de Souza Martins (geb. 1938) ist emeritierter Soziologie-Professor der Universität von São Paulo. Der Verfasser dankt ihm für diese Hinweise, gegeben am 09.08.2008.
 - 6 Roberto Cochrane Simonsen (1889–1948) war Unternehmer, Politiker und Wirtschaftshistoriker. Er schrieb vor allem über brasilianische Industrie und Wirtschaftsgeschichte. Anfang der dreißiger Jahre war er Mitbegründer der *Escola de Sociologia e Política* in São Paulo und dort Professor für brasilianische Wirtschaftsgeschichte.
 - 7 *Der Spiegel* 39/1982.
 - 8 André Gunder Frank: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/Main 1968, S. 176. Es folgt ein Zitat aus „Struggle“.
 - 9 John F. Normano: *Brazil’s Industrial Development*, aus: Robert E. McNicoll, J. Riis Owre (Hg.): *Lectures delivered at the Hispanic-American Institute*, Number 4, Coral Gables, January 1947, S. 37–43, hier: S. 39.
 - 10 Ebd., S. 41.
 - 11 Normano sprach die American Technical Mission an, die Roosevelt 1942 nach Brasilien entsandt hatte, um die Leistungsfähigkeit der brasilianischen Wirtschaft an den Anforderungen des Krieges messen und eventuelle Ansatzpunkte für amerikanische Hilfe zu finden.
 - 12 John F. Normano: *Brazil’s ...*, S. 43.

-
- 13 Der Verfasser selbst hat von 1974 bis 1992 in diesem Bereich gearbeitet, in Forschung und Politikberatung.
- 14 Owen Lattimore: Rezension in: *The Journal of Economic History*, 5 (1945) 2, S. 263
- 15 J. F. Normano: *The Spirit of Russian ...*, S. 67.

Nach-Lese

In diesem Buch hat Issac Lewin die Rolle eines Wanderführers durch Zeitgeschichte. Seine Biographie führt über Spannungsbögen zu Brennpunkten von Politik-, Wirtschafts- und Wissenschaftsgeschehen. Dies gilt für sein Leben und – mit Einschränkung – auch für sein wissenschaftliches Werk. Mehrere von Lewins/Normanos Schriften, das ist deutlich geworden, sind nicht nur ein Beitrag zum wissenschaftlichen Geschehen seiner Zeit, sondern sie bieten auch zeitgeschichtliche Einblicke in Politik und Wirtschaft und damit eine Wanderung gleich in drei Teilwelten. Auffällig ist dies bei den Arbeiten, die in den Kapiteln zu Post-War und Pre-War Planning vorgestellt werden. Es gilt aber auch für mehrere seiner russischsprachigen Veröffentlichungen bis 1918.

Die zwei Bücher über Lateinamerika, oben schon kurz beleuchtet, folgen einem wirtschaftshistorischen Ansatz und greifen über das Zeitgeschehen hinaus. Eingehend beschrieben und bewertet werden sie in diesem Kapitel.¹ Die beiden letzten von Normanos publizierten Bücher – „The Spirit of American Economics“ und „The Spirit of Russian Economics“ – beziehen sich ausschließlich auf die wissenschaftliche Teilwelt und werden daher nur in dieser Nach-Lese dargestellt.

The Struggle for South America: Economy and Ideology

Den Startimpuls zu diesem Buch, das 1931 erschien, dürfte Normanos von seinem Förderer C. H. Haring erhalten haben, der 1928 schrieb: „The Latin countries of Europe are today seeking a dominant influence in the political, economic and intellectual life of the South American republics, generally in frank opposition to the United States.“² Normanos greift diese These auf und erweitert die Fragestellung: Wer sind im einzelnen die Wettbewerber, worum geht es ihnen in dem Wettstreit und welche Waffen führen sie ins Feld? Die ersten Antworten sucht der Autor in der Ökonomie; er schaut zunächst auf die volkswirtschaftliche Entwicklung der lateinamerikanischen Länder. Sein besonderer Blick gilt dabei den ABC-Staaten; denn Argentinien, Brasilien und Chile halten den höchsten Entwicklungsstand und besitzen das größte Potential. Normanos Thema ist also der Kampf um wirtschaftliche Dominanz, um maximale Teilhabe an erreichter und erreichbarer wirtschaftlicher Entwicklung.

Den Streit um diese Vorrangstellung führen die USA als Gravitationszentrum der Neuen Welt mit Nationen der Alten Welt. Hierzu zählen zum einen die früheren Kolonialmächte Spanien und Portugal, die als Herkunftsländer der führenden Familien Lateinamerikas auch nach dessen Unabhängigkeit noch von Bedeutung sind. Hinzu kommen Großbritannien und Frankreich, die sich ihr Kolonialreich

bewahrt und zudem imperialistische Ansprüche entfaltet haben, die noch darüber hinaus greifen. Vornehmlich gilt dies für Großbritannien, die älteste Industrienation, die vor allem als Promotor wirtschaftlicher Entwicklung wahrgenommen wird. Frankreich gilt als Kulturnation, zu der die lateinamerikanischen Eliten ihre Affinität pflegen, auch weil sie sich damit von nordamerikanischen bürgerlich-kulturellen Mustern abgrenzen wollen. Am wirtschaftlichen Reichtum Lateinamerikas wollen zudem zwei junge europäische Imperialisten teilhaben: Deutschland und Italien. Und selbst Japan ist in diese Betrachtung einzubeziehen.

Wie erklärt sich der wirtschaftliche Aufstieg, die Herausbildung bedeutender Entwicklungspole im südlichen Amerika? Normano zeigt im ersten Kapitel, unterlegt mit zahlreichen Tabellen, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen Südamerika und den im „Struggle“ konkurrierenden Wirtschaftsmächten entwickelt haben. Die USA haben während, aber auch nach dem ersten Weltkrieg deutlich an Boden gewonnen, vor allem bei Erzeugnissen der industriellen Massenproduktion. Zudem haben sie erfolgreich auf Rohstoffsicherung gesetzt, und dies nicht nur bei Kaffee und Kupfer. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Autor bei seiner Untersuchung der Kapitalströme, die in den Subkontinent fließen; Beispiele sind die in Europa gezeichneten Anleihen einer argentinischen Eisenbahngesellschaft in englischer Hand oder die Direktinvestitionen der Eigenmittel eines amerikanischen Automobilkonzerns in seiner brasilianischen Tochter. Wenn die Nordamerikaner auch hier die Dominanz suchen, so dürfe man dies nicht als Eroberung des südlichen Kontinents durch die USA missverstehen – so Normano. Denn die Hauptrollen spielen nicht einzelne Organe der US-Regierung sondern die *Big Thirty*, die amerikanischen Großkonzerne. Und: „The concerns of the United States, which invest intensively, do not colonize the continent, but cultivate only their special fields.“³

Hat der Autor mit diesen Ergebnissen die Lateinamerikaforschung voran gebracht, sich also wissenschaftliche Verdienste erworben? Wohl kaum; im Jahre 1931 sind dies keine bahnbrechenden Erkenntnisse. Weltwirtschaftlich interessierte Kreise in Politik, Business und Wissenschaft kennen diese Daten und können sie interpretieren. Dies weiß mit Sicherheit auch der Autor, zumal er schon in seinem ersten Wissenschaftsleben globalökonomische Fragen analysiert hat. Dennoch kann er auf dieses Kapitel nicht verzichten; denn er schafft damit den materiellen Unterbau, auf dem er im zweiten die Säulen seines Theoriegebäudes errichtet: den ideologischen Überbau. So beschreibt er zunächst das Objekt des Wettstreits und den ökonomischen Terraingewinn der führenden Staaten. Dies aber genügt ihm nicht; er will auch die Mittel und Wege zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele ausleuchten. Und dies kann nach seiner Überzeugung nur dann gelingen, wenn der Betrachter die ideologischen Schleier lüftet, mit denen die Staaten ihre wahren imperialistischen Absichten verdecken. Welche Masken tragen sie, und in welchen Gesellschaftsschichten des Subkontinents wollen sie damit welche Sympathien wecken? Denn: „in order to do business with the ‚backward peoples‘ of Latin Amer-

ica, one must appeal to feeling and temperament. ‚Soul‘ and ‚heart‘ always play an important role with these peoples.“⁴

In diesem Kapitel „The Ideology“ liegt eindeutig die Stärke des Buches. Normano schöpft aus vielen Quellen, zeichnet charakteristische Muster, argumentiert überzeugend und durchwirkt die Texte mit einer Kette sprachlicher Glanzlichter. Es lohnt sich, in dieses Kapitel tiefer als in das erste zu blicken. Der ideologische Wettstreit der Werber – beim Kampf um Herz und Seele des Subkontinents – beginnt schon bei der geographischen Bezeichnung. Spricht man von Lateinamerika, von Hispano- oder Ibero-Amerika? Die Wortwahl ist keineswegs beliebig, denn die einzelnen Namen spiegeln recht unterschiedliche Vorstellungen von transatlantischen Beziehungen. Die Spanier lehnen den „Lateinamerikanismus“ strikt ab. Sie sehen darin den Versuch Italiens und Frankreichs, das Mutterland aus dessen früheren Kolonien zu verdrängen. Mit dem erfundenen Namen „Lateinamerika“ wollten sie eine Affinität zu dem klassischen Europa wecken, als dessen Vertreter sie sich darstellen. Ihr Begriff zielt also nicht etwa auf die gemeinsame Wurzel der romanischen Sprachen, damit sei er irreführend. Den wahren Charakter der historischen Beziehungen treffe allein die Bezeichnung „Hispano-Amerika“. Dagegen wiederum wenden sich die Portugiesen: dieser Begriff verkörpere den Anspruch der Spanier, die gesamte iberische Halbinsel zu dominieren, weswegen sie auch den Namen „Ibero-Amerika“ ablehnten. Die eigene, portugiesische Sicht auf den Subkontinent sei allein auf Brasilien fokussiert, mit dem Fernziel einer portugiesisch-brasilianischen Föderation.

Der von Italien und Frankreich vertretene „Lateinamerikanismus“ hat in beiden Ländern durchaus unterschiedliche Wurzeln. In Mussolinis Staat erhalten die Millionen italienischer Auswanderer und ihre „Kolonien“ in Südamerika eine neue Bedeutung. Dies gilt vor allem für Argentinien und Brasilien: Buenos Aires ist nach Rom die zweitgrößte „italienische“ Stadt, und ein Drittel aller Bewohner von São Paulo ist italienischer Herkunft. Darauf lässt sich bauen, wenn Ideen von einer italienisch-lateinamerikanischen Partnerschaft propagiert werden – primär zum wirtschaftlichen Nutzen. Anders im Falle Frankreichs, dieses wirbt mit Kultur und den Werten der Französischen Revolution. Französisch ist seit langem die erste Fremdsprache des gebildeten Lateinamerika, französische Kunst und Literatur setzen Maßstäbe. Die Gedanken Saint-Simons haben die gesellschaftspolitischen Vorstellungen südamerikanischer Intellektueller beeinflusst, der Code Napoléon prägte die Rechtssysteme. Und Paris war nicht nur Zufluchtsort südamerikanischer Revolutionäre sondern auch Ruhesitz ehemaliger Präsidenten. Frankreichs politisch-ökonomisches Ziel ist die Kolonie ohne *Tricolore*, und seine Zielgruppen sieht es nicht in der Bevölkerungsmasse sondern in den Eliten und dem städtischen Bildungsbürgertum.

Spanien hat gegenüber allen Freiern die Vorteile der Sprache, der ethnisch-kulturellen Nähe und der Geschichte. Die Furcht vor einer Re-Kolonialisierung ist

überwunden, zugunsten einer neuen Offenheit gegenüber dem früheren „Mutterland“. Die Gemeinsamkeit im Glauben fördert diese Entwicklung ebenso wie die noch immer anhaltende Emigration, und der „Hispano-Amerikanismus“ findet Anklang auch bei der breiten Masse. Allerdings lässt sich daraus nur wenig wirtschaftlicher Nutzen ziehen; das spanische Güterspektrum ist eng, der Kapitalmangel erlaubt keine größeren Investitionen, und in der potentiell stärksten Volkswirtschaft – Brasilien – zählen die genannten Vorteile nicht. Sie begünstigen statt dessen Portugal, allerdings nicht in dem Maße, dass die Brasilianer sich auf die portugiesischen Bestrebungen nach einer strategischen Kooperation einließen. Portugal ist kaum mehr als ein ökonomischer Zwerg, seine frühere Kolonie dagegen eine aufstrebende Wirtschaftsmacht.

England, Deutschland und Japan haben gemeinsam, dass sie keine Ideologie der historischen, kulturellen und ethnischen Partnerschaft entwickeln können, sich als Wirtschaftsmacht also mit wirtschaftlichen Avancen einbringen müssen. Am klarsten gilt dies für das Vereinigte Königreich, und ihm fällt dies am leichtesten. Mit seiner Fama als Welthandelsmacht und Kapitalexporteur gilt England als Bieter, nicht als Werber. „The Englishman in Latin America is still to a certain extent a ‚milord‘. He comes for great enterprises; his pockets are always overflowing with silver, which he is supposed to dispense liberally.“ Auch hat der Engländer die Eisenbahnen gebaut: „He has ‚united our beloved patria with those bands of steel which carry civilization in the path‘, as the sentiment is generally expressed. The German and the Frenchman, on the other hand, are generally engaged in much smaller enterprises, and display a less liberal method of conducting business, [...] they make money out of the country rather than bring it in.“⁵

Einen Glorienschein wie die Briten hat Deutschland also nicht. Im Gegenteil, die Psychologie des verlorenen Krieges wirkt nach, und kulturell wie politisch hat es in Südamerika ständig an Boden verloren. Zwar ist der deutsche Unternehmer flexibler im Angebot, seine Industrieprodukte sind innovativ, und er bietet Qualität. Aber er muss werben wie ein Handelsvertreter: „The German has to show his samples; the English goods are known.“⁶ Der englische Vorsprung in der Außenwirtschaft wird auch durch die zahlreichen deutschen „Kolonien“ in Lateinamerika nicht wesentlich gemindert. Auf seine Auswanderer kann auch Japan bauen, sie sind als arbeitsames und ausgleichendes Element in der Immigrationspolitik überwiegend willkommen. Zudem kann es an der Pazifikküste Standortvorteile gegenüber den Europäern ins Spiel bringen; auch mag es in militärstrategischen Szenarien als Gegengewicht zur latenten Bedrohung durch den *Yankee* eine Rolle spielen.

Dieses Stichwort führt den Leser zum zweiten Unterkapitel: „The Ideology of the United States“. Normano erinnert zunächst an den Pan-Amerikanismus in seiner Geburtsphase, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als drei große Gemeinsamkeiten die jungen Staaten der beiden Subkontinente verbanden: die Kolonialgeschichte,

die republikanische Staats- und Regierungsform und die Monroe-Doktrin. Diese galt als Grundlage einer gemeinsamen Außenpolitik gegen die fortwährende europäische Bedrohung. Aber schon bald verloren sich die Erwartungen an eine Einheit der beiden Subkontinente, und mit dem Bau des Panama-Kanals wurde die Tendenz zur Trennung offenbar – geographisch, vor allem aber politisch. Der Erste Weltkrieg beschleunigte diesen Prozess; die USA waren in eine neue, weltpolitische Position aufgestiegen. Galten die USA im 19. Jahrhundert noch als Verbündete in der Abwehr europäischer Eindringlinge, so waren sie nun selbst einer der Mitstreiter um Einfluss. Der Pan-Amerikanismus verlor seinen ideologischen Gehalt und wurde institutionalisiert: „Pan-Americanism [...] is promoted, managed, and exploited by the United States. [...] The official domicile of the Pan-American Union is Washington, its President is the Secretary of State, and its director general is a citizen of the United States.“⁷

Soviel zu den Avancen der Freier und den ideologischen Ummantelungen ihrer wahren Interessen. Wie aber – so fragt der Autor weiter – verhalten sich diejenigen, denen der Hof gemacht wird, wem also schenken die Umworbenen ihre Gunst? Historisch beständige Muster erkennt er nicht, aber eine grundsätzliche Unterscheidung will er treffen: zwischen den ABC- und allen weiteren Staaten. Brasilien steht traditionell den USA nahe, während Argentinien und Chile eine ausgeprägte Affinität zu Europa pflegen. Alle übrigen mittel- und südamerikanischen Länder haben jahrzehntelang Indifferenz oder wechselnde Sympathien gezeigt, mit häufigen Fluktuationen.⁸ Dies hat sich mit dem Ersten Weltkrieg geändert; die Beschwörung des *Peligro Yanqui*, der amerikanischen Gefahr, ist seither eine übergreifende Bewegung, der sich nur Brasilien nicht angeschlossen hat.⁹ Europäische Staaten, voran Spanien, zögern nicht, diese Furcht zu schüren.

In der Interpretation dieses Geschehens schließt Normano sich seinem Förderer Haring an, den er mit einem längeren Zitat – aus US-Perspektive – zu Wort kommen lässt: „There is no doubt that Spain and the Spaniards constitute our bitterest and most active foe in Latin America. Spain is keenly desirous to recover her former ascendancy among the younger American communities [...]. Her ultimate goal is by these means to recover the position she once held as a great world power. But there also exists a Pan-Latin ideal, for which France especially is the sponsor. [...] The idea that the United States is imperialistic, and American capital therefore dangerous, is of course ably promoted by our European rivals [...].“¹⁰

Wie sieht Normano selbst diese *American Danger*? Ähnlich wie Haring wendet er sich gegen alle ideologischen Deutungen und argumentiert strikt ökonomisch: „The economic penetration of the United States is characteristically a matter of business and not of politics.“ Die Vereinigten Staaten streben nicht eine politische und kulturelle Hegemonie an und setzen dafür ihre wirtschaftliche Stärke ein, sondern es verhält sich genau umgekehrt. Der Treiber des Prozesses ist die wirtschaftliche Dynamik auf der Entwicklungsstufe der Massenproduktion, ein „perpetuum

mobile“: die Industrie muss – um die Stückkosten zu senken – ihre Produktion immer höher schrauben, dies aber erfordert eine stetige Ausdehnung der Absatzmärkte. Dort bewirken die neuen Konsummuster notwendigerweise auch kulturellen Wandel, im Sinne einer „Amerikanisierung“. Und mit der Erschließung von Rohstoffquellen wie auch der Produktionsverlagerung in die neuen Märkte ist ein wachsender Kapitaltransfer verbunden, der asymmetrische Abhängigkeit schafft und damit auch ein politisches Einflusspotential erzeugt.

Bringt dieser Penetrationsprozess die betroffenen Länder aber tatsächlich in Gefahr, ist er ein realer Grund für Alpträume? Normano sieht dies nicht, und er führt als Beleg den wachsenden Einfluss der USA im Nachkriegs-Europa an. Der Zustrom amerikanischen Kapitals habe Europa vor der Anarchie bewahrt. Der Einfluss der amerikanischen Wirtschaft sei damit zwar gewachsen, doch habe sie keinesfalls die US-Regierung und schon gar nicht die europäischen Regierungen dominieren können. Imperialistische Abhängigkeiten habe sie nicht schaffen können, auch nicht schaffen wollen. Die wirtschaftliche Expansion der USA folgt der mechanischen Logik des *perpetuum mobile*, nicht einer politischen Machtgier. Denn Träger des Prozesses ist nicht der Staat sondern die großen amerikanischen Unternehmen. Und diese haben mit dem globalen Wachstum ihren nationalen Charakter verloren: „The ‚Big Thirty‘ are no longer national, nor even international. They are anational.“¹¹ Im Übrigen habe die Angst Europas vor einer wirtschaftlichen und politischen Amerikanisierung sich schon bald nach dem Kriege gelegt, geblieben sei allerdings die Furcht vor einer kulturellen Überfremdung.

In Mittel- und Südamerika sieht Normano die Anti-Yankee-Bewegung als vornehmlich psychologisches Problem.¹² Das beschleunigte Wachstum der USA, die Überflutung mit neuen und modernen Massengütern, hat die Lateinamerikaner zutiefst verunsichert. Dabei wird primär das Tempo des Wandels zur Quelle der Furcht, nicht das eigentliche Ausmaß der Dominanz. Großbritannien hatte den Erdteil jahrzehntelang ökonomisch beherrscht, ohne damit tiefgreifende Unruhe zu erzeugen. Der rapide Aufstieg des „Kolosses im Norden“ aber löst Angst aus, obwohl die USA von einer Durchdringung des Subkontinents weit entfernt sind. „The main characteristic of the imperialism of the United States is that it is non-political and strictly business-like.“¹³ Nur in Mittelamerika und in der Karibik ist ihre Präsenz allgegenwärtig, dort ist die Wahrnehmung eines *Peligro Yanqui* verständlich und teilweise berechtigt. Ein politischer Fehler der USA ist die fehlende Sensibilität für die Anti-Yankee-Bewegung und die zugrundeliegende Deutung der Monroe-Doktrin. Sie ist eine permanente Quelle für politische Reibungen und Konflikte mit lateinamerikanischen Staaten, selbst Brasilien bleibt davon nicht ausgenommen.¹⁴

In den ersten zwei Dritteln des Buches hat Normano die Einflussnahme äußerer Mächte, ihre Interessen und Ideologien analysiert. Die Chancen einer selbstbestimmten Entwicklung des Südens, der Zukunftsgestaltung aus eigener Kraft, be-

handelt er in den letzten Kapiteln. Sie sind überschrieben mit: „An Experiment“ und „The Future“.

Das „Experiment“ unternimmt, nach Einschätzung des Autors – Cuba. Diese Sicht wird der Leser spontan teilen, denn auch aus heutiger Perspektive ist der Inselstaat wahrlich einen Sonderweg gegangen. Allerdings steht er für den „Kommunismus in Lateinamerika“, für seinen ersten Sieg und sein endgültiges Scheitern. Normano sieht 1930 ein völlig anderes Cuba: das Muster der Chance einer kapitalistischen Entwicklung, die an die bisherige imperialistische Durchdringung anknüpft, um deren Dynamik und die von ihr geschaffene Infrastruktur zu nutzen.

Beim Wettstreit um Cuba haben die USA alle anderen „Freier“ und „Verführer“ aus dem Feld geschlagen: „The United States is political guarantor and protector, customer, provider, financier, and partner – without competition. On this island the seducer has gained his point completely.“¹⁵ Cuba hat in dieser Lage zwischen drei Strategien zu wählen, die durch unterschiedliche Strömungen im Hispano-Amerikanismus vertreten und von verschiedenen Autoren der Entwicklungsliteratur herausgestellt werden. Die pessimistische Strömung sieht keinen Ausweg aus der Abhängigkeit, Cuba wird als weiterer Stern im Sternenbanner erscheinen. Die romantische Strömung setzt auf die Verdrängung der US-Agrarkonzerne, auf den Rückbau der Monokultur und die Rückkehr in die kleinbäuerliche Agrargesellschaft. Normano hält nur die dritte Strategie für zukunftsfähig, vertreten von der realistischen Strömung: Entwicklung durch Industrialisierung, aufbauend auf der bestehenden Wirtschafts- und Finanzstruktur und mit einer gestaltenden Rolle des kubanischen Staates – in Kooperation mit den USA.

Diesen Weg kann Cuba, mit konsequent durchgehaltenem Experiment, auch den anderen lateinamerikanischen Staaten weisen. „Cuba is the birthplace of this realistic Neo-Hispanic-Americanism, which acknowledges that in the year 1930 it is modern capitalism and not the conquistadores and bandeirantes that holds leadership in history and moulds economic progress; it also recognizes that the future lies in progressive industrialization, and that course is impossible without the co-operation of the United States.“¹⁶ Normano wagt die These, dass Cuba die Aufgabe eines Brückenbauers im Finanzkapitalismus zukommt: wegen seiner geographischen Lage, seiner intensiven Verknüpfung mit der weltgrößten Finanzmacht und seiner historischen, ethnischen und sprachlichen Nähe zu Mittel- wie Südamerika.¹⁷

„The Future“: Ohne tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft wird Südamerika zwar seine politische Freiheit bewahren können, ökonomisch aber ein Vasall bleiben. In die Moderne können diese Staaten nur dann eintreten, wenn Wirtschaft und politischer Überbau zusammen wachsen, wenn die republikanischen Formen mit volkswirtschaftlicher Substanz gefüllt werden, wenn die Ideen der Revolution sich mit unternehmerischem Geist paaren, und wenn die gesellschaftlichen Eliten sich nicht mehr als Helden in heroischen Kriegen und Revoluti-

onen stilisieren sondern zu eigentlichen Citoyens werden, die Geist, Leben und Handeln auf wirtschaftlichen Fortschritt und privaten Reichtum ausrichten.¹⁸

Mit dieser These sieht Normano sich im Einklang mit zwei argentinischen Politikern und Denkern des 19. Jahrhunderts: Juan Bautista Alberdi und Domingo Faustino Sarmiento. Beide waren unbedingte Befürworter der nationalen Industrialisierung, nach europäischem und nordamerikanischem Vorbild. „Let us achieve the stage of development of the United States. Let us be America, like the sea is the Ocean. Let us be the United States“¹⁹ schrieb Sarmiento schon 1845, und auch Alberdi zeigte sich überzeugt, dass „In economic or political problems the best example for America to follow is America herself.“²⁰ Ist dies nicht Lists Sicht von der *American Political Economy*, so fragt Normano.²¹ Und fügt hinzu, dass die Wegweisungen von Alberdi und Sarmiento mit denen der russischen revisionistischen Marxisten vergleichbar sind: als Voraussetzung für eine Entwicklung zur Industriegesellschaft müsse ein Land die Schule des Kapitalismus durchlaufen.

Dreißig Jahre nach Erscheinen des „Struggle“ wird das Schlagwort „Importsubstituierende Industrialisierung“ in allen Schriften zur Entwicklungsökonomie der Drittweltländer zu finden sein – mit besonderem Hinweis auf die Erfahrungen Lateinamerikas während des Ersten Weltkriegs. Normano schreibt dazu: „During the war trade restrictions by the Allies, inflated prices and transportation difficulties caused the development of several new industries in South America.“ Die Dependenztheoretiker der sechziger Jahre werden diesen Entwicklungsschub als Lehre begreifen; damals habe sich gezeigt, dass auch die lateinamerikanischen zu Industriestaaten werden können, sobald sie aus der Umklammerung des Imperialismus gelöst sind. Auch Normano nennt Beispiele für beschleunigten Ersatz der importierten Industriegüter durch eigene Erzeugnisse der Leichtindustrie; so sei in Brasilien der Schuhimport von 160 000 brit. Pfund in 1913 auf 7500 Pfund in 1919 gesunken.²² Aber er betont, dass der Aufbau einer autarken Volkswirtschaft sich noch in jedem Falle als Irrweg erwiesen habe.²³

Die Entwicklung einer eigenen Industrie verringere die Abhängigkeit von fremder Industrie, mindere auch die Abhängigkeit von fremdem Kapital und fördere die inländische Akkumulation. So ist Japans Industrialisierung eine Geschichte der Verteidigung gegen das Auslandskapital. Nur ist dies – so Normano – nicht die ganze Wahrheit. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der USA im 19. Jahrhundert ist durch die Schuldnerposition des Landes nicht wirklich behindert worden; denn das Auslandskapital wurde gezielt zur Industrialisierung des Landes eingesetzt. Sicherlich gab und gibt es unterentwickelte Länder, die versuchten, sich mit hohen Schranken gegen Kapitalimporte vor der Dominanz ausländischer Financiers abzuschirmen, aus Angst vor einer Lähmung der eigenen Wachstumskräfte. „But history teaches us that economy in the process of development produces its own antitoxins. Industrialization is the insulin to counteract the foreign virus, and its action is facilitated by foreign capital itself.“²⁴ Im Industrialisierungsprozess

muss das Auslands- mit dem Inlandskapital kooperieren, es muss auf die Rolle eines Verbündeten beschränkt bleiben. Dies kann aber nur dort gelingen, wo das Importland sich auf mehrere Finanz-Säulen stützt und sich nicht von einem einzigen Geberland abhängig macht.

Südamerika ist reich an natürlichen Ressourcen, und der Faktor Arbeit wird durch die Masseneinwanderung ständig erweitert. Dies schafft ein enormes Potential für einheimische Märkte, das sich mit fortschreitender Industrieentwicklung und Entstehung einer Massenkaufkraft erschließen wird. Damit akkumuliert sich eigenes Kapital und ausländisches wird angezogen. Wie aber steht es mit dem weiteren Produktionsfaktor, der gerade in Phasen beschleunigter Entwicklung eine Schlüsselrolle hat: dem *capitalist spirit*, dem Unternehmergeist? Kann er sich in den spezifischen südamerikanischen Milieus entwickeln?

Normano hält die rassebezogenen Erklärungen unternehmerischer Dynamik für nicht diskussionswürdig. Und er lehnt auch eine einfache Übertragung der Theorien von Sombart und Weber auf Südamerika ab: „Max Weber could not possibly find any Puritanism, and Werner Sombart not any Judaism, on this continent.“ Denn dort sind die Innovationstreiber der europäischen Industrialisierung, der puritanische und der jüdische Unternehmertyp, kaum vertreten. Dennoch hält Normano die Grundgedanken der beiden Theoretiker für übertragbar, nur eben nicht in einer schlichten, „vulgären“ Weise. „Broadly considered, Puritan and Jew are simply historical illustrations of a more general type, which so often acts as the pioneer of capitalism: the foreigner, the immigrant uprooted from his customary way of life, who is fighting for his future and success under entirely new economic conditions, the innovator who in his fatherland voluntarily forgets his former history and traditions. [...] Who were the Puritans in the United States? Pioneers, emigrants and foreigners. Who are the Jews in the world?“²⁵ Normanos Fazit: der *capitalist spirit* entfaltet sich auch auf dem südlichen Subkontinent, mit den ABC-Staaten als Vorreiter. Die Ballungszentren wachsen stürmisch, und die sie umgebenden Wirtschaftskreise erweitern sich ständig. Mit der infrastrukturellen Entwicklung wird die Grenze der Moderne ins Landesinnere ausgedehnt, auf die erste, feudalkoloniale folgt eine zweite, bürgerlich-kapitalistische Eroberungswelle. Karl Bücher, Lewins Lehrer, fände hier alle von ihm definierten Wirtschaftsformen *in praesentia*, und Bernhard Harms sähe mit Interesse deren Einbindung in die Weltwirtschaft.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem wirtschaftlichen Aufbruch für die zwischenstaatlichen Beziehungen – auf sub- und transkontinentaler Ebene? Die industrielle Produktion von Massengütern verlangt nach großen Märkten; eine imperialistische Bewegung ist in Argentinien, ansatzweise auch in Chile erkennbar und beschleunigt die Durchdringung von Nachbarländern (Argentinien in Paraguay), vor allem aber Bestrebungen nach einer hispano-amerikanischen Wirtschaftsunion. Parallelen dazu gibt es in Europa; die Vision von einer *Pan-European Union* verstärken die Gemeinsamkeiten zwischen europäischen Mächten und spanisch-

sprachigen Aufsteigern in Südamerika.²⁶ Freier und Umworbene haben zueinander gefunden; die amerikanische Gefahr, der *Peligro Yanqui*, war der Mittler.²⁷

Brasilien wird nicht einbezogen, hat dies aber auch nicht nötig. Es ist ein süd-amerikanischer Sonderfall, unter mehreren Aspekten. Sein Verhältnis zur Kolonialmacht Portugal hat sich umgekehrt, die Tochter ist seit langem stärker als die Mutter. Brasilien ist der größte Flächenstaat der Neuen Welt, und seine Bevölkerungszahl wird dort nur von den USA übertroffen. Für seine Industrialisierung ist es auf ausländische Märkte nicht angewiesen; die einheimischen – sobald erschlossen – werden die Massenproduktion bis ins 21. Jahrhundert aufnehmen. Tendenzen eines brasilianischen Imperialismus sind daher nicht zu erkennen, die Brasilianer haben ihre Kolonien im eigenen Lande. „What is Amazonas, if not a colony, [...] and is Mato Grosso not a field for colonization?“²⁸

Vor der amerikanischen Gefahr fürchtet Brasilien sich nicht; es hat keine Vorbehalte gegenüber dem US-Kapital und errichtet keine Schranken. Gegen die Marktkräfte stemmt es sich allerdings beim Kaffee. Es reguliert den Export seines wichtigsten Agrarrohstoffs und folgt auch darin dem amerikanischen Vorbild – einem schlechten, wie Normano meint. Die politische Haltung Brasiliens gegenüber den USA ist offen bis freundlich, bei aller Reserve gegenüber der Monroe-Doktrin. Diese Einschätzung teilt Normano mit seinem Förderer Haring, der von einer „American tendency“ in der brasilianischen Außenpolitik spricht: „The diplomatic policy of Brazil, owing to her relative isolation from the other Latin-American countries, has been traditionally one of friendship with the United States.“²⁹ Mit dieser kooperativen Haltung und einem intensiven wirtschaftlichen Austausch wird Brasilien seine Industrialisierung beschleunigen und seine politische Rolle stärken, und sich damit Chancen für den Aufstieg zu einer Weltmacht eröffnen.

Eine kühne Schlussfolgerung Normanos, die sich heute bestätigt findet; denn ein Schwellenland ist Brasilien schon heute, in der Gruppe der BRIC.³⁰ Normanos Erwartung – mit ihr schließt das Buch – wird sich zweifellos erfüllen. Dagegen ist seine Vision für Cuba, damals ähnlich kühn, im real experimentierenden Sozialismus verpufft. War Normano, auch als Autor, ein Hasardeur? Hatte er keine Scheu vor gewagten Thesen, die sich als krass irreführend erweisen, aber auch zu wissenschaftlichem Durchbruch führen könnten? Wie ist das Buch seinerzeit aufgenommen worden – als Erkenntnisprung? Wie haben die Kritiker den Autor gesehen – als grundfesten Wissenschaftler, als Überflieger, als Scharlatan?

Die Antwort: das Echo kam von vielen Seiten, und es wird Autor wie Verlag gut in den Ohren geklungen haben – mit einigen Dissonanzen. Als erstes reagierte das britische Wochenmagazin *The Economist*; es gab im September 1931 seinen Hinweis auf die Neuerscheinung: „A most interesting book“, das die Nord-Süd-Beziehungen „in a very stimulating manner“ beleuchte.³¹ Im Januar 1932 folgte die *New York Times* mit einer ausführlichen Besprechung. Dem Rezensenten, ein Journalist Gardner Harding, gefielen Buch und Autor ohne Einschränkung. Die öko-

nomischen Interessen der Werber würden ideologiefrei analysiert, einschließlich der Versuche, sie mit dem Appell an supramaterielle Gemeinsamkeiten durchzusetzen. Dabei fände auch das Verhältnis der USA zu seinen südlichen Nachbarn die gebührende Aufmerksamkeit, wobei nicht nur die verstärkte Einflussnahme nach dem Kriege sondern auch deren Vorgeschichte betrachtet werde. „Very few South-American publicists are directing the attention of their readers to facts of this kind, and Dr. Normano is to be congratulated, not merely because he says kindly things about the United States, but because he says things that happen to be so particularly true.“ Alle (US-)Amerikaner, die in den Nord-Süd-Beziehungen auf dem Kontinent aktiv sind, sollten dieses Buch zur Hand nehmen, zum Beispiel wenn sie die praktische Bedeutung der italienischen und deutschen Kolonien auf dem Subkontinent besser verstehen wollten.

Der Autor ist aus Sicht des Rezensenten ein „realistic publicist, long-schooled abroad and resident in the United States as well as in Europe“. Die Amerikaner könnten sich glücklich schätzen, dass es ein Brasilianer war, der zur Frage der weltwirtschaftlichen Bedeutung Südamerikas dieses erste und ausgesprochen objektive Buch vorgelegt habe – aus südamerikanischer Sicht. „It is a keenly observant study throughout, Dr. Normano deserves the thanks of all who believe frankness is a virtue in discussing the ‘struggle’ for the world of South America.“³²

Die erste Besprechung durch einen ausgewiesenen Wissenschaftler erschien 1932 im renommierten *American Economic Review*. Der Rezensent war Chester Lloyd Jones, Professor an der Universität von Wisconsin; 1928 hatte er als Berater an der Panamerikanischen Konferenz in Havanna teilgenommen. Die Kritik – so meinte er – werde die Neuerscheinung gründlich durchschütteln; denn: „It has defects of form and at times superficiality of statement.“ Willkommen sei es dennoch, vor allem, weil es deutlich die Schwächen aufzeige, die in der politökonomischen Literatur zu Lateinamerika vorherrschten. Dünn sei der erste Teil des Buches, er bringe kaum Neues. Dagegen sei der Autor im zweiten Teil „in his element“. Jones durchheilt die Kapitel zu Ideologie und „Yankee Peril“, er zeigt, wie sehr Normano an der Wirklichkeitsnähe der vielen „isms“ zweifelt, und wie er die ökonomische Ratio als letztendlich bestimmende Leitlinie herausstellt. Dies alles bewege Normano zu der These, dass Lateinamerika sich industrialisieren und dafür dem Auslandskapital die Türen öffnen müsse.

Jones liefert vor allem eine zugespitzte Zusammenfassung des Inhalts; nur vermuten kann man, dass er Normanos Analyse, nicht aber dessen Schlussfolgerungen teilt. Ausdrücklich gibt er seine Bewertung erst im letzten Satz: „It would be reassuring if one could believe the problems of South America as simple as the author sees them. Economic, social and political advance are not automatically obtained with industrialization, nor is industrialization itself easily to be obtained.“³³

Die darauf folgende Besprechung, im *American Journal of Sociology*, hatte ihren besonderen Reiz darin, dass Normano den Kritiker in seinem Buch selbst kriti-

siert hatte: Rippy habe mehrere, unbedingt zu unterscheidende Begriffe der zwischenstaatlichen Kooperation in einen Topf geworfen.³⁴ J. Fred Rippy, fünf Jahre jünger als Normano, lehrte lateinamerikanische Geschichte an der Duke University. Die Rezension ist souverän geschrieben, Rippy meistert die Herausforderung. Er schaut zunächst auf die eigenen Arbeiten über die „Yankeeophobia“ in Südamerika wie Europa zurück und freut sich, dass die erhoffte Aufnahme seiner Forschungsanstöße offensichtlich schneller erfolge als erträumt. Er lobt das Buch als „an excellent study of the struggle of the leading powers over South America, a study written by a Brazilian familiar with that portion of Latin America as well as with the United States and the leading nations of Europe, a man who is at once an economist and a historian.“

Nach einer kurzen Inhaltsskizze wechselt er den Ton und urteilt nun ausgesprochen kritisch. Neues habe das Buch nur in begrenztem Umfang gebracht, es beschränke sich auf einzelne Phasen der historischen Entwicklung. Und Normano liefere eine doch recht orthodoxe Betrachtung, „he even insists that his compatriots welcome Yankee capital and mass production“. Dem Autor gelängen glänzende Interpretationen von Fakten, Ereignissen und Literatur. Das Buch zeige aber Schwächen in der Form, wohl auch wegen der „composition in a foreign language“. ³⁵ Dennoch, das Englisch sei „excellent“. Vom Verfasser am Rande vermerkt: beanspruchte Rippy unausgesprochen das Urheberrecht für das „Struggle“-Thema? 1940 sollte er einen Aufsatz schreiben, dessen Titel dem des Buches sehr nahe kommt: „The Struggle for Latin America.“³⁶

Die Rezension in der *Hispanic American Historical Review* wird Normano als Obligo gesehen haben. Geschrieben hat sie Roscoe Hill, er war Archivar an der Library of Congress und stand im November 1932, als die Besprechung erschien, vor seiner Promotion. Hill gibt den Inhalt sehr ausführlich wieder, bewertet ihn allerdings kaum. Kritisiert werden fast nur editionstechnische und formale Eigenheiten, einschließlich sprachlicher Unklarheiten – „owing perhaps to translation“. Das Fazit: „The volume is thought-provoking, presents most interesting considerations, and is a valuable addition to the literature on the relations of South America and the United States.“ Damit zieht Hill einen ähnlichen Schluss wie Rippy. Und auch er nimmt an, dass sich bei der Übersetzung des Texts Fehler eingeschlichen haben.³⁷ Übersetzung? Teilten beide, wenn nicht alle Rezensenten, die unausgesprochene Vermutung, dass der „Brasilianer“ die Arbeit nicht – oder nur teilweise – in englischer Sprache verfasst hatte? Die *Hispanic American Historical Review* erschien im Verlag der Duke University. Trug dies dazu bei, dass Hill und Rippy zu ähnlichen Ergebnissen kamen?

Auch in drei europäischen Zeitschriften wird das Buch kommentiert. Der Wirtschaftsgeograph Robert H. Kinvig, Universität Birmingham, äußert sich in *International Affairs*, dem führenden britischen Journal für internationale Beziehungen.³⁸ Wie Hill beschreibt er vor allem den Inhalt; für die Bewertung des Werks und des

Autors bedient er sich aus dem von Haring geschriebenen Vorwort. Wesentlich intensiver setzt sich die Rezension im *Ibero-Amerikanischen Archiv* (Berlin) mit der Schrift auseinander.³⁹ Auf zwei Textseiten wird der Inhalt anschaulich besprochen, „das, was der Verfasser, ein Brasilianer, über Deutschlands Stellung drüben sagt“ wird vollständig zitiert, und dem Autor wird „eine außerordentliche Sachkenntnis“ zugeschrieben. Im *Weltwirtschaftlichen Archiv* (Hamburg) stellt der Finanzwissenschaftler Benvenuto Griziotti das Neue an Normanos Arbeit heraus, „[...] die Aufgabe, die psychologischen, ethnischen, sozialen und gefühlsmäßigen Faktoren herauszuarbeiten, die die Beziehungen [...] bestimmen.“ Allerdings könne man „leicht beweisen, daß [...] Tatsachen vom Verfasser zu hoch oder zu niedrig eingeschätzt wurden“ und „daß sich in den Verhältnissen gegenwärtige starke Wandlungen vollziehen.“⁴⁰ Beide Rezensionen zeigen, dass das Buch auch in deutschen Wissenschaftlerkreisen wahrgenommen wurde. Der Verkauf aber hielt sich in engen Grenzen, wohl nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise. Der heutige Bestand in deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken liegt bei fünf Exemplaren.

Normano wird diese Rezensionen seines Südamerika-Buchs mit wechselndem Interesse gelesen haben. Viel Gefallen aber fand er offenbar an einer Besprechung, die er selbst in diesen Monaten verfasste. Aufs Korn nahm er die Abhandlung von „Latin American Problems“, die ein Praktiker der Wirtschaft auf den Markt gebracht hatte. Er hieß Thomas F. Lee, und eine Werbebroschüre zeichnete ihn als „[...] colorful figure of the financial world. But when he talks it is not of Wall Street and money, although his firm developed the largest fixed trust in the world (North American Trust Shares, now over \$200,000,000). He talks of Latin America and its people. He injects romance into economics. His stories [...] carry their own thrill – for Thomas F. Lee is engineer, explorer, writer, poet, lecturer and afterward a Wall Street Banker.“

Thomas F. Lee hatte also nicht nur den klaren Blick für Schlüsselinvestitionen in die subkontinentale Entwicklung, sondern stand auch den einfachen Menschen nahe; er kannte ihre Sorgen, Nöte und Wünsche, er lebte ihr Leben. Er hatte den Kontinent bereist, nicht nur mit Stippvisiten der Zentren sondern auch auf dem Maultier abseits der großen Straßen, auf den Spuren der Jahrhunderte alten Kulturen. So schreibt er: „A few years ago, in the uplands of Guatemala, I photographed a Maya-Quiché woman – oriental features – lips held in the curious fashion of the ancient Mayas.“⁴¹ Und über Cortez urteilt er: „Not only did he blight the flowering of a race as it seemed to have reached a culture perhaps finer than that known by the Spaniard himself; but he destroyed all evidence of these peoples, their works, their culture, their ideals.“⁴² Normano macht sich sein eigenes Bild von diesem *Business Angel*. Dessen Buch hält er für eine amüsante Plauderei, an „amusing *cause-rie* of a traveling financier. Mr. Lee possesses imagination and understands what he observes. The main characteristic of his book is an intrinsic dilettantism.“⁴³

-
- 1 Die Kurzdarstellung ist eine stark geraffte Version dieses vollständigen Textes, somit keine
 - Neufassung. Daraus ergeben sich einige Satz wiederholungen, für die der Verfasser Ver-
 - ständnis erhofft.
 - 2 Clarence H. Haring: *South America looks at the United States*, New York 1928, S. 168.
 - 3 J. F. Normano: *The Struggle for South America. Economy and Ideology*, London 1931, S. 67.
 - 4 Ebd., S. 71.
 - 5 Ebd., S. 95, zit. n. C. Reginald Enock: *Republics of South and Central America*, London
 - 1922, S. 10.
 - 6 J. F. Normano, *The Struggle ...*, S. 94.
 - 7 Ebd., S. 112.
 - 8 Ebd., S. 116 f.
 - 9 Dieses Schlagwort hatte der spanische Autor Luis Araquistáin mit dem gleichlautenden Titel
 - seines 1921 erschienenen Buches geprägt.
 - 10 Ebd., S. 137 f., zit. n. C. Haring: *South America ...*, S. 139 bzw. 218.
 - 11 J. F. Normano: *The Struggle ...*, S. 163.
 - 12 Vgl. ebd., S. 171 f.
 - 13 Ebd., S. 166.
 - 14 Ebd., S. 173 f.
 - 15 Ebd., S. 178.
 - 16 Ebd., S. 204.
 - 17 Ebd., S. 199.
 - 18 Vgl. ebd., S. 206.
 - 19 Ebd., S. 208, zit. n. Domingo F. Sarmiento: *Conflicto y armonías de las razas en América*,
 - Buenos Aires 1883, S. 445 f.
 - 20 Ebd., S. 209, zit. n. Juan B. Alberdi: *Estudios económicos*, Buenos Aires 1916, S. 334.
 - 21 Mit Bezug auf die 1827 in den USA verfasste Schrift von Friedrich List.
 - 22 Ebd., S. 213.
 - 23 Ebd., S. 232.
 - 24 Ebd., S. 234.
 - 25 Ebd., S. 227.
 - 26 Ebd., S. 237.
 - 27 Ebd., S. 239.
 - 28 Ebd., S. 241.
 - 29 Ebd., S. 242, zit. n. C. H. Haring: *South America ...*, S. 206.
 - 30 Die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China.
 - 31 Rezension in: *The Economist* 113 (1931) 4595, 19.09.1931, S. 22 f.
 - 32 Rezension in: *The New York Times* 03.01.1932.
 - 33 Rezension in: *American Economic Review* 22 (1932) 1, S. 91 f.
 - 34 J. F. Normano: *The struggle ...*, S. 265.
 - 35 Rezension in: *American Journal of Sociology* 37 (1932) 5, S. 811 f.
 - 36 Erschienen in *World Affairs* 103 (1940) 1, S. 51–55.
 - 37 Rezension in: *The Hispanic American Historical Review* 12 (1932) 4, S. 472–474.
 - 38 Rezension in: *International Affairs* 11 (1932) 2, S. 294 f.
 - 39 Rezension in: *Ibero-Amerikanisches Archiv* 6 (1932/1933) 1, S. 97–99 (ohne Angabe des
 - Rezensenten).
 - 40 Rezension in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 36 (1932) 2, S. 183 f.
 - 41 Thomas F. Lee: *Latin American Problems. Their relation to our Investor's Billions*, New
 - York 1932, S. 278.
 - 42 Ebd., S. 282.
 - 43 Rezension in: *Pacific Affairs* 13 (1933) 1, S. 99. In den USA gab es in den Folgejahren noch
 - drei Besprechungen des „Struggle“: in: *Tulane Law Review* 7 (1932–1933), S. 310 f.; in:
 - The Sewanee River* 42 (1934), S. 127 und in: *Social Forces* 13 (1934–1935), S. 462.

Brazil: A Study of Economic Types

Normanos zweites Buch über Lateinamerika erschien 1935. Verlegt wurde es von der University of North Carolina Press. Diese Universität bot schon damals ein spezielles Curriculum für *Latin American courses*. Normano hatte offenbar Kontakte dorthin geknüpft; Nachweise, dass er auch an der Lehre beteiligt war, ließen sich nicht finden.¹ Auch diese Arbeit wollte er wirtschaftshistorisch ausrichten. Eine allgemeine Wirtschaftsgeschichte Brasiliens – oder gar Lateinamerikas – hielt er jedoch für utopisch; der Forschung fehle die Reife, es hapere an den Grundlagen, viele unverzichtbare Bausteine fehlten noch. Was sich stattdessen anbot, war eine spezielle Betrachtung, eine Herausstellung des für Brasilien Typischen. „Ultimately I became engrossed in the idea of undertaking a limited task – to give not an epos, not even an exhaustive description, but the study of the *typical* in the Brazilian economic history – to give a story not of facts, but of types and tendencies.“² So steht es in seinem Vorwort, verfasst in „Cambridge Mass., June 1932“. Darin beschreibt er wie üblich den Startimpuls, die Konzeptentwicklung und die Kapitel-folge, nicht ohne mit Dankesworten zu schließen.

Im ersten der sieben Kapitel nimmt Normano die These von der *moving frontier* auf, die Frederick J. Turner 1893 aufgestellt hatte. Grundlage ist Turners Sicht der Evolution, mit der sich die ausgeprägte Besonderheit der amerikanischen Gesellschaft herausgebildet hat. Die frühen Einwanderer legten die aus Europa mitgebrachten Zivilisationsmuster ab, indem sie auf die Herausforderungen der neuen Umgebung durch eine spezielle Anpassung reagierten: die „Amerikanisierung“ von Denken, Verhalten und Institutionen. Die größten Herausforderungen stellten sich an der „Front“, wo sich Zivilisation und Wildnis gegenüber standen: die Ressourcenplünderer, Händler und Siedler auf der einen, die Indianer auf der anderen Seite. Diese Grenze verschob sich unaufhaltsam ins Landesinnere, und je westlicher der Standort, desto „amerikanischer“ waren Individuen und Gemeinschaften.

„The ‚Moving Frontier‘ has slightly gone to the authors head“ schreibt W. S. Thatcher in seiner Rezension im Dezember 1935.³ Nicht ohne Grund; denn tatsächlich sieht Normano in Turners These nichts spezifisch Amerikanisches. Er ist überzeugt, dass sie sich auf alle Großraumstaaten beziehen lässt: in Europa auf Russland, in Südamerika auf Brasilien und Argentinien. Dies ist sein Ansatz für die Deutung der brasilianischen Wirtschaftsgeschichte, für seine *Study of Economic Types*. Ganz schlüssig wirkt dies nicht, denn wenn es so enge Parallelen zur nordamerikanischen Entwicklung gibt, wieviel Raum gibt es dann für „the study of the *typical* in the Brazilian economic history“, die den Kern seiner Arbeit bilden soll? „As in the North, the frontier was reached first by canoe or by horse, and we can trace the same types of frontier movers [...]“⁴, schreibt Normano, um dann die brasilianischen *frontier movers* zu typisieren. Ein zweiter Rezensent, Raul D’Eça, hakt

dort ein und trifft den Punkt: „This may be a good classification but can be applied substantially to any other country.“⁵

Normano beschreibt, wie die Wege zur Erschließung des brasilianischen Hinterlands durch die Topographie des Landes vorgezeichnet sind. Er verfolgt die Ausdehnung der Zivilisationsgrenze in der Geschichte und zeigt mit demographischen wie wirtschaftlichen Indikatoren den fortbestehenden Dualismus auf. Evident sind die Lücken zwischen den unterentwickelten Staaten im Norden, Nordosten und Westen auf der einen und den fortgeschrittenen im Südosten und Süden auf der anderen Seite. Amazonien und Minas Gerais, Pernambuco und Rio Grande do Sul, Mato Grosso und São Paulo – für die einen ist die Grenze nah, für die anderen in historische Ferne gerückt.

Diese Front sozialökonomischer Entwicklung verlagert sich immer tiefer ins Hinterland, bis schließlich die politische, die Staatsgrenze erreicht ist. Dies – so Normano – ist der brasilianische „Imperialismus“: die politische Landkarte wird mit ökonomischer Substanz gefüllt, bis der letzte weiße Fleck verschwunden und die historische Desintegration des Landes überwunden ist. Auf gewaltsame territoriale Expansion kann der brasilianische Imperialismus verzichten, den Amazonasstaat Ceará hat er zugekauft. Der riesige nationale Raum bietet ein Potential, das sich – wenn überhaupt – erst im nächsten Jahrtausend erschöpfen wird.

Die Frontverschiebung ist kein stetiger Prozess; neben dem Tempo gehört auch der abrupte Wandel zu den Charakteristika der brasilianischen Entwicklung. Dies zeigt sich, wie Normano im zweiten Kapitel schreibt, im „perpetual change in the leading products“.⁶ Der Zucker ist das früheste dieser Leitprodukte; die Zuckerwirtschaft entfaltet sich schon im 16. Jahrhundert, in Bahia und Pernambuco. Mit der Entwicklung von Märkten, Technik und Transportwegen festigt sie sich, aber im auslaufenden 17. Jahrhundert verliert der Zucker seinen Spitzenrang ans edle Metall. Goldschürfer suchen ihr Glück in nahezu allen Staaten Brasiliens, doch nur Minas Gerais scheint unerschöpfliche Quellen zu bieten. Der Rausch erreicht seinen Höhepunkt schon um 1750, die Jahresproduktion überschreitet 10 Tonnen. Dann sinkt sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf ein Zehntel.

Die Baumwolle löst das Gold ab. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird Brasilien zum bedeutenden Exporteur, in heftiger Konkurrenz mit den USA. Seinen dritten Platz auf dem Weltmarkt kann es halten, bis um 1890 die Sklaverei abgeschafft und das Naturgummi zum ersten Exportprodukt wird. Was der Goldrausch für Minas Gerais war, das wird der Kautschukrausch für Amazonien. Von 1890 bis 1910 verfünffacht sich die Liefermenge, dann ist der Wendepunkt erreicht. Die Plantagenwirtschaft in Südostasien siegt über den Raubbau im Amazonasbecken.

Aus Brasilien kommt nun vor allem Kaffee. Um 1905 ist ein Weltmarktanteil von 75% erreicht, und bis 1925 steigt der Prozentsatz am brasilianischen Gesamtexport auf dieselbe Höhe. Der Kaffee wird zum „König“ und São Paulo zum domi-

nierenden politischen Zentrum. Der gigantische Versuch, den Kaffeepreis künstlich stabil zu halten, indem wachsende Überschüsse auf Lager genommen werden, scheitert im großen *Crash* von 1929. Brasilien verliert ein Drittel seiner Gesamtausfuhr und stürzt in eine tiefe Krise. Die erste Republik ist am Ende. Washington Luís aus São Paulo verliert die Macht, und Getulio Vargas aus Rio Grande do Sul übernimmt.

Diesen Verlauf der brasilianischen Rohstoffexporte, mit starker Abhängigkeit von schnell wechselnden Leitprodukten, sieht Normano als systemimmanente Erscheinung der „Raubwirtschaft“.⁷ Der Reichtum an natürlichen Ressourcen wird zur Falle: ein neues Produkt erzielt hohe Weltmarktpreise, reizt in- und ausländische Produzenten zum Markteinstieg und kommt in die Reifephase – mit fallenden Preisen und Tendenz zum Überangebot. Brasilien reagiert darauf extensiv; es dehnt die Grenzen der Produktgewinnung aus, statt innovativ gegenzusteuern: mit Effizienzsteigerung beim Leitprodukt, vor allem aber mit neuer Produktentwicklung zur Ablösung der Monokultur.

Tempo und Wandel in Brasiliens Wirtschaftsgeschichte: wie ein Exportgut durch ein anderes ersetzt wird, so löst eine soziale Leitfigur die andere ab. Für dieses gesellschaftliche Entwicklungsmuster findet Normano ein Pendant – in der Musikform der Fuge. Sein großartig gezeichnetes Bild: „One after another new voices enter the field, follow one another, coexist, interrelate, contribute to the general construction (as a fugue is a musical architecture). In every stage one of the voices is the typical, the leading. In this historical fugue has not yet struck the last chord, the harmony of which crowns the musical fugue.“⁸

Der erste typische Handlungsträger ist der *Bandeirante*; in Expeditionstrupps, staatlich oder privat organisiert, soll er das Hinterland erkunden und beutebeladen zurückkehren – mit Gold, Diamanten, Sklaven. Seine Erschließung des Inlands öffnet die Wege für den *Fazendeiro*. Er ist der Träger der kolonialen Landwirtschaft, nicht mehr ein Nomade wie der *Bandeirante*, sondern fest verwurzelt auf seiner *Fazenda*, seiner Insel in der Weite des Hinterlands, des Sertão. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist er der Träger politischer Macht; denn nur Großgrundbesitz sichert Reichtum, Einfluss und Herrschaft.

Der *Paulista* – wörtlich: der Bürger São Paulos – ist der moderne, städtische *homo economicus*. Er ist der Typ des Entrepreneurs, die Leitfigur im republikanischen Brasilien. Nicht nur in São Paulo ist er zu finden: als *Paulista* sieht Normano auch den aufsteigenden Zuckerfabrikanten in Bahia, den modernen Farmer in Minas Gerais und den Gaucho-Sohn in der Pampa, der die Rindfleischmärkte der USA bedient. Als Leitfigur folgt der *Paulista* dem *Fazendeiro*: „The growing moneyed class of paulistas likes to consider itself as the driver of the Brazilian coach.“⁹ Der vierte Typ ist der *Estrangeiro*, der Immigrant, der im Zuge einer gezielten Einwanderungspolitik ab den 1820ern ins Land kommt. Er ist nicht Leitfigur, aber typischer Handlungsträger – in der Mehrzahl Gewerbetreibender, Händler oder

Landwirt. Er integriert sich in die wachsende städtische Mittelschicht oder bildet mit seinesgleichen Kolonien, wie der deutsche Zuwanderer in Santa Catarina. Bis 1930 strömen nahezu vier Millionen ins Land, ein Drittel kommt aus Italien.

Auch in diesem Buch interessiert ihn der theoretische und ideologische Überbau der ökonomischen Prozesse. So wie die Preise auf den europäischen Rohstoffmärkten auf die brasilianische Wirtschaft einwirkten, so beeinflussten europäische Ideen das politökonomische Denken im Lande. Adam Smith fand mit seinem „Wealth of Nations“ auch im intellektuellen Brasilien ein Echo. José da Silva Lisboa, der erste Professor für Politische Ökonomie im Lande, folgte 1804 in seinen „Principios de economia política“ dem klassischen wirtschaftlichen Liberalismus des Adam Smith.

Mehr Überraschungen bietet der zweite Teil dieses Abschnitts über brasilianische *economic thoughts*. Darin ist nicht ein Wissenschaftler die Zentralfigur sondern ein Unternehmer, der größte, den Brasilien im 19. Jahrhundert hatte. Irineu Evangelista de Souza, kurz „Mauá“, war ein *Self-Made Man*, der sich mit keinem akademischen Grad schmücken musste. „He started in as an apprentice, and became the greatest banker of the southern continent, a statesman and diplomat, for a time the financial ruler of the Atlantic coast of South America, an associate of the Rothschilds in London, owner of banks in England, the United States of America, Brazil, Uruguay and Argentina – the true international and Inter-American banker.“¹⁰ Für Normano aber war Mauá nicht nur ein überragender Entrepreneur, er war auch ein Denker, der europäische Impulse aufnahm und sie in die gesellschaftliche Entwicklung Brasiliens einbrachte. Mauá war der brasilianische Vertreter des praktischen Saint-Simonismus.

Normano war, als Schüler von Schulze-Gaevernitz, ein Bewunderer Saint-Simons; er schrieb über ihn 1932 in der Zeitschrift *Social Forces*.¹¹ Saint-Simon – so Normano – hat alle Sozialwissenschaften befruchtet, sein Einfluss ist universell und transkontinental. Er postulierte eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Produktion auch an die ärmeren Schichten, wohingegen die parasitären Gruppen, wie Adel und Rentiers, keinen Anspruch auf ihren Anteil stellen dürften. Bekanntlich gilt Saint-Simon heute als Vertreter des utopischen Sozialismus und als einer der Begründer der christlichen Soziallehre.

Diese Soziallehre aber ist nicht das, was Normano an Saint-Simon interessiert. „It is not socialism which is the essence of Saint-Simon. Rather he was the prophet of the high stage of capitalism which marks our day. [...] The real death of the ancient regime and the birth of true liberty were for Saint-Simon the results of industry. [...] By industry Saint-Simon meant the productive forces of the people, maintaining that it depended for its expansion upon the development of transportation and credit. Railroads, canals, and banks are the vehicles of industry and together they constitute the hope for a new golden age.“¹² Normano betont dann Saint-Simons Sicht von der Schlüsselrolle der Banken. Sie sollen als zentrale Pyramide

der neuen Gesellschaft, hierarchisch geordnet, das Monopol über das Kapital ausüben, es über Kredite gezielt plazieren und damit die gesellschaftliche Produktivkraft stetig steigern. Für Normano ist dies die eigentliche Botschaft Saint-Simons, und hier schließt sich der Kreis zu Mauá. In diesem Sinne ist er, der Großbankier, ein Promotor des praktischen Saint-Simonismus. „Influenced directly or indirectly, Mauá represented the *practical* Saint-Simonism in South America and especially in Brazil [...]. The theoretical Saint-Simonism has found no ground in Brazil, but the industrial system and his hierarchy of banks found a paramount executor in Visconde de Mauá.“¹³

Mit dieser Einschätzung hat Normano sein drittes Buchkapitel „The World Economic Waves in Brazil“ zur Hälfte abgeschlossen. Unvermittelt springt er nun vom Überbau zurück ins reale Wirtschaftsgeschehen und betrachtet die Industrieentwicklung vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Weltkriegszeit. Der Rezensent Donald Pierson hat zweifellos recht, wenn er kritisiert: „Often one’s anticipation is aroused by an auspicious beginning only to find the author suddenly switching to some other topic of attention.“¹⁴ Tatsächlich hat Normano hier zwei Fragmente in den Text eingebracht, die von der Klammer der vagen Überschrift kaum zusammengehalten werden.

Geschlossen und detailreich gelingen ihm die beiden Folgekapitel, mit Fragen, die ihn schon in Russland beschäftigt haben. Es geht um die öffentlichen Finanzen und das Bankensystem in einem noch unreifen Kapitalismus, um die Spannungen zwischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik, um die Aufgabenteilung zwischen Privat- und Staatsbanken und um die Herausbildung einer einheitlichen und sicheren Währung mit hinreichend stabilen Wechselkursen. Zu Recht finden diese Kapitel bei den Kritikern besondere Beachtung. Victor S. Clark schreibt über sie: „[...] they are an illuminating exposition of an intricate subject and give the reader a clearer impression of Brazilian finance than he is likely to get from other sources.“¹⁵ Der Brasilianer D’Eça bescheinigt dem „Brasilianer“ Normano eine außergewöhnliche, intime Kenntnis dieser Fragen und fügt hinzu: „His remark that the source of many national economic troubles lies in the dissociation of economy and finance, and in the discrepancy of economic and political Brazil, is very good.“¹⁶

In der Tat: diese fehlende Verzahnung von Finanz- und Güterwirtschaft, von politischem und ökonomischem System behandelt Normano ausführlich, aufschlussreich und weitestgehend schlüssig. Das ökonomisch relativ kleine Brasilien hatte seit jeher einen überproportionierten Staat zu tragen; dies ist der Ausgangspunkt seiner Analyse. Die koloniale Wirtschaft war zu schwach, um den Staatshaushalt über Steuern und Abgaben zu finanzieren; die Lücke war nur mittels Notenpresse und Staatsanleihen zu schließen. Die Quelle für Auslandskapital sprudelte in London, und über den Zugang entschieden die Rothschilds. Der brasilianische Schuldenberg wuchs ständig, weil stets neue Anleihen zum Bedienen der früheren begeben wurden. Dies funktionierte in Friedenszeiten, aber nicht im Weltkrieg; schon

im August 1914 erklärte die Regierung sich für zahlungsunfähig. Nach 1918 wurden die USA zum größten Finanzier – der Auslandsschuld. Zudem war der brasilianische Staat im Inland in enormer Höhe verschuldet.

Das Bankensystem: sein Ursprung war die Gründung der (ersten) Banco do Brasil (1808), aber die eigentliche Entwicklung begann erst zur Zeit Mauás. Um 1850 gab es ein halbes Dutzend Privatbanken, die mit dem Schatzamt um die Ausgabe von Banknoten stritten. Die Zentralregierung versuchte das Monopol zu sichern, indem sie es auf die (dritte) Banco do Brasil übertrug, in der Mauá eine Schlüsselrolle hatte. Dieses Monopol war nicht von Dauer, wohl aber der Streit um die Emissionsrechte für Banknoten und deren Deckung. Im Ausland verlor die brasilianische Währung ständig an Wert. Um 1850 lag der Wechselkurs in London bei 27,5 Pence je Real. Mit starken Schwankungen fiel er auf einen Tiefststand von 5,6 Pence in 1898; im selben Jahr erreichte die Geldumlaufmenge ihr Maximum. Die ersten zwei Dekaden des neuen Jahrhunderts brachten eine Erholung, aber in den 1920ern sank der Wert des Real erneut unter 6 Pence. Die zweite Republik erbte 1930 diese Last.

Zeigt Normanos Buch eine zeitgerechte Lösung? Situationsbedingt fällt es ihm schwer, in seinem letzten Kapitel Wege aus der aktuellen Krise aufzuzeigen. Die brasilianischen Ausfuhren sind auf ein Minimum geschrumpft, die Goldreserven erschöpft und die Ströme des Auslandskapitals versiegt. Eindeutig falsche Wege weist – aus Normanos Sicht – der vieldiskutierte Niemeyer-Report; er beschränkt sich auf die finanziellen Fragen und beachtet nicht die Eigenheiten des Landes, vor allem nicht die chronischen Konflikte zwischen Politik, Finanzwelt und Wirtschaft. Diese Kritik teilt W. S. Thatcher, am Ende seiner Buchbesprechung: „Finally, there is a criticism of the Niemeyer-Report, which is somewhat severely handled. In this the author has much to say that is well-founded, as no financial reconstruction can help Brazil as long as the economic and political foundations are rotten. Itinerant experts are often dangerous.“¹⁷

Sir Otto Niemeyer: die brasilianische Regierung hatte diesen *Vice Governor* der Bank of England um eine umfassende Krisenberatung gebeten – so die offizielle Lesart. Anders sah es die *New York Times*: Nein, er hatte nicht eine Bitte aus Rio de Janeiro erhalten sondern man hatte ihn zur Rettung der Rothschilds dorthin entsandt. „Contrary to reports he was not invited by the provisional government, but was sent to Brazil by the Rothschilds interests, who, with associated bankers, are reported committed for about £ 20,000,000 (nearly \$ 100,000,000) on the coffee valorization project. The present situation, therefore, is really an outgrowth of the United States Department's veto of a project to lend money to Brazil to keep up the price of coffee.“¹⁸ Brasiliens Abhängigkeit vom Kaffee, der Preisverfall und die Auslandsschuld, das Interesse der US-Regierung an niedrigen Preisen und der „Struggle“ zwischen UK und USA um Südamerika: *all in a nutshell*, alles in wenigen Pressezeilen gespiegelt.

Normano besteht auf seiner Ausgangsthese. Trotz des ständigen Wandels in der Entwicklungsgeschichte, trotz des unbestreitbaren Fortschritts bleibt das Hauptproblem des Landes unverändert: „to extend the territory of the ‚economic Brazil‘, and to inject an economic substance into the political area. By this process the nation was formed – it now forms the economic United States of Brazil.“¹⁹ Diese Staaten müssen weiter zusammen wachsen, und dies wird nur dann gelingen, wenn die Verknüpfungen enger werden, auf mehreren Ebenen. Die Infrastruktur ist zu verdichten, um die Engpässe für Güter- und Informationsströme zu überwinden; neue Verbindungen auf Schiene, Straße und in der Luft müssen geschaffen, die Postverbindungen verbessert werden, Strom- und Telefonnetze müssen zusammenwachsen. Diese Investitionen sind nur dann zu finanzieren, wenn das inländische Kapital genutzt, der nationale Kapitalmarkt entwickelt wird.

Der Streit um die Steuertöpfe zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Staaten muss politisch überwunden werden, um erstmals in der Föderation ein geschlossenes Finanzsystem zu schaffen. Und schließlich: in der internationalen Zusammenarbeit muss Brasilien die neue Konstellation nutzen, in der die USA den ersten Rang als Kooperationspartner eingenommen und die europäischen Konkurrenten verdrängt hat. Normano zitiert abschließend Thomas Jefferson, der schon vor einem Jahrhundert erklärt habe, dass diese Perspektive für die Brasilianer die naturgegebene sei. Denn sie würden darauf vertrauen, dass am ehesten die USA ihnen eine ehrliche Unterstützung leistete.

- 1 Auskunft der Wilson Library der Universität vom Dezember 2011.
- 2 J. F. Normano: *Brazil – A study of Economic Types*, Chapel Hill 1935, S. viii.
- 3 Rezension in: *The Economic Journal*, 45 (1935) 180, S. 772. Thatcher war zu dieser Zeit Lecturer in Cambridge (UK) und wurde später ein bekannter Wirtschaftsgeograph.
- 4 J. F. Normano: *Brazil* ..., S. 5.
- 5 Rezension in: *The Hispanic American Historical Review* 16 (1936) 2, S. 232–234, hier: S. 234. Raul D’Eça war ein brasilianischer Wissenschaftler, der in dieser Zeit mit Wilgus in der George Washington University zusammenarbeitete.
- 6 J. F. Normano, *Brazil* ..., S. 18.
- 7 Ebd., S. ix.
- 8 Ebd., S. 58.
- 9 Ebd., S. 78.
- 10 Ebd., S. 90.
- 11 J. F. Normano: *Saint-Simon and America*, in: *Social Forces* 11 (1932), 1, S. 8–14. Als Autor ist genannt: „J. F. Normano – Harvard University“. Die Zeitschrift wurde – wie sein Buch – von der University of North Carolina verlegt.
- 12 Ebd., S. 9.
- 13 J. F. Normano: *Brazil* ..., S. 96.
- 14 Rezension in: *American Journal of Sociology* 42 (1937) 5, S. 763. Pierson, 1939 in Chicago promoviert, lehrte anschließend als Professor für Soziologie und Sozialanthropologie in São Paulo.
- 15 Rezension in: *American Economic Review*, 25 (1935) 4, S. 739.
- 16 Rezension in: *The Hispanic* ..., S. 234 f.
- 17 Rezension in: *The Economic* ..., S. 773.
- 18 *The New York Times* 29.05.1931.
- 19 J. F. Normano: *Brazil* ..., S. 222.

The Spirit of American Economics

„The Spirit of American Economics“ und „The Spirit of Russian Economics“ bilden Normanos Beitrag zur Historik der ökonomischen Lehrmeinungen, also der Fachwissenschaft, die das ökonomische Denken in seiner zeitlichen Entwicklung erforschen will. Er hat dabei vor allem Denker des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts betrachtet; die Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Denken seiner Zeit stand dahinter zurück.

Wie schon bei früheren Projekten sah er sich als Pionier; auch das Feld der „American Economics“ betrachtete er als unbestellt. Er machte sich an die Arbeit und vertraute auf gute Ernte; mehr als den Ertrag eines Brachlandes werde er allemal vorweisen können. Denn bislang könne er konstatieren: „The history of economic ideas in the United States [...] does not yet exist.“¹ Entsprechend relativierte er die Erwartungen an seine Pionierarbeit: ein fertiges Gewebetuch werde er nicht vorlegen, wohl aber einige musterprägende Webgarne.

In seinem Vorwort dankt er den Professoren Gay und Mitchell, und in seiner Einleitung bietet er einen Rückblick auf vorliegende Fragmente und Einschätzungen. Die bisherigen Versuche zu einer Ökonomikgeschichte sind aus seiner Sicht dürftig und die Einschätzungen fast durchweg negativ: die Geschichte sei bislang nicht geschrieben,² weil ihr der Gegenstand – spezifisch amerikanische Wirtschaftslehren – weitgehend fehle oder auch weil diese Gattung der Historiographie schlichtweg als überflüssig erschien. Normano nennt nur eine Ausnahme – mit heimlicher Freude? „When an Austro-German (now American) scholar published in 1910 an attempt to investigate and to appraise the modern development of economic thought in the United States, the editor accompanied his enthusiastic phrases with a disparaging [abwertenden] remark.“ Der *Austro-German* war kein anderer als Schumpeter, der Normano im Frühjahr 1933 jede kollegiale Unterstützung verweigert hatte. In dieses Bild passt auch die Erinnerung an Taussig, die Normano an anderer Stelle seines Buches wiedergibt: Taussig habe nach dem Kriege weiterhin dasselbe gelehrt wie in den letzten drei Jahrzehnten des Jahrhunderts zuvor. Vor dem Hintergrund dieses Vergangenheitsbildes begründet Normano dann seinen Ansatz: er habe mehr als eine Bibliographie erstellen, sich aber nicht an eine umfassende Kritik der vorliegenden Literatur wagen wollen. Vielmehr komme es ihm darauf an, die Entstehung der Hauptströmungen zu verstehen, den jeweils treibenden „spirit“, die einflussnehmende „Weltanschauung“ zu erfassen.³

Brachte dieser Ansatz dem Autor Erfolg? Verschiedene Kollegen, Junior wie Senior, hatten ihn schon in Harvard gewarnt, dass ein solches Projekt ihm nur Enttäuschungen bescheren könne. „Most of them denied the very existence of any genuine American economic thought.“ Hat der Ansatz ihn dennoch zu validen Ergebnissen geführt, zu Erkenntnissen, die in der Fachwelt geteilt und als beachtli-

cher Fortschritt honoriert wurden? Die Durchsicht der Buchbesprechungen erlaubt diesen Schluss nicht; das Echo war so geteilt, wie die Lehrmeinungen der Ökonomen, die Normano in seinem Buch bewertet. Es gab fünf längere und zwei kurze Besprechungen, der bekannteste Rezensent war Friedrich August von Hayek.⁴

Bevor man sich an die Besprechung eines kontrovers diskutierten Buches macht, sollte man wohl erklären, welcher wirtschaftstheoretischen Strömung man selbst nahesteht. Dies macht, mit angemessener Bescheidenheit, ein weniger bekannter Kritiker zu seinem Ausgangspunkt: Vincent Wheeler Bladen (1900–1981), Wirtschaftsprofessor an der University of Toronto. Seine Kritik ist dies ausführlichste, neben einer umfassenden Bewertung führt er auch durch die einzelnen Kapitel und bietet damit das Gerüst für eine kurze Inhaltsübersicht.

Diese sei hier eingefügt. Nach der Einführung behandelt Normano im kurzen zweiten Kapitel „The Conflict“: den Widerstreit zwischen „importierten“ und im Lande geborenen Ideen, zwischen den Ideen der Bewahrens (*conservation*) und Wandelns (*transformation*), den Weltanschauungen von Vermögenden (*haves*) und Armen (*have-nots*). Er geht dann zum „Homespun America“ über, dem dritten Kapitel, in dem er das ökonomische Denken von Franklin, Hamilton und Jefferson behandelt. An Benjamin Franklin (1706–1790) interessiert ihn die Seite des Denkers, der seine naturwissenschaftliche Forschung ebenso als Beitrag zur Philosophie verstand wie seine ökonomische Sicht des *laissez-faire*. Hamilton und Jefferson finden ihren Platz in der Entwicklung der ökonomischen Grundideen der amerikanischen Verfassung: der Nordstaatler als Verfechter der *conservation*, der Südstaatler als Impulsgeber der *transformation*.⁵

Wirklich lang ist nur das vierte Kapitel, mit dem Titelstichwort „Moving Frontier“. Normano erinnert an Turner: „The entire social and economic history of the United States can be interpreted in terms of the moving frontier.“⁶ Normano erzählt auch die Geschichte der *economic thoughts* als Hinausschieben von Grenzen, als Wanderung durch den Subkontinent: „Having voyaged in the melancholy lands of the New England classics, peopled by phantoms [er meint McVickar, Vethake und andere⁷], and traveled through the plantations of the South, where cultured landlords long for a continuation of the patriarchal mode of life [er meint John Taylor, Legaré und Calhoun⁸], we are brought by Henry Clay's American System of the New West into the center of activity and new thought of the first half of the nineteenth century.“⁹ Leaving the camp of the adherents of the principle of conservation, we now join those of the principle of transformation.“ Es folgen Darstellungen zu Raymond, Ray, Henry C. Carey und Friedrich List.¹⁰

Sein fünftes Kapitel hat Normano mit „Industrial America“ überschrieben, hier geht es um das halbe Jahrhundert bis 1914, somit um den Vorrang der englischen Klassiker, den nachfolgenden Einfluss der Historischen Schule, der Österreichischen Schule und der europäischen Sozialisten. Die Hauptpersonen auf amerikanischer Seite sind in diesem Abschnitt sind Henry George und Edward Bellamy.¹¹

Das vorletzte Kapitel „America of the Crossroads“ befasst sich schließlich mit *Institutionalism, Technocracy* und *New Deal*. In den „Conclusions“ betont Norman noch einmal, dass eine spezifisch amerikanische Strömung des ökonomischen Denkens sich am stärksten zwischen dem Unabhängigkeits- und dem Bürgerkrieg entwickeln konnte. Seitdem habe die amerikanische Schule ihre „freshness and brilliance“ verloren; was werde die Zukunft bringen? Normanos dezidierte Antwort: „I see the renaissance not in the progress of economic theory, but [...] in the attempt at a ‘constructive application’ of accumulated facts and data. [...] The economists begin to see a concrete goal – the conquest of the possibility of shaping the evolution of economic life to fit the purposes of the nation. The principle of transformation logically develops interventionism into planning. Theoretically the idea of ‘constructive application’ is opposed to atomistic individual conceptions, and is nearer to the universalist organic ones.“¹²

Zurück zu den Kritikern: Bladen wendet sich gegen Normanos Ablehnung der (neo)klassischen Theoretiker, insbesondere des Beitrags der „Orthodoxen“ nach dem Weltkriege. Man könne schwerlich einem Autor folgen, wenn er die Geschichte der amerikanischen Ökonomik nach dem Ersten Weltkrieg derart pauschal betrachte (nun zitiert er Normanos): „Some of the economists searched for an escape in legal refinement and mathematical simplifications; others escaped in voluminous fact-finding research and descriptive work. The main trend remained unchanged. Taussig continued to teach as he had in the seventies, eighties, and nineties of the last century. The describers continued to issue more and more volumes [...]“.¹³

„Vorab erklären, welcher wirtschaftstheoretischen Strömung man nahesteht“: für den Rezensenten Hayek galt dies nicht, denn seine Person und Position waren schon 1944 weit bekannt. Er war 1931 von Wien zur London School of Economics gekommen; die heute unverändert aktuelle Frage „Keynes oder Hayek“ hatte sich schon damals ausgeprägt. Als Vertreter des Neoliberalismus musste er einem Autor, der – wie Normanos – klassische und neoklassische Strömungen als nicht-amerikanisch einschätzte, grundsätzlich kritisch gegenüberstehen. Bevor er in seiner (im August 1944) erschienenen Rezension zu diesen inhaltlichen Fragen kommt, spricht er über Klappentext und Stil: „The author, described on the jacket as a doctor of the Universities of Petrograd and Freiburg im Breisgau, and a former member of staff of the Universities of Petrograd and Harvard, wields a versatile [gewandte] pen. But his intention, announced in the Preface, of writing history as though [als ob] it were literature has not produced a very satisfactory result. The interesting subject is treated in a somewhat journalistic manner.“¹⁴

Normanos habe sich bemüht, spezifisch amerikanischen *spirit* in der Wirtschaftsliteratur der USA zu entdecken, könne aber seine eigene Enttäuschung darüber kaum verbergen, dass er nicht auf weitere einschlägige Ökonomen als die wohlbekannten Henry C. Carey, Henry George und E. Bellamy gestoßen sei. Die Distanz des Autors zur Wirtschaftstheorie habe einer unbefangenen Suche im Wege ge-

standen. Eigentlich sei er ein Außenstehender, ein *outsider*; auch mit seiner Meinung über Taussig habe er sich disqualifiziert. Als Beleg bringt Hayek sodann das Zitat, das Bladen in seiner Besprechung vom August 1945 im selben Begründungszusammenhang wiederholen sollte.¹⁵ Etwas milder fügt er hinzu, dass Normano einiges über frühe amerikanische Ökonomen entdeckt habe, das für die europäische Fachwelt weitgehend neu sein dürfte. Die Darstellungen zu den letzten 80 Jahren erschöpften sich jedoch in biographischen Skizzen und seien wenig hilfreich.

Als Skizze stuft auch Abbot P. Usher die Neuerscheinung ein.¹⁶ Memo: Er hatte 1935 den Harvard-Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte erhalten, auf den sich wohl Normanos längerfristige Erwartungen gerichtet hatten. Die Arbeit findet er "very disappointing", zumal eine Person mit der Ausbildung und Erfahrung, die Dr. Normano vorweise, mit seinem kontinuierlichen Interesse für die Historische Schule, zu diesem Thema wesentlich mehr hätte beitragen können. Normano vermische in seiner Betrachtung Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftspolitik, zudem sei die Arbeit nicht konsequent strukturiert: der rote Faden – die Kritik an den „doctrines of the classical school“ – gehe immer wieder verloren.

Ushers Kritik ist schwach, sie geht über diese Skizzen kaum hinaus. Interessant an dem Kommentar von Frank H. Underhill, einem linksorientierten *Continentalist*, ist der Bezug auf Beard, dessen Kommentar zu Normanos Buch im Klappentext zitiert ist. Underhill schreibt: „He [Normano] is evidently much in sympathy with Charles A. Beard, who is quoted on the jacket of the book in praise of its author [folgt Zitat von Beard]: ‘He is acquainted with the difference between *systems* of economics spun by professors, clergymen and word manipulators in general, and economic thought as *ideas* related to and applied in the economics, politics and jurisprudence of day-to-day economic activities and transactions occurring in the actuality of history, the movement of ideas and interests in time’.”¹⁷ Underhills Bewertung des Buches ist mäßig kritisch. Er kann Normanos Unterscheidung zwischen den Klassikern (*conservation*) und den populären nicht-akademischen Denkern (*transformation*) folgen, findet es aber willkürlich, nur letztere als die wahren amerikanischen Denker einzuordnen. Warum sollten nicht auch die Klassiker dieses *label* beanspruchen können, wo doch die klassische Ökonomik so perfekt zu den Interessen der amerikanischen *businessmen* gepasst habe, die nach dem Bürgerkrieg die amerikanische Wirtschaft dominiert hätten?

Der vierte Kritiker war der einzige, der sich selbst unmittelbar mit demselben Forschungsthema beschäftigte: Edmund Whittaker hatte 1940 sein umfangreiches Werk „A history of economic ideas“ vorgelegt. Er begrüßt das Erscheinen des Buches, erwähnt die Nähe zu Beards‘ Arbeiten, bedauert, dass das Buch doch schmal ausgefallen sei und vermisst in einigen Bewertungen die Grautöne: „It seems suggested that conservation is inherently bad and transformation good – a common view. Hamilton was bad and Jefferson good, Laughlin bad and Veblen good, Coolidge of course horrid and Franklin Roosevelt in New Deal a veritable golden-

haired boy. [...] Purists may feel a little impatient with Mr. Normano.”¹⁸ Insgesamt aber könne man aus dem Buch viel lernen, und selbst wenn der Autor sich auf bekanntem Terrain bewege, bleibe er „stimulating“.

Vom Verriss bis zur wohlwollenden Kritik: einen durchschlagenden Erfolg konnte Normano nicht verbuchen. Mit einem geteilten Meinungsbild wird er gerechnet haben, denn sie entsprach seiner Kernthese über den Widerstreit zwischen *conservation* und *transformation*. Unterm Strich hatte er aber wohl mehr Zustimmung erwartet, mehr gedrucktes Lob, wie das von Beard. Als eindeutigen Misserfolg muss er bewertet haben, dass die mit seinem Buch begonnene Serie der *Studies in the History of Economic Thought* nicht fortgesetzt wurde.

-
- 1 J. F. Normano: *The Spirit of American Economics. A Study in the History of Economic Ideas in the United States prior to the Great Depression. With a supplement The Development of Canadian Economic Ideas by A. R. M. Lower. Studies in the History of Economic Thought, First Volume*, New York 1943. Verlegt wurde dieses Buch von der John Day Company des Richard J. Walsh, Ehemann von Pearl S. Buck. Das Copyright lag beim LAEL. Der Autorenbezeichnung „J. F. Normano“ trug den Zusatz: „Formerly Lecturer on Economics, Harvard University“. Sein Co-Autor Arthur Reginald Marsden Lower (1889–1988) war ein kanadischer Historiker, Professor am Wesley College, der über seine Arbeiten zu Kanada und Fernost mit dem IPR in Kontakt stand. Auch hatte er eine Arbeit über „Settlement and the Forest Frontier in Eastern Canada“ geschrieben.
 - 2 Mit denselben einleitenden Worten hatte er dies schon 1938 für ein besonderes Genre festgestellt: Vgl. J. F. Normano: *Social Utopias in American Literature*, in: *International Review for Social History*, 3 (1938) 3, S. 287–300. Seltsam ist, dass er diesen Aufsatz in seinem Buch nicht erwähnt hat.
 - 3 Ebd., S. 23.
 - 4 Die zwei kurzen Besprechungen im *International Labour Review* (1944) und in der *Los Angeles Times* (1943) waren weitgehend Inhaltsangaben.
 - 5 „Hamilton’s sympathies were always aristocratic, with a reference for tradition; Jefferson sympathized with the common man.” Ebd., S. 43. Alexander Hamilton (1757–1804) und Thomas Jefferson (1743–1826) waren Finanz- bzw. Außenminister unter George Washington.
 - 6 Ebd., S. 53
 - 7 John Mc Vickar (1787–1868) war der erste Wirtschaftsprofessor am Columbia College, Henry Vithake (1791–1866) las Politische Ökonomie, Mathematik und Philosophie u. a. an der University of Pennsylvania.
 - 8 John Taylor (1753–1824), Hugh S. Legaré (1797–1843) und John C. Calhoun (1782–1850) waren Politiker und schrieben zu wirtschaftlichen wie politischen Fragen.
 - 9 Henry Clay (1777–1852) aus Kentucky war einflussreicher Politiker und als früherer Continentalist ein Befürworter der Entwicklung des amerikanischen Inlandsmarktes.
 - 10 Diese bezeichnet Normano als Vertreter des *American Spirit*: Daniel Raymond (1786–1849), John Rae (1796–1872), Henry Charles Carey (1793–1879) sowie Friedrich List (1789–1846), der 1824–1832 in den USA im Exil lebte und dort, von Hamilton inspiriert, Kontakt zur amerikanischen Schule der Nationalökonomie fand.
 - 11 Henry George (1839–1897), der für Gemeineigentum an den natürlichen Ressourcen eintrat, ordnet Normano der „romantic national school“ und Edward Bellamy (1850–1898, Werke „Looking Backward“ und „Equality“) den Utopisten zu.
 - 12 J. F. Normano: *The Spirit of American ...*, S. 209.
 - 13 V. W. Bladen, Rezension in: *The Journal of Economic History*, 5 (1945) 1, S. 90 f., hier S. 90. Der zitierte Text findet sich in Normanos Buch auf S. 176 f.

-
- 14 F. A. v. Hayek, Rezension in: *Economica* 11 (1944) 43, S. 195 f., hier S. 160.
 - 15 Ebd. Dies war in dem Buch nicht die einzige Kritik Normanos an Taussig. Eine der weiteren: „The mid-Victorian Taussig still regarded himself as an authority on all economic questions and scarcely realized how far the world had drifted away, and that his equipment of Manchester economics was no longer adequate.” Ebd., S. 140.
 - 16 A. P. Usher, Rezension in: *New England Quarterly* 16 (1943) 1, S. 676 f. Usher (1883–1965) war kein herausragender Wirtschaftshistoriker, im Katalog der Library of Congress finden sich kaum 10 Titel von ihm.
 - 17 F. H. Underhill, Rezension in: *The Canadian Historical Review* 25 (1944) 1, S. 66 f. Der Historiker Underhill (1889–1971) lehrte an der Universität von Toronto.
 - 18 James Laurence Laughlin (1850–1933) war ein neoklassischer Ökonom, der US-Präsident Calvin Coolidge (1923–1929) wurde als Anhänger des laissez-faire kritisiert, und Thorstein Veblen (1857–1929), Ökonom und Soziologe, Mitbegründer der New School for Social Research, trat mit seinen Untersuchungen zum US-Monopolkapital hervor.

The Spirit of Russian Economics

Wie erwähnt: Normanos letzte Arbeit, über das russische ökonomische Denken, erschien als Monographie, nicht als Publikation des Committee on the Study of Economic Thought. Normanos nennt dieses Buch „in some respects a companion volume to my *Spirit of American Economics*.“ Denn auch in diesem „little volume“ gehe es um den ersten Versuch, die volkswirtschaftlichen Gedankenströmungen eines großen Landes historisch nachzuzeichnen. Wiederum habe er nicht ein biblio- und biographisches Nachschlagwerk verfassen und auch nicht „hair-splitting theories and definitions“ lehrbuchartig wiedergeben wollen. Sein eigentliches Thema sei auch hier der *spirit of economics*. Vermitteln wolle er die Ideengeschichte des ökonomischen Denkens in Russland.

Mit dieser Arbeit hatte der Autor – „as a young Privatdozent“ – vor einem Vierteljahrhundert begonnen; die Anregung hatte er von Schulze-Gaevernitz und Struwe erhalten, zwei Meistern auf diesem Gebiet. Schon als Privatdozent habe er Material gesammelt, einen Artikel über die ökonomischen Ideale von Lenin geschrieben, habe bei seiner Auswanderung Material und Bücher zurücklassen müssen, seine Notizen aber „during all perenigrations“ bewahren und erweitern können. Einen starken Anstoß, sich erneut mit dem Thema zu befassen, habe er 1941 im russischen Emigrantenmilieu erhalten, nachdem er von Massachusetts nach New York gezogen war. Dort war das „Rätsel des russischen Sozialismus“ ein Zeitthema gewesen, und er hatte sich daran gemacht, es zu erklären. Dafür habe er eine weit vorangeschrittene Arbeit zur Geschichte der sozialökonomischen Ideen im Katholizismus unterbrochen.

Diese Erklärungen stellt Normanos im Vorwort voran – und erwähnt erstmals seinen Aufsatz über Lenin, ohne allerdings den Autorennamen zu nennen. Sein erstes Kapitel beginnt er mit dem Aufriss seiner Hauptthesen. Erstens: ökonomisches Denken war in Russland niemals allein eine Sache der Wirtschaftswissenschaft; daran beteiligten sich intensiv auch die (fachfremde) Intelligentsia und nicht zuletzt der Regierungsapparat. Zweitens: das ökonomische Denken war bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts stark vom Ausland beeinflusst, aber immer gab es die Besinnung auf ein ureigenes Denken, vielfach verbunden mit Ablehnung, oft auch Hass auf das Fremde. Drittens: Nach 1917 galt das westliche Denken als ebenso degeneriert wie der Kapitalismus; ein neuer Menschentyp hat sich entwickelt, er diskutiert nicht sondern arbeitet, in der Überzeugung, dass neue Technologien Sprünge in der wirtschaftlichen Entwicklung erlauben: überholen ohne einzuholen.

Westeuropäische Ideen drangen nicht vor der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ins russische Denken ein. Normanos zeichnet diese Einflussnahme in den folgenden drei Kapiteln nach. Er beginnt mit England, folglich mit Adam Smith, dessen Ideen vom „Wealth of Nations“ in Russland früh bekannt waren. „But only after the brief period of Catharine II's flirtation with the French philosophers did

Smithianism become for a time the dominating and official current of thought in Russia.“¹ Schon hier zeigt Normano deutlich, wie weit er seine erste These versteht: nicht nur führende Ökonomen sieht er als Propagandisten des klassischen Wirtschaftsliberalismus, sondern auch Alexander I., Zar von 1801 bis 1825, stand aus seiner Sicht vollständig unter dem Einfluss von Smith. Dies galt nicht für dessen Nachfolger; Nikolas II. unterdrückte die Dekabristen, Träger westlich-liberaler Ideen, und die liberale Periode von Alexander II. war stark vom französischen Utopismus beeinflusst. Der Idealismus des Saint-Simonismus verlor sich schnell, aber seine praktische Anwendung – Aktiengesellschaften, modernes Finanzwesen, Industrialisierung, Kapitalmobilität – zeigte Spuren. Normano verweist in diesem Zusammenhang auf „seine“ Arbeit von 1917 über die Aktienhandelsbanken in Russland (ohne Nennung des Autorennamen) und auf „Brazil – A Study of Economic Types“.²

Am ausführlichsten beschreibt und deutet er den „German influence“, auf den 20 Seiten des Kapitels 4. Schon Wissenschaftler der Aufklärung lehrten an russischen Universitäten, Söhne von russischen Adels- und Beamtenfamilien studierten vornehmlich in Deutschland, und Göttingen wurde ein Zentrum für deutsch-russischen akademischen Austausch. Ökonomen orientierten sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der deutschen Historischen Schule, und die russischen Studenten an deutschen Universitäten drängten in die Vorlesungen von Schmoller, Brentano, Bücher, Knapp und Schulze-Gaevernitz. Die deutsche Hegemonie zeigte sich auch beim Aufbau des Polytechnikum St. Petersburg, „a brilliant school [...], a Russian university under German influence“.³ Auch auf dem Feld der sozialistischen Ideen verdrängten deutsche Theoretiker die französischen, „Marx and Engels practically conquered the country. [...] The radical intelligentsia and especially the youth became infatuated [schwärmerisch verliebt] with German Marxism in all its colourings and factions.“⁴ Aber auch die deutschen Revisionisten, geführt von Bernstein, vernahmen ihr Echo aus Russland, und schließlich fand die Mehrzahl der marxistischen Akademiker zurück zum Idealismus, nicht zuletzt Peter von Struwe.⁵

Aber natürlich erschöpfte die russische Ideengeschichte sich nicht in dauerhafter Bindung an westliche Gedankenströmungen. „Generally speaking, one could search in vain for stability in the *Weltanschauung* of the Russian intelligentsia. The typical evolution is rather a constant search, constant change of ‚landmarks‘.“⁶ Die Besinnung auf ‚nationales‘ Denken war nie verloren gegangen, die Slawophilen wurden zu geistigen Wegweisern, Moskau und St. Petersburg tauschten in ihrer Deutung die Plätze, und das Bild des ‚Heiligen Russland‘ wurde antithetisch den Idealen von ‚la belle France‘, ‚dear old England‘ und ‚Deutsche Gründlichkeit‘ gegenübergestellt.⁷ „The Pan-Slavists taught that Slavic culture overcame the individualism sickening Europe, and emphasized the Russian collectivist principle of *sobornost*“,⁸ der organischen kollektiven Ordnung. Russische ‚Westler‘ änderten

schon früh Position und Blickrichtung. Alexander Herzen (1812–1870) sprach vom russischen Sozialismus und Kommunismus, und das Verständnis von Russlands historischer Bestimmung, die ideale gesellschaftliche Ordnung zu entwickeln, vertraten schließlich, zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, fast alle sozialen und politischen Gruppen. Und die Kadetten, denen Lewin in seiner Petersburger Zeit nahe stand? Sie erwähnt er kaum, und I.W. Gessen (Josef Hessen) mit keinem Wort. „The short episode [...] of the Duma’s functioning had no economic roots in Russian soil. The liberal current [...] was a Utopia in Russia. And it remained a Utopia after the revolution made possible an escape from capitalism.”⁹

Die Besinnung auf ‚nationales‘ Denken, auf einen eigenständigen Weg fand noch keine Entsprechung in der realen Ökonomie; denn wirtschaftlich war Russland in hohem Maße von Deutschland abhängig. Es suchte einen Ausweg in der Aufnahme von französischem und britischem Kapital; als Beleg verweist Normano hier auf seine Arbeit von 1914, über deutsches Kapital in Russland. Dies war der historische Widerspruch: Russland wollte politisch unabhängig werden, seine nationale Kultur bewahren. Wirtschaftlich war es aber zu rückständig, das Tempo seiner Industrialisierung zu gering, um einer wirtschaftlichen Kolonialisierung durch Deutschland zu entgehen. Russland besaß immense wirtschaftliche Ressourcen, die unter Einsatz der verfügbaren neuen Technologien einen Wachstumssprung ins zwanzigste Jahrhundert erlaubten. Aber der russische Kapitalismus war zu schwach, dieses Potential zu nutzen und damit die Gefahr abzuwenden, dass Russland zum deutschen Hinterland würde.

Der Leser erinnert sich hier an Normanos Sicht der Dialektik von ökonomischem Prozess und Wirtschaftsform. In überraschender Weise überträgt er diese Sicht auf die Situation Russlands in der zweiten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts: wenn der Kapitalismus als Wirtschaftsform die Beschleunigung des ökonomischen Prozesses – und damit die Abwehr der deutschen Gefahr – behindert, so muss er einer anderen Form weichen, obgleich er keine Reifephase, geschweige denn ein fortgeschrittenes Alter erreicht hat. Noch überraschender ist Normanos zweiter Gedankensprung: dieser drängende Bedarf nach einer neuen Wirtschaftsform, zur Wahrung politischer und kultureller Autonomie, war der Auslöser der Russischen Revolution. „Now, more than a quarter of a century after the Russian Revolution, we can see that its economic motive was the necessity to fight, not primarily Western capitalism as a whole, but its nearest and most dangerous position: German penetration.”¹⁰

Dies war, so Normano, das Evolutionäre an der Revolution, sie war der Ausbruch eines jahrzehntelang gewachsenen Widerstands gegen die deutsche Hegemonie in Wirtschaftsleben und Denken. „I my understanding, the Bolshevik revolution was the expression of an organic and not an outside revolt; it was the inevitable result of the one-and-a-half centuries long history of the Russian intelligentsia, prepared by the Russian past and imperative for its future. It was a reaction

against and prevention of German hegemony in Russian economic life and thought.”¹¹ Die darauf folgende Entwicklung der Sowjetunion sei eine erfolgreiche Illustration der Theorie der Sprünge, des Überholens. Das Leitbild des langsamen, stetigen Prozesses verspreche in Russland keinen Erfolg. „The Russians always preferred to work by fits and starts and not by steady, sustained pull.“¹²

Normano versteht den Bolschewismus somit als natürliche Synthese; man solle in ihm den legitimen Nachfolger, nicht den siegreichen Rebell sehen. Dies gelte auch für die Entwicklung des russischen ökonomischen Denkens; sie sei vergleichbar einer musikalischen Fuge, die von der Harmonie des letzten Akkords gekrönt wird. Und dieser letzte Akkord sei der Bolschewismus, als Ausdruck des russischen Sozialismus.¹³ In der Ideengeschichte sei eine epochale Veränderung eingetreten: mehr als hundert Jahre habe es das Bestreben nach ständigem Wandel (*transformation*) gegeben, jetzt aber sei das Bewahren (*conservation*) oberstes Ziel – das Bewahren der Errungenschaften der Revolution, der schaffenden Arbeit, der industrialisierten und noch zu industrialisierenden Gebiete. Dieses Verständnis des Bewahrens kontrastiere mit dem Pessimismus des Westens und seinem Bemühen, den *status quo* zu erhalten. Dagegen stehe der Optimismus der Sowjetunion: „for the sake of fulfillment of her ‘historical mission’ on the earth the Soviet Union had to adopt the principle of conservation.“¹⁴

1 J. F. Normano: *The Spirit of Russian Economics*, S. 21. Auch dieses Buch wurde bei John Day verlegt, eine britische Ausgabe folgte 1950 bei Dennis Dobson.

2 Vgl. auch die Besprechung seines Artikels über Saint-Simon in: *Foreign Affairs* (s.o.)

3 Ebd., S. 61.

4 Ebd., S. 62.

5 Der Leser erinnert sich an die Einschätzung Normanos, zitiert im dritten Kapitel, mit der er seine gewachsene Distanz zu Struwe erklärte: „I think that the intellectual life of Peter von Struve could be presented as a typical case: from orthodox German Marxism to revisionism and idealism [...]“.

6 Ebd., S. 80.

7 Ebd., S. 69.

8 Ebd., S. 79.

9 Ebd., S. 107.

10 Ebd., S. 95.

11 Ebd., S. 96.

12 Ebd., S. 111.

13 Vgl. ebd., S. 116.

14 Ebd., S. 118.

Ausgewählte Literatur

- Ackermann, Kathrin: Fälschung und Plagiat als Motiv in der zeitgenössischen Literatur, Heidelberg 1992.
- Adler, Cyrus, Margalith, Aaron: *With Firmness in the Right. American Diplomatic Action Affecting Jews 1840–1945*, New York 1977.
- Akami, Tomoko (Hg.): *Internationalizing the Pacific. The United States, Japan and the Institute of Pacific Relations in war and peace 1919–45*, London 2002.
- Ananitsch, Boris V.: *Bankhäuser in Russland 1860–1914. Abriss einer Geschichte der Privatunternehmen*, Moskau 1991 (russ., 2. Auflage 2006).
- Barnett, Vincent, Zweynert, Joachim (Hg.): *Economics in Russia. Studies in Intellectual History*, Hampshire 2008.
- Beard, Charles A.: *A Foreign Policy for America*, New York, London 1940.
- Belych, Andrej A. (Hg.): *I. I. Lewin, Aktienhandelsbanken in Russland*, Moskau 2010 (russ.).
- Bergius, C. C.: *Der Fälscher. Roman nach Tatsachen*, Gütersloh 1961.
- Beyer, Thomas R. et al.: *Russische Autoren und Verlage in Berlin nach dem Ersten Weltkrieg*, Berlin 1987.
- Boobyer, Philip: *S. L. Frank. The Life and Work of a Russian Philosopher 1877–1950*, Athen 1995.
- Carasco, Simson (alias Carl von Ossietzky): *La Gazette du Franc*, in: *Die Weltbühne* 25 (1929) 5, S. 176–183.
- Chamberlain, Lesley: *Lenin's Private War. The Voyage of the Philosophy Steamer and the Exile of the Intelligentsia*, New York 2006.
- Conant, James B.: *My several lives. Memoirs of a Social Inventor*, New York 1970.
- Conradi, Peter: *Hitlers Klavierspieler. Ernst Hanfstaengl: Vertrauter Hitlers, Verbündeter Roosevelts*, Frankfurt a. M. 2007.
- Conze, Eckart et al.: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.
- Coudenys, Wim: *A life between fact and fiction: The history of Vladimir G. Orlov*, in: *Revolutionary Russia* 21 (2008) 2, S. 179–202.
- Dubnow, Simon: *Buch des Lebens. Erinnerungen und Gedanken. Materialien zur Geschichte meiner Zeit*, Bd. 3 (1922–1933), Leipzig 2005.
- Ehrenburg, Ilja: *Menschen, Jahre, Leben. Memoiren Bd. II*, Berlin 1978.
- Erochina, Olga: *Der Wirtschaftswissenschaftler I. I. Lewin: Sein Leben und Werk in Russland bis 1918*, in: *Terra Economicus, Zeitschrift der Universität Rostow*, 7 (2009) 3, S. 128–132 (russ.).
- Feldman, Gerald: *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924*, New York 1993.
- Ferreira Lima, Heitor: *História do Pensamento Econômico no Brasil*, São Paulo 1976.
- Foreman, Clark, Raushenbush, Joan: *Total Defense*, New York 1940.
- Frank, André Gunder: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/Main 1968.
- Gall, Lothar: *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1995.

- Galloway, George B.: Postwar Planning in the United States, New York 1942.
- Gerschenkron, Alexander: Continuity in History and Other Essays, Cambridge (Mass.) 1968.
- Gindin, Iosif F.: Banken und Wirtschaftspolitik in Russland (19. und 20. Jahrhundert): Moskau 1997.
- Greuner, Ruth (Hg.): SLING. Der Fassadenkletterer vom „Kaiserhof“. Berliner Kriminalfälle aus den zwanziger Jahren, Berlin (Ost) 1989.
- Gronemann, Sammy: Erinnerungen an meine Jahre in Berlin, hg. von Joachim Schlör, Berlin und Wien 2004.
- Guroff, Gregory: The Legacy of Pre-Revolutionary Economic Education: the St. Petersburg Polytechnic Institute, in: Russian Review 31 (1972) 3, S. 272–281.
- Hanfstaengl, Ernst „Putzi“: Hitler – The Missing Years, London 1957.
- Haring, Clarence H.: South America looks at the United States, New York 1928.
- Hatlie, Mark R.: Die Zeitung als Zentrum der Emigrations-Öffentlichkeit: Das Beispiel der Zeitung *Rul'*, aus: K. Schlögel: Russische Emigration ..., S. 153–162.
- Heller, Morton, Heller, Phyllis: Making Harvard Modern. The Rise of America's University, New York 2001.
- Highsmith, Patricia: Das Zittern des Fälschers, Zürich 2002.
- Hubin, Allen J.: Crime fiction 1749–1980. A comprehensive bibliography, New York 1984.
- Humphreys, Robert A.: Latin America and the Second World War. Volume One: 1939–1942, London 1981.
- Janssen, Hauke: Russische Ökonomen in Deutschland (1910–1933), Marburg 2004.
- Johnson, Alvin: Pioneers' Progress. An Autobiography, Lincoln 1952.
- Jung, Franz: Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Hamburg 1988.
- Kassow, Samuel D.: Students, Professors, and the State in Tsarist Russia, Berkeley 1989.
- Köhler, Ingo: Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich: Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2005.
- Kohn, Claus-Dieter: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt a. M. 1987.
- Kuczynski, Jürgen, Wittkowski, Grete: Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren, Berlin 1947.
- Latin American Economic Institute: The Economic Defense of the Western Hemisphere, Washington D. C. 1941.
- Lebedew, Sergej K.: Das Leben und Werk des I. I. Lewin, aus: Andrej A. Belych (Hg.): S. 19–39 (russ.).
- Lembke, Hans H.: Die Schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski. Zwei Berliner Familien im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2008.
- Lembke, Hans H.: Europäische Genossenschafter im US-Exil. Wiederaufbaupläne im Spannungsfeld zwischen amerikanischem und internationalem Dachverband, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 43/2010, S. 63–82.
- Levermann, Wolfgang: Kommunismus und Kapital: das russische Bank- und Industriekapital in der Wirtschaftspolitik der Bolschewiki 1917/18, Melsungen 1989.
- Lewin, Isaac I.: Aktienhandelsbanken in Russland, Petrograd 1917 (russ.).

- Lewin, Isaac I.: Das Problem der finanziellen Kampfbereitschaft und die finanzielle Kampfbereitschaft Russlands, Vortrag 18. Febr. 1914, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Finanzreform, 1914, Nr. 9 (russ.).
- Lewin, Isaac I.: Das Problem der Weltwirtschaft in der jüngsten Wirtschaftsliteratur, Kiew 1913 (russ., brosch.).
- Lewin, Isaac I.: Der heutige Zustand der Aktienhandelsbanken in Rußland (1900–1910), Universität Freiburg 1912 (Dissertation).
- Lewin, Isaac I.: Deutsches Kapital in Russland (2. Aufl.), Petrograd 1918 (russ.).
- Lewin, Isaac I.: Deutsches Kapital in Russland, Schriften des Finanzministeriums, St. Petersburg 1914 (russ.).
- Lewin, Isaac I.: Politische Ökonomie – Lehrprogramme, St. Petersburg 1914 (russ.).
- Lombardi, Mary: The Frontier in Brazilian History: An Historiographical Essay, in *Pacific Historical Review* (44) 1975, S. 437–457.
- Löwe, Heinz-Dietrich: The Tsars and the Jews. Reform, Reaction and Anti-Semitism in Imperial Russia 1772–1917, Chur 1993.
- Löwenstamm, Arthur: Soziologie der Loge, aus: o. V., Zum 50jährigen Bestehen des Ordens Bne Briss in Deutschland, Frankfurt a. M. 1933, S. 119–160.
- Lübken, Uwe: Bedrohliche Nähe. Die USA und die national-sozialistische Herausforderung in Lateinamerika, 1979–1945, Stuttgart 2004.
- Mandel, Ernest: Ein schöner Mord. Sozialgeschichte des Kriminalromans, Frankfurt a.M. 1987.
- Margulies, Manuel S.: Das Jahr der Intervention, Bd. 2, Berlin 1923 (russ.).
- Mason, Edward S.: The Harvard Department of Economics from the Beginning to World War II, in: *The Quarterly Journal of Economics* 97 (1982) 3, S. 383–433.
- Mehlinger, Howard D.: Thompson, John M., Count Witte and the Tsarist Government in the 1905 Revolution, Bloomington, London 1972.
- Mick, Christoph: Grauzonen der russischen Emigration: Von Rußlandexperten und Dokumentenfälschern, aus: K. Schlögel (Hg.): *Russische Emigration ...*, S. 163–176.
- Mittelmann, Hanni: Sammy Gronemann (1875–1952). Zionist, Schriftsteller und Satiriker in Deutschland und Palästina, Frankfurt a. M. 2004.
- Nabokov, Vladimir: Sprich, Erinnerung, sprich, Zürich 1964.
- Norden, Albert: Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1959.
- Normano, J. F. (Hg.): *El Pensamiento Económico Latinoamericano*, Mexiko (Fondo de Cultura Económica) 1945.
- Normano, J. F., Gerbi, Antonello: *The Japanese in South America. An Introductory Survey with Special Reference to Peru*, New York 1943.
- Normano, J. F.: *Asia between Two World Wars*, New York 1944.
- Normano, J. F.: *Brazil – A Study of Economic Types*, Chapel Hill 1935 (Neuaufgabe New York 1968). Portugiesische Fassung: J. F. Normano: *Evolução econômica do Brasil*, São Paulo 1939 (Neuaufgabe São Paulo 1945, wiederaufgelegt São Paulo 1975).
- Normano, J. F.: Social Utopias in American Literature, in: *International Review for Social History*, 3 (1938) 3, S. 287–300.

- Normano, J. F.: The changing world. A study in comparative economics. Typoskript ca. 1940, o. Ort (Manuscript Division of the Library of Congress).
- Normano, J. F.: The Japanese in Brazil, in: *Asia and the Americas*, Mai 1943, S. 263–267.
- Normano, J. F.: The Spirit of American Economics. A Study in the History of Economic Ideas in the United States prior to the Great Depression. With a supplement The Development of Canadian Economic Ideas by A. R. M. Lower. Studies in the History of Economic Thought, First Volume, New York 1943.
- Normano, J. F.: The Spirit of Russian Economics, New York 1945.
- Normano, J. F.: The Struggle for South America. Economy and Ideology, London 1931 (weitere Auflagen: Boston 1931, Westport 1973). Portugiesische Fassung: *A Luta pela América do Sul*, São Paulo 1944.
- Norwood, Stephen H.: The Third Reich in the Ivory Tower. Complicity and Conflict on American Campuses, New York 2009.
- Orloff, Wladimir: Mörder, Fälscher, Provokateure. Lebenskämpfe im unterirdischen Russland, Berlin 1929.
- Paquet, Alfons: Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau, Jena 1919.
- Paschkow, Anatolij I. (Hg.): Geschichte des russischen ökonomischen Denkens, Moskau 1958 (russ.).
- Pierenkemper, Toni: Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000.
- Pipes, Richard: Struve: Liberal on the Right, 1905–1944, Cambridge 1980.
- Pohl, Manfred: Geschäft und Politik. Deutsch – russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850–1988, Mainz 1988.
- Prado Junior, Caio: História Econômica do Brasil, São Paulo 1945.
- Raeff, Marc: Russia Abroad. A Cultural History of the Russian Emigration, 1919–1939, New York, Oxford 1990.
- Ratier, Emmanuel (Hg.): *Mystères et secrets du B'nai B'rith*, Paris 1993.
- Reder, Melvin W.: The Anti-Semitism of Some Eminent Economists, in: *History of Political Economy* 32 (2000) 4, S. 833–856.
- Reinke, Andreas: „Eine Sammlung des deutschen Bürgertums“: Der Unabhängige Orden B'nai B'rith in Deutschland, aus: Andreas Gotzmann et al.: *Juden – Bürger– Deutsche*, Tübingen 2001, S. 315–340.
- Reiss, Tom: Der Orientalist. Auf den Spuren von Essad Bey, Berlin 2008.
- Riesser, Jakob: Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung (2. Auflage), Jena 1913.
- Robb, George: White-Collar Crime in Modern England. Financial Fraud and Business Morality, 1845–1929, Cambridge 1992.
- Rothe, Hans (Hg.): *Russkaja Mysl 1905–1918*, Giessen 1977.
- Schild, Georg: Bretton Woods and Dumberton Oaks. American Economic and Political Postwar Planning in the Summer of 1944, New York 1995.
- Schlögel, Karl (Hg.): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, München 1994.

- Schlögel, Karl (Hg.): Russische Emigration in Deutschland 1918–1941: Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995.
- Schlögel, Karl et al.: Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918–1941, Berlin 1999; publiziert auch unter <http://russkij-berlin.org>. („Chronik“)
- Schlögel, Karl: Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas, München 2007.
- Schulze-Gaevernitz, Gerhart von: Volkswirtschaftliche Studien aus Russland, Leipzig 1899.
- Skidmore, Thomas E.: The Historiography of Brazil 1889–1964, Part II, in: The Hispanic American Historical Review 56 (1976) 1, S. 81–109.
- Smith, C. Jay: Finland and the Russian Revolution 1917–1922, Athen 1958.
- Smolin, Anatoli W., Die Weiße Bewegung im Nordwesten Russlands 1918–1920, St. Petersburg 1999 (russ.).
- Solschenizyn, Alexander: „Zweihundert Jahre zusammen“. Die Juden in der Sowjetunion, München 2003.
- Stavenhagen, Gerhard: Geschichte der Wirtschaftstheorie, Göttingen 1969.
- Swedberg, Richard: Joseph A. Schumpeter. His Life and Work, Cambridge 1991.
- Teitel, Jacob: Aus meiner Lebensarbeit. Erinnerungen eines jüdischen Richters im alten Rußland, Teetz 1999.
- Thomas, John N.: The Institute of Pacific Relations, Asian Scholars and American Politics, Seattle 1974.
- Tuttle Jr., William M.: American Higher Education and the Nazis. The Case of James B. Conant and Harvard University's „Diplomatic Relations“ with Germany, in: American Studies 20 (1979) 1, S. 49–70.
- Ulrich, Keith: Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung von 1918 bis 1938, Frankfurt a. M. 1998.
- Von Laue, Theodore H.: Sergei Witte and the Industrialization of Russia, New York, London 1963.
- Wermusch, Günter: Falschgeldaffären, Berlin (Ost) 1988.
- West, Nigel: At Her Majesty's Secret Service: The Chiefs of Britain's Intelligence Agency, London 2006.
- Zweynert, Joachim: Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland 1805–1905, Marburg 2002.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ACPA	American Council of Public Affairs
AEA	American Economic Association
CLUSA	Cooperative League of the USA
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FAVAG	Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG
FBI	Federal Bureau of Investigation
FGV	Fundação Getulio Vargas
FWU	Friedrich-Wilhelms-Universität
HAHR	Hispanic American Historical Review
HLAS	Handbook of Latin American Studies
IPR	Institute of Pacific Relations
ISR	Institute of Social Research
LAEI	Latin American Economic Institute
MI5	Military Intelligence, Section 5
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NEP	Nowaja ekonomitscheskaja politika
OEI	Osteuropa-Institut
OMGUS	Office of the Military Government of the USA
PWA	Public Works Authority
RKO	Reichskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RWI	Russisches Wissenschaftliches Institut
SEC	Securities and Exchange Commission
U.O.B.B.	Unabhängiger Orden Bne Briss (B'nai B'rith)
WPA	Works Progress Administration
YMCA	Young Men's Christian Association

Register

- A. Schaaffhausen'scher Bankverein 103
 Abs, Hermann 214
 Ackerman, Phyllis 299
 Adler, Cyrus 202, 203, 205
 Albano, Ildefonso d'Abreu 190-193
 Alberdi, Juan Bautista 334, 340
 Albert, Hans 87, 89
 Alexander III. 10, 125
 Allgemeine Deutsche Creditanstalt AG 86, 103
 Altschul, Eugen 64, 65, 196
 American Jewish Committee 202, 203, 216
 American Jewish Congress 202-204, 210, 216
 Amherst College 293
 Ananitsch, Boris 311, 312, 319
 Aranha, Oswaldo 190, 193
 Arons, Georg 140
 Aschberg, Olof 62, 106, 107
 Asow-Don Commerzbank 82
 Athayde, Tristão de (Alceu Amoroso Lima) 191, 192
 Ausfuhrvereinigung Ost GmbH 102
 B'nai B'rith 72, 75-77, 202, 203, 214, 216
 Baeck, Leo 72, 214
 Ballod, Karl 64
 Banco de Credito del Peru 294
 Bank für Handel und Industrie AG 22, 83, 84, 103
 Bankhaus Arndts, Herzog und Co. 89
 Bankhaus Bassenge & Fritzsche 88
 Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. 115, 140, 184, 213
 Bankhaus E. J. Meyer 97
 Bankhaus Ephraim Meyer & Sohn 88
 Bankhaus F. W. Krause 140
 Bankhaus Friedrich Albert KG 89
 Bankhaus G. Herzfeld 88
 Bankhaus G. Löwenberg & Co. 5, 95, 96, 99, 107-109, 112, 114, 115, 130, 137, 138, 140-143, 160, 162, 179, 183, 185, 214
 Bankhaus Gebr. Arons 140
 Bankhaus Gebrüder Lisman 89, 91
 Bankhaus Gebrüder Stern 89
 Bankhaus Hardy & Co. 79, 83, 92, 103
 Bankhaus Herzog & Mayer 89
 Bankhaus J. Dreyfus & Co. 103
 Bankhaus Katz und Wohlaue 114, 134, 141
 Bankhaus M. M. Warburg & Co. 83, 103
 Bankhaus Mendelssohn & Co. 103
 Bankhaus Meyer & Co. 88, 91, 92
 Bankhaus S. Bleichröder 83, 115, 141
 Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. 103
 Bankhaus Schwarz, Goldschmidt & Co. 97
 Bankhaus Simon Hirschland 103
 Bankhaus Willi Seligmann 87
 Baran, Paul A. 64
 Barmat, Julius 131, 133
 Barmer Bankverein 86
 Barnes, Harry E. 177, 188
 Baron, José T. 175
 Barrows, David. P. 187
 Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG 86, 103
 Bayerische Vereinsbank AG 103
 Beard, Charles A. 261, 270, 278, 306, 351f.
 Behrendt, Richard F. 272, 274, 277
 Belaúnde, Victor A. 174, 191, 192, 195
 Bellamy, Edward 349, 350, 352
 Berdjajew, Nikolai A. 56
 Bergerac, Cyrano de 176
 Bergmann, Sally 134
 Bergson, Abram 314
 Berliner Handelsgesellschaft 55
 Berliner Kreditbank AG 134
 Bilimowitsch, Alexander 63
 Binding, Karl 13
 Bingham, Hiram 189, 190, 193, 194, 251
 Bisson, T.A. 307
 Bladen, Vincent W. 349-352
 Bleichröder, Werner von 83
 Bljumin, Izrail G. 317, 320
 Block, Lazare 147
 Bock, Michael 78
 Borah, William 118-122, 127
 Bortkiewicz, Ladislaus von 53, 54
 Bratz, August 134
 Brentano, Lujo 16, 17, 355
 Brewster, Elisha H. 218-220
 Briand, Aristide 276
 Brown, Douglas V. 238
 Brum, Baltasar 192, 193
 Bruß, Willy 96
 Brutzkus, Boris 58, 59, 60, 64

- Bubnoff, Nicolai von 64
 Bücher, Karl 12, 13, 16, 19, 20, 53, 176, 196, 335
 Buck, Pearl S. 293, 295, 299, 352
 Bullock, Charles J. 237
 Bülow, Bernhard von 213, 217, 219, 221
 Burbank, Harold H. 184, 194, 231
 Burns, Arthur F. 259
 Calhoun, John C. 352
 Campbell, Wallace J. 284
 Carey, Henry C. 349, 350, 352
 Carter, Edward C. 257, 270, 290, 292, 305
 Carver, Thomas N. 237
 Caukin-Brunauer, Esther 260
 Centralbank AG 90, 99
 Centrosojus 107
 Chamberlin, Edwin H. 194, 238
 Chase, Stuart 269
 Chor, Simon 163
 Clay, Henry 352
 Cohen, Alfred M. 202, 203, 217
 Cohen, Beniamino 175, 192
 Coil, E. Johnston 270
 Commerz- und Diskontobank AG 86
 Commerz- und Privatbank AG 59, 86, 103
 Conant, James B. 228, 230, 232, 233, 235 f.
 Coolidge, Calvin 353
 Crohne, Wilhelm 221, 224, 225
 Culbertson, Ely 285
 D'Eça, Raul 341, 345, 347
 Darmstädter und Nationalbank (Danat) 100, 103
 Dassel, Felix 117, 119, 121, 126, 127
 Davidow, A. A. 71
 Davis, Horace B. 272, 278
 Dawidow, L. F. 45
 Denikin, Anton I. 56
 Deterding, Henry Sir 117
 Deutsch, Bernard S. 202, 203, 204
 Deutsche Bank AG 38, 83, 86, 102, 103, 104, 214
 Deutsche Hochschule für Politik 89, 92
 Deutsch-Nordische Handelsbank AG 59, 82, 85, 99, 100
 Deutsch-Russische Handels-AG 102, 107
 Dieckhoff, Hans-Heinrich 217, 221
 Diehl, Karl 15, 17, 19, 20, 21, 53
 Dietrich, Ethel 13, 142, 272, 273, 277
 Disconto-Gesellschaft 86, 88, 92, 103
 Dissener Volksbank AG 79, 80, 85, 87
 Dobrynin, F. A. 45
 Dresdner Bank AG 83, 91, 92, 103
 Driesen, Fritz 95, 97, 183
 Dubnow, Simon 66, 74, 75, 76, 77
 Dukas, Max 134
 Eckardt, Hans von 64
 Ehrenburg, Ilja 48, 49, 51, 52
 Ehrlich, Ernst Ludwig 72
 Eichelberger, Clark M. 260
 Eichhorn, Kurt 59
 Einstein, Albert 65
 Engels, Friedrich 32, 34, 355
 Epstein, E. M. 310, 319
 Everts, William P. 270, 272, 278, 297
 Fabricius, Ernst 21
 Falcão, Ildefonso 270, 283, 284
 Fedotow-White, Dimitri 313
 Fehling, Johann Christoph 84
 Feis, Herbert 190, 192
 Feitelberg, David 78
 Feldman, Albert 222, 223
 Filene, Edward A. 300
 Fischer, Otto Christian 59, 82, 103
 Flores da Cunha, José 190, 193
 Foreman, Clark 257, 258-260, 262, 267, 270, 276
 Frank, André Gunder 322
 Frank, Leonhard 322
 Frank, Semen (Semjon) 56, 58, 59, 60, 64
 Frankfurter, Felix 211, 228
 Franklin, Benjamin 173, 211, 215, 349
 Freeman, Joseph 286, 287
 Freisler, Roland 211, 215, 225
 Freyre, Gilberto 324
 Friedheim, Sally 87, 88
 Furtado, Celso 321, 324
 Garantie- und Kreditbank für den Osten 102, 106, 107
 Garcia Calderón, Francisco 191
 Garrido Torres, José 322
 Gaus, Friedrich 215, 217, 221
 Gay, Edwin F. 184, 194, 237, 238, 300, 348
 Geiger, Bern(h)ard 299
 George, Henry 349, 350, 352
 Gerbi, Antonello 290, 291, 292, 294, 295
 Gerschenkron, Alexander 64, 238, 315, 316, 319
 Gessen, Isosif W. 43, 46, 48, 61, 62, 100, 127, 356
 Gindin, Isosif F. 309, 310, 311, 319
 Goebbels, Joseph 200, 205, 217, 234, 282
 Goldstein, Moritz (Inquit) 118, 121
 Golos Rossii 61
 Gordon, George A. 204
 Göring, Hermann 234, 235
 Goslar, Hans 74, 76
 Gottschalk, Ernst 134
 Gravenstein, Georg 100, 103

- Grimm, D. D. 47, 48
 Gronemann, Sammy 74, 75, 77, 78, 133
 Grossman, Henryk 306, 308
 Grube, E. K. 45, 46, 47
 Gutman, Anatolij J. (Anatol Gan) 62, 63
 Gutschkow, Alexander 43
 Haas, William S. 299
 Haberler, Gottfried 237, 238
 Hamilton, Alexander 349, 351, 352
 Hanau, Marthe 145, 147, 148, 149, 151
 Hanc, Josef 314, 319
 Hanfstaengl, Ernst 6, 233, 234, 235, 236
 Hansen, Alvin H. 237, 238
 Han-Seng, Chen 302, 303, 305, 307
 Haring, Clarence H. 176, 177, 184, 188 f.,
 192, 194, 199, 243, 251, 253, 254, 270,
 280, 282, 287, 327, 331, 336, 339, 340
 Harms, Bernhard 24, 184, 186, 335
 Harris, Seymour 229, 231, 238
 Hasse, Ernst 13
 Hayek, Friedrich August von 349 f., 351, 353
 Heimann, Edward 306
 Helfferich, Karl 5, 37, 38, 39, 42, 48
 Herlitz, Georg 75, 77
 Herzen, Alexander 356
 Herzfeld, Karl 87, 88, 89, 91, 93, 95
 Herzog, Paul 87, 89
 Hilferding, Rudolf 231
 Hintze, Paul von 39
 Hirsch, Jacob 17
 Hirsch, Julius 103
 Hoetzsch, Otto 54, 55, 59
 Holland, William L. 290, 294, 297, 299
 Hoover, Edgar M. 177, 270
 Horkheimer, Max 286
 Hull, Cordell 203, 204, 220
 Iljin, Iwan A. 56
 Institut für Sozialforschung (Institute of
 Social Research) 286, 287, 296
 Institute of Pacific Relations 249, 257, 270,
 290, 292-294, 297, 299, 302, 307, 352
 Institute of World Economics 296, 297
 Insull, Samuel 217, 218, 220, 221
 International Committee for Cooperative
 Reconstruction 296, 314
 International Institute for Social History 116
 Internationale Handelsbank AG 83, 99, 100,
 107
 Iranian Institute 298, 299, 306
 Isserlin, Oscar 171, 172, 180, 181, 183
 Iwanow, S. W. 47
 Jacobs, Monty 143
 Jacobsohn, Julian 83, 97, 214
 Jacoby, Louis 87, 89
 Jacoby, Walter 134
 Jaekch, Ernst 88, 89, 184
 Jaffé, Edgar 34, 310
 Jefferson, Thomas 347, 349, 351, 352
 Jenks, Leland H. 188, 254, 270
 Johnson, Alvin 230, 231, 232, 236, 260
 Judenitsch, Nikolai 43, 45, 46, 47
 Jung, Franz 109, 111, 128
 Jurowski, Leonid 35
 Kallmann, Curt 82
 Kaminka, August 61, 66, 100
 Kaplun-Kogan, Wladimir W. 54
 Kartaschew, A. W. 43, 44, 46, 47
 Kaufmann, Eugen 310
 Kerenskij, Alexander F. 49
 Kerner, Robert J. 306, 308
 Kerr, Alfred 202, 205
 King, William H. 190, 203
 Klotz, Louis 143, 145, 146, 147, 148, 149
 Knickerbocker, Hubert 119-123, 125, 126,
 128, 234
 Knipping, Hubert 168
 Knopf, Paul 96
 Koch-Weser, Erich 103
 Kondratjew, Nikolai 64
 Krupp, Friedrich Alfred 54
 Krupp, Margarethe 55
 Kuczynski, Jürgen 67, 104, 111, 112, 115,
 294, 360
 Kuczynski, René 294
 Kuczynski, Ursula 307
 Kulischer, Eugene 297
 Kutisker, Iwan 130, 131
 Kuznets, Simon 238
 Lampe, Alexei von 90, 121, 127
 Lang, Olga 299
 Lange, Oscar R. 297, 300, 306
 Latin American Economic Institute 254 f.,
 255, 262, 265 f., 269, 272, 274, 276-278,
 284-287, 289, 290, 292, 296, 297, 306,
 309, 322, 352
 Lattimore, Owen 305, 307, 324, 325
 Laughlin, James L. 353
 Lavis, Fred 273, 274
 Le Figaro 146, 147, 148, 149, 150
 Lederer, Emil 230, 231
 Lee, Thomas F. 339
 Legaré, Hugh S. 352
 Lehmann, Alfred 184, 213, 214
 Lenin, Wladimir I. 5, 27, 28, 30-39, 41, 49,
 59, 60, 100, 310, 314, 319, 354
 Leontief jun., Wassily 7, 64, 238, 316
 Leontief sen., Wassily 63, 64
 Lerner, Max 260

- Lesser, Nathan & Co. 78
 Levin, S. M. 62
 Lewin, Carl 97
 Lewin, Elias 9, 15
 Lewin, I. D. 62
 Lewin, I. O. 62
 Lewin, M. I. 62
 Lewin, Moses 48, 83
 Lewin, S. 62
 Lewin, S. E. 62
 Lewin, T. I. 62
 Lewin, Taube 81, 83
 Lewin, V. I. 62
 Lewinsohn, Richard (Morus) 132, 133
 Lianosow, S. G. 45, 46, 47
 Lichtenstädter, Ilse 299, 300
 Lismann, Rudolf 87, 89
 List, Friedrich 340, 349, 352
 Littauer, Lucius N. 237, 238
 Litwinow, Maxim 118
 Lockwood, William W. 257, 290, 294
 Loebell, Friedrich-Wilhelm von 103
 Loewe, Heinrich 75, 77
 Loewenberg, Kurt 96
 Loewenstein, Karl 293, 295
 London School of Economics 185, 195, 237, 294, 350
 Lowell, Abbot L. 228, 230
 Lowell, James A. 210, 211, 215, 218, 228, 230, 231
 Löwenberg, Alfred 95, 96
 Löwenberg, Bertha 96
 Löwenberg, Gustav 95
 Löwenberg, Kurt 96
 Löwenberg, Oskar 95
 Luis, Washington 166, 343
 Lunz, Lew 49
 Luther, Hans 208, 209, 215, 219, 220, 233
 Lynd, Robert S. 296
 Mahler, Horst 76
 Maller-Prevost, Severo 270
 Malskat, Lothar 151
 Mannerheim, Gustaf 44, 45
 Mannheim, Karl 231
 Margulies, Manuel S. 46, 47, 52
 Marschak, Jacob 63, 64, 65
 Martin, Percy A. 189, 195, 270
 Marx, Karl 32, 33, 34, 36, 301, 314, 355
 Mason, Edward S. 194, 237
 Massachusetts Institute of Technology 203, 229
 Mather, Kirtley F. 270
 Mayer, Erich 87
 Mc Vickar, John 352
 Menges, Karl Heinrich 299
 Merkel, Angela 230
 Meschtscherski, A. P. 46
 Meyer, Erich 88
 Meyer, Max 88
 Michailides, Georg (alias Isaac Lewin) 160, 163
 Milkau, Fritz 54
 Mirbach-Harff, Wilhelm Graf von 38
 Mirkin-Getzewitsch, Boris 270
 Mitchell, Wesley C. 296, 297, 300, 306, 348
 Mitteldeutsche Privatbank AG 85, 86
 Moley, Raymond 190
 Montag, Ewald 97, 115, 141
 Moses, James 97
 Nabokov jun., Vladimir 65
 Nabokov sen., Vladimir 49, 61
 Naranjo, Enrique 270
 National Bureau of Economic Research 238, 259, 300
 National Planning Association 270, 272, 277
 Nationalbank für Deutschland 84
 Naumann, Friedrich 89
 Nearing, Scott 272, 274, 278, 279, 286
 Nehru, Jawaharlal 295
 New School for Social Research 197, 230, 308, 353
 Newman, Louis I. 217
 Niemeyer, Otto Sir 346
 Nikolaus II. 11
 Norddeutsche Bank AG 88
 Norddeutscher Bankverein AG 55, 79, 80, 81, 82, 83, 85, 87-92, 95, 97, 108
 Norden, Albert 118, 127, 154
 Nordische Bank AG 82, 99, 100
 Nordische Bank für Handel und Industrie AG 59, 82, 83, 99, 103
 Nordische Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. 80
 Nordischer Bankverein AG 78, 79, 80, 81, 82, 83, 87
 Nordiska Kredit Aktiebolaget 48, 78
 Norris, George 118, 122
 Nowoe Slowo 61
 Nussimbaum, Lew (Essad Bey) 49, 52, 117
 O Globo 163, 169
 Olden, Rudolf 125, 128
 Oppenheim, Adolph Leo 299
 Orlow, Wladimir 119-128, 134, 151, 234
 Ossietzky, Carl von (Simson Carasco) 145
 Osteuropa-Institut Breslau 53, 55, 57, 59, 76, 83, 104
 Pacquet, Alfons 40

- Padin, José 270
 Pawlonowski (alias Sumarokow) 119, 120, 121, 125
 Petersburger Bank für Handel und Industrie 15
 Petersburger Diskontobank 15
 Phillips, William 202, 204, 207, 208, 209, 215, 216, 218, 220
 Pickett, Clarence E. 259
 Pleß, Hans Heinrich von 55
 Poincaré, Raymond 145
 Poliakow, Dimitri 78
 Pollock, Friedrich 286, 287, 297, 306, 308
 Pope, Arthur U. 298, 299, 306
 Prado Junior, Caio 321, 324
 Prawda 47, 122
 Prestes, Julio 166
 Preußische Seehandlung 103, 130
 Princeton University Press 313
 Prittitz und Gaffron, Friedrich von 204
 Prokopowitsch, Sergej N. 56, 58, 59, 64
 Pumpiansky, L. M. 60
 Radcliffe College 249, 254
 Radek, Karl 40
 Radtke, Theodor 134
 Rae, John 352
 Rantakari, Kaarle N. 48, 78
 Rappeport, Leonhard 97, 114 f., 139, 141, 145, 160-164, 166-170, 180, 181, 183 f.
 Raushenbush, Joan 257, 267, 270, 276
 Raymond, Daniel 352
 Reichs-Kredit-Gesellschaft 103
 Reinhardt, Max 202, 205
 Rennit, August 78, 83
 Research Bureau for Post-War Economics 285, 296, 297, 309
 Retsch 15, 16, 21, 27, 35, 61
 Reyes, Alfonso 192, 193, 195
 Riese, Willy 75, 77
 Riesser, Jakob 15, 21, 22, 23, 25, 34
 Riga, Constantino (alias Leonhard Rappeport) 160, 163
 Ripley, William Z. 237
 Robertson, James A. 189, 197, 252
 Rockefeller, John D. 286
 Rockefeller, Nelson 280, 282
 Roosevelt, Franklin D. 7, 173, 190, 202, 204, 210, 211, 215, 234, 236, 256-261, 276, 279-286, 300, 324, 351
 Roskombank 106, 107
 Russian Economic Institute 296, 297, 306, 308
 Russian Economist 63
 Russisch-Deutsche Bank 83
 Russisch-Deutsche Bank für Handel und Industrie 83
 Russische Darlehnskasse 83
 Russische Handelsbank 107
 Russische Handelsvertretung 108
 Russische Kaufmannsbank 83
 Russische Staatsbank 84
 Russisches Wissenschaftliches Institut 55, 56, 57, 58, 59, 60, 64
 Russo-Europäische Industrie- und Handels-AG 83
 Sabersky, Ernst 84
 Sacco, Fernando 207, 228
 Sack, Walter von 115, 135
 Saint-Simon, Henri de 31, 32, 247, 329, 344, 345, 347, 357
 Sallet, Richard 217
 Saltykow, Sergej 63
 Samuelson, Paul 211, 229, 231, 238
 Sarmiento, Domingo Faustino 244, 334, 340
 Sasonow, Sergej D. 44, 45, 46
 Savo Karjalan Osake Pankki 48, 78
 Schacht, Hjalmar 208, 243
 Schaefer, Hildegard 315
 Scheffel, M. I. 47
 Scherl, Bruno 134
 Schlesinger, Paul (Sling) 114, 116, 130, 136
 Schmoller, Gustav von 53, 197, 238, 355
 Schneider, Romy 148, 149
 Schomburgk, Wilhelm 87, 88, 89, 91
 Schönmann, Friedrich 216
 Schuberski, W. P. 45
 Schulze-Gaevernitz, Gerhart von 5, 16, 17, 20-22, 24, 31-34, 36, 53, 54, 57, 89, 184, 196, 213, 344, 354, 355
 Schumpeter, Joseph 7, 176, 199, 227, 229, 231, 232, 237, 238, 301, 348
 Segalowitz, Louis 78, 81
 Seligman, Edwin R. 177, 181, 187, 189, 193, 213, 230, 260
 Selskosojus 107
 Shepherd, William R. 187
 Siewert, Harald 118, 120-124, 128
 Silva Lisboa, José da 344
 Simonsen, Roberto 322
 Simson, Georg von 82, 103
 Singer, Hans 231
 Sklarek, Leo 129
 Sklarek, Max 129, 130
 Sklarek, Willy 129
 Slichter, Sumner H. 237
 Slowo-Verlag AG 100
 Société Centrale des Banques de Province 88

- Solow, Robert M. 229, 238
 Sombart, Werner 53, 301, 335
 Sorge, Richard 302
 Souza Martins, José de 321, 324
 Souza, Irineu Evangelista de (Visconde de Mauá) 247, 344, 345, 346
 Sprague, Oliver M. 237
 Stackelberg, Heinrich von 64
 Stanford Universität 189, 195, 270
 Stearns, Clarence 270
 Steinberg, Lothar 164
 Stieda, Wilhelm 16
 Stieglitz, Alexander von 312
 Stimson, Henry L. 281
 Stinnes jun., Hugo 132
 Stoecker, Walter 124
 Stolper, Gustav 231
 Stomoniakow, Boris 110
 Strasser, Georg 234
 Struck, Hermann 77
 Struwe, Gleb 42, 48
 Struwe, Piotr B. 14-16, 20, 30, 35, 42-46, 48, 53, 56-59, 64, 71, 76, 115, 310, 316, 354, 355, 357
 Suchomlinow, Wladimir 125
 Swoboda Rossii 30
 Taussig, Frank W. 188, 199, 227-229, 231, 237, 348, 350, 351, 353
 Taylor, John 352
 Tereshtenko, Valery 284
 Terra, Gabriel 193
 Thermann, Edmund von 287
 Thompson, A. Roy 269
 Thompson, William G. 13, 207, 215, 228
 Time 294
 Timendorfer, Bertold 75
 Timendorfer, Walter 214
 Tippleskirch, Kurt von 179-181, 183, 184, 186, 193, 194, 195, 199, 207, 209, 211, 215, 218, 222, 224, 233, 252
 Totomianz, Vahan 58, 64, 65
 Trepow, Alexander 44
 Trilisser, Michail A. 121
 Trotzki, Leo D. 47
 Tschitscherin, Georgij W. 38
 Tugan-Baranowski, Michail I. 14, 20, 65
 Turner, Frederick J. 246, 301, 321, 324, 341, 349
 Ullstein AG 99, 100
 Underhill, Frank N. 351, 353
 University in Exile 229, 231, 260
 Uralzew, Michail A. 131
 Usher, Abbot P. 238, 351, 353
 Uteman, F. F. 45, 46, 47
 Vanzetti, Bartolomeo 207, 228
 Vargas, Getulio 166, 190, 191, 193, 248, 293-295, 343
 Veblen, Thorstein 353
 Viner, Jacob 188, 193
 Vithake, Henry 352
 Wainstein, Leo 82, 99, 100
 Wallach, Ernst 202
 Walsh, Richard J. 299, 352
 Walter, Benno 216
 Weber, Adolf 54, 310
 Weber, Alfred 53
 Weber, Max 53, 335
 Weil, Felix José 285, 286
 Weinberger, Siehard 87, 89, 93
 Welles, B. Sumner 156, 281, 282
 Wellesley College 188, 194, 270
 Whittaker, Edmund 351
 Wilgus, A. Curtis 188, 189, 197, 251-254, 269, 292, 347
 Williams, John H. 174, 238
 Willkie, Wendell 279
 Wise, Stephen S. 202, 203, 204
 Witte, Edwin E. 259
 Witte, Sergej 9-11, 13, 14, 125, 303, 311
 Wittfogel, Karl August 299, 300, 306
 Wolkonski, W. M. 45
 Woytinsky, Wladimir 64, 65
 Wrangel, Piotr N. 49, 56, 58, 117, 120, 127
 Zimdin, William M. 90, 92
 Zook, George F. 259
 Zweig, Arnold 76, 77

Bildnachweis

Umschlagvorderseite: Berliner Börse 1931: Bundesarchiv, Bild 183-P0801-507 /
Fotograf unbekannt.

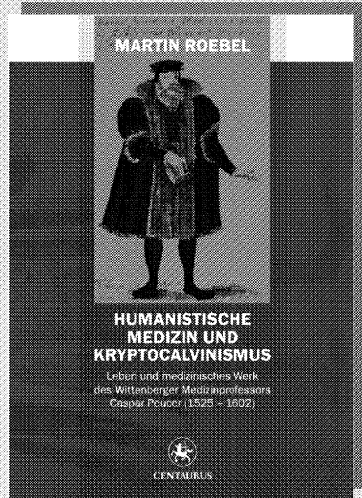
Umschlagrückseite: Zeitungsausschnitt Boston Traveler 15.03.1934: Politisches
Archiv AA, R 42702.

Martin Roebel

Humanistische Medizin und Kryptocalvinismus

*Leben und medizinisches Werk des
Wittenberger Medizinprofessors
Caspar Peucer (1525-1602)*

Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte,
Band 31, 2012, 521 S., br.,
ISBN 978-3-86226-138-3, € 27,80



Das bewegte Schicksal des Wittenberger Universalgelehrten Caspar Peucer ist zwar immer wieder in den Blickpunkt der historischen Forschung geraten jedoch blieben bisher einige Aspekte dieses facettenreichen Humanistenlebens unterbelichtet, darunter auch seine Rolle als Medizinprofessor an der Wittenberger Leucorea.

Peucer, der als vielseitiger Gelehrter neben seiner medizinischen Tätigkeit unter anderem als Mathematiker, Astronom und Astrologe, Historiograph, Geograph, reformierter Kirchenpolitiker und neulateinischer Dichter in Erscheinung trat, konnte sich durchaus in vielen Wissensgebieten mit den Größen seiner Zeit messen. Aber gerade für das Gebiet der Medizin fehlte bisher eine genauere Untersuchung von Peucers humanistischem Standpunkt.

In dieser Arbeit soll nun ein Überblick über Peucers medizinische Schriften gegeben werden und hieran sein medizinischer Humanismus, seine Prägung durch Melanchthon und seine Position zum neu aufkeimenden Paracelsismus analysiert werden.

Centaurus Buchtipps

Hermann von Bertrab

Warum Religion?

Botschaft und Bedeutung der großen Religionen

Beiträge zu Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2, 2012, 390 S.,

ISBN 978-3-86226-060-7, € **24,80**

Michael Ulrich Brysch

August Hauptmann (1607-1674)

Zu Leben, Werk und Wirkung eines Dresdner Arzthalchemikers

Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 30, 2012, 516 S.,

ISBN 978-3-86226-108-6, € **28,80**

Daniel Körner

Die Wunderheiler der Weimarer Republik

Protagonisten, Heilmethoden und Stellung innerhalb des Gesundheitsbetriebs

Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 29, 2012, 178 S.,

ISBN 978-3-86226-007-3, € **23,80**

Peter Schulz-Hageleit

Geschichtsbewusstsein und Psychoanalyse

Geschichte und Psychologie, Bd. 15, 2012, 320 S.,

ISBN 978-3-86226-119-2, € **24,80**

Jörg van Norden

Was machst du für Geschichten?

Didaktik eines narrativen Konstruktivismus

Reihe Geschichtsdidaktik, Bd. 13, 2011, 290 S.,

ISBN 978-3-86226-116-1, € **24,80**

Eric A. Leuer

Die Mission Hoyos

Wie österreichisch-ungarische Diplomaten den ersten Weltkrieg begannen

Reihe Geschichtswissenschaften, Bd. 59, 2011, 160 S.,

ISBN 978-3-86226-048-5, € **22,80**

Hanns-Fred Rathenow, Barbara Mansfield (Hrsg.)

Wolfgang Northemann

»... nur der blasse Schatten der Erinnerung«

Reihe Geschichtswissenschaften, Bd. 57, 2010, 170 S.,

ISBN 978-3-86226-009-6, € **19,50**

Hanns-Fred Rathenow (Hrsg.)

Essays nach Auschwitz

Ein Seminar 40 Jahre nach Adornos Radiovortrag

Reihe Geschichtswissenschaften, Bd. 52, 2007, 132 S.,

ISBN 978-3-8255-0688-9, € **18,50**

Informationen und weitere Titel unter www.centaurus-verlag.de